

Andreas A. Riedl

NACHRICHTEN- QUALITÄT ALS JOURNALISTISCHER PROZESS

Demokratiethoretisch
fundierte Performanz
zwischen Wollen, Sollen
und Können

Ausgezeichnet
mit dem
Herbert von Halem
Promotions-
Förderpreis



HW

Die vorliegende Dissertation wurde 2022 von der DGPUK mit dem Herbert von Halem Promotions-Förderpreis ausgezeichnet. Sie erhielt außerdem den Förderpreis Medienforschung 2023 des Verbands Österreichischer Zeitungen (vöz).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution by-nc-nd/4.0. Es ist als PDF verfügbar unter: doi.org/10.1453/OA_2024_9783869626611.

Andreas A. Riedl

Nachrichtenqualität als journalistischer Prozess.

Demokratietheoretisch fundierte Performanz

zwischen Wollen, Sollen und Können

Köln: Halem 2024

Dissertation an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2023

Andreas A. Riedl ist seit 2023 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Maximilians-Universität München. Zuvor war er Junior Scientist an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte umfassen (Digitalen) Journalismus und Demokratie, politischen Journalismus, Medienqualität und (Gender-)Vielfalt.

© 2024 by Herbert von Halem Verlag, Köln

ISBN (Print): 978-3-86962-662-8

ISBN (OA-PDF): 978-3-86962-661-1

Weitere Titel des Verlags finden Sie unter: <https://www.halem-verlag.de>.

Kontakt: info@halem-verlag.de

SATZ: Herbert von Halem Verlag

LEKTORAT: Rabea Wolf

UMSCHLAGABBILDUNG: Abstract.rita/Shutterstock

DRUCK: docupoint GmbH, Magdeburg

GESTALTUNG: Claudia Ott Grafischer Entwurf, Düsseldorf

Copyright Lexicon ©1992 by The Enschedé Font Foundry.

Lexicon® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

Andreas A. Riedl

Nachrichtenqualität als journalistischer Prozess

Demokratiethoretisch fundierte Performanz
zwischen Wollen, Sollen und Können

HERBERT VON HALEM VERLAG

HERBERT VON HALEM PROMOTIONS- FÖRDERPREIS

»Wissenschaftliche Forschung, deren Erhalt und Förderung sind wichtige Investitionen in die Zukunft und daher ein zentrales Anliegen für den Herbert von Halem Verlag.«
(Herbert von Halem)

Der Herbert von Halem Promotions-Förderpreis (bis 2020 Herbert von Halem Nachwuchspreis) ist eine jährliche Auszeichnung eines medien- und/oder kommunikationswissenschaftlichen Dissertationsprojektes in Kooperation mit dem Mittelbau der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft e. V. (DGPK). Der Gewinner/die Gewinnerin erhält eine zuschussfreie Publikation (inkl. Lektorat, Satz, Covergestaltung und Druck) der eigenen Dissertation im Herbert von Halem Verlag. Der Preis wurde erstmalig im Herbst 2014 im Rahmen des zweiten DGPK-Nachwuchstages verliehen. Die Ausschreibung erfolgt jährlich im Frühjahr.

Teilnehmen können alle Doktorand:innen, die zu einem kommunikations- und/oder medienwissenschaftlichen Thema promovieren, ihre deutsch- oder englischsprachige Dissertation im Laufe der nächsten zwölf Monate ab Einsendeschluss einreichen werden und die mit einer Monographie (also nicht kumulativ) promovieren. Eine DGPK-Mitgliedschaft des Bewerbers/der Bewerberin wird nicht vorausgesetzt.

Alle eingesendeten Dissertationsprojekte werden von einer Jury aus fünf promovierten Nachwuchswissenschaftler:innen auf Originalität, gesellschaftliche und fachliche Relevanz, theoretische Fundierung, methodisches Vorgehen, voraussichtliche Substanz der Ergebnisse sowie Stringenz der Darstellung hin begutachtet. Herbert von Halem und ein Mitglied des DGPK-Vorstands unterstützen die Jury als Beirat. Der Preisträger/die Preisträgerin wird jeweils im Spätsommer ernannt und der Preis im Rahmen der kmw-Tage verliehen.

DANKSAGUNG

Das vorliegende Buch ist eine überarbeitete Version meiner im Mai 2023 an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München eingereichten Dissertation. Dass nur (m)ein Name auf dessen Einband steht, verschleiert, dass das Gelingen eines Dissertationsprojekts – und das trifft auf eines wie meines besonderes zu, das in mehrere Forschungsprojekte eingebunden und an unterschiedlichen Institutionen angesiedelt war – nur durch eine Vielzahl an Personen möglich ist, denen deshalb mein besonderer Dank gilt. Bei meinem Erstbetreuer, Thomas Hanitzsch, möchte ich mich ganz herzlich für die Unterstützung in den viereinhalb Jahren der Entstehung dieser Arbeit bedanken. Sein Feedback war immer auf beeindruckende, manchmal verblüffende Weise ›auf den Punkt‹ und sein wissenschaftliches Wirken ist mir in vielerlei Hinsicht ein großes Vorbild. Mein herzlicher Dank gilt auch meinem Zweitbetreuer, Carsten Reinemann, dessen Perspektive mein Thema perfekt ergänzt hat und damit stets aufschlussreich für mich war. Karsten Fischer danke ich für die Bereitschaft, als Drittprüfer für die Disputation zu fungieren.

Zu Dank bin ich auch den Kolleg:innen aus dem ländervergleichenden Projekt »Media Performance and Democracy« (FWF/DFG/SNF) verpflichtet, auf das mein Vorhaben aufbaut. Zentrale theoretische Impulse gehen insbesondere auf Josef Seethaler als österreichischen Projektleiter zurück. Birgit Stark, Melanie Magin und Olaf Jandura danke ich für die gemeinsame Arbeit an Publikationen, die sehr inspirierend für meine Dissertation war. Innerhalb des Projekts »Determinanten der demokratischen Qualität des Wiener Hauptstadtjournalismus« (Stadt Wien), durch das meine eigenständigen Datenerhebungen finanziert werden konnten, bin ich insbesondere Tobias Rohrbach für den inhaltlich und persönlich bereichernden und motivierenden Austausch (nicht nur aber auch) in den Schweizer Bergen dankbar.

Fachliche Unterstützung ist in einem in vielerlei Hinsicht prekären Wissenschaftssystem – #IchBinHanna bzw. #IchbinReyhan und #ProfsfuerHanna bzw. #ProfsfuerReyhan kommt ja nicht von ungefähr – überhaupt nur die halbe Miete. Die menschliche Komponente wiegt wohl genauso schwer. Meinen ehemaligen Kolleginnen Christina Krakovsky und Barbara Urbanic vom Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien sowie Corinna Lauerer, Magdalena Obermaier, Ursula Ohliger und Nina Steindl vom Institut für Medien- und Kommunikationsforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München haben mir immer wieder dabei geholfen, das akademische Leben mit der manchmal nötigen Leichtigkeit zu nehmen, und dafür gesorgt, dass der Spaß (/Schmäh) nicht auf der Strecke bleibt. Danke dafür!

Einige der Genannten haben zudem einen kritischen Blick auf das Manuskript geworfen. Für das Korrekturlesen danke ich darüber hinaus Jana Laura Egelhofer, Victoria Ertelthalner-Nikolaev, Hubert Jäger, Christian Oggolder, Jana Rick, Tobias Steindl, Alexa Zierer und Lisa Zieringer. Den studentischen Hilfskräften in beiden genannten Projekten danke ich für ihre unverzichtbare Mitarbeit und allen Befragungsteilnehmer:innen für ihre wertvolle Zeit. Für den privaten Rückhalt in den Jahren, Monaten und Wochen vor Abgabe – mit ihren spezifischen Herausforderungen – fühle ich mich Hubsi, Jana, Lexi, Tobias und Stino auf unterschiedliche Art sehr verbunden.

München im Frühjahr 2024,
Andreas Riedl

Inhalt

1.	EINLEITUNG	21
2.	DEMOKRATIETHEORETISCHE NEUBEWERTUNG JOURNALISTISCHER NACHRICHTENQUALITÄT	29
2.1	Professionelle Standards der Berichterstattung	39
2.1.1	<i>Unparteilichkeit als Maßstab im repräsentativen Demokratiemodell</i>	39
2.1.2	<i>Diskursivität als Maßstab im deliberativen Demokratiemodell</i>	44
2.1.3	<i>Konstruktive Emotionalität als Maßstab im partizipatorischen Demokratiemodell</i>	51
2.2	Vielfalt medialer Repräsentation als normativer Maßstab	57
2.2.1	<i>Mediale Repräsentation von parteilpolitischen Akteur:innen</i>	61
2.2.2	<i>Mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft</i>	63
2.2.3	<i>Mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten</i>	65
2.3	Zwischenfazit: Nachrichtenqualität als Ausdruck differenzierter demokratiefördernder Potenziale	68
3.	NACHRICHTENQUALITÄT ALS JOURNALISTISCHER PROZESS	73
3.1	Analytische Ebenen zur Erklärung journalistischer Medieninhalte	75

3.2	Nachrichtenqualität zwischen Strukturen und Handlungsmacht	81
3.2.1	<i>Teilsystemische Orientierungshorizonte: das ›Wollen‹ hinter Nachrichtenqualität</i>	93
3.2.2	<i>Institutionelle Ordnungen: das ›Sollen‹ hinter Nachrichtenqualität</i>	106
3.2.3	<i>Konstellationsstrukturen: das ›Können‹ hinter Nachrichtenqualität</i>	121
3.3	Zwischenfazit: Nachrichtenqualität als Ergebnis handelnden Zusammenwirkens im Journalismus	149
4.	POTENZIALE FÜR NACHRICHTENQUALITÄT IN ÖSTERREICH	160
4.1	Deutungsstrukturen österreichischer Journalist:innen	162
4.2	Erwartungsstrukturen an Journalismus in Österreich	164
4.3	Konstellationsstrukturen im österreichischen Journalismus und seinen Bezugssystemen	174
4.4	Zwischenfazit: Nachrichtenqualität in Abhängigkeit spezifischer Potenziale in Österreich	178
5.	FORSCHUNGSFRAGEN	184
6.	STUDIENANLAGE	190
6.1	Quantitative Inhaltsanalyse: Nachrichtenqualität messen	190
6.1.1	<i>Sampling und Codierung</i>	191
6.1.2	<i>Operationalisierung</i>	194
6.1.3	<i>Intercoderreliabilität</i>	204
6.2	Quantitative Befragung: Nachrichtenqualität erklären	206
6.2.1	<i>Sampling und Datenerhebung</i>	206
6.2.2	<i>Operationalisierung</i>	208
6.2.3	<i>Charakterisierung des Befragungssamples</i>	212
6.2.4	<i>Datenfusion</i>	220

6.3	Qualitative Rekonstruktionen:	
	Nachrichtenqualität verstehen	221
6.3.1	<i>Methode der retrospektiven Rekonstruktion</i>	223
6.3.2	<i>Sampling und Datenerhebung</i>	224
6.3.3	<i>Leitfaden</i>	228
6.4	Analysestrategie zur Beantwortung der Forschungsfragen	232
6.4.1	<i>Quantitative Auswertungsstrategie</i>	232
6.4.2	<i>Qualitative Auswertungsstrategie</i>	237
7.	JOURNALISTISCHE AUSHANDLUNG PROFESSIONELLER STANDARDS DER BERICHTERSTATTUNG	242
7.1	Unparteilichkeit	242
7.1.1	<i>Unparteilichkeit journalistischer Berichterstattung</i>	242
7.1.2	<i>Aushandlung von Unparteilichkeit entlang von Deutungsstrukturen</i>	246
7.1.3	<i>Aushandlung von Unparteilichkeit entlang von Erwartungsstrukturen</i>	252
7.1.4	<i>Aushandlung von Unparteilichkeit in Konstellationsstrukturen</i>	260
7.1.5	<i>Zwischenfazit: relative journalistische Resilienz bei anhaltender Verschiebung kulturell-professioneller Grenzen</i>	267
7.2	Diskursivität	270
7.2.1	<i>Diskursivität journalistischer Berichterstattung</i>	270
7.2.2	<i>Aushandlung von Diskursivität entlang von Deutungsstrukturen</i>	273
7.2.3	<i>Aushandlung von Diskursivität entlang von Erwartungsstrukturen</i>	279
7.2.4	<i>Aushandlung von Diskursivität in Konstellationsstrukturen</i>	283
7.2.5	<i>Zwischenfazit: Streben nach diskursiver Einordnung trotz ambivalenter Publikumsrolle und empfundener Ressourcenknappheit</i>	290

7.3	Konstruktive Emotionalität	293
7.3.1	<i>Konstruktive Emotionalität journalistischer Berichterstattung</i>	293
7.3.2	<i>Aushandlung von konstruktiver Emotionalität entlang von Deutungsstrukturen</i>	296
7.3.3	<i>Aushandlung von konstruktiver Emotionalität entlang von Erwartungsstrukturen</i>	305
7.3.4	<i>Aushandlung von konstruktiver Emotionalität in Konstellationsstrukturen</i>	308
7.3.5	<i>Zwischenfazit: Absage an partizipatorische Potenziale unter dem Primat der Aufmerksamkeitsökonomie</i>	311
8.	JOURNALISTISCHE AUSHANDLUNG DER MEDIALEN REPRÄSENTATION VON AKTEUR:INNEN	315
8.1	Parteilpolitische Akteur:innen	315
8.1.1	<i>Mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen</i>	315
8.1.2	<i>Aushandlung der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen</i>	319
8.2	Akteur:innen der Zivilgesellschaft	330
8.2.1	<i>Mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft</i>	330
8.2.2	<i>Aushandlung der medialen Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft</i>	335
8.3	Bürger:innen und Marginalisierte	343
8.3.1	<i>Mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten</i>	343
8.3.2	<i>Aushandlung der medialen Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten</i>	345
8.4	Zwischenfazit: hegemoniale Hierarchie politischer Quellen zulasten weniger institutionalisierter Akteur:innen	353

9.	CONCLUSIO: NACHRICHTENQUALITÄT ALS HERAUSFORDERUNG FÜR JOURNALISMUS, POLITIK UND GESELLSCHAFT	360
9.1	Fazit	360
9.2	Limitationen	380
9.3	Ausblick	386
	Quellen	392

Anhang

Der Anhang wurde online veröffentlicht und kann unter
folgendem Link heruntergeladen werden:

https://doi.org/10.1453/9783869626628_anhang.pdf

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Akteur:innen-Struktur-Dynamik nach Schimank	86
Abb. 2	Akteur:innen-Struktur-Dynamik hinter der Entstehung von Nachrichtenqualität als Ergebnis handelnden Zusammenwirkens	92
Abb. 3	Schematische Darstellung des Samplingprozesses für die quantitative Befragung	208
Abb. 4	Schematische Darstellung der Fallauswahl für die qualitative Befragung	225
Abb. 5	Schematische Zusammenfassung des zyklisch-iterativen Leitfadens der qualitativen Befragung	230
Abb. 6	Unparteilichkeit nach Medienoutlets	245
Abb. 7	Diskursivität nach Medienoutlets	272
Abb. 8	Konstruktive Emotionalität nach Medienoutlets	296
Abb. 9	Zusammenhänge zwischen Unparteilichkeit, Diskursivität und konstruktiver Emotionalität der Berichterstattung	301
Abb. 10	Mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen nach Medienoutlets	319
Abb. 11	Mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft nach Medienoutlets	333
Abb. 12	Mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten nach Medienoutlets	344
Abb. 13	Zusammenhänge zwischen der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen, Akteur:innen der Zivilgesellschaft und Bürger:innen in der Berichterstattung	358

Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Mehrdimensionale demokratietheoretisch fundierte Konzeption von Nachrichtenqualität	38
Tab. 2	Sample der Inhaltsanalyse	192
Tab. 3	Intercoderreliabilität	205
Tab. 4	Soziodemografische Merkmale	213
Tab. 5	Journalistische Rollenverständnisse	215
Tab. 6	Demokratieverständnis	216
Tab. 7	Empfundene Einflüsse	219
Tab. 8	Übersicht über Befragte der qualitativen Teilstudie	226
Tab. 9	Unparteilichkeit politischer Berichterstattung nach Medienoutlets	244
Tab. 10	Einfluss von Deutungsstrukturen auf die Unparteilichkeit politischer Berichterstattung	248
Tab. 11	Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die Unparteilichkeit politischer Berichterstattung	253
Tab. 12	Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die Unparteilichkeit politischer Berichterstattung	261
Tab. 13	Diskursivität politischer Berichterstattung nach Medienoutlets	271
Tab. 14	Einfluss von Deutungsstrukturen auf die Diskursivität politischer Berichterstattung	275
Tab. 15	Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die Diskursivität politischer Berichterstattung	280
Tab. 16	Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die Diskursivität politischer Berichterstattung	284
Tab. 17	Konstruktive Emotionalität politischer Berichterstattung nach Medienoutlets	294
Tab. 18	Einfluss von Deutungsstrukturen auf die konstruktive Emotionalität politischer Berichterstattung	298

Tab. 19	Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die konstruktive Emotionalität politischer Berichterstattung	306
Tab. 20	Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die konstruktive Emotionalität politischer Berichterstattung	309
Tab. 21	Mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen nach Medienoutlets	318
Tab. 22	Einfluss von Deutungsstrukturen auf die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen in politischer Berichterstattung	321
Tab. 23	Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen in politischer Berichterstattung	324
Tab. 24	Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen in politischer Berichterstattung	326
Tab. 25	Mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft nach Medienoutlets	331
Tab. 26	Einfluss von Deutungsstrukturen auf die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in politischer Berichterstattung	335
Tab. 27	Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in politischer Berichterstattung	339
Tab. 28	Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in politischer Berichterstattung	340
Tab. 29	Mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten nach Medienoutlets	344
Tab. 30	Einfluss von Deutungsstrukturen auf die mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten in politischer Berichterstattung	346
Tab. 31	Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten in politischer Berichterstattung	349
Tab. 32	Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten in politischer Berichterstattung	351

Tab. 33 Schematische Zusammenfassung der Einflüsse auf
professionelle Standards der Berichterstattung und
mediale Repräsentation

371

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
ggf.	gegebenenfalls
GLMM	generalisierte lineare gemischte Modelle (Generalized Linear Mixed Models)
KPI	Key Performance Indicator(s)
MW	Mittelwert bzw. arithmetisches Mittel
SD	Standardabweichung (Standard Deviation)
SE	Standardfehler (Standard Error)
UZ	Untersuchungszeitraum
v.a.	vor allem
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel

1. EINLEITUNG

Was ist ›guter‹ Journalismus und was soll Journalismus in einer demokratischen Gesellschaft leisten? So abstrakt und groß die Frage auch klingt – es ist die Kernfrage, der sich die kommunikationswissenschaftliche Medien- und Nachrichtenqualitätsforschung stellt (vgl. REINECK 2022: 1). Oder genauer gesagt: Der sie sich stellen *muss*. Denn während Journalismus als nach wie vor zentrale Instanz, die Öffentlichkeit für Themen und Akteur:innen herstellen kann, »gesellschaftliche Selbstbeobachtung« (JARREN 2015: 120) ermöglicht, liegt es an der Qualitätsforschung, diese Leistungen als »Reflexionsinstanz« (SERONG 2015: 39) einzuordnen. Auch wenn die Antworten auf derart normative Fragen – wie üblich in den Sozialwissenschaften – entscheidend von der eingenommenen theoretischen Sichtweise abhängen, kann es nicht die Lösung sein, sich diesen Fragen nicht zu stellen. Vielmehr gilt es die eingenommene Theorieperspektive zu reflektieren, transparent offenzulegen (vgl. GEISE et al. 2022: 529) und so dem »immer tieferen Graben zwischen normativen und empirischen Ansätzen« (HABERMAS 2008: 9) in der Analyse öffentlicher Kommunikation zu begegnen.

Damit ist eine zweite, ähnlich alte und ähnlich große Frage der Qualitätsforschung angesprochen: Kann Qualität überhaupt gemessen werden (vgl. RUSS-MOHL 1992: 85)? Die Antwort auch hier: Sie *muss* gemessen werden, denn für viele gesellschaftliche Entscheidungen sind valide Daten zur Qualität journalistischer Berichterstattung ein wichtiger Gradmesser. Auf politischer Seite braucht die Medienregulierung transparente, nachvollziehbare und überprüfbare Kriterien für ihre Entscheidungen (vgl. z. B. SERONG 2015: 40) und ähnlich muss die Medienförderung (vgl. z. B. KALTENBRUNNER et al. 2020: 49) ihre Vergabe begründen. Auf journalistischer Seite sind es Fragen nach der Medienselbstkontrolle (vgl. z. B. FENGLER et al. 2014), der Journalist:innenausbildung (vgl. z. B. MEIER 2019: 5) oder

der konkreten Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Auftrags (vgl. z. B. TROXLER/GONSER 2011), die eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit Medien- und Nachrichtenqualität unverzichtbar machen. Die wissenschaftliche Qualitätsforschung soll durch kontinuierliche Theoriearbeit die Grundlage für valide Operationalisierungen bieten und empirische Daten als Leitlinie für diese Felder bereitstellen.

Eine dritte Frage, die im Kontext der Debatte um journalistische Qualität vielfach fällt, stellt Haarkötter (2018: 40) – und beantwortet sie gleich selbst: »Ist zum Thema Qualität im Journalismus eigentlich schon alles gesagt? Mitnichten.« Eine »declining quality of news« sowie eine »declining diversity of news« bezeichnen van Aelst et al. (2017: 3) in einem vielbeachteten Aufsatz als eine der zentralen Herausforderungen in einer aktuellen »high-choice media environment« und problematisieren, dass es (zu) wenig empirische Forschung zur Entwicklung von Qualität in veränderten gegenwärtigen Medienumgebungen gibt. Journalismus schafft in einer demokratischen Gesellschaft die »Grundlagen für die freie Auseinandersetzung von Meinungen und Positionen und ist auf diese Weise für die Demokratie konstituierend« (WEISS et al. 2016: 27). Nachdem Demokratie aber gegenwärtig – mittlerweile global – einem massiven Wandel unterworfen ist, müssen sich auch die Bewertungsmaßstäbe für Journalismus der gesellschaftlichen, politischen und medialen Realität anpassen. Dass sich die Qualität der Berichterstattung in diesem dynamischen Umfeld mitverändert, belegen kontinuierliche Erhebungen aus anderen Ländern wie der Schweiz (vgl. FÖG 2022). Inwieweit wegweisende Operationalisierungsvorschläge für Medien- und Nachrichtenqualität (vgl. ARNOLD 2009; MCQUAIL 1992; SCHATZ/SCHULZ 1992) vor diesem Hintergrund noch tragfähig sind, bedarf der Debatte.

Und eine letzte Frage drängt sich auf – die in der Forschung aber erstaunlich selten gestellt und noch seltener beantwortet wird (vgl. REINECK 2022: 1): Wie entsteht guter Journalismus? Oder anders formuliert: Welche Faktoren beeinflussen Medienqualität und wie tun sie das? Auch wenn die Erklärung von Medieninhalten ein Herzstück der sozialwissenschaftlichen Journalismus- und Kommunikationsforschung ist (vgl. DONSBACH 2004; MÜLLER/DONSBACH 2006), beschränkt sich die Qualitätsforschung im Gros auf deskriptive Inhaltsanalysen (vgl. FÖG 2022; MAURER et al. 2021; SEETHALER 2015; STARK et al. 2021). Damit mögen sie zwar ihrem Ziel als Reflexionsinstanzen des Status quo gerecht werden – das erklärende Potenzial der Qualitätsforschung bleibt jedoch weitgehend unausgeschöpft.

Im Gegenzug existiert etablierte und elaborierte Forschung zu Journalismus als Institution, die systematische und tiefgehende Einblicke in die Arbeitsbedingungen, Rollenverständnisse und Einflüsse auf Journalismus generiert und damit die Entstehungsbedingungen von journalistischen Inhalten beleuchtet (vgl. HANITZSCH/HANUSCH et al. 2019; HANITZSCH/SEETHALER et al. 2019a). Dennoch sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen (vgl. z. B. ALBÆK et al. 2014: 72ff.), beide Forschungsstränge in ihren theoretischen Bezügen, empirischen Instrumentarien und Analyselogiken weitgehend unverbunden.

Wandel von Demokratie

Dass die soziale Realität stets einem Wandel unterworfen ist, ist ein Allgemeinplatz. Auch, dass Diskussionen über Medien- und Nachrichtenqualität »meist als Reaktion auf folgenreiche strukturelle Veränderungen [...] oder Rezessionen« (BECK et al. 2010: 15) stattfinden, ist bekannt. Der drastische gesellschaftliche Wandel, den die Mehrheit westlicher Gesellschaften – und so auch Österreich als Untersuchungsgegenstand dieser Studie – derzeit erfährt, stellt aber dennoch Kernkonzepte der kommunikationswissenschaftlichen Forschung infrage. Zum einen ist ein Wandel von Demokratie diagnostizierbar. So lässt sich ein massiv schwindender Rückhalt für Demokratie als Herrschaftssystem feststellen, der sowohl in den USA als auch in Europa stattfindet (vgl. FOA/MOUNK 2016). Die zudem sinkende Wahlbeteiligung in vielen etablierten Demokratien (vgl. HOOGHE/KERN 2017) als Herzstück repräsentativ verfasster Systeme bedroht deren Funktionsfähigkeit. Gleichzeitig verändert sich die Kommunikation von politischen Eliten, wobei von »staatlichen oder anderen Akteuren gesteuerte Desinformationskampagnen« (ZERBACK 2021: 11) das Potenzial haben, Wahlen zu beeinflussen und damit repräsentativ-demokratische Prinzipien auszuhöhlen. Zudem normalisieren Politiker:innen Verletzungen von bis vor wenigen Jahren als konsensual empfundenen Diskursregeln (vgl. WODAK et al. 2021) und gezielt eingesetzte Versuche der Delegitimierung unliebsamer Positionen (vgl. EGELHOFER/LECHELER 2019) bedrohen deliberative Ideale einer konstruktiven politischen Diskurssphäre. Im Gegenzug bilden sich aber auch neue und stärker partizipatorische Formen des demokratischen Einbezugs vor allem in jüngeren Generationen – Stichwort »Fridays for Future« (MARQUARDT 2020) – heraus (vgl. ZUKIN 2006). Begleitet werden diese Phänomene von multiplen Krisen wie der Covid-19-Pandemie

oder der fortschreitenden menschengemachten Klimakatastrophe, die als Katalysator für die skizzierten Entwicklungen fundamentale Fragen des Zusammenlebens und politischer Ordnungen aufwerfen.

In Österreich lassen sich analoge Entwicklungen feststellen. Seit Ende der Wahlpflicht Anfang der 1990er-Jahre (vgl. BMI 2014) zeichnet sich eine fast stetige Abwärtstendenz der Wahlbeteiligung ab (vgl. BMI 2019). Die repräsentative Demokratie ist in Österreich seit Jahren zudem mehreren Skandalen ausgesetzt, wie jenem um das »Ibizagate« (EBERL et al. 2020: 1352). 2019 wurde durch ein Video aus dem Jahr 2017 öffentlich, das den damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) beim Versuch zeigt, eine vorgeblich finanzstarke potenzielle Geschäftspartnerin davon zu überzeugen, mit der *Kronen Zeitung* die auflagenstärkste Zeitung Österreichs zu kaufen. Als Gegenleistung für wohlwollende Berichterstattung bietet er ihr lukrative öffentliche Aufträge an, sobald die FPÖ an der Regierung beteiligt ist (vgl. EDER 2023). Dies führte zum Zerschlagen der Koalition aus der konservativen ÖVP und der rechtspopulistischen (vgl. HEINISCH 2004) FPÖ. Darüber hinaus dokumentiert die anhaltende »Chataffäre« (VAHRNER 2022: 293) mutmaßlich korrupte Verstrickungen und das Untergraben demokratischer Strukturen durch mehrere ehemalige Spitzenpolitiker:innen und -beamt:innen und beinhaltet mutmaßlich gezielte Absprachen zwischen Politik und Medien. Diese globalen und nationalen Krisen bleiben nicht ohne Folgen. Das Regierungsvertrauen ist im Verlauf der Covid-19-Pandemie rasant gefallen (vgl. KRITZINGER et al. 2021: 1215). Zudem glaubt 2022 nur noch ein Drittel der Österreicher:innen, dass das politische System in Österreich (zumindest »ziemlich gut«) funktioniert – der niedrigste Wert seit Beginn der Abfrage 2018, wo rund zwei Drittel der Österreicher:innen dieser Meinung waren. Gleichzeitig stimmen aber immerhin noch knapp 90 Prozent (zumindest »ziemlich«) zu, dass Demokratie die beste Staatsform ist (vgl. ZANDONELLA 2022: 5ff.). Wenngleich also in Österreich (noch) Rückhalt für die Demokratie per se herrscht, gibt es starke Unzufriedenheit mit deren Umsetzung. Auch der *Democracy Report* des Varieties of Democracy-Instituts der Universität Göteborg stuft die österreichische Demokratie von einer vollwertigen ›liberalen Demokratie‹ im Jahr 2011 zu einer reinen ›Wahldemokratie‹ im Jahr 2021 herab, wo Bürger:innen zwar ihre Stimme abgeben können, intransparente Gesetzgebung und deren Durchsetzung Demokratie aber maßgeblich beschneiden (vgl. V-DEM INSTITUTE 2022: 14). Im Gegensatz dazu finden sich aber auch Hinweise auf verstärkt partizipatorische Entwicklungen in

Österreich. Rosenberger und Stadlmair (2014: 481) stellen eine Zunahme direkter Beteiligung von Bürger:innen sowie eine Erweiterung des Beteiligungsrepertoires fest. Zumindest auf »der lokalen Ebene findet zunehmend eine Einbindung von Bürgerinnen, Bürgern und Bürgerinitiativen in politisch-administrative Prozesse statt«, so ihre Diagnose. Auch wenn eine »niedrige elitenherausfordernde Partizipationsfreudigkeit« (ROSENBERGER/SEEBER 2011: 175) festzustellen ist und sich am »grundsätzlichen repräsentativen Charakter« (ROSENBERGER/STADLMAIR 2014: 482) nichts geändert hat, so geht der demokratische Wandel in Österreich auch in Richtung eines verstärkten Willens zu direkter Partizipation.

Wandel von Journalismus

Auch Journalismus ist starkem Wandel unterworfen. Während sich analoger Journalismus klassischerweise durch Werbung refinanziert – eine Beziehung, die tiefgehende historische Wurzeln hat (vgl. LAUERER 2021: 9ff.) –, hat digitaler Journalismus auch nach geraumer Zeit seit Beginn der Verlagerung von Medien- und Nachrichtennutzung hin zu digitalen Kanälen nach wie vor kein funktionales Refinanzierungsmodell gefunden. Im Zuge eines »digitalen Strukturwandels der Öffentlichkeit« (EISENEGGER 2021: 6) konkurriert Journalismus im Netz mit globalen Konzernen wie Meta oder Google, die eine »massive Konkurrenz im Kampf um Publikumsaufmerksamkeit und Werbegelder« (STARK et al. 2021: 430) darstellen. Gleichzeitig begeben sich journalistische Outlets in starke Abhängigkeitsverhältnisse von Plattformen, deren Vermögen, Öffentlichkeit herzustellen, volatil und kommerziellen Imperativen unterworfen ist. Die im Zuge des Social Webs entstandene »neue Aufmerksamkeitsökonomie« (STARK et al. 2021: 430) hat zudem das Potenzial, journalistische Logiken nachhaltig zu verändern und Qualität zu gefährden. Auf eigenen journalistischen Plattformen ist die Zahlungsbereitschaft für digitalen Journalismus jedoch kaum vorhanden (vgl. WELLBROCK/BUSCHOW 2020). Es muss befürchtet werden, dass diese Entwicklungen die Ressourcen für hochqualitativen Journalismus beschneiden und sich Inhalte zulasten substanzieller Berichterstattung verändern (vgl. VAN AELST et al. 2017: 9).

Gleichzeitig kämpft Journalismus publikumsseitig mit Vertrauensverlusten, zumindest in bestimmten politischen Milieus (vgl. VAN EIMEREN et al. 2017), von denen sich viele Mediensysteme – so auch jenes in Österreich (vgl. GADRINGER et al. 2022) – nur temporär durch die destabilisie-

rend und krisenhaft erlebte Covid-19-Pandemie ›erholt‹ haben, jüngst das Vertrauen aber wieder nachlässt (vgl. NEWMAN et al. 2022). Für hochqualitativen Journalismus ist dies insofern ein Alarmsignal, als dass die Qualitätswahrnehmung von Rezipient:innen mit Vertrauen in Medien zusammenhängt (vgl. OBERMAIER 2020: 228) und vor allem ein Konnex zwischen Verletzungen journalistischer Unparteilichkeit und der Erosion von Vertrauen (vgl. OJALA 2021) existiert. Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Sicherstellung von und Investment in Medienqualität als eine der zentralen Strategien zur Vertrauensbildung durch Journalist:innen (vgl. UTH 2021). Ein Grund für das mitunter schwierige Verhältnis zwischen Journalismus und seinem Publikum liegt in einer Diskrepanz zwischen dem, was Rezipient:innen von Journalismus erwarten, und was Journalismus ›liefert‹. Hier zeichnen Studien ein »mismatch« (KARLSSON/CLERWALL 2019: 1184) nach, das sich auch in Österreich – zumindest zu Teilen – empirisch bestätigen lässt (vgl. RIEDL/EBERL 2022).

Erkenntnisinteresse und Studienanlage

Einerseits wachsen hinsichtlich des Wandels von Demokratie also global wie national in Österreich die Anforderungen an die Rolle von Journalismus in einer demokratischen Gesellschaft – gleichzeitig steht Journalismus selbst aber unter existenziellem Druck. Es stellt sich die Frage, inwiefern Journalismus in seiner gegenwärtigen Verfasstheit das leisten *kann*, was er demokratiethoretisch leisten *soll* – welche Faktoren und Prozesse im Journalismus demokratiethoretisch fundierte Nachrichtenqualität demnach unterstützen und ermöglichen, oder aber gefährden und verhindern. Dieser Frage nimmt sich die vorliegende Studie in mehreren theoretischen und empirischen Schritten an. Zunächst wird der Status quo der kommunikationswissenschaftlichen Qualitätsforschung beleuchtet und Lücken der Forschung identifiziert, die hinsichtlich der demokratischen Performanz von Journalismus virulent werden. Darauf basierend wird in Bezug auf öffentlichkeitstheoretische Arbeiten (vgl. FERREE et al. 2002a) argumentiert, welche Standards für journalistische Nachrichtenqualität sich von drei verschiedenen, mitunter konkurrierenden Demokratiemodellen – dem *repräsentativen*, dem *deliberativen* und dem *partizipatorischen* Modell – ableiten lassen. In diesem Sinne wird eine mehrdimensionale, demokratiethoretisch fundierte Systematisierung von Nachrichtenqualität im Kontext politischer Berichterstattung erarbeitet (vgl. Kap. 2).

Um die Entstehungsbedingungen von Nachrichtenqualität zu verstehen, wird Journalismus im Folgenden (vgl. Kap. 3) basierend auf den soziologischen Arbeiten Schimanks (2007a, 2016) als Akteur:innen-Struktur-Dynamik begriffen. Dabei wird argumentiert, welche Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen – das *Wollen*, *Sollen* und *Können*, von dem der Titel dieser Studie spricht – einerseits konstitutiv für Journalismus sind und andererseits Einflüsse auf Nachrichtenqualität als das Ergebnis des journalistischen Arbeitsprozesses darstellen. Damit werden zentrale Forschungsstränge der bisher weitgehend voneinander isolierten Nachrichtenqualitätsforschung und der Journalismusforschung theoretisch – und in späterer Folge auch empirisch – verbunden. Dies mündet in einen Vorschlag eines soziologisch fundierten Theorierahmens für das Verständnis von journalistischen Einflüssen auf die Entstehung von Nachrichtenqualität. Das darauffolgende Kapitel (vgl. Kap. 4) fasst zusammen, welche empirischen Erkenntnisse zu den zuvor identifizierten Einflussgrößen im Kontext des österreichischen Journalismus vorliegen und leistet eine Einschätzung zu Potenzialen für Nachrichtenqualität in Österreich. Als Ausgangspunkt für die empirische Analyse fasst eine Serie an Forschungsfragen (vgl. Kap. 5) die beiden theoretischen Stränge sowie bestehende empirische Erkenntnisse zusammen und fragt, welche der theoretisch identifizierten Einflussgrößen sich in der empirischen Realität systematisch auf die vorgeschlagenen Qualitätsdimensionen auswirken und wie diese Einflüsse zum Tragen kommen.

Die methodische Anlage der Studie (vgl. Kap. 6) besteht aus einem dreistufigen, konsekutiven Mehrmethodendesign. Eine quantitative Inhaltsanalyse von österreichischen Nachrichtenbeiträgen dient dazu, Nachrichtenqualität zu *messen*. Eine quantitative Befragung der die Beiträge verantwortenden Journalist:innen und eine Kombination der Inhaltsanalyse- und Befragungsdaten auf Ebene der einzelnen Nachrichtenbeiträge bzw. Journalist:innen dient dazu, Nachrichtenqualität zu *erklären*. Sogenannte ›qualitative retrospektive Rekonstruktionen‹ in Form von persönlichen teilstandardisierten Leitfadeninterviews mit ausgewählten Journalist:innen des Befragungssamples sollen helfen, die Entstehung von Nachrichtenqualität noch tiefergehend zu *verstehen*. Basierend auf diesen Daten legt Kapitel 7 unter gemeinsamer Berücksichtigung der drei Datenquellen zunächst dar, welche journalistischen Faktoren sich auf die professionellen Standards der Berichterstattung – eine von zwei Dimensionen von Nachrichtenqualität – auswirken und wie diese im

Prozess der journalistischen Nachrichtenproduktion ausgehandelt werden. Kapitel 8 widmet sich in dieser Logik der Aushandlung der Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen als zweite Dimension von Nachrichtenqualität. Beides beantwortet die Kernfrage der Studie, nämlich welche Faktoren und Prozesse innerhalb der Akteur:innen-Struktur-Dynamik Journalismus konstitutiv für das Zustandekommen spezifischer Ausprägungen von Nachrichtenqualität sind. Abschließend (vgl. Kap. 9) diskutiert eine Conclusio die gewonnenen Ergebnisse, legt Limitationen des Vorgehens offen und skizziert einen Ausblick für weitere Forschung und die journalistische Praxis.

2. DEMOKRATIETHEORETISCHE NEUBEWERTUNG JOURNALISTISCHER NACHRICHTENQUALITÄT

Vom Lateinischen *qualitas* kommend, das wertneutral »Beschaffenheit, Eigenschaft, Zustand oder Güte« bedeutet (vgl. VOIGT 2016: 21), ist der Begriff der Qualität rein semantisch nicht zwingend positiv oder negativ konnotiert. Im Kontext der kommunikationswissenschaftlichen Medien- oder Nachrichtenqualitätsforschung impliziert Qualität jedoch einen »wünschenswerten Zustand (z. B. eines medialen Inhalts), der sich an bestimmten Zielvorstellungen bemisst« (ZERBACK 2021: 3). Auch in der vorliegenden Arbeit meint »Nachrichtenqualität« in diesem normativen Sinne einen zu erreichenden Idealzustand, nicht im wertneutralen Sinne die sachlichen Eigenschaften von Medieninhalten. Die Frage, wie konkret ein solcher »wünschenswerter Zustand« journalistischer Berichterstattung aussehen sollte, beschäftigt die Kommunikationswissenschaft und ihre Vorläufer seit langem – die »Debatte über journalistische Qualität ist fast so alt wie die periodische Presse selbst«, so Wilke (vgl. 2003: 35). An die Diskussion im angloamerikanischen Raum anschließend (vgl. z. B. MCQUAIL 1992) erreichte die Erforschung von Medien- und Nachrichtenqualität in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren einen Peak (vgl. ARNOLD 2009; RUSSMOHL 1992; SCHATZ/SCHULZ 1992; WEISCHENBERG/LOOSEN et al. 2006) und hat das Fach seitdem begleitet (vgl. BLUM et al. 2011; LACY/ROSENSTIEL 2015; LAWRENCE/NAPOLI 2023; SERONG 2015; STARK et al. 2021; VOIGT 2016; WLADARSCHE 2020).

Trotz dieser Forschungstradition hat die Medien- und Nachrichtenqualitätsforschung relativ wenige vergleichbare theoretische und vor allem empirische Erkenntnisse hervorgebracht – Synthesen und Überblicke, wie sie den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würden, leisten

beispielsweise Arnold (2008), Voigt (2016) und Geuß (2018). Das hat verschiedene Gründe: Zum einen gestaltet sich die Erforschung von Nachrichtenqualität theoretisch wie empirisch als äußerst *komplex*, wie Russ-Mohls (vgl. 1992: 85) vielzitierte Metapher von Medienqualität als einen Pudding, den es an die Wand zu nageln gilt (vgl. und von der er sich selbst später [HELD/RUSS-MOHL 2005: 65] distanzierte), illustrieren soll. So schwierig es ist, Medien- und Nachrichtenqualität zu definieren, so notwendig ist es aber. Beispielsweise brauchen die Medienregulierung und -förderung, die Journalist:innenausbildung oder auch die Programmplanung und -gestaltung öffentlich-rechtlicher wie privater Medien valide und aktuelle Erkenntnisse, auf denen ihre Entscheidungen basieren können. Die Komplexität der Definition und Messung von Medien- und Nachrichtenqualität hat zu einem wissenschaftlichen Diskurs geführt, der »umfangreich, aber schwer zu systematisieren und einzugrenzen« (PRINZING 2016: 108) ist. Er hat eine »schwer überschaubare Vielzahl heterogener Qualitätskriterien« (PÖTTKER 2000: 376) hervorgebracht.

Diese Heterogenität des Qualitätsdiskurses kommt zum anderen – und das wiederum eint die bestehenden Studien gewissermaßen – daher, dass Medien- bzw. Nachrichtenqualität notgedrungen ein »Beobachterkonstrukt« (WEISCHENBERG 2006: 12) ist. Qualität ist stets »relational« (STARK et al. 2021: 431, Kursivsetzung hinzugefügt) zur jeweils eingenommenen Perspektive und differiert demnach je nach »betrachtetem Objekt, Standpunkt des Betrachters und Kontext der Qualitätseinschätzung« (STARK 2019: 76). Für die Qualitätsforschung bedeutet das vor allem eines: Es bedarf der transparenten Offenlegung der theoretischen Fundamente von vorgeschlagenen Qualitätskriterien bzw. -dimensionen und deren konsistenter und systematischer Herleitung. An der bestehenden Forschung wurde kritisiert, dass dies oftmals nicht der Fall ist und Kriterienkataloge diesem Anspruch nicht gerecht werden. So problematisiert Serong (vgl. 2015: 132), dass viele Kriteriensysteme lediglich »Theoriesurrogate« darstellen. Diese Relationalität schlägt sich auch auf einer zeitlichen Dimension nieder: Medien- bzw. Nachrichtenqualität ist ein sich *wandelndes* Konstrukt. Journalismus ist diversen Wandlungsprozessen unterworfen, wie etwa einem technologischen, ökonomischen und kulturellen Wandel (vgl. HANUSCH et al. 2019) – und, wie in der Einleitung angesprochen, einem demokratischen Wandel. Weil Journalismus in seinem Agieren immer auf benachbarte gesellschaftliche Teilsysteme bzw. andere gesellschaftliche Institutionen angewiesen ist, bedarf es auch immer wieder einer »Neube-

wertung« (FRIEDRICH/JANDURA 2012: 403), was Journalismus in diesem Zusammenspiel leisten soll und kann, was sich in sich wandelnden Qualitätskriterien widerspiegelt (vgl. WEISS et al. 2016).

Vor dem Hintergrund des skizzierten heterogenen Qualitätsdiskurses, der versucht, Medien- und Nachrichtenqualität als komplexes, relationales und sich wandelndes Konstrukt definitorisch und operational zu greifen, schlägt die vorliegende Arbeit deshalb eine solche Neubewertung von Nachrichtenqualität aus demokratietheoretischer Perspektive vor. Demokratie wird dabei nicht als einheitliches Prinzip verstanden, sondern es werden vielmehr die Erfordernisse verschiedener, partiell konkurrierender demokratischer Modelle dargelegt. Eine solche Neubewertung greift dabei zwar auf bestehende und auch in der empirischen Forschung erprobte Qualitätskriterien zurück. Zum einen präzisiert sie diese Erfordernisse aber in Relation zu einer gemeinsamen theoretischen Basis, nämlich der unterschiedlicher Anforderungen zum Gelingen von Demokratie. Zum anderen differenziert sie Qualitätsmaßstäbe dahingehend, dass sie eine systematische Verbindung zu ihren Entstehungskontexten im Prozess journalistischer Nachrichtenqualität gesetzt werden können. Zudem verfolgt diese Neubewertung – in Abgrenzung zu bestehender, rein theoretischer Forschung (vgl. EISENEGGER/UDRIS 2021; JANDURA/FRIEDRICH 2014) – den Anspruch, in weiterer Folge auch vergleichend operationalisiert werden zu können. Für die theoretische Herleitung einer solchen Konzeptualisierung von Nachrichtenqualität sind mehrere grundlegende Entscheidungen zu treffen (vgl. REINECK 2022).

Entwicklung einer Systematik von Nachrichtenqualität

Eine zentrale Unterscheidung bei der wissenschaftlichen Untersuchung von Medien- und Nachrichtenqualität ist nach Lacy und Rosenstiel (2015) die zwischen einer *nachfragezentrierten* (»demand approach« 2015: 11) und einer *produktzentrierten* (»product approach« 2015: 15) Konzeptualisierung von Qualität. Nachfragezentrierte Ansätze nehmen das Publikum des Journalismus in den Blick und bewerten Journalismus danach, wie sehr seine Leistungen den Bedürfnissen der Gruppen entsprechen, die ihn konsumieren (vgl. LACY/ROSENSTIEL 2015: 11). Im Gegensatz dazu gehen produktzentrierte Ansätze davon aus, dass es in journalistischen Nachrichtentexten und -beiträgen identifizierbare Merkmale gibt, die deren Qualität ausdrücken. Durch die Fokussierung auf die Qualität des journa-

listischen Produkts per se – und das ist elementar im Sinne des Anspruchs der vorliegenden Studie, in späterer Folge Einflüsse auf Nachrichtenqualität zu identifizieren – werden Produzierende in die Lage versetzt, diese Qualitätsmerkmale zu beeinflussen und Qualität somit zu verbessern (vgl. LACY/ROSENSTIEL 2015: 15).

Aus demokratiethereoretischer Perspektive sind rein nachfragezentrierte Konzeptualisierungen (vgl. z. B. SCHMIDT et al. 2017; URBAN/SCHWEIGER 2014; VOIGT 2016) von Medien- und Nachrichtenqualität kritisch zu bewerten: Zwar hat die Forschung gezeigt, dass Mediennutzer:innen durchaus eine Vorstellung davon haben, was niedrig- und hochqualitative Medienangebote ausmacht. Ihre Einschätzungen decken sich aber nur teilweise mit normativen, in der gesellschaftlichen Verantwortung von Journalismus begründeten Vorstellungen von Qualität (vgl. JUNGNICHEL 2011: 375; VAN DER WURFF 2005: 294). Diese Diskrepanz wurde lange innerhalb der Diskussion über den »vermeintlichen Gegensatz von Quote und Qualität« im Fernsehen (vgl. DASCHMANN 2009: 259; vgl. SERONG 2015: 11) problematisiert und findet sich aktuell in der Diskussion über auf Nutzer:innenpräferenzen aufbauende algorithmische Selektion von Nachrichten im Social Web (vgl. STARK/MAGIN 2019: 377) wieder. Journalismus kann und soll jedoch Angebote im Interesse seiner Konsument:innen bereitstellen, auch wenn sie nicht zwingend positiv bewertet werden. Journalistische Nachrichtenangebote können als *meritorische Güter* gelten (vgl. ALI 2016; KIEFER/STEININGER 2014: 141). Solche zeichnet aus, dass sie weniger stark nachgefragt werden, als dies gesellschaftlich wünschenswert ist (vgl. ein klassisches Beispiel ist z. B. Bildung), während *demeritorische Güter* stärker nachgefragt werden als gesellschaftlich wünschenswert (z. B. »harte« Drogen). Geht man vom meritorischen Charakter von hochqualitativem Journalismus aus, so können und sollten also Maßstäbe angelegt werden, welche Medienkonsument:innen letztlich zugutekommen, auch wenn sie von ihnen nicht oder zumindest nicht unmittelbar geschätzt werden. Ähnlich argumentiert Prinzing (vgl. 2016: 108): »Medieninhalte werden nicht primär angeboten, weil das Publikum sie nachfragt, sondern weil das Publikum sie in seiner Rolle als Bürgergesellschaft braucht«.

Trotz der Kritik an nachfragezentrierten Ansätzen greift eine generelle Absage an Publikumsurteile aber zu kurz, denn ein »qualitativ noch so hochwertiges publizistisches Angebot kann jedoch nicht zum Gelingen von Demokratie beitragen, solange es nicht genutzt wird« (WEISS et al. 2016: 34; ähnlich: ARNOLD 2016: 556). Auch wenn sich demokratiethereoretische

Konzeptionen von Qualität nicht auf Publikumspräferenzen und -urteile stützen, so ist doch ein Mindestmaß an Wertschätzung durch das Publikum erforderlich, damit entsprechende Inhalte zumindest konsumiert werden. Die hier vertretene demokratietheoretische Konzeptualisierung von Nachrichtenqualität verfolgt also eine produktzentrierte Perspektive und geht von in Nachrichtenbeiträgen identifizierbaren, über die Qualität entscheidenden – und somit messbaren – Charakteristika der Berichterstattung aus. Sie bezieht das Publikum dahingehend ein, als dass sie von Effekten von Journalismus auf seine Nutzer:innen in deren Rolle als Bürger:innen ausgeht.

Eine weitere grundlegende Entscheidung bei der Entwicklung einer Systematik von Nachrichtenqualität ist, aus welcher bzw. aus wessen *Perspektive* Qualitätsurteile getroffen werden. Troxler und Gonser (vgl. 2011: 214) nennen in diesem Kontext die Perspektiven von *Zuschauer:innen*, *Medienschaffenden* und dem Wohl der *Gesellschaft* als häufig eingenommene Perspektiven der Qualitätsforschung. Während die Perspektive von Zuschauer:innen den angesprochenen nachfragezentrierten Perspektiven zuzuordnen ist, haben Studien auch untersucht, welche Vorstellungen von Medienqualität Journalist:innen als Produzent:innen von Medieninhalten haben (vgl. LACY/ROSENSTIEL 2015: 47). Auch wenn sich die Urteile von Journalist:innen weitgehend mit normativen Vorstellungen decken (vgl. WELLBROCK/KLEIN 2014), sind aus demokratietheoretischer Perspektive zwei Einwände zu nennen: Zum einen ist ein explizites Qualitätsverständnis von Medien- und Nachrichtenqualität von Journalist:innen bzw. ein explizites Streben danach keine zwingende Voraussetzung für die Produktion von hochwertigem Journalismus. Aus demokratietheoretischer Warte wird vielmehr das Resultat und dessen erwartbare gesellschaftliche Effekte als entscheidend erachtet (vgl. ALBÆK et al. 2017: 21). Zum anderen herrscht bei Medienschaffenden mitunter eine kritische Haltung gegenüber der »Messbarkeit journalistischer Qualitätskriterien« (WYSS 2002: 397). Das konterkariert den Versuch, Medienschaffende als Ausgangspunkt von Qualitätskriterien zu nehmen.

Eine demokratietheoretische Sicht konzeptualisiert Medien- und Nachrichtenqualität deshalb in Hinblick auf das Wohl der *Gesellschaft*. Als zentraler Begründer der Qualitätsforschung im angloamerikanischen Raum leitet McQuail Qualitätsmaßstäbe vom Beitrag der Massenmedien zu einem abstrakten »Public Interest« (MCQUAIL 1992: 1) ab. In liberalen Gesellschaften ist ein solches öffentliches Interesse untrennbar mit Demokratie verbunden:

»The underlying view of society [...] presumes a certain kind of normally functioning ›good society‹, which would be democratic«, so McQuail und Deuze (vgl. 2020: 84). Während betont wurde, dass Journalismus zwar auch ohne *Demokratie* existieren kann (vgl. JOSEPHI 2013; ZELIZER 2013), so ist eine demokratische Gesellschaft ohne Journalismus schwer denkbar (vgl. MCNAIR 2009). Journalismus soll »Öffentlichkeit herstellen, die Selbstbeobachtung der Gesellschaft ermöglichen, ein Zusammengehörigkeitsgefühl fördern und somit einen zentralen Beitrag zur Konstitution von Gesellschaft leisten«, so Friedrich und Jandura (vgl. 2012: 404). Wie diese Qualitätsmaßstäbe konkret aussehen sollen, hängt – wie im Folgenden noch zu erörtern ist – dabei jedoch von der konkreten Vorstellung von Demokratie ab.

Eine abschließende konzeptionelle Entscheidung bei der Entwicklung einer Konzeptualisierung von Medien- und Nachrichtenqualität ist die Frage, wie und auf welcher Ebene Qualität *gemessen* werden soll und kann (vgl. LACY/ROSENSTIEL 2015: 28f.). Die von Lacy und Rosenstiel diskutierten Methoden der *Publikumsbefragungen* und *Expert:innenurteile* dienen nicht der Messung produktzentrierter Konzeptualisierungen von Qualität. Das Heranziehen von *indirekten Indikatoren*, wie z. B. Budgets für journalistische Produkte oder die Zahl von Journalist:innen in Medienunternehmen, geht von einem Zusammenhang zwischen diesen Indikatoren und Qualität aus und argumentiert, dass diese demnach als Proxy für Qualität fungieren können. Daran ist jedoch zu kritisieren, dass ein solcher Zusammenhang weitgehend evidenzlos und unterkomplex angenommen wird (vgl. LACY/ROSENSTIEL 2015: 52). Für das vorliegende Vorhaben der demokratietheoretischen Systematisierung von Nachrichtenqualität und der Identifikation journalistischer Einflüsse auf sie wird deshalb eine *inhaltsanalytisch operationalisierbare* Konzeptualisierung von Qualität verfolgt, wie es der zentrale Zugang der Qualitätsforschung ist (vgl. MEIER 2019: 5). Zusammenfassend erarbeitet die vorliegende Studie demnach eine *produktzentrierte*, auf dem Beitrag von Journalismus für eine *demokratische Gesellschaft* fußende Konzeptualisierung von Nachrichtenqualität, welche *inhaltsanalytisch* operationalisiert werden soll.

Normativ-demokratieorientierte Perspektiven auf Nachrichtenqualität

Im Zentrum demokratietheoretischer Perspektiven auf Nachrichtenqualität steht die Frage, welche »Standards für publizistische Leistungen [...]

sich aus den Wesensmerkmalen der Demokratie« (WEISS et al. 2016: 28) ableiten lassen. In der Qualitätsforschung wurden vielfach Medien- und Nachrichtenqualität aus der Rolle von Journalismus in einer Demokratie abgeleitet. Dementsprechend stellen *normativ-demokratieorientierte* Ansätze (vgl. neben funktional-systemorientierten und publikumsbezogenen-handlungsorientierten Ansätzen) eine von drei zentralen Gruppen dar, in die Arnold (2008, 2009, 2023) die Qualitätsforschung unterteilt. Qualitätskriterien werden hier »nicht mit einer Funktion begründet, die aufgrund eines gesellschaftlichen Problems entstanden ist, sondern mit bestimmten fundamentalen Werten einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft« (ARNOLD 2008: 496). Einerseits sind darunter Qualitätskriterien zu verstehen, die sich auf konkrete demokratische Werte gründen, wie etwa *Wahrheit, Relevanz* oder *Unparteilichkeit* journalistischer Berichterstattung (vgl. MCQUAIL 1992; MCQUAIL/DEUZE 2020). Andererseits fallen Kriterien darunter, die sich von regulatorischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen ableiten lassen, wie etwa von Presse- und Rundfunkrecht und Mediengesetzen. Den deutschsprachigen Diskurs hat dabei der Kriterienkatalog von Schatz und Schulz (1992) geprägt, die von den Rechtsgrundlagen des Rundfunks in Deutschland Kriterien wie *Vielfalt, Relevanz, Professionalität* und *Rechtmäßigkeit* ableiten.

An normativ-demokratieorientierten Ansätzen wurde kritisiert, dass sie nicht trennscharf zu funktional-systemorientierten Ansätzen sind. Aus letzterer Perspektive soll Journalismus »funktional, durch [...] Berichterstattung eine möglichst anschlussfähige Selbstbeobachtung der Gesellschaft« (ARNOLD 2009: 200) ermöglichen und Qualitätskriterien werden vom »Wesen des Journalismus« (ebd.: 84) selbst abgeleitet. Diesen Funktionen des Journalismus in einer demokratischen Gesellschaft liegen aber in sich bereits demokratietheoretische Annahmen zugrunde (vgl. SERONG 2015: 157; VOIGT 2016: 36). Ansätze, die sich wiederum auf rechtliche Rahmenbedingungen stützen, liefern zwar einen »einheitlichen Bezugsrahmen für die Medienqualitätsforschung« (BEAUFORT 2020: 224). Recht stellt jedoch (vgl. von einigen unverhandelbaren Grund- und Verfassungsrechten abgesehen) nur die Kodifizierung eines temporären demokratischen Willens dar und unterliegen damit »einem permanenten Wandel« (WEHMEIER 2001: 311). Zudem – und das ist die gewichtigste Kritik aus demokratietheoretischer Perspektive – differenzieren und reflektieren die bestehenden Ansätze nur unzureichend, auf *welcher* Vorstellung von Demokratie sie ihre Kriterien gründen (vgl. STRÖMBÄCK 2005: 331).

Oftmals ist von ›der Demokratie‹ die Rede, wenngleich Demokratie kein uniformes Konstrukt, sondern ein Überbegriff für sehr unterschiedliche und teilweise sogar konkurrierende Ideen des Zusammenlebens (vgl. HELD 2006) ist. Sie beinhalten demnach auch unterschiedliche demokratische Rollen von Journalismus (vgl. CHRISTIANS et al. 2009).

Demokratiethoretische Neubewertung von Nachrichtenqualität

Um Nachrichtenqualität differenziert demokratiethoretisch zu systematisieren, müssen ihr passende Vorstellungen von Demokratie zugrunde gelegt werden. Davon gibt es viele. Strömbäck (vgl. 2005: 333) spricht demnach von einer manchmal verwirrenden Fülle von Demokratiemodellen. Eine grundlegende Achse innerhalb der Vorstellungen von Demokratie beschreiben Christians et al. (2009: 91; ähnlich: HELD 2006: 4) jedoch, wie an anderer Stelle herangezogen (vgl. RIEDL 2019: 1378), wie folgt:

»For some, democracy succeeds only when citizens rule themselves by participating directly in the community's day-to-day affairs. For others, democracy works best when citizens defer to elected officials whose experience and expertise qualify them to deal with the difficult and time-consuming demands of self-governance« (CHRISTIANS et al. 2009: 91).

Damit sind zwei grundlegende Vorstellungen von Demokratie angesprochen: Einerseits das *repräsentative Demokratiemodell*, demgemäß Bürger:innen in demokratischen Wahlen – dem Herzstück repräsentativer Demokratien – ihre Repräsentant:innen wählen, die stellvertretend für die Wähler:innen deren Belange vertreten und durchsetzen sollen. Auf ihm basiert die Mehrheit der Kriterienkataloge von Medien- und Nachrichtenqualität zumindest implizit (vgl. JANDURA/FRIEDRICH 2014). Dem stellen Christians et al. (2009) das *partizipatorische Demokratiemodell* gegenüber, demgemäß sich Bürger:innen selbstständig und aktiv in das gemeinsame ›Projekt‹ Demokratie einbringen, Entscheidungen treffen und Rahmenbedingungen des Zusammenlebens selbst gestalten. Als dritte, wenngleich älteste Form unter den wichtigsten Vorstellungen von Demokratie (vgl. STRÖMBÄCK 2005: 333) ist jene zu nennen, die das *deliberative Demokratiemodell* ausdrückt: Kollektiven Entscheidungen soll hier ein öffentlicher, möglichst rationaler Diskurs vorausgehen, in dem sich wichtige gesellschaftliche Akteur:innen und Kollektive möglichst gleichberechtigt einbringen und nach einem möglichst tragfähigen Konsens streben. Die

Idee einer deliberativen öffentlichen Diskurssphäre wurde grundlegend von den Arbeiten Habermas (1962, 1981a, 1981b, 1992) geprägt.

Welche Rolle weisen diese Vorstellungen von Demokratie nun dem Journalismus zu, welche Maßstäbe sind demnach an ihn anzulegen und wie lassen sich diese Maßstäbe sinnvoll systematisieren? Um diese Fragen zu beantworten, greift die folgende Argumentation auf Arbeiten aus der Öffentlichkeitssoziologie, Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft zurück, welche die Anforderungen an Massenmedien demokratietheoretisch differenzieren: Öffentlichkeit wird trotz des durch Plattformen getriebenen Strukturwandels und des damit unbestreitbar einhergehenden »Relevanzverlust[s] des Journalismus« (JARREN/FISCHER 2021: 365) nach wie vor wesentlich durch Journalismus hergestellt (vgl. JARREN/FISCHER 2021: 367). Deshalb stützt sich die Argumentation auf die Arbeiten von Ferree, Gamson, Gerhards und Rucht (2002a, 2002b) sowie auf die Arbeit von Martinsen (2009), welche verschiedene Vorstellungen von Öffentlichkeit demokratietheoretisch differenzieren. Darauf basierend argumentiert Strömbäck (2005), welche Aufgabe dabei Journalismus zuteilwird. Jandura und Friedrich (2014), Seethaler (2015) und Eisenegger und Udris (2021) überführen diese Überlegungen in konkrete Medienqualitätsstandards, wenngleich sie noch keinen Vorschlag für eine konkrete Operationalisierung vorlegen (vgl. EISENEGGER/UDRIS 2021; JANDURA/FRIEDRICH 2014) bzw. verschiedenen Vorstellungen von Demokratie in der Operationalisierung nicht gleichermaßen gerecht werden (vgl. SEETHALER 2015).

Obgleich bisher von journalistischer Medienqualität im weiteren Sinne die Rede war, konzentriert sich die demokratietheoretische Systematisierung auf *politische Nachrichtenqualität* im engeren Sinne. Auch wenn verschiedene Vorstellungen von Demokratie auch differierende Anforderungen für die Qualität politischer Kommunikation im Allgemeinen stellen (vgl. ZERBACK 2021) bzw. innerhalb des Journalismus auch unterhaltungsorientiertere Genres und Formate einen demokratischen Wert haben (vgl. FRIEDRICH/JANDURA 2012), ist davon auszugehen, dass Nachrichtenjournalismus in besonderem Maße Öffentlichkeit für Themen schafft, die der demokratischen Aushandlung bzw. Lösungsfindung bedürfen. Nachrichten werden in einem breiten Sinne als »novel information about relatively recent affairs« (SCHUDSON 2018: 1) verstanden. »Novel information« meint dabei, dass bei Nachrichtenergebnissen nicht der Neuigkeitswert in einer rein zeitlichen Perspektive zählt, sondern dass sich Nachrichten primär »vom Alltäglichen unterscheiden« (HOFFACKER/MEIER 2017: 55)

bzw. dass Nachrichtenereignisse durch neue Informationen auch wieder neuen Nachrichtenwert erfahren können. »Relatively recent« betont, dass auch ältere Nachrichtenereignisse Nachrichtenwert haben, sofern »[g]egenwärtige Aufgeschlossenheit« (HOOFFACKER/MEIER 2017: 62) für sie herrscht, es also eine Öffentlichkeit gibt, für die sie in der Gegenwart Relevanz besitzen. »Affairs« wiederum betont, dass Sachverhalte verschiedenster Art – und nicht nur politische Sachverhalte in engem Bezug auf politische Institutionen und politisches Personal – als politisch gelten können; der politische Bezug ist auch deshalb sehr breit zu sehen, weil unterschiedliche Demokratiemodelle auch unterschiedliche Schwerpunkte setzen, wie institutionalisiert Politik begriffen wird bzw. wie klar sie sich vom Privaten abgrenzen lässt.¹

TABELLE 1

Mehrdimensionale demokratietheoretisch fundierte Konzeption von Nachrichtenqualität

Demokratiemodell	Repräsentativ	Deliberativ	Partizipatorisch
	▼	▼	▼
Nachrichtenqualität	<i>Deskriptive Nachrichtenqualität</i>	<i>Diskursive Nachrichtenqualität</i>	<i>Aktivierende Nachrichtenqualität</i>
	▼	▼	▼
Professionelle Standards der Berichterstattung: »Wie?«	Unparteilichkeit	Diskursivität: 1) Kontext, 2) unterschiedliche Bewertungen, 3) Gründe, 4) Folgen und Lösungen, 5) aktiv beteiligte und 6) betroffene Akteur:innen	Konstruktive Emotionalität (Emotionalität ohne inzivile Elemente)
Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen: »Wer?«	Parteiliche Akteur:innen	Akteur:innen der Zivilgesellschaft wie NGOs und NPOs	Bürger:innen und Marginalisierte

Quelle: Eigene Zusammenstellung basierend auf Jandura und Friedrich (2014), Eisenegger und Udris (2021) sowie Seethaler (2015), basierend originär auf Ferree, Gamson, Gerhards und Rucht (2002a), Martinsen (2009) und Strömbäck (2005)

1 In diesem Sinne zielt die weitere Auseinandersetzung auf die normative Herleitung und in weiterer Folge auf die theoretische wie empirische Erklärung von *Nachrichtenqualität* im engeren Sinne ab. Sofern sie jedoch auf Argumente oder Befunde rekurriert, die ihrerseits für *Medienqualität* im weiteren Sinne dargelegt wurden, bezeichnet sie diese auch so.

Dimensionen demokratiethoretisch fundierter Nachrichtenqualität

Wie können Kriterien für demokratiethoretisch fundierte Nachrichtenqualität nun systematisiert werden und was sind die zentralen Dimensionen demokratiethoretisch fundierter Nachrichtenqualität? Eine der zentralen Fragen, nach denen Ferree et al. verschiedene Vorstellungen von Öffentlichkeit abgrenzen ist die Frage »How ideas should be presented« (2002a: 316, Kursivsetzung im Original), also *wie* Ideen in der demokratischen Öffentlichkeit dargestellt werden sollten. Demnach ist das »Wie?« der Nachrichtenqualität eine der zentralen Dimensionen, nach denen auch Journalismus beurteilt werden soll. Innerhalb des Journalismus lassen sich diese normativen »Stil-Standards« (MARTINSEN 2009: 60) der »Professionalität« (SEETHALER 2015: 32) zuordnen. Das »Wie?« bezieht sich hier auf einen bestimmten normativ wünschenswerten »Kommunikationsstil« (EISENEGGER/UDRIS 2021: 94, Kursivsetzung weggelassen). Es lässt sich damit als *professioneller Standard* journalistischer Berichterstattung bezeichnen (vgl. SERONG 2015: 54; WEISS et al. 2016: 33) (vgl. Tab. 1). Als eine von zwei Dimensionen, um demokratiethoretisch fundierte Nachrichtenqualität zu systematisieren, beziehen sich professionelle Standards auf »die Art der Selektion, Aufbereitung und Präsentation« von Medieninhalten (vgl. FAHR 2001: 19). Für solche professionellen Standards ist es aus demokratiethoretischer Perspektive wünschenswert, dass sie als Standard aufrechterhalten bzw. etabliert werden.

2.1 Professionelle Standards der Berichterstattung

2.1.1 *Unparteilichkeit als Maßstab im repräsentativen Demokratiemodell*

Das repräsentative Demokratiemodell

Auf die beiden griechischen Begriffe *demos* (›Volk‹) und *kratein* (›herrschen‹ bzw. ›Macht ausüben‹) zurückgehend bedeutet Demokratie zunächst schlicht die Herrschaft des Volkes und grenzt sich damit von der Herrschaft Einzelner (Monarchie) und der Herrschaft Mehrerer (Aristokratie) ab (vgl. ISHIYAMA et al. 2011: 267; SCHMIDT 2019: 1). Das ist das verbindende

Element verschiedenster historischer und gegenwärtiger Vorstellungen davon, was Demokratie bedeutet und wie sie praktiziert werden soll. Als zentraler »umkämpfter Begriff« (BUCHSTEIN 2016: 3) wird der Geltungsanspruch verschiedener konkreter Auffassungen von Demokratie lebhaft verhandelt. Um diesen »demokratiethoretischen Pluralismus« (ebd.: 7) zu systematisieren, wurden verschiedene Ideen zu *Modellen* verdichtet. Die zentrale Vorstellung von Demokratie, nach der westliche Demokratien mehrheitlich verfasst sind, entspricht einem *repräsentativen Demokratiemodell* (MARTINSEN 2009: 46; vgl. SCHMIDT 2019: 2). Es liegt – implizit oder explizit – dem Großteil der Medien- und Nachrichtenqualitätsforschung zugrunde (vgl. JANDURA/FRIEDRICH 2014: 351).

»This tradition shares the assumption that ultimate authority in society rests with the citizenry. Citizens need policy makers who are ultimately accountable to them but they do not need to participate in public discourse on policy issues. Not only do they not need to, but public life is actually better off if they don't« (FERREE et al. 2002a: 390).

Im Zentrum des repräsentativen Demokratiemodells steht damit die namensgebende Idee eines demokratischen *Repräsentationsprinzip*. Bürger:innen delegieren ihre Macht an demokratisch gewählte Vertreter:innen, die sie und ihre Interessen bestmöglich repräsentieren sollen. Zwischen den Wahlen liegen politische Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse primär in der Verantwortung der gewählten Repräsentant:innen (vgl. FRIEDRICH/JANDURA 2012: 406). Nachdem die Souveränität damit von den Bürger:innen hin zu politischen Funktionselementen transferiert wurde, sind diese ihren Wähler:innen gegenüber verantwortlich und rechenschaftspflichtig (vgl. FERREE et al. 2002a: 290). Der demokratische *Wahlakt* steht demnach im Zentrum. Wahlen stellen die primäre Möglichkeit für Bürger:innen dar, ihre Präferenzen darzulegen und dienen der Regierungsbildung. Aufgrund des Wettbewerbscharakters von freien Wahlen darf gehofft werden, dass sich durch den Wahlprozess die qualifiziertesten Politiker:innen durchsetzen (vgl. STRÖMBÄCK 2005: 334).

Damit sich verschiedene konkurrierende Ideen und Werte durchsetzen können, baut das repräsentative Modell auf eine Vorstellung von Öffentlichkeit als »Marktplatz der Ideen« (RITZI 2021: 22). Politische Alternativen, primär organisiert durch Parteien, bieten hier ihre Vorstellungen und Ideen den Wähler:innen an, die sich qua ihrer Stimme für das Deutungsangebot entscheiden können, das am ehesten ihrer Präferenz entspricht. Ohne klare politische Alternativen würde dieser Prozess unterminiert werden

(vgl. STRÖMBÄCK 2005: 334). Dass die Öffentlichkeit hier als Marktplatz fungiert, bedeutet aber nicht, dass die Allgemeinheit in Aushandlungsprozesse inkludiert werden sollte: Sie finden zwar öffentlich statt und werden dem Elektorat gegenüber damit transparent gemacht (vgl. FERREE et al. 2002a: 317) – geführt und ausgehandelt werden Entscheidungsprozesse aber von politischen Funktionseleiten. Öffentlichkeit ist hier kein egalitärer Aushandlungsort, sondern ein »elitendominierter Resonanzboden, der politische Entscheidungen für Bürger transparent macht« (FRIEDRICH/JANDURA 2012: 410). In diesem Sinne verfolgt das repräsentative Modell eine starke *Elitenzentrierung*, wie es im Zuge der Frage nach adäquater Vielfalt medialer Repräsentation (vgl. Kap. 2.2.1) noch ausführlicher dargelegt wird.

Vermittlungsfunktion von Journalismus im repräsentativen Modell

Welche Rolle weist das repräsentative Modell nun dem Journalismus zu? Journalismus fungiert hier als »Teil des Vermittlungssystems zwischen Bürgern und politischem System« (VOLTMER 1998: 13). Er schlägt in Massengesellschaften, wo die direkte Kommunikation zwischen Bürger:innen und Politiker:innen auf wenige Ausnahmen beschränkt ist, »die Brücke« zwischen ihnen. Diese Vermittlungsfunktion hat demnach zwei Richtungen: *Top down* von den Funktionseleiten zu Bürger:innen und *bottom up* von der Bevölkerung zu ihren Repräsentant:innen (vgl. JANDURA/FRIEDRICH 2014: 353). In ersterem Sinne steht die Informiertheit von Bürger:innen im Zentrum: Um eine rationale, fundierte und wohlüberlegte Wahlentscheidung treffen zu können, sollte Journalismus hinreichende Informationen über Parteien und Kandidat:innen und ihre jeweiligen Standpunkte zur Verfügung stellen (vgl. FERREE et al. 2002a: 291). Journalismus sollte von Berichterstattung absehen, die den Prozess der inhaltlichen Meinungsbildung unterminiert, z. B. ablenkt (vgl. JACOBI et al. 2016: 725). Im umgekehrten Sinne, also im Sinne der Vermittlungsleistung von den Bürger:innen zu Funktionseleiten, sollte Journalismus aber auch Öffentlichkeit schaffen, die politischen Funktionseleiten verantwortungsvolle Sachentscheidungen ermöglicht, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen (vgl. FERREE et al. 2002a: 295). Es geht hier wohlgerne um die öffentliche Abbildung von bevölkerungsseitigen Anliegen in einem proportionalen Verhältnis zu deren gesamtgesellschaftlicher Relevanz, nicht jedoch darum, einzelnen Bürger:innen und ihren spezifischen Lebenssituationen eine Stimme zu geben.

*Rolle von Unparteilichkeit für das demokratische
Repräsentationsprinzip*

Wie sollte diese journalistische Vermittlungsleistung nun konkret aussehen? Ferree et al. (vgl. 2002a: 294) subsumieren den adäquaten Kommunikationsmodus gemäß dem repräsentativen Modell unter dem Begriff »detachment«, also einer professionellen Distanz zwischen journalistischer Berichterstattung und den Berichterstattungsanlässen bzw. darin involvierten Akteur:innen. Konkreter leiten Jandura und Friedrich (vgl. 2014: 355) den Anspruch an Journalismus ab, die Bevölkerung »objektiv« und unverzerrt zu informieren. Auch Strömbäck (vgl. 2004: 98) fordert, Medien sollten ein wahrheitsgetreues und »objektives« Bild der Wirklichkeit vermitteln, sofern das möglich ist. Die Forderung nach *Objektivität*, die auch eine epistemologische Dimension beinhaltet (vgl. EKSTRÖM/WESTLUND 2019), bzw. ihre Erreichbarkeit ist jedoch als Qualitätsmaßstab umstritten (vgl. MEYERS 2020). Allein die Nachrichtenauswahl beinhaltet ein subjektives Element und im Journalismus wirken stets interne und externe Einflussgrößen, die eine vollständige Entkoppelung zwischen Berichterstattung und Journalist:innen verunmöglicht (vgl. MCQUAIL 1992: 187).

Weil damit der »Objektivitätsbegriff zu umstritten ist, als dass er als autonomes Qualitätskriterium betrachtet werden kann« (VOIGT 2016: 51), fungiert die *Unparteilichkeit* der Berichterstattung als zentraler Qualitätsmaßstab im repräsentativen Modell (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Unparteilichkeit wurde als Teilaspekt journalistischer Objektivität konzeptualisiert (vgl. MCQUAIL 1992: 223; MCQUAIL/DEUZE 2020: 217; SCHÖNHAGEN 2012; WARD 2005: 19). Sie stellt aber eine intersubjektiv nachvollziehbare und empirisch zugängliche Dimension dar. In diesem Sinne argumentiert Seethaler (2015: 61), dass es »für eine liberal-repräsentative demokratische Ordnung von entscheidender Bedeutung [ist], dass die Bürger sachlich und unparteiisch informiert werden«. Auch Arnold (2008: 192) betont die Wichtigkeit einer »neutrale[n] Informationsgrundlage«, denn nur damit haben »die verschiedenen konkurrierenden Standpunkte in einer repräsentativen Demokratie nicht nur insgesamt, sondern auch gegenüber dem Einzelnen eine Chance möglichst »unverzerrt« dargestellt zu werden und um Zustimmung zu werben«. ²

2 Von der Objektivitätsnorm ließen sich noch weitere Qualitätsdimensionen ableiten wie die *Faktizität* und von ihr wiederum *Richtigkeit*, *Aktualität* und *Vollständigkeit*. Wie Jandura und

Als professioneller Standard von Nachrichtenqualität drückt sich Unparteilichkeit dahingehend aus, dass journalistische Berichterstattung im Sinne einer »Unvoreingenommenheit und Distanz zum Berichterstattungsgegenstand« (MEIER 2018: 243) möglichst frei von wertenden Tendenzen ist und dass Nachrichtenereignisse möglichst neutral präsentiert werden sollten (vgl. JANDURA/FRIEDRICH 2014: 356; STRÖMBÄCK 2005: 339). Auch die Forderung nach einer solchen unparteilichen Darstellung ist natürlich nicht vollkommen eindeutig (vgl. BOUDANA 2016; MITCHELL/STEWART 2017). Unparteilichkeit sollte sich jedoch in einem klaren »Verzicht auf explizite Wertungen« (ARNOLD 2008: 198) und einem vorsichtigen Umgang mit potenziell wertendem Vokabular niederschlagen (vgl. GOODMAN/BOUDANA 2019: 410). Diese Werturteilsfreiheit bezieht sich rein auf journalistische Standpunkte, also die Vermeidung einer originären »journalistic voice« (MELLADO 2015: 600). Dass Journalismus die Perspektiven von im repräsentativen Modell wichtigen Akteur:innen wiedergibt, gehört vielmehr zu seinen Aufgaben, sie müssen diesen aber auch klar zuzuschreiben sein (vgl. FAHR 2001: 24). Eigene Wertungen sind gemäß dem klassischen »Trennungsgrundsatz« zwischen Information und Meinung nur in dezidiert ausgewiesenen Kommentaren akzeptabel (vgl. SCHWER 2006: 361).³

Friedrichs (2014: 355) argumentieren, sind diese jedoch schwer empirisch zu überprüfen.

- 3 Obwohl einige Autor:innen (vgl. JANDURA/FRIEDRICH 2014; MCQUAIL 1992; SCHATZ/SCHULZ 1992), vorschlagen, *Unparteilichkeit* konzeptionell als Überbegriff für die beiden Sub-Dimensionen *Neutralität* und *Ausgewogenheit* bzw. *Fairness* zu betrachten, nutzt die vorliegende Studie (wie auch SEETHALER 2015; BEAUFORT 2020) den Begriff »Unparteilichkeit«. Dies hat mehrere Gründe: Erstens konnte die vorgeschlagene zweiteilige Konzeption von Unparteilichkeit in keine empirisch valide und trennscharfe inhaltsanalytische Operationalisierung überführt werden, denn die Grenze zwischen Ausgewogenheit und Neutralität der Darstellung ist vage (vgl. MCQUAIL 1992: 201). Zweitens ist der Begriff der Unparteilichkeit – als die Abwesenheit von Parteilichkeit – näher an der die Debatte prägenden englischsprachigen Forschung, wo journalistische Tonalität und Werturteile unter dem Begriff »partisanship« (z. B. NIVEN 2001) bzw. »partisan bias« (z. B. SHULTZINER/STUKALIN 2021) erforscht und verhandelt werden.

2.1.2 *Diskursivität als Maßstab im deliberativen
Demokratiemodell*

Das deliberative Demokratiemodell

Im Gegensatz zum repräsentativen Modell, wo der demokratische Wahlakt im Zentrum steht, ist der zentrale Modus der Entscheidungsfindung und Handlungsabstimmung im deliberativen Modell der Prozess demokratischer Deliberation:

»Der Zentralbegriff dieser Demokratietheorie ist Deliberation, das Miteinander-Reden, die argumentativ abwägende, verständigungsorientierte Beratschlagung. Mit diesem Zentralbegriff ist ein Politikverständnis verknüpft, das von dem anderer Demokratietheorien abweicht. Während die meisten Demokratietheorien die politischen Vorgänge und die Ergebnisse der Entscheidungsprozesse als Produkte einer von Herrschaft und Macht charakterisierten Bündelung von Präferenzen begreifen, ist für die Deliberationstheorie Politik das Ergebnis einer fairen, verständigungsorientierten Beratschlagung« (SCHMIDT 2019: 229).

Deliberative Entscheidungsfindungsprozesse können demnach auf den verschiedensten Ebenen und in den verschiedensten gesellschaftlichen Sphären stattfinden: Zwischen Bürger:innen im Alltag, zwischen politischen Funktionseleiten oder zwischen Bürger:innen und Politiker:innen (vgl. STRÖMBÄCK 2005: 336). In modernen Massengesellschaften, wo Deliberationsprozesse zu gesamtgesellschaftlich relevanten Fragen nie unmittelbar geführt werden können, sind Medien und Journalismus wichtige Träger:innen deliberativer Prozesse (vgl. MARCINKOWSKI/DONK 2012: 95). Medienvermittelte Deliberation unterscheidet sich aber natürlich von direkter Deliberation, weshalb spezifische Maßstäbe an sie anzulegen sind (vgl. WEINMANN/VORDERER 2018: 469). Für ihr Gelingen ist Öffentlichkeit zentral: »Öffentliche Diskurse fungieren im deliberativen Demokratiekonzept als Medium und Forum einer (vgl. begründeten) Willensbildung« (MARTINSEN 2009: 50). Entscheidend geprägt wurde ein solches Verständnis von öffentlichen Diskursen durch die »Diskurstheorie« von Habermas (1992). Im Gegensatz zu anderen Demokratiemodellen, die das Ergebnis von demokratischen Prozessen betonen, steht im deliberativen Modell demnach der Prozess selbst im Fokus. Eine zentrale Idee des deliberativen Modells ist, dass gesellschaftliche Entscheidungen nicht im elitären politischen Zentrum getroffen werden, sondern dass dieser Kreis erweitert wird. Im Habermas'schen Verständnis (1981a) ist es zwar akzep-

tabel, dass Routineentscheidungen realpolitisch nur von Funktionseleiten getroffen werden – bei wichtigen und weitreichenden gesellschaftlichen Entscheidungen bedarf es jedoch eines öffentlichen Diskurses, der auch Akteur:innen der gesellschaftlichen *Peripherie* miteinbezieht (vgl. FERREE et al. 2002a: 300). Damit diese an deliberativen Entscheidungsfindungsprozessen partizipieren können, müssen Diskurse auch prinzipiell für einen weiteren Kreis offenstehen, wie es bei der Frage nach adäquater Vielfalt medialer Repräsentation im deliberativen Modell (vgl. Kap. 2.2.2) noch ausführlicher dargelegt wird.

Das Ziel deliberativer Prozesse ist das Finden eines möglichst tragfähigen *Konsens* (vgl. MARTINSEN 2009: 52). Ein solcher ist natürlich nicht immer ad hoc möglich, soll aber als ›gradueller Konsens‹ über die Zeit erreicht werden (vgl. FERREE et al. 2002a: 305). Kritiker:innen führen an, dass Konsens in durch viele Konfliktlinien geprägten Massengesellschaften unrealistisch ist. Ferree et al. (2002a: 306) argumentieren, dass aber als Mindestmaß ein »working consensus« für die jeweilige Problemlage erreicht werden soll; Wessler spricht (2008a: 5, Kursivsetzung weggelassen) in ähnlicher Weise von einem »reasoned dissent«, in dem zumindest Argumente abgewogen und kritisch diskutiert werden. Dem letztlichen Konsens sollte »ein inklusiver und möglichst machtfreier deliberativer Prozess« (RITZI/SCHAAL 2013) vorausgehen, der idealerweise von einem herrschaftsfreien Diskursklima geprägt ist. In Anlehnung an Habermas (1983) »ideale Sprechsituation« ist es das erklärte Ziel deliberativer Theorien, dass sich im öffentlichen Diskurs die bessere Idee gegenüber schwächeren durchsetzen sollte, unabhängig von der Machtprädisposition der Akteur:innen, die sie vorbringen (vgl. FERREE et al. 2002a: 301). Es sollte das »Prinzip des zwanglosen Zwangs des besseren Arguments« (EISENEGGER/UDRIS 2021: 96) gelten. Dazu sollte der öffentliche Diskurs von wechselseitigem Respekt als »agreeing to disagree« (FERREE et al. 2002a: 302) aller Diskursteilnehmer:innen geprägt sein. Unter ihnen sollte eine Bereitschaft zum Dialog herrschen, in dem Positionen und Aussagen durch begründete und nachvollziehbare Argumente gestützt werden (vgl. ebd.: 303).

*Beitrag von Journalismus zum Prinzip demokratischer
Deliberation*

Weil die ganze Gesellschaft betreffende Deliberation nur durch medienvermittelte Öffentlichkeit denkbar ist, ist Journalismus in der Pflicht,

deliberative Diskurse zu initiieren, aufrechtzuerhalten und im Sinne der normativen Anforderungen an ihn zu moderieren (vgl. HAAS 1999: 356; RIEDL 2019: 1382). Aufgrund dieser engen Verschränkung zwischen dem Gelingen öffentlicher Deliberationsprozesse und dem Agieren von Journalismus wurden normativen Konzeptualisierungen von Medienqualität vielfach deliberative Überlegungen zugrunde gelegt (vgl. BACHMANN et al. 2022; FÖG 2022; RINKE et al. 2013; STARK et al. 2021; WESSLER/RINKE 2014). Ein deliberativer massenmedialer Diskurs ermöglicht dabei nicht nur die Aushandlung von gesamtgesellschaftlich relevanten Fragen und Problemlagen. Er sollte auch in den verschiedensten Gesellschaftssphären interpersonelle Diskussionen anstoßen (vgl. SEETHALER 2015: 31). Deliberativen Maßstäben genügender Journalismus kann Bürger:innen dabei Hintergrundwissen und Argumente an die Hand geben, um an deliberativen Diskursen teilnehmen zu können, und dabei deliberative Ideale fördern (vgl. WESSLER 2008b). Als Basis dafür können deliberative Medieninhalte durch abwägende und multiperspektivische Berichterstattung dazu beitragen, dass Bürger:innen überhaupt zu eigenen Standpunkten bezüglich komplexer Fragen kommen (vgl. MARCINKOWSKI/DONK 2012: 94). Darüber hinaus halten deliberative journalistische Diskurse politische Funktionseliten dazu an, argumentativ begründete Standpunkte zu vertreten, die dem öffentlichen diskursiven Abwägen standhalten, das die Qualität politischer Entscheidungen insgesamt verbessern kann (vgl. WESSLER 2008a: 6).

Beitrag von Diskursivität zu demokratischer Deliberation

Damit Journalismus erfolgreich Diskurse initiieren und moderieren kann, wie im deliberativen Paradigma gefordert, sollten journalistische Inhalte eine kontextualisierende Einordnungsleistung erbringen. Jandura und Friedrich (vgl. 2014: 361) sowie Seethaler (vgl. 2015: 30) argumentieren, dass sich eine solche analytische Qualität darin äußert, dass journalistische Berichterstattung in Bezug auf das jeweilige Nachrichtenereignis eine *Kontextualisierung* erfahren, *unterschiedliche Bewertungen* des Themas vorliegen, *Begründungen* genannt werden und *Folgen oder Lösungen* sowie in *Folgen oder Lösungen involvierte* und davon *betroffene Akteur:innen* thematisiert werden. Sie lehnen sich damit an Entmans (1993) einflussreiche Definition von Framing an, der eine Problemdefinition, kausale Interpretation, moralische Evaluation und Empfehlungen zum Umgang mit einem journalistischen

Thema als Komponenten eines Frames ausmacht.⁴ Die rezente Framingforschung untersucht üblicherweise *wie* ein Thema im Sinne eines Frames eingeordnet wird (vgl. MATTHES 2009). Im Zentrum der Ableitung eines deliberativen Qualitätsmaßstab vom Framing-Konzept steht im Gegensatz dazu die Idee, *dass* ein Thema *möglichst umfassend* eingeordnet wird – dass also möglichst viele bzw. möglichst alle der genannten Komponenten zu einem Thema angeführt werden. In Anlehnung an Brosda (2008: 14), der die Idealform von Journalismus gemäß deliberativen Vorstellungen von Demokratie als »diskursiven Journalismus« bezeichnet, wird die skizzierte kontextualisierende Einordnungsleistung hier als der professionelle Standard der *Diskursivität* (vgl. Tab. 1 in Kap. 2) bezeichnet.

Damit ähnelt die Konzeptualisierung von Diskursivität dem Konzept von *thematischen Frames* (vgl. IYENGAR 1991: 14). Während Themen beim *episodischen Framing* lediglich »anhand von Fallbeispielen illustriert« werden, werden Themen beim *thematischen Framing* »in einen breiteren, abstrakten Zusammenhang gestellt« (SCHEUFELE/ENGELMANN 2016: 449), worauf auch die Diskursivität als Qualitätsmaßstab abzielt. Dementsprechend wird episodisches Framing »üblicherweise eher als Beleg für eine analytisch weniger anspruchsvolle Berichterstattung« angesehen, während angenommen wird, dass thematisches Framing und damit verbundene »summarische Informationen oftmals validere Aussagen über gesellschaftliche Problemlagen zulassen« (MAURER et al. 2021: 34). Analog wird episodisches Framing als Indikator für eine Soft-News-Orientierung der Berichterstattung gesehen, während thematisches Framing für eine Hard-News-Orientierung steht (vgl. REINEMANN et al. 2012: 226; MAGIN et al. 2021: 62), die auch als Qualitätsmaßstab begriffen wird (vgl. VAN AELST et al. 2017; BACHMANN et al. 2022). Kongruent mit den demokratiefördernden Erwartungen diskursiver Nachrichtenqualität zeigen empirische Studien, dass die Auseinandersetzung mit thematischem Framing in den Nachrichten dazu führt, dass Rezipient:innen die gesamtgesellschaftliche Tragweite von Problemlagen besser einordnen können (vgl. BOUKES 2022: 376). Zudem konnte gezeigt werden, dass die Nutzung von Nachrichtenangeboten, die deliberativen Ansprüchen gerecht werden, das argumentative Repertoire

4 »Framing essentially involves selection and salience. To frame is to select *some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation* for the item described« (ENTMAN 1993: 52, Kursivsetzung im Original).

von Bürger:innen vergrößern und sie damit zur Teilhabe an gesellschaftlichen Diskursen befähigen kann (vgl. VAN DER WURFF et al. 2016).

Kontextualisierung

Die *Kontextualisierung* von Nachrichtenergebnissen und -themen stellt die erste von sechs additiven Komponenten der Diskursivität als professioneller Standard im deliberativen Modell dar (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Kontextualisierung meint in diesem Zusammenhang die »Einordnung [von Themen] in längerfristige Prozesse oder übergeordnete Zusammenhänge« (SEETHALER 2015: 30). Sie zielt darauf ab, das Publikum mit hinreichenden Hintergrundinformationen zu versorgen, damit Rezipient:innen an themenbezogenen Diskursen teilhaben können und die Tragweite und Relevanz von Nachrichtenergebnissen nachvollziehen können (vgl. BACHMANN et al. 2022: 8). Ähnlich begründet auch Brosda (2008: 17, Kursivsetzung weggelassen) eine »Kontextualisierung« im Sinne eines »Zusammenhangs- und Kontextwissen[s]« als Dimension eines diskursiven Journalismus. Kontextualisierung wird in der journalistischen Berichterstattung häufig durch Formen des *Vergleichs* (vgl. SEETHALER 2015: 99) geleistet, die ermöglichen sollen, Nachrichtenergebnisse und -themen umfassend einzuordnen. So begreifen etwa Maurer, Reinemann und Kruschinski (2021: 22) in einer Analyse der Qualität von Covid-19-Berichterstattung einen Vergleich von Covid-19, »z. B. historisch, im Ländervergleich oder im Vergleich mit anderen Krankheiten« als Indikator für die Qualitätsdimension »Einordnung/Kontextualisierung«.

Unterschiedliche Bewertungen

Die journalistische Darstellung *unterschiedlicher Bewertungen* von Nachrichtenergebnissen und -themen stellt die zweite Komponente der Diskursivität (vgl. Tab. 1 in Kap. 2) dar. Das demokratietheoretische Argument ist hier, dass das Aufzeigen und Erkennen divergierender Standpunkte die notwendigen ersten Schritte für das Zustandekommen von Dialog – und damit auch das Zustandekommen eines Konsenses – sind, worauf deliberative Prozesse letztlich abzielen. Ähnlich operationalisiert Wessler (vgl. 2008a: 13) eine »dialogische Struktur«, begriffen als das Vorhandensein von Sprecher:innen mit gegensätzlichen Standpunkten in einem Medienbeitrag, als Dimension der Messung von Deliberation.

Auch wenn Akteur:innen nicht direkt dialogisch Bezug aufeinander nehmen, können Journalist:innen im Rahmen ihrer Beiträge den dialogischen Bezug zwischen ihnen herstellen, wie Rinke, Wessler, Løb und Weinmann (vgl. 2013: 478) darlegen. An anderer Stelle geht Wessler (vgl. 2008a: 4, Kursivsetzung im Original) noch einen Schritt weiter und argumentiert, dass es für eine sinnstiftende Wirkung auf das Publikum ausreicht, wenn Begründungen und Gegenbegründungen öffentlich vorgebracht werden und *vor* dem Publikum geführte Debatten ebenso normativ wertvoll sind wie dialogische Bezugnahmen zwischen konkreten Sprechenden. Unterschiedliche Standpunkte in der Berichterstattung können in diesem Sinne zu einer Erweiterung des argumentativen Repertoires, einer reflektierenden Überprüfung und möglicherweise Veränderung der eigenen Überzeugungen und Präferenzen beitragen (vgl. PETERS 2005: 104f.), auch wenn sie nicht unmittelbar dialogisch aufeinander bezogen sind.

In der jüngeren Vergangenheit wurde der abwägende journalistische Diskurs bei Themen kritisiert, bei denen es nicht um divergierende Standpunkte, sondern um Fakten geht. Unter dem Begriff der »False Balance« (FAHY 2017) wurde problematisiert, dass in solchen Fällen ein Gegenüberstellen von unterschiedlichen Bewertungen konstruktive Diskurse mehr gefährdet denn begünstigt, weil faktisch unterschiedlich »wahre« Standpunkte journalistisch als gleichwertige Perspektiven aufbereitet werden (vgl. MURCOTT/WILLIAMS 2013), wie es beispielsweise beim Thema der menschengemachten Klimakatastrophe geschieht (vgl. BRÜGGEMANN/ENGESESSER 2017). Deshalb ist es wichtig, die Dimension unterschiedlicher Bewertungen mit anderen perspektivischen Dimensionen zu ergänzen, wie dies mit dem Konzept der Diskursivität geschieht: Sofern ein Sachverhalt tatsächlich aus verschiedenen Blickwinkeln als zweifelhaft dargestellt wird, obwohl es nur eine evidenzbasierte Perspektive gibt, können die anderen Indikatoren der Diskursivität solche nicht-substanziellen Perspektiven entlarven. Die Inkonsistenz solcher Perspektiven tritt beispielsweise zu Tage, wenn es um einen kohärenten Kontext oder um überzeugende kausale Erklärungen geht.

Gründe

Die dritte Komponente der Diskursivität ist das Darlegen von *Gründen* für den jeweiligen Berichterstattungsanlass bzw. das Nachrichtener-

eignis (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Gründe und Ursachen dienen dazu, das Berichtete in einen Kausalzusammenhang zu stellen und somit auch die Legitimität von Standpunkten und Handlungsableitungen offenzulegen (vgl. MARTINSEN 2009: 50). Neben einem vertieften inhaltlichen Verständnis für Rezipient:innen tragen Begründungen bzw. vor allem die Begründetheit von Standpunkten zum deliberativen Prinzip eines gleichberechtigten Dialogs bei: Für Deliberation ist es essenziell, die Argumente anderer anzuerkennen, einzubeziehen und möglicherweise zu widerlegen – dafür bedarf es aber auch, die eigenen Argumente begründet zu rechtfertigen (vgl. FERREE et al. 2002a: 306). In ähnlicher Weise konzeptualisiert Wessler (vgl. 2008a: 10) das Vorhandensein einer Begründung von medial berichteten Standpunkten als deliberative Qualitätsdimension (auch MARCINKOWSKI/DONK 2012). Rinke et al. (vgl. 2013: 478) betonen, dass eine solche Begründetheit einerseits die Standpunkte der in der Berichterstattung zu Wort kommenden Akteur:innen betrifft; andererseits adressiert sie jedoch auch die Darlegungen der Journalist:innen selbst, die Ursachen und Gründe für Nachrichtereignisse recherchieren und ihrem Publikum vermitteln sollten.

Folgen und Lösungen und darin involvierte Akteur:innen

Das argumentative Pendant zur Angabe von Gründen im Sinne eines geschlossenen Kausalzusammenhangs bilden *Folgen und Lösungen* und die darin *involvierten Akteur:innen* als die abschließenden Komponenten der Diskursivität als professioneller Standard im deliberativen Modell (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Das Finden von Lösungen ist eng an den theoretischen Kern deliberativer Demokratietheorien geknüpft. In diesem Sinne argumentiert Peters (vgl. 2005: 105), dass die Identifikation von Problemen und die gemeinsame Suche nach neuen Lösungen der originäre Wesenszweck öffentlicher Deliberationsprozesse ist. Demnach muss Journalismus im Sinne seiner diskursiven Verantwortung auch daran gemessen werden, ob und wie stark er verschiedene Lösungsangebote zu deren kollektiver Verhandlung in den Diskurs bringt. Diese kollektive Verhandlung von Folgen und Suche nach Lösungen hat auch ein gemeinschaftsförderndes Moment und stärkt damit deliberative Grundprinzipien, wie Meehan (vgl. 2013: 17) in ihrem Entwurf einer deliberativen Diskurssphäre als eine »Gemeinschaft«, die gemeinsam an Lösungen für konkrete Probleme arbeitet, betont. Wie dargelegt sollte Journalismus im deliberativen Paradigma Bürger:innen zur Teilnahme

an öffentlichen Diskursen befähigen. In diesem Sinne erweitert Seethaler (vgl. 2015: 30) die vier auf Entmans (1993) Definition von Framing basierende Konzeptualisierung von Diskursivität um an Lösungen und Folgen *aktiv beteiligte Akteur:innen* sowie von ihnen *betroffene Akteur:innen* als zwei abschließende Komponenten von Diskursivität (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Diese beiden Dimensionen binden im Sinne eines »Brückenschlags zwischen gesellschaftlichem Geschehen und persönlicher Lebenswelt« (BEAUFORT 2020: 147) die gesamtgesellschaftliche Diskursosphäre an ihre Mitglieder rück. In ähnlicher Weise begreift Hagen (vgl. 1995: 102) die Relevanz für »unmittelbar am Ereignis beteiligte Hauptpersonen oder -gruppen« als Kriterium für den Qualitätsindikator »Folgen«.

2.1.3 *Konstruktive Emotionalität als Maßstab im partizipatorischen Demokratiemodell*

Das partizipatorische Demokratiemodell

Eine der trennenden Achsen der verschiedenen Demokratiemodelle ist der Grad, zu dem Bürger:innen in demokratische Prozesse eingebunden sind. Während das repräsentative Modell eine vergleichsweise passive Rolle von Bürger:innen vorsieht, die lediglich beim Urnengang »zum Zug« kommen, setzt das deliberative Modell auf einen gleichberechtigten Austausch zwischen politischem Zentrum und Peripherie. Es berücksichtigt die Belange von Bürger:innen jedoch primär in Form von kollektivierten Interessen. Eine zentrale, aktive und eigenständige Rolle nehmen Bürger:innen als unmittelbar Beteiligte im partizipatorischen Modell ein:

»The common thread in participatory liberal theories is the desirability of maximizing the participation of citizens in the public decisions that affect their lives. To do this, they should, to the extent feasible, be active participants in the public sphere as part of an ongoing process. Participation enhances the public sphere, allowing for the emergence of something approximating a general will, and improves the individual, by drawing on and developing the person's highest capacities for action« (FERREE et al. 2002a: 295).

Während sich im repräsentativen und deliberativen Modell die Frage nach dem »Wer?« (zentrale Akteur:innen) stärker vom »Was?« (Prozess), dem »Wie?« (Diskursstil) und dem *Ergebnis* demokratischer Prozesse (vgl. FERREE et al. 2002a: 316) abgrenzen lässt, zieht sich im partizipatorischen

Modell der zentrale Fokus auf die aktive Partizipation von »einfachen« Bürger:innen durch alle Dimensionen. Das partizipatorische »Modell« ist dabei relativ zu sehen, denn es vereint vergleichsweise divergente Demokratievorstellungen unter dem gemeinsamen Dach direkter Partizipation (vgl. EISENEGGER/UDRIS 2021: 98). Partizipatorische Theorien haben ihre Wurzeln in den Cultural Studies, kritischer Theorie, feministischen Ansätzen und der Konfliktforschung und nehmen eine Gegenposition zur dominanten Vorstellung einer elitenzentrierten demokratischen Öffentlichkeit ein (vgl. JANDURA/FRIEDRICH 2014: 362). In diesen Ansätzen wird der konzeptionelle Fokus auf den Wert der »individuellen Selbstbestimmung« von Bürger:innen gelegt (vgl. MARTINSEN 2009: 55) und hierarchischen Top-down-Strukturen eine Bottom-up-Perspektive entgegengesetzt. Gemäß partizipatorischen Vorstellungen von Demokratie sollen die Menschen ermutigt werden, selbst eine aktive Rolle im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben zu übernehmen. So fordert beispielsweise Barber (1984/2003) eine »Starke Demokratie«, die in verstärkter Partizipation auf allen politischen Entscheidungsebenen und auf der Reaktivierung von Bürgersinn besteht«, um eine »wirkliche Selbstregierung des Volks« (REESE-SCHÄFER 2007: 32) zu ermöglichen. Die direkte Mitbestimmung geht auch mit der Übernahme von Verantwortung und der aktiven Einbeziehung in demokratische Prozesse einher; damit grenzt sich das partizipatorische Modell von direkter Demokratie ab, die durch formale Abstimmungen realisiert wird (vgl. SEETHALER 2015: 21).

Kritiker:innen wenden ein, dass das partizipatorische Modell in »modernen Flächenstaaten« unrealistisch ist und diese auf »die Ausdifferenzierung von repräsentativen Herrschaftsorganen angewiesen« (MARTINSEN 2009: 55) sind. Barber (vgl. 1984/2003: 184) hält dem entgegen, dass das Problem der Größe von Massengesellschaften primär ein kommunikatives ist, das demnach lösbar ist (vgl. REESE-SCHÄFER 2007: 32); Journalismus als Selbstbeobachtungsinstanz demokratischer Gesellschaften ist hier besonders in der Pflicht. Realpolitisch existieren partizipatorische Ideen von Demokratie zudem »üblicherweise nicht als Gegenmodell zur Repräsentation [...], sondern als Ergänzung [...] auf lokaler Ebene und in spezifischen gesellschaftlichen Bereichen« (BEAUFORT 2020: 222). In diesem Sinne fordern zeitgenössische partizipatorische Theorien nicht den völligen Verzicht auf ein Repräsentationsprinzip. Sie betonen aber, dass eine aktive Partizipation von Bürger:innen wo immer möglich forciert werden soll. Zudem soll zwischen den »Mediator:innen« und Bürger:innen

ein enges Verhältnis bestehen, das über eine repräsentativ gedachte Stimmabgabe hinausgeht (vgl. FERREE et al. 2002a: 295).

Beitrag von Journalismus zu Bottom-up-Partizipation

Welche Rolle spielt Journalismus in einer partizipatorischen Vorstellung von Demokratie? Ferree et al. (vgl. 2002a: 316) argumentieren, dass Journalismus zu einer *Popular Inclusion*, also dem demokratischen Einbezug möglichst aller Gesellschaftsmitglieder beitragen kann und soll. Die Aufgabe von Journalismus ist es demnach, die Inklusion einer breiten Vielfalt an Sprecher:innen zu forcieren und dabei dafür zu sorgen, besonders die eigenständigen Stimmen von Bürger:innen miteinzubeziehen (vgl. Kap. 2.2.3 zu normativen Vorstellungen der Vielfalt medialer Repräsentation im partizipatorischen Modell). Das partizipatorische Modell geht dabei jedoch nicht davon aus, dass politisches Interesse a priori gegeben ist, sondern in öffentlichen Aushandlungsprozessen stets geweckt und erneuert werden muss. Es bedarf also eines kontinuierlichen *Empowerments* von Bürger:innen und vor allem von gesellschaftlich Marginalisierten, am öffentlichen Leben und an Partizipationsprozessen teilzunehmen und ihre Bedürfnisse und Ansichten zu artikulieren (vgl. FERREE et al. 2002a: 296; JANDURA/FRIEDRICH 2014: 363). Journalismus kommt im partizipatorischen Modell also die Aufgabe zu, die Menschen »politisch zu motivieren und zu aktivieren« (SEETHALER 2015: 21) bzw. zu mobilisieren (vgl. STRÖMBÄCK 2005: 339). Eisenegger und Udris (vgl. 2021: 93) argumentieren, dass diese Verantwortung gegenwärtig an Relevanz gewinnt, weil damit eine wachsende Gruppe von (vor allem jungen) Rezipient:innen, die sich zunehmend von Nachrichtenjournalismus und damit von einer politischen Öffentlichkeit entkoppeln, wieder integriert werden soll.

Für eine solche Aktivierung der Partizipationsbereitschaft von Bürger:innen wurden mit Aufkommen digitaler Medienangebote große Erwartungen an partizipative Online-Medien gestellt. Social Media wurde als eine »Participatory Revolution« (HANITZSCH/WAHL-JORGENSEN 2019: 2) begriffen, weil sie Artikulations- und Vernetzungschancen für alle und zwischen allen bieten. Die Entwicklung von Social Media zeigt aber, dass »soziostrukturelle Partizipationsklüfte« (MARTINSEN 2009: 59) auch hier existieren. Social Media hat zudem beispielsweise mit Polarisierung, Desinformation und Online Harassment eigene Dynamiken hervorgebracht, die partizipatorischen Zielen zuwiderlaufen und die »Grenzen des ›Partizipa-

tionsoptimismus« (LORENZ et al. 2020: 2) aufzeigen. Während partizipationsfördernde Potenziale von Social Media nach wie vor in der Aushandlung begriffen sind, muss betont werden, dass auch klassischer Journalismus in und außerhalb des Internets (vgl. ENGESSER 2013: 54ff.) eine partizipationsfördernde Rolle haben kann und soll. Partizipation ausschließlich an rückkanalfähige Medien zu delegieren, greift zu kurz. Das partizipatorische Modell sieht auch eine konstruktive Rolle des traditionellen analogen wie digitalen Journalismus vor, der nach wie vor konstitutiv für eine integrative Öffentlichkeit ist.

Beitrag der Emotionalität zur demokratischen Bottom-up-Partizipation

Vorstellungen davon, wie Journalismus ein partizipationsförderndes Moment erreichen kann, sind eng mit der Kritik an bestehenden liberale-repräsentativen und insbesondere deliberativen Vorstellungen von Öffentlichkeit verbunden. Aus der Perspektive partizipatorischer Demokratietheorien wird kritisch hinterfragt, inwieweit bestehende Diskursregeln wie ein höflicher Umgangston oder ein sachlicher Diskursstil nicht vielmehr Ausdruck einer spezifischen soziokulturellen Sozialisation sind und damit hegemoniale Asymmetrien perpetuieren. In dieser Sichtweise sind solche Normen nicht neutral, sondern »kulturspezifisch bedingt und sie privilegieren bestimmte gesellschaftliche Gruppen« (MARTINSEN 2009: 57), welche sich diese Normen aneignen konnten. Um den Ansprüchen einer wirklichen Popular Inclusion gerecht zu werden, plädiert das partizipatorische Paradigma deshalb für eine Erweiterung der Bandbreite kommunikativer Diskurstile. Ein normativ wünschenswerter Diskursstil ist, wie dargelegt, zudem eng an das Ziel des Empowerments von Bürger:innen geknüpft und soll diese aktivieren und mobilisieren (vgl. FERREE et al. 2002a: 298).

Um Boom-up-Partizipation zu fördern, sollen im partizipatorischen Modell auch »die irreduzibel affektiven Komponenten des ›democratic talk‹ als Motivationsbasis bürgerschaftlichen Engagements aufgewertet« (MARTINSEN 2009: 57) werden. Journalismus soll sich also auch einer *Emotionalität* in der Berichterstattung bedienen, um damit die Partizipationsbereitschaft von Rezipient:innen anzustoßen bzw. zu erhöhen. Ähnlich argumentiert Seethaler (vgl. 2015: 21), dass zur Wahl partizipationsfördernder Mittel für Journalismus auch eine »Politik der Emotionen« (SCHAAL/HEIDENREICH 2013: 4) gehört. Auch Jandura und Friedrich (vgl.

2014: 363) führen tentativ – sie betonen dabei nämlich gleichzeitig, dass die theoretische Positionen im partizipatorischen Modell am weitesten auseinandergehen – Emotionalisierung als Medienqualitätskriterium im Sinne eines Empowerments an. Wahl-Jorgensen (2019a: 166f.) bringt den angenommenen Zusammenhang zwischen medienvermittelter Emotion und Partizipation plastisch auf den Punkt: »[C]itizens are motivated to participate in political life because of their affective engagement with politics – because they care. Political participation is predicated upon emotion and could not exist without it.« Im Gros der bestehenden Qualitätsforschung wurde Emotionalität dagegen kritisch betrachtet und als Indikator für *Soft News* und damit als Ausdruck für die *mangelnde* Qualität der Berichterstattung gesehen (vgl. REINEMANN et al. 2012: 234). Der Mehrheit der Forschungen liegen jedoch auch liberal-repräsentative oder deliberative Vorstellungen von Demokratie zugrunde. Im repräsentativen Modell ist Emotionalität als direkte Antithese zur wünschenswerten Sachlichkeit eine klare Verletzung von Qualitätsstandards (vgl. JANDURA/FRIEDRICH 2014: 354). Im deliberativen Modell argumentieren erst jüngere Auslegungen von Habermas, dass Emotionalität mit Deliberation vereinbar sein kann (vgl. WESSLER 2018: 144).

Einerseits sollte Journalismus also im Sinne von Bottom-up-Partizipation Emotionalität *umsetzen*, wie es dem übergeordneten Ziel des Empowerments von Bürger:innen entspricht. Andererseits sollte er Emotionen aber auch *zulassen*, um nicht einer Popular Inclusion zuwiderzuhandeln. So argumentiert Young (vgl. 1997: 64) in ihrer feministisch begründeten Kritik am Kommunikationsmodus deliberativer Öffentlichkeit, dass deren »norms of ›articulateness« kulturspezifisch erlernt werden müssen und deren Beherrschen ein Ausdruck sozialer Privilegien ist. Diese Normen geben »speech that is dispassionate and disembodied« den Vorzug. Standpunkte, die dagegen als Ausdruck von Wut, Schmerz oder Sorge affektiv und emotional artikuliert werden, werden von vornherein disqualifiziert, ohne den substanziellen Wert dieser Perspektiven anzuerkennen. Young argumentiert, dass ein als adäquat empfundener Diskursstil dabei »überwiegend von einer bestimmten ›Klasse‹ von Bürgern beherrscht« (RITZI 2012: 83) wird und damit einen Gutteil der Bürger:innen ausschließt. Gibt Journalismus in dieser Argumentation also nur sachlich artikulierten Standpunkten Zutritt zur medialen Agenda, verletzt er das partizipatorische Kernideal der Popular Inclusion. Ein ähnliches Argument gilt für die Betroffenheit von Menschen von bestimmten Nachrichteneignissen

und -themen. Sich zu Themen nüchtern und emotionslos äußern zu können, bedarf einer Distanz, die Betroffene zwangsläufig nicht immer haben können, sondern für die Themen notwendigerweise emotional konnotiert sind. Solche Perspektiven müssen demnach also auch »expressiv und emotional vorgetragen werden« (DONGES 2020: 293) können, um Diskurse nicht illegitim zu verkürzen.

*Konstruktivität als Anspruch an partizipationsfördernde
Emotionalität*

Wie dargelegt plädiert das partizipatorische Modell für eine Erweiterung der als adäquat empfundenen Diskursstile. Einige Theoretiker:innen argumentieren, sogar »inzivile Diskursformen, Polemik oder verbale Angriffe sind zulässig« (EISENEGGER/UDRIS 2021: 100; vgl. FERREE et al. 2002b: 298), solange sie der Mobilisierung dienen. Dem wird hier widersprochen, denn das mobilisierende Potenzial von Emotionalität kann sowohl konstruktive, inkludierende, aber auch destruktive, exkludierende Formen annehmen. So argumentiert Wahl-Jørgensen (2019b: 2), Emotionen haben zwar einerseits »the capacity to cultivate compassion and enlarge our world views«; andererseits können sie jedoch auch als »tool for fueling hatred and exclusion« fungieren. Journalistische Diskursstile dürfen im partizipatorischen Modell zwar »bewusst Grenzen überschreiten, die von den anderen Modellen gesetzt werden« (SEETHALER 2015: 21) – sie sollten jedoch nie eine exkludierende Wirkung haben und Diskursteilnehmer:innen ausschließen. Inzivile Ausdrucksformen haben jedoch ein stark exkludierendes Potenzial. So kann beispielsweise Inzivilität in Online-Diskussionen Teilnehmer:innen hemmen, ihre Meinung kundzutun bzw. für diesen Zweck eingesetzt werden (vgl. PROCHAZKA et al. 2018: 66). Sogar Journalist:innen als Gruppe professioneller Kommunikator:innen reagiert auf inzivile Anfeindungen mit dem Abbruch von Kommunikation (vgl. CHERUIYOT 2018: 1013). Zwar mag eine moderatere Definition von Inzivilität, z. B. als emotional aufgeladene Sprache, die aber keine massiven persönlichen Beleidigungen enthält (vgl. WEINMANN/VORDERER 2018: 468), mit der Idee des Empowerments in Einklang stehen; Formen von Inzivilität, die den Ausschluss anderer Diskursteilnehmer:innen bewirken, laufen jedoch der Popular Inclusion zuwider.

Ein Grund, warum dies in partizipationstheoretischen Auseinandersetzungen von Öffentlichkeit erst nach und nach berücksichtigt wird (vgl. EISENEGGER/UDRIS 2021: 100), mag in Umfang und Intensität von Inzivi-

lität in öffentlichen Diskursen liegen, die gegenwärtig zunehmen. So gewinnen vor allem von politischen Akteur:innen instrumentalisierte Strategien der gezielten »Delegitimierung« von Diskursteilnehmer:innen an Relevanz (vgl. FARKAS/SCHOU 2018: 303) bzw. sind gegenwärtig im Begriff einer »Normalisierung« (vgl. WODAK et al. 2021: 369). Destruktive und exkludierende Formen von Kommunikation gehen dabei vielfach gezielt mit Emotionalisierung einher. So diagnostiziert Wahl-Jorgensen (2019a: 13) ein »discursive climate dominated by negative emotion, articulated with deliberate exclusionary intent«. Auch für exkludierende Phänomene wie Hate Speech ist Emotionalität konstitutiv (vgl. POST 2009). Journalismus kann in einem solchen Klima, in dem sich der Emotionalität primär auf destruktive Art und Weise bedient wird, konstruktive Formen von Emotionalität entgegensetzen. Während Inzivilität auch im repräsentativen und deliberativen Modell problematisch ist, ist sie es im partizipatorischen Modell auf besondere Weise: Einerseits, weil anzunehmen ist, dass das mobilisierende Moment von Emotionalität die destruktiven Effekte von Inzivilität zusätzlich verstärkt; andererseits, weil innerhalb exkludierender, diskursfeindlicher Phänomene Inzivilität oftmals an Emotionalität geknüpft ist, was eine Abgrenzung besonders wichtig macht. An eine emotionale Qualität von Journalismus im partizipatorischen Modell ist deshalb der Anspruch der *Konstruktivität* im Sinne einer Absage an Inzivilität zu stellen. Eine *konstruktive Emotionalität* wird somit als professioneller Standard von Nachrichtenqualität im partizipatorischen Modell (vgl. Tab. 1 in Kap. 2) betrachtet.

2.2 Vielfalt medialer Repräsentation als normativer Maßstab

Vielfalt als »Metanorm« der Nachrichtenqualitätsforschung

Ein Pluralismus von Perspektiven, Positionen und Ansichten in öffentlichen Diskursen ist die Grundlage jeder liberalen demokratischen Gesellschaftsordnung. Vielfalt drückt die Möglichkeit aus, von der jeweiligen Mehrheitsnorm abzuweichen, und ist damit untrennbar mit der Freiheit von Individuen verbunden. So argumentiert Donsbach (2007: 193) »Freiheit ja nichts anderes als die Zulassung von Vielfalt [...], wenn man [...] unterstellen kann, dass Individuen verschiedene Interessen haben und

sich dementsprechend unterschiedlich in die öffentliche Kommunikation einbringen«. Damit ist Vielfalt ein demokratischer Wert in sich. Die Idee von Vielfalt hat demnach auch die Medien- und Nachrichtenqualitätsforschung stark beschäftigt, wo sie als »Metanorm« (STARK et al. 2021: 431), als eine der »fundamentalen Qualitätskriterien« (ARNOLD 2009: 129) über verschiedene Bezugssysteme hinweg eine der am stärksten beforschten Dimensionen von Qualität darstellt (vgl. LOECHERBACH et al. 2020). Mediale Vielfalt als »heterogeneity of media content in terms of one or more specified characteristics« (VAN CUILENBURG 1999: 188) drückt zunächst nur die Unterschiedlichkeit von bestimmten Merkmalen in medialen Inhalten aus. Bzgl. der Frage, welche Merkmale das sein sollen, divergieren die theoretischen wie empirischen Auffassungen jedoch stark.

Dass Medien vielfältig sein bzw. dass Journalismus vielfältig berichten sollte, ist unbenommen. Ein ›Mehr‹ an Vielfalt ist aber nicht zwingend immer wünschenswert. Vielfalt steht im grundsätzlichen Spannungsverhältnis zur *Relevanz* der Berichterstattung. Bei gegebenen Kapazitätsgrenzen journalistischer Berichterstattung ist es eine der zentralen Aufgaben von Journalismus, Prioritäten zu setzen und relevante Themen und Perspektiven medial abzubilden (vgl. ARNOLD 2008: 168). Auch wenn die Definitionen, was in welcher Vorstellung von Gesellschaft relevant ist, divergieren, sollte dies nicht dazu führen, »Vielfalt auf Kosten von Relevanz anzustreben« (KÖSTER/WOLLING 2006: 79). Fehlende Relevanzsetzung kann vielmehr auch ein Verfehlen demokratischer Verantwortung bedeuten, wenn die Gesellschaft z. B. bei brisanten Nachrichtenlagen nicht prioritär ›alarmiert‹ wird (vgl. ZALLER 2003). Eine zu starke Verengung auf bestimmte Perspektiven kann zensierend für alternative Deutungsangebote sein, während ›zu vielfältige‹ Berichterstattung Gefahr läuft, zu einer Publikumsfragmentierung beizutragen (vgl. RÖSSLER 2007: 464). Ein ›zu viel‹ an Vielfalt und die damit einhergehende Komplexität konfligiert zudem mit den Aufmerksamkeits- und Verarbeitungskapazitäten des Publikums (vgl. ZERBACK 2013: 320). Für Journalismus gilt es deshalb »die ›richtige‹ Menge inhaltlicher Vielfalt zu bieten« (FAHR 2001: 19; vgl. DONSBACH 2007: 197). Wo eine solche liegt und welche Dimension vielfältig medial repräsentiert werden sollten, hängt dabei stark von der theoretischen Konzeption von Vielfalt ab.

Basierend auf einer systematischen Literaturanalyse unterscheidet Loecherbach (vgl. 2020: 607; ähnlich: JORIS et al. 2020: 1895) zwischen Vielfalt in Bezug auf *Strukturen* (z. B. Medienanbieter und deren Besitzverhältnisse),

in Bezug auf *Inhalte* (z. B. Nachrichteninhalte), und in Bezug auf *Rezeption* bzw. *Mediennutzung* durch Rezipient:innen (vgl. z. B. individuelle Medienrepertoires). Obwohl diese Ebenen üblicherweise isoliert untersucht werden, hängen sie empirisch natürlich stark miteinander zusammen. So konzeptualisiert Napoli (vgl. 1999: 23) diese drei Ebene als zusammenhängende »diversity chain«. Er argumentiert, dass im Journalismus strukturelle Vielfalt mitbestimmt, wie vielfältig die produzierten Inhalte sind, und die Inhalte und deren Zusammensetzung wiederum mitentscheiden, mit welcher Vielfalt Rezipient:innen letztendlich konfrontiert sind. Für das Ziel der vorliegenden Studie, eine produktzentrierte, demokratietheoretisch fundierte Konzeptualisierung von Nachrichtenqualität zu entwerfen (vgl. Kap. 2), ist jedoch die Ebene *inhaltlicher Vielfalt* die relevanteste, weil von ihr die unmittelbarsten demokratiefördernden oder -gefährdenden Wirkungen ausgehen.

Akteur:innenvielfalt

Innerhalb inhaltlicher Vielfalt konzentriert sich die Vielfaltsforschung auf *Themenvielfalt*, *Akteur:innenvielfalt* und *Meinungsvielfalt* (vgl. MAGIN et al. 2023). Zwar ergeben sich aus der Perspektive verschiedener Demokratietheorien auch Implikationen für Themenvielfalt.⁵ Dennoch ist es für demokratische Aushandlungsprozesse von zentraler Relevanz, wer in öffentlichen Diskursen mit welchen Perspektiven zu Wort kommt (vgl. FERREE et al. 2002a; MARTINSEN 2009; STRÖMBÄCK 2005). Diese Frage schlägt sich in Akteur:innen- und Meinungsvielfalt nieder. Meinungsvielfalt bildet ab, welche Positionen in Bezug auf bestimmte Themen medial verhandelt werden (vgl. z. B. in Bezug auf Migration KÖSTERS 2020). Sie ist demnach kaum abstrakt und unabhängig von konkreten Themen zu erheben (vgl. FAHR 2001; MAGIN et al. 2023; UDRIS et al. 2023). Mit dem Anspruch, eine allgemeine Einschätzung von Nachrichtenqualität zu liefern, konzentriert sich die vorliegende Studie deshalb auf Akteur:innenvielfalt, also auf die Frage, welche Akteur:innen – Personen, Gruppen und Institutionen – und

5 So ist z. B. aus repräsentativer Perspektive ein Makro-Fokus und eine Korrespondenz zu den Agenden der Parteien wünschenswert, aus deliberativer Perspektive ein hoher Anteil an konkreten politischen Sachfragen und eine Korrespondenz zu den Agenden zivilgesellschaftlicher Organisationen (MAGIN et al. 2023: 7) sowie aus partizipatorischer Perspektive das Aufweichen einer strikten Trennung zwischen dem Privaten und dem Politischen (SEETHALER 2015: 22) und eine Korrespondenz zu den Relevanzsetzungen der Bevölkerung.

ihre dazugehörigen Positionen journalistisch abgebildet werden (vgl. BECKERS/VAN AELST 2019).⁶

Einerseits ist Akteur:innenvielfalt ein *relationales* Konstrukt, das das Nebeneinander verschiedener Diskursteilnehmer:innen erfasst, z. B. wessen Perspektive einen Diskurs zu einem Thema im Vergleich zu anderen Stimmen dominiert (vgl. BADEN/SPRINGER 2017; MASINI et al. 2018). Aus demokratietheoretischer Perspektive ist Akteur:innenvielfalt aber auch untrennbar mit der Frage nach *medialer Repräsentation* verbunden. Wem in journalistischer Berichterstattung welche »kommunikativen Teilhabechancen« (WALLNER et al. 2012: 37) eingeräumt werden, ist untrennbar mit Fragen nach Macht und Zugang zu Öffentlichkeit verbunden: »Who gets to speak in the news here is a question of empowerment, as actors with regular access to the news media not only can shape the interpretation of events, but also ongoing meanings in a society« (BECKERS/VAN AELST 2019: 872). Um diese hegemoniale Dimension des Zugangs von Akteur:innen zur massenmedialen Agenda und deren Vielfalt gleichermaßen zu berücksichtigen, wird die Dimension medialer Repräsentation deshalb besonders betont. Somit stellt in der vorliegenden Studie die zweite Dimension von Nachrichtenqualität, die demokratietheoretisch differenziert werden soll, die *Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen* (vgl. Tab. 1 in Kap. 2) dar.

Die grundlegende Frage der Vielfaltsforschung, nämlich was das Relevante ist, wenn es bei Vielfalt doch stets um die »Vielfalt des Relevanten« (KÖSTER/WOLLING 2006: 92, Kursivsetzung weggelassen) gehen soll, beantworten das repräsentative, deliberative und partizipatorische Demokratiemodell hinsichtlich der Akteur:innenvielfalt je unterschiedlich. Dies wird in der bestehenden Vielfaltsforschung nur unzureichend berücksichtigt. Zwar betonen Studien vielfach den Stellenwert von Vielfalt für Demokratie, die meisten Auseinandersetzungen belassen es jedoch bei generischen

6 Eine Nähe zur Meinungsvielfalt besteht in der vorliegenden Studie aber nach wie vor: Zum einen ist theoretisch davon auszugehen, dass Akteur:innenvielfalt auch »als Indikator für Meinungsvielfalt dienen [kann], da sie in mediale Kontroversen ein Korrelat der verschiedenen Ansichten« (ZERBACK 2013: 301) bildet. Zum anderen bedingen sich auch empirisch Akteur:innenvielfalt und Meinungsvielfalt gegenseitig (MASINI/VAN AELST 2017). Außerdem legt die hier verfolgte Konzeptualisierung von Akteur:innen einen aktiven Akteur:innenbegriff zugrunde und erachtet empirisch nur Personen oder Gruppen als relevant, die mit einer Position oder Meinung vorkommen (vgl. Kap. 6.1.2). Gemäß gängigen journalistischen Darstellungslogiken ist es dabei unwahrscheinlich, dass mehrere Akteur:innen mit uniformen Meinungen prominent platziert werden (SEETHALER 2015: 26).

Zusicherungen ohne normative Grundannahmen transparent offenzulegen, wie Loecherbach (vgl. 2020: 616) problematisiert; wenn, so beziehen sie sich primär auf liberal-repräsentative Vorstellungen von Demokratie oder ziehen in Einzelfällen deliberative heran, während das partizipatorische Modell meist ausgespart bleibt.

2.2.1 *Mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen*

Wenn es um die Frage nach dem ›Wer?‹ geht, also danach, welche Akteur:innen im öffentlichen Diskurs medial repräsentiert sein sollten, sprechen Ferree et al. (vgl. 2002a: 291) im repräsentativen Demokratiemodell von einer *Elitendominanz*. Damit Journalismus seiner Vermittlungsfunktion zwischen Bürger:innen und Funktionseliten nachkommt, sollten die gewählten oder zur Wahl stehenden Repräsentant:innen auch den öffentlichen Diskurs prägen. Für den im repräsentativen Modell im Zentrum stehenden Wahlakt ist dies zentral, denn wenn »die Bürger die zur Wahl stehenden Alternativen nicht oder nur unzureichend kennen und die Leistungen der bisherigen Regierung nicht beurteilen können, muß die resultierende Entscheidung als zufällig, beliebig und irrational angesehen werden« (VOLTMER 1998: 19). Wird die Vielfalt der parteipolitischen Positionen also nicht angemessen medial abgebildet, ist die Legitimität von Wahlen als Herzstück repräsentativer Demokratien in Gefahr. Positionen, Programme und Ideen von Parteien und ihren Vertreter:innen müssen alle erreichen, damit auch alle valide Wahlentscheidungen treffen können. Ein Fokus auf Funktionseliten begrenzt die Akteur:innenvielfalt im medialen Diskurs. Aus repräsentativer Warte wird dies in Kauf genommen, weil der Umkehrschluss – die mögliche Fragmentierung von Öffentlichkeit durch ein zu hohes Maß an Vielfalt – eine Gefahr für das Prinzip demokratischer Repräsentation darstellt (vgl. ZERBACK 2013: 81).

In gegenwärtigen Demokratien werden die divergierenden Standpunkte und Interessen in der Gesellschaft mehrheitlich durch politische Parteien organisiert. Sie sind die »maßgeblichen Träger und Adressaten« (DECKER 2016: 59) von durch die Bevölkerung zugewiesener Regierungsmacht. Parteien stellen einen »festgefühten (organisierten) Personenverband« dar, der seine Mitglieder rund um »gemeinsame politische Ansichten und Interessen« gruppiert und sie somit ihr Ziel einer »Beteiligung an der staatlichen

Herrschaft« (DECKER 2016: 61f.) verfolgen lässt. Aus Vielfalts-Perspektive ist die mediale Repräsentation der Bandbreite an parteipolitischen Positionen wichtig, weil Parteien durch diese Organisationslogik auch die Breite der gesellschaftlichen Positionen abdecken bzw. abdecken sollten. Deshalb soll aus repräsentativer Sicht das Spektrum der parteipolitischen Positionen – insbesondere zu Wahlkampfzeiten (vgl. STRÖMBÄCK 2005: 334) – auch entsprechend medial abgedeckt werden. Eine Vielfalt parteipolitischer Positionen im öffentlichen Diskurs soll sicherstellen, dass gesellschaftliche Probleme frühzeitig artikuliert werden, die Rationalität politischer Entscheidungen durch die Auseinandersetzung mit substanziellen Gegenpositionen steigern und bewirken, dass die sich durchsetzende Meinung hohe Stabilität aufweist (vgl. ZERBACK 2013: 36).

Eine enge Auslegung des Repräsentationsprinzips impliziert, dass parteipolitische Akteur:innen gemäß ihres letzten Wahlergebnisses *proportional* medial repräsentiert werden sollten (vgl. FERREE et al. 2002a: 292). Ein solches *Proporzkriterium* (vgl. JANDURA et al. 2019: 174) bzw. »Spiegelungsprinzip« (ZERBACK 2013: 116) soll sicherstellen, dass die massenmediale Agenda dem demokratischen Willen der Bevölkerung entspricht. Kritiker:innen argumentieren jedoch, dass eine zu starke Orientierung an den bestehenden Kräfteverhältnissen alternative Deutungsangebote vernachlässigt (vgl. JACOBI et al. 2016: 728). Dies ist insbesondere der Fall, weil mediale Repräsentation für Politiker:innen eine zentrale Ressource dafür ist, Aufmerksamkeit für ihre Agenden zu generieren (vgl. RIEDL et al. 2018) bzw. eine zentrale Quelle symbolischen Kapitals darstellt (vgl. MAURER/RIEDL 2020). Damit besteht für medial stärker repräsentierte Akteur:innen eine höhere Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden (vgl. GEISS/SCHÄFER 2017). Proportionale mediale Repräsentation birgt also die Gefahr, den politischen Status quo zu »zementieren«.

Das liberalere Prinzip der *Chancengleichheit* (vgl. JANDURA et al. 2019: 175) bzw. das »Gleichheitsprinzip« (ZERBACK 2013: 116) setzt dem die Idee gegenüber, dass alle Parteien im Sinne einer Gleichverteilung medial repräsentiert sein sollten. Damit sollen ihnen auch die gleichen Chancen eingeräumt werden, ihre Perspektiven und Argumente in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Auch ihre Chancen, (wieder-)gewählt zu werden, nähern sich damit an. Bürger:innen können so auch leichter gewählte Repräsentant:innen nach einer Legislaturperiode abwählen, wie es eine der Kernfunktionen von Wahlen ist (vgl. STRÖMBÄCK 2005: 334). Das Prinzip der Chancengleichheit gewichtet damit insbesondere die Perspektiven

demokratischer Herausforder:innen und parteipolitische Minderheitenpositionen stärker (vgl. EISENEGGER/UDRIS 2021: 95).⁷ Aus Perspektive repräsentativer Demokratietheorie adressiert die Qualitätsdimension der Vielfalt medialer Repräsentation zusammenfassend also einen Pluralismus *parteipolitischer Akteur:innen* (vgl. Tab. 1 in Kap. 2) entsprechend – je nach theoretischer Position – ihren Kräfteverhältnissen bzw. in einem gemäß der Chancengleichheit gleichberechtigten Verhältnis (vgl. EISENEGGER/UDRIS 2021: 98; SEETHALER 2015: 32).

2.2.2 *Mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft*

Dem elitenzentrierten Diskurs im repräsentativen Modell stellt das deliberative Modell ein Öffentlichkeitsverständnis gegenüber, das den Kreis der Sprecher:innen bewusst erweitert. Wiederum zentral auf die Ideen von Habermas (vgl. v. a. 1992) zurückgehend zielt es darauf ab, neben Akteur:innen des politischen Zentrums auch solche der *Peripherie* in öffentliche Diskurse einzubeziehen. Während sich das politische Zentrum aus »der politischen Verwaltung, der Regierung, dem Gerichtswesen, dem parlamentarischen Komplex und den Parteien« (GERHARDS 1997: 3) zusammensetzt, besteht die Peripherie aus zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, also beispielsweise Interessensverbänden und -gruppen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Nonprofitorganisationen (vgl. NPOs), organisierten Kollektiven z. B. aus dem Bereich der Kultur oder politischen Bewegungen. Sie stellen die »organisierte Zivilgesellschaft« (STARK/STEGMANN 2021: 50) dar, welche die Interessen von Bürger:innen bündeln und Themen aufgreifen kann, die das politische Zentrum nicht bearbeitet (vgl. BEAUFORT 2020: 53). Aus deliberativer Sicht sollten diese Organisationen und Gruppen in ein dialogisches Verhältnis zu den Zentrums-Akteur:innen gebracht werden und – zumindest bei gesellschaftlich normativ wichtigen Entscheidungen – möglichst

7 Einen Kompromiss zwischen Proporzgedanke und Chancengleichheit stellt das Prinzip der *abgestuften Chancengleichheit* (ZERBACK 2013: 116) dar, das als rechnerischer Mittelweg »weder alle Parteien einheitlich behandelt noch einzig den Stimmenproporz als Maßstab heranzieht«, wodurch »einerseits durch eine Ungleichbehandlung der Parteien der Parteienwettbewerb gefördert und andererseits durch eine Privilegierung der kleinen Parteien Minderheitenpositionen ein größeres Gehör verschafft« (JANDURA et al. 2019: 176) wird.

auf Augenhöhe an einem deliberativen Aushandlungsprozess teilnehmen (vgl. FERREE et al. 2002a: 306; JANDURA/FRIEDRICH 2014: 359).

Journalismus kommt hier ein zentraler Stellenwert zu, weil er Öffentlichkeit als einen »kommunikative[n] Raum zwischen der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur und dem Zentrum der Politik« (GERHARDS 1997: 4) schafft und damit die normativ wichtige »enge und fortlaufende Rückkopplung« (MARTINSEN 2009: 50, Kursivsetzung weggelassen) zwischen politischem Zentrum und Zivilgesellschaft ermöglicht. Der Grund, warum zivilgesellschaftliche Akteur:innen stärker zu deliberativer Kommunikation in der Lage sein sollen, liegt in deren Organisationslogik. Während Akteur:innen des Zentrums als *vermachtete* Akteur:innen (vgl. HABERMAS 1992) in einer starren hierarchischen Organisationslogik gemäß ihrem Machterhalt handeln und verhandeln, sind zivilgesellschaftliche Akteur:innen als *autochthone* Akteur:innen mit ihrem niedrigen Organisationsgrad von solchen Zwängen eher losgelöst. Es wird erwartet, dass dies Konsequenzen für ihre Diskursfähigkeit hat, sie leichter Gegenpositionen annehmen und bessere Argumente respektieren können (vgl. FERREE et al. 2002a: 301).

Einerseits sollte Journalismus also die »Impulse« aus der organisierten Zivilgesellschaft in den Diskurs einbringen. Andererseits sollten Journalist:innen reagieren, wenn zivilgesellschaftliche Positionen dezidiert von Debatten ausgeschlossen werden, weil etwa entsprechenden Organisationen das Stimmgewicht, die kritische Masse oder die politischen Allianzen fehlen, um sich Gehör zu verschaffen (vgl. HÄUSSLER 2018: 94). Bei Letzterem muss auch bedacht werden, dass sich die eigenen Kommunikationsaktivitäten etwa von NGOs intensiviert und professionalisiert haben (vgl. VAN LEUVEN/JOYE 2014; POWERS 2016; WAISBORD 2011), wodurch auch innerhalb der Gruppe zivilgesellschaftlicher Organisationen starke Gefälle in Abhängigkeit von Größe, Organisationsgrad und monetären Möglichkeiten entstehen. Diese gilt es im Sinne eines substanziellen Beitrags zu Debatten journalistisch zu reflektieren und gegebenenfalls auszugleichen. Indem Journalismus zu relevanten Themen vielfältige und nach ihrem substanziellen Beitrag und nicht ihrem gesellschaftlichen Status entsprechend ausgewählte Akteur:innen der Zivilgesellschaft zu Wort kommen lässt, soll eine »bessere Nachvollziehbarkeit der letztlich gefassten Meinung« sowie »Verständnis, Toleranz und Wissen hinsichtlich der Meinungen und Argumente anderer Beteiligter« (ZERBACK 2013: 36) erreicht werden. Deshalb zielt aus der Perspektive deliberativer Demokra-

tiethorie die Qualitätsdimension der Vielfalt medialer Repräsentation auf *Akteur:innen der Zivilgesellschaft* ab (vgl. Tab. 1 in Kap. 2; vgl. MARCINKOWSKI/DONK 2012; SEETHALER 2015; WESSLER/RINKE 2014). Im Sinne eines egalitären Zugangs zu einer möglichst hierarchiefreien Diskursosphäre sollte Journalismus auch innerhalb der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen für Breite und Ausgewogenheit der zivilgesellschaftlichen Gruppen und Kollektive sorgen (vgl. MAGIN et al. 2023; UDRIS et al. 2023).

2.2.3 *Mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten*

Im partizipatorischen Demokratiemodell ist die Frage nach dem ›Wer?‹, also der Vielfalt medialer Repräsentation von Akteur:innen, eng an das Prinzip der Popular Inclusion geknüpft. Demgemäß soll der Kreis der politisch Involvierten noch deutlich stärker erweitert werden als im deliberativen Modell. Er soll möglichst *alle* Bürger:innen (vgl. FERREE et al. 2002a: 297) inkludieren und auch der »viel zitierten ›schweigenden Mehrheit‹« (SEETHALER 2015: 21) Raum in der Öffentlichkeit eingeräumt werden. Vor dem Hintergrund der Entstehung von partizipatorischen Ideen aus einer Kritik an der Exklusivität des öffentlichen Diskurses im liberal-repräsentativen und deliberativen Modell heraus sollen besonders marginalisierte Menschen und Gruppen zu Wort kommen, deren Sichtweisen hegemonialerweise oft ausgegrenzt werden (vgl. JANDURA/FRIEDRICH 2014: 363). Damit bildet das partizipatorische Denken die Antithese zur limitierten Rolle von Bürger:innen im repräsentativen Modell. Damit sie sich aktiv demokratisch einbringen können, sollen sie auch in der journalistischen Berichterstattung eine aktive Rolle spielen. Eine klassische »Artikulationsfunktion der Medien«, die darauf abzielt, »die Interessen der Bürger:innen zu artikulieren und somit als deren Sprachrohr zu fungieren« (FAWZI 2020: 191, Kursivsetzung weggelassen) wird damit erweitert. Bürger:innen und Marginalisierte sollen vielmehr für sich selbst sprechen können (vgl. STRÖMBÄCK 2005: 340). Partizipation am öffentlichen Diskurs wird hier »als expressiver Wert verstanden« (MARTINSEN 2009: 56) und betont, dass Bürger:innen sich nicht nur punktuell äußern, sondern kontinuierlich Mitsprache im öffentlichen Diskurs haben sollten.

Im partizipatorischen Denken wird sozialen Bewegungen eine positive Rolle für die Mobilisierung von Bürger:innen zugeschrieben. Sie unter-

scheiden sich jedoch davon, was das deliberative Modell als zivilgesellschaftliche Organisationen bezeichnet. So sollen organisierte Kollektive aus partizipatorischer Sicht eine aktive Form der Mitgliedschaft aufweisen, in deren Rahmen sich ihre Mitglieder an einer gemeinsam erarbeiteten Zielsetzung beteiligen. Zudem ist eine unmittelbar ihren Mitgliedern gegenüber verantwortliche Führungsstruktur einer formalen Führung vorzuziehen (vgl. FERREE et al. 2002a: 296f.). In diesem Sinne agieren also in geringem Maß organisierte Kollektive wie Bürgerinitiativen oder für einen gemeinsamen Zweck Demonstrierende im Sinne einer partizipatorischen Selbstermächtigung. Formale Interessenvertretungen hingegen, wie sie Interessen kollektivieren und in einer deliberativen Öffentlichkeit eine tragende Rolle spielen (vgl. JANDURA/FRIEDRICH 2014: 364), sind schon als zu stark entkoppelt von der Lebenswelt von Bürger:innen zu sehen.

Die mediale Repräsentation von Bürger:innen soll dabei deren Empowerment dienen und basiert auf der Idee, dass Individuen durch demokratische Partizipation zu engagierten Bürger:innen »transformiert« werden (vgl. FERREE et al. 2002a: 297). In diesem Sinne ist es entscheidend, dass Bürger:innen in der medialen Berichterstattung nicht als passiv den politischen Kräften ausgesetzt dargestellt werden, sondern als aktive Subjekte mit Möglichkeiten, die soziale Realität mitzugestalten (vgl. STRÖMBÄCK 2005: 339). Die Kernidee ist also, dass Bürger:innen *Political Efficacy* als »feeling that political and social change is possible and that the individual citizen can play a part in bringing about this change« (CAMPBELL et al. 1954: 187) erfahren. Sie sollen durch das medial abgebildete Engagement anderer Bürger:innen Anreize und Wissen bekommen, sich selbst zu engagieren. Empirische Studien zeigen, dass zwischen *Political Efficacy* und politischer Partizipation in diesem Sinne ein positiver Zusammenhang besteht (vgl. COLEMAN et al. 2008: 772). Im Umkehrschluss, wenn sich Bürger:innen nicht medial repräsentiert fühlen, besteht die Gefahr einer »Abkopplung von der politisch-kommunikativen Sphäre« (JANDURA/KÖSTERS 2018: 113). Deshalb zielt aus Perspektive partizipatorischer Demokratietheorie die Qualitätsdimension der Vielfalt medialer Repräsentation auf *Bürger:innen und Marginalisierte* ab (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Sie sollen öffentliche Sichtbarkeit bekommen, wie sie ihnen in anderen Demokratietheorien verwehrt wird, im medialen Diskurs aktiv selbst zu Wort kommen und damit Bottom-up-Partizipation forcieren.

Die Ansichten von Bürger:innen nehmen natürlich in jedem Demokratiemodell eine wichtige Rolle ein, weil es dem Grundgedanken von

Demokratie per se entspricht, dass von ihnen der politische Wille ausgeht. Seethaler und Beaufort (vgl. 2017: 190) widmen der Frage, welche medial-politische Rolle Bürger:innen spielen sollten, etwa eine eigenständige Dimension, um unterschiedliche Demokratiemodelle zu charakterisieren (vgl. PORTO 2007). Die Qualität der medialen Repräsentation im partizipatorischen Modell grenzt sich mit ihrem Fokus auf die aktive, eigenständige und selbstbestimmte Artikulation von Individuen dennoch klar beispielsweise von einem repräsentativen Gedanken ab, wo Journalismus lediglich die kollektiven Interessen von Bürger:innen öffentlich und damit politischen Funktionseleiten zugänglich machen sollte. Dieser Impetus eint auch die mediale Repräsentation von Bürger:innen und anderweitig Marginalisierten. Er soll zudem verhindern, dass von Eliten die vorgebliehen Interessen dieser Gruppen im Sinne einer »*elite capture*« (SCHUBERT 2022: 293, Kursivsetzung im Original) vereinnahmt und politische Entscheidungen an ihrer Lebensrealität vorbei getroffen werden.

So hehr diese Ansprüche an Journalismus im partizipatorischen Modell sind, so ernüchternd sind empirische Befunde zur Rolle von Bürger:innen im medialen Diskurs. Die Qualitätsforschung hat die aktive Einbindung von Bürger:innen in journalistische Diskurse als normativ erstrebenswerte Vielfaltsdimension bisher weitgehend ignoriert und Bürger:innen mehrheitlich als passive »Leistungsempfänger« (ARNOLD 2008: 499) gesehen. Als »low resource« group« (MCQUAIL 1992: 101; vgl. DE SWERT/KUYPERS 2020: 1039) sind sie ressourcenschwach und unorganisiert und haben demnach nur geringe öffentliche Artikulationschancen. Wie empirische Daten zeigen, kommen Bürger:innen in journalistischer Berichterstattung wenig vor (vgl. DE SWERT/KUYPERS 2020: 1039). Auch wenn die mediale Repräsentation in einigen Ländern zunimmt, stehen Bürger:innen grundsätzlich im Konkurrenzverhältnis zu »Elite«-Akteur:innen (vgl. KLEEMANS et al. 2017: 464). Was die Art der Darstellung von Bürger:innen angeht, kommen diese mehrheitlich durch »Vox Populi«, also kurze, austauschbare »O-Töne« zur beispielhaften Veranschaulichung von Themen, als Fallbeispiele oder als Augenzeug:innen vor (vgl. PETER/ZERBACK 2020: 1006 2021: 7). Aktiv und substantziell zu Wort kommen Bürger:innen im klassischen Journalismus oftmals nur in Form von Leser:innenbriefen (vgl. z. B. HAYEK et al. 2020) oder online durch die Einbindung von Social-Media-Posts (vgl. z. B. OSCHATZ et al. 2022). Damit sind sie aber auch von der eigentlichen Berichterstattung entkoppelt.

2.3 Zwischenfazit: Nachrichtenqualität als Ausdruck differenzierter demokratiefördernder Potenziale

Der wissenschaftliche Diskurs rund um Medien- und Nachrichtenqualität als normativ erwünschter Zustand von Medieninhalten ist zwar umfangreich, aber fragmentiert und wenig kohärent. Nachrichtenqualität erscheint als komplexes, relationales und sich wandelndes Konstrukt. Es bedarf deshalb einer transparenten Offenlegung von ihr zugrunde liegenden theoretischen Annahmen und eines stetigen Auslotens der Notwendigkeit einer konzeptionellen Adjustierung. Vor diesem Hintergrund zielt die vorliegende Studie auf eine produktzentrierte, auf dem Beitrag von Journalismus für eine demokratische Gesellschaft fußende Konzeptualisierung von Nachrichtenqualität ab. Diese hat den Anspruch, inhaltsanalytisch operationalisiert werden zu können, und soll in späterer Folge theoretisch und empirisch in Beziehung zu Faktoren und Prozessen gesetzt werden, die für die Nachrichtenproduktion konstitutiv sind.

Bestehende normativ-demokratieorientierte Perspektiven auf Nachrichtenqualität betonen in ähnlicher Weise, dass Journalismus eng mit dem Funktionieren von Demokratie verbunden ist, weil er nach wie vor die zentrale Instanz der Herstellung von Öffentlichkeit ist. Sie differenzieren unterschiedliche Auffassungen von Demokratie aber nur unzureichend. Der gegenwärtige krisenhafte Wandel von Demokratie stellt vor allem liberal-repräsentative Prozesse und deliberative Werte infrage, legt aber auch Tendenzen hin zu partizipatorischen Bestrebungen offen. Ein gegenwärtiger krisenhafter Wandel von Journalismus wird durch die Beschneidung von Ressourcen für die redaktionelle Arbeit, eine veränderte Nachrichtenlogik gemäß einer neuen Aufmerksamkeitsökonomie und eine partielle Entkopplung vom Publikum deutlich. Beides macht eine Überprüfung des Verhältnisses zwischen Demokratie und Journalismus erforderlich – und damit eine demokratietheoretische Neubewertung von Nachrichtenqualität.

Diese leistet die vorliegende Argumentation, indem sie zunächst zwei relevante Achsen von Qualität vorschlägt (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Die erste Achse stellen *professionelle Standards* dar, die das »Wie?« der Berichterstattung ausdrücken. Deren Einhaltung reflektiert die Rolle von Journalismus im jeweiligen Demokratiemodell und es wird erwartet, dass von ihnen – je nach Modell unterschiedliche – demokratiefördernde Effekte ausgehen. Die zweite Achse stellt die *Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen* dar. Vielfalt wird als die Grundlage der Freiheit von Individuen und damit

als demokratische Notwendigkeit begriffen. Bei Akteur:innenvielfalt ist nicht nur die Abbildung von Verschiedenartigkeit relevant, sondern diese ist grundlegend mit hegemonialen Fragen von Macht und dem Zugang zur Öffentlichkeit verbunden. Deshalb wird in der vorliegenden Studie die mediale Repräsentationsleistung im erarbeiteten Vielfaltsbegriff betont. Diese beiden Achsen von Nachrichtenqualität werden bezüglich dreier Vorstellungen von Demokratie, die realpolitisch und ideengeschichtlich als die wichtigsten in zentraleuropäischen Demokratien anerkannt wurden, – des *repräsentativen*, des *deliberativen* und des *partizipatorischen* Modells – differenziert. Es wird argumentiert, welche Anforderungen die drei Demokratiemodelle an Journalismus stellen, die in der Berichterstattung auch inhaltsanalytisch nachvollziehbar sind. In diesem Sinne erscheint Nachrichtenqualität zusammenfassend als *Ausdruck differenzierter demokratiefördernder Potenziale von journalistischen Inhalten*.

Deskriptive Nachrichtenqualität

Das repräsentative Demokratiemodell stellt das namensgebende Repräsentationsprinzip in ihr Zentrum. Folglich nimmt der Wahlakt eine zentrale Rolle als die Delegation von Herrschaftssouveränität von den Bürger:innen hin zu gewählten Funktionseleiten ein. Es verfolgt ein Öffentlichkeitsverständnis als Marktplatz der Ideen, das primären Zugang für Funktionseleiten bei gleichzeitig entsprechend passiver Rolle von Bürger:innen beinhaltet. Journalismus kommt dabei die Rolle einer Vermittlungsinstanz zwischen den Bürger:innen als Repräsentierte und den Funktionseleiten als Repräsentierende zu. Die entsprechende Nachrichtenqualität im repräsentativen Modell lässt sich deshalb als deskriptive *Nachrichtenqualität* bezeichnen (vgl. Tab. 1 in Kap. 2; vgl. »deskriptive« Programmmqualität bei SCHATZ/SCHULZ 1992: 702). Einerseits ist sie als »deskriptiv« zu bezeichnen, weil der professionelle Standard der *Unparteilichkeit* eigene journalistische Wertungen ausschließt und journalistische Berichterstattung eng an einen neutralen Informationstransfer koppelt. Andererseits ist sie deskriptiv, weil im Fokus der Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen *parteiliche Akteur:innen* stehen, deren Positionen Journalismus – je nach engerer repräsentativer oder weiterer liberaler Auslegung – proportional gemäß dem Proporzkriterium oder dem Prinzip der Chancengleichheit möglichst unverzerrt wiedergeben sollte. Dies soll eine begründete und rationale Wahlentscheidung von Bürger:innen ermöglichen.

Diskursive Nachrichtenqualität

Das diskursive Demokratiemodell basiert stark auf den Arbeiten von Habermas (1981b, 1981a, 1992, 2021). Es fokussiert auf einen gleichberechtigten öffentlichen Diskurs, der das Spektrum der Sprecher:innen vom politischen Zentrum ausgehend hin zur gesellschaftlichen Peripherie erweitert und dabei nach einem kollektiven Konsens sucht. Journalismus kommt hier die Rolle zu, öffentliche Diskurse zu initiieren, zu moderieren und aufrechtzuerhalten und dabei deliberative Werte zu vertreten. Die entsprechende Nachrichtenqualität im deliberativen Modell lässt sich deshalb als *diskursive Nachrichtenqualität* bezeichnen (vgl. Tab. 1 in Kap. 2; vgl. »diskursiver Journalismus« bei BROSDA 2008: 17). Als professioneller Standard wird hier die *Diskursivität* der Berichterstattung begriffen. Sie setzt sich additiv aus der journalistischen Thematisierung eines *Kontexts* mit dem Ziel der Aneignung von Reflexionswissen, von *unterschiedlichen Bewertungen* als Basis für Dialogorientierung und Konsenssuche, von *Gründen* als Nachweis der Legitimität von Standpunkten und Handlungsableitungen, von *Folgen* als Widerspiegelung von Deliberation als Lösungssuche sowie darin *aktiv beteiligten* und davon *betroffenen Akteur:innen* zusammen. Damit sollen Gesellschaftsmitglieder zur Teilnahme an auch komplexen Diskursen befähigt werden. Diskursiv wird aber auch die Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen begriffen. Sie nimmt *Akteur:innen der Zivilgesellschaft* und damit vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen in den Blick, welche Bevölkerungsinteressen und -anliegen kollektivieren. Sie sind durch ihre relative Freiheit von Organisationszwängen besser in der Lage, an lösungsorientierten deliberativen Diskursen teilzunehmen. Damit sollen sie einen sachbezogenen Beitrag zu deliberativer Aushandlung leisten.

Aktivierende Nachrichtenqualität

Das partizipatorische Modell betont aus einer Bottom-up-Perspektive die aktive Rolle und Verantwortungsübernahme von Bürger:innen in einer als kollektives Projekt begriffenen Demokratie. Dazu bedarf es im Sinne einer Popular Inclusion des Einbezugs möglichst aller Bürger:innen und im Sinne eines Empowerments deren Motivation und das kontinuierliche Herstellen von politischem Interesse. Journalismus ist diesen beiden Prinzipien verpflichtet. Die entsprechende Nachrichtenqualität im partizipatorischen Modell lässt sich deshalb als *aktivierende Nachrichtenqualität*

bezeichnen (vgl. Tab. 1 in Kap. 2; vgl. »aktivierende« Qualitätsansprüche bei EISENEGGER/UDRIS 2021: 95). Aktivierend soll sie dabei auf zweifache Weise wirken. Der professionelle Standard einer *konstruktiven Emotionalität* soll durch die aktive Verwendung emotionaler Elemente in journalistischen Beiträgen partizipationsfördernd wirken. Durch ein Zulassen von Emotionen soll er einem sonst drohenden Exklusionsmechanismus nach sozialer Klasse und individueller Betroffenheit zuvorkommen. An Emotionalität im Journalismus ist aber der Anspruch der Konstruktivität im Sinne der Abwesenheit inziviler Elemente zu stellen, die verstanden als exkludierendes Moment dem Einbezug aller zuwiderlaufen würden. Aktivierend ist aber auch die Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen angelegt. Vor allem *Bürger:innen und Marginalisierte* sollen aktiv für sich selbst sprechen. Dadurch sollen sie und andere Bürger:innen ihre politische Selbstwirksamkeit erkennen und den Anstoß für Partizipation geben.

Multiple Nachrichtenqualitäten

Diese mehrdimensionale Konzeptualisierung von Nachrichtenqualität erkennt an, dass es eine »Multiperspektivität des Qualitätsdiskurses« auch innerhalb eines demokratietheoretischen Zugangs braucht und plädiert für einen »pluralisierten Qualitätsbegriff« (SERONG 2015: 14). Nachdem Demokratie kein uniformes Konstrukt ist, kann es keinen singulären Begriff demokratietheoretisch fundierter Nachrichtenqualität geben. Zum einen weisen diese unterschiedlichen Qualitäten auch unterschiedlichen Medientypen bestimmte Funktionen zu: »[T]he media are not a single institution with a common democratic purpose. Rather, different media should be viewed as having different functions within the democratic system, calling for different kinds of structure and styles of journalism«, wie Curran (2002: 239) betont. Eine solche Sichtweise akzentuiert, dass »Qualität im Journalismus nicht zwingend von einem Medienstil und dem Medientypus abhängt« (PRINZING 2016: 107; vgl. auch FRIEDRICH/JANDURA 2012; KÖSTERS/FRIEDRICH 2017; ÖRNEBRING/JÖNSSON 2004). Von einer öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendung muss eine andere Leistung erwartet werden als von gedrucktem Longform-Journalismus; beides wiederum bedient andere Qualitätsansprüche als beispielsweise Boulevardberichterstattung. Alle Angebote *könn(t)en* aber auf ihre spezifische Weise einen demokratisch wertvollen Beitrag leisten. Zum anderen fördern unterschiedliche Qualitätskriterien auch unterschiedliche Ergebnisse zu

Tage, eben *weil* die »unterschiedlichen Leistungsanforderungen an mediale Politikangebote [...] zu entsprechend unterschiedlichen Bewertungsmaßstäben führen« (FRIEDRICH/JANDURA 2012: 406). Einzelne Kriterien werden mitunter sogar gemäß der einen Vorstellung von Demokratie als positiv bewertet, während sie in der anderen Vorstellung negativ bewertet werden (vgl. NITSCH et al. 2021: 76). Die vorliegende Studie berücksichtigt beides, indem sie mit einer mehrdimensionalen Konzeptualisierung von Nachrichtenqualität arbeitet.

Die Auswahl der einzelnen Qualitätsdimensionen ist natürlich diskutabel. So ließe sich einwenden, dass im repräsentativen Demokratiemodell beispielsweise zusätzlich der Anspruch der Wahrhaftigkeit (vgl. PÖTTKER 2000: 384) zu stellen wäre, im deliberativen etwa Werte wie Respekt in der öffentlichen Kommunikation (vgl. FERREE et al. 2002b: 303) oder im partizipatorischen Modell eine Konnektivität im Sinne einer Interaktions- und Feedbackorientierung (vgl. BEAUFORT 2020: 146). Die Auswahl der vorliegenden Dimensionen erfolgte jedoch danach, dass sie, erstens, möglichst *vergleichbar* empirisch operationalisiert werden können und zwar, zweitens, auf der *Ebene einzelner Nachrichtenbeiträge*, wie es die Basis dafür darstellt, Qualität in späterer Folge empirisch in Relation zu ihren Entstehungsbedingungen setzen können. Davon unbenommen ist jedoch, dass andere Untersuchungskontexte eine erweiterte und/oder adaptierte Ableitung von Qualitätsstandards gemäß der drei Demokratiemodelle erfordern bzw. zulassen kann.

3. NACHRICHTENQUALITÄT ALS JOURNALISTISCHER PROZESS

Verstehen der Entstehungsbedingungen von Nachrichtenqualität

Die Erklärung von Medieninhalten ist ein Herzstück der sozialwissenschaftlichen Journalismus- und Kommunikationsforschung (vgl. DONSBACH 2004; MÜLLER/DONSBACH 2006). Dennoch handelt es sich innerhalb der empirischen Nachrichtenqualitätsforschung nahezu ausschließlich um deskriptive Studien (vgl. FÖG 2022; MAURER et al. 2021; SEETHALER 2015; STARK et al. 2021). Engessers (2013: 25) Befund, die »meisten kommunikationswissenschaftlichen Untersuchungen zu Qualität beschränken sich auf univariate Analysen von inhaltlichen Qualitätskriterien [...], doch die dahinterstehenden unabhängigen Variablen werden selten systematisch konzeptualisiert und operationalisiert«, muss also nach wie vor zugestimmt werden. Dies steht im starken Gegensatz dazu, dass die Erklärung der Qualität journalistischer Berichterstattung und die Identifikation von Einflussfaktoren schon früh als eines der Kernanliegen der Qualitätsforschung proklamiert wurde (vgl. MCQUAIL 2008: 1). Ähnliches trifft auf die Erforschung von Vielfalt als Teildimension von Medienqualität zu, wo Zerbacks (2013: 325) Forderung, dass die »Aufgabe zukünftiger Forschung [...] in der expliziten Einbeziehung inhaltlicher Vielfalt als abhängige Variable« liegt, ebenfalls kaum eingelöst wurde. Im Gegenteil wurden mit dem Argument, dass der Prozess journalistischer Nachrichtenproduktion als Proxy für journalistische Qualität stehen kann, einzelne Faktoren aus der journalistischen Arbeitsrealität als »surrogate measures of journalistic quality« (PICARD 2000: 100) herangezogen, wenngleich deren komplexe Beziehung theoretisch wie empirisch unterbeleuchtet ist.

Vor diesem Hintergrund argumentiert der zweite Theoriestrang der vorliegenden Studie, inwiefern Nachrichtenqualität als das Ergebnis des journalistischen Produktionsprozesses zu verstehen ist. Damit vollzieht sich ein theoretischer Perspektivwechsel: Während Nachrichtenqualität bisher als die Ausgangsbedingung für das Funktionieren von Demokratie betrachtet wurde, baut die nun eingenommene Perspektive auf der Annahme auf, dass »journalistische Qualität als Gesamtheit von abhängigen Variablen verstanden werden kann, auf die verschiedene unabhängige Variablen einwirken« (ENGESSER 2013: 201). Deshalb zielt die vorliegende Studie darauf ab zu beantworten, *welche* Faktoren sich systematisch auf die verschiedenen, bereits argumentierten Parameter demokratietheoretisch fundierter Nachrichtenqualität auswirken und *wie* sie dabei Einfluss nehmen. Der logische erste Schritt ist es demnach, unter Rückgriff auf die bestehende Forschung potenziell relevante Faktoren zu identifizieren und ihren möglichen Einfluss auf Nachrichtenqualität darzulegen.

*Normativität in der Erforschung von Einflüssen auf
Nachrichtenqualität*

Damit konkretisiert sich, wie die Studie mit Normativität umgeht, die untrennbar mit der Frage nach Qualität verbunden ist, denn eine der Herausforderungen der Qualitätsforschung besteht in der »angemessenen Verbindung von Werturteilsfreiheit und Wertbezogenheit innerhalb der Theoriebildung« (SERONG 2015: 196). Normativität bezeichnet den »Wunsch, dass bestimmte Wertorientierungen und Soll-Vorstellungen ihre Entsprechung in den Organisationen und Institutionen der Gesellschaft« (ROTHENBERGER/AUER 2013: 21) finden. Die vorgestellten Demokratietheorien – und damit auch die davon abgeleiteten Qualitätsstandards – (vgl. Kap. 2) sind in diesem Sinne in hohem Maße normativ. Die theoretische Konzeptualisierung von journalistischen Einflussfaktoren auf normativ fundierte Qualität erfolgt dagegen möglichst werturteilsfrei. Die Relevanz von Einflussfaktoren aus der journalistischen Arbeitsrealität bemisst sich vielmehr danach, wie stark sie dazu in der Lage sind, positiven Einfluss auf die in sich normativ fundierten Qualitätsdimensionen zu nehmen. Das Vorgehen grenzt sich damit von Studien ab, die Konzepte aus der journalistischen Arbeitsrealität selbst normativ aufladen, wie beispielsweise journalistische Rollenverständnisse anhand von Demokratietheorien (vgl. HÅKANSSON/MAYERHÖFFER 2014; RIEDL 2019; WOLFGANG et al. 2019).

Es stimmt mit Prinzings (2016: 109) Position überein, die argumentiert, Qualitätsforschung »muss in der Empirie werturteilsfrei, aber im Theoriezugriff wertbezogen sein«. Die folgende Theoretisierung von Nachrichtenqualität als journalistischem Prozess ist demnach nicht normenbezogen, sondern zielt darauf ab, einen theoretischen Rahmen für die Entstehung normativer Qualitäten zu erarbeiten. Damit wird eine analytische und eine normative Tradition verbunden, die, wie Hanitzsch und Vos (vgl. 2018: 149) problematisieren, bisher zu wenig miteinander zu tun haben.

3.1 Analytische Ebenen zur Erklärung journalistischer Medieninhalte

Mehrebenenmodelle der Einflüsse auf journalistische Performanz

Als theoretisches – oder jedenfalls heuristisches – Instrument, um die Entstehung von journalistischer Performanz zu verstehen, haben sich in der Journalismusforschung Mehrebenenmodelle etabliert. Am stärksten hat dabei das *Hierarchy of Influences*-Modell von Shoemaker und Reese die Forschung geprägt (vgl. 1996 2014; REESE/SHOEMAKER 2016; ähnlich: ESSER 1998; WEISCHENBERG 1998). Es unterscheidet zwischen Einflüssen auf der Ebene *sozialer Systeme*, *sozialer Institutionen*, *Medienorganisationen*, *journalistischer Routinen* und von *Individuen*, die den Prozess der journalistischen Nachrichtenproduktion prägen (vgl. HANUSCH/MAARES 2021). Im Deutschen wäre der Begriff ›Schale‹ semantisch treffender, sind doch die weiter außen gelagerten Dimensionen gleichzeitig Gefäße für die weiter innen liegenden (vgl. HEIMPRECHT 2017: 37). Das Modell systematisiert Faktoren auf mehreren Analyseebenen, die Medieninhalte beeinflussen, und erlaubt es so, die wichtigsten Faktoren zu identifizieren, die eine durch Journalismus konstruierte Realität prägen (vgl. REESE 2016: 1). Das Modell betont, dass journalistische Inhalte das Ergebnis eines komplexen, vielfach beeinflussten Prozesses der journalistischen Produktion sind. Es liefert damit auf systematische Art und Weise auch Anknüpfungspunkte für die Identifikation von Einflüssen auf Nachrichtenqualität.

Am *Hierarchy of Influences*-Modell wurde jedoch kritisiert (vgl. für eine ausführliche Diskussion vgl. HEIMPRECHT 2017: 47ff.), dass es zu wenig an bestehende – auch normative – theoretische Konzepte anknüpft. Zudem lässt das Modell keine Aussagen zu, welche Einflüsse bzw. welche Ebenen

wie stark wirkmächtig werden (vgl. HANITZSCH/HOXHA 2018: 171), obwohl dies im Kontext der Qualitätsforschung von zentralem Interesse ist. Außerdem stehen sich die Ebenen weitgehend unverbunden gegenüber, obwohl von zahlreichen Verbindungen zwischen ihnen auszugehen ist (vgl. ESSER 1998: 27). Aus Perspektive der Qualitätsforschung ist zudem zu problematisieren, dass bestehende Auseinandersetzungen inspiriert durch das *Hierarchy of Influences*-Modell und in Verbindung mit der Gatekeeping- (vgl. SHOEMAKER/VOS 2009) und Nachrichtenwertforschung (vgl. GALTUNG/RUGE 1965; EILDERS 2006) zwar die Frage in den Blick nehmen, was Journalist:innen zur Auswahl von Themen bewegt (vgl. z. B. BRÜGGEMANN 2013). Was spezifische Arten der journalistischen Darstellung im Sinne spezifischer Nachrichtenqualitäten beeinflusst, wurde jedoch kaum systematisch beleuchtet.

Strukturzentrierte Ansätze in der Erforschung von journalistischer Performanz

Die Multidimensionalität der potenziellen Einflussfaktoren auf verschiedenen Ebenen, wie sie theoretische Mehrebenenmodelle aufzeigen, wurden in der Qualitätsforschung bzw. der Erforschung journalistischer Performanz mit Bezug zu einem demokratischen Gemeinwesen nur unzureichend berücksichtigt. Einerseits hat die Forschung vielmehr die inhaltsprägende Kraft von (*Makro*-)Strukturen konzeptionell berücksichtigt und empirisch ausgelotet. Diese Strukturen beziehen sich sowohl auf Strukturen innerhalb des Journalismus als auch auf dessen »Systemumwelt« (SERONG 2015: 143) in Form von politischen und ökonomischen Makrostrukturen, wie sie beiderseits konstitutiv für Mediensysteme sind (vgl. ESSER et al. 2017: 29f.; HALLIN/MANCINI 2004).

So zeigen beispielsweise F. Esser und Umbricht (vgl. 2014: 232), dass Faktizität und Ausgewogenheit der Berichterstattung sowie die Trennung von Information und Meinung signifikant vom historisch-institutionellen Kontext von Mediensystemen abhängen. Auch der Anteil von analytischer und meinungsbetonter Berichterstattung lässt sich durch strukturelle Rahmenbedingungen erklären (vgl. ESSER/UMBRICHT 2014: 237ff.). Ähnlich zeigen Albæk et al. (vgl. 2014: 83ff.), dass die Tonalität in journalistischen Beiträgen über parteipolitische Eliten mediensystemisch bedingt ist. Auch interpretativer Journalismus wird in unterschiedlichen Mediensystemen unterschiedlich realisiert und kommt über die nationalen Kontexte hinweg in öffentlich-rechtlichen Medien signifikant seltener

vor (vgl. SALGADO et al. 2017: 59ff.). Ähnlich zeigen empirische Befunde, dass eine Soft-News-Orientierung zwischen Mediensystemen maßgeblich divergiert. Auch hier weisen öffentlich-rechtliche Medienangebote eine stärkere Hard-News-Orientierung auf; der größte Einfluss auf eine Hard-News-Orientierung über die Systeme hinweg ist jedoch die ökonomische Lage in einem Land (vgl. REINEMANN/STANYER et al. 2017: 138ff.). Auch auf die Vielfalt der Berichterstattung wirken sich Mediensysteme aus. So liegt beispielsweise in Ländern mit starkem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine gleichmäßigere Elitenvielfalt vor (vgl. HUMPRECHT/ESSER 2018: 1840).

Strukturzentrierte Ansätze ziehen demnach die systemischen Rahmenbedingungen journalistischer Nachrichtenproduktion auf einer Makro-Ebene – und sich darauf ergebende Konsequenzen auf einer Meso-Ebene – als theoretische Erklärung für Varianz in der Medienperformanz heran. Sie konnten deren Einfluss auf Untersuchungsdimensionen, wie sie eine große Nähe zu bestehenden Konzeptualisierungen von Nachrichtenqualität aufweisen, auch empirisch zahlreich belegen. Was solche strukturzentrierten Perspektiven dabei aber weitgehend ausblenden, sind Journalist:innen als Individuen und ihre Routinen und deren Einfluss auf journalistische Performanz, wie sie im *Hierarchy of Influences*-Modell die innersten Ebenen darstellen.

Akteur:innenzentrierte Ansätze in der Erforschung von journalistischer Performanz

Im Gegenzug dazu nehmen andere Studien den Einfluss der *Handlungsmacht* von Journalist:innen auf journalistische Performanz in den Blick. Insbesondere in der früheren Forschung kreiste die Debatte dabei stark um die individuelle »journalistische Persönlichkeit« (SAXER 2009: 22) und ihr vermeintliches Vermögen, durch die »Etablierung und Legitimation vorbildhafter journalistischer Praxis, verkörpert durch gesinnungsethisch handelnde publizistische Persönlichkeiten« (ebd.: 24), Qualitätsstandards zu unterstützen. Ein solcher vereinfachter Blick auf Journalist:innen als Medienschaffende hält modernen sozialwissenschaftlichen Annahmen über die Komplexität journalistischer Nachrichtenproduktion zwar nicht stand. Dennoch ist die Frage nach dem Beitrag von Journalist:innen als Handelnde im Prozess der Nachrichtenproduktion nach wie vor einer der »wichtigsten Dreh- und Angelpunkte« (SERONG 2015: 134) im wissenschaftlichen Qualitätsdiskurs.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung mit akteur:innenzentrierten Ansätzen in der Erforschung journalistischer Performanz entwickelt sich ambivalent. Einerseits gibt es Bestrebungen um eine konzeptionelle Ausdifferenzierung der Bedeutung von Akteur:innen. So schlagen beispielsweise Albæk, Skovsgaard und de Vreese (2017) eine Differenzierung des Stellenwerts von einzelnen Journalist:innen in ihren jeweiligen Kontexten vor. In der Vorstellung eines »Individual Journalist« werden Journalist:innen zwar auch nicht in einem naiven Individualismus als »free-floating individuals who can cover whatever they want in whatever way they please« (ALBÆK et al. 2017: 6f.) begriffen. Gleichsam wird aber betont, dass auch professionelle Journalist:innen in ihrem Handeln nicht frei von individuellen Sozialisierungserfahrungen sind und Dimensionen wie Gender, Bildung oder Klasse ihr Agieren mitbestimmen. Insbesondere für tiefgehend internalisierte Dimensionen wie Gender wurde dies mehrfach empirisch bestätigt (vgl. z. B. RIEDL et al. 2022). Auf dieser Ebene kommen auch (sozial-)psychologische Faktoren wie das Bedürfnis der sozialen Validierung eigener Urteile bzw. nach Aufrechterhaltung individueller Annahmen und der daraus resultierenden Selektivität eigener Wahrnehmung zum Tragen (vgl. DONSBACH 2004). In Abgrenzung dazu betont die Idee eines »Professional Journalist«, dass journalistische Selektions- und Darstellungsentscheidungen auf Berufsnormen zurückgehen, die sich im Zuge der Professionalisierung von Journalismus herausgebildet haben, und subjektive Annahmen und Überzeugen als handlungsleitende Dimensionen in den Hintergrund treten (vgl. ALBÆK et al. 2017: 8). Schließlich betont die Idee des »Organized Journalist«, dass journalistische Nachrichtenproduktion fast ausschließlich in organisationalen Kontexten stattfindet und individuelles journalistisches Handeln demnach maßgeblich von organisationsbezogenen Erwartungen, Strukturen und Zielen überformt wird (vgl. ebd.: 9). Wenngleich die Frage danach, wie diese drei – wenngleich komplementären und nicht zwingend konkurrierenden – Perspektiven theoretisch integriert werden können, noch offen ist, differenzieren sie akteur:innentheoretische Annahmen aus, ohne die Akteur:innen selbst aus dem Blick zu verlieren.

Andererseits versuchen Studien einen direkten Zusammenhang zwischen den Einstellungen von Journalist:innen und der Berichterstattung nachzuweisen. Die Theorie des symbolischen Interaktionismus (vgl. BLUMER 1969; MEAD 1934) und die Gatekeeping-Theorie (vgl. SHOEMAKER/VOS 2009; WHITE 1950) fungieren dabei als theoretische Grundlage für die Erklärung des un-

mittelbaren Niederschlags journalistischer Rollenverständnisse in der Berichterstattung (vgl. HELLMUELLER/MELLADO 2015: 6f.). Zwar betonen diese Ansätze die Wichtigkeit kontextsensitiver struktureller Faktoren, berücksichtigen sie in ihrer Theorieentwicklung jedoch zu wenig und versuchen einen linearen Zusammenhang zwischen journalistischen Rollenverständnissen und Medienperformanz im Sinne von »professional roles in news content« (MELLADO 2015: 598) nachzuweisen. Studien weisen im direkten Vergleich zwar eine ›Gap‹ zwischen professionellen Rollen von Journalist:innen und der von ihnen realisierten Berichterstattung nach (vgl. MELLADO/VAN DALEN 2014). Andere Studien zeigen aber auch, dass die empfundenen Rollen von Journalist:innen die realisierte Performanz – wenngleich in stark variierenden Ausmaß – erklären können (vgl. TANDOC et al. 2013). Obwohl jüngere Studien zumindest empirisch auch die strukturellen Rahmenbedingungen von Nachrichtenproduktion berücksichtigen (vgl. MELLADO et al. 2020), leisten auch sie keine theoretische Erklärung, in welchem Verhältnis die Einstellungsdimensionen von Journalist:innen, die Rahmenbedingungen ihres Arbeitens und dessen Ergebnis stehen.

Dualismus von Struktur und Handeln

Während sich also die überwiegend deskriptive Medien- und Nachrichtenqualitätsforschung im engeren Sinne kaum mit der Erklärung des Zustandekommens von verschiedenen Formen von Nachrichtenqualität beschäftigt, weist die Erforschung von Einflussfaktoren auf journalistische Performanz mit Bezug zu einem demokratischen Gemeinwesen im weiteren Sinne eine Dichotomie zwischen struktur- und akteur:innenzentrierten Perspektiven auf. Einerseits ziehen strukturzentrierte Ansätze primär Makro-Strukturen der Gesellschaft und in geringerem Umfang daraus abgeleitete Meso-Strukturen von Medienorganisationen zur Erklärung von Medienperformanz heran. Sie blenden dabei die individuelle Handlungsmacht von Journalist:innen als unmittelbare Produzent:innen journalistischer Berichterstattung jedoch weitgehend aus. Andererseits rücken akteur:innenzentrierte Ansätze wiederum Journalist:innen als Handelnde und ihre durch private wie berufliche Sozialisation erfahrenen Einstellungen und Werte in ihr Zentrum. Sie stellen jedoch ihrerseits keinen belastbaren theoretischen Rahmen dafür bereit, Journalist:innen als Akteur:innen in ihren strukturellen Kontexten kohärent zu verorten. Nachdem beide Perspektiven überzeugende Argumente für das Einflusspotenzial ihrer

jeweiligen Perspektive darlegen – und entsprechende empirische Nachweise erbringen –, scheint eine Integration der beiden Zugänge für ein holistisches Verständnis der Entstehung von Nachrichtenqualität unumgänglich. Der »viel diskutierte Widerspruch ›Akteur vs. System‹« (SERONG 2015: 134) erscheint damit als Schlüsselfrage für das umfassende Verständnis von Einflüssen auf Nachrichtenqualität.

Das Spannungsfeld zwischen Strukturen und Handeln prägt nicht nur die Erforschung von journalistischer Performanz, sondern ist eine klassische Kernfrage sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. Ein systemtheoretischer Zugang (vgl. LUHMANN 1984, 1996) hat auch die Journalismusforschung entscheidend geprägt (vgl. BLÖBAUM 1994; WEISCHENBERG 1994) und prägt sie noch (vgl. KOHRING/ZIMMERMANN 2022). Er blendet aber, so der Vorwurf, »die je beteiligten Menschen als Handelnde völlig aus – was aber nur die stillschweigende Unterstellung zum Ausdruck bringt, dass die Menschen normalerweise im wahrsten Sinne des Wortes ordnungsgemäß funktionieren« (SCHIMANK 2007a: 189). Akteur:innen- und Handlungstheorien, die im Gegensatz dazu annehmen, dass »nur über die Erklärung individuellen Handelns echte Erklärungen gesellschaftlicher Phänomene möglich sind« (REINEMANN/BAUGUT 2016: 309), wird im Umkehrschluss ein fehlender »Bezug zu den allgemeinen Strukturen einer Gesellschaft« (GERHARDS 1994: 79) vorgeworfen. Aus dieser Diskrepanz – dem »Dualismus zwischen Akteur- und Systemtheorien« (NEUBERGER 2016: 295) – heraus, die sich in verschiedenen Facetten in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen aufrechterhalten hat, erarbeitet Schimank (2007a, 2016) seine soziologische Theorie der *Akteur:innen-Struktur-Dynamik*. Sie betont, dass »Handeln und Strukturen rekursiv verbunden sind«: Einerseits liefern »Strukturen [...] [den] Akteuren Handlungsorientierungen«, andererseits wählen die »Akteure [...] in diesem vorstrukturierten Rahmen Handlungsoptionen, und zwar in Abhängigkeit von ihrem Handlungsantrieb (NEUBERGER 2016: 295).⁸

Ein *vermeintlicher* Widerspruch zwischen Strukturen und Handeln liegt im Bereich der Erforschung von Einflüssen auf journalistische Performanz aus zweierlei Gründen vor. Zum einen wurde nicht nur die Akteur:innen-Struktur-Dynamik Schimanks schon vor geraumer Zeit theoretisch (vgl. ALT-

8 Ähnlich beschreibt Gerhards schon früher (1994: 81) das »Verbindungstheorem von System- und Akteurstheorie« wie folgt: »Akteure wählen innerhalb der durch Systeme aufgespannten ›constraints‹ [...] diejenigen Handlungen, die ihre spezifischen Ziele mit dem geringsten Aufwand erreichbar machen.«

MEPPEN 2006; NEUBERGER 2004, 2007, 2016, 2022a) wie empirisch (vgl. KELDENICH 2019; LAUERER 2021; LORENZ 2017; PFAFF-RÜDIGER et al. 2010; RIESMEYER 2014, 2015) auf den Journalismus übertragen. Dies ist auch für andere integrative Theorieansätze (vgl. SCHOLL 2023: 380) der Fall, wie beispielsweise Bourdieus (1987, 2005) Feldtheorie und ihre Implikationen für den Journalismus (vgl. BENSON/NEVEU 2005; HANITZSCH 2022; MAARES/HANUSCH 2022a; MEYEN/RIESMEYER 2012), oder Giddens (1984/2009) Strukturierungstheorie (vgl. HOFSTETTER/SCHÖNHAGEN 2015; WYSS 2016a). Ein theoretischer Transfer integrativer Sozialtheorien in die Journalismusforschung hat also stattgefunden. Sie wurden jedoch nicht systematisch für die Erklärung journalistischer Performanz herangezogen. Zum anderen impliziert der Dualismus zwischen Strukturen und Handeln ein Gegenüberstehen zweier Pole, was das multidimensionale Zusammenspiel vieler verschiedener Faktoren für die Genese von Nachrichtenqualität als ein »komplexe[s] Beziehungsgeflecht« (SERONG 2015: 134) verschleiert. Ähnlich betont Saxer (2009: 25) eine Fülle an möglichen Einflussfaktoren, wenn er argumentiert, dass ohne »Berücksichtigung der dynamischen Normenkonstellation gesetzlicher Kontrollinstanzen, von Medienmanagement, Interessenorganisationen, Experten, Publikum und journalistischen Kollegengruppen [...], unter der Journalismus realisiert und qualifiziert wird, [...] der Qualitätsdiskurs nur defizitär, da unterkomplex« beleuchtet werden kann. Vor diesem Hintergrund soll in der vorliegenden Studie Schimanks Akteur:innen-Struktur-Dynamik auf den journalistischen Prozess hinter der Entstehung von demokratiethoretisch fundierter Nachrichtenqualität übertragen werden. Dessen Potenzial zur Lösung eines der »grundlegenden soziologischen Erklärungsprobleme – wie und warum Akteure in bestimmten Situationen so und nicht anders handeln« (SCHIMANK 2016: 350) wird damit zur Beantwortung der Frage eingesetzt, wie, warum und unter welchen Bedingungen Journalist:innen Nachrichtenqualität verschiedenen Ausmaßes realisieren.

3.2 Nachrichtenqualität zwischen Strukturen und Handlungsmacht

Journalismus als systembezogene Akteur:innenkonstellation

Die Wahl eines passenden theoretischen Journalismuskonzepts ist grundlegend für die Erforschung von Nachrichtenqualität (vgl. HALLER 2003: 182).

Dies trifft auf die Erforschung der *Genese* von Nachrichtenqualität noch stärker zu, wo »Theorien des Journalismus und Theorien der Qualität« (BUCHER 2003: 15) besonders eng verknüpft werden müssen, um erklärende Faktoren und Dynamiken seitens des Journalismus zu identifizieren. Betrachtet man Journalismus aus der Perspektive von Schimanks Akteur:innen-Struktur-Dynamik, so erscheint Journalismus als »systembezogene Akteurkonstellation« (NEUBERGER 2004, 2016, 2022a).

Diese integrative Konzeption von Journalismus lässt verschiedene theoretische Anbindungen zu. Zum einen ist sie klarerweise anknüpfungsfähig an systemtheoretische Perspektiven auf Journalismus. Journalismus erscheint hier als Leistungssystem, das »die Kommunikation von öffentlichen Umweltbeobachtungen auf Dauer stellt und damit unabhängig macht von individuellen Motiven und dem situativen Kontext« und somit als »das institutionalisierte Zentrum des Funktionssystems Öffentlichkeit« fungiert (vgl. KOHRING/ZIMMERMANN 2022: 6, Kursivsetzung weggelassen). Zum anderen ist sie anknüpfungsfähig für akteur:innen- und handlungstheoretische Perspektiven auf Journalismus, gemäß denen Journalist:innen, aber auch Eigentümer:innen oder Führungskräfte, als »(begrenzt) strategisch handelnde Akteure« (FENGLER 2022: 2) versuchen durch ihr Handeln spezifische Ziele zu erreichen. Journalistische Inhalte erscheinen in weiterer Folge damit als das Aggregat der Ergebnisse des Handelns und dessen komplexen Interdependenzen (vgl. BAUGUT/REINEMANN 2022: 9ff.). Wird Journalismus für die Frage nach der Entstehung von Nachrichtenqualität als systembezogene Akteur:innenkonstellation begriffen, kommen also sowohl sinnstiftende Strukturbedingungen als auch nach strukturell geprägten Intentionen interdependent handelnde (nicht-)journalistische Akteur:innen als erklärende Faktoren für Nachrichtenqualität infrage.

Durch die Verschränkung von Strukturen und Handeln ist diese Perspektive auch anknüpfungsfähig für institutionentheoretische Konzeptualisierungen von Journalismus. Journalismus erscheint hier als ein durch »Verhaltensregeln gesteuertes Handlungssystem [...], das Problembereiche menschlicher Interaktion [...] gemäß einer Leitidee (wie ›Objektivität‹ und ›Vielfalt‹) ordnen soll, [...] [und] dessen Verhalten steuernde Regeln auf unterschiedliche Art und Weise durchgesetzt werden« (KIEFER 2011: 8). Journalismus übernimmt also dauerhaft eine gesellschaftliche Problemlösung, nämlich die Herstellung von Öffentlichkeit für gesellschaftlich relevante Anliegen, und etabliert diese auf erwartbare Art und Weise. *Diskursiv*-insti-

tutionelle Perspektiven (vgl. SCHMIDT 2008) betonen darüber hinaus, dass die Genese und Veränderung dessen, was Journalismus als Institution ausmacht, auch durch den Diskurs über Journalismus und sich dabei vollziehende diskursive Aushandlungs- und Abgrenzungsprozesse geprägt wird (vgl. HANITZSCH/SEETHALER et al. 2019b; HANITZSCH/VOS 2017). Schimank selbst integriert Institutionen nicht explizit in seinen Theorierahmen. Er bezeichnet (2007a: 222) Institutionen als »etwas analytisch Sperriges in der Mitte« zwischen Akteur:innen und Strukturen. Er bewahrt aber auf zwei Weisen konzeptionelle Offenheit für sie: Einerseits, indem er das, was aus institutionentheoretischer Warte als Institution gilt, je nach Gegenstandsbereich bei den Akteur:innen oder Strukturen verortet. Andererseits, indem er Institutionalisierungsprozesse dann berücksichtigt, wenn sie in Form von gesteigerter Erwartungssicherheit für die strukturell geformte Handlungswahl von Akteur:innen relevant werden (vgl. DONGES 2008: 336). Auch Kernannahmen über Journalismus aus (diskursiv-)institutionentheoretischer Perspektive können demnach für die Theoretisierung der Realisierung von Nachrichtenqualität herangezogen werden.

*Grundbegriffe der Akteur:innen-Struktur-Dynamik nach
Schimank*

Akteur:innen lassen sich im Sinne der Akteur:innen-Struktur-Dynamik nur über ihr *Handeln* begreifen. Während Verhalten alle Formen des menschlichen Agierens inkludiert, also auch rein physiologische und reflexhafte Prozesse, bezeichnet Handeln »sinnhaft motiviertes Verhalten« (SCHIMANK 2016: 48). Die Mehrheit des sozialwissenschaftlich relevanten Handelns ist *soziales Handeln*, also jenes Handeln, das »in seinem Sinn auf andere gerichtet oder bezogen ist« (SCHIMANK 2016: 48). Dieses kann entweder einseitig sein, wenn Akteur:innen ihr Handeln an Anderen ausrichten, Letztere jedoch nicht reagieren, oder wechselseitig, wenn eine reziproke Handlungsabstimmung vorliegt. In komplexen sozialen Beziehungen ist es eher die Regel als die Ausnahme, dass Akteur:innen ihr Handeln – auch gleichzeitig mit mehreren Akteur:innen – ein- und wechselseitig aneinander ausrichten. Aus dieser Konzeptualisierung von sozialem Handeln speist sich auch die Konzeptualisierung, was *Akteur:innen* ausmacht. Schimank (2016: 44f.) begreift darunter »Einheiten, die sinnhaft und intentional handeln, und denen wiederum von anderen Akteuren Handeln zugeschrieben werden kann« – sie sind damit gleichzeitig »Ursprung und Träger des Handelns«

(SCHIMANK 2005: 29). Akteur:innen können damit sowohl Individuen als auch Kollektive sein (vgl. DONGES 2008: 337).

Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen

Wie Akteur:innen handeln, hängt von »auf bestimmte Weise strukturierten sozialen Situationen [ab], die ihre Motive prägen« (SCHIMANK 2016: 48). Strukturen prägen damit die Handlungsorientierungen von Akteur:innen. Diese müssen dabei aber nicht zwingend *im Sinne* von Strukturen handeln – auch wenn Akteur:innen sie dezidiert missachten, ist ihr Handeln relational zu diesen Strukturen. Die Akteur:innen-Struktur-Dynamik sieht dabei drei zentrale handlungsprägende Strukturen vor (vgl. Abb. 1), die je einer gesellschaftlichen Strukturdimension entstammen und je eine spezifische Handlungsprägung implizieren. *Deutungsstrukturen* werden von den Orientierungshorizonten des jeweiligen gesellschaftlichen Teilsystems geprägt und drücken das ›Wollen‹ von Akteur:innen aus, also deren Ziele und ›Handlungslogiken‹ (SCHIMANK 2016: 205) zur Erreichung der Ziele. *Erwartungsstrukturen* speisen sich aus institutionellen Ordnungen und drücken im Sinne von »institutionalisierten normativen Erwartungen« (SCHIMANK 2016: 204), also institutionell verfestigten Regeln und Leitlinien, das ›Sollen‹ aus. *Konstellationsstrukturen* stellen (relativ) stabile Konstellationen von in ihrem sozialen Handeln aufeinander bezogenen Akteur:innen und ihren jeweiligen Einflusspotenzialen dar und drücken damit das ›Können‹ von Akteur:innen vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Intentionen aus. Eine Akteur:innenkonstellation entsteht, sobald »die Intentionen von mindestens zwei Akteuren interferieren und diese Interferenz von den Beteiligten wahrgenommen wird« (SCHIMANK 2016: 202). Interferieren bedeutet dabei nicht, dass sich die Intentionen zwingend widersprechen müssen – sobald Akteur:innen ihr Handeln an anderen ausrichten, und sei es nur weil sie deren Intentionen antizipieren, ist eine *Intentionsinterferenz* gegeben.⁹

9 Die enge Rückbindung der drei Strukturen an die drei expliziten »gesellschaftlichen Strukturdimensionen« denen sie entstammen, vertritt Schimank in früheren Darlegungen (2007a: 223), die darauf abzielen, den Prozess gesellschaftlicher Differenzierung zu erklären. Später (2016: 204 ff.) schwächt er sie jedoch im Bemühen um eine generellere theoretische Verschränkung von Handeln und Strukturen teilweise ab. Im Kontext des Journalismus scheinen die drei Strukturdimensionen jedoch stärker an bestehende Theorien des Journalismus anknüpfungsfähig, weshalb sie für die vorliegende Argumentation beibehalten werden.

Von ›oben nach unten‹ nimmt das Generalisierungsniveau – und damit auch die Stabilität der Strukturen – ab: Es gibt weniger gesellschaftliche Teilsysteme als institutionelle Ordnungen und letztere sind auch einem dynamischeren Wandel unterworfen; Konstellationsstrukturen sind am volatilsten und schnellsten wandelbar (vgl. WEHMEIER 2001: 311). Vor dem Hintergrund dieser drei Strukturen ist das Handeln einzelner Akteur:innen »lediglich eine Vorfrage« – zentral ist das Verständnis des strukturell überformten Prozesses, in dem das Handeln verschiedener Akteur:innen »in handelndes Zusammenwirken eingeht« (SCHIMANK 2007b: 122, Kursivsetzung im Original). Es geht dabei also nicht nur um die Handlungswahlen von Einzelnen, sondern um »ein bestimmtes Handeln in Interdependenz mit anderem Handeln« (SCHIMANK 2016: 187). Welche Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen im Journalismus zum Tragen kommen, das handelnde Zusammenwirken von Journalist:innen und ihren Bezugsgruppen prägen und damit auch Nachrichtenqualität als Ergebnis handelnden Zusammenwirkens im Journalismus mitprägen können, steht im Zentrum der folgenden Kapitel (vgl. Kap. 3.2.1, 3.2.2 und 3.2.3).

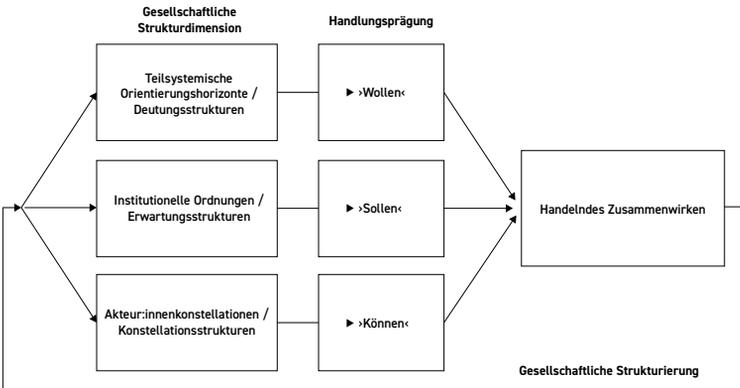
Rekursive Verbindung von Handeln und Strukturen

Handeln und Strukturen stehen gemäß der Akteur:innen-Struktur-Dynamik in einem rekursiven Verhältnis. Die gegenseitige Prägung von Handeln und Strukturen stellt einen »zirkulären Prozess« (KELDENICH 2019: 71) dar. Einerseits werden Strukturen durch das Handeln von Akteur:innen geschaffen, aufrechterhalten oder verändert. Andererseits prägen Strukturen das Handeln von Akteur:innen. Letzteres steht dabei im Zentrum der Frage, wie Dynamiken innerhalb des Journalismus die tatsächliche journalistische Performanz beeinflussen. Strukturen haben dabei einen limitierenden *und* ermöglichenden Charakter (vgl. ALTMIPPEN 2006: 40). Zwar schränken soziale Strukturen den »Möglichkeitsraum der Effekte handelnden Zusammenwirkens ein« (SCHIMANK 2007b: 123). Vor dem Hintergrund moderner, globalisierter, multioptionaler Massengesellschaften sorgen Strukturen aber auch entscheidend dafür, dass ansonsten »von der Weltkomplexität überfordert[e]« (ARNOLD 2008: 148) Akteur:innen handlungsfähig bleiben. Auch wenn für die folgende Argumentation der Fokus auf das handlungsprägende Potenzial von Strukturen liegt, muss auch auf das strukturbildende Potenzial handelnden Zusammenwirkens verwiesen werden. Solche Prozesse bezeichnet Schimank (2016: 207) als

soziale Strukturdynamiken und meint damit die »kausalen Mechanismen, die bewirken, dass die Effekte der Handlungen von Akteuren sich zu bestimmten sozialen Strukturen aggregieren«. Gemäß verschiedenen Logiken der Aggregation trägt Handeln dabei zum Aufbau, zum Erhalt und zur Veränderung von sozialen Strukturen bei – und leistet damit auf der Makro-Ebene gesellschaftliche Strukturierung (vgl. Abb. 1; vgl. SCHIMANK 2016: 187). Diese Strukturdynamiken wurden auch auf gesellschaftliche Differenzierungsprozesse im Bereich von Medien und Journalismus angewendet (vgl. ALTHEPPEN 2006; ARNOLD 2009; DONGES 2002; LAUERER 2021; SCHEU et al. 2014; WEHMEIER 1998 2001). Durch die Relationalität von Handeln gegenüber (potenziell) veränderten Strukturen entsteht so ein dynamischer Kreislauf, der letztlich nur in einer zeitlichen Dimension verstanden werden kann.

ABBILDUNG 1

Akteur:innen-Struktur-Dynamik nach Schimank



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Schimank (2007a, 2007b, 2016)

Handlungsantriebe innerhalb der Akteur:innen-Struktur-Dynamik

Die drei Strukturdimensionen spannen den Rahmen für handelndes Zusammenwirken auf. Sie »bestimmen vereint die Handlungssituation« (SCHIMANK 2007a: 222), die damit von einer spezifischen *Logik der Situation* (vgl. ESSER 1996) geprägt wird. In dieser Situation können Akteur:innen

gemäß einer *Logik der Selektion* wählen, welchen Handlungsoptionen sie nachgehen. Die ihnen zugrunde liegenden Handlungsantriebe lassen sich durch vier verschiedene Akteur:innenmodelle zusammenfassen. Dem durch normenkonformes Handeln nach Erwartungssicherheit strebenden *Homo Oeconomicus*, dem rational kalkulierenden, den eigenen Nutzen maximierenden *Homo Sociologicus*, dem sich von Emotionen leiten lassenden Emotional Man bzw. der *Emotional Person* und dem:der nach möglichst großer Konsistenz der eigenen Identität strebenden *Identitätsbehaupter:in* (vgl. SCHIMANK 2016: 184). Der Handlungsantrieb des *Homo Sociologicus* liegt in der Erfüllung von Sollensvorgaben, die durch normative Erwartungsstrukturen ausgedrückt werden. Er handelt primär gemäß der Handlungsprägung des ›Sollens‹ (vgl. Abb. 1). Indem er diesen Erwartungen folgt, erlangt er Erwartungssicherheit, weil sie ihm einerseits in sozialen Situationen konkrete Handlungsoptionen liefern. Andererseits, weil er bei normenkonformem Handeln auch davon ausgehen kann, dass andere Akteur:innen sein Handeln antizipieren können (vgl. SCHIMANK 2016: 49).

Der *Homo Oeconomicus* dagegen wählt Handlungsoptionen, die seinen eigenen Zielen entsprechen und seinen individuellen Nutzen maximieren. Dafür versucht er, rational kalkulierend vorzugehen (vgl. SCHIMANK 2016: 83). Er entspricht damit der »Rational Choice«-Theorie (vgl. FENGLER/RUSS-MOHL 2003). Im Sinne der Nutzenmaximierung hat der *Homo Oeconomicus* innerhalb der Logik der jeweiligen Situation »vor allem Konstellationsstrukturen im Blick« (NEUBERGER 2016: 298). Er lotet aus, welche Möglichkeitsräume ihm das ›Können‹ (Abb. 1) eröffnet. Nutzenorientiert zu kalkulieren ist jedoch nur möglich, wenn eine Vorstellung von erstrebenswerten Zielen in sozialen Situationen besteht (vgl. SCHIMANK 2016: 85). Wirklich rationale Entscheidungen bedürften einer ausführlichen Problemdiagnose, des Abwägens von alternativen Handlungsoptionen und schließlich der Evaluation einer präferierten Option. Dies ist in einer modernen, hochkomplexen Gesellschaft – und im Journalismus, wo unter begrenztem Zeit- und Ressourcenumfang vielfach ein ›Bauchgefühl‹ (vgl. SCHULTZ 2007) entscheidet, besonders – unrealistisch. Der *Homo Oeconomicus* fällt viele Handlungsentscheidungen deshalb vor dem Hintergrund *begrenzter Rationalität*. Viele Entscheidungen basieren demnach auf »Rationalitätsfiktionen« (SCHIMANK 2016: 117, Kursivsetzung im Original). Akteur:innen deklarieren ihr Handeln sich und anderen gegenüber als rational, obwohl ein ergebnisoffenes Abwägen kaum stattgefunden hat oder stattfinden konnte. Auf längere Sicht habitualisiert sich ein solcher

Reflexionsverzicht zu *Routinen*. Sie stellen eine »extreme Reduktion von Beobachtungs- und Reflexionsaufwand, weil man von je situativen Besonderheiten, die immer wieder ein andersartiges Handeln nahelegen würden, absieht«, bzw. eine »Situationsdesensibilisierung« (SCHIMANK 2016: 112) dar. Damit können sie in sich wieder rational sein.

Obwohl der Homo Oeconomicus ein analytisches Primat besitzt, weil sich damit viele Fragen gesellschaftlicher Dynamiken erklären lassen, und der Homo Oeconomicus ein theoretisches Primat besitzt, weil er einem in modernen Gesellschaften steigenden Druck zur Rationalität entspricht, schlägt Schimank noch zwei weitere Akteur:innenmodelle vor. Als *Identitätsbehalter:innen* streben Akteur:innen Handlungsoptionen an, die von einem Streben nach der Bestätigung des eigenen Selbstbildes bestimmt sind. Dieses Selbstbild speist sich stark aus beruflichen, aber auch privaten (z. B. aktivistischen) Kontexten (vgl. SCHIMANK 2016: 143). Es ist davon auszugehen, dass eine kohärente Beschreibung der eigenen Identität kontextsensitiv ist und nur durch massive Relevanzentscheidungen möglich ist. Dadurch entspricht das Selbstbild einer »Selbstsimplifikation« – was aber nichts daran ändert, dass diese Simplifikation eine reale Steuerungswirkung erlangen kann (vgl. SCHIMANK 2016: 147). Durch den Bezug auf für die eigene Identität konstitutive (Wert-)Vorstellungen orientieren sich Identitätsbehalter:innen »primär an evaluativen Deutungsstrukturen« (NEUBERGER 2016: 298). Der Handlungsantrieb der Identitätsbehauptung korrespondiert also am stärksten mit dem »Wollen« (Abb. 1). Identitätsbehauptung ist eng an das Handeln in bestimmten Rollen geknüpft; liegt eine Identifikation mit einer vorgegebenen Rolle vor, ist dies für die Aufrechterhaltung der Identität eine »besonders günstige Bedingung« (SCHIMANK 2016: 160). Identitätsbehauptendes Handeln wird vor allem dann relevant, wenn Identitätsbedrohungen als »massive und dauerhafte [...] Infragestellungen der evaluativen und normativen Selbstansprüche« (SCHIMANK 2016: 152) vorliegen. Dies kann durch Entindividualisierungserfahrungen, im beruflichen Kontext etwa durch Rollenzwänge, der Fall sein.

Das letzte der vier Akteur:innenmodelle ist das des Emotional Man bzw. der *Emotional Person*, wie sie die sozialwissenschaftliche Forschung bisher am wenigsten berücksichtigt hat. Auch wenn sich das Gros des Handelns durch die vorangegangenen Modelle erklären lässt, so stellt gemäß der Emotional Person auch das Ausleben von *Affekten* als (noch) nicht artikulierbare, körperliche Wahrnehmungen und das Ausleben von *Emotionen* als das sozio-kulturell überformte und damit mehrheitlich be-

nennbare Erleben von Affekten (vgl. von SCHEVE/SLABY 2019: 44ff.) einen Handlungsantrieb dar. Dieser kann zumindest temporär und partiell die vorhergehenden Antriebe überwiegen. Ein emotionengeleitetes Handeln ist dabei jedoch nicht rein den jeweiligen Individuen zuzurechnen, vielmehr wird es durch die »strukturellen Determinanten der Situation bestimmt [...], die Emotionen auslösen« (SCHIMANK 2016: 128). Emotionen bringen Handeln zwar in die Nähe von Verhalten als triebgesteuertes, undurchdachtes Affektgeschehen. Auch emotional motiviertes Handeln ist aber sozial überformt und in gesellschaftliche Normen eingebettet, die dessen (relative) »Sozialverträglichkeit« sicherstellen; wäre das nicht der Fall und würden sich Akteur:innen regelmäßig unvermittelt nach ihrem emotionalen Erleben verhalten, würde emotional motiviertes Handeln »für die soziale Ordnung ein permanentes Störrisiko« (SCHIMANK 2016: 137) darstellen. Das Akteur:innenmodell der Emotional Person entspricht durch seine Begrenztheit durch soziale Strukturen und im Wechselspiel mit anderen Akteur:innenmodellen dementsprechend weniger einer »pure emotional [person]«, die ihren Emotionen »freien Lauf« lässt. Vielmehr handelt es sich um eine »constrained emotional [person]« (FLAM 1990: 42ff.), die beim emotionengetriebenen Handeln weder Normenbefolgung noch Nutzenkalkulation komplett ausblendet und deshalb ihren Emotionen nur bedingt folgt (vgl. SCHIMANK 2016: 138ff.).

Für die Übertragung der Akteur:innen-Struktur-Dynamik auf den Journalismus und sein Vermögen, hochqualitative Inhalte zu produzieren, sind die vier Handlungsantriebe aufgrund ihrer »Affinität« (NEUBERGER 2016: 297) zu den drei Strukturdimensionen relevant. Dies erlaubt besser zu verstehen, wie die durch Strukturen geprägte Logik der Situation im Sinne der Logik der Selektion in eine konkrete Handlungswahl umgesetzt wird. Einerseits erscheint für die Erforschung von normativ fundierter Nachrichtenqualität der Homo Sociologicus aufgrund seiner Orientierung an Normen aufschlussreich. Andererseits wurde innerhalb der Journalismusforschung – vor allem aus einer medienökonomischen Warte – auch argumentiert, inwiefern Journalist:innen Homines Oeconomici entsprechen (vgl. FENGLER 2022; FENGLER/RUSS-MOHL 2005). Vor allem die durch rationalen Reflexionsverzicht entstehenden Routinen scheinen für hochroutinisierte Prozesse wie jenen der journalistischen Nachrichtenproduktion relevant. Auch wenn Handeln in den seltensten Fällen klar einem der vier Handlungsantriebe zugeordnet werden kann – und auch nicht muss, da Akteur:innen bei einer veränderten Logik der Situation ihre Se-

lektion des Handlungsantriebes auch verändern können –, so scheinen Journalist:innen größtenteils einem ›Hybrid‹ zwischen diesen beiden Modellen zu folgen (vgl. REICH/BARNOY 2020: 977). Offenbar wägen sie mehrheitlich situativ ab, »welche Kosten oder welcher Nutzen jeweils bei Normbefolgung oder -devianz zu erwarten wären« (LAUERER 2021: 43), wie es Schimank (2016: 179, Kursivsetzung im Original) als »[i]nteressenkalkulierende Normkonformität« bezeichnet. Dass Journalist:innen aber auch als Identitätsbehaupter:innen handeln, sieht Neuberger (2016: 301) aufgrund derer in ihrem Selbstbild begründeten intrinsischen Motivationen gegeben und sieht in ihnen eine Erklärung, »weshalb (trotz Marktversagens) journalistische Qualitätsangebote existieren«. Der Handlungsantrieb der Emotional Person wurde in der Journalismusforschung bisher kaum systematisch angewendet. Es wird aber zunehmend der Stellenwert von »Emotionsarbeit im journalistischen Alltag« (LÜNENBORG/MEDEIROS 2023: 315) anerkannt. Hier erscheint eine mögliche Verbindung zwischen dem emotionengeleiteten Handeln von Journalist:innen und dem Emotionalisierungsgrad ihrer Berichterstattung aufschlussreich. Auch wenn sich das erklärende Potenzial der Handlungsantriebe nur in Verbindung mit Strukturen entfaltet, so scheint es aus diesen Gründen wichtig, sie auch für die Erklärung des Zustandekommens journalistischer Nachrichtenqualität im Blick zu behalten.

Transintentionalität

Eine gewichtige Folge des Umstands, dass Handeln nur als handelndes Zusammenwirken innerhalb spezifischer, strukturell geprägter Logiken der Situation zu verstehen ist und dass verschiedene Handlungsantriebe sich auch konsekutiv abwechseln können, ist, dass das realisierte Handeln mehrheitlich nicht der (ursprünglichen) Intention von Handelnden entspricht. Schimank nennt dies *Transintentionalität*. Sie bezeichnet den Umstand, dass »das Handeln von Akteuren Effekte zeitigt, die jenseits der Intentionen der Beteiligten liegen« (SCHIMANK 2016: 191). Auch wenn Akteur:innen zunächst konkrete Intentionen verfolgen, ergibt sich vor diesem Hintergrund unweigerlich, »dass die tatsächlichen Effekte ihnen aber in der Regel – früher oder später, längerfristig auf jeden Fall, und mal mehr, mal weniger – ins Transintentionale entgleiten« (SCHIMANK 2016: 197). Transintentionalität zeichnet damit die Mehrheit des Handelns aus. Ein zentraler Grund für Transintentionalität liegt in *Intentionsinterfe-*

renzen, also dem Aufeinandertreffen sich überlagernder Intentionen von mehreren Akteur:innen (vgl. SCHIMANK 2016: 189f.). Für ein Verständnis komplexer Akteur:innen-Struktur-Dynamiken ist demnach nicht nur relevant, welches Handeln letztlich realisiert werden konnte, sondern auch solches, bei welchem dies *nicht* der Fall ist.

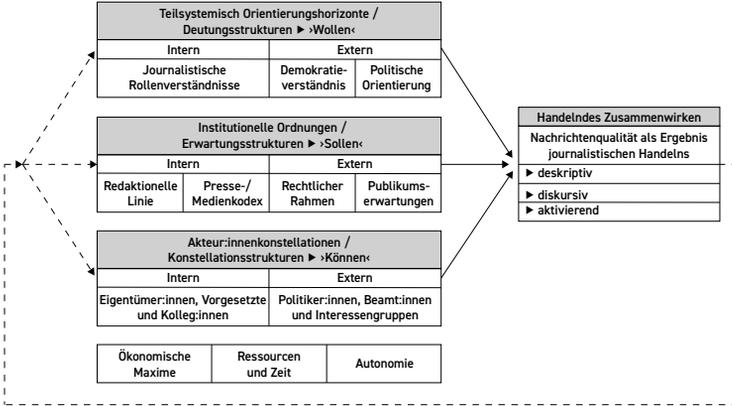
Die Akteur:innen-Struktur-Dynamik hinter der Entstehung von Nachrichtenqualität

Nach dieser Darlegung der Grundbegriffe der Akteur:innen-Struktur-Dynamiken sollen sie nun mit dem Ziel, das Zustandekommen von Nachrichtenqualität zu erklären, auf Journalismus übertragen werden. Für diesen Zweck stellen die folgenden Kapitel mit den Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen die zentralen, handelndes Zusammenwirken überformenden und mit Handlungsantrieben assoziierbaren Strukturen vor (vgl. Kap. 3.2.1, 3.2.2 und 3.2.3). Sie argumentieren, welche Faktoren und Dynamiken diesen Strukturen zuzuordnen sind, von denen unter Bezug auf einschlägige Forschung anzunehmen ist, dass sie einerseits konstitutiv für Journalismus und andererseits konstitutiv für das Zustandekommen von Nachrichtenqualität sind. Abbildung 2 fasst die im Folgenden behandelten Einflussgrößen und ihren gemeinsamen Einfluss auf Nachrichtenqualität zusammen. Dabei wird in Anlehnung an Wendelin und Löblich (2013: 62, Kursivsetzung hinzugefügt) zwischen »*internen* und »*externen* Strukturkontexten« differenziert (vgl. Abb. 2). Interne Strukturen adressieren dabei Akteur:innen und Faktoren innerhalb des Journalismus. Externe Strukturen adressieren jene aus benachbarten Bezugssystemen und -logiken (z. B. dem politischen oder wirtschaftlichen System). Dies folgt Altmeppens (2003: 114) Argument, dass die Frage, ob Journalismus »strukturell qualitätsfähig ist«, von journalismusinternen wie -externen Strukturen abhängt.

Für die Übertragung der Akteur:innen-Struktur-Dynamik auf Journalismus erscheinen unterschiedliche Formen von Nachrichtenqualität damit als die »aggregierten Ergebnisse des Handelns journalistischer Akteur:innen in manifester Form« (BAUGUT/REINEMANN 2022: 8). Indem die gleichen oder vergleichbare erklärende Dimensionen innerhalb des Journalismus als Einflussfaktoren auf eine deskriptive, diskursive und aktivierende Nachrichtenqualität herangezogen werden, ist es möglich, die Potenziale komparativer Forschung (vgl. MELISCHEK et al. 2008) auch

ABBILDUNG 2

Akteur:innen-Struktur-Dynamik hinter der Entstehung von Nachrichtenqualität als Ergebnis handelnden Zusammenwirkens



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Schimank (2007a, 2007b, 2016) (vgl. auch Neuburger, 2004, 2016, 2022a)

für die Genese von Nachrichtenqualität heranzuziehen. So lässt sich spezifisch reflektieren, inwiefern bestimmte Einflussfaktoren zwar für eine Auffassung von Nachrichtenqualität relevant werden können, für eine andere jedoch möglicherweise nicht. Im Folgenden soll dabei zunächst theoretisch argumentiert werden, welche Aspekte für das Realisieren von Nachrichtenqualität durch Journalist:innen handlungsrelevant werden sollten. Baugut und Reinemann (2022: 5) bezeichnen diese Verbindungen zwischen strukturellen Bedingungen und Handeln als *Brückenannahmen* und nennen als Beispiel die »Modellierung der Einflussfaktoren auf journalistisches Handeln beziehungsweise Medieninhalte«, wie das hier getan wird. An den theoretischen Rahmen wird aber der Anspruch gestellt, in weiterer Folge empirisch umsetzbar zu sein. Dadurch können die theoretischen Brückenannahmen vor dem Hintergrund empirischer Daten eingeordnet und wo nötig durch die »empirische Konstruktion« (BAUGUT/REINEMANN 2022: 5, Kursivsetzung weggelassen) weiterer Annahmen ergänzt werden.

Der vorgestellte theoretische Rahmen soll dabei nicht den simplifizierenden Eindruck erwecken, dass jegliches strukturell induzierte journalistische Handeln *unmittelbar* relevant für konkrete journalistische Inhalte ist.

Insbesondere ethnografische Beobachtungsstudien haben überzeugend handlungstheoretisch fundierte Konzepte herausgearbeitet, die mit der strukturellen Verfasstheit des Journalismus verschränkt sind, wie etwa Formen journalistischer Arbeitsteilung, Technologieadaption oder Innovationsprozesse (vgl. z. B. COTTLE 2007; ROBINSON 2011; STEENSEN 2009), aber eher *mittelbar* Inhalte beeinflussen. In diesem Sinne ist auch aus Perspektive der Akteur:innen-Struktur-Dynamik zu erwarten, dass sich Handeln und Strukturen gegenseitig beeinflussen, ohne dass es – jedenfalls vorerst – unmittelbaren Einfluss auf die journalistische Performanz hat. Aus Perspektive demokratiethoretisch fundierter Qualität ist jedoch primär solches Handeln relevant, das sich in der manifesten Performanz abbildet, wie sie von Bürger:innen rezipiert werden kann und damit den Ausgangspunkt für demokratiefördernde Effekte darstellen kann. Die folgenden Theoriekapitel versuchen demnach Handeln so weit in den Blick zu nehmen, wie es für die Entstehung von Nachrichtenqualität wichtig ist – Handeln aber nicht als ›Endpunkt‹ von Dynamiken innerhalb des Journalismus zu betrachten, sondern als Ausgangspunkt demokratiethoretisch relevanter Effekte auf die Gesellschaft.

3.2.1 *Teilsystemische Orientierungshorizonte: das ›Wollen‹ hinter Nachrichtenqualität*

Deutungsstrukturen stellen wie dargelegt die Orientierungshorizonte eines Teilsystems dar und drücken das ›Wollen‹ von Akteur:innen aus. Sie bezeichnen soziale Strukturen, die »evaluative und diesen zugeordnete kognitive Orientierungen fixieren« (SCHIMANK 2016: 205). *Evaluativen* Charakter haben sie, weil sie »Maßstäbe des jeweils Erstrebenswerten formulieren – wobei erstrebenswert eben nicht bedeutet, dass ein Akteur etwas [...] tun soll, sondern dass ihm eine Richtung seines Wollens gewiesen wird«, womit sie sich klar von normativen Erwartungsstrukturen abgrenzen. Als *kognitive* Deutungsstrukturen beinhalten sie das »berufsspezifische oder alltägliche Rezeptwissen darüber, wie bestimmte Dinge beschaffen sind und miteinander zusammenhängen« (SCHIMANK 2016: 205). Ein Verständnis handlungsrelevanter Deutungsstrukturen im Journalismus setzt ein Verständnis des Teilsystems Journalismus voraus. Gesellschaftliche Teilsysteme stellen »abgegrenzte Zusammenhänge hochgradig generalisierter sinnhafter Orientierungen, die den Akteuren als allgemein ver-

breitete situationsdefinierende Fiktionen gegenwärtig sind« (SCHIMANK 2007a: 220), dar. Sie haben insofern fiktiven Charakter, als dass sie stark simplifiziert sind und damit als selbst erfüllende Prophezeiungen fungieren: Akteur:innen orientieren sich an ihnen, weil andere dies tun und sie wiederum selbst annehmen, gemäß dieser Logik wahrgenommen und behandelt zu werden. Diese Signalisierung des ›Wollens‹ findet innerhalb des Teilsystems wie auch gegenüber systemexternen Akteur:innen statt (vgl. LAUERER 2021: 37).

Zentrale Deutungsstrukturen eines Teilsystems sind ›Orientierungshorizonte, die durch die binären Codes der verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme abgesteckt werden« (vgl. SCHIMANK 2007b: 126). Als binärer Code für den Journalismus wurde *informativ – nicht-informativ* (vgl. SCHIMANK 2007a: 133, basierend auf BLÖBAUM 1994: 272ff.), *aktuell – nicht-aktuell* (vgl. NEUBERGER 2022a: 10, basierend auf SCHOLL/WEISCHENBERG 1998: 63ff.) und *öffentlich – nicht-öffentlich* (vgl. ALTMEPPEN et al. 2016: 614; GRECK 2017: 89) bzw. *veröffentlichen – nicht veröffentlichen* (vgl. WEHMEIER 2001: 311) vorgeschlagen. Ein einziger »schlüssiger binärer Code« (ebd.) für das Teilsystem Journalismus hat sich demzufolge nach wie vor nicht durchgesetzt. Ein solcher scheint zudem zu unpräzise für die Bestimmung von Deutungsstrukturen, wie sie konkrete Handlungsrelevanz besitzen sollen.

Journalistische Rollenverständnisse als Deutungsstrukturen

Als Deutungsstrukturen, die »um kulturelle Leitideen« (SCHIMANK 2016: 205) des Journalismus gruppiert sind – und damit gleichsam als Quelle der Realisierung von journalistischer Nachrichtenqualität infrage kommen –, werden hier deshalb zunächst *journalistische Rollenverständnisse* vorgeschlagen (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2; vgl. RIESMEYER 2014: 295, 2015: 94; PFAFF-RÜDIGER et al. 2010: 125), wie sie eine der zentralen Dimensionen der Journalismusforschung darstellen (vgl. HANITZSCH et al. 2019; HANITZSCH/LAUERER 2019; KALTENBRUNNER et al. 2020: 160ff.; WEAVER et al. 2019; WEAVER/WILLNAT 2012; WEISCHENBERG/MALIK et al. 2006: 97ff.). Dies deckt sich mit Schimanks (2007b: 133) Argument, dass ein abstrakter binärer Code in weiterer Folge »operationalisiert« wird, und zwar in Bezug auf Journalist:innen durch »das professionelle Ethos des Journalismus«. Ähnlich argumentiert Altmeppen (2006: 32), dass der Orientierungshorizont des Journalismus »im Selbstverständnis der Journalisten eingelagert ist und als ein Deutungsmuster für den Sinn ihrer Handlungen

dient«. Orientierung ist dabei so zu verstehen, dass Deutungsstrukturen für Akteur:innen Komplexität reduzieren. Journalistische Rollenverständnisse tun dies im Journalismus, indem sie Orientierung für journalistische Entscheidungen bieten.¹⁰

Innerhalb der Journalismusforschung wurden journalistische Rollenverständnisse als integraler Teil journalistischer Kultur begriffen (vgl. HANITZSCH 2007a, 2007b). Sie gelten als »constructions of the institutional values, attitudes, and beliefs with regards to the position of journalism in society and, consequently, to the communicative ideals journalists are embracing in their work« (HANITZSCH/VOS 2017: 123). Damit sind sie gleichermaßen Ausdruck der Logik des Journalismus in Relation zu seinen Bezugssystemen und Ausdruck professioneller Ziele, die Journalist:innen in ihrer Arbeit realisieren wollen (vgl. HANITZSCH/LAUERER 2019: 135). Auch wenn sich Rollen auf individueller Ebene einzelner Journalist:innen niederschlagen (und dort empirisch zugänglich werden), drücken sie die Logik von Journalismus auf einer systemischen Ebene aus. Insofern geht ihr Lokus weit über das Individuum hinaus. Dabei sind journalistische Rollenverständnisse relativ stark generalisiert – wie dies auf Deutungsstrukturen im Allgemeinen zutrifft (vgl. WEHMEIER 2001: 310) –, was sich an nur langsam wandelnden Rollen im Verlauf von Jahrzehnten zeigt (vgl. WEAVER et al. 2019: 117). Berufsrollen zeichnet zudem ein hoher Grad der Internalisierung aus (vgl. SCHIMANK 2016: 173), wovon auch im Journalismus auszugehen ist. Während Rollenverständnisse innerhalb der Journalismusforschung mehrheitlich als zu erklärendes Konstrukt konzipiert wurden, beispielsweise in Abhängigkeit von Faktoren eines Mediensystems

10 Es läge intuitiv nahe, journalistische Rollenverständnisse innerhalb der Erwartungsstrukturen zu verorten, weil sie zweifellos normative Aspekte beinhalten. So argumentiert Schimank (2016: 205) »[v]iele normative Erwartungen werden in Form von Rollen gebündelt«. In der Tat verortet beispielsweise Neuberger (2016: 299) »Berufsrollen« dort. In der vorliegenden Studie werden Rollenorientierungen (im Sinne von »cognitive role orientations«, vgl. HANITZSCH/VOS 2017: 123) aber – in Abgrenzung zu normativen Rollen (im Sinne von »normative role orientations«, vgl. HANITZSCH/VOS 2017: 123) – als kollektiver Ausdruck der selbstbeschriebenen professionellen Identität von Journalist:innen verstanden. Sie beinhalten damit auch Aspekte, die sich klar von normativen Erwartungen abgrenzen lassen, wie beispielsweise eigenständig die politische Tagesordnung zu bestimmen oder zu unterhalten (HANITZSCH/LAUERER 2019) – aber gleichwohl konstitutiv für Journalismus in bestimmten Kontexten sind. Deshalb werden journalistische Rollenorientierungen hier innerhalb der Deutungsstrukturen verortet. Die verschiedenen Rollen eint demnach, dass sie als kollektive Deutungen von Journalismus zu sehen sind – im Grad ihrer Normativität variieren sie aber erheblich.

(vgl. HANITZSCH et al. 2016), wurde ihr erklärendes Potenzial weniger stark ausgeschöpft (vgl. SKOVSGAARD et al. 2013: 23).

Rollenverständnisse als Handlungsabsichten

Journalistische Rollenverständnisse haben erklärendes Potenzial für journalistische Inhalte, weil sie die »Kommunikationsabsichten« (SCHOLL/WEISCHENBERG 1998: 156, Kursivsetzung im Original) von Journalist:innen bzw. deren berufliche Ziele ausdrücken, »die das journalistische Handeln anleiten können« (HANITZSCH/LAUERER 2019: 135; vgl. DONSBACH 2008: 147). Sie drücken die Intention aus, bestimmte Handlungen umzusetzen, müssen jedoch nicht zwangsläufig direkt dem realisierten Handeln entsprechen (vgl. WEISCHENBERG et al. 1994: 160). Dass journalistische Rollenverständnisse auch die tatsächliche Performanz beeinflussen können, wurde als Ausdruck einer »handlungstheoretische[n] Perspektive« (PLASSER/LENGAUER 2010: 60) bezeichnet. Rollenhandeln folgt aber nicht rein handlungstheoretischen Annahmen, weil die Handlungsabsichten wie argumentiert teilsystemisch bedingt sind. Handeln, welches Deutungsstrukturen folgt, wird deshalb »als Handlungsmuster und nicht als realisierte Handlungen eines spezifischen Individuums« (BUCHER 2003: 21) verstanden.

Bei der ›Übersetzung‹ von Rollen in tatsächliches Handeln – und damit letztlich in journalistische Performanz – ist von Einflüssen und Dynamiken auszugehen, die spezifische Diskrepanzen zwischen Rollen und Inhalten verursachen (vgl. MELLADO/VAN DALEN 2014). Zudem stellt sich die erkenntnistheoretische Frage, inwiefern beim Verhältnis zwischen Rollen als ein kognitives Einstellungskonstrukt und der Berichterstattung als manifestester medialer Inhalt überhaupt von einem »direkten Zusammenhang« (WEISCHENBERG 2003: 167, Kursivsetzung im Original) gesprochen werden kann bzw. ob sich ein solcher für unterschiedliche Rollen vergleichbar gestaltet. Empirische Studien weisen auf der Suche nach einem solchen direkten, also methodisch möglichst vergleichbar gemessenen Zusammenhang einen solchen zwar in eingeschränktem Maße nach. Sie zeigen aber auch, dass routineförmige und organisationsbezogene Einflüsse stärker wiegen können (vgl. TANDOC et al. 2013) bzw. dass Rollen im Social Web unter Wegfall des organisationalen Rahmens stärker Inhalte beeinflussen (vgl. TANDOC et al. 2019). Andere Studien können einen Zusammenhang kaum replizieren (vgl. RAEMY et al. 2019).

Dass Journalist:innen nicht immer realisieren können, was sie innerhalb ihres professionellen Agierens wollen, ist evident. Vielmehr hängt ein Zusammengang zwischen Rollenverständnissen und tatsächlicher Performanz »von den jeweiligen Bedingungen und Kontexten ab« (SCHOLL/WEISCHENBERG 1998: 156), unter denen Journalismus realisiert wird. Aus Perspektive der Akteur:innen-Struktur-Dynamik ist zwar generell davon auszugehen, dass rollenkonformes Handeln von den Akteur:innen präferiert wird, weil es Komplexität reduziert und Erwartungssicherheit schafft. Dies ist vor allem der Fall, wenn Rollen stark internalisiert werden – der Handlungsantrieb der Identitätsbehauptung kommt hier zum Tragen. Ein gewichtiges Argument für die kontextsensitive Umsetzung von journalistischen Rollenverständnissen ist aber der Umstand, dass journalistische Rollen als Deutungsstrukturen nur eine von mehreren, für die Logik der Situation konstitutiven Strukturen sind. So können Rollen zwar ein direktes Handlungspotenzial und eine direkte Richtung potenziellen Handelns für z. B. eine journalistische Entscheidung implizieren. Die Entscheidungssituation wird aber auch von anderen Strukturen, z. B. normativen Erwartungsstrukturen oder von limitierenden Konstellationsstrukturen, bestimmt, die gegenüber journalistischen Rollenverständnissen überwiegen können. Auch empirische Befunde zeigen in dieser Logik, dass organisationale Einflüsse und Strukturen wie Eigentumsverhältnisse signifikanten Einfluss auf die Diskrepanz zwischen Rollenverständnissen und tatsächlicher Performanz haben (vgl. MELLADO et al. 2020).

Eine gewichtige Folge aus dem Umstand, dass Journalist:innen ihre professionellen Rollenverständnisse nicht immer realisieren können, sind unterschiedliche Modi der Rollenübernahme. Schimank (2016: 82) unterscheidet hierbei zwischen einem *Role Taking* als »komplikationslos[e] [...] Befolgung klarer Bezugsgruppenerwartungen« und einem *Role Making* als »kreative situative Bewältigung verschiedener Arten von Komplikationen des Rollenhandelns«. Nachdem davon auszugehen ist, dass es zwischen journalistischen Rollenverständnissen und Inhalten zu Diskrepanzen kommt – Rollen aber dennoch eine inhaltsprägende Kraft haben –, kann von einer Tendenz zum *Role Making* ausgegangen werden. Die Journalismusforschung fängt dies konzeptionell durch den Prozess eines »role enactment« (HANITZSCH/VOS 2017: 126; MELLADO et al. 2017: 7) auf, der ausdrückt, wie Rollen in die Praxis umgesetzt werden.

*Journalistische Rollenverständnisse und normative
Nachrichtenqualität*

Journalistische Rollenverständnisse werden vielfach als eine der zentralen Faktoren genannt, von denen die Qualität journalistischer Inhalte abhängt (vgl. MEIER 2019: 1; RUSS-MOHL 1992: 85; WYSS 2002: 97). Nachdem journalistische Rollenverständnisse als potenziell handlungsprägende Deutungsstrukturen im Journalismus argumentiert wurden, stellt sich die Frage, in welche Richtung die Handlungsabsichten verlaufen, die sie implizieren – und damit, wie stark journalistische Rollen mit dem dargelegten normativen Verständnis von Nachrichtenqualität korrespondieren. Als konstitutiv für journalistische Rollenverständnisse, bzw. für gegenwärtigen westlichen Journalismus generell, wird das Objektivitätsprinzip gesehen (vgl. MCNAIR 2005: 31). Ausgehend von dessen zentraler Rolle im US-amerikanischen Journalismus wurde es auch zu einem Wesenselement des europäischen Journalismus (vgl. SCHUDSON 2001: 149). Als Ausdruck eines niedrigen Interventionismus von Journalist:innen, also der Absage an einen aktiv am politischen Geschehen beteiligten Journalismus, ist das Objektivitätsprinzip integraler Bestandteil journalistischer Kultur (vgl. HANITZSCH 2007b: 377). Journalistische Objektivität erscheint damit auch als »konstituierendes Merkmal des Orientierungshorizonts Journalismus« (SCHOLL 2023: 402) gemäß der Akteur:innen-Struktur-Dynamik. Vor dem Hintergrund, dass Unparteilichkeit wie dargelegt einen Teilaspekt journalistischer Objektivität darstellt (vgl. MCQUAIL 1992: 223; MCQUAIL/DEUZE 2020: 217; SCHÖNHAGEN 2012; WARD 2005: 19), ist davon auszugehen, dass Handlungsantriebe durch journalistische Rollenverständnisse als Deutungsstrukturen in hohem Maße die Unparteilichkeit von Berichterstattung als professioneller Standard im repräsentativen Demokratiemodell unterstützen. Zwar gibt es auch Rollen Aspekte, welche die Unparteilichkeit aktiv konterkarieren und ideologisch motiviert sind, wie beispielsweise eine missionarische Rolle (vgl. HANITZSCH/VOS 2018; KÖCHER 1986). Sie genießen im Vergleich aber nachrangigen Stellenwert. Eine Orientierung an unparteilichen Rollen ist nicht nur im Sinne von Erwartungssicherheit schaffender Rollenkonformität zu erwarten. Für Journalist:innen kann es auch nutzenkalkulierend im Sinne des Homo Oeconomicus sinnvoll sein, durch Wertfreiheit größere Publika und potenzielle Quellen anzusprechen.

Auch kontextualisierende und einordnende Aspekte, wie sie mit dem Qualitätsstandard der Diskursivität als Ausdruck einer deliberativ begrün-

deten Nachrichtenqualität korrespondieren, sind integraler Bestandteil journalistischer Rollenverständnisse. So weisen Hanitzsch und Vos (vgl. 2018: 153) in einer Synopse aus der umfangreichen Literatur zu Rollenverständnissen eine Klasse analytisch-deliberativer Rollen aus. Sie argumentieren, dass Journalist:innen dabei darauf abzielen, die Öffentlichkeit in eine »public conversation« (HANITZSCH/VOS 2018: 153) einzubinden. Auch konkretere Ansprüche wie die Analyse komplexer Probleme oder das Aufzeigen von Lösungen sind seit Jahrzehnten Bestandteil einer professionellen Identität im westlichen Journalismus (vgl. WEAVER et al. 2019: 117). Zudem findet sich ein Bildungsanspruch innerhalb journalistischer Rollen, demgemäß Journalist:innen ihr Publikum bilden und ihr Wissen vergrößern wollen (vgl. HANITZSCH/VOS 2018: 156; MEYEN/RIESMEYER 2012: 395). Ein solcher Bildungsgedanke weist einen Zusammenhang zu diskursiver Nachrichtenqualität auf, weil der Teilnahme an deliberativen Diskursen vergleichsweise hohe »Bildungsbarrieren« (vgl. SEETHALER/BEAUFORT 2017: 180) vorausgestellt sind, zu deren Abbau Journalist:innen beitragen können (vgl. RIEDL 2019: 1383).

Einen weniger klaren Bezug zwischen journalistischen Rollenverständnissen und Nachrichtenqualität gibt es hinsichtlich der konstruktiven Emotionalität als professioneller Standard im partizipatorischen Modell. Zwar weist die Journalismusforschung auch auf einen nicht zu vernachlässigenden Stellenwert eines »aktiven journalistischen Rollenverständnisses« (BAUGUT/SCHERR 2013: 450) hin, das darauf abzielt, Partizipations- und Artikulationschancen von Bürger:innen zu erhöhen (vgl. RIEDL 2019: 1383). Fraglich ist aber, ob Journalist:innen den aktivierenden Impetus konstruktiv-emotionaler Berichterstattung anerkennen und damit, ob partizipatorische Selbstverständnisse einen Handlungsimpuls für eine derartige Qualität darstellen. Es wurde zwar argumentiert, dass Emotionen auf implizite und explizite Weise schon immer Teil journalistischer Identität waren (vgl. WAHL-JORGENSEN 2020: 179). Dennoch wird Emotionalität innerhalb journalistischer Rollen oftmals in die Nähe von stimmungbezogenen Aspekten von Medienkonsum gerückt, die eher mit unterhaltenden und entspannenden Dimensionen von Journalismus assoziiert werden, und innerhalb der Alltagswelt von Rezipient:innen verortet werden (vgl. HANITZSCH/VOS 2018: 158). Auch wenn im partizipatorischen Paradigma die Grenze zwischen Privatem und Politischem aufgeweicht wird, scheint es plausibel, dass Journalist:innen Emotionalität nicht mit einem partizipationsfördernden Gedanken in Verbindung bringen. Damit ist eine emotionale Berichterstattung innerhalb des

Rollenrepertoires nicht nur schwach begründet – andere Rollen stehen ihr auch diametral gegenüber. So zeigt sich in der Genese einer journalistischen Emotionalitätsorientierung, dass Emotionen als direkter Gegenbegriff zum Objektivitätsstreben verhandelt werden (vgl. SCHMIDT 2021: 1186). Auch wenn dem entgegengesetzt wurde, dass der Einbezug von Emotionen sogar objektivitätsbejahend sein kann, weil sie einen integralen Teil sozialer Realität darstellen (vgl. STEENSEN 2017: 41), weisen die Identitätskonstruktionen von Journalist:innen einen Konflikt zwischen Emotionalität und Objektivität auf (vgl. PANTTI 2010: 178). Dies dürfte die Realisierung von Emotionen in der Berichterstattung hemmen. Journalistische Rollenverständnisse weisen zusammenfassend eine hohe Affinität zu unparteilicher und in weiten Teilen auch zu diskursiver Berichterstattung auf, während sie emotionaler Berichterstattung eher entgegenstehen.

Obwohl journalistische Rollen damit einen klaren Handlungsimpetus für oder entgegen professioneller Standards aufweisen, ist ihr Bezug zur Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen weniger explizit (vgl. VOS/WOLFGANG 2018: 765). Dass sich journalistische Rollenverständnisse entlang der Dimension einer Machtdistanz als »Nähe von Journalisten zu den gesellschaftlichen Machtzentren« (HANITZSCH 2007b: 378) erstrecken, zeigt jedoch auf, wie relational sie zu politischen Funktionseleiten als zentrale Inhaber:innen von Macht in gegenwärtigen mehrheitlich repräsentativ geprägten Demokratien sind. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Relationalität von Rollen auch in erhöhten medialen Artikulationschancen für diese Gruppe gemäß einem repräsentativen Verständnis von Demokratie niederschlägt. Vor dem Hintergrund, dass komplexe gesellschaftliche Dynamiken nur durch die Perspektiven von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen mit spezifischer sachbezogener Expertise verstanden werden können, wurde argumentiert, dass eine tief in journalistischen Rollenverständnissen verankerte Informationsfunktion einen Antrieb für die mediale Repräsentation von zivilgesellschaftlichen Organisationen darstellen kann (vgl. LÜCK et al. 2016: 35). Der partizipatorische Impetus, Bürger:innen und Marginalisierten »eine Stimme zu geben«, ist wiederum explizit in journalistischen Rollenverständnissen angelegt, beispielsweise im Anspruch, die direkte Artikulation von Bürger:innen zuzulassen (vgl. WEAVER et al. 2019: 117; RIEDL et al. 2022: 5). Er steht aber im direkten Widerspruch zu Bürger:innen als statusschwache Gruppe. Eine engere Verbindung zwischen dem handlungsrelevanten Potenzial von journalistischen Rollenverständnissen als Deutungsstrukturen und Nachrichtenqualität

erfordert einen Rückbezug auf Journalismus in seinem konkreten Kontext, wie er für die Rollenverständnisse österreichischer Journalist:innen in Kapitel 4.1 geleistet wird.

Politische Einstellungen als Deutungsstrukturen

Neben den vom jeweiligen Teilsystem abgeleiteten Deutungsstrukturen besitzen Akteur:innen auch »Eigeninteressen und individuelle Motive und Gründe für ihr Handeln« (ALTMETZEN 2006: 41), die in Akteur:innen-Struktur-Dynamiken relevant werden und ihr »Wollen« prägen können. Im Journalismus ist davon auszugehen, dass neben professionellen Werten auch »Werte einzelner sozialer Milieus oder Lebensstilmerkmale« (LORENZ 2017: 35) von Journalist:innen ihr Handeln prägen. Deshalb wurde argumentiert, dass Deutungsstrukturen »auch eine individuelle politische Linie umfassen« (KELDENICH 2019: 72), also die eigenen gesellschaftlichen und politischen Einstellungen von Journalist:innen inkludieren. Sie sind – im Folgenden wird dabei zwischen dem Demokratieverständnis und der politischen Orientierung von Journalist:innen unterschieden – als mögliche Einflussfaktoren auf Nachrichtenqualität als externe Dimension zu verorten (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2), weil sie nicht der Logik des Teilsystems Journalismus entstammen. Empirisch zeigt sich, dass sich Journalist:innen bei Befragungen zu ihren gesellschaftlichen und politischen Ansichten signifikant von jenen der Bevölkerung unterscheiden (vgl. LÜNENBURG/BERGHOFER 2010: 13). Gleichzeitig weisen sie eine ungleich höhere Tendenz auf, in Umfragen zu ihren professionellen (Selbst-)Wahrnehmungen derartige Fragen nicht zu beantworten, wie es für die Wahrnehmung als nachrangige Kategorie spricht. Der Unterschied in politischen Einstellungen kann berufsbiografisch einerseits darin begründet sein, dass gesellschaftspolitische Ansichten für Journalismusstudierende eine der Motivationen ist, in den Journalismus zu gehen (vgl. HANUSCH et al. 2015; HOPMANN et al. 2010). Andererseits kann angenommen werden, dass die tägliche Arbeit von (Politik-)Journalist:innen mit Akteur:innen aus gesellschaftlichen Machtzentren deren politische Ansichten mitprägen. Obwohl die politischen Einstellungen von Journalist:innen damit zwar keine professionellen Strukturen darstellen, so sind sie dennoch klar *relational* zu Journalismus als System.

Auch wenn sich die politischen Einstellungen von Journalist:innen von jenen der Bevölkerung unterscheiden, steht die Frage im Zentrum,

inwiefern diese die tatsächliche Berichterstattung beeinflussen können (vgl. REINEMANN/BAUGUT 2014a: 483; 2014b: 331ff.). Mit Schimank gesprochen geht es also einerseits um die Frage, inwiefern politische Ansichten von Journalist:innen als Deutungsstrukturen evaluative Orientierungen beinhalten, die Maßstäbe des Erstrebenswerten auch in Bezug auf konkretes professionelles Handeln implizieren. Andererseits ist offen, ob diese Einstellungen in weiterer Folge die Logik der Situation von Nachrichtenentscheidungen prägen, und ob bzw. unter welchen Umständen sich diese in der Logik der Selektion als realistische Handlungsoption gegenüber anderen behaupten können. Innerhalb der Journalismusforschung wurde argumentiert, dass sich individuelle Faktoren gegenüber professionellen wenig durchsetzen dürften (vgl. HANITZSCH/MELLADO 2011). Dennoch zeigen Quasi-Experimente, dass sich gesellschaftspolitische Positionen von Journalist:innen moderat aber signifikant auf Nachrichtenentscheidungen auswirken (vgl. DONSBACH/PATTERSON 2004; ENGELMANN 2010; KEPPLINGER et al. 1991). An ihnen muss jedoch mangelnde externe Validität und das Ausblenden kontextueller Bedingungen kritisiert werden (vgl. REINEMANN/BAUGUT 2014a: 499). Zudem ist ein empirischer Nachweis im Vergleich von Selbstangaben und realer Berichterstattung über einzelne Case Studies hinweg (vgl. WATSON 2014) ausständig.

Aus Perspektive der Akteur:innen-Struktur-Dynamik lassen sich auch gewichtige Argumente anführen, wieso sich die politischen Einstellungen von Journalist:innen *nicht* auf die tatsächliche Berichterstattung niederschlagen sollten. So argumentiert Schimank (2016: 51, Kursivsetzung im Original), dass rollenkonformes Handeln zu einer »Austauschbarkeit des sozialen Personals« führt; damit ist gemeint, dass »bei vielen sozialen Handlungsvollzügen diejenigen, die sie ausführen, austauschbar sind, ohne dass sich in relevanten Hinsichten etwas Substantielles an dem jeweiligen sozialen Phänomen ändert« (SCHIMANK 2016: 51). Hochkomplexe gesellschaftliche Teilsysteme sind darauf angewiesen, dass innersystemisches Handeln mehrheitlich aus austauschbarem Handeln besteht, weil individuell geprägtes und damit schwer vorhersehbares Handeln ein »permanentes Störrisiko« (in anderem Kontext: SCHIMANK 2016: 137) darstellt. Auf den Journalismus übertragen ist journalistisches Handeln demnach größtenteils als rollenkonformes und routineförmiges Handeln zu sehen, das gegenüber individuell motiviertem Handeln überwiegen sollte, auch wenn individuelle Einstellungen als Deutungsstrukturen existieren. Letztlich bleibt dies jedoch eine nur empirisch beantwortbare Frage (vgl. KEPPLINGER 2011a: 130).

Demokratieverständnis

Konkret hat sich die Journalismusforschung im Kontext politischer Einstellungen von Journalist:innen mit deren Demokratieverständnis, also deren Vorstellung von erstrebenswerten Formen demokratischer Mitbestimmung und des demokratischen Zusammenlebens beschäftigt. Das *Demokratieverständnis* muss als eine relevante Deutungsstruktur gesehen werden (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2), weil es einen tiefgehenden Bezug zum Wertempfinden von Journalist:innen aufweist (vgl. WOLFGANG et al. 2021: 1340). Gemäß der *Democracy-as-value-Hypothese* ist Demokratie als »belief system that provides value to democratic individuals, groups, and institutions, therefore granting legitimacy to their actions« (FALOMIR-PICHAOSTOR et al. 2012: 324, vgl. 2005) zu sehen. Das individuelle Demokratieverständnis erscheint als Summe von evaluativen Orientierungen, die zwischen Individuen variieren (vgl. LANDWEHR/STEINER 2017). Zu den Deutungsstrukturen wiederum »gehören alle Arten von Werten«, die für »verschiedene soziale Milieus« (SCHIMANK 2016: 205) konstitutiv sind, weil auch sie die Richtung des ›Wollens‹ von Akteur:innen ausdrücken. Es ist damit anzunehmen, dass auch die Vorstellungen von demokratischem Zusammenleben potenziell handlungsrelevant mitprägen, was Journalist:innen als erstrebenswert erachten – und damit auch journalistische Nachrichtenproduktion beeinflussen können (vgl. WOLFGANG et al. 2019: 1981; 2021: 1348).

Empirische Befunde zeigen zwar einerseits signifikante Unterschiede in den Demokratieverständnissen von Journalist:innen entlang von theoretischen Demokratiemodellen (vgl. WOLFGANG et al. 2019: 1985). Dies spricht für die Existenz distinkter Vorstellungen von Demokratie als Prinzip unter Journalist:innen. Auch wenn sich die Ergebnisse entlang von Demokratiemodellen aus dem US-amerikanischen Kontext (vgl. CHRISTIANS et al. 2009) schwer auf die hier vorgestellten Demokratiemodelle übertragen lassen, so befürworten die befragten Journalist:innen eher bürgerschaftlich und zivilgesellschaftlich ausgerichtete Formen von Demokratie (vgl. WOLFGANG et al. 2019: 1984), wie sie sich vom realpolitischen Status quo der USA durchaus unterscheiden. Diese quantitativen Befunde stehen jedoch andererseits im Gegensatz zu qualitativen Befunden aus einem zeitlich und räumlich vergleichbarem Kontext, die zu abweichenden Einschätzungen zum Demokratieverständnis von Journalist:innen kommen (vgl. VOS/WOLFGANG 2018). Im Rahmen einer Studie innerhalb der EU wird eine starke positive Korrelation zwischen der Befürwortung verschiedener de-

mokratischer Rollen von Journalismus als Beleg dafür interpretiert, dass die befragten Journalist:innen eben *keine* abgrenzbaren Vorstellungen von Demokratie haben, sondern sich vielmehr im zugesprochenen hohen oder niedrigen allgemeinen Stellenwert von Journalismus für Demokratie unterscheiden (vgl. HÅKANSSON/MAYERHÖFFER 2014: 138f.). Mehrere Studien zeigen Zusammenhänge zwischen Demokratieverständnissen und journalistischen Rollenverständnissen, wie es eine Affinität zwischen professionellen, journalismusinternen und individuellen, journalismusexternen Deutungsstrukturen ausdrückt (vgl. HÅKANSSON/MAYERHÖFFER 2014: 141; WOLFGANG et al. 2019: 1988).

Politische Orientierung

Die *politische Orientierung* (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2) von Journalist:innen im Sinne einer links-rechts-Verortung wird vor allem in der öffentlichen Debatte diskutiert. Journalist:innen werden dafür kritisiert, dass sie überwiegend links ausgerichtet sind und angenommen, dass dies zu einem Bias in ihrer Berichterstattung führt (vgl. ALBÆK et al. 2014: 37). Die These einer handlungsrelevanten und damit inhaltsprägenden »Linksverschiebung« (HOFFMANN 2021) von Journalist:innen ist jedoch empirisch kaum untermauert. Eines der angesprochenen Quasi-Experimente zeigt zwar, dass die politische Orientierung auf moderatem Niveau Nachrichtentscheidungen beeinflusst (vgl. z. B. DONSBACH/PATTERSON 2004). Deren Übertragbarkeit auf reale journalistische Produktionsbedingungen ist aber stark eingeschränkt. Wie auch für das Demokratieverständnis von Journalist:innen zeigt sich, dass die politische Orientierung zumindest teilweise mit journalistischen Rollenorientierungen zusammenhängt und linkere Journalist:innen auch ein »aktiveres« Rollenverständnis haben, wie es beispielweise eine Anwaltschaftlichkeit gegenüber Benachteiligten beinhaltet (vgl. BAUGUT/SCHERR 2013; SCHERR/BAUGUT 2016). Auch wenn die politische Orientierung von links nach rechts vor dem Hintergrund eines komplexen gesellschaftlichen Wertewandels (vgl. z. B. INGLEHART 2018) als ideologisch gegenstandslos, unterkomplex und implikationslos (vgl. KEPPLINGER 2011a: 129f.) kritisiert wurde, gibt es bisher im Bereich der Journalismusforschung kaum forschungsökonomisch sinnvoll anwendbare valide Alternativen.

Politische Einstellungen und normative Nachrichtenqualität

Zusammenfassend existieren neben journalistischen Rollenverständnissen als professionelle, journalismusinterne Deutungsstrukturen mit politischen Einstellungen auch individuelle, journalismusexterne Deutungsstrukturen, welche die Richtung des ›Wollens‹ vorgeben und damit Handeln mitbestimmen können. Ein solches Handeln würde jedoch von dem für das Teilsystem Journalismus konstitutiven rollenkonformen und damit mehrheitlich erwarteten Handeln abweichen. Als zwei Dimensionen handlungsrelevanter politischer Einstellungen erscheinen das Demokratieverständnis und die politische Orientierung von Journalist:innen, deren Relevanz für Journalist:innen empirisch belegt wurde – ihr Einfluss auf journalistische Inhalte jedoch nur bedingt. Konkret für das Zustandekommen journalistischer Nachrichtenqualität wurden die politischen Ansichten von Journalist:innen tendenziell als Bedrohung empfunden, denn in ihrer »Funktion als Multiplikatoren und Vermittler kommt ihrer politischen Orientierung jedoch potentiell größeres Gewicht zu, da sie mit ihren Berichten große Teile der übrigen Bevölkerung erreichen und informieren« (ZERBACK 2013: 156). So argumentiert auch Arnold (2009: 228), bezüglich der »Einhaltung der normativ-demokratietheoretisch begründbaren Qualitätskriterien Ausgewogenheit und Neutralität [...] können hier jedoch persönliche politische Einstellungen der Journalisten [...] von Bedeutung sein«. Eine ausgeprägte politische Orientierung von Journalist:innen, sei sie links oder rechts, könnte damit vor allem die Unparteilichkeit der Berichterstattung verletzen. Eine links-liberale Haltung, wie sie mit einer Orientierung an den Anliegen von Bürger:innen korrespondiert (vgl. BAUGUT/SCHERR 2013; SCHERR/BAUGUT 2016), könnte sich jedoch auch positiv auf die aktivierende Qualität der Berichterstattung in einem partizipatorischen Sinne auswirken.

Bezüglich der Vielfalt medialer Repräsentation von Akteur:innen kann die politische Orientierung von Journalist:innen mit einer Affinität für bestimmte Parteien einhergehen und damit die im repräsentativen Modell gewünschte Parteienvielfalt in der Berichterstattung einschränken bzw. verzerren. Bei der Akteur:innenvielfalt scheint in hohem Maße auch das Demokratieverständnis von Journalist:innen relevant zu werden (vgl. vos/WOLFGANG 2018: 774). So können alternative Auffassungen von Demokratie mit einem verstärkten medialen Einbezug von Akteur:innen jenseits des politischen Zentrums, also von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen oder

›einfachen‹ Bürger:innen, einhergehen. Wenngleich dieser Handlungsimpetus im klaren Konflikt mit der Abhängigkeit von Funktionseleiten und offiziellen Stellen als Quellen steht (vgl. WOLFGANG et al. 2019: 1977), so könnte jedenfalls graduell die Häufigkeit und Prominenz von elitären Quellen abgeschwächt werden (vgl. WOLFGANG et al. 2021: 1348). Es hat sich zudem gezeigt, dass das Demokratieverständnis von Journalist:innen mit Vertrauen in Gewerkschaften und politische Parteien als potenzielle Quellen korrespondiert (vgl. WOLFGANG et al. 2021: 1350), wie es ebenfalls relevant für die mediale Repräsentation von Akteur:innen gemäß einer deliberativen Auffassung von Demokratie werden kann.

3.2.2 *Institutionelle Ordnungen: das ›Sollen‹ hinter Nachrichtenqualität*

Während durch teilsystemische Orientierungshorizonte geprägte Deutungsstrukturen das ›Wollen‹ von Akteur:innen ausdrücken, orientieren sich Erwartungsstrukturen an institutionellen Ordnungen und drücken das ›Sollen‹ aus. Institutionelle Ordnungen stellen »operationale Vorgaben dazu, wie Akteure bestimmte Situationen wahrnehmen und beurteilen und wie sie demzufolge dann handeln sollten« (SCHIMANK 1992: 170), dar. Sie »modulieren die normativen Orientierungen der Akteure, indem sie bestimmte Handlungsformen ge- oder verbieten« (DONGES 2002: 54), und besitzen damit einen klaren Handlungsimpetus.

Journalistische Organisationen als Träger:innen von Erwartungsstrukturen

Für die Frage, welche journalismusinternen institutionellen Ordnungen auf Journalist:innen wirken, kommen Medienunternehmen als Organisationen ins Spiel, weil sich auf organisationaler Ebene institutionelle Ordnungen manifestieren (vgl. ALTMEPPEN 2006: 35; WEHMEIER 2001: 310). Organisationen sind deshalb hochrelevant, weil sie »die teilsystemische Handlungslogik durch normative Regelungen *operationalisieren* und zuverlässig *durchsetzen* können« (SCHIMANK 2007b: 236, Kursivsetzung hinzugefügt). Die teilsystemischen Orientierungshorizonte des Journalismus können also nur aufrechterhalten werden, weil Medienorganisationen journalistische Logiken intern etablieren, wo sie Journalist:innen

als Sollensvorgaben erscheinen. Organisationen existieren von vornherein »mit Blick auf eine Aufgabenstellung, die in eine bestimmte teilsystemische Logik eingebettet ist« (SCHIMANK 2005: 227). Im Journalismus verfolgen demgemäß Medienunternehmen die Aufgabe, einzeln und zusammen Öffentlichkeit für gesellschaftlich relevante Anliegen herzustellen.

Der Umstand, dass Handlungen in Organisationen »systematisch so aufeinander aufbauen, dass eine *übergreifende Zielsetzung* verfolgt wird« (SCHIMANK 2016: 329, Kursivsetzung im Original), macht Organisationen zu überindividuellen Akteur:innen, die eigene Intentionen verfolgen können. Eine Organisation stellt eine dauerhafte Konstellation individueller Akteur:innen dar und ihr Handeln »ist demzufolge nichts anderes als das handelnde Zusammenwirken dieser Konstellation« (SCHIMANK 2016: 327). Journalistische Medienunternehmen sind als *formale Organisationen* einflussreicher, weil sie durch ihren Organisationsgrad andauernder und größer sind als weniger formalisierte Gruppen (wie z. B. journalistische Recherchekollektive). In gegenwärtigen Gesellschaften, in denen sich Organisationen »zu den maßgeblichen Leistungsproduzenten und Entscheidungsträgern aufgeschwungen haben« (SCHIMANK 2016: 331), erlaubt der formale Organisationsgrad von Medienunternehmen ihnen, in genau diesen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen eine Rolle zu spielen (wie dies z. B. für freie Journalist:innen ohne organisationale Rückbindung ungleich schwieriger ist). Als *Arbeitsorganisationen* sind Medienunternehmen nicht nur durch die Interessen ihrer Mitglieder bestimmt, sondern »darauf angelegt, bestimmte Leistungen für andere zu produzieren«; diese »Außenorientierung der Leistungsproduktion« (SCHIMANK 2016: 337), im konkreten Fall des Journalismus die Orientierung an bestimmten Publika, bestimmt auch, welche normativen Erwartungsstrukturen sich in Medienorganisationen etablieren.

Redaktionelle Linien und Nachrichtenqualität

Erwartungsstrukturen sind also normative Vorgaben, welche »die Deutungsstrukturen bestimmter Teilsysteme nicht nur widerspiegeln, sondern handlungsinstruktiv operationalisieren, also sozusagen erst ausarbeiten« (SCHIMANK 2005: 227). Eine konkrete Form, wie Medienunternehmen dies implizit und explizit tun, ist in Form von *redaktionellen Linien* (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2), die damit auch die Realisierung der konkreten Berichterstattung

mitbestimmen (vgl. HASSELL et al. 2022).¹¹ Sie können explizit kodifiziert sein, beispielweise in schriftlichen Blattlinien, oder implizit von den Mitgliedern eines Medienunternehmens angenommen werden – für deren Handlungsrelevanz ist dies nicht als entscheidend zu sehen (vgl. SCHIMANK 2007b: 129). Handlungsrelevanz haben redaktionelle Linien, weil sie als »eines der verhaltenssteuernden Regelsets der Institution Journalismus« (OEHMER 2016: 260) konkrete Leit- und Orientierungslinien dazu bereitstellen, welche Art der Berichterstattung den publizistischen Zielen eines Medienunternehmens entspricht. Diese sind auf Dauer gestellt, weil sie »von der aktuellen Ereignislage unabhängige, grundsätzliche politische Tendenz eines Mediums« (MAURER/REINEMANN 2006: 129) ausdrücken – die sich auch im *Verzicht* auf eine politische Tendenz ausdrücken kann. Im Aggregat und über die Zeit stellen redaktionelle Linien »langfristige Strukturmerkmale« (ZERBACK 2013: 193) eines Mediensystems dar.

Redaktionelle Linien werden für gewöhnlich durch die Eigentümer:innen von Medienunternehmen geprägt (vgl. REINEMANN/BAUGUT 2014a: 489). Sie sind aber mehr als der Ausdruck der individuellen Ansichten dieser Personen: Einerseits, weil sie relational zum journalistischen System sind, auf dessen Logiken sie sich beziehen. Andererseits, weil sie auch über einzelne Ideengeber:innen hinaus Bestand haben, was sich z. B. an den Blattlinien traditionsreicher Tages- und Wochenzeitungen zeigt. Durch die Durchsetzung redaktioneller Linien, beispielsweise durch Führungskräfte in den Redaktionen, sind redaktionelle Linien direkt an Konstellationsstrukturen rückgekoppelt. Organisationale Erwartungsstrukturen besitzen damit im Journalismus eine »Scharnierfunktion [...] zwischen Orientierungshorizont und Akteurkonstellationen« (ALTMIPPEN 2006: 40). Journalist:innen als Organisationsmitglieder übernehmen die Sollensvorgaben redaktioneller Linien durch ihre Sozialisation in einem Medienunternehmen, obwohl anzunehmen ist, dass diese nicht zwingend ihren persönlichen (politischen) Präferenzen entsprechen (vgl. BAUGUT/REINEMANN 2022: 9).

Redaktionelle Linien stehen im Zentrum der Qualitätsforschung. Unter der Prämisse, dass »Qualitätsmedien« als »Leuchttürme öffentlicher Kommunikation« (BLUM et al. 2011) fungieren, wird angenommen, dass sich das

11 Ähnlich argumentiert Schimank (2007b: 125), »Erwartungsstrukturen können [...] die formalen Verhaltenserwartungen in Organisationen, z. B. Zeitungen oder Rundfunkanstalten« sein.

Qualitätvolle des Journalismus um redaktionelle Linien gruppiert. Sie werden vielfach als abgrenzendes Merkmal zwischen »Qualitätszeitungen als ›Flaggschiffen‹ eines anspruchsvollen und qualitätsvollen Journalismus« (MAGIN/STARK 2011: 97) und dem »Boulevard-Segment« (ebd.: 104) gesehen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass selbsterfüllende Prophezeiungen entstehen, wenn Medien nach ihrer vermuteten Qualität ausgewählt, untersucht und bezeichnet werden, obwohl nicht tiefergehend nach Faktoren gesucht wird, die zur Genese dieser Qualität beitragen. Über die Verwendung von redaktionellen Linien als deskriptives Abgrenzungsmerkmal hinweg wurden sie in der Qualitätsforschung – jedenfalls produktionsseitig – wenig theoretisiert und erforscht. Empirisch hat sich gezeigt, dass redaktionelle Linien eine entscheidende Maßgabe für die Qualität von Nachrichtenangeboten über verschiedene Distributionskanäle hinweg sind, beispielsweise hinsichtlich ihres Boulevardisierungsgrades (vgl. MAGIN et al. 2021). Dies spricht klar für die handlungsleitende Relevanz von redaktionellen Linien.

Redaktionelle Linien können verschiedene Formen normativer Nachrichtenqualität unterstützen oder behindern. Ein klarer Bezug besteht zur Unparteilichkeit der Berichterstattung. Hier wurde problematisiert, dass redaktionelle Linien zu »expliziten Bewertungen bestimmter Sachverhalte« (ZERBACK 2013: 194) führen können. Dies ist auch der Fall, weil sich redaktionelle Linien an »Publikumssegmenten mit ähnlicher Grundüberzeugung« orientieren, was den »Wert von Neutralität relativiert« (VOLTMER 1998: 186). Ein möglicher Einfluss kann jedoch auch in die umgekehrte Richtung erfolgen, denn unter einer redaktionellen Linie kann »nicht nur die Präferenz für bestimmte politische Positionen und Werte verstanden werden, [...] sondern auch der Entscheid zur weitgehenden politischen Neutralität« (OEHMER 2016: 262). Redaktionelle Linien sind in diesem Sinne auch von möglichen publizistisch-betriebswirtschaftlichen Qualitätsstrategien von journalistischen Medienunternehmen abhängig (vgl. LAUERER 2021: 255; PICARD 2004: 62). Dabei kann beispielsweise auch versucht werden, eine hintergründige Berichterstattung mit hoher Diskursivität als Abgrenzungsmerkmal gegenüber dem schneller werdenden tagesaktuellen Journalismus zu etablieren. Emotionen in der Berichterstattung sind vor allem gemäß der redaktionellen Linien von Boulevardmedien zu erwarten (vgl. FRIEDRICH/JANDURA 2012; MAGIN 2019; MAGIN/STARK 2015). Ob diese konstruktiv eingesetzt werden, muss jedoch kritisch reflektiert werden, da Boulevardmedien auch einen höheren Anteil an in-ziviler Berichterstattung aufweisen (vgl. MAGIN et al. 2023: 21).

Der Zusammenhang zwischen redaktionellen Linien und der Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen wurde in der Journalismusforschung unter der Prämisse der *Theorie der opportunen Zeug:innen* (vgl. HAGEN 1992) diskutiert. Ihr gemäß findet eine Synchronisation zwischen redaktionellen Linien und den ausgewählten Quellen dahingehend statt, dass Journalist:innen häufiger und umfangreicher jene Akteur:innen in der Berichterstattung zu Wort kommen lassen, deren Aussagen konsonant mit der politischen Linie der Redaktion bzw. des Medienunternehmens sind. Dies konnte empirisch in einer Reihe von Studien (für eine Übersicht vgl. BACHL/VÖGELE 2013: 349) nachgewiesen werden. Auch wenn diese Annahme auch auf individuelle Journalist:innen und deren politische Einstellungen (vgl. Kap. 3.2.1) hin ausgelegt wurde (vgl. ANTER 2021; REINEMANN/BAUGUT 2014a: 487), deuten empirische Ergebnisse darauf hin, dass sich die Synchronisation stärker auf die Ebene von Nachrichtenangeboten bezieht (vgl. BACHL/VÖGELE 2012: 8 2013: 351). Im Licht dieser Befunde muss erwartet werden, dass sich redaktionelle Linien negativ auf die Akteur:innenvielfalt auswirken. Welche Schwerpunktsetzungen Medien dabei vornehmen, ist von der konkreten Ausgestaltung der redaktionellen Linie abhängig (vgl. Kap. 4.2).

Presse- bzw. Medienkodizes und Nachrichtenqualität

Nicht nur einzelne Medienunternehmen operationalisieren die Handlungslogik des Teilsystems Journalismus durch normative, institutionelle Ordnungen, sondern auch das Zusammenspiel journalistischer Organisationen innerhalb der Branche. Eine Art, wie sie das tun, sind Presseräte und die von ihnen formulierten und überwachten *Presse- bzw. Medienkodizes* (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2).¹² Üblicherweise können Meldungen an Presseräte bei potenziell ethisch bedenklicher Berichterstattung gemacht werden, die anhand ihrer Kodizes über deren Bedenklichkeit entscheiden und diese Entscheidungen veröffentlichen bzw. »verurteilte« Medien zur Veröffentlichung ihrer Entscheidungen anhalten. Sie stellen damit »Instrumente der Medien-selbstkontrolle auf *Professionsebene*« (FENGLER 2023: 142, Kursivsetzung

12 Ähnlich argumentiert Schimank (2007b: 125f.), »normative Erwartungen sind u. a. [...] der Moralkodex eines bestimmten sozialen Milieus oder einer Berufsgruppe wie der Journalisten«, und verweist auf den Deutschen Presserat.

im Original) dar. Medienselbstkontrolle bezeichnet die »von den Medien oder Teilen der Medien anerkannten und freiwillig auferlegten Normen, Verfahrensweisen und Institutionen, die der besonderen Verantwortung freier Medien gegenüber dem Gemeinwohl und der Öffentlichkeit gerecht zu werden versuchen« (STAPF 2010: 13, Kursivsetzung weggelassen). Sie ist demokratietheoretisch hochrelevant, weil es eine zentrale Maßnahme ist, um Journalismus als in sich nicht demokratisch legitimierte Instanz zu kontrollieren – ihn aber gleichzeitig der staatlichen Kontrolle entzieht und Presse- und Medienfreiheit sichert (vgl. FENGLER 2023: 135). Dies war auch eine der Ideen, die zur Gründung von Presseräten in der Nachkriegszeit geführt hat (vgl. FENGLER et al. 2015: 252), wobei der *Deutsche Presserat* 1956 in der »Aufbruchphase einer demokratischen Gesellschaft« (BAUM 2010: 186) und der erste Presserat in Österreich 1961 gegründet wurden (vgl. EBERWEIN et al. 2018: 288). Ursprünglich als reine Presseräte mit Zuständigkeit für Printjournalismus gegründet stellt sich angesichts crossmedialer Entwicklungen seit Längerem die Frage nach der Zuständigkeit über Printprodukte hinaus, wie sie mitunter schon praktiziert wird, also nach dem Bedarf an »Medienräten« (FENGLER 2023: 143).

Im Zentrum des Arbeitens von Presse- bzw. Medienräten stehen Presse- bzw. Medienkodizes, die normative Selbstansprüche der Branche operationalisieren. Auch wenn sie branchenintern ausgehandelt und schriftlich festgehalten werden, sind solche Kodizes aufgrund ihres reinen Appellcharakters nur niedrig formalisiert. »Formalisierung bedeutet, dass eine normative Erwartung mit Hilfe von Sanktionen – die mehr sind als Rügen – durchgesetzt werden kann« (SCHIMANK 2007b: 126). Genau dies ist hier jedoch nicht der Fall. Presse- und Medienkodizes sind vielmehr informell institutionalisiert, weil deren Einhaltung im Sinne der skizzierten Rückbindung an Presse- und Medienfreiheit nicht rechtsverbindlich durchgesetzt werden kann und soll, sondern dazu lediglich branchenintern angehalten wird (vgl. FENGLER 2023: 139). Einerseits wurde kritisiert, dass ein Presse- bzw. Medienrat damit ein »zahnloser Tiger« (PÖTTKER 2003: 379) ist, weil zu wenig Sanktionsmöglichkeiten gegeben sind, und eine Rückbindung an Gesetze gefordert. Andererseits wurde eingewandt, dass eine gesetzliche Sanktionsgewalt der »Grundidee der liberalen Demokratie zutiefst fremd« (PÖTTKER 2003: 382) ist. Empirische Daten zeigen, dass Journalist:innen in Europa Presseräten nur eine moderate Wirksamkeit zusprechen (vgl. ALSIUS et al. 2014: 104) und mehrheitlich nie mit ihnen in Kontakt gekommen sind (vgl. LAUK et al. 2014: 90).

Wie andere normative Erwartungsstrukturen besitzen auch Presse- bzw. Medienkodizes die zitierte »Scharnierfunktion« (ALTMEP-PEN 2006: 40) zwischen teilsystemischen Deutungsstrukturen und Akteur:innenkonstellationen. Einerseits wurde systemisch argumentiert, dass Instrumente der journalistischen Selbstkontrolle »nicht von den systemeigenen Operationen, Normen, Darstellungsformen und sonstigen professionellen Standards entkoppelt werden« können (BEUTHNER/WEICHERT 2005: 16; vgl. FENGLER 2023: 139). Andererseits stellt sich handlungstheoretisch die Frage, »welche Anreize journalistische Akteure bzw. Medienorganisationen als kollektive Akteure haben, Medienselbstkontrolle zu betreiben« (FENGLER 2023: 139), ist die Wirksamkeit von Presse- bzw. Medienkodizes doch letztlich auf die freiwillige Anerkennung durch Journalist:innen angewiesen (vgl. EBERWEIN 2019: 1). Auch wenn die freiwillige Unterwerfung unter Presse- bzw. Medienkodizes üblicherweise durch eine Mitgliedschaft in entsprechenden Räten geknüpft ist, ist die Grundidee, durch diese Art der Selbstkontrolle Branchenstandards zu verankern, die sich auch über die Mitglieder hinaus etablieren. In diesem Sinne zeigen auch empirische Befunde, dass eine weite Mehrheit der Journalist:innen angibt, dass ein Kodex in ihrer Redaktion relevant ist, welche die formale Zuständigkeit des Presserats deutlich übersteigt (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2020: 198).

Presse- bzw. Medienkodizes sind eng mit Nachrichtenqualität als das Ziel journalistischen Handelns verknüpft. So begreift Wyss (2016b: 171) sie als Maßnahme, um »Qualitätsstandards [...] in die tägliche Arbeit zu überführen und die Redakteure aller Stufen darauf zu verpflichten«. Eberwein (vgl. 2019) sieht hochqualitativen, demokratiefördernden Journalismus als inhärenten Daseinszweck von Presse- und Medienräten und betont, dass sie dafür konzipiert sind, die Qualität der journalistischen Berichterstattung zu sichern und somit die Erfüllung der gesellschaftlichen Funktion des Journalismus zu gewährleisten. Presse- bzw. Medienkodizes enthalten üblicherweise zentrale Normen wie den Schutz der Presse- und Medienfreiheit, Werte wie Wahrheit und Sachgerechtigkeit oder die Unabhängigkeit der Medien, aber auch praktische Dimensionen wie korrekte Recherchemethoden oder den Umgang mit journalistischen Fehlern (vgl. EBERWEIN 2019: 1; WYSS 2016b: 172). Handlungsrelevant können sie insofern werden, als dass sie die möglichst freie »Umsetzung von identitätsstiftenden Qualitätskriterien zu unterstützen« (ARNOLD 2009: 200, Kursivsetzung hinzugefügt) versuchen, aber weniger konkrete Qualitätskriterien formulieren.

Die Orientierung an der Unabhängigkeit des Journalismus gegenüber externen Akteur:innen sollte jedoch die Unparteilichkeit der Berichterstattung unterstützen. Nachdem Presse- bzw. Medienkodizes stark medienethisch fundiert sind, sind sie auch als Instrumente zur Vermeidung von inziviler Berichterstattung als fundamentale medienethische Übertretung (vgl. EBERWEIN/PORLEZZA 2016: 335) zu sehen, wie es in der vorliegenden Studie als Anforderung an eine aktivierende Nachrichtenqualität argumentiert wurde. Die qualitätsfördernden Potenziale von Presse- und Medienkodizes hängen aber auch hier von der konkreten Ausgestaltung ab (vgl. Kap. 4.2. für den Ehrenkodex des Österreichischen Presserats und seine Implikationen für Nachrichtenqualität).

Rechtliche Rahmenbedingungen und Nachrichtenqualität

Normative Erwartungen werden nicht nur journalismusintern formuliert, sondern sie werden auch als *externe* Erwartungen an den Journalismus gestellt. Ein zentraler Bezugspunkt für Medienperformanz ist hier der *rechtliche Rahmen*, der einen zentralen Teil des institutionellen Rahmens ausmacht, in dem Journalismus operiert (vgl. HANITZSCH/AHVA et al. 2019: 29). Rechtliche Rahmenbedingungen stellen als institutionalisierte Erwartungsstrukturen (vgl. SCHIMANK 2007b: 125; WEHMEIER 2001: 310) *formalisierte* Strukturen dar, weil sie im Zweifel auch rechtsstaatlich durchgesetzt werden können und damit eine hohe Verbindlichkeit besitzen (vgl. SCHIMANK 2016: 204). Sie operationalisieren die Logik des Journalismus auf systemischer Ebene, weil sie die »normierte öffentliche Aufgabe der Medien« (KIEFER/STEININGER 2014: 18) in konkrete Regeln und Normen übersetzen. Organisationen spielen insofern wieder eine Rolle als Träger dieser Normen, als dass die rechtlichen Rahmenbedingungen entlang der Organisationstypen von Medien ausgestaltet sind und sich vor allem zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Medien, aber auch nach den Medienkanälen unterscheiden. Der rechtliche Rahmen ist auf Konstellationsstrukturen bezogen, indem Rechtsnormen den jeweiligen Bezugsgruppen sozialen Einfluss in Form von Macht verleihen (vgl. SCHIMANK 2016: 268). Einerseits ist das die Macht, gesetzliche Interessen gegenüber anderen durchzusetzen; andererseits, sich gegenüber anderen zu schützen. Damit hat der rechtliche Rahmen, in dem Journalismus operiert, einen begrenzenden, aber auch einen ermöglichenden Charakter (vgl. HANITZSCH et al. 2019: 108). Recht kodifiziert auch deshalb relevante Erwartungen an den

Journalismus, weil gesetzgebende Instanzen idealerweise die Geltungsansprüche verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bündeln und Recht damit nicht nur die Logik des politischen Systems, sondern auch weiterer Bezugssysteme widerspiegelt (vgl. SERONG 2015: 19).

In liberalen Demokratien sollte der Staat möglichst wenig in das Agieren von Journalismus eingreifen. Nachdem auf journalistischen Märkten aufgrund der Gutspezifika von Medien ein Marktversagen vorauszusehen ist und ein Qualitätswettbewerb in einem rein den Marktkräften überlassenden Markt unwahrscheinlich ist (vgl. KIEFER/STEININGER 2014: 377ff.), wird staatliche Medienregulierung in einem niedrigen Ausmaß als notwendig gesehen. Die Gestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen des Journalismus ist eine Form von Medienregulierung als »ein bestimmtes Set an Normen (Verhaltensregeln) und Regulierungsinstitutionen zu ihrer Durchsetzung [...], das sich jeweils auf einen spezifischen Ausschnitt wirtschaftlichen oder sozialen Verhaltens bezieht« (SEUFERT/GUNDLACH 2017: 30, Kursivsetzung weggelassen). Eines der erklärten Ziele von Medienregulierung ist es, die »[p]ublizistische Qualität und Vielfalt des Medienangebotes« verstanden als »Inhalte mit einer positiven Wirkung für die Gesellschaft« (SEUFERT/GUNDLACH 2017: 34; vgl. DONGES 2002: 284) zu verbessern bzw. deren Bereitstellung sicherzustellen. Ein zentrales, gesetzlich normiertes Instrument der Medienregulierung ist die Regelung öffentlich-rechtlicher Medien. Die Kernidee dabei ist es, diese durch regulatorische Eingriffe von den Marktkräften zu lösen und somit ihre Unabhängigkeit und Freiheit zu sichern (vgl. MCQUAIL/DEUZE 2020: 208).

Entsprechend des erklärten Ziels der Medienregulierung, Qualität auch durch Gesetze zu sichern, hat die Qualitätsforschung rechtliche Rahmenbedingungen als Grundlage für die Formulierung von Qualitätsmaßstäben herangezogen und eine »Interpretation der [...] Rechtsnormen in sozialwissenschaftlichen Bezügen« (MAURER/TREBBE 2006: 39) geleistet. Auch wenn kritisiert wurde, dass Rechtstexte zu ungenau für die Formulierung von Qualitätsmaßstäben sind (vgl. SCHWER 2006: 355), basiert beispielsweise Schatz und Schulzes (1992) einflussreicher Kriterienkatalog von Medienqualität auf den Erfordernissen der rechtlichen Rahmenbedingungen des Rundfunks (vgl. DASCHMANN 2009). Sie führen dort explizit die Rechtmäßigkeit von Medienangeboten als Qualitätskriterium ein, wenngleich dies als »kein Ausdruck von Qualität, sondern ihre notwendige Voraussetzung« (WEISCHENBERG 2006: 14; vgl. RAGER 1994: 195) kritisiert wurde. Ähnlich leiten Maurer und Trebbe (2006) eine Konzeption von Fernsehqualität aus

dem Rundfunkrecht ab. Auch Neuberger (2011) gründet seine Definition und seinen Operationalisierungsvorschlag der Qualität von Online-Medien, die dezidiert im Kontext der Umsetzung rechtlicher Vorgaben zur Prüfung digitaler Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland im Zuge des »Drei-Stufen-Tests« entwickelt wurden, auf juristische Vorgaben. Für die Qualitätsforschung sind die rechtlichen Rahmenbedingungen von Journalismus also ein etablierter Zielhorizont und es wird davon ausgegangen, »dass ähnliche normativ-rechtliche Rahmenbedingungen zu Ähnlichkeiten in den Strukturen und Inhalten« (GREYER et al. 2015: 438) führen. Die Forschung bezieht sie aber kaum auf die journalistischen Entstehungsbedingungen von Medieninhalten rück.

Einerseits adressiert die Medienregulierung »Maßnahmen des Staates zur gezielten Beeinflussung von Produzenten« (SEUFERT/GUNDLACH 2017: 31) von Medieninhalten, wie sie auch »rechtliche Regelungen von Journalisten« (ebd.: 38) beinhalten. Andererseits nimmt die Qualitätsforschung an, dass »über rechtliche Vorgaben, Gesetze und Sanktionen [...] der Qualitätsdiskurs in konkrete Handlungen übersetzt« (SERONG 2015: 109) wird. Rechtliche Rahmenbedingungen als Strukturen und Journalist:innen als Handelnde werden dabei aber dennoch nicht theoretisch verbunden. Dies verwundert vor allem, weil die Frage, wie Gesetze »wirken«, über handlungstheoretische Annahmen schon seit Langem in der Rechtssoziologie verhandelt wird (vgl. z. B. LÜDEMANN 1998). Vor diesem Hintergrund wird auch der *rechtliche Rahmen* von Journalismus als eine institutionelle Ordnung begriffen, welche Journalist:innen Vorgaben ihres »Sollens« vermittelt und damit Nachrichtenqualität beeinflussen kann (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2). Gleichzeitig kann sie aber sowohl durch andere Erwartungsstrukturen, als auch durch Deutungs- und Konstellationsstrukturen in den Hintergrund gedrängt und damit für die Logik der Situation journalistischer Entscheidungen von Journalist:innen nicht mehr als relevant begriffen werden. Empirische Befunde zeigen, dass Journalist:innen im deutschsprachigen Raum den medienrechtlichen und -regulatorischen Rahmen ihres Arbeitens zu rund einem Drittel als starke Einflussgröße empfinden (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 117f.). Zudem wurde Recht im Sinne von bestehender Rechtsprechung experimentell als einer der stärksten Prädiktoren für ethisch komplexe Nachrichtenentscheidungen ausgemacht (vgl. VOAKES 1997: 29ff.).

Welche konkreten Handlungslogiken sich aus für den Journalismus relevanten Gesetzen ableiten lassen, hängt stark vom jeweiligen nationalen

Kontext ab, welcher medienrelevante Gesetze nach wie vor zentral regelt (vgl. Kap. 4.2 für eine konkrete Einordnung der rechtlichen Rahmenbedingungen in Österreich). Im Allgemeinen argumentiert die Qualitätsforschung, dass sich die Unparteilichkeit von Journalismus im Sinne seiner Werturteilsfreiheit als Teil journalistischer Professionalität von den Rechtsgrundlagen des deutschen und österreichischen Rundfunks ableiten lässt (vgl. DASCHMANN 2009: 259; NEUBERGER 2011: 43; SCHATZ/SCHULZ 1992: 702ff.; SEETHALER/BEAUFORT 2017: 187), wie sie in der vorliegenden Studie als liberal-repräsentativer Nachrichtenqualitätsstandard begriffen wird. Die Diskursivität als deliberativer Maßstab, wie sie einen detaillierteren Bezug zu journalistischen Arbeits- und Recherchepraktiken voraussetzt, lässt sich kaum unmittelbar von gesetzlichen Rahmenbedingungen ableiten (vgl. SEETHALER/BEAUFORT 2017: 180). Auch partizipatorische Qualitäten von Journalismus sind rechtlich vergleichsweise schwach kodifiziert; allenfalls wurde »emotionale Nähe« als Ausdruck der Betroffenheit begriffen und dem Qualitätsindikator Relevanz zugeordnet (vgl. SCHATZ/SCHULZ 1992: 696).¹³ Die Vielfalt von Akteur:innen, Perspektiven und Meinungen ist dagegen vor dem Hintergrund des großen Stellenwerts von Vielfalt für eine demokratische Gesellschaftsordnung rechtlich stark verankert (vgl. DASCHMANN 2009: 258; MAURER/TREBBE 2006: 41; SCHATZ/SCHULZ 1992: 694; SEETHALER/BEAUFORT 2017: 178). Deren konkrete Ausgestaltung variiert jedoch und hängt vom nationalen Kontext ab.

Publikumserwartungen und Nachrichtenqualität

Die Frage, was Journalismus leisten »soll«, ist untrennbar mit seinen unmittelbaren Adressat:innen verbunden: dem Publikum bzw. den Publika des Journalismus. Das Verhältnis zwischen Journalismus und seinem Publikum ist komplex und entsprechend komplex gestaltet sich die Frage, wie das Publikum im Journalismus als systembezogene Akteur:innenkonstellation verortet werden kann und wie es für Journalist:innen handlungsrelevant in Erscheinung tritt. »Spuren s/eines Publikums« (LOOSEN 2023: 274) finden sich nahezu in allen Konzepten der Journalismusforschung, z. B. in journalistischen Rollenverständnissen, die vor dem Publikum »performt«

13 Eine Ausnahme stellen die Förderbedingungen für den vergleichsweise reichweitschwachen nicht-kommerziellen Rundfunk in Österreich dar (SEETHALER/BEAUFORT 2017: 181).

werden (vgl. HANUSCH/BANJAC 2018: 29ff.), weil Journalismus nur durch (s)ein Publikum denkbar ist. Ein »Audience Turn in Journalism« (COSTERA MEIJER 2020: 2326) hebt die Bedeutung des Publikums vor allem in einer aktiven Rolle zusätzlich hervor. Im Diskurs um diese Besinnung auf das Publikum werden besonders das partizipative Potenzial von Journalismus, dialogische journalistische Angebote, Ko-Kreation und -produktion sowie ein verstärkter Austausch zwischen Publika und Journalist:innen vor allem in sozialmedialen Kommunikationspraktiken thematisiert. Loosen (2023: 269) diagnostiziert deshalb, dass diese Phänomene die »klassische Sinnorientierung des Journalismus von »Informationsangebot und -nachfrage« um »Dialog und Partizipation« erweitern«. Es läge vor diesem Hintergrund nahe, Publikumsmitglieder in einer Akteur:innenkonstellation mit Journalist:innen zu verorten (vgl. ARNOLD 2009: 201; RIESMEYER et al. 2012), wo sie sich gegenseitig beobachten (vgl. HOHLFELD 2023), beeinflussen oder sogar verhandeln.

Andererseits weisen Journalist:innen Vorbehalte gegen eine direkte Interaktion mit dem Publikum auf (vgl. SEHL 2018: 547) und auch nur ein Bruchteil der Rezipient:innen möchte tatsächlich aktiv partizipieren. Das bedeutet wiederum nicht, dass das Publikum keine Rolle für den Journalismus spielt – auf einer systemischen Ebene bleibt es seine primär adressierte Bezugsgröße. Eine derartige »funktionale Beziehung ist [aber] nicht an Interaktion gekoppelt« (LOOSEN 2023: 280). Journalismus stellt vielmehr »in und für die Gesellschaft Kommunikationsofferten für die Kommunikation (auch) unter Abwesenden zur Verfügung« (ebd.: 281). Das Publikum erscheint hier als Deutungsvorlage, die systemisch bedingte Erwartungen spezifiziert, ohne im direkten Austausch mit Journalismus zu stehen. *Publikumserwartungen* erscheinen damit als normative Erwartungsstruktur (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2; vgl. DONGES 2008: 341; HANITZSCH/HOXHA 2018: 172; NEUBERGER 2016: 300; PFAFF-RÜDIGER et al. 2010: 118f.). Dies bedeutet nicht, dass das Verhältnis zwischen Journalist:innen und ihrem Publikum ausschließlich »distanziert und anonym« (NEUBERGER 2016: 299) ist; das Publikum wird durch den Journalismus vielmehr *gleichzeitig* als Gruppe passiver Adressat:innen und aktiver Teilnehmer:innen (vgl. sowie im ökonomischen Sinne als Ware) konzipiert (vgl. LEWIS/WESTLUND 2015: 26). Für die Frage nach handlungsleitenden Implikationen scheint aber die Erwartungsdimension dennoch zu überwiegen.

Vergegenwärtigt man sich normative Erwartungen als »operationale Vorgaben dazu, wie Akteure bestimmte Situationen wahrnehmen und be-

urteilen und wie sie demzufolge dann handeln sollten« (SCHIMANK 1992: 170), so ist anzunehmen, dass Journalist:innen in ihrer Bewertung von Nachrichtereignissen die Erwartungen ihres Publikums antizipieren und bei Nachrichtenentscheidungen ihr Handeln relational (aber nicht zwingend kongruent) zu ihnen ausrichten. Dass das Publikum in dieser Betrachtung weniger aktiv in journalistische Aushandlungsprozesse eingebunden ist, sondern den normativen Zielhorizont mitumreißt, macht es damit zu einem primär *externen* Faktor. In Zeiten eines ›Audience Turns‹, wo neue publikumszentrierte Ansprüche an den Journalismus gestellt werden, wie beispielsweise »Community Management« (BAKKER 2014) zu betreiben, mag ein gewisses Maß an Publikumsorientierung Journalist:innen als notwendiger Imperativ erscheinen – wenngleich dies nicht zwingend mit ihren professionellen Zielen korrespondiert. Sich in Selektionsentscheidungen auf die vorgeblichen Interessen und Bedürfnisse des Publikums zu beziehen, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, und diese damit retrospektiv zu legitimieren, kann vor diesem Hintergrund Analogien zum ›strategischen Ritual‹ aufweisen, wie es Tuchman (1972) bei US-amerikanischen Journalist:innen und ihrer Umsetzung der Objektivitätsnorm beobachten konnte.

Im Kontext von Publikumserwartungen muss betont werden, dass »das Publikum keine ontologische Größe« ist, sondern es sich vielmehr um unterschiedliche »Publikumskonstruktionen« (LOOSEN 2023: 271) durch Journalist:innen handelt. Zwar zeigen einige empirische Studien, dass sich beispielsweise Publikumserwartungen und journalistische Rollenverständnisse in einigen Teilen decken, aber auch spezifische Diskrepanzen aufweisen (vgl. LOOSEN et al. 2020; RIEDL/EBERL 2022; TSFATI et al. 2006; vos et al. 2019). Dennoch ist hier weniger die Frage, was das Publikum (wirklich) von Journalismus erwartet, sondern vielmehr, welche Vorstellungen Journalist:innen von diesen Erwartungen haben. Journalist:innen können sich das Bild von ihrem Publikum einerseits intuitiv bilden, was vor allem dann der Fall ist, wenn wenig Wissen über das Publikum besteht. In diesem Fall gilt, »[j]e weniger über das Publikum bekannt ist, desto wesentlicher ist die Vorstellungskraft« (HOHLFELD 2023: 246). Dadurch ist von einer relativ großen Diskrepanz zwischen journalistischen Vorstellungen von Publikumserwartungen und tatsächlichen Erwartungen auszugehen. Andererseits kommen als Ursprung von antizipierten Publikumserwartungen interaktionsbasierte und datenbasierte Quellen in Betracht. Interaktionsbasierte Quellen sind die »willkürlich und unsystematisch entstandenen

direkten Kontakte« (MÜLLER/HOHLFELD 2013: 167), beispielsweise mit dem Publikum. Sie ereignen sich im professionellen sozialen Umfeld beispielsweise bei Diskussionsformaten (vgl. LOOSEN 2023: 278), im analogen Journalismus beispielsweise durch Zusendungen oder Leser:innenbriefe (vgl. z. B. HAYEK et al. 2020) und im digitalen Journalismus beispielsweise durch Kontakte in sozialen Medien oder durch Nutzer:innenkommentare (vgl. z. B. HAIM 2019: 38). Es ist wie dargelegt davon auszugehen, dass das Gros dieser Fälle nicht aufgrund der direkten Interaktionen im Sinne von andauernder Beobachtung, Beeinflussung oder Verhandlung bedeutsam werden, sondern vielmehr, weil sie sich in abstrahierte Publikumsvorstellungen einspeisen. Datenbasierte Quellen sind im analogen Journalismus klassische empirische Publikumsforschung, etwa Befragungen im Printsektor oder die Quotenmessung im TV (vgl. HOHLFELD 2023: 248ff.) sowie im digitalen Journalismus diverse Publikumsmetriken (vgl. z. B. TANDOC 2014; TANDOC/THOMAS 2015). Letztere verlaufen im Gegensatz zu analogen Medien zeitlich synchron und liegen in großer Detailtiefe vor, wie es als eine Logik der KPI-basierten »Erfolgskontrolle« wiederum auf den gesamten Mediensektor rückwirkt (vgl. HOHLFELD 2023: 261). Angesichts nur punktueller und mehrheitlich willkürlicher Interaktionen und der Überfülle von Publikumsdaten ist davon auszugehen, dass Journalist:innen diese Komplexität durch starke Abstraktionen und Simplifizierungen bewältigen. Die vermeintlich strategische Orientierung an antizipierten Publikumserwartungen wird so zu einer *Rationalitätsfiktion* (vgl. SCHIMANK 2016: 117).

Vor diesem Hintergrund ist das Publikum über normative Publikumserwartungen als prägende Kraft im Prozess journalistischer Nachrichtenproduktion zu sehen (vgl. SHOEMAKER/VOS 2009: 52ff.). Es ist anzunehmen, dass solche Publikumskonstrukte für Journalist:innen bei Selektions- und Darstellungsentscheidungen handlungsleitend werden (vgl. HANITZSCH/HOXHA 2018: 173; LAUERER/KEEL 2019: 125). Sie stellen damit das »Bindeglied zwischen Publikumsorientierung und journalistischer Berichterstattung« (HOHLFELD 2023: 245) dar. Dabei wurde überzeugend argumentiert, dass Publikumskonstrukte auch von journalistischen Vorstellungen von Medienwirkungen begleitet werden (vgl. MÜLLER/HOHLFELD 2013). Sie vermitteln Journalist:innen eine Idee davon, was sie tun sollten, um ein bestimmtes Ziel mit ihrer Berichterstattung zu erreichen. Die theoretische Annahme ist also, dass Publikumserwartungen – in stark simplifizierter Form, nicht zwingend deckungsgleich mit der empirischen Realität und begleitet von subjektiven Theorien der Wirkung von Inhalten – für

Journalist:innen als normative Erwartungen greifbar werden und sie ihr Handeln nach diesen ausrichten.

Das handlungsleitende Potenzial von Publikumserwartungen wurde auch in der Qualitätsforschung erkannt (vgl. WYSS 2002: 297), aber wenig konkretisiert. Generell ist eine zu starke Ausrichtung an Publikumserwartungen insofern problematisch, als dass – Stichwort ›journalistische Inhalte als meritorische Güter‹ (vgl. Kap. 2) – von Diskrepanzen zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und reinen Konsumpräferenzen auszugehen ist; ähnlich weisen Tandoc und Thomas (2015: 244) im Kontext von Publikumsmetriken auf den bedeutsamen Unterschied zwischen einem »public interest and what the public are interested in« hin. Sie argumentieren, dass eine Romantisierung des Publikums und seiner Bedürfnisse zulasten der Autonomie von Journalist:innen an der demokratischen Rolle von Journalismus vorbeizieht. Auch für die Frage nach der konkreten Richtung der Handlungsimpulse im Sinne oder entgegen normativ fundierter Nachrichtenqualität scheint es entscheidend, ob sich Publikumsvorstellungen am Publikum als Konsument:innen oder als Bürger:innen (vgl. BAKER 2001: 280) orientieren. Eine starke Orientierung an ersterem kann dazu führen, dass Journalist:innen im Bestreben, einen Publikumsgeschmack zu treffen, weniger in tiefgehende Recherchen investieren und (zu) starke Simplifikationen anwenden, wie Fürst (vgl. 2020: 273ff.) in einer systematischen Literaturanalyse zu Publikumsmetriken und Medienqualität betont. Dies könnte insbesondere zulasten der Diskursivität der Berichterstattung gehen. Gleichzeitig ist von einem Zusammenhang zwischen einer konsumorientierten Publikumsorientierung und emotionalen Elementen in der Berichterstattung im Sinne einer Aufmerksamkeitsökonomie auszugehen (vgl. HOHLFELD 2023: 254). Dabei bestehen jedoch Zweifel, ob diese – wie hier im partizipatorischen Sinne gefordert – auf konstruktive Art und Weise vermittelt werden. Hinsichtlich der medialen Repräsentation von Akteur:innen besteht bei einer starken Orientierung an Publikumserwartungen die Gefahr, dass die Marginalisierung von Minderheiten im Zuge des Erreichens möglichst vieler Menschen perpetuiert wird, weil diese quantitativ kein bedeutsames Publikum darstellen (vgl. TANDOC/THOMAS 2015: 247). Dies würde das Ideal einer deliberativen und insbesondere partizipatorischen Diskurssphäre konterkarieren. Beziehen sich die durch Journalist:innen antizipierten Publikumserwartungen jedoch auf Rezipient:innen als Bürger:innen mit gesellschaftlichen und demokratischen Bedürfnissen – was angesichts der Quellen von Publikumsvorstellungen eher unwahrscheinlich scheint –, so

wären Handlungsimpulse in Richtung partizipatorischer und deliberativer Ziele denkbar.

3.2.3 *Konstellationsstrukturen: das ›Können‹ hinter Nachrichtenqualität*

»Eine von Fremd- und Eigeninteressen möglichst unbeeinflusste Berichterstattung gilt [...] als Ausdruck journalistischer Qualität«, heben Müller und Donsbach (2006: 129) hervor. Dieser normative Anspruch trifft jedoch auf eine empirische Realität, in der Journalist:innen als »Vermittlungsakteure« (SCHIMANK 2016: 292) innerhalb des auf fortdauernde Umweltbeobachtung ausgelegten Systems Journalismus in einem kontinuierlichen und komplexen Beziehungsgefüge mit internen wie externen Bezugsgruppen operieren. Für ein möglichst holistisches Verständnis der Genese unterschiedlicher Formen von Nachrichtenqualität gilt es deshalb, auch mögliche »agents of influence« (MCQUAIL 1992: 81) zu identifizieren. Dafür sind in einem ersten Schritt die Konstellationsstrukturen des Journalismus in den Blick zu nehmen, also jene Akteur:innen, mit denen Journalist:innen auf regelmäßiger Basis interagieren. Konstellationsstrukturen liegen vor, »wenn ein bestimmtes Muster handelnden Zusammenwirkens von Akteuren sich in dem Sinne verfestigt, dass keiner der Beteiligten allein von sich aus so einfach seine Handlungsweise ändern« (SCHIMANK 2016: 205) kann. Sie stellen damit »eingespielte Gleichgewichte von Akteurkonstellationen« (SCHIMANK 2016: 205) dar und begrenzen, was handelnde Akteur:innen tun ›können‹. Solche Konstellationen im Journalismus auch für die Genese von Nachrichtenqualität heranzuziehen entspricht der Idee, »die Nachrichtengebung auf das Handeln verschiedener Personen, Organisationen und Institutionen« zurückzuführen, wie Kepplinger (2011b: 50) es als »akteursorientierten Ansatz« bezeichnet.

Konstellationsstrukturen sind durch vielfache »Interdependenzsituationen« (SCHIMANK 2016: 99) geprägt. Das sind Situationen, in denen das eigene Handeln direkt oder indirekt vom Handeln anderer abhängt. Interdependenzbewältigende Akteur:innen zeichnet deshalb eine »Haltung des strategisch kalkulierenden Miteinanderumgehens« (ebd.: 97) aus. Dementsprechend wird das Handeln anderer beobachtet und abgewogen, welche Konsequenzen sich für das eigene Handeln ergeben und ob der Versuch einer Beeinflussung notwendig ist. Interdependenzsituationen

können durch *symmetrische* oder *asymmetrische* Abhängigkeiten geprägt sein, je nachdem, ob nur eine oder beide Seiten vom Handeln des Gegenübers abhängig ist bzw. sind. Sie können *negativ* sein, also andere Akteur:innen in ihrer Zielerreichung behindern, oder *positiv*, also eine Zielerreichung ermöglichen. Maßgabe für die Wahrnehmung von Interdependenzen ist dafür nicht zwingend das tatsächliche Handeln anderer, sondern es kann auch rein antizipiertes Handeln sein, auf das sich andere Handelnde dennoch reflexiv beziehen (vgl. SCHIMANK 2016: 96ff.). Konstellationsstrukturen verweisen damit auf das *Problem der doppelten Kontingenz* des Sozialen (vgl. PARSONS 1951/2005). Soziales Geschehen ist grundsätzlich kontingent, denn »kein Phänomen im sozialen Zusammenleben der Menschen [ist] einfach ›gegeben‹ oder ›natürlich‹. Alles könnte auch ganz anders sein« (SCHIMANK 2016: 14). Vor dem Hintergrund der Abhängigkeit des eigenen Handelns von anderen steigert sich Kontingenz zur doppelten Kontingenz, weil Handlungen selten intentional und planbar alleine realisiert werden können. Akteur:innen befinden sich in einem »Dilemma beiderseitiger Unbestimmtheit in Interdependenz« (ebd.: 243), weil sie nicht wissen, wie andere Handeln und demnach, welches eigene Handeln möglich und realistisch ist. Um diesem Dilemma zu entkommen, orientieren sich Akteur:innen an den antizipierten Deutungs- und Erwartungsstrukturen ihrer Gegenüber, weil sie bestimmtes Handeln (un-)wahrscheinlicher machen und so Komplexität reduzieren. Konstellationsstrukturen divergieren nach den jeweiligen Einflusspotenzialen und Ressourcen, die Akteur:innen im Prozess der Interdependenzbewältigung einsetzen können (vgl. ebd.: 202). Sie können entweder direkt (z. B. in einem direkten Gespräch) oder indirekt (z. B. über mediale Berichterstattung) erfolgen (vgl. ebd.: 227). Außerdem ist einseitige oder wechselseitige Handlungsabstimmung möglich; einseitige Abstimmung kann auch simultan beidseitig – aber nicht wechselseitig – stattfinden, wenn beide Seiten glauben, sich alleinig anzupassen (vgl. ebd.: 226).

Beobachtungs-, Beeinflussungs- und Verhandlungskonstellationen

Schimank unterscheidet zwischen drei Arten von Konstellationsstrukturen, die sich hinsichtlich des hauptsächlichen Modus der Handlungsabstimmung unterscheiden und die aufeinander aufbauen, also den Modus der vorhergehenden Stufe beibehalten, aber erweitern: Die einfachste Form von Konstellationsstrukturen stellen *Beobachtungskonstellationen* dar. Eine Kon-

stellation wechselseitiger Beobachtung ist gegeben, »sobald mindestens zwei Akteure einander wahrnehmen und bemerken, dass zwischen ihnen eine Intentionsinterferenz besteht, die von beiden nicht bagatellisiert wird und auf die sich daher beide in ihrem weiteren Handeln einstellen – jedoch ohne einander diesbezüglich gezielt zu beeinflussen oder miteinander zu verhandeln« (SCHIMANK 2016: 226). Sie sind damit die häufigsten Konstellationsarten, denn man kann in sozialen Situationen – frei nach Watzlawick¹⁴ – »nicht nicht beobachten« (ebd.: 306). Journalist:innen, welche der Kernfunktion des Journalismus folgend »Umweltbeobachtung« betreiben und darauf basierend »Deutungsangebote für das Tagesgeschehen« (NEUBERGER 2022b: 174) liefern, sind in einem ständigen Zustand des Beobachtens. Handlungsabstimmung kann in Beobachtungssituationen punktuell im Sinne einmaliger Episoden geschehen – im Journalismus beispielsweise bei spezifischen Recherchen – oder verstetigt im Sinne sich wiederholender Episoden. Verstetigte Beobachtungssituationen zeichnet für Akteur:innen den entscheidenden Vorteil aus, »eine Steigerung wechselseitiger kognitiver Erwartungssicherheit« (SCHIMANK 2005: 35) mit sich zu bringen.

Beeinflussungskonstellationen liegen in Abgrenzung dazu »erst dann vor, wenn die Handlungsabstimmung der beteiligten Akteure durch den *gezielten Einsatz von Einflusspotentialen* stattfindet« (SCHIMANK 2016: 267, Kursivsetzung im Original). Akteur:innen befinden sich zwar weiterhin im Modus der Beobachtung, begnügen sich hier jedoch nicht damit, durch ihr Handeln etwas lediglich zu signalisieren, sondern verbinden es mit bewusster Einflussnahme. Die Dynamik von solchen Konstellationen bedingt sich demnach stark danach, welche Einflusspotenziale Akteur:innen besitzen und inwiefern sie gewillt und in der Lage sind, diese einzusetzen (vgl. ebd.). Einfluss ist nicht als ontologische Größe zu sehen, sondern bestimmt sich stets zwischen Einflussnehmenden und Beeinflussten. Was in der einen Konstellation als Einfluss geltend gemacht werden kann, muss in einer anderen nicht als solcher akzeptiert werden. Beeinflussungskonstellationen sind aufgrund dieses relationalen und dynamischen Charakters von Einflusspotenzialen stets »Konstellationen *wechselseitiger* Beeinflussung – was freilich nicht im Mindesten heißt, dass der Einfluss symmet-

14 Vgl. »Man kann nicht nicht kommunizieren« (WATZLAWICK et al. 2017: 60, Kursivsetzung im Original).

risch verteilt ist« (SCHIMANK 2016: 279, Kursivsetzung im Original). Beeinflussungskonstellationen bestehen oft zwischen mehreren Akteur:innen mit Mehrfach-Interferenzen, wodurch sich multiple Abhängigkeiten und Einflusschancen ergeben. Multiple Beeinflussungskonstellationen werden von Akteur:innen gezielt kultiviert, weil sich durch Mehrfachabhängigkeiten stabilere Bindungen ergeben können. Sie bringen aber auch eine erhöhte Komplexität mit sich, wodurch wiederum die Wahrscheinlichkeit von Transintentionalität steigt (vgl. ebd.: 287).

Verhandlungskonstellationen liegen vor, wenn das in Akteur:innenkonstellationen »stattfindende handelnde Zusammenwirken in Richtung oder auf Basis bindender Vereinbarungen geschieht« (ebd.: 305). Damit dies der Fall ist, müssen Akteur:innen einerseits *verhandlungswillig* sein, aus dem Ergebnis des Verhandeln also einen (subjektiv empfundenen) Vorteil ziehen (vgl. ebd.: 306). Andererseits müssen sie *verhandlungsfähig* sein, also in Kommunikation treten können, was vor allem bei wenig organisierten Kollektivakteur:innen keine Selbstverständlichkeit ist (vgl. ebd.: 308). Verhandlungskonstellationen bringen Akteur:innen trotz des erhöhten Aufwands ihrer Herstellung den entscheidenden Vorteil, dass sie bei erfolgreicher Kodifizierung von Vereinbarungsergebnissen, z. B. in Form von Verträgen, mit einem höheren Maß an Erwartungssicherheit rechnen können. Damit entlasten erfolgreiche Verhandlungskonstellationen Akteur:innen von dem »Sondierungs- und Reflexionsaufwand« bzw. dem Zwang der »Dauerwachsamkeit« (ebd.: 312).

Wenngleich die drei Arten von Konstellationsstrukturen analytisch hier distinkt voneinander dargelegt wurden, trifft dies nicht auf die empirische Realität zu. So können sich Akteur:innenkonstellationen auch als *Gemengelage* der Konstellationsarten darstellen, wo Beobachtung, Beeinflussung und Verhandlung dynamisch ineinander verzahnt und simultan koexistieren (vgl. ebd.: 343ff.). Zudem gibt es *Mischtypen* der Konstellationsarten, in denen ein Teil der handelnden Akteur:innen gemäß einem der drei spezifischen Abstimmungsmodi handeln, andere Akteur:innen jedoch gemäß einem anderen. Außerdem ist realiter von einem häufigen und sich teils wiederholenden *Konstellationswandel* auszugehen, wobei Übergänge in alle Richtungen denkbar sind. So können sich beispielsweise Beobachtungs- zu Beeinflussungskonstellationen wandeln, wenn Akteur:innen plötzlich an Einflusspotenzial gewinnen; wenn diese dominanten Akteur:innen jedoch die Grenzen ihrer einseitigen Durchsetzungskraft erkennen, können sie zu Verhandlungen übergehen (vgl. SCHIMANK 2016: 347ff.).

Eigentümer:innen, Vorgesetzte und Kolleg:innen

Als relevante Akteur:innen, mit denen Journalist:innen im Zuge ihres professionellen Handelns in Beziehung treten, sind zunächst Bezugsgruppen innerhalb *interner* Konstellationsstrukturen zu sehen. Gegenüber externen Konstellationen ist hier von engeren, länger andauernden und stabileren Konstellationen auszugehen. Als Akteur:innen mit potenziellem Einfluss auf journalistische Berichterstattung kommen zunächst die *Eigentümer:innen* von Medienhäusern in Betracht, die mitprägen, was Journalist:innen tun »können« (Abb. 2 in Kap. 3.2). Das Einflusspotenzial von Eigentümer:innen wurde primär dahingehend problematisiert, dass diese wirtschaftliche Interessen verfolgen, wenn sie die »Geschäftsbedingungen des Journalismus« (HALLER 2003: 183) umreißen, die mit normativen journalistischen Zielen in Konflikt geraten können (vgl. MCQUAIL 1992: 84). Zudem wurde problematisiert, dass Eigentümer:innen gerade durch die Verbindung von ökonomischem Kapital und der Kontrolle über die in ihrem Besitz befindlichen Medien gezielt eigene politische Ziele verfolgen können (vgl. ARSENAULT/CASTELLS 2008). Damit besteht klares Potenzial für Intensionsinterferenzen mit Journalist:innen, die gemäß ihren Rollenverständnissen bzw. normativen Erwartungen handeln.

Einerseits liegt zwischen Eigentümer:innen und Journalist:innen ein ökonomisch motiviertes formales Arbeitsverhältnis als Ergebnis einer Verhandlungskonstellation vor. Ein möglicher aktiver Einfluss von Eigentümer:innen auf redaktionelle Inhalte ist jedoch als Einflusskonstellation zu werten, die primär vom Modus einseitiger Einflussnahme geprägt ist. Auch wenn es nicht zu Einflussversuchen kommt, so ist jedenfalls von einer wechselseitigen Beobachtungskonstellation auszugehen, wonach einerseits Journalist:innen anhand von internen oder öffentlichen Äußerungen der Eigner:innen deren Handeln antizipieren und sich daran ggf. in ihren journalistischen Entscheidungen orientieren. Eigner:innen wiederum verfolgen mit mehr oder weniger starker Detailtiefe die Berichterstattung ihrer Medien. Zwischen Eigentümer:innen und Journalist:innen besteht dabei ein stark asymmetrisches Abhängigkeitsverhältnis, demgemäß Eigentümer:innen interne Macht besitzen; dieses wird durch prekäre Verhältnisse auf dem journalistischen Arbeitsmarkt (vgl. HANITZSCH/RICK 2021) und damit verbundene Risiken offener Konflikte für Journalist:innen zusätzlich forciert, was für ein großes Einflusspotenzial von Eigentümer:innen spricht. Begrenzend kann das

Risiko eines Reputationsverlustes für Eigentümer:innen wirken, wenn zu starke und/oder direkte Einflussversuche beispielsweise publik werden und mit Außenerwartungen konfliktieren. Zudem ist im Gros von nur punktuellen direkten Interaktionen zwischen Eigentümer:innen und Journalist:innen auszugehen, die sich primär bei Journalist:innen in höheren Hierarchieebenen intensivieren (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 121). Es ist jedoch auch denkbar, dass Eigentümer:innen selbst journalistisch tätig sind – im österreichischen Boulevard beispielsweise eher die Regel denn die Ausnahme (vgl. MAGIN/STARK 2011; STARK/MAGIN 2009) – und beispielsweise in Redaktionskonferenzen aktiv und kraft des skizzierten Einflusspotenzials inhaltlich eingreifen.

Ein empirischer Nachweis des Einflusses von Eigentümer:innen auf journalistische Performanz ist schwierig (vgl. MÜLLER/DONSBACH 2006: 131). Dennoch konnte im Kontext von medienökonomischen und -politischen Veränderungen inhaltsanalytisch nachgewiesen werden, dass sich entlang von Verlagsstrukturen das argumentative Repertoire der Berichterstattung verkleinert sowie weniger umfangreich und weniger perspektivisch vielfältig über diese Fälle berichtet wird (vgl. für einen Überblick vgl. MÜLLER/DONSBACH 2006: 131ff.; ZERBACK 2013: 187ff.). Ein homogenisierender Effekt von Eigentumsstrukturen hinsichtlich der thematischen Ausrichtung, der Darstellungslogiken und der perspektivischen Vielfalt wurde auch zu anderen (polarisierenden) Themen nachgewiesen (vgl. BAUM/ZHUKOV 2019: 36; ROHLINGER/PROFIT 2017: 1287). Diese Studien zeigen besagte Unterschiede jedoch lediglich hinsichtlich von *Eigentumsstrukturen* auf; eine klare Differenzierung zwischen Einflüssen durch Eigentümer:innen und durch andere, innerhalb von Eigentumsstrukturen geteilte organisationale Faktoren erlauben sie jedoch kaum. Dezidiert nach dem Einfluss von Verleger:innen gefragt empfanden zu Beginn der 2000er-Jahre rund zwei Drittel deutscher Journalist:innen diesen als schädlich; 15 Prozent fühlten sich von Verleger:innen »eingengt«, aber nur drei Prozent gaben an, dass diese inhaltliche Entscheidungen im Alleingang durchsetzen (können) (KEPPLINGER et al. 2004). Die Zahl von 15 Prozent der deutschen Journalist:innen, die Eigentümer:innen einen sehr oder extrem starken Einfluss zusprechen, konnte später repliziert werden; in Österreich sind es rund zehn Prozent (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 113).

Eigentümer:innen sind also eine interne Bezugsgruppe von Journalist:innen, mit denen Intensionsinterferenzen denkbar sind und die ihr Einflusspotenzial in einseitigen Einflusskonstellationen, in denen

Journalist:innen wenig entgegensetzen können, zumindest punktuell durchsetzen (können) – was aber letztlich stark von der spezifischen Konstellation abhängig ist, was zu starke Verallgemeinerungen verunmöglicht. Hinsichtlich normativer Nachrichtenqualitätsstandards scheint dabei vor allem eine Verletzung der Unparteilichkeitsnorm denkbar, wenn Eigentümer:innen spezifische politische Positionen verfolgen. Außerdem kann die Fokussierung auf mit Interessen korrespondierende Perspektiven das argumentative Repertoire einschränken, was die Diskursivität der Berichterstattung begrenzt. Einschränkungen der Akteur:innenvielfalt scheinen auf die Verengung auf politische Funktionseliten denkbar, die als formale Machtträger:innen die relevantesten Adressat:innen für die politischen Interessen von Eigentümer:innen sind; innerhalb dieser Gruppe ist zudem eine Tendenz in Richtung bestimmter (partei-)politischer Positionen erwartbar.

Eine weitere wichtige interne Bezugsgruppe sind *Vorgesetzte und leitende Redakteur:innen* (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2). Sie stellen eine Gruppe dar, an denen sich Journalist:innen stark orientieren (vgl. REINEMANN 2003: 33ff.) und bilden intern die Gruppe, welcher der größte Einfluss zugesprochen wird (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 120). Sie sind dabei sehr nahe am journalistischen Produkt und sind beispielweise die Instanz, welche Journalist:innen am häufigsten unmittelbares Feedback auf konkrete journalistische Arbeiten gibt (vgl. WEISCHENBERG/MALIK et al. 2006: 87). Die Konstellationsstruktur zwischen Journalist:innen und ihren Führungskräften basiert auf einem hierarchischen Verhältnis als Verhandlungskonstellation, in welchem typischerweise eine »durch bindende Vereinbarungen verstetigte Einflussdominanz bestimmter Akteure in der Machtdimension« (SCHIMANK 2005: 37) besteht. Hierarchien stellen insofern eine besondere Form der Interdependenzbewältigung dar, als dass Entscheidungen an eine übergeordnete Leitungsinstanz delegiert werden, was zwar das Handeln der Mehrheit einschränkt, gleichzeitig aber die »[k]ollektive Handlungsfähigkeit [...] maximiert« (SCHIMANK 2005: 37). Auf der übergeordneten Ebene liegt damit eine klare Verhandlungskonstellation vor. Im journalistischen Alltag ist jedoch davon auszugehen, dass auch der Modus der Beeinflussung verstärkt zum Tragen kommt. Situativ werden nicht immer bindende Vereinbarungen, sondern operative, im Zweifel auch einseitig durchgesetzte journalistische Entscheidungen realisiert. Führungskräfte besitzen dabei sozialen Einfluss in Form formaler Macht, wie es konstitutiv für Vorgesetzte in Organisationen ist (vgl. SCHIMANK 2016: 268). Sie verfügen aber auch über

Ressourcen wie Budgets (vgl. WYSS 2002: 283), Arbeitskraft oder Zeit, die sie offen und unvermittelt als Einflusspotenziale geltend machen können, weil ihr Einfluss über ihr funktionstypisches »Sanktionspotential« (ENGELMANN 2016: 466) formal geregelt ist. Es ist davon auszugehen, dass Führungskräfte auch durch lediglich »antizipierte Weisungen Selektionsentscheidungen beeinflussen« (ENGELMANN 2016: 466), weil Journalist:innen in einer derart stabilen Konstellationsstruktur mit häufigen und routinierten Abstimmungsprozessen die Intentionen ihrer Vorgesetzten voraussehen lernen. Damit üben Vorgesetzte einen klar handlungsleitenden Einfluss auf ihnen hierarchisch untergeordnete Journalist:innen aus. Die Beeinflussungskonstellation kann jedoch auch zweiseitig (wenngleich nach wie vor asymmetrisch) werden, wenn Journalist:innen beispielweise versuchen, an ihrem internen ›Standing‹ zu arbeiten und Vorgesetzte für sich und ihre Intentionen zu gewinnen. Der Einfluss von Vorgesetzten auf Journalist:innen ist nicht nur einschränkend, sondern auch ermöglichend, indem diese beispielweise »Umwelteinflüsse«, z. B. in Form von externen Beschwerden (vgl. NEUBERGER 2007: 150), vermitteln bzw. im Zweifelsfall von Journalist:innen fernhalten.

Qua ihrer Funktion fungieren Führungskräfte im Journalismus als »Bindeglied zwischen journalistischer und unternehmerischer Seite« (LAUERER/KEEL 2019: 121). Sie geben unternehmerische Einflüsse, die sie selbst erfahren, an ihre Redaktion weiter und ›übersetzen‹ sie in handlungsleitende Dimensionen. Sie sind damit von strukturellen Rahmenbedingungen stärker betroffen als Journalist:innen ohne Leitungsposition (vgl. MCQUAIL 1992: 100) und nehmen aus dieser Lage heraus Unternehmensziele im Spannungsverhältnis zwischen Profit- und Qualitätsorientierung auch anders war (vgl. BEAM 2006: 176f.). Gleichzeitig liegt in den Händen von Führungskräften auch die Implementierung und Durchsetzung von normativen Zielen, beispielsweise von Qualitätszielen, was ihnen eine »Managementfunktion« (WYSS 2002: 22) für die Qualitätssicherung verschafft. In diesem Spannungsfeld können Führungskräfte als einflussstarke Bezugsgruppe von Journalist:innen demnach qualitätsfördernd, aber im Zweifel auch -beschränkend wirken; ob und in welche Richtung sich die Qualität der Berichterstattung von Journalist:innen unterscheidet, die einem starken Einfluss ihrer Führungskräfte ausgesetzt sind, bleibt demnach eine empirische Frage.

Die wichtigste interne Bezugsgruppe für Journalist:innen sind nach den Vorgesetzten ihre unmittelbaren *Kolleg:innen* (vgl. LAUERER/KEEL 2019:

120), wie sie auch als wichtige Instanz für unmittelbares Feedback auf journalistische Arbeiten identifiziert wurden (vgl. WEISCHENBERG/MALIK et al. 2006: 87) und die – wenngleich auf andere Weise – ebenfalls handlungsleitendes Potenzial besitzen (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2). Der primäre Modus der Konstellationsstruktur zwischen Journalist:innen und ihren Kolleg:innen ist der der Beobachtung. Einerseits findet diese Beobachtung in persönlichen oder digitalen Kontakten statt. Andererseits rezipieren Journalist:innen als Teil ihres professionellen Handelns auch die Arbeiten ihrer Kolleg:innen (vgl. REINEMANN 2003). Eine solche »Koorientierung« (ZERBACK 2013: 173) unter Journalist:innen wurde im Sinne einer generellen Ausrichtung an der Berichterstattung anderer Journalist:innen (nicht nur den unmittelbaren innerhalb der eigenen Organisation) im Sinne eines Intermedia Agenda Setting erforscht (vgl. SU/BORAH 2019). Kolleg:innen besitzen keine oder wenig formale Ressourcen oder anderweitige Einflusspotenziale. Journalist:innen stehen mit ihnen damit in einem weitgehend symmetrischen, wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis, das durch verstetigte Kooperation durch innerredaktionelle Funktionen und punktuelle Kooperation bei konkreter Zusammenarbeit gekennzeichnet ist. Durch den Prozess einer professionellen Sozialisation können Kolleg:innen aber auch in Beobachtungskonstellationen stark handlungsleitend wirken (vgl. RODGERS/THORSON 2003; WYSS 2002: 346).

Empirische Befunde zeigen, dass sich individuelle Merkmale von Journalist:innen dann in ihrer Berichterstattung niederschlagen, wenn sie relative Homogenität innerhalb einer Redaktion aufweisen (vgl. ZERBACK 2013: 193). Gemäß einer »Schwellen-Hypothese« (ZERBACK 2013: 158, basierend auf GANDY et al. 1997) ändert sich redaktionelle Kultur erst dann, wenn eine genügend große kritische Masse an Kolleg:innen bestimmten Merkmalen entspricht bzw. eine bestimmte Positionen vertritt. In die Logik der Akteur:innen-Struktur-Dynamik ›übersetzt‹ bedeutet das, dass Journalist:innen dann Intensionsinterferenzen als Quellen von Transintentionalität zu erwarten haben, wenn ihre Handlungsabsichten von den unter ihren Kolleg:innen mehrheitlich geteilten *abweichen*. Kolleg:innen können damit eine *abweichungsdämpfende* Wirkung haben. Nach Schimank (2016: 235) sind Dynamiken der Abweichungsdämpfung solche, »die einer Zustandsänderung entgegenwirken [...] [und] in Richtung Erhaltung einer Struktur« wirken. Den Akteur:innen erscheinen solche Dynamiken als Mechanismus sozialer Kontrolle. Mehrheitlich wird nur *antizipiert*, was einen Normverstoß auslösen würde, schließlich haben die Akteur:innen keine

formalen Sanktionsmittel; sie können jedoch durch einen »demonstrativen Erweis von Achtung bzw. die Androhung eines Achtungsentzugs mit entsprechendem Reputationsverlust« (SCHIMANK 2016: 272) reagieren.

Einerseits ist ein solcher Mechanismus zu erwarten, wenn Journalist:innen von normativen Erwartungsstrukturen (vgl. Kap. 3.2.2) abweichen. Hier spielt die »soziale Kontrolle durch die Kollegen eine wichtige Rolle, die ausgeübt wird, indem Verstöße gegen bestehende redaktionelle Normen« (NEUBERGER 2020: 190) sozial geahndet werden. Andererseits sind abweichungsdämpfende Dynamiken zu erwarten, wenn Journalist:innen entlang von Deutungsstrukturen (vgl. Kap. 3.2.1) handeln, die nicht in der »journalistischen Mehrheitskultur« (vgl. WEAVER/WILHOIT 1996: 138) verankert sind. Die »normierende Wirkung auf [...] Verhaltensweisen der Journalisten« (ZERBACK 2013: 174), die Kolleg:innen entfalten können und die letztlich zu »einer (zu) konsonanten und homogenen Berichterstattung« (MALIK 2008: 434) beitragen können, beziehen sich also maßgeblich auf mehrheitlich akzeptierte Deutungs- und Erwartungsstrukturen als Handlungsantriebe, die sie verstärken bzw. wo sie abweichendes Verhalten im Rahmen ihrer Möglichkeiten sozial ahnden. Wie sich die Realisierung von Qualitätsstandards von Journalist:innen konkret unterscheidet, die ihren unmittelbaren Kolleg:innen starken Einfluss zusprechen, bleibt demnach ebenfalls eine empirische Frage.

Politiker:innen, Beamt:innen und Interessengruppen

Neben internen Bezugsgruppen befinden sich Journalist:innen auch in Konstellationen mit externen Bezugsgruppen aus anderen gesellschaftlichen Teilsystemen. Das zentrale Bezugssystem des Nachrichtenjournalismus ist das politische System, für das er Öffentlichkeit herstellt und sich dabei »an Gemeinwohlerwägungen wie der »öffentlichen Aufgabe« der Presse« (NEUBERGER 2016: 299) orientiert. Die gewichtige Folge davon ist, dass es Journalist:innen im Austausch mit Akteur:innen des politischen Systems mit Akteur:innen zu tun haben, deren Deutungsstrukturen nicht dem Code des journalistischen Systems entsprechen, sondern jenem des politischen. Schimank (2005: 41) bezeichnet diesen als »Macht-Code«. Es ist davon auszugehen, dass »Prozesse und Inhalte« von Nachrichtenjournalismus auch durch das »Beziehungsgeflecht zwischen Macht- und Medieneliten geprägt sind« (PFETSCH/MAYERHÖFFER 2011: 40), die je unterschiedlichen Intentionen folgen. Als weitere Konstellationsstruktur, die

mitbestimmt, wie Journalist:innen handeln ›können‹, und damit potenziell inhaltsprägend ist, wird deshalb jene zwischen Journalist:innen und *Politiker:innen* in den Blick genommen (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2). Nach wie vor sind es politische Akteur:innen, die zentral an der Aushandlung der Grenzen des Journalismus beteiligt sind (vgl. VÄLIVERRONEN 2022: 1). Dass das Verhältnis zwischen journalistischen und politischen Akteur:innen dabei an die Ausgestaltung von Demokratie rückgebunden ist, zeigt sich beispielsweise daran, dass politischer Einfluss auf Journalist:innen auf Ebene von Mediensystemen negativ mit der Qualität von Demokratie korreliert (vgl. HANITZSCH et al. 2019: 126f.) – ein starker politischer Einfluss also auf demokratische Defizite hindeutet.

Auf der Ebene von Akteur:innen als Handelnde bestehen zwischen Journalist:innen und Politiker:innen direkte Interaktionen. Einerseits befinden sie sich in einer verstetigten Beobachtungskonstellation: Journalist:innen im Rahmen der dargelegten Kernfunktion der Umweltbeobachtung; Politiker:innen deshalb, weil ihr eigener Erfolg auch von massenmedialer Sichtbarkeit abhängt und sie in diesem Sinne ganze Kommunikationsabteilungen engagieren, die eine systematische Beobachtung des Journalismus betreiben (vgl. DONGES/JARREN 2022: 159ff.). Auf diesem Modus der Beobachtung aufbauend finden zwischen Journalist:innen und Politiker:innen jedoch auch gezielte und wechselseitige Beeinflussungen bzw. Beeinflussungsversuche statt – die klassische Frage in diesem Wechselspiel ist, wer dabei den »Tango« führt (vgl. STRÖMBÄCK/NORD 2006: 147). Auch wenn diese Frage je nach Blickwinkel unterschiedlich beantwortet wird (vgl. NEUBERGER 2020: 9), ist von einer Wechselseitigkeit der Handlungsabstimmung auszugehen. Dabei kann auch rein antizipiertes Handeln handlungsleitend werden (vgl. LORENZ 2017: 36), etwa wenn Journalist:innen vorwegnehmen, wie politische Funktionseliten auf ihre Berichterstattung reagieren (könnten).

Der Modus des Handelns in den Konstellationen zwischen Journalist:innen und Politiker:innen kann dabei durchaus *rollen- und normenkonform* erfolgen. Nicht nur Journalist:innen handeln gemäß teilsystemisch bedingten Deutungs- und normativen Erwartungsstrukturen, auch Politiker:innen tun dies – was ihnen die Chance bietet, gegenseitiges Handeln besser antizipieren zu können (vgl. ÖREBRO 2002). Der Idee einer gemeinsamen ›politischen Kommunikationskultur‹ folgend wird »die Interaktion von Politik und Medien auf der Grundlage von gemeinsamen Normen und Koorientierungen in Bezug auf die Kommunikationsziele und

die Publika politischer Botschaften reguliert« (PFETSCH/MAYERHÖFFER 2011: 42). An seine Grenzen stößt dieses Handeln »an jenen Stellen, an denen (macht)politische Logiken ins Spiel kommen« (PFETSCH/MAYERHÖFFER 2011: 57) – was in der Aushandlung zwischen Journalist:innen und Politiker:innen häufig der Fall sein dürfte. Denn beide Gruppen verfügen über spezifische Ressourcen bzw. ein spezifisches Einflusspotenzial sowie eigene Interessen, die ein *interessenverfolgendes* Handeln wahrscheinlich machen, wie es dem Homo Oeconomicus entspricht. Politiker:innen bringen als zentrale ›Währung‹ den Zugang zu (Exklusiv-)Informationen des Nachrichtengeschehens mit und haben im Gegenzug ein spezifisches Interesse daran, aktiv auf das Ausmaß und den Tenor der Berichterstattung über ihre Person oder ihre Partei einzuwirken (vgl. MAURER/BEILER 2018). Journalist:innen dagegen sind auf genau diese Informationen angewiesen (vgl. PFETSCH/MAYERHÖFFER 2011: 50), die ihnen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ihren Kolleg:innen bzw. anderen Medien verschaffen. Als Ressource bringen sie im Gegenzug den Zugang zu Öffentlichkeit mit bzw. in Zeiten des zunehmenden Relevanzverlusts von Journalismus (vgl. JARREN/FISCHER 2021: 365) zumindest eine Qualität von Öffentlichkeit, die politische Akteur:innen nicht durch eigene Kommunikationsaktivitäten erreichen können. Beide Seiten können jedoch auch ein Interesse daran haben, persönliche Bindungen aufzubauen (vgl. MAURER/BEILER 2018: 2032) und auf der politischen ›Hinterbühne‹ (vgl. PFETSCH et al. 2014: 88) zu agieren, denn letztlich »stellen auch ›gute Beziehungen‹ zu einflussreichen Akteuren eine eigene Einflussquelle desjenigen dar, der diese Beziehungen für oder gegen andere ›spielen‹ lassen kann« (SCHIMANK 2016: 270, Kursivsetzung im Original).

Ob die Konstellationsstruktur zwischen Journalist:innen und Politiker:innen vor dem Hintergrund dieser Einflusspotenziale und Interessen als symmetrisch oder asymmetrisch – und wenn Letzteres, in welche Richtung – zu sehen ist, ist eine Frage, die im Zuge der Forschung zur stufenweisen Mediatisierung bzw. Medialisierung von Politik lange und ohne abschließende Antwort verhandelt wurde (vgl. ALTHEIDE/SNOW 1979; REINEMANN 2010; STRÖMBÄCK 2008). In der direkten Wahrnehmung der beiden Gruppen sehen sich beide »mit einer vermeintlichen Übermacht der anderen Seite konfrontiert« (PFETSCH/MAYERHÖFFER 2011: 57). Interpretiert man dies als eine relative Symmetrie, so hat das aus Perspektiven der Akteur:innen-Struktur-Dynamik Implikationen für die strategische Interessenverfolgung innerhalb der Konstellation: Je symmetrischer die Beziehungen zwischen

Akteur:innen sind, desto labiler sind sie, weil die Interessenverfolgung der einen Seite direkt die Interessen der anderen Seite tangiert. Wenn eine Seite nun ihre Abhängigkeit verringert, steht die andere Seite unter akutem »Interdependenzdruck«, was deren »Neigung zu entscheidungsförmiger Interessenverfolgung« (SCHIMANK 2016: 181) erhöht. Schimank (ebd., Kursivsetzung im Original) nennt diesen Mechanismus der »Verselbstständigung« von interessengeleitetem Handeln eine »*eigendynamische Diffusion von Interessenverfolgung*«, wie sie die Chance auf anders motiviertes Handeln verringert. Zusammenfassend lässt sich die Akteur:innenkonstellation zwischen Journalist:innen und Politiker:innen also als eine den Modus der Beobachtung stark beibehaltende wechselseitige Einflusskonstellation beschreiben, in der sich Ressourcen und Interessen nahezu spiegelbildlich gegenüberstehen. Das kann einerseits zu Kooperation, aber auch zu stark interessengeleitetem – und durchaus konflikthaftem (vgl. MAURER/RIEDL 2020; SCHWAB CAMMARANO/MEDRANO 2014) – Handeln führen. Journalist:innen können politischen Einflüssen aber nicht nur ihre eigenen Ressourcen entgegensetzen, sondern sich auch auf die eigenen journalistischen und die gegenüberliegenden politischen Rollen und Normen berufen.

Eine weitere relevante Gruppe externer politischer Akteur:innen sind politische *Beamt:innen*, beispielsweise in Ministerien oder in der höheren Verwaltung, welche die journalistische Berichterstattung ebenfalls mitprägen können (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2). Sie wurden von der Forschung kaum beachtet, ihr Potenzial als handlungsleitende Kraft für Journalist:innen aber beispielsweise im EU-Journalismus erkannt, wo sie in engen Konstellationen mit Journalist:innen agieren (vgl. BAISSNÉE 2003: 110; LORENZ 2017: 342). Im Gegensatz zu Politiker:innen sind sie in ihrem Handeln zwar weniger abhängig von Journalismus: Sie sind »weniger auf Wählerinnen und Wähler und Publikum angewiesen und agieren daher eher nicht öffentlich« (DONGES/JARREN 2022: 135). Es kann aber davon ausgegangen werden, dass sie sachbezogene Interessen verfolgen, für die mediale Berichterstattung hilfreich sein kann und die mit ihnen nahestehenden Politiker:innen korrespondieren. Im Gegenzug besitzen sie für Journalist:innen zwar persönlich kaum Nachrichtenwert, können aber eine wertvolle Quelle von Hintergrundinformationen sein (vgl. LORENZ 2017: 317). Dis ist vor allem »off the record« (BAISSNÉE 2003: 110) der Fall, was ein Grundvertrauen zwischen Journalist:innen und Beamt:innen voraussetzt. Es kann also davon ausgegangen werden, dass auch zwischen ihnen eine Beeinflussungskonstellation mit ähnlichen Einflusspotenzialen wie

mit Politiker:innen besteht – aufgrund einer weit loseren gegenseitigen Abhängigkeit und mehrheitlich nur punktuellen Abstimmungen jedoch mit einer weniger starken interessengeleiteten Dynamik.

Als dritte externe Einflussgruppe kommen *Interessengruppen* (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2) infrage. Darunter fallen beispielsweise Lobbygruppen, organisierte Interessenverbände oder professionelle Kommunikator:innen. Sie können zwar auch anderen Teilsystemen entstammen, beispielsweise der Wirtschaft, oder sogar stärker organisierte zivilgesellschaftliche Gruppen darstellen, und entsprechende Ziele verfolgen. Sie »artikulieren und verhandeln diese aber in hohem Maße auch in der politischen Arena« (LAUERER/KEEL 2019: 126) und begegnen Journalist:innen demnach in dieser Logik. Auch ihnen kann ein spezifisches Interesse an journalistischer Aufmerksamkeit unterstellt werden und auch sie besitzen Einflusspotenziale durch Informationen bzw. fallweise auch durch spezifische Expertise. Für Journalist:innen besitzen sie jedoch weniger Nachrichtenwert als Funktionseleiten. Zudem ist ihre Intention, Einfluss auf Nachrichteninhalte zu nehmen, offensichtlicher und Interferenzen mit journalistischen Deutungs- und Erwartungsstrukturen damit größer. Dies hat zur Folge, dass zwar der Modus der Beeinflussung die Konstellation prägt, diese – und vor allem die vorgelagerte Beobachtung – aber einseitiger durch Interessengruppen und in Ermangelung von größeren Einflusspotenzialen schwächer ausfallen. So zeigen sich etwa Konstellationen zwischen NGOs und Journalist:innen als punktueller, weniger formalisiert und routiniert als jene mit Funktionseleiten (vgl. LÜCK et al. 2018: 515). Für weniger statusstarke Gruppen kann es sinnvoll sein, den Journalismus zu umgehen und über eigene Kommunikationsaktivitäten zu versuchen, Öffentlichkeit zu generieren (vgl. SCHÄFER 2012), was die Konstellation mit Journalist:innen entkräftet.

Es ist anzunehmen, dass die Richtung der interessengeleiteten Einflussversuche von Politiker:innen, Beamt:innen und Interessengruppen als zentrale externe Bezugsgruppen des Nachrichtenjournalismus – trotz der skizzierten Unterschiedlichkeit der Konstellationsstrukturen – auf die journalistische Berichterstattung eine ähnliche ist. Diese in den Blick zu nehmen, entspricht dem Plädoyer von Lück et al. (vgl. 2018: 513), den wissenschaftlichen Fokus weg von der möglichst präzisen Definition der Beziehung zwischen Journalist:innen und ihren Bezugsgruppen darauf zu lenken, wie diese Beziehungen konkret Gestalt annehmen. Auch wenn die Orientierung an politischen Akteur:innen noch nicht zwingend vorgibt, wie Journalist:innen das gewonnene Material einsetzen (vgl. MCQUAIL

1992: 131), so muss vor dem Hintergrund der spezifischen Interessen eine Beschneidung der Unparteilichkeit von journalistischer Berichterstattung befürchtet werden (vgl. WESSLER 2008a: 7). In diesem Sinne problematisieren Cushion und Thomas (vgl. 2019: 395), dass die Rolle von politischen Eliten für die journalistische Implementation der Unparteilichkeitsnorm nach wie vor zu wenig beachtet wird. Ein moderater Klientelismus zwischen Journalist:innen und politischen Akteur:innen kann aber auf ambivalente Weise auch positive Effekte auf Nachrichtenqualität haben, wenn durch politische Akteur:innen deren Argumente, Hintergrundinformationen und Kontextwissen Eingang in die Berichterstattung finden und die Diskursivität erhöhen (vgl. WESSLER 2008a: 7).

Hinsichtlich der Akteur:innenvielfalt muss davon ausgegangen werden, dass ein erfolgreicher Einfluss politischer Akteur:innen diese einschränkt und sowohl einen Bias in Richtung von Funktionseliten als auch in eine bestimmte (partei-)politische Richtung erzeugt. Es ist anzunehmen, dass dies vor allem die mediale Repräsentation statusschwacher Gruppen beschneidet, auch wenn ihre Perspektiven demokratietheoretisch hohen Wert besitzen können (vgl. MCQUAIL 1992: 83). Gedeckt wird diese Annahme durch eine systematische Literaturanalyse zum Quelleneinsatz von Journalist:innen von Hertzum (vgl. 2022), wonach Politiker:innen – beispielsweise durch Pressemitteilungen, Regierungserklärungen oder durch ihre eigene strategische Online-Kommunikation – über Einzelstudien hinweg zu den zentralen Bezugsgrößen von Journalist:innen gehören. Eine Studie von Goot et al. (vgl. 2021: 229) – eine der wenigen Studien, die in diesem Kontext Inhaltsanalyse- und Befragungsdaten kombiniert – zeigt zudem, dass persönliche Verbindungen zwischen Journalist:innen und Politiker:innen zu einem erhöhten Umfang der Berichterstattung und zu einer positiveren Tonalität führen.

Abstrakte Einflüsse aus Akteur:innenkonstellationen

Bisher wurde dargelegt, dass Journalist:innen in Konstellationen mit internen wie externen Akteur:innen agieren. Aus ihnen gehen spezifische Einflüsse hervor, die sowohl ermöglichen als auch begrenzen, was Journalist:innen realisieren »können«. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Journalist:innen auch Einflüssen ausgesetzt sind, die hochrelevant für die Qualität der Berichterstattung sind und die implizit in Konstellationsstrukturen an sie herangetragen werden, die aber derart abstrakt

und global sind, dass sie nicht mehr konkreten Konstellationsstrukturen zugeordnet werden können. Demnach weicht hier auch die Abgrenzung zwischen intern und extern auf, weil *abstrakte Einflüsse* aus beiden Sphären stammen können bzw. sich dieser Trennung entziehen. Als entscheidend, um handlungsrelevant zu werden, ist auch in Unkenntnis der konkreten Quellen abstrakter Einflüsse die Wahrnehmung durch Journalist:innen als Handelnde. Es ist davon auszugehen, »dass die äußeren Bedingungen vor dem Hintergrund der inneren Bedingungen wahrgenommen und interpretiert werden«; es wird angenommen, »dass nicht vermeintlich ›objektive‹ Handlungsbedingungen Entscheidungen determinieren, sondern wie diese wahrgenommen werden« (BAUGUT/REINEMANN 2022: 6).

Ökonomische Maxime

Eine übergeordnete, derart abstrakte Einflussgröße ist eine *ökonomische Maxime* (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2), die ursprünglich dem wirtschaftlichen Teilsystem entstammt. In funktional hoch ausdifferenzierten kapitalistischen Gesellschaften ist jedoch von einem übergeordneten »Primat der Wirtschaft« (SCHIMANK 2010: 44) gegenüber anderen Teilsystemen auszugehen. So argumentieren Schimank und Volkmann (2015: 120), in ihnen »dominiert die kapitalistische Wirtschaft die anderen Teilsysteme« derart, dass andere Teilsysteme »bei ihrer Leistungsproduktion beständige Rücksicht auf die wirtschaftlichen Prosperitätserfordernisse zu nehmen« haben. Während der Journalismus mit anderen Teilsystemen durch spezifische Leistungsbeziehungen verbunden ist – beispielsweise mit dem politischen, für das er Öffentlichkeit herstellt –, geht die Beziehung zum wirtschaftlichen darüber hinaus. Es besitzt eine Übermacht gegenüber anderen Teilsystemen, sodass deren »Entfaltungsspielraum [...] folgenreich und strukturell, nicht bloß nach wechselnden kontingenten Umständen, durch funktionale Erfordernisse wirtschaftlicher Prosperität gerahmt« (SCHIMANK 2010: 44) wird. Auch wenn die jeweiligen teilsystemischen Eigenlogiken zunächst erhalten bleiben, besteht die Gefahr, durch die Logik wichtigerer Teilsysteme überlagert oder verdrängt zu werden (vgl. LORENZ 2017: 70). Es entstehen zudem insofern »organisatorische Koexistenzen« (SCHIMANK 2007a: 227, Kursivsetzung im Original), als dass die Organisationsstrukturen in modernen Gesellschaften nicht immer entlang der teilsystemischen Differenzierung verlaufen, sondern interne Organisationseinheiten verschiedenen teilsystemischen Logiken folgen. So orien-

tieren sich wirtschaftliche Abteilungen in Medienunternehmen an einer ökonomischen Logik, während Redaktionen einer journalistischen folgen (bzw. normativ folgen sollten) – eine ökonomische Maxime ist also gleichermaßen ein interner wie externer Einfluss (vgl. LAUERER 2021: 73ff.).

Eine ökonomische Maxime ist als struktureller Einfluss auf Journalismus auf der systemischen und organisationalen Ebene zu verorten (vgl. DE VREESE et al. 2017: 5) und stellt eine unverzichtbare Größe für ein Verständnis der Strukturen und Dynamiken des gegenwärtigen Journalismus dar (vgl. BENSON 2017: 1221), was insbesondere die Handlungsfreiheit von Journalismus einschränken kann (vgl. SCHUDSON 2011: 111). Während sich der Einfluss anderer Teilsysteme auf spezifische Konstellationsstrukturen beschränkt, geht der des wirtschaftlichen jedoch darüber hinaus: »Commercialization is [...] seen as changing pretty much all aspects of journalism«, stellt Örnebring (2018: 563) lapidar fest. Innerhalb von journalistischen Erwartungsstrukturen wurde eine Marktlogik als integraler Bestandteil journalistischer Kultur begriffen (vgl. HANITZSCH 2007a: 374f.). Innerhalb von Erwartungsstrukturen spiegeln etwa Erwartungen von Rezipient:innen als Konsument:innen (vgl. BAKER 2001: 280; vgl. Kap. 3.2.2) eine ökonomische Logik wider. Innerhalb von Konstellationsstrukturen weicht eine Trennung zwischen Redaktionen und wirtschaftlichen Abteilungen schrittweise auf und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit und gegenseitige Anpassung gewinnt Raum (vgl. CORNIA et al. 2020: 172f.). Zudem werden ökonomische Überlegungen durch Führungskräfte an Journalist:innen herangetragen (vgl. PICARD 2004: 54). Journalist:innen stehen damit im »Spannungsfeld zwischen publizistischen und ökonomischen Zielen« (BAUGUT/REINEMANN 2022: 9). Auch wenn sie mehrheitlich in Konstellationsstrukturen vermittelt werden, greift es zu kurz, eine wirtschaftliche Logik rein dort verorten zu wollen. Ähnlich argumentiert Sjøvaag (vgl. 2013: 159), dass ökonomische Faktoren Journalist:innen nicht mehr als externe Kräfte, sondern als »natürliche« Aspekte der journalistischen Tätigkeit erscheinen. Eine ökonomische Maxime wird deshalb theoretisch getrennt als abstrakter Einfluss auf Nachrichtenqualität begriffen. Sie wird auch deshalb analytisch separiert, um sie empirisch klarer greifbar machen zu können.

Konkret manifestiert sich eine ökonomische Maxime einerseits durch *Profiterwartungen* des jeweiligen Medienunternehmens, die als »Ökonomisierungsdruck« (SCHIMANK/VOLKMANN 2015: 125) auch für Journalist:innen spürbar werden. Zur Profitmaximierung können Journalist:innen in privatwirtschaftlich organisierten Medienunternehmen primär dadurch bei-

tragen, dass sie möglichst reichweitenstarke Inhalte produzieren. Im klassischen Journalismus wurde dies primär im TV-Sektor durch das vielzitierte Dilemma zwischen »Qualität und Quote« (SERONG 2015: 196) diskutiert; im digitalen Journalismus durch reichweitensteigernde Phänomene wie Clickbaiting (vgl. HAIM et al. 2021; KLEIN et al. 2023). Steigende ökonomische Erwartungen können sich auch in einer »verschärften medialen Koorientierung« (REINEMANN/BAUGUT 2014a: 502), also einer verstärkten Orientierung aneinander, niederschlagen, weil Informationen in anderen Angeboten leicht und schnell recherchiert werden können und hinsichtlich von Reichweiten entscheidend ist, wer ein Thema wie schnell »bringt«. Eine profitmaximierende Reichweitenorientierung wurde dabei kapitalistisch organisierten Medien zugeschrieben (vgl. PICKARD 2019: 155) und gehofft, dass öffentlich-rechtlich organisierte Medien Defizite in der Performanz von privaten Medien ausgleichen können (vgl. CURRAN et al. 2009). Auch wenn im öffentlich-rechtlichen Sektor durch dessen marktunabhängige Abgabenfinanzierung keine Profiterwartungen gestellt werden können, hat sich auch dort Akzeptanz auf dem Markt als – wenngleich strittiger – Erfolgsnachweis und Legitimitätsgrundlage etabliert (vgl. KIEFER/STEININGER 2014: 370ff.; PFAFF-RÜDIGER et al. 2010: 116f.).

Andererseits wird eine ökonomische Maxime für Journalist:innen durch werbliche Überlegungen greifbar. Die Finanzierung von Journalismus durch Werbung als »intersystemische Nutzenverschränkung von Journalismus und Wirtschaft« (SCHIMANK/VOLKMANN 2015: 123) lässt sich mehrere Jahrhunderte zurückverfolgen (vgl. LAUERER 2021: 9ff.; MCMANUS 2009: 219f.; ÖRNEBRING 2018: 561f.). Lauerer (2021: 267) spricht insofern von der »Janusköpfigkeit der Beziehung«, als dass Werbung damit zwar die funktionale Etablierung des Journalismus ermöglicht hat, aber auch Treiber einer potenziell Qualität gefährdenden Ökonomisierung ist. Gegenwärtig wird vor allem problematisiert, dass sich im Zuge des »digitalen Strukturwandels der Öffentlichkeit« (EISENEGGER 2021: 6) das Geschäftsfeld des Journalismus auf Online-Kanäle verlagert hat. Dort konkurriert er aber mit globalen Tech-Unternehmen um Werbespendings und konnte aufgrund der »»Gratismentalität« im Netz« (STARK et al. 2021: 430) bisher auch kein alternatives Finanzierungsmodell etablieren. Damit schwächt sich für Journalist:innen eine »Hierarchie der beruflichen Ziele (erst Gesellschaft/Publikum, dann Öffentlichkeitsarbeit/Werbung)« ab, die »umgekehrt zur Verteilung der ökonomischen Einflusspotenziale« (NEUBERGER 2016: 300) vorliegen – was Interferenzen zwischen den Deutungs-

und Erwartungsstrukturen von Journalist:innen und der Orientierung an werblichen Überlegungen wahrscheinlich macht. Die Hoffnung liegt darin, dass »Berufsnormen [...] den Einfluss der [...] Werbung auf den redaktionellen Teil« (NEUBERGER 2016: 300) begrenzen. Fraglich ist jedoch, ob Journalist:innen »das normative Rüstzeug« (LAUERER 2021: 270, Kursivsetzung weggelassen) gegen werbliche Überlegungen derart tiefgehend internalisiert haben und in der Aushandlung von handlungsleitenden Logiken erfolgreich einbringen können.

Nachdem Kommerzialisierung im Journalismus als Prozess verstanden wird, der sich unmittelbar auf Ebene journalistischer Handlungen und Inhalte vollzieht (vgl. ÖRNEBRING 2018: 561), wird eine ökonomische Maxime als unmittelbare Bedrohung von Medienqualität begriffen (vgl. z. B. BECK et al. 2010: 37ff.; PICARD 2004: 6off.; PIHL-THINGVAD 2015). Das Argument ist hier, dass andere Branchen »Kostenreduktion durch Leistungsreduktion« (SCHIMANK/VOLKMANN 2015: 122, Kursivsetzung im Original) betreiben, also beispielsweise bei gleichbleibendem Preis – und gleichbleibender Qualität – die Menge ihres Produkts reduzieren können, im Journalismus aber Ökonomisierung unmittelbar zu *veränderten Inhalten* führt (vgl. SCHIMANK/VOLKMANN 2015: 126). Es wird also von einer grundsätzlichen Spannung zwischen ökonomischer Maxime und normativer Qualität (vgl. PICKARD 2019: 154) ausgegangen, die auf das demokratische Potenzial von Journalismus rückwirkt (vgl. BENSON 2017: 1219).

Hinsichtlich der Unparteilichkeit von Nachrichten als Teil einer neutralen Vermittlungsrolle von Journalismus im repräsentativen Modell wurde ökonomischer Druck ambivalent diskutiert. Einerseits kann die wirtschaftliche Abhängigkeit von Werbekund:innen – die, zumindest in Österreich, zu einem gewichtigen Teil Ministerien und andere politische Institutionen sind (vgl. KALTENBRUNNER 2021) – die Unparteilichkeit der Berichterstattung über diese Akteur:innen verzerren. Dies wurde beispielsweise für die Tonalität der Berichterstattung empirisch gezeigt (vgl. HAGEN et al. 2014). Außerdem wird eine verstärkte, ökonomisch bedingte Reichweitenorientierung als Grund für die Tendenziösität von politischer Berichterstattung argumentiert (vgl. BENSON 2017: 1220). Zudem gibt es die Befürchtung, dass werbliche Praktiken wie journalistisch anmutende Advertorials von politischen Akteur:innen (vgl. ÖRNEBRING 2012: 506) nicht nur publikumsseitig nicht als Werbung wahrgenommen werden, sondern auch für Journalist:innen, die beides produzieren, ein Trennungspostulat zwischen den Logiken unparteilicher Berichterstattung und werblicher

Einschaltungen aufweichen. Im Gegenzug dazu wurde jedoch auch argumentiert, dass gerade die Finanzierung von Journalismus durch Werbung eine von anderen Stakeholdern unabhängige Finanzierung von Journalismus sicherstellt, die es erlaubt, in erhöhte Qualität zu investieren (vgl. NIELSEN 2019: 326). Zudem kann Unparteilichkeit auch eine ökonomische Strategie sein, um für ein möglichst breites, ideologisch disperses Publikum interessant zu sein (vgl. SCHUDSON 2001: 150).

Hinsichtlich der im Sinne eines deliberativen Diskurses argumentierten Diskursivität von Berichterstattung gibt es die Befürchtung, dass eine ökonomische Maxime diese im Sinne einer Softnews- bzw. Boulevard-Orientierung beschneidet (vgl. ÖRNEBRING 2018: 562), die wie dargelegt konträr zu Diskursivität steht. So wurde auf einer Makro-Ebene gezeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen ökonomischem Druck und einem Softnews-Charakter der Berichterstattung gibt (vgl. REINEMANN/SCHERR et al. 2017: 177). Auch auf Ebene von Medienorganisationen gibt es einen Zusammenhang zwischen einer von Journalist:innen wahrgenommenen Marktorientierung und ›soften‹ Themen bzw. Darstellungsformen (vgl. BEAM 2003). Als Grund dafür wird die Beschneidung von tiefgehenden und sauberen Recherchen angeführt (vgl. PÖTTKER 2007: 19), wo versucht wird, mit einem günstiger produzierten Produkt denselben Erlös zu generieren. Eine kommerzielle Logik wurde zudem als Treiber einer emotionalen Berichterstattung argumentiert. Hier ist das Kalkül, durch aufmerksamkeitsgenerierende Elemente wie Emotionen die Reichweiten und damit die Werbeerlöse steigern zu können (vgl. PICARD 2004: 61); ob mit diesem Antrieb konstruktive, auf Partizipationsförderung ausgelegte Formen von Emotionen realisiert werden, wie sie normativ dem partizipatorischen Demokratiemodell zugeordnet werden, ist jedoch fraglich. Hinsichtlich der medialen Repräsentation einer Vielfalt von Akteur:innen besteht die Befürchtung, dass eine ökonomische Maxime zu einer massenkompatiblen Homogenisierung führt, welche die Breite der medial repräsentierten Meinungen und Perspektiven einschränkt (vgl. PICARD 2004: 61; PICKARD 2019: 156).

Ressourcen und Zeit für die Berichterstattung

Eine weitere Einflussquelle, die sich aus Konstellationsstrukturen ergibt und von der angenommen werden kann, dass sie die Qualität der Berichterstattung mitbestimmt, sind *Ressourcen und Zeit*, die Journalist:innen für

die Realisierung ihrer journalistischen Ziele zur Verfügung stehen (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2). Die Frage nach Ressourcen für die Berichterstattung ist eng mit einer ökonomischen Maxime verbunden, da eine Marktlogik eine Art der Ressourcenallokation darstellt (vgl. PICKARD 2019: 154). Außerdem geschieht die innerredaktionelle Allokation von Ressourcen immer in Relation zur ökonomischen Basis eines Medienunternehmens (vgl. BECK et al. 2010: 38). Ressourcen werden in der Akteur:innen-Struktur-Dynamik nicht eindeutig verortet, wofür sie kritisiert wurde (vgl. KELDENICH 2019: 77). Deshalb divergieren auch die theoretischen Verortungen: Altmeppen (vgl. 2006: 33)¹⁵ verortet sie innerhalb der durch institutionelle Ordnungen entstehenden Erwartungsstrukturen, Donges (vgl. 2002: 54) im Zusammenspiel institutioneller Ordnungen und Akteur:innenkonstellationen, Lauerer (vgl. 2021: 39f.) schließt sich Letzterem an. Die vorliegende Studie schließt sich Riesmeyer (vgl. 2014: 295) und Paff-Rüdiger et al. (vgl. 2010: 112) an. Sie verorten Ressourcen innerhalb der Konstellationsstrukturen, wo sie von hierarchisch höherstehenden internen Akteur:innen mit entsprechenden Entscheidungsbefugnissen (vgl. den Abschnitt zu Vorgesetzten in diesem Kapitel) oder durch externe Akteur:innen mit entsprechender Ressourcenausstattung allokiert werden. In diesem Sinne »kristallisieren sich Konstellationsstrukturen [...] in Form von Verteilungsmustern heraus« (LORENZ 2017: 37).

Die Verortung von Ressourcen in Konstellationsstrukturen konkretisiert auch, inwiefern diese »im journalistischen Arbeitsalltag eine stark handlungsprägende Wirkung« (LORENZ 2017: 412) entfalten. Ressourcen, die Akteur:innen für ihre Zielerreichung brauchen, stellen in Konstellationsstrukturen gleichzeitig die Einflusspotenziale anderer Akteur:innen dar, die in der Lage sind, diese Ressourcen zu verteilen (vgl. SCHIMANK 2007a: 191f.). Handeln stellt vor diesem Hintergrund das Produkt aus den

15 Altmeppen (2006: 33) und auch Wyss (2016b: 169) und Lorenz (2017: 53f.) beziehen sich in ihrem Begriff von Ressourcen auf Giddens, der in seiner Strukturierungstheorie Strukturen als »recursively organized sets of rules and resources« (GIDDENS 1984/2009: 64) begreift und darauf basierend zwischen *allokativen* Ressourcen als »capabilities [...] generating command over objects, goods or material phenomena« und *autoritativen* Ressourcen als »transformative capacity generating command over persons or actors« (GIDDENS 1984/2009: 72) unterscheidet. Dieser Ressourcenbegriff geht weit über den hier vertretenen hinaus, der sich primär auf allokativen Ressourcen als Verfügungsgewalt über materielle Objekte und Güter bezieht, während autoritative Ressourcen als Machtausübung über Akteur:innen und Personen theoretisch in spezifischen Konstellationsstrukturen aufgefangen werden.

Interessen von Akteur:innen und den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen dar, wobei diese beiden Dimensionen rekursiv verbunden sind: Einerseits bestimmen Ressourcen die Interessen, denn »[m]an strebt [...] nur an, was man auch, wie mühselig und langwierig auch immer, meint erreichen zu können« (SCHIMANK 2007a: 229f.). Andererseits bestimmen Interessen, was Akteur:innen als hilfreiche Ressourcen definieren, denn »[n]ur dem, der weiß, was er will, erschließt sich, was er diesbezüglich bewirken kann bzw. nicht kann« (ebd.: 230). Dadurch entsteht eine enge Verbindung zwischen Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten. Im Journalismus sind vor allem Vorgesetzte und leitende Redakteur:innen in der Position, Ressourcen für die Berichterstattung zu allozieren. Konkrete Ressourcen sind beispielsweise professionelle Netzwerke, Geld, die redaktionelle Infrastruktur, (Produktions-)Wissen, die Arbeitsplatzausstattung oder personelle technische Ressourcen wie beispielweise für Schnitt, IT oder Grafik (vgl. ALTMEPPEL 2006: 53; BECK et al. 2010: 173; LAUERER 2021: 200; WYSS 2016b: 169).

Eine zentrale Ressource stellt zudem die *Zeit* dar, die Journalist:innen zur Verfügung steht. Zeit als Ressource verdeutlicht, inwiefern die Verteilung von Ressourcen eine redaktionelle Koordinationsaufgabe ist. So gilt es im Sinne erfolgreicher Berichterstattung, die *Arbeitszeit* von Journalist:innen als die »Zeitstruktur [...], in der subjektive Lebenswelten und journalistische Produktion miteinander koordiniert werden«, und die *Produktionszeit* als »organisationsinterne zeitliche Strukturierung«, so aufeinander abzustimmen, dass es der *Aktualität* von Nachrichteneignissen gerecht wird, die als »das zeitliche Verhältnis des Medienereignisses zum sozialen Ereignis« (LÜNENBORG 2012a: 16; vgl. TENENBOIM-WEINBLATT/NEIGER 2018) begriffen werden kann. Die Zeit, die Journalist:innen für ihre Berichterstattung zur Verfügung steht, wird so zu einer in Konstellationen verhandelten Managementaufgabe, die entscheidenden Einfluss auf journalistische Inhalte hat. Sie stellt damit eine »nachhaltig relevante Ressource bei der Herstellung von Öffentlichkeit« (LÜNENBORG 2012a: 22) dar. Im Journalismus zeigt sich eine zunehmende Beschleunigung, in deren Zuge traditionelle Nachrichtenzyklen durch einen digitalen »24/7«-Modus (vgl. HARRO-LOIT/JOSEPHI 2020: 395) ersetzt werden und in dem Journalismus kontinuierlich und im zeitlichen Konkurrenzdruck zu anderen Medien produziert wird. Deshalb werden zeitliche Ressourcen für Journalist:innen auch als erhöhter Produktivitätsdruck spürbar (vgl. LÜNENBORG 2012a: 17). Digitaler Journalismus bringt zudem die zeitliche Unabgeschlossenheit

der Nachrichtenproduktion mit sich, gemäß der Artikel im Web kontinuierlich ergänzt und aktualisiert werden können (vgl. SCHUDSON 2011: 211).

Es ist anzunehmen, dass Ressourcen und Zeit im Journalismus auch Medienqualität tangieren. So wurden fehlende Ressourcen als Grund dafür identifiziert, warum angestrebte Qualitätsziele verfehlt werden (vgl. WYSS 2002: 398), und der Grund niedriger ausgeprägter Qualität im Lokaljournalismus in einer »misslungenen Prioritätensetzung bei der Ressourcenverteilung« (KELDENICH 2019: 168) verortet. Auch Zeitressourcen im Sinne von Recherche- und Produktionszeiten wurden als Treiber von Qualität identifiziert (vgl. PFAFF-RÜDIGER et al. 2010: 115) und Zeitmangel dahingehend problematisiert, dass Medienunternehmen Qualitätsmängel zugunsten von Schnelligkeit in Kauf nehmen (vgl. REINARDY 2010: 77ff.). Ein konkreter Zusammenhang mit normativ fundierten Formen von Nachrichtenqualität ist für das Zustandekommen von Diskursivität als deliberative Qualität anzunehmen. So wurde eine umfassende Recherche als eine der Grundlagen für diskursiven Journalismus diskutiert, von der eine entsprechende Ressourcen-Intensität anzunehmen ist (vgl. BROSDA 2008: 17). Die zeitliche Dimension journalistischer Arbeitsrealität wurde zudem als Einfluss auf Narrative im Journalismus identifiziert, wo Zeitdruck insbesondere zur losgelösten Darstellung von singulären Ereignissen führt (vgl. TENENBOIM-WEINBLATT 2014: 97), was für eine niedrige Diskursivität spricht.

Ein großer Einfluss von Ressourcen und Zeit ist zudem auf Akteur:innenvielfalt erwartbar. Vielfalt von Perspektiven, vor allem in einem deliberativen und partizipatorischen Verständnis über das politische Zentrum hinaus, bedeutet für Journalist:innen operativ einen erhöhten Rechercheaufwand, denn sie müssen mit Akteur:innen interagieren, »die nicht so leicht greifbar sind wie die gewohnten Vertreter der Funktionselite« (ARNOLD 2009: 228). Dies lässt sich aus Perspektive der Akteur:innen-Struktur-Dynamik aus der *Instabilität von Beobachtungskonstellationen* erklären. Andere Akteur:innen – in diesem Fall potenzielle Quellen und Sprecher:innen für die Berichterstattung – kontinuierlich zu beobachten erfordert Ressourcen und Zeit; liegt Letzteres in begrenztem Umfang vor, müssen Prioritäten gesetzt werden, wer weiterhin beobachtet wird (vgl. SCHIMANK 2016: 227). Es ist davon auszugehen, dass sich Journalist:innen in diesen Fällen für statusstarke Akteur:innen entscheiden, denen mehr Relevanz für das politische Geschehen zugesprochen wird, sowie für jene, die über möglichst institutionalisierte Kommunikationskanäle verfügen,

wo demnach Aufwand und Ertrag der Beobachtung in einem effizienteren Verhältnis stehen. In diesem Sinne zeigen auch empirische Studien, dass für Journalist:innen Zeitdruck einer der entscheidenden Parameter für ihre Quellenwahl ist: Einerseits führt eine Unkenntnis über die verfügbaren Quellen zur wiederholten Nutzung bekannter Quellen und andererseits präferieren Journalist:innen Quellen, die sich in der Schnelligkeit von Nachrichtenzyklen bewährt haben (vgl. HERTZUM 2022: 4ff.). Ähnlich stellen Wolfgang et al. (vgl. 2021: 1353) fest, dass Journalist:innen vielfach Funktionseleiten als Quellen priorisieren und nur dann weiteren Akteur:innen eine Stimme geben, wenn bzw. falls es ihnen Zeit und Ressourcen erlauben. Auch Reich und Godler (vgl. 2014: 607) weisen – als eine der wenigen quantitativen Studien – auf Ebene von einzelnen Nachrichtenbeiträgen nach, dass die Berichterstattung von Journalist:innen unter Zeitdruck weniger vielfältig ist und Zeitdruck zu einer Beschneidung der medialen Repräsentation von Bürger:innen führt.

Journalistische Autonomie in Akteur:innenkonstellationen

Eine abschließende abstrakte Einflussgröße, die an Konstellationsstrukturen rückgekoppelt ist, ist journalistische *Autonomie*. Autonomie wurde vielfach als eine elementare Grundlage für journalistische Arbeit verstanden (vgl. HALLIN/MANCINI 2004: 34f.; MCQUAIL 1992: 68ff.) und vor allem aus »demokratietheoretischer Sicht [...] [als] essenziell für den Journalismus« (SEETHALER et al. 2019: 244; vgl. ALBÆK et al. 2014: 13) begriffen. Journalistische Autonomie wird zwischen *äußerer* und *innerer* Autonomie differenziert (vgl. NYGREN 2012: 78). Äußere Autonomie adressiert dabei den ganzen Journalismus als gesellschaftliches Teilsystem und seine Relation zu gesellschaftlichen Machtzentren bzw. zu anderen Teilsystemen. Sie ist demnach auch an die historischen Hintergründe und die Pfadabhängigkeit gesellschaftlicher Strukturen gekoppelt (vgl. NYGREN 2012: 79). Theoretisch wie empirisch wurde Autonomie als das Pendant zu Einflüssen auf verschiedenen Ebenen begriffen (vgl. HANITZSCH/MELLADO 2011; REICH/HANITZSCH 2013). Zentrale Bezugsgrößen für die äußere Autonomie sind demnach – wie schon innerhalb der Bezugsgruppen des Journalismus bzw. der Ökonomisierung angesprochen – Einflüsse durch Politik und Staat sowie durch den Markt (vgl. SJØVÅG 2013: 156). Im Verhältnis zwischen Journalismus und politischem System umreißen in liberalen Demokratien Recht und Regulierung den Handlungsrahmen des Journalismus (vgl. VAN

DALEN 2019: 2); in nicht-demokratischen Regimen reicht die staatliche Autonomiebeschneidung des Journalismus bis hin zur Zensur (vgl. LAUK/HARRO-LOI 2016: 1964). Marktkräfte bzw. kommerzielle Imperative können die externe Autonomie ebenfalls einschränken, indem Profiterwägungen, werbliche Interessen oder rein wirtschaftliche Ressourcenallokation die Möglichkeiten journalistischer Berichterstattung beschneiden (vgl. ALTMIPPEN 2012; MILLS/SARIKAKIS 2019; SJØVAAG 2013: 159). Politische und wirtschaftliche Grenzen journalistischer Autonomie sind dabei nicht immer klar zu trennen, weil der Staat auch ökonomische Formen der Steuerung einsetzen kann (vgl. VAN DALEN 2019: 3).

Innerhalb des Rahmens, den die äußere Autonomie des Journalismus aufspannt, beschreibt die *innere* Autonomie die Freiheit von Journalist:innen, frei und eigenständig journalistisch tätig zu sein und nach eigenem Ermessen inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, Akteur:innen zu Wort kommen zu lassen und Perspektiven aufzuzeigen (vgl. SJØVAAG 2013: 158). Innere Autonomie wird, wie vielfach herangezogen (vgl. HANITZSCH/MELLADO 2011: 407; REICH/HANITZSCH 2013: 135; SJØVAAG 2013: 156; HAMADA et al. 2019: 136), damit als »latitude that a practitioner has in carrying out his or her occupational duties« (WEAVER et al. 2007: 70) verstanden. Innere und äußere Autonomie sind nicht getrennt voneinander zu begreifen. Zum einen begrenzt die äußere Autonomie des Journalismus, wie Journalist:innen innerhalb des Journalismus agieren können. So lässt sich auch empirisch zeigen, dass die externe Autonomie betreffende Dimensionen einen Einfluss auf die innere Autonomie von Journalist:innen haben. Dies ist für die demokratische Verfasstheit von Staaten, den Grad ihrer Pressefreiheit, staatliche versus private Eigentümerschaft von Medienhäusern und – wenngleich in unerwartet schwachem Umfang – ökonomische Einflüsse der Fall (vgl. HAMADA et al. 2019; REICH/HANITZSCH 2013). Zum anderen ermöglichen sich äußere und innere Autonomie gegenseitig: Die strukturellen Rahmenbedingungen des Journalismus begrenzen zwar die Freiheiten individueller Journalist:innen, sie ermöglichen ihnen aber auch professionelles Handeln; durch journalistische Praktiken tragen Journalist:innen wiederum rekursiv dazu bei, Journalismus als System zu reproduzieren (vgl. SJØVAAG 2013: 164). Um äußere Autonomie auf systemischer Ebene und innere Autonomie auf Individualebene zu verschränken, kommen auch hier wieder journalistische Organisationen in ihrer »Scharnierfunktion« ins Spiel, die systemische Zwänge handlungsleitend operationalisieren. So argumentieren Örnebring und Karlsson (vgl. 2019: 15), dass eine organisa-

tionale Ebene entscheidend dafür ist, institutionelle Grenzen gegenüber individuellen Journalist:innen zu legitimieren.

Innere Autonomie wird insofern durch journalistische Strukturen begrenzt, als sie die *Handlungsfreiheit als Journalist:in* ausdrückt, nicht als autonomes Individuum: »The journalist is not a wholly free actor but an *employee*« (ÖRNEBRING/KARLSSON 2019: 4, Kursivsetzung im Original). Innere Autonomie erscheint damit als die *professionelle* Autonomie von Journalist:innen. In diesem Sinne internalisieren Journalist:innen die Erwartungen, die innerjournalistisch an sie gestellt werden (vgl. SJØVAAG 2013: 160). Sie ist damit nicht losgelöst von den sozialen Umständen, unter denen Journalist:innen als Medienschaffende agieren. Aus Perspektive der Akteur:innen-Struktur-Dynamik ist dies ohnehin evident, denn für den soziologischen Akteur:innenbegriff ist konstitutiv, »dass die Handlungswahlen eingebettet sind in soziale Situationen und geprägt werden von den sozialen Strukturen, die diese Situationen kennzeichnen«; er grenzt sich damit vom Begriff des Individuums ab, »mit dem in einem [...] durch die Philosophie der Aufklärung aufgeladenen Sprachgebrauch die Idee der Autonomie des Einzelnen gegenüber den sozialen Strukturen [...] akzentuiert wird« (SCHIMANK 2016: 45).

Neben den genannten staatlichen wie organisationalen Erwartungen gehören auch Konstellationsstrukturen, unter denen Journalist:innen agieren, zu den für die professionelle Autonomie konstitutiven Faktoren. So argumentiert nicht nur Schimank (2007b: 135), »die Analyse von Autonomiegefährdungen [...] muss Akteurkonstellationen insbesondere bezüglich Interessenlagen sowie wechselseitiger Beobachtung und Beeinflussung in den Blick nehmen«. Auch die einschlägige Literatur betont den limitierenden Charakter von Bezugsgruppen und -akteur:innen: Intern wurden Eigentümer:innen mit etwaigen kommerziellen Interessen (vgl. NYGREN 2012: 79) sowie Vorgesetzte und durch sie verteilte Ressourcen (vgl. LORENZ 2017: 278) und Zeitbudgets (vgl. SKOVGAARD 2014: 344) als Akteur:innen identifiziert, mit denen Journalist:innen ihre Autonomie verhandeln (vgl. SJØVAAG 2013: 160). Extern – hier wird die äußere Autonomie des Journalismus für Journalist:innen unmittelbar erfahrbar – sind dies beispielsweise Regierungsvertreter:innen und andere politische Funktionsebenen (vgl. VAN DALEN 2019: 3). Auch empirisch zeigt sich, dass Hierarchie sowie professionelle Einflüsse die innere Autonomie positiv und organisationale sowie politische Einflüsse sie negativ beeinflussen (vgl. REICH/HANITZSCH 2013: 145ff.).

Die individuelle professionelle Autonomie von Journalist:innen wird zusammenfassend also durch jene äußeren Faktoren begrenzt, die Journalismus als Teilsystem in seiner äußeren Autonomie begrenzen. Sie wird aber *zusätzlich* durch die von journalistischen Organisationen operationalisierten Erwartungsstrukturen sowie durch die Konstellationen mit Bezugsgruppen begrenzt (vgl. ÖRNEBRING/KARLSSON 2019: 4). Individuelle professionelle Autonomie erscheint damit theoretisch als das *Ausmaß, in dem Journalist:innen ihre professionellen Deutungsstrukturen gegenüber anderen Strukturen durchsetzen und ihre damit verbundenen Intentionen realisieren können*. Die professionelle *Autonomie* wird jedoch als eigenständige Dimension begriffen, die Einfluss auf die von Journalist:innen realisierten Inhalte haben kann (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2). Dies erscheint sinnvoll, weil Autonomie zwar theoretisch das Produkt der anderen Einflussgrößen ist, Journalist:innen die Quellen ihrer Autonomieeinschränkungen wahrscheinlich aber nur unzureichend verorten können. Befunde zum inkonsistenten Verhältnis zwischen wahrgenommenen Einflüssen und wahrgenommener Autonomie deuten vielfach in diese Richtung (vgl. HAMADA et al. 2019: 152; ÖRNEBRING/KARLSSON 2019: 12; REICH/HANITZSCH 2013: 150f.; SEETHALER et al. 2019: 245). Zum anderen wird die Autonomie als eigene Dimension konzipiert, um sie analytisch und in weiterer Folge empirisch besser greifen zu können. Betont werden muss dabei, dass die professionelle Autonomie, unabhängig von ihrer ›realen‹ Entsprechung, als *wahrgenommene Freiheit* betrachtet wird (vgl. REICH/HANITZSCH 2013: 136). Zwar deuten die Inkonsistenzen zwischen Einfluss- und Autonomieempfinden darauf hin, dass professionelle Autonomie zu nicht vernachlässigbaren Anteilen ein kognitives – und mitunter auch rhetorisches – Konstrukt ist (vgl. ÖRNEBRING/KARLSSON 2019: 2). Genau solche werden jedoch als »*Rationalitätsfiktionen*« (SCHIMANK 2016: 117, Kursivsetzung im Original) dennoch handlungsleitend.

Journalistische Autonomie wird oftmals normativ aufgeladen, beispielsweise wenn argumentiert wird, wie sie in verschiedenen demokratischen Rollen von Journalismus ausgestaltet sein sollte (vgl. CHRISTIANS et al. 2009: 125ff.; ÖRNEBRING/KARLSSON 2019: 2ff.; VAN DALEN 2019: 1f.). Dabei tun sich jedoch einige Paradoxien auf: Journalismus sollte beispielsweise möglichst frei von ökonomischen Einflüssen sein, doch die meisten westlichen Gesellschaften organisieren Nachrichtenproduktion primär durch kommerzielle Unternehmen; Journalismus sollte möglichst frei von politischem Einfluss sein, doch gerade der Staat garantiert durch den

rechtlichen Rahmen Berichterstattungsfreiheit; Journalismus sollte der Gesellschaft verpflichtet sein, aber eine zu starke Orientierung am Publikum wird kritisch beäugt, wie Örnebring und Karlsson (vgl. 2019: 14) aufzeigen. Vor diesem Hintergrund scheint es wichtig, mit einem wertneutralen, analytischen Zugriff auf journalistische Autonomie zuzugehen (vgl. REICH/HANITZSCH 2013: 135). Umso erstaunlicher ist es, dass Autonomie primär als abhängige Variable begriffen wurde, aber kaum als *erklärende* Variable. Zwar deuten empirische Befunde darauf hin, dass größere empfundene Autonomie eine Diskrepanz zwischen journalistischen Rollenverständnissen und äquivalenter Rollenperformanz verkleinert (vgl. MELLADO/VAN DALEN 2014: 859), was aber nicht repliziert werden konnte (vgl. MELLADO et al. 2020: 568). Was es jedoch für *normativ* fundierte Nachrichtenperformanz ›bedeutet‹, wenn Journalist:innen viel oder wenig Handlungsfreiheit empfinden, wurde bisher kaum erforscht. In diesem Sinne wird in der vorliegenden Studie der normative Stellenwert journalistischer Performanz betont und Autonomie als funktionaler Beitrag dazu erachtet, selbst aber nicht normativ aufgeladen.

Das Verhältnis zwischen der professionellen Autonomie von Journalist:innen und Medienqualität ist ambivalent: Zwar wurde vielfach angenommen, dass »höhere journalistische Autonomie potentiell mit höherer journalistischer Qualität [...] einhergeht« (LAUERER 2021: 94). Unmittelbar kann jedoch auch das Gegenteil der Fall sein. Einerseits kann ein hohes Maß an Autonomie zur Realisierung normativ begrüßenswerter Deutungsstrukturen beitragen; andererseits kann eine hohe organisationale Orientierung an Qualitätsmaßstäben von Journalist:innen zwar als einschränkend empfunden werden, der Qualität der Inhalte aber zuträglich sein. So zeigen empirische Befunde, dass Instrumente der Qualitätssicherung die empfundene Freiheit von Journalist:innen bei der journalistischen Schwerpunktsetzung verringert, Qualität aber mutmaßlich steigert (vgl. KEEL et al. 2018: 75). Zudem besteht die Hoffnung, dass unter diesen Instrumenten zwar die innere, von Journalist:innen empfundene Autonomie leidet, Qualitätssicherung im Sinne der äußeren Autonomie jedoch »zu einer größeren Autonomie führt, nämlich gegenüber nicht-journalistischen Einflussgrößen« (KEEL et al. 2018: 77). Wie sich Berichterstattung von Journalist:innen mit niedriger oder hoher Autonomie hinsichtlich ihrer Qualität unterscheidet, bleibt demnach eine aufschlussreiche empirische Frage.

3.3 Zwischenfazit: Nachrichtenqualität als Ergebnis handelnden Zusammenwirkens im Journalismus

Obwohl das Verstehen der Entstehungsbedingungen von journalistischen Inhalten ein Kernanliegen der Journalismus- und Kommunikationsforschung ist, ist die gegenwärtige Qualitätsforschung nahezu ausschließlich deskriptiv. Theoretische Mehrebenenmodelle der Einflüsse auf journalistische Performanz (vgl. SHOEMAKER/REESE 1996 2014) systematisieren zwar Einflussfaktoren, lassen aber kaum Aussagen zur Wirkungsstärke der Einflüsse und Verbindungen zwischen den Ebenen zu und werden stärker auf die journalistische Themenwahl als auf die im Kontext von Qualität relevanten Darstellungslogiken übertragen. In der empirischen Erforschung von Medienperformanz besteht zudem ein Gegensatz zwischen Forschung, die strukturelle und mediensystemische Parameter als erklärende Faktoren heranzieht, und solcher, die sich primär auf Journalist:innen als handelnde Akteur:innen und ihre Einstellungen bezieht, wie sie die jeweils andere Perspektive weitgehend ausblenden. Ein solcher Dualismus von Struktur und Handeln ist eine seit langem verhandelte theoretische Bruchlinie der Sozialwissenschaft. Die integrative *Akteur:innen-Struktur-Dynamik* von Schimank (2005, 2007a, 2016) überwindet diesen Dualismus, in dem sie system-, handlungs- und institutionentheoretische Annahmen miteinander verknüpft. Sie argumentiert, dass Strukturen den handelnden Akteur:innen Handlungsorientierungen liefern und diese in dem von Strukturen aufgespannten Rahmen jene Handlungsoptionen wählen, die ihrem Handlungsantrieb entsprechen. Die vorliegende Studie begreift in diesem Verständnis *Journalismus als systembezogene Akteur:innenkonstellation* (vgl. NEUBERGER 2004, 2016, 2022a) und argumentiert, welche Faktoren und Dynamiken im Journalismus ein inhaltsprägendes Potenzial für Nachrichtenqualität besitzen. Sie vollzieht damit einen theoretischen Perspektivenwechsel: Die eingangs geleistete demokratietheoretische Neubewertung von journalistischer Nachrichtenqualität zeigt auf, welche normativen Standards an journalistische Performanz aus der Perspektive von repräsentativen, deliberativen und partizipatorischen Demokratietheorien anzulegen sind. Der zweite Theorieblock dagegen begreift Nachrichtenqualität als »Gesamtheit von abhängigen Variablen [...], auf die verschiedene unabhängige Variablen einwirken« (ENGESSER 2013: 201), und zeigt auf, welche Faktoren und Dynamiken das sind. Das theoretische Postulat an Nachrichtenqualität ist

also normativ, der analytische und in weiterer Folge empirische Zugriff aber (möglichst) werturteilsfrei.

Handlungsrelevante Strukturen im Journalismus

Die Akteur:innen-Struktur-Dynamik unterscheidet zwischen *Deutungsstrukturen*, die als Ausdruck der jeweiligen teilsystemischen Orientierungshorizonte das ›Wollen‹ von Akteur:innen ausdrücken, *Erwartungsstrukturen*, die als institutionelle Ordnungen ihr ›Sollen‹ vorgeben, und *Konstellationsstrukturen* als stabile Akteur:innenkonstellationen, die ihr ›Können‹ prägen. Sie wirken zusammen, wodurch jedes soziale Handeln von Akteur:innen zum strukturell überformten *handelnden Zusammenwirken* von Akteur:innen und ihren Bezugsgruppen wird. Für ihre Übertragung auf den Journalismus mit dem Ziel der Erklärung von Medienperformanz (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2) wird innerhalb dieser Strukturen zwischen *internen* und *externen* Faktoren unterschieden, weil Journalismus in einem engen Wechselspiel mit anderen Teilsystemen steht. Als inhaltsprägende interne Deutungsstruktur im Journalismus erscheinen *journalistische Rollenverständnisse*. Sie sind sowohl Ausdruck professioneller Werte, Haltungen und Überzeugungen als auch handlungsleitender Kommunikationsabsichten und drücken damit aus, was Journalist:innen in ihrer Berichterstattung realisieren wollen. Ihre Umsetzung im Sinne normativer Nachrichtenqualitätsstandards ist angesichts anderer beschränkender und ermöglichender Strukturen und erwartbarer Intensionsinterferenzen mit anderen Akteur:innen in hohem Maße als kontextspezifische und situative Rollenaushandlung zu erwarten.

Innerhalb journalistischer Deutungsstrukturen stehen ihnen das *Demokratieverständnis* und die *politische Orientierung* von Journalist:innen als *extern* begründete Deutungsstrukturen gegenüber. Sie sind jedoch insofern relational zu Journalismus, als dass sowohl berufliche Interaktionen mit politischen Akteur:innen als auch politische Motivationen für die Berufswahl eine Diskrepanz zu den politischen Einstellungen der Allgemeinbevölkerung nahelegen. Sie können insofern handlungsleitend das ›Wollen‹ von Journalist:innen mitbegründen, als dass Werte und Lebensstilmerkmale eine inhärente Dimensionen von Deutungsstrukturen darstellen und Vorstellungen von Demokratie wiederum laut demokratietheoretischer Werteforschung einen Teil des Wertesets von Individuen ausmachen. Dies spricht für einen Einfluss auf Nachrichtenqualität. Dagegen spricht, dass zumindest mehrheitlich rollenkonformes Handeln, in diesem Fall gemäß

journalistischen Rollenverständnissen, eine Grundvoraussetzung der störungsfreien Funktionsfähigkeit von Teilsystemen ist.

Als operationale Vorgaben zur Wahrnehmung, Beurteilung und in weiterer Folge zur Handlungslogik von Situationen prägen normative Erwartungsstrukturen das ›Sollen‹. Im Journalismus sind es primär journalistische Organisationen, die solche Sollensvorgaben operationalisieren. Sie kommen damit einer ›Scharnierfunktion‹ zwischen systemischen Orientierungshorizonten und Konstellationsstrukturen nach. Als für die Realisierung von Nachrichtenqualität handlungsleitende *interne* Erwartungsstrukturen erscheinen *redaktionelle Linien*. Sie verstetigen als institutionalisierte Regelsets vor allem gesellschaftspolitische Tendenzen von Medien und vermitteln sie handlungsleitend an Organisationsmitglieder. Dies geschieht informell durch Sozialisationsprozesse und formell durch Kodifizierung, beispielsweise in schriftlichen Blattlinien. Diese werden in der bestehenden Qualitätsforschung als wesentliche Erklärung für Nachrichtenqualität herangezogen, aber kaum handlungstheoretisch fundiert. Ebenfalls intern, aber im Zusammenschluss von journalistischen Organisationen, vermitteln von Ethikräten erarbeitete, vertretene und im Rahmen von Selbstverpflichtungen durchgesetzte *Presse- und Medienkodizes* Journalist:innen qualitätsrelevante normative Erwartungen. Sie besitzen hohe demokratietheoretische Relevanz, weil sie als Teil der Medienselbstkontrolle normative Selbstansprüche auf Professionsebene kodifizieren und damit eine Alternative für demokratiepolitisch nur in geringem Umfang duldsame staatliche Kontrolle darstellen. Neben der Einhaltung von ethischen Leitlinien wird die Orientierung an professionsweit allgemeingültigen Qualitätsstandards als ihr Wesenszweck begriffen.

Die daneben bestehende, in liberalen Demokratien auf ein Minimum reduzierte staatliche Kontrolle durch die Bereitstellung eines *rechtlichen Rahmens*, unter dem Journalismus agiert, wird als *externer* handlungsrelevanter Einfluss auf Journalist:innen begriffen. Gesetze und andere rechtliche Vorgaben bilden als Teil einer auf die Sicherung der journalistischen Qualität und Vielfalt abzielenden staatlichen Medienregulierung einen integralen Teil des institutionellen Rahmens, in dem Journalismus agiert. Wesentlich ist hier die gesetzlich verankerte Bereitstellung öffentlich-rechtlicher Medienangebote in den meisten liberalen Demokratien, durch die ein auf dem Markt sonst nur unzureichend zustandekommender Qualitätswettbewerb erreicht werden soll. Die Qualitätsforschung zieht rechtliche Vorgaben vielfach zur Formulierung von Qualitätsmaßstäben heran.

Deren handlungsrelevantes Potenzial für Journalist:innen – welches eigentlich der Grundidee des Verhältnisses von Gesetzen und Individuen entspricht – wird aber vernachlässigt. Was Journalist:innen tun *sollen* wird zudem von *Publikumserwartungen* umrissen. Sie werden deshalb als externe Erwartung begriffen, weil trotz sich verstärkender Dialog- und Partizipationsmodi zwischen Journalist:innen und Publikumsmitgliedern die funktionale Beziehung zwischen Journalismus und seinem Publikum von direkter Interaktion losgekoppelt ist und eine solche en gros von beiden Seiten weder gewünscht noch realisierbar ist. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich empfundene Publikumserwartungen von Journalist:innen aus Intuition sowie daten- und interaktionsbasierten Quellen speisen, um journalistische Vorstellungen von Medienwirkungen ergänzt werden und damit als stark abstrahierte und simplifizierte Erwartungsstrukturen handlungsleitend werden.

Als dritte der drei Strukturdimensionen prägen Konstellationsstrukturen mit Bezugsgruppen und -akteur:innen ermöglichend wie limitierend, was Journalist:innen handelnd erreichen ›können‹. Sie verweisen auf das Problem doppelter Kontingenz, wonach nicht nur das eigene Handeln kontingent ist, sondern auch das von interdependenten Akteur:innen, wie es die Unbestimmtheit in Handlungssituationen zusätzlich forciert. *Intern* handeln Journalist:innen in Abhängigkeit von den *Eigentümer:innen* der Medienhäuser. Mit ihnen besteht eine arbeitsvertraglich verstetigte Verhandlungskonstellation. In Hinblick auf die konkrete Berichterstattung können Eigner:innen jedoch auch einseitig beeinflussend wirken, wobei Journalist:innen dem wenig entgegensetzen können. Unternehmerische und machtpolitische Interessen von Eigentümer:innen machen Interferenzen mit den Deutungsstrukturen von Journalist:innen, aber auch mit normativen Erwartungsstrukturen wahrscheinlich. Mit *Vorgesetzten* besteht durch eine hierarchische Beziehung ebenfalls eine formale Verhandlungskonstellation. Situativ ist aber auch hier ein einseitiger, von Führungskräften ausgehender, in Einzelfällen aber auch beidseitiger Modus der Beeinflussung denkbar. Leitende Journalist:innen stellen das Bindeglied zwischen unternehmerischen und publizistischen Zielen dar. Sie sind die zentrale Instanz für die Abstimmung konkreter journalistischer Arbeiten und deren Qualität. Mit internen *Kolleg:innen* befinden sich Journalist:innen in einer engen und stabilen wechselseitigen Beobachtungskonstellation. Auch ohne gewichtige Einflusspotenziale kann diese durch redaktionelle Sozialisation stark handlungsleitend werden. Innerhalb dieses Prozesses ist insbesondere von

der Dynamik einer *Abweichungsdämpfung* auszugehen. Dabei werden Handlungsziele und Praktiken durch Kolleg:innen sozial geahndet, die von gegenseitiger Erwartungssicherheit bietendem, auf geteilten Deutungs- oder Erwartungsstrukturen basierendem Handeln abweichen.

Als bedeutsame *externe* Bezugsgruppe für die Realisierung von Nachrichtenqualität kommen *Politiker:innen* als demokratisch legitimierte Funktionselementen in Betracht. Mit ihnen befinden sich Journalist:innen im Modus enger wechselseitiger Beobachtung und punktueller wechselseitiger Beeinflussung. Einerseits geschieht dies im Sinne einer gemeinsam geteilten politischen Kommunikationskultur durchaus rollen- und normenkonform und es gibt das beiderseitige Bemühen um stabile persönliche Beziehungen. Andererseits stehen in der Beziehung zwischen Politiker:innen und Journalist:innen der Zugang zur journalistischen Agenda und (Exklusiv-)Informationen als Ressourcen und damit Einflusspotenziale zwischen beiden Gruppen spiegelbildlich gegenüber; damit kann es schnell zu einer *eigendynamischen Diffusion von kalkulierender Interessenverfolgung* kommen, wie es in labilen wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnissen typisch ist. In einer ähnlichen – wenngleich wenig beachteten – Konstellation stehen Journalist:innen mit politischen *Beamt:innen*. Die Interessenlagen zeigen sich hier ähnlich zu Politiker:innen. Aufgrund des nur selektiven und eher sachbezogenen Interesses an medialer Aufmerksamkeit durch Beamt:innen und deren geringen Nachrichtenwerts ist aber von weniger starken gegenseitigen Abhängigkeiten auszugehen. Ähnliches trifft auf *Interessengruppen* wie Lobbygruppen oder organisierte Interessenverbände zu. Sie haben ebenfalls ein Interesse, journalistische Inhalte zu beeinflussen. Gleichzeitig bringen sie aber weniger Einflusspotenziale als Politiker:innen mit und ihr nutzenkalkulierender Interaktionsmodus ist offensichtlicher. Deshalb ist von im Modus mit Politiker:innen vergleichbaren, aber weniger engen Abstimmungen zwischen ihnen und Journalist:innen auszugehen. Die externen Konstellationsstrukturen von Journalist:innen zeigen auf, inwiefern die Art der Konstellation über die Akteur:innenvielfalt in der Berichterstattung entscheiden kann: Stetige wechselseitige Beobachtung als Basis jedes weiteren Interaktionsmodus erfordert Zeit und Ressourcen, die im Journalismus knapp sind. Hier ist davon auszugehen, dass Journalist:innen im Zweifel statusstarke Bezugsgruppen präferieren, was die medialen Repräsentations- und Artikulationschancen statusschwacher Gruppen vermindert.

Auf Journalist:innen wirken darüber hinaus Einflüsse, die hochrelevant für Nachrichtenqualität sind und mehrheitlich in Konstellations-

strukturen vermittelt werden, die aber auch anderen Strukturen inhärent sind und zudem als abstrakte und globale Einflüsse wahrgenommen werden, wie Journalist:innen sie nur unzureichend auf Akteur:innenkonstellationen zurückführen können. Aus diesem Grund – und, um sie analytisch und in weiterer Folge empirisch klarer greifbar machen zu können – werden diese abstrakten Einflüsse getrennt betrachtet. Zum einen ist dies eine *ökonomische Maxime*, die eigentlich der Logik des wirtschaftlichen Teilsystems entstammt. In hoch ausdifferenzierten kapitalistischen Gesellschaften besitzt die Wirtschaft jedoch ein Primat und führt im Journalismus nicht nur eine organisatorische Koexistenz in wirtschaftlichen Abteilungen von journalistischen Organisationen, sondern tangiert die Logiken nahezu aller handlungsprägenden journalistischen Strukturdimensionen. Dadurch kann sie von Journalist:innen als ›natürlicher‹ Aspekt ihrer Tätigkeit wahrgenommen werden (vgl. SJØVAAG 2013: 159). Konkret wird eine ökonomische Maxime für Journalist:innen in Form von *Profiterwartungen* erlebbar, die sich in einer Reichweitenorientierung niederschlägt, sowie durch *werbliche Überlegungen*. Beides wird mehrheitlich als immanente Gefahr für Nachrichtenqualität argumentiert, die vor allem normativen Erwartungen an Journalismus entgegenstehen. Mit ökonomischen Erwägungen eng verbunden sind *Ressourcen* und *Zeit* für die Berichterstattung, die sich in Relation zur ökonomischen Basis von Medienorganisationen bemessen. Sie werden in Konstellationsstrukturen mit Vorgesetzten an Journalist:innen allokiert. Ressourcen stehen in einem rekursiven Verhältnis mit Handlungsintentionen, weil einerseits nur denkbar ist, was realistisch realisiert werden kann, und sich andererseits der ›Wert‹ spezifischer Ressourcen danach bemisst, was mit dem Handeln erreicht werden soll. In einer engen Verbindung zu Nachrichtenqualität stehen Ressourcen und Zeit aufgrund ihrer limitierenden Wirkung auf den Rechercheprozess. Als abschließender abstrakter Einfluss, von dem anzunehmen ist, dass er journalistische Performanz mitbestimmt, erscheint die *Autonomie* von Journalist:innen im Sinne des Freiraums, der ihnen zur Realisierung ihrer beruflichen Ziele zur Verfügung steht. Die individuelle professionelle Autonomie wird von anderen Teilsystemen und ihren Akteur:innen begrenzt, wie sie auch die äußere Autonomie des Journalismus auf systemischer Ebene umreißen; zusätzlich ist anzunehmen, dass intern Konstellations- und auch Erwartungsstrukturen als autonomieeinschränkend empfunden werden, wengleich dies die Qualität der Berichterstattung auch steigern kann.

Nachrichtenqualität aus Perspektive der Akteur:innen-Struktur- Dynamik

Zusammenfassend wird also der Handlungsrahmen, in dem Journalist:innen unterschiedliche Formen und Ausprägungen von Nachrichtenqualität realisieren, durch spezifische Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen aufgespannt: Als Deutungsstrukturen sind journalistische Rollenverständnisse und eigene politische Ansichten von Journalist:innen zu sehen. Interne normative Erwartungsstrukturen stellen redaktionelle Linien und Presse- und Medienkodizes sowie externe die rechtlichen Rahmenbedingungen des Journalismus und die Publikumserwartungen dar. Interne Konstellationen existieren mit Eigentümer:innen, Vorgesetzten und Kolleg:innen sowie externe Konstellationen mit Politiker:innen, Beamt:innen und Interessengruppen. Aus diesen Konstellationen gehen zudem eine ökonomische Maxime, die Verfügbarkeit von Ressourcen und Zeit sowie Autonomie als abstrakte Einflüsse hervor. Die Akteur:innen-Struktur-Dynamik betont dabei, dass die verschiedenen Strukturen komplex zusammenwirken, wodurch Handeln zum einen mehrheitlich *transintentional* ist und zum anderen nur als *handelndes Zusammenwirken* von Akteur:innen und ihren Bezugsgruppen zu verstehen ist. Vor diesem Hintergrund erscheint Nachrichtenqualität als das *Ergebnis (trans-)intentionalen journalistischen Handelns* bzw., präziser gesprochen, als das *Ergebnis strukturell überformten, (trans-)intentionalen handelnden Zusammenwirkens zwischen Journalist:innen und ihren internen wie externen Bezugsgruppen*.

Die theoretische Annahme, wie diese Strukturen handlungsleitend werden – und damit Nachrichtenqualität beeinflussen – ist, dass »[v]or jede Handlungsentscheidung [...] eine besondere ›Definition‹ der Situation geschaltet [wird], die erst die Präferenzen und die Erwartungen strukturiert, von denen *dann* erst die Selektion eines Handelns ausgeht« (ESSER 1997: 69, Kursivsetzung im Original). In einem ersten Schritt bilden die dargelegten Strukturen also eine spezifische *Logik der Situation* (vgl. SCHIMANK 2016: 24; vgl. ESSER 1996). Sie bemisst sich nach deren Einflussstärke und der von ihnen implizierten Handlungsrichtungen und bestimmt damit die journalistischen Handlungsoptionen. Theoretisch haben dabei Deutungsstrukturen als Ausdruck des ›Wollens‹ »den Primat in dem Sinne [...], dass Sollen und Können sich überhaupt erst daran abschätzen lassen, was gewollt wird« (SCHIMANK 2005: 41). Dennoch ist denkbar und in bestimmten Fällen wahrscheinlich, dass das durch Deutungsstrukturen an-

gestoßene Handeln durch Interferenzen mit anderen Strukturen derart ins Transintentionale ›abrutscht‹, dass das Ergebnis des Handelns kaum noch rekonstruierbar in Bezug zum ›Wollen‹ steht. Durch das Zusammenwirken der Strukturen, so die Annahme, »entstehen Sinnbezirke, in denen nur ein bestimmtes Handeln Sinn macht« (ARNOLD 2009: 148). Dem muss jedoch das Argument entgegengehalten werden, dass die »Menge und Verschiedenartigkeit von strukturellen Bedingungen, die auf einen Handelnden in einer Situation einwirken, [...] zu groß« (SCHIMANK 2016: 25) ist, um zielsicher solche Sinnbezirke zu identifizieren. So umfassend der Versuch ist, für Handeln konstitutive Strukturen zu identifizieren, so bleibt er vor der Komplexität und vor allem der Kontingenz sozialen Handelns stets eine mehr oder weniger »selektive Betrachtung und Beschreibung einiger weniger struktureller Bedingungen, denen man bei der Prägung des zu erklärenden Handelns einen überragenden kausalen Einfluss beimisst« (ebd.). Dies trifft auch auf die hier vorgenommene Darlegung der Bedingungen des Zustandekommens von Nachrichtenqualität zu. Sie muss in diesem Sinne deshalb immer kursorisch bleiben. Die Folge davon ist, dass es auch ein induktives Moment – in diesem in der empirischen Analyse der Entstehungsbedingungen von Nachrichtenqualität eine explorative Logik – braucht, um »die Logik der Situation im Hinblick auf das jeweilige Handlungsergebnis zu rekonstruieren« (BAUGUT/REINEMANN 2022: 13).

Innerhalb der jeweiligen Logik der Situation wählen Akteur:innen gemäß der *Logik der Selektion* (vgl. SCHIMANK 2016: 24; vgl. ESSER 1996) aus den ihnen offenstehenden Handlungsoptionen jene, die ihrem (zumindest situativen) Handlungsantrieb entspricht. Aufgrund der theoretischen »Affinität« (NEUBERGER 2016: 297) zwischen den drei Strukturdimensionen und den dargelegten Akteur:innenmodellen werden auch Letztere für die Analyse der Genese von Nachrichtenqualität aufschlussreich. Als *Homines Sociologici* orientieren sich Journalist:innen an normenkonformen Erwartungsstrukturen, als *Homines Oeconomici* nutzenkalkulierend an Konstellationsstrukturen und als Identitätsbehalter:innen an Deutungsstrukturen. Ein Ausleben von Handlungsantrieben als Emotional Person ist nicht relational zu diesen Strukturen und ein potenzielles Störrisiko für systemische Ordnungen. Aufgrund der Theoretisierung von Journalist:innen als Hybride zwischen *Homines Sociologici* und *Homines Oeconomici* (vgl. LAUERER 2021: 43; REICH/BARNOY 2020: 977) kann von einem besonderen Stellenwert von institutionellen Ordnungen und Akteur:innenkonstellationen für ein Verständnis von Nachrichtenqualität

ausgegangen werden. Das Zustandekommen verschiedener Formen von Nachrichtenqualität ist also grundsätzlich als das Zusammenwirken verschiedener (in diesem Kapitel dargelegten) Strukturen zu sehen, wie sie eine Affinität zu Handlungsantrieben aufweisen. Es ist aber einerseits von der spezifischen Ausgestaltung der jeweiligen Strukturen im konkreten Fall abhängig. Dies wird im Aufzeigen von *Potenzialen* für verschiedene Formen von Nachrichtenqualität in Österreich berücksichtigt (vgl. Kap. 4). Zum anderen kann das spezifische Zusammenwirken niemals letztgültig prospektiv theoretisiert werden, sondern muss stets bis zu einem gewissen Grad explorativ erschlossen werden (vgl. Kap. 5).

Nachrichtenqualität als journalistischer Prozess der Aushandlung

Eine gewichtige Folge, die sich aus dem Zusammenwirken von Strukturen und der Wahrscheinlichkeit von Transintentionalität ergibt, ist der Umstand, dass es für die Realisierung von Intentionen einen Prozess der *Aushandlung* braucht. Es ist anzunehmen, dass Journalist:innen nicht immer oder sogar mehrheitlich nicht realisieren *können*, was sie *wollen* – oder aber nicht *wollen*, was sie *sollen*. Im Speziellen sind sie innerhalb der Interaktion mit anderen Akteur:innen vielfach *Intentionsinterferenzen* ausgesetzt. Es ist deshalb anzunehmen, dass es bei der Realisierung von verschiedenen Formen von Nachrichtenqualität zu verschiedenen Arten von Aushandlungsprozessen kommt. Einerseits sind kognitive Aushandlungsprozesse von Journalist:innen zu erwarten, beispielsweise wenn es um die Umsetzung von bestimmten Rollen mit spezifischen Konfliktpotenzialen (vgl. RAEMY/VOS 2021; SCHIMANK 2016: 66ff.) geht. Andererseits sind Aushandlungen von Intentionen mit anderen Akteur:innen im Sinne von »Aushandlungsprozessen über die journalistische Gestaltungsfreiheit« (BOLZ/CHARBONNEAUX 2018: 52) erwartbar, die wiederum in »Praktiken der Aushandlung von Macht« (LÜNENBORG 2012b: 454) zwischen Journalismus und seinen Bezugssystemen eingebettet sind. Schließlich geht es bei Nachrichtenqualität als eine manifeste Darstellungslogik in digitalen und analogen Medienprodukten nicht zuletzt um »Produktionskultur und die soziale Aushandlung symbolischer Formen« (NEGUS 2002: 249), also um als adäquat empfundene Praktiken der sprachlichen und textuellen Vermittlung von journalistischen Inhalten.

Um solche Aushandlungen zu verstehen, ist zwingend der prozedurale Charakter journalistischer Nachrichtenproduktion zu berücksichtigen.

Die Journalismusforschung stellt hier verschiedene Konzepte bereit, die den Nachrichtenproduktionsprozess systematisieren. So teilen ihn Domingo et al. (vgl. 2008: 333) beispielsweise in die Phasen von *Zugang und Beobachtung*, *Auswahl bzw. Filterung*, *Ver- bzw. Bearbeitung*, *Distribution bzw. Verbreitung* und *Interpretation* ein. Hoxha und Hanitzsch (vgl. 2018: 50) sprechen von den drei Phasen der *Ideenfindung*, *Entwicklung eines Narratives* und *Präsentation einer ›Geschichte‹*. Sie betonen insbesondere, dass diese Phasen im Recherche- und Produktionsprozess zirkulär aufeinander bezogen sind und das Ergebnis einer Phase sein kann, dass Journalist:innen noch einmal einen oder mehrere Schritte zurückgehen. Während sich die Forschung stark mit Fragen der Nachrichtenauswahl beschäftigt hat, sind die späteren Phasen der Festlegung einer Darstellungslogik von Nachrichten – welche als entscheidend für die vorgestellten Nachrichtenqualitätsstandards zu sehen sind – wenig beforscht, vor allem wenn es um die hier zum Tragen kommenden Einflüsse geht (vgl. NEUBERGER 2020: 2). Auch für die Frage, welche Akteur:innen in der Berichterstattung zu Wort kommen, haben sich spezifische Phasen der Nachrichtenproduktion als entscheidend erwiesen (vgl. BRÜGGEMANN 2013; HAAPANEN 2020; REICH 2006). Vor diesem Hintergrund erscheint die journalistische Aushandlung von Nachrichtenqualität als mehrteiliger Prozess der Aushandlung von Einflüssen und Intentionen. Sie erscheint als »Kette von Entscheidungen« (REINEMANN 2008: 219), wobei jede dieser Entscheidungssituationen eine strukturell überformte Logik der Situation besitzt und das Ergebnis jeder einzelnen Phase die Ausgangsbedingungen der folgenden mitbestimmt. Die Genese von Nachrichtenqualität kann damit nur in einer Prozessperspektive verstanden werden.

Verschiedene Formen von Nachrichtenqualität erscheinen vor dem Hintergrund handelnden Zusammenwirkens und der hohen Wahrscheinlichkeit von Transintentionalität als das Ergebnis eines komplexen journalistischen Prozesses – aber dennoch keinesfalls eines beliebigen. Prozesshaftes handelndes Zusammenwirken besitzt einen Handlungsimpuls als Ausgangspunkt, der sich »mit den Impulsen der anderen involvierten Akteure gleichsam wie bei der Vektoraddition verbindet«; auch wenn sich das Ergebnis schließlich weit von der ursprünglichen Handlungsintention entfernt, so setzt es »sich doch in seiner Richtung und Stärke nur aus ihnen« (SCHIMANK 2007b: 125) zusammen. Zwar wurde argumentiert, dass Journalist:innen zu einem gewissen Teil nach einem ›Bauchgefühl‹ entscheiden (vgl. SCHULTZ 2007). Zudem können sich auch integrative Sozialtheorien der mangelnden Zugänglichkeit mancher Entschei-

dungen im Rahmen sozialen Handelns nicht entziehen (vgl. BOURDIEU 1998; GIDDENS 1984/2009). Dennoch liefert der Blick auf Journalismus als Akteur:innen-Struktur-Dynamik vielfache systematische Anhaltspunkte, um diesen Prozess zu entschlüsseln. Auch wenn die »Kontingenz medialer Wirklichkeitskonstruktionen« – immer »könnte alles auch anders sein, anderes selektiert und anders berichtet werden« (LOOSEN/SCHOLL 2017: 349) – Grenzen des Theoretisierbaren setzt, so soll der vorgestellte theoretische Rahmen »analytische Werkzeuge« (SCHIMANK 2016: 28) dafür bereitstellen, die Genese verschiedener demokratietheoretisch fundierter Formen von Nachrichtenqualität bestmöglich zu verstehen.

4. POTENZIALE FÜR NACHRICHTENQUALITÄT IN ÖSTERREICH

Wie argumentiert lassen sich zwar theoretische Verbindungen zwischen Strukturen und Handelnden im Journalismus und Nachrichtenqualität als deren Ergebnis herstellen. Stärke und Ausmaß eines erwartbaren Einflusses hängen aber von deren Ausgestaltung im konkreten Fall ab. Deshalb werden im Folgenden Strukturen und Akteur:innen im österreichischen Journalismus vorgestellt und darauf basierend eine Einschätzung vorgenommen, welche Potenziale für spezifische Formen von Nachrichtenqualität er mitbringt. Der Begriff ›Potenziale‹ ist dahingehend zu verstehen, dass sich Nachrichtenqualität als das Ergebnis journalistischen Handelns – im Sinne von strukturell überformtem handelnden Zusammenwirken – aus verschiedenen Handlungsantrieben speist. Je stärker sich Handlungsantriebe für eine spezifische Nachrichtenqualität im Vergleich der Strukturen überlagern, desto komplikationsloser ist diese für Journalist:innen zu erreichen, desto wahrscheinlicher ist deren Realisierung – und desto höher ist damit das bestehende Potenzial für diese Form von Nachrichtenqualität.

Im Allgemeinen gilt das österreichische Mediensystem als demokratisch-korporatistisches (vgl. HALLIN/MANCINI 2004: 67f.) bzw. zentral-westliches (vgl. BRÜGGEMANN et al. 2014: 1056) und zeichnet sich demnach durch vergleichsweise hohe Reichweiten der Printpresse, die historischen Wurzeln einer starken Parteipresse, einen relativ hohen Professionalisierungsgrad, institutionalisierte Medien(-selbst-)regulierung und eine starke Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus, auch wenn einige dieser Aspekte umstritten sind – Karvasin (vgl. 2018: 9) bezweifelt beispielsweise den Professionalisierungsgrad – bzw. sich seit einiger Zeit folgenreich wandeln. Darüber hinaus gehört ein hohes Maß an Medienkonzentration zu den Charakteristika des österreichischen Mediensystems, die sich über

Jahrzehnte nachzeichnen lässt (vgl. KNOCHÉ 1996; MELISCHEK et al. 2005; STEINMAURER 2010) und die auch im Zuge der Verlagerung der Mediennutzung hin zu digitalen Kanälen ungebrochen ist (vgl. TRAPPEL 2019). Letzteres liegt daran, dass es in Österreich kaum native Digitalangebote gibt, sondern der Online-Markt zwischen den analogen Anbietern aufgeteilt ist.

Das hohe Konzentrationsniveau bedingt sich einerseits durch die nach wie vor starke Stellung des ORF, was durch dessen Pflicht zur Binnenpluralität hinsichtlich Medienperformanz weniger kritisch ist. Aufgrund der fortschreitenden Etablierung von privaten Rundfunkanbietern, welche sich bedingt durch die späte Dualisierung des Rundfunkmarkts Anfang der 2000er-Jahre (vgl. TRAPPEL 2007) erst nach und nach vollzieht, verliert er jedoch sukzessive Marktanteile. Zur Konzentration trägt andererseits der reichweitenstarke Boulevardsektor bei, der mehrheitlich in den Händen weniger Personen bzw. Familien liegt. Dies lag und liegt auch an der »übermächtigen *Krone*« (MAGIN/STARK 2011: 97, Kursivsetzung im Original), die zwar nach wie vor mit über 20 Prozent Tagesreichweite (vgl. ARBEITSGEMEINSCHAFT MEDIA-ANALYSEN 2023) ihresgleichen sucht, aber kontinuierlich Leser:innen an die in Österreich ebenso ungewöhnlich starke Gratispresse verliert (vgl. LOHMANN/RIEDL 2019: 217). Die Eigentumsstrukturen österreichischer Medien sind nicht nur innerhalb der Mediensektoren verbunden, sondern auch zwischen ihnen (vgl. KALTENBRUNNER 2019: 187ff.). Die in der Nachkriegszeit prägenden Parteimedien verloren zwar in den 1960er-Jahren ihre Relevanz (vgl. KALTENBRUNNER 2019: 179f.). Seit einigen Jahren gewinnen jedoch Online-Portale, die von Parlamentsclubs betrieben, aus Parteimitteln finanziert oder von parteinahen Eigentümer:innen herausgegeben werden, wieder an Bedeutung, was wissenschaftlich jedoch noch nicht aufgearbeitet wurde bzw. wird.

Medienökonomisch stehen österreichische Medien vor der Herausforderung eines kleinräumigen Kommunikationsraums, was zu nur begrenzt steigenden Skalenerträgen führt. Sie stehen zudem in Konkurrenz zu Medienangeboten aus Deutschland, die in Österreich in relevantem Umfang genutzt werden (vgl. GADRINGER et al. 2022: 47ff.). Die Medienpolitik in Österreich setzt vor diesem Hintergrund – neben der Finanzierung des ORF als öffentlich-rechtliches Medium – auf eine spezifische Medienförderung, die jedoch lange nicht an Qualitätskriterien gekoppelt war (vgl. KALTENBRUNNER 2019: 190ff.). Sie wurde 2022 novelliert und stärker auf digitale Medien ausgerichtet (vgl. PARLAMENTSDIREKTION DER REPUBLIK ÖSTERREICH 2022). Ein zu schwacher Bezug zu Qualitätskriterien

wird aber weiterhin kritisiert. Ohnehin wird infrage gestellt, ob staatliche Subventionen nicht zwingend auf eine politische Einflussnahme hinauslaufen (vgl. BECK et al. 2010: 41). Darüber hinaus werden österreichische Medien durch eine intransparente Inseratenpolitik der Regierung finanziell unterstützt, die jedoch demokratischer Kontrolle entzogen ist, deren Höhe die Medienförderung um ein Vielfaches übersteigt und die primär in den Boulevard fließt (vgl. KALTENBRUNNER 2021). In diesen einerseits für Zentraleuropa typischen, andererseits aber an für Medienperformanz neuralgischen Punkten sehr spezifischen Rahmenbedingungen haben sich die Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen herausgebildet, unter denen österreichische Journalist:innen Nachrichten produzieren.

4.1 Deutungsstrukturen österreichischer Journalist:innen

Journalistische Rollenverständnisse in Österreich

Die journalistische Kultur in Österreich entspricht einer typisch westlichen und beinhaltet demnach das Primat einer am Objektivitätsideal orientierten, aber auch kontextsensitiv einordnenden Berichterstattung. So stellen Hanitzsch und Lauerer (2019: 158) fest, »[i]m internationalen Vergleich stechen Journalisten in Deutschland, Österreich und der Schweiz durch den ausgeprägten Anspruch heraus, unparteiische Beobachter des Geschehens zu sein sowie aktuelles Geschehen einzuordnen und zu analysieren«. Unter den von einer klar überwiegenden Mehrheit der österreichischen Journalist:innen stark vertretenen journalistischen Rollenverständnissen findet sich demnach der Anspruch einer möglichst »spiegelbildlichen« Abbildung der Realität, der Einordnung und Analyse, der unparteilichen Beobachtung sowie der Bereitstellung von Informationen als Grundlage für politische Entscheidungen. Ein Bildungsideal, das wie dargelegt relevant für den vergleichsweise hohen intellektuellen Anspruch deliberativer Diskurse sein kann, befürwortet ebenfalls mehr als die Hälfte der österreichischen Journalist:innen stark. Knapp die Hälfte möchte zudem die Bevölkerung aktiv zur Teilhabe am politischen Geschehen motivieren (vgl. HANITZSCH/LAUERER 2019: 14off.). Dieses Bild bestätigen auch neuere Daten (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2020: 162ff.). Die These eines Nachwirkens der Zeiten der Parteipresse im Sinne eines stärkeren Hangs zum Standpunkt-

journalismus (vgl. KARMASIN/KRAUS 2010: 222f.) lässt sich demnach kaum noch aufrechterhalten. Aus demokratietheoretischer Perspektive hängen die Rollen österreichischer Journalist:innen nicht sehr distinkt entlang der Kernideen der drei Demokratiemodelle zusammen. Vielmehr gibt es eher eine Diskrepanz, in welchem Umfang sich Journalist:innen mit demokratisch relevanten Rollen identifizieren (vgl. RIEDL 2019: 1387f.). Sie divergieren jedoch maßgeblich zwischen den Informationsmedien und der Boulevard- bzw. Gratispresse (vgl. LOHMANN/RIEDL 2019). Neben diesen politischen Rollen im engeren Sinne lässt sich in Österreich eine zunehmende und »relative große Bedeutung einer Alltags-, Unterhaltungs- und Publikumsorientierung« (HANITZSCH/LAUERER 2019: 160) feststellen, wobei es beispielsweise für knapp die Hälfte der Journalist:innen sehr wichtig ist, ihren Rezipient:innen Unterhaltung und Entspannung zu liefern – ein Trend, der sich weiterhin fortsetzt (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2020: 172). Offen ist dabei, ob Journalist:innen diese lebensweltlichen Ziele mit demokratietheoretisch fundierten Qualitätsansprüchen in Einklang bringen oder sie sich entgegnen.

Demokratieverständnisse und politische Orientierungen in Österreich

Zum *Demokratieverständnis* österreichischer Journalist:innen existieren keine empirischen Daten. Nachdem sich beispielsweise im US-Kontext gezeigt hat, dass das Demokratieverständnis von Journalist:innen durchaus von der realpolitischen Verfasstheit abweicht (vgl. WOLFGANG et al. 2019: 1984), scheint es nicht zielführend, von der repräsentativen Verfasstheit der österreichischen Demokratie (vgl. ROSENBERGER/STADLMAIR 2014) auf Journalist:innen schließen zu wollen. Hinsichtlich ihrer *politischen Orientierung* ordnen sich österreichische Journalist:innen mit einem Wert von 4,7 auf einer Skala von null (links) bis zehn (rechts) marginal links der Mitte (fünf) ein, wobei ältere Journalist:innen, solche in Führungspositionen und solche mit einem höheren Einkommen weiter nach rechts rücken (vgl. DIETRICH-GSENGER/SEETHALER 2019: 54ff.). In älteren Befragungen sehen sich österreichische Journalist:innen mit einem Wert von 42 auf einer Skala von eins (links) bis 100 (rechts) weiter links – und auch linker als die Bürger:innen, die in einer zeitgleichen Bevölkerungsbefragung bei 51 landen (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2008: 44). Neuere Daten existieren nicht, weil in der letzten Repräsentativbefragung derart viele

Journalist:innen die Frage nach der politischen Orientierung verweigert haben, dass die Studienautor:innen keine Basis für valide Werte sehen (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2020: 179). Zusammenfassend scheint es im österreichischen Journalismus also keine ausgeprägte politische Verschiebung zu geben – weder nach links noch nach rechts. Die politische Orientierung scheint zudem eine Kategorie zu sein, die ein Gutteil der Journalist:innen von ihrer professionellen Einstellung getrennt sehen will.

4.2 Erwartungsstrukturen an Journalismus in Österreich

Redaktionelle Linien österreichischer Medien

In Anlehnung an die Idee von ›Qualitätsmedien‹ als »Leuchttürme der öffentlichen Kommunikation« (BLUM et al. 2011) wurde Österreich hinsichtlich der redaktionellen Linien des Nachrichtenjournalismus als »Land ohne Leuchttürme« (MAGIN/STARK 2011) bezeichnet. Magin und Stark (ebd.: 111) diagnostizierten vor rund zehn Jahren, dass »Qualitätszeitungen«, die sie in einem repräsentativen bis deliberativen Verständnis als unparteiliche Organe der Debatte über öffentlich relevante Themen begreifen, »im Land weder eine starke Tradition noch eine bedeutende Marktposition« aufweisen. Sie folgern, dass es in Österreich weniger um die »Krise der Qualitätsmedien«, sondern eher um »die grundsätzliche Absenz dieses Medientyps« (ebd.) geht und problematisieren, dass die Medienlandschaft vielmehr durch gesellschaftspolitische Achsen geprägt ist. Seitdem hat sich an den Strukturen des österreichischen Medienmarkts jedenfalls anbieterseitig – vom Versterben einiger Zeitungen abgesehen – wenig verändert. Dies liegt unter anderem daran, dass die in anderen Ländern für den Markt disruptiven Online-Medien in Österreich auch in den Händen etablierter Medien liegen und es kaum native Online-Medien gibt (vgl. TRAPPEL 2019: 11).

In diesem Sinne ist der österreichische Medienmarkt¹⁶ durch relativ distinkt abgrenzbare Phänomene mit historischen Wurzeln geprägt

¹⁶ Die folgende Auseinandersetzung bezieht nur die strukturellen Rahmenbedingungen der im Mediensample vertretenen Medien ein (vgl. Tab. 2 in Kap. 6.1.1). Damit bleiben Rahmenbedin-

und zeichnet sich durch vergleichsweise klare redaktionelle Linien aus, die mehrheitlich auch kodifiziert sind. So geben knapp drei Viertel der Journalist:innen an, dass ihre Redaktion ein verschriftlichtes redaktionelles Leitbild besitzt. Im Vergleich zu einer Erhebung rund zehn Jahre zuvor haben diese deutlich an Relevanz gewonnen (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2020: 200). Veröffentlicht sind solche redaktionellen Linien hinsichtlich des Untersuchungssamples der vorliegenden Studie nur in zwei Fällen, nämlich bei *Der Standard* und bei *Die Presse* (vgl. DER STANDARD 2022; DIE PRESSE 2010). Laut dem Mediengesetz haben Medien in Österreich aber eine Offenlegungspflicht, die zwingend eine »Erklärung über die grundlegende Richtung eines periodischen Druckwerks (Blattlinie) oder sonst eines periodischen Mediums« (MEDIENGESETZ 2022, § 25, Abs. 4: 1) enthalten muss. Auch wenn sich diese meist auf wenige Worte oder Sätze beschränkt, so liefern diese Hinweise auf die redaktionelle Ausrichtung. Wie sich die einzelnen Medien in ihren redaktionellen Linien gesellschaftspolitisch und/oder professionell verorten, divergiert stark. Allgemein gesehen schätzen 44 Prozent der Journalist:innen die politische Richtung ihres Mediums weder rechts noch links, 25 Prozent (eher) links und 15 Prozent (eher) rechts ein (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2020: 180f.).

Ein für die österreichische Nachrichtenlandschaft konstitutives Charakteristikum ist das »Phänomen eines starken Zeitungsboulevards« (KALTENBRUNNER 2019: 185, Hervorhebung weggelassen), das wie dargelegt vor allem von der reichweitenstarken *Kronen Zeitung* bestimmt ist. Die *Kronen Zeitung* wird im österreichischen Journalismus stark diskutiert, wobei vor allem »die Auswirkungen ihrer speziell in Kampagnen gebündelten Meinungsmacht« (MAGIN/STARK 2011: 97) thematisiert werden. In diesem Sinne gehen knapp zwei Drittel der österreichischen Journalist:innen davon aus, dass die *Kronen Zeitung* am stärksten die politische Tagesordnung bestimmt (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2020: 180). Ein Nachweis eines »Krone-Effekts« (ARENDDT/BRANTNER 2017: 52, Kursivsetzung im Original) wurde auch empirisch erbracht, indem zumindest ein Zusammenhang zwischen der Rezeption der (redaktionell vorselektierten) Leser:innen-Briefe und der Wahl EU-kritischer Europaparteien gezeigt wurde. In der Erklärung ihrer

gungen für nicht im Sample vertretene Medientypen – die für den Nachrichtenjournalismus in Österreich aber auch weniger relevant sind –, wie beispielsweise native Online-Medien und privater Rundfunk, ausgespart.

grundlegenden Richtung findet sich dieses Bekenntnis zu Standpunkten auch offen wieder, wo sie sich zur »Vielfalt der Meinungen ihres Herausgebers und der Redakteure« (KRONEN ZEITUNG 2023) bekennt. *Krone.at* als redaktionell von der Printzeitung unabhängig organisiertes Medienangebot positioniert sich hier nach außen anders, es »versteht sich als das Internet-Portal für alle Österreicher und [...] ist unabhängig« (KRONE.AT 2023).

Eng verbunden mit dem Boulevardsektor ist in Österreich das »noch junge Phänomen der Billig- und Gratiszeitungen« (KALTENBRUNNER 2019: 185, Hervorhebung weggelassen), die sich nicht nur Zielgruppen teilen, sondern deren Eigentümer:innen teilweise auch familiär verbunden sind. So ist die reichweitenstärkste Gratiszeitung *Heute* die direkte Nachfolgerin einer Gratiszeitung, die vom damaligen und mittlerweile verstorbenen Herausgeber der *Kronen Zeitung*, Hans Dichand, selbst gegründet wurde, um auch auf diesem Markt konkurrieren zu können. Mittlerweile befindet sich *Heute* in der Hand von Dichands Schwiegertochter, Eva Dichand, die mit dem aktuellen Herausgeber der *Kronen Zeitung* und Sohn ihres Gründers, Christoph Dichand, verheiratet ist (vgl. LOHMANN/RIEDL 2019: 216f.). Auch der Gratissektor wird hinsichtlich seiner oftmals aktiven politischen Positionierung problematisiert. In ihrer Erklärung der grundlegenden Richtung positioniert sich *Heute* dem entgegen und bezeichnet sich als »unabhängig von allen politischen Parteien, Institutionen und Interessengruppen« (TAGESZEITUNG HEUTE 2021). Als am zweitstärksten gelesene Gratiszeitung (wobei sie auch in kleiner Auflage verkauft wird) ist *Österreich*. Deren Gründer und Herausgeber, Wolfgang Fellner, wurde und wird für zahlreiche medienethische Übertretungen kritisiert (vgl. FIDLER 2009). Er steht mit im Mittelpunkt einer laufenden Korruptionsaffäre rund um die ÖVP, in der Fellner vorgeworfen wird, wissentlich manipulierte Umfragen veröffentlicht zu haben (vgl. KIENZL/MATZENBERGER 2021). *Österreich* wurde schon einige Jahre nach dessen Erscheinen »aufgrund neuartiger Grenz- und Normüberschreitungen« (STARK/MAGIN 2009: 60) kritisiert. Entgegen der rechtlichen Verpflichtung zur Erklärung über die grundlegende Richtung spart *Österreich* diese in ihrer Offenlegung aus (vgl. MEDIENGRUPPE »ÖSTERREICH« 2022).

Ein weiteres für die österreichische Medienlandschaft konstitutives Phänomen sind die als die »traditionelle Säule des österreichischen Pressewesens« (KALTENBRUNNER 2019: 186, Hervorhebung weggelassen) bezeichneten Katholischen Pressvereine. So befindet sich in der Hand der *Styria*-Stiftung, welche von einer katholischen Erzdiözese eingerichtet

wurde, mit *Die Presse* eine der auflagenstärksten Tageszeitungen. Sie wird üblicherweise als bürgerliche Vertreterin der Qualitätszeitungen betrachtet. *Die Presse* ist wie angesprochen eine der wenigen Medien mit einer veröffentlichten Blattlinie, die Teil ihres Redaktionsstatuts ist. Dort findet sich ein klares Bekenntnis zur Demokratie. Demnach »bekämpft [sie] alle Bestrebungen, die geeignet sind, [...] die demokratische rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung zu gefährden«. Als Tageszeitung bekennt sich *Die Presse* zur »Unabhängigkeit von den politischen Parteien« und verfolgt den Anspruch »objektiv und so vollständig wie nur möglich [...] zu informieren«, aber auch dazu, selbst »Stellung zu nehmen«. Zudem findet sich ein unspezifisches Qualitätsbekenntnis, nachdem Journalismus »auf einem gehobenen Niveau« verfolgt werden soll (vgl. DIE PRESSE 2010). Neben dem Engagement der *Styria* auf dem Magazinmarkt gibt sie mit der *Kleinen Zeitung* eine Regionalzeitung heraus. Sie ist Marktführerin in den südlichen Bundesländern (vgl. KALTENBRUNNER 2019: 186). Auch sie »tritt für eine plurale, demokratische Gesellschaftsordnung« ein und präsentiert sich als »von allen politischen Parteien und Interessenvertretungen unabhängige Tageszeitung«. Gleichzeitig zeigt sich die redaktionelle Linie von ihrer katholischen Eigentumsstruktur geprägt, wenn sie angibt, auf dem »Boden christlicher Weltanschauung« zu stehen (vgl. KLEINE ZEITUNG 2023).

Nur ein reichweitenstarkes Medienangebot in Österreich entzieht sich diesen Phänomenen (vgl. KALTENBRUNNER 2019: 186), nämlich die Tageszeitung *Der Standard*, die als »linksliberale [...] »Qualitätszeitung«« (MAGIN/STARK 2011: 98) gilt. Ende der 1980er-Jahre von Oscar Bronner gegründet war an *Der Standard* zu Beginn maßgeblich der deutsche *Axel Springer Verlag* und über den Jahrtausendwechsel der *Süddeutsche Verlag* beteiligt (vgl. FIDLER 2008). Dadurch steht die redaktionelle Linie von *Der Standard* stärker in der Tradition deutscher Qualitätszeitungen als in den traditionellen Strukturen der österreichischen Medienlandschaft. In seiner veröffentlichten Blattlinie finden sich ebenfalls unspezifische Qualitätsbekenntnisse, wonach Journalismus »in einer [...] anspruchsvollen Weise« betrieben und »hohe Ansprüche an eine gründliche und umfassende Berichterstattung« gestellt werden soll. Auch *Der Standard* bezeichnet sich als »unabhängig von politischen Parteien«. Er verfolgt die »fundierte, sachgerechte Kommentierung« von Themen, hebt dabei aber die Trennung »zwischen Bericht und Kommentar« hervor. Damit sieht sich die Tageszeitung einer »mündige[n] Leserschaft« verpflichtet, wie es einem repräsentativen und deliberativen Ideal entspricht (vgl. DER STANDARD 2022).

Die redaktionellen Linien österreichischer Medien sind nicht nur akzentuiert abgrenzbar. Immerhin ein Drittel der österreichischen Journalist:innen empfindet sie auch als »extrem« oder »sehr stark« einflussreich (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 117). Prägend für die österreichische Medienlandschaft ist selbstredend auch der ORF als öffentlich-rechtlicher Medienanbieter. Desse redaktionelle Linie ist aber keine eigenständige Entscheidung, sondern eine Folge aus dem ORF-Gesetz. Dies wird im Folgenden bei den rechtlichen Rahmenbedingungen dargelegt. Auf dieses rekurriert der ORF dementsprechend auch bei der Erklärung über seine grundlegende Richtung gemäß der Offenlegungspflicht (vgl. ÖSTERREICHISCHER RUNDFUNK 2023).

Der Österreichische Presserat

Nicht nur einzelne Medien kodifizieren normative Erwartungen in Form von schriftlichen oder informellen redaktionellen Linien. Im Zusammenschluss hat sich die Mehrheit der (Print-)Medien auch den Erwartungen des Österreichischen Presserats unterworfen. Der Vorläufer des heutigen Österreichischen Presserats wurde 1961 vom Verband Österreichischer Zeitungen (vöz) und der Gewerkschaft der Journalist:innen als traditioneller Presserat gegründet, der sich nur mit Druckerzeugnissen befasste. Aufgrund brancheninterner Unstimmigkeiten – in die maßgeblich die *Kronen Zeitung* involviert war – wurde dieser 2002 aufgelöst (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2020: 198). In seiner heutigen Form besteht der *Österreichische Presserat* seit 2010 und wird im Zusammenschluss mehrerer Verleger:innen- bzw. Medienverbände, der Journalist:innengewerkschaft und einem Journalist:innenverband durch einen administrativen Trägerverein betrieben. Obwohl es sich um ein kooperatives Instrument innerhalb der Medienbranche handelt, wird er teilweise staatlich finanziert (vgl. KARMASIN et al. 2018: 9f.). Gegenwärtig können Beschwerdeverfahren auf Anregung unmittelbar Betroffener oder als selbstständige Verfahren durch den Presserat eröffnet werden. Über konkrete Fälle entscheiden drei Senate bestehend aus Jurist:innen und Journalist:innen. Maßgabe ist dabei der *Ehrenkodex des Österreichischen Presserats*, den die teilnehmenden Medien anerkennen müssen, was sie auch zur Veröffentlichung von gegen sie getroffene Entscheidungen verpflichtet. Der Name »Presserat« könnte insofern falsch verstanden werden, als dass mittlerweile neben Tages- und Wochenzeitungen und den mit ihnen verbundenen Online-Medien auch Freie Radios teilnehmen. Spezifische Formen der Selbstregulierung des

Online-Sektors bzw. des audiovisuellen Sektors bestehen dennoch nicht (vgl. ÖSTERREICHISCHER PRESSERAT 2021a). Zum Zeitpunkt der Datenerhebung für die vorliegende Studie (im Sinne der quantitativen Befragung) waren fast alle in der Inhaltsanalyse berücksichtigten Medien Mitglied des Presserats. Ausnahmen sind die Gratiszeitung *Heute* und die *Kronen Zeitung*. *Heute* ist dem Presserat im April 2021 beigetreten (vgl. ÖSTERREICHISCHER PRESSERAT 2021b). Über 90 Prozent der Journalist:innen in Österreich geben an, dass der Pressekodex in ihrer Redaktion gilt bzw. die Entscheidungen des Presserats anerkannt werden (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2020: 198). Dies geht über die formell betroffenen Journalist:innen deutlich hinaus, was seine branchenweite Bedeutung als normative Instanz bestätigt.

Die konkreten Maßgaben seiner Entscheidungen – und damit die handlungsleitenden Leitlinien für Journalist:innen – kodifiziert der Presserat im *Ehrenkodex für die österreichische Presse*, in dem die »Grundsätze für die publizistische Arbeit« definiert sind (vgl. ÖSTERREICHISCHER PRESSERAT 2019). Neben grundsätzlichen ethischen Fragen nimmt der Ehrenkodex konkret Bezug zu Dimensionen, die für Nachrichtenqualität relevant werden. So spricht er sich für die Trennung von informierenden und kommentierenden Formaten aus, wenn festgehalten wird, dass »[f]ür die Leserinnen und Leser [...] klar sein [muss], ob es sich bei einer journalistischen Darstellung um einen Tatsachenbericht oder die Wiedergabe von Fremdmeinung(en) oder um einen Kommentar handelt«. Eine Erwartung an die Unparteilichkeit der Berichterstattung findet sich wieder, indem nach außen hin eine »Einflussnahme Außenstehender auf Inhalt oder Form eines redaktionellen Beitrags [...] [als] unzulässig« (ÖSTERREICHISCHER PRESSERAT 2019: 2) bezeichnet wird. Auch nach innen wird betont, dass die »Presse [...] ihrer besonderen Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit nur dann gerecht [wird], wenn private und geschäftliche Interessen von Medienmitarbeitern keinen Einfluss auf redaktionelle Inhalte haben« (ebd.: 4). Eine klare Ablehnung von Inzivilität findet sich im Ehrenkodex dahingehend, dass »[p]ersönliche Diffamierungen, Verunglimpfungen und Verspottungen [...] [als Verstoß] gegen das journalistische Ethos« (ebd.: 3) gewertet werden. Das Ideal einer diskursiven Einordnungsleistung hält der Ehrenkodex jedenfalls am Rande fest, indem er »[r]edaktionelle Spezialbereiche« vorsieht, bei denen eine kontextualisierende Einordnung aus medienethischen Überlegungen notwendig ist. So sollen »Reise- und Tourismusberichte [...] in geeigneter Weise auch auf soziale und politische Rahmenbedingungen und Hintergründe (z. B. gravierende Menschenrechtsverletzungen) verwei-

sen«, wie es im vorliegenden Qualitätsverständnis als diskursive Qualität gesehen wird. Zudem soll »Umwelt-, Verkehrs- und energiepolitischen Zusammenhängen [...] auch im Autoteil Rechnung getragen werden« (ebd.: 4).

Rechtliche Rahmenbedingungen in Österreich

Medienrechtliche Rahmenbedingungen mit konkreter Relevanz für die Qualität der Berichterstattung betreffen in Österreich – gemäß dem Postulat, in liberalen Demokratien Medien möglichst wenig einem staatlichen Einfluss zu unterstellen – primär den ORF als öffentlich-rechtliches Medium. Er erhält durch das *ORF-Gesetz* (vgl. *ORF-Gesetz 2022*) seinen gesellschaftlichen Auftrag. Für private Medien ist das allgemeine *Mediengesetz* relevant, das der »Sicherung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung und Information« dient und »die volle Freiheit der Medien gewährleisten« (*Mediengesetz 2022*, Präambel) soll. Der private Rundfunk bzw. audiovisuelle Medien unterliegen zudem dem *Privatrudio-Gesetz* (vgl. *Privatrudio-gesetz 2020*) sowie dem *Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz* (vgl. *Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz 2022*); außerdem ist der nichtkommerzielle private Rundfunk an spezifische Förderungsrichtlinien gebunden, die klare demokratische Ansprüche an dessen Inhalte und Qualität stellen (vgl. SEETHALER/BEAUFORT 2017). Nachdem die letztgenannten Fälle aufgrund ihrer niedrigen Reichweiten in der vorliegenden Studie nicht untersucht werden, werden ihre rechtlichen Rahmenbedingungen ausgespart.

Der öffentliche-rechtliche Kernauftrag des ORF sieht »die umfassende Information der Allgemeinheit über alle wichtigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Fragen« (*ORF-Gesetz 2022*, § 4, Abs. 1) vor. Er knüpft dies dezidiert an eine demokratische Aufgabe und betont »die Förderung des Verständnisses für alle Fragen des demokratischen Zusammenlebens« (§ 4, Abs. 1). Diese wird primär in einem repräsentativen und deliberativen Verständnis begriffen, denn die »umfassende Information soll zur freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung im Dienste des mündigen Bürgers und damit zum demokratischen Diskurs der Allgemeinheit beitragen« (§ 10, Abs. 4). Im Konkreten betont das *ORF-Gesetz* die Unabhängigkeit der Berichterstattung, wobei diese »nicht nur Recht der journalistischen oder programmgestaltenden Mitarbeiter, sondern auch deren Pflicht« (*ORF-Gesetz 2022*, § 4, Abs. 6) darstellt. Unabhängigkeit meint dabei die »Unabhängigkeit von Staats- und Parteeinfluss, aber auch Unabhängigkeit von anderen Medien [...] oder seien es

politische oder wirtschaftliche Lobbys« (§ 4, Abs. 6). Die Unabhängigkeit von externen Einflüssen soll dabei zur »Sicherung der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung [...] [und] der Berücksichtigung der Meinungsvielfalt« (§ 1, Abs. 3) beitragen. Neben dem zentralen Anspruch, dass die Berichterstattung »unabhängig, unparteilich und objektiv zu sein« (§ 10, Abs. 5) hat, zählt auch »die Wiedergabe und Vermittlung von für die Allgemeinheit wesentlichen Kommentaren, Standpunkten und kritischen Stellungnahmen unter angemessener Berücksichtigung der Vielfalt der im öffentlichen Leben vertretenen Meinungen« (§ 4, Abs. 5) zu den Aufgaben des ORF. Dies beinhaltet auch »eigene Kommentare [...] [und] Sachanalysen«, sofern sie – nicht ganz widerspruchsfrei – unter »Wahrung des Grundsatzes der Objektivität« (§ 4, Abs. 5) erfolgen. Die Unparteilichkeit der Berichterstattung als normatives Ziel ist im ORF-Gesetz damit elementar verankert.

Auf einen diskursiven Anspruch der Berichterstattung finden sich kaum explizite Hinweise, auch wenn der ORF diskursiv einordnende Formate anbietet (vgl. RIEDL 2020). Im Gegenteil darf insbesondere das Online-Angebot das analoge Angebot nur ergänzen und in diesem Sinne darf die »Berichterstattung [...] nicht vertiefend« (ORF-Gesetz 2022, § 4e, Abs. 2) sein, weil der Kernauftrag in der Bereitstellung audiovisueller Medienangebote liegt. Auch konstruktive Formen von Emotionalität sieht der Auftrag an den ORF nicht vor. Vielmehr haben »Kommentare, Analysen und Moderationen [...] sachlich zu sein« (§ 10, Abs. 7). Das Diskriminierungsverbot innerhalb des ORF-Gesetzes – seine Berichterstattung darf »nicht zu Hass oder Gewalt gegen eine Personengruppe oder eine einzelne Person dieser Gruppe auf Grund des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung aufstacheln« (§ 10, Abs. 2) – schließt jedenfalls drastische Formen von Inzivilität aus.

Hinsichtlich der Akteur:innenvielfalt enthält das ORF-Gesetz wiederum klare Handlungsimplicationen für Journalist:innen. So sieht der Anspruch an das Programm »Berichterstattung über die Tätigkeit der gesetzgebenden Organe und gegebenenfalls der Übertragung ihrer Verhandlungen« (ORF-Gesetz 2022, § 4, Abs. 5) vor, wie es einem repräsentativen Demokratieverständnis entspricht. Es ist jedoch auch zu einer vielfältigen Berichterstattung verpflichtet, welche die Breite der Gesellschaft inklusive

diverser Minderheiten abbildet. So schreibt der gesetzliche Rahmen des ORF »die angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen«, »der Anliegen von Menschen mit Behinderungen«, und die »Gleichberechtigung von Frauen und Männern« vor (vgl. ORF-Gesetz 2022, § 4, Abs. 1). Ferner soll »Bewusstseinsbildung zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft« (§ 4, Abs. 1) geleistet werden. Auch »angemessene Anteile in den Volksgruppensprachen jener Volksgruppen, für die ein Volksgruppenbeirat besteht, zu erstellen« (§ 4, Abs. 5a), ist Teil des gesetzlichen Auftrags. »Jedenfalls die Informationssendungen des Fernsehens« sollen zudem auch für »Menschen mit Seh- und/oder Hör-Beeinträchtigungen sowie Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen, die auf einfache Sprache angewiesen sind« (§ 5, Abs. 2) aufbereitet werden. Dies lässt sich hinsichtlich der *Adressat:innen* der Berichterstattung durchaus als partizipatorischer Anspruch werten. Die Berichterstattung des ORF hat sich jedoch primär »an der Vielfalt der Interessen aller Hörer und Seher zu orientieren und sie ausgewogen zu berücksichtigen« (§ 4, Abs. 2) bzw. eine »Vielfalt der im öffentlichen Leben vertretenen Meinungen [...] angemessen zu berücksichtigen« (§ 10, Abs. 6). Der Anspruch einer partizipatorischen Demokratie, nämlich dass Gesellschaftsmitglieder und insbesondere Marginalisierte in der Berichterstattung *selbst aktiv zu Wort* kommen sollen, wird damit nur bedingt angesprochen. Zusammenfassend entsprechen die gesetzlichen Anforderungen an den ORF hinsichtlich der professionellen Standards »primär einem liberal-repräsentativen Rollenbild« (BEAUFORT 2020: 225). Bezüglich der Akteur:innenvielfalt finden sich neben repräsentativen aber auch partizipatorische Ideale.

Über die gesetzlichen Bestimmungen für den ORF hinaus regelt das für privat organisierte Medien geltende Mediengesetz zwar für Journalist:innen relevante Aspekte wie den Schutz der journalistischen Berufsausübung, den Persönlichkeitsschutz oder strafrechtliche Bestimmungen (vgl. Mediengesetz 2022). Es überlässt diesen Medien aber das demokratisch elementare Gut der inhaltlichen Freiheit über ihre Berichterstattung (vgl. BEAUFORT 2020: 82). Lediglich der im Rahmen des Persönlichkeitsschutzes geregelte »Tatbestand der üblen Nachrede, der Beschimpfung, der Verspottung oder der Verleumdung« (Mediengesetz 2022, § 6, Abs. 1) schützt Betroffene vor journalistischen Praktiken, die aus der dargelegten Qualitätsperspektive auch als eklatante Form von Inzivilität aufgefasst werden können. Nachdem die rechtlichen Rahmenbedingungen für unterschiedliche Medienangebote stark divergieren, nimmt Medienrecht und -regulierung im Schnitt

(nur) rund ein Viertel österreichischer Journalist:innen als »extrem« oder »sehr stark« einflussreich war (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 117).

Publikumserwartungen in Österreich

Als weitere Quelle von Sollenserwartungen mit potenziellem Einfluss auf das Handeln von Journalist:innen wurden abstrahierte Publikumserwartungen herausgearbeitet. Hinsichtlich der *tatsächlichen Erwartungen* der Österreicher:innen an Journalismus – die wie dargelegt nicht zwingend deckungsgleich mit von Journalist:innen *empfundene Erwartungen* sein müssen – zeichnet sich anhand von empirischen Daten eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Publikum und Journalist:innen mit einigen spezifischen Abweichungen ab (vgl. RIEDL/EBERL 2022). So erachten beide Gruppen möglichst neutrale Beobachtung, eine analytische Einordnungsleistung, die Ermöglichung politischer Entscheidungen durch Information, aber auch die Motivation von Bürger:innen zu politischer Partizipation als die wichtigsten Rollen von Journalismus. Gleichzeitig ordnen beide Gruppen Unterhaltung und Entspannung im Mittelfeld sowie die Unterstützung der Regierung am Ende ihrer Prioritäten ein. Spezifische Diskrepanzen gibt es bei der analytischen Einordnungsleistung, mit der sich Journalist:innen signifikant stärker identifizieren, als sie den Erwartungen ihres Publikums entsprechen. Umgekehrt erwartet das Publikum signifikant stärker, durch Journalismus zur Partizipation motiviert zu werden, als das Journalist:innen als ihre Aufgabe sehen. Auf niedrigem Niveau entspricht zudem die Unterstützung der Regierung signifikant stärker den Publikumserwartungen als den Selbstverständnissen von Journalist:innen (vgl. RIEDL/EBERL 2022: 169off.). Orientieren sich Journalist:innen nach dieser Logik stärker an den tatsächlichen Publikumserwartungen – deren spezifische Kenntnis aber wie dargelegt eher unwahrscheinlich ist –, so könnte sich dies in einer niedrigeren Einordnungsleistung, höherem partizipatorischen Empowerment und einer tendenziell stärkeren Orientierung an der Regierungslinie niederschlagen.

Bezüglich der Frage, aus welchen Quellen sich die Publikumserwartungen von österreichischen Journalist:innen speisen, zeichnen *interaktionsbasierte Quellen für Publikumserwartungen* ein relativ traditionelles Bild des österreichischen Journalismus. Der stärkste Kontakt mit Publikumsmitgliedern findet per E-Mail statt, wo sich gut zwei Drittel der österreichischen Journalist:innen jedenfalls »gelegentlich« austauschen. Sie stellt die häufigste Interaktionsform mit dem Publikum vor persönlichen Kontakten,

Telefon und Social Media dar, wobei mehr als die Hälfte »selten« oder nie im Social Web mit ihrem Publikum in Kontakt kommt (vgl. ebd.). Auch der Umfang des Publikumskontakts ist in Österreich überschaubar: Knapp 80 Prozent der Journalist:innen wendet maximal zwei Stunden pro Woche für Kontakt mit dem Publikum auf (vgl. ebd.). Nur wenige verbringen intensiv Zeit mit dem Publikum und wenn dann vielfach in spezifischen Arbeitsrollen, wie sie im Umkehrschluss wenig an die eigentliche journalistische Tätigkeit rückgebunden sind (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2020: 154; MEIER et al. 2018: 1057). Das geringe Engagement der Journalist:innen im Social Web kann aufgrund von Online Harassment und Hate Speech dabei »auch auf einen bewussten Rückzug aus dem öffentlichen Raum hindeuten« (KALTENBRUNNER et al. 2020: 156). Ein verstärkter Austausch auf Social Media findet bei jüngeren Journalist:innen und ein verstärkter persönlicher Austausch im Regional- und Lokaljournalismus statt (vgl. ebd.: 156f.). Diese Befunde zeigen, dass in Österreich »Audience Engagement noch mehr eine Praxis in Nischen ist, als eine grundsätzliche Neuorientierung« (ebd.: 154) – auch wenn es in Veränderung begriffen ist. Für Publikumserwartungen als handlungsleitende Einflussgröße bedeutet dies, dass Journalist:innen für deren Konstruktion wohl in hohem Maße auf ihre Intuition und auf nur punktuelle Erfahrungswerte zurückgreifen, was eine relative Diskrepanz zwischen empfundenen und tatsächlichen Erwartungen wahrscheinlich macht. Befunde zu *datenbasierte Quellen für Publikumserwartungen* liegen dahingehend vor, dass knapp ein Fünftel österreichischer Journalist:innen Publikumsforschung und Marktdaten als »extrem« oder »sehr stark« einflussreich erachten (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 122). Für die weite Mehrheit nehmen sie demnach keinen zentralen Stellenwert ein. Dies stützt die These einer eher intuitiven und simplifizierten bzw. abstrahierten Konstruktion wahrgenommener Publikumserwartungen durch österreichische Journalist:innen.

4.3 Konstellationsstrukturen im österreichischen Journalismus und seinen Bezugssystemen

Akteur:innenkonstellationen österreichischer Journalist:innen

Hinsichtlich der Konstellationen mit anderen Akteur:innen, mit denen Journalist:innen in Österreich interagieren, weisen empirische Daten vor

allem eine große Relevanz *interner Bezugsgruppen* nach. So empfinden österreichische Journalist:innen Vorgesetzte und leitende Akteur:innen als die einflussstärkste Gruppe, 26 Prozent sprechen ihnen »extrem« oder »sehr starken« Einfluss zu. Kolleg:innen werden von 15 Prozent als derart einflussreich empfunden, Eigentümer:innen zu 10 Prozent. Journalist:innen in Österreich nehmen demnach interne Bezugsgruppen durchgehend als weniger einflussreich wahr, als dies beispielsweise ihre Kolleg:innen in Deutschland tun (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 120). Vor allem hinsichtlich der Eigentümer:innen steht dies im Widerspruch zur Forschung zu Medienstrukturen in Österreich, die betont, dass eine Vielzahl an Medien stark eigentümer:innenzentrierte »Projekte« privater Einzelpersonen und Familien darstellen (vgl. MAGIN/STARK 2011; STARK/MAGIN 2009). Dieser Umstand scheint entweder für Journalist:innen, vor allem für jene auf niedrigen Hierarchiestufen, nicht wahrnehmbar – oder wurde derart internalisiert, dass es nicht mehr als expliziter Einfluss empfunden wird.

Externen Bezugsgruppen schreiben österreichische Journalist:innen im Gegensatz dazu verschwindend geringe Relevanz zu. Nur je 2 Prozent der österreichischen Journalist:innen empfinden Politiker:innen und Interessengruppen »extrem« oder »sehr stark« einflussreich (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 127). Unter den österreichischen Politikjournalist:innen sind es je knapp 3 Prozent, und damit noch weniger, als beispielsweise in Deutschland sowie verglichen mit dem Durchschnitt anderer Ländern mit liberalen Demokratien (vgl. STEINDL et al. 2021: 168f.). Eine »anekdotische Evidenz« (ebd.: 162), wie sie in Österreich für die Wahrnehmung eines starken politischen Einflusses steht, bewahrheitet sich demnach kaum. Auch wenn »Einflussversuche [...] unter Umständen überaus komplex [sind], sodass [...] der Einfluss subjektiv unterschätzt« (ebd.: 172) wird, spricht dies nicht für Politiker:innen als entscheidende Einflussgruppe. Diesen empirischen Daten zur schwachen *expliziten* Wahrnehmung politischer Einflüsse stehen jedoch Befunde gegenüber, die *implizit* eine relativ große Nähe zwischen Journalist:innen und Politiker:innen in Österreich zeigen. So belegen ältere Daten, dass mehr als die Hälfte österreichischer Politikjournalist:innen regelmäßig private Gespräche mit Politiker:innen führt, nur bei einer Minderheit kommt das nie vor. Rund jede:r achte Journalist:in hat zudem regelmäßige Essensverabredungen mit Politiker:innen, nur knapp ein Drittel praktiziert dies nie (vgl. PLASSER/LENGAUER 2010: 74). Basierend auf dieser Nähe schließen Plasser und Lengauer auf »ein personell überschaubares engmaschiges Eliten-Netzwerk [...], das redaktionelle und politische

Machteliten verbindet« (2010: 75, Kursivsetzung weggelassen). Auch ein Blick auf Konflikte zwischen Journalist:innen und Politiker:innen zeigt, dass in Österreich im Vergleich zu Deutschland Konflikte primär auf der ›Hinterbühne‹ verhandelt werden (vgl. MAURER/RIEDL 2021: 2865). Auch in einer neueren Befragung stimmen österreichische Politikjournalist:innen überwiegend zu, dass Politiker:innen etwa strategisch persönliche Bindungen aufbauen, selektiv Journalist:innen zu Hintergrundgesprächen einladen und Informationen basierend auf der politischen Einstellung von Journalist:innen weitergeben (vgl. MAURER/BEILER 2018: 2031). Dies macht »eine mögliche Verzerrung der Politikberichterstattung« (BEILER et al. 2019: 163) nicht unwahrscheinlich. Auch wenn die explizite Wahrnehmung des Einflusses von externen politischen Bezugsgruppen durch österreichische Journalist:innen relativ schwach ausgeprägt ist, so zeigen diese impliziten Befunde zur Nähe zwischen beiden Gruppen, dass ein handlungsleitender Einfluss nicht unwahrscheinlich ist.

Empfundene Einflüsse und Autonomie

Hinsichtlich allgemeiner Einflüsse, welche entscheidend aber nicht ausschließlich aus den Akteur:innenkonstellationen erwachsen, und von denen anzunehmen ist, dass Journalist:innen sie nur unzureichend auf diese zurückführen können, wurde eine *ökonomische Maxime* diskutiert. Empirische Daten zeigen, dass Journalist:innen in Österreich diese nur mäßig einflussreich erleben: Je rund jeder:r Zehnte der österreichischen Journalist:innen begreift *Profiterwartungen* oder *werbliche Überlegungen* als »extrem« oder »sehr starken« Einfluss auf die journalistische Arbeit. Das ist je rund die Hälfte im Vergleich zu ihren deutschen Kolleg:innen, die eine *ökonomische Maxime* ungleich stärker wahrnehmen (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 122). Lauerer und Keel (2019: 122) folgern daraus, »dass sich der Wettbewerbsdruck in dem Land mit dem größten Markt am stärksten in Form von ökonomischem Druck zur Umsatzgenerierung bemerkbar macht«. Die Gegenthese, nämlich dass österreichische Journalist:innen in einem kleinen Medienmarkt mit entsprechend kleinen Skalenerträgen unter größerem Druck stehen, scheint sich hier nicht zu bestätigen. Gleichzeitig nimmt die überwältigende Mehrheit österreichischer Journalist:innen *Profiterwartungen* oder *werbliche Überlegungen* als zunehmenden Einfluss wahr (vgl. SEETHALER 2019: 224).

Eine inhärent politische Dimension hat Werbeeinfluss in Österreich insofern, als dass Regierungsinserate einen integralen Teil der Werbeein-

nahmen von Medienunternehmen ausmachen. Im Jahr 2020 wurden von Regierungsstellen – ohne dass dies einer parlamentarischen Kontrolle unterläge – beispielsweise knapp 34 Millionen Euro in Form von Inseraten an österreichische Printmedien und ihre verbundenen Online-Angebote bezahlt. Knapp 60 Prozent dieser Summe gingen an lediglich drei Boulevardmedien, nämlich die *Kronen Zeitung*, *Heute* und *Österreich*, und nur rund 10 Prozent an *Die Presse* und *Der Standard*, die klassischerweise als Qualitätsmedien bezeichnet werden. Dieses Verteilungsmuster steht in keinem direkten Zusammenhang mit deren Reichweiten: Bei *Österreich* wurde beispielsweise mit rund acht Euro am meisten ›pro Leser:in‹ ausgegeben, beim *Standard* mit etwas über zwei Euro am wenigsten. Für Printmedien sind diese Inserate ein elementarer Bestandteil ihrer gesamten Werbeeinnahmen und machen rund 10-20 Prozent der Werbeeinnahmen aus (vgl. KALTENBRUNNER 2021: 26ff.). Diesem Inseratenvolumen stehen 2020 rund neun Millionen Euro Presseförderung gegenüber (vgl. ebd.: 76). Vor dem Hintergrund ihres hohen Volumens – sowohl in Bezug auf das gesamte Werbevolumen als auch auf die staatliche Medienförderung – und ihrer intransparenten Vergabe sind in Österreich »Regierungskampagnen als Marktregulierung« (KALTENBRUNNER/KRAUS 2021: 146) zu begreifen.

Als weitere abstrakte Einflussgröße wurde die Verfügbarkeit von *Ressourcen* und *Zeit* argumentiert. Fast zwei Drittel der österreichischen Journalist:innen nehmen Zeitdruck als »extrem« oder »sehr starken« Einfluss wahr und rund die Hälfte nimmt verfügbare Ressourcen als derart einflussreiche Größe wahr (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 117). In Hinblick auf den Wandel von Journalismus wird die durchschnittliche Arbeitszeit dabei mehrheitlich als stark zunehmend begriffen, während die verfügbare Zeit für Recherche stark abnimmt. In logischer Folge wird die Arbeitsbelastung als zunehmend empfunden (vgl. SEETHALER 2019: 225). Gleichzeitig machen rund 40 Prozent der österreichischen Journalist:innen für Misserfolg im Rahmen ihrer journalistischen Tätigkeit mangelnde Zeit bzw. Zeitdruck verantwortlich.¹⁷ Dies spricht – auch wenn ein Teil einem Attributionsfehler geschuldet sein mag, wonach für Erfolge eher interne und für

17 Zusatzfrage im Rahmen der österreichischen Teilstudie der zweiten Welle der *Worlds of Journalism Study* (HANITZSCH/SEETHALER et al. 2019a). Offene Frage: »Wenn ich im Rahmen meiner journalistischen Tätigkeit einen Misserfolg habe, dann liegt das vor allem daran, dass...«; Anteil der Journalist:innen, die zeitbezogene Aspekte genannt haben, innerhalb der Journalist:innen, die die Frage beantwortet haben.

Misserfolge eher externe Faktoren herangezogen werden – für die Handlungsrelevanz des Zeitbudgets. Auch in einer jüngeren Befragung geben mehr als zwei Drittel der Journalist:innen an, dass sich in den letzten fünf Jahren das Arbeitspensum, also die zu verrichtende Arbeit in der zur Verfügung stehenden Zeit, erhöht hat (vgl. KALTENBRUNNER et al. 2020: 146).

Trotz dieser nicht unerheblichen Einflüsse auf die journalistische Arbeit ist das Autonomieempfinden unter österreichischen Journalist:innen hoch: 90 Prozent geben an, »volle« oder »große« Autonomie bei der Darstellung von Themen im Sinne einer eigenen Schwerpunktsetzung zu haben. Damit fühlen sich Journalist:innen in ihrem Handeln etwas freier als Kolleg:innen in Deutschland und der Schweiz (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 111). Dennoch ist in Österreich die Wahrnehmung, dass der redaktionelle Freiraum abgenommen hat, stärker als die Wahrnehmung, dass dieser zugenommen hat (vgl. SEETHALER 2019: 225). Dass Journalist:innen zwar eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen erleben und von sich verstärkenden wirtschaftlichen Einflüssen berichten, aber gleichzeitig ihre Autonomie kaum eingeschränkt sehen, ist nicht widerspruchsfrei. Es verweist darauf, dass das Autonomieempfinden zu nicht unerheblichen Teilen ein narratives Konstrukt ist (vgl. ÖRNEBRING/KARLSSON 2019: 2).

4.4 Zwischenfazit: Nachrichtenqualität in Abhängigkeit spezifischer Potenziale in Österreich

Potenziale für deskriptive Nachrichtenqualität in Österreich

Als professioneller Standard im repräsentativen Demokratiemodell wurde die *Unparteilichkeit* der Berichterstattung als Teil einer deskriptiven Nachrichtenqualität argumentiert. Große Potenziale für Unparteilichkeit bestehen im österreichischen Journalismus in Form von journalistischen Rollenverständnissen, die der neutralen Vermittlung von Informationen als Basis für politische Entscheidungen einen zentralen Stellenwert zusprechen. Eingeschränkt werden kann eine Unparteilichkeitsmaxime durch eigene politische Ansichten von Journalist:innen. Von ihnen kann man zwar annehmen, dass sie im Zuge einer journalistischen Sozialisation von professionellen Deutungsstrukturen überlagert werden, sie machen aber dennoch einen integralen Teil des ›Wollens‹ von Journalist:innen als

handelnde Akteur:innen aus. Innerhalb der gesetzlichen Erwartungsstrukturen sind wenige Interferenzen mit einer unparteilich informierenden Berichterstattung zu erwarten: Der rechtliche Rahmen für Journalismus in Österreich, der primär den ORF adressiert, betont dezidiert den demokratischen Stellenwert der Unabhängigkeit des Journalismus und leitet davon den Zielhorizont der Objektivität und den Anspruch der Unparteilichkeit ab. Gemäß der Idee, dass öffentlich-rechtliche Medien einen Qualitätswettbewerb anstoßen sollen, kann gehofft werden, dass sich diese rechtliche Erwartung auch über den ORF hinaus als normativer Branchenstandard etabliert. Ebenfalls im Sinne unparteilicher Berichterstattung ist der Ehrenkodex des Österreichischen Presserats konzipiert, welcher die Unabhängigkeit des Journalismus einfordert. Interferenzen mit Intentionen einer unparteilichen Berichterstattung sind durch redaktionelle Linien im österreichischen Journalismus zu erwarten: Nicht nur bekennen sich einige Boulevardmedien dezidiert zu den Standpunkten ihrer Eigentümer:innen bzw. leitender Journalist:innen, auch integrale Teile der Informationsmedien sind in den Händen von christlichen Eigentumsstrukturen mit spezifischen lebensweltlichen Anschauungen. Eine Tradition liberaler und auch hinsichtlich ihrer Besitzverhältnisse unabhängiger Medien gibt es in Österreich nur eingeschränkt. Dies kann dazu führen, dass die Potenziale unparteilicher Berichterstattung in ihrer Entfaltung beschnitten werden. Ähnliches trifft auf die Akteur:innenkonstellationen im österreichischen Journalismus und seinen Bezugssystemen zu. Hier können Eigentümer:innen konkrete gesellschaftspolitische Ziele im Blick haben. Außerdem besteht ein Naheverhältnis zwischen Politiker:innen und Journalist:innen, weshalb Aushandlungsprozesse bezüglich der Schwerpunktsetzung in journalistischer Berichterstattung zu erwarten sind. Ähnliches trifft auf Beamte:innen in Ministerien und Interessengruppen zu, die jedoch neben Informationen nur weniger Einflusspotenziale geltend machen können. Ein ökonomischer Einfluss kann Unparteilichkeit einschränken, wenn Werbekund:innen – die in Österreich zu einem erheblichen Anteil politische Akteur:innen sind – auch inhaltliche Ansprüche geltend machen. Er kann Unparteilichkeit aber auch fördern, wenn durch das Ziel hoher Reichweiten möglichst heterogene Zielgruppen erreicht werden sollen.

Als normative Zielvorgabe hinsichtlich der medialen Repräsentation wurde im repräsentativen Demokratiemodell eine *Vielfalt parteipolitischer Akteur:innen* als zweite Dimension einer deskriptiven Nachrichtenqualität

argumentiert. Dabei sollen Funktionseleiten und ihre Standpunkte in einem hohen Umfang und, je nach Auslegung, in einem proportionalen oder gleichberechtigten Umfang medial abgebildet werden. Auch hier ist eine hohe Kongruenz mit journalistischen Rollenverständnissen zu erwarten, die hinsichtlich ihrer Vermittlungsleistung mehrheitlich relational zu Funktionseleiten sind, in deren Händen maßgebliche politische Entscheidungen liegen. Eigene politische Ansichten von Journalist:innen können jedoch zu Verzerrung innerhalb der medialen Repräsentation von Politiker:innen entlang von (partei-)politischen Linien führen, sofern sie gegenüber professionellen Deutungsstrukturen realisiert werden können. Als normative Erwartungsstruktur beinhaltet das ORF-Gesetz die Vorgabe der Berichterstattung über die Geschehnisse innerhalb des politischen Zentrums, insbesondere über die Tätigkeit von Akteur:innen der Legislative. Der rechtliche Rahmen für private Medien beinhaltet im Sinne einer liberalen Demokratie diesbezüglich keine Implikationen. Die redaktionellen Linien im österreichischen Journalismus unterstreichen das Potenzial für eine hohe mediale Repräsentation von politischen Funktionseleiten, weil diese auch als wichtige Bezugsgruppen für verlegerische Interessen gelten. Sie können jedoch ebenfalls zu Verzerrungen innerhalb des Parteienspektrums beitragen. Spezifisches Einflusspotenzial geht zudem von Politiker:innen als externe Bezugsgruppen aus, die erhebliche Ressourcen dafür aufwenden, die Aufmerksamkeit von Journalist:innen für sich zu gewinnen und sich dabei gegenüber politischer Konkurrenz durchzusetzen. Sie stehen auch in direkter Konkurrenz zu Interessengruppen, die mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen möchten, aber weniger Einflusspotenziale mitbringen. Die mediale Repräsentation von Akteur:innen des politischen Zentrums kann zudem – jedenfalls hinsichtlich des quantitativen Umfangs – davon profitieren, wenn Journalist:innen wenig Ressourcen, Zeit und Entscheidungsfreiheit für die Berichterstattung zur Verfügung steht, weil sie dank professioneller Kommunikationskanäle und -bemühungen leichter zu erreichen und medial abzubilden sind, als weniger institutionalisierte Quellen.

Potenziale für diskursive Nachrichtenqualität in Österreich

Als professioneller Standard im deliberativen Demokratiemodell gilt die *Diskursivität* der Berichterstattung, die Nachrichtenergebnisse in kausale Zusammenhänge und Kontexte einbettet. Auch für diese Form von Nach-

richtenqualität liegen große Potenziale innerhalb der professionellen Rollenverständnisse österreichischer Journalist:innen vor, wobei eine kontextsensitive Einordnung tief verankert ist und ein Bildungsanspruch mehrheitlich befürwortet wird. Die Intention zur Realisierung einer einordnenden Berichterstattung trifft in Österreich auf rechtliche Rahmenbedingungen, welche diese zwar nicht dezidiert vorsehen, aber auch keine Einschränkung darstellen. Ähnliches trifft auf branchenweite Erwartungen durch den Presserat zu, in welchen eine Einordnungsleistung nur aus medienethischen Gründen in spezifischen Teilbereichen erwartet wird. Diskursiven Potenzialen in den Deutungsstrukturen stehen jedoch redaktionelle Linien als Erwartungsstrukturen gegenüber, wobei in Österreich eine Debattenkultur in journalistischen Medien als Foren des öffentlichen Diskurses weniger stark verankert ist als in anderen Ländern. Hinsichtlich der Konstellationen mit Bezugsgruppen, in denen Journalist:innen agieren, gestaltet sich ein möglicher Einfluss ambivalent: Einerseits bringen Politiker:innen und auch Ministeriumsbeamt:innen und Interessengruppen als externe Akteur:innen Hintergrundinformationen mit, welche der Multiperspektivität zuträglich sein können und damit die Diskursivität der Berichterstattung fördern können. Andererseits besteht die Gefahr, dass diese in der Aushandlung mit Journalist:innen zu großen Einfluss nehmen und damit das Ideal eines möglichst herrschaftsfreien Diskurses verletzen. Eine zumindest wahrgenommene hohe Autonomie österreichischer Journalist:innen kann sich positiv auf die Diskursivität auswirken, weil davon auszugehen ist, dass eine kontextsensitive Einordnungsleistung tiefgehende, mitunter langwierige und unschematisch ablaufende Recherchen erfordert. Ökonomischer Druck sowie die von den Journalist:innen klar empfundene Ressourcen- und vor allem Zeitknappheit sind im Gegenzug als Kräfte zu bewerten, welche das Ausschöpfen der Potenziale für diskursive Berichterstattung gefährden können.

Eine Vielfaltsnorm im deliberativen Demokratiemodell adressiert *Akteur:innen der Zivilgesellschaft*, also vor allem Nichtregierungsorganisationen, Nonprofitorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Gruppen, welche die Anliegen der Bevölkerung kollektivieren und in den öffentlichen Diskurs einbringen. Sie medial abzubilden, ist weniger stark in den professionellen Rollenverständnissen von Journalist:innen in Österreich angelegt, die stärker relational zu politischen Funktionseliten sind. Sie können aber insofern eine wichtige Referenzgruppe für Journalist:innen darstellen, als

dass sie über sachliches Wissen und Expertise verfügen, wie sie für die Einordnung des Nachrichtengeschehens wichtig sind – was wiederum stark den professionellen Intentionen von Journalist:innen entspricht. In internen und externen Erwartungsstrukturen, mit denen Journalist:innen in Österreich konfrontiert sind, stellt der Stellenwert von Akteur:innen der Zivilgesellschaft für mediale Diskurse eine weitgehende Leerstelle dar. Innerhalb der Akteur:innenkonstellationen finden sich mit Politiker:innen eine im Vergleich einflussstarke Referenzgruppe, welche öffentliche Aufmerksamkeit sucht und damit den medialen Raum für Akteur:innen jenseits des politischen Zentrums beschneidet. Aufgrund ihrer weniger institutionalisierten und professionalisierten Organisationsform im Vergleich zu Akteur:innen des politischen Zentrums ist davon auszugehen, dass es aufwendigerer Rechercheprozesse bedarf, um Akteur:innen der Zivilgesellschaft medial abzubilden. In diesem Sinne können Ressourcenknappheit und Zeitdruck auch hier dazu beitragen, die im Vergleich kleinen Potenziale für die mediale Abbildung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen zusätzlich zu schmälern. Ein hoher Autonomiegrad von Journalist:innen kann sich dagegen positiv auswirken.

Potenziale für aktivierende Nachrichtenqualität in Österreich

Im partizipatorischen Demokratiemodell wurde eine *konstruktive Emotionalität* als professioneller Standard herausgearbeitet, wonach Journalist:innen konstruktive Formen von Emotionalität einsetzen und zulassen sollen, um Bürger:innen zur Partizipation zu motivieren. Für eine derartige Berichterstattung finden sich in den professionellen Rollenverständnissen von Journalist:innen in Österreich vergleichsweise wenig Anknüpfungspunkte. Zwar ist der Anspruch, Menschen zur politischen Partizipation zu bewegen, in deren Auffassung von Journalismus angelegt – fraglich ist jedoch, ob das aktivierende Potenzial von Emotionen anerkannt wird. Außerdem deutet der Umstand, dass Journalist:innen Emotionalität und Unparteilichkeit als Antipoden wahrnehmen – und österreichische Journalist:innen wiederum Letzteres stark internalisiert haben –, darauf hin, dass ein professionelles Unparteilichkeitsstreben Emotionen in der Berichterstattung entgegenwirkt. Auch im ORF-Gesetz als prägender rechtlicher Rahmen für den österreichischen Journalismus wird im Umkehrschluss die Sachlichkeit der Berichterstattung eingefordert. Zwar schaffen boulevardeske redaktionelle Linien einen Möglichkeitsraum für Emotionalität, gleichsam machen sie

jedoch Formen von Inzivilität in der Berichterstattung wahrscheinlicher, wie es der Konstruktivität von Emotionen entgegensteht. Nachdem Emotionen in einem Spannungsverhältnis zu einem mehrheitlich geteilten professionellen Unparteilichkeitsstreben stehen, ist davon auszugehen, dass interne Bezugsgruppen wie Vorgesetzte und Kolleg:innen emotionale Formen von Berichterstattung im Sinne einer Abweichungsdämpfung sanktionieren. Eine ökonomische Maxime kann insofern als Treiber von emotionaler Berichterstattung wirken, als dass das aufmerksamkeitssteigernde Potenzial von Emotionen Profiterwartungen und werblichen Überlegungen gleichermaßen entspricht. Ob dies wiederum konstruktive Formen von Emotionalität unterstützt, ist auch hier fraglich.

Die Idealvorstellung von Akteur:innenvielfalt beinhaltet im partizipatorischen Modell die mediale Repräsentation von ›einfachen‹ *Bürger:innen und Marginalisierten*, die in der Berichterstattung selbst zu Wort kommen und ihre individuellen Problemlagen artikulieren können sollten. Potenziale für dieses partizipatorische Verständnis von Akteur:innenvielfalt bestehen innerhalb journalistischer Rollen insofern, als dass Journalist:innen in Österreich zu einem Gutteil Bürger:innen zur politischen Teilhabe motivieren wollen. Offen ist, ob sie dies erreichen wollen, indem sie Bürger:innen direkten Zugang zu Öffentlichkeit geben. Diese Intention trifft auf im gesetzlichen Rahmen kodifizierte Erwartungen, wo zumindest das ORF-Gesetz dezidiert die mediale Berücksichtigung von verschiedenen marginalisierten Gruppen einfordert; es adressiert jedoch primär deren Interessen und Bedürfnisse und drückt damit weniger Erwartungen dafür aus, sie als aktiv (für sich) Sprechende zu berücksichtigen. In der direkten Konkurrenz mit etablierten Gruppen um mediale Aufmerksamkeit haben Bürger:innen als statusschwache Bezugsgruppe weder institutionalisierte Kommunikationskanäle noch Ressourcen, die sie in der Interaktion mit Journalist:innen – sofern es zu einer solchen überhaupt kommt – geltend machen können. Deshalb ist davon auszugehen, dass ihre mediale Sichtbarkeit von statusstärkeren Gruppen weitgehend beschnitten wird. Für ihre mediale Repräsentation besteht zudem wenig Potenzial, weil auch der Einbezug von Bürger:innen und Marginalisierten verstärkte Ressourcen und Zeit erfordert, und sie im Sinne eines (aufmerksamkeits-)ökonomischen Reichweitenstrebens wenig Nachrichtenwert besitzen.

5. FORSCHUNGSFRAGEN

Im Zentrum dieser Studie steht die Frage, welche Einflüsse auf demokratietheoretisch-fundierte Nachrichtenqualität wirken und wie sie das tun. Für diesen Zweck wurde zunächst im Sinne einer *demokratietheoretischen Neubewertung von journalistischer Nachrichtenqualität* (vgl. Kap. 2) dargelegt, welche Anforderungen an journalistische Berichterstattung gemäß den Erfordernissen von drei verschiedenen Demokratiemodellen zu stellen sind. Dies führt zu einer mehrdimensionalen Konzeption von Nachrichtenqualität (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Von einem repräsentativen Demokratiemodell leitet diese einen professionellen Standard der *Unparteilichkeit* und die normativ geforderte mediale Repräsentation von *parteilpolitischen Akteur:innen* ab. Aus einem deliberativen Demokratiemodell folgert sich *Diskursivität* als erstrebenswerter Vermittlungsstandard von Nachrichten und die Forderung nach dem medialen Einbezug von *Akteur:innen der Zivilgesellschaft*. Dem partizipatorischen Demokratiemodell entspricht eine *konstruktive Emotionalität* der Berichterstattung und die mediale Repräsentation von *Bürger:innen und Marginalisierten*. Aus diesen demokratietheoretischen Perspektiven erscheint Nachrichtenqualität zusammenfassend als *Ausdruck differenzierter demokratiefördernder Potenziale von journalistischen Inhalten*.

Um zu verstehen, wie diese Formen von Nachrichtenqualität zustande kommen, wurde *Nachrichtenqualität als journalistischer Prozess* (vgl. Kap. 3) konzeptualisiert. Journalismus wurde dafür aus der Perspektive der soziologischen Akteur:innen-Struktur-Dynamik betrachtet (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2). In diesem Sinne drücken jeweils interne und externe teilsystemisch bedingte Deutungsstrukturen aus, was Journalist:innen erreichen *wollen*, während institutionalisierte Erwartungsstrukturen Ausdruck dessen sind, was sie tun *sollen* und sich in Konstellationsstrukturen mit anderen Akteur:innen bestimmt, was sie letztlich umsetzen *können*. Auf diesen

drei Ebenen wurden Faktoren argumentiert, die einerseits konstitutiv für Journalismus und andererseits relevant für Nachrichtenqualität sind, und dargelegt, wie sie in ihrem Zusammenwirken verschiedene Formen von Nachrichtenqualität beeinflussen können. Das Zusammenwirken dieser Strukturen bildet dabei eine spezifische Logik der Situation, in der sich Journalist:innen für bestimmte Handlungsalternativen entscheiden. Journalistische Nachrichtenproduktion lässt sich als prozedurale Verkettung solcher Entscheidungen begreifen. Aus dieser soziologisch fundierten Perspektive erscheint Nachrichtenqualität zusammenfassend als *das Ergebnis (trans-)intentionalen journalistischen Handelns* bzw. als *das Ergebnis strukturell überformten, (trans-)intentionalen handelnden Zusammenwirkens zwischen Journalist:innen und ihren internen wie externen Bezugsgruppen*.

Die Art und Weise, wie diese Strukturen im Journalismus zusammenwirken bestimmt letztlich, welche *Potenziale für Nachrichtenqualität* in einem bestimmten Kontext – in Falle der vorliegenden Studie in Österreich – gegeben sind (vgl. Kap. 4). Überlagern sich die durch Strukturen implizierten Handlungslogiken im Sinne einer bestimmten Form von Nachrichtenqualität, macht es deren Realisierung für Journalist:innen komplikationsloser und damit wahrscheinlicher, wobei einzelne Strukturen unterschiedlich starken Einfluss auf Handeln besitzen. In diesem Sinne wurde dargelegt, welche empirischen Erkenntnisse zu den theoretisch argumentierten Einflussdimensionen auf Nachrichtenqualität für den Journalismus in Österreich vorliegen. In der Gegenüberstellung zwischen demokratietheoretischen Anforderungen an Journalismus im Sinne spezifischer Formen normativer Nachrichtenqualität und der Systematisierung dafür konstitutiver Faktoren im Journalismus als Akteur:innen-Struktur-Dynamik lässt sich so eine fundierte Einschätzung treffen, welche Potenziale für eine deskriptive, diskursive und aktivierende Nachrichtenqualität in Österreich bestehen.

Über die Darlegung spezifischer Potenziale hinaus sind der theoretischen Herleitung des Zustandekommens von Nachrichtenqualität Grenzen gesetzt. Zwar spannen die Strukturen, »den Rahmen« dafür auf, welches Handeln für Journalist:innen aus verschiedenen Gründen erstrebenswert ist – das tatsächliche Handeln hat aber vor dem Hintergrund der Komplexität sozialen Handelns immer graduell kontingenten Charakter, es ist stets »weder unmöglich noch zwangsläufig« (SCHIMANK 2016: 217, Kursivsetzung im Original). Deshalb braucht es für ein umfassendes Verständnis sozialer Phänomene – in diesem Fall die Genese verschiedener Formen

von Nachrichtenqualität – auch ein induktives Moment, das anhand einer systematischen Analyse des Phänomens verallgemeinerbare Aussagen zum Zusammenwirken von Strukturen und Handeln generiert. In diesem Sinne argumentiert Neuberger (2022a: 11), dass sich von der Akteur:innen-Struktur-Dynamik »zwar keine empirisch prüfbareren Hypothesen ableiten lassen«, sie jedoch »einen Rahmen bereit[stellt], in dem relevante Variablen und mögliche Zusammenhänge systematisch erschlossen werden können«. Auch wenn sich fundierte Erwartungen formulieren lassen, welche Faktoren sich systematisch auf Nachrichtenqualität auswirken sollten – wie dies im Rahmen der Auslotung von Qualitätspotenzialen auch getan wurde (vgl. Kap. 4) –, so würden Antworten auf die Frage, wie die jeweiligen Faktoren *zusammenwirken* und welche *überwiegen*, in hohem Maße spekulativ bleiben.

Deshalb stellt die vorliegende Studie Forschungsfragen danach auf, welche Einflüsse auf Nachrichtenqualität, von denen grundsätzlich ein Einfluss zu erwarten ist, sich letztlich empirisch durchsetzen. Sie besitzen damit einen explorativen Charakter. Im Sinne eines breiten »Mappings« von Einflüssen auf Nachrichtenqualität liegt das Erkenntnisinteresse zudem stärker auf der vergleichenden Erforschung von grundlegenden Einflüssen auf Qualität als in einem isolierten Verständnis von ausgewählten Faktoren. Denn beim Thema Qualität stellt sich stets die Frage, wie die Forschung entsprechend einer »qualitätsorientierte[n] Steuerung der journalistischen Produktion« (WYSS 2016b: 165; vgl. LACY/ROSENSTIEL 2015: 9) konstruktive Anknüpfungspunkte für die journalistische Praxis generieren kann, die stärker in der Breite als in der Tiefe gesehen werden. Die explorative Erforschung von Faktoren, bei denen ein Einfluss zu erwarten ist, dieser aber theoretisch unterschiedlich stark oder unterschiedlich gartert denkbar ist, kann dabei aufzeigen, was bestimmte Einflüsse für die journalistische Performanz letztlich »bedeuten«. Deshalb sollen die identifizierten Rahmenbedingungen journalistischer Nachrichtenproduktion und deren Ergebnis in ein systematisches, aber explorativ zu erforschendes Verhältnis gesetzt werden. Dementsprechend fragt zunächst eine Serie an Forschungsfragen, welche Einflüsse auf die drei dargelegten professionellen Standards der Berichterstattung empirisch entscheidend sind:

FF1 Welche Faktoren innerhalb der Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen von Journalist:innen beeinflussen die *professionellen Standards* politischer Nachrichtenbeiträge?

FF1a Welche Faktoren beeinflussen die *Unparteilichkeit* politischer Nachrichtenbeiträge?

FF1b Welche Faktoren beeinflussen die *Diskursivität* politischer Nachrichtenbeiträge?

FF1c Welche Faktoren beeinflussen die *konstruktive Emotionalität* politischer Nachrichtenbeiträge?

In derselben Logik fragt eine Serie von Forschungsfragen, welche Faktoren sich auf die Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen auswirken:

FF2 Welche Faktoren innerhalb der Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen von Journalist:innen beeinflussen die *mediale Repräsentation* von Akteur:innen in politischen Nachrichtenbeiträgen?

FF2a Welche Faktoren beeinflussen die *mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen* in politischen Nachrichtenbeiträgen?

FF2b Welche Faktoren beeinflussen die *mediale Repräsentation von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen* in politischen Nachrichtenbeiträgen?

FF2c Welche Faktoren beeinflussen die *mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten* in politischen Nachrichtenbeiträgen?

Zur Beantwortung dieser Forschungsfragen wird sowohl die Arbeitsrealität von Journalist:innen als auch das Ergebnis ihres Arbeitens je mit standardisierten Methoden erfasst – einer quantitativen Inhaltsanalyse der Berichterstattung zur Messung von Nachrichtenqualität (vgl. Kap. 6.1) und einer quantitativen Befragung der Journalist:innen zur Erfassung der journalistischen Produktionsbedingungen (vgl. Kap. 6.2) –, um zu systematischen Aussagen über deren Zusammenhang zu gelangen. Dennoch ist anzunehmen, dass dieses Vorgehen allein der Vielschichtigkeit der Genese von Nachrichtenqualität nicht gerecht wird. Es ist davon auszugehen, dass der Prozess der journalistischen Aushandlung von Einflussfaktoren von einer Komplexität und Spezifität geprägt ist, welche sich nur unzureichend durch quantitative Modelle abbilden lassen. Dies

trifft insbesondere auf die handlungsleitende Übersetzung von Deutungsstrukturen zu, wo beispielsweise eine kontextspezifische Auslegung journalistischer Rollenverständnisse zu erwarten ist (vgl. RAEMY/VOS 2021; SCHIMANK 2016: 67ff.). So benennt Beaufort (2020: 245) in Bezug auf Nachrichtenqualität als das »zentrale Problem quantitativer Forschung«, dass sie »Strukturen sichtbar, beschreibbar und hinterfragbar machen«, sie jedoch »Sinnzusammenhänge nicht beantworten [kann], weder auf Seiten der Kommunikator:innen noch auf Seiten der Nutzer:innen«. Dem wird in der vorliegenden Studie hinsichtlich der Sinnstrukturen von Journalist:innen als Kommunikator:innen Folge geleistet, indem eine anschließende qualitative Analyse die journalistische Verhandlung von Einflüssen im Prozess der Nachrichtenproduktion genauer in den Blick nimmt. Sie stützt sich dazu auf sogenannte *retrospektive Rekonstruktionen* (vgl. REICH 2006 2009) von konkreten journalistischen Arbeiten, in denen gemeinsam mit den sie verantwortenden Journalist:innen deren Entstehung de- und rekonstruiert wird (vgl. Kap. 6.3). Damit können Einsichten zu Dynamiken generiert werden, wie die quantitativ identifizierten Einflüsse auf Nachrichtenqualität wirken und wie Journalist:innen diese verhandeln. Dieses Erkenntnisinteresse hält eine Serie an Forschungsfragen zunächst für die professionellen Standards der Berichterstattung fest:

- FF3 *Wie kommen Einflüsse aus den Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen von Journalist:innen auf professionelle Standards zum Tragen und wie verhandeln Journalist:innen diese im Prozess der Nachrichtenproduktion?*
- FF3a *Wie kommen Einflüsse auf die Unparteilichkeit politischer Nachrichtenbeiträge zum Tragen und wie verhandeln Journalist:innen diese?*
- FF3b *Wie kommen Einflüsse auf die Diskursivität politischer Nachrichtenbeiträge zum Tragen und wie verhandeln Journalist:innen diese?*
- FF3c *Wie kommen Einflüsse auf die konstruktive Emotionalität politischer Nachrichtenbeiträge zum Tragen und wie verhandeln Journalist:innen diese?*

Abschließend sollen diese Aushandlungsprozesse auch für die mediale Repräsentation von Akteur:innen in der Berichterstattung beleuchtet werden:

- FF4 *Wie kommen Einflüsse aus den Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen von Journalist:innen auf die mediale Repräsentation von Akteur:innen zum Tragen und wie verhandeln Journalist:innen diese im Prozess der Nachrichtenproduktion?*
- FF4a *Wie kommen Einflüsse auf die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen zum Tragen und wie verhandeln Journalist:innen diese?*
- FF4b *Wie kommen Einflüsse auf die mediale Repräsentation von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zum Tragen und wie verhandeln Journalist:innen diese?*
- FF4c *Wie kommen Einflüsse auf die mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten zum Tragen und wie verhandeln Journalist:innen diese?*

6. STUDIENANLAGE

6.1 Quantitative Inhaltsanalyse: Nachrichtenqualität messen

Um die Entstehung spezifischer Parameter von Nachrichtenqualität erklären und verstehen zu können, musste sie in einem ersten Schritt empirisch erfahrbar und somit *gemessen* werden. Die in dieser Studie verwendeten Dimensionen von Nachrichtenqualität wurden durch eine großangelegte manuelle Inhaltsanalyse österreichischer Politikberichterstattung erhoben. Sie war Teil des ländervergleichenden Projekts »Media Performance and Democracy«, in dessen Zuge Nachrichtenqualität in Österreich, Deutschland und der Schweiz untersucht wurde (vgl. MAGIN et al. 2023; STARK 2019; STARK et al. 2021; UDRIS et al. 2023).¹⁸ Die nachfolgende Beschreibung der Inhaltsanalyse orientiert sich demnach eng an den im Projekt konzipierten Operationalisierungen und dem dementsprechenden Codebuch. Ein Auszug des Projekt-Codebuches, welcher die in der vorliegenden Studie verwendeten Variablen umfasst, befindet sich zudem im Anhang (vgl. Anhang II).

¹⁸ Das österreichische Teilprojekt wurde 2018-2021 durch den österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) unter Projektnummer I 3155 (Leitung: Josef Seethaler) als Teil eines DACH-Projekts gefördert.

6.1.1 *Sampling und Codierung*

Untersuchungseinheiten

Die Inhaltsanalyse untersuchte journalistische Berichterstattung, die einen Bezug zur österreichischen Politik aufweist, worunter regionale, nationale oder auch internationale Berichterstattung fallen kann. Dies gilt auch für Berichterstattung über politische Akteur:innen, welche rein nicht-politische Aspekte (z. B. Freizeit) adressiert. Die Definition von politischer Berichterstattung beinhaltet dabei verschiedene Komponenten aus der klassischen Trias von Politics, Policy und Polity (vgl. z. B. VOWE 2008) und wurde durch einen Suchstring operationalisiert, welcher aus »Namen der Zentralakteure des politischen Systems und aus Bezeichnungen für die Executive auf verschiedenen Ebenen [...] [sowie aus] Organisationen, Institutionen und parlamentarischen Aktivitäten« (JANDURA/KÖSTERS 2022: 311) besteht.¹⁹ Dieser wurde auf eine Datenbank österreichischer Medienberichterstattung angewendet. Zusätzlich wurden die Suchergebnisse händisch auf eine nationale politische Relevanz überprüft und irrelevante Beiträge ggf. ausgeschlossen.

Untersuchungszeitraum

Untersucht wurde die Berichterstattung in zwei je rund vierwöchigen Zeiträumen von Mai bis Juli 2018 (vgl. Untersuchungszeitraum 1: 26.5.2018-15.06.2018 und 29.06.2018-05.07.2018) sowie September bis Oktober 2018 (vgl. Untersuchungszeitraum 2: 17.09.2018-07.10.2018 und 22.10.2018-28.10.2018).

19 Suchstring: ÖVP ODER FPÖ ODER SPÖ ODER NEOS ODER »Liste Pilz« ODER Nationalrat* ODER Kultusgemeinde ODER Caritas ODER Diakonie ODER ((»die Grünen« ODER »der Grünen« ODER »den Grünen« ODER Bundesrat* ODER *kanzler* ODER *präsident* ODER *minister* ODER *regierung* ODER *parlament* ODER *klubob* ODER *gerichtshof* ODER *partei* ODER Landtag* ODER Landeshaupt* ODER Landesrat* ODER *senat* ODER Stadtrat* ODER Gemeinderat* ODER Magistrat* ODER Frontex ODER Europol ODER EZB ODER Zentralbank ODER Europarat* ODER europäisch* ODER UNO ODER »UN« ODER OSZE ODER G7 ODER G20 ODER OECD ODER NATO ODER Terror* ODER Botschaft* ODER Diplomat* ODER Opposition* ODER *abgeordnete* ODER Untersuchungsausschu* ODER Kirche ODER Islam* ODER jüdisch* ODER *kammer* ODER Gewerkschaft* ODER Industriellenvereinigung ODER Nationalbank ODER *bürgerinitiative* ODER *abstimmung* ODER Volksbegehren* ODER *demonstra* ODER Amnesty ODER Greenpeace ODER »Global 2000« ODER »Ärzte ohne Grenzen« ODER antifaschis* ODER identitär* ODER faschis*) UND östert*) ODER ((Kommission* ODER *gerichtshof* ODER *parlament*) UND (»EU« ODER »EU-«) UND östert*)

Das Jahr 2018 war insofern ein günstiger Zeitpunkt, als dass die drei untersuchten Länder in etwa in der gleichen Phase ihrer jeweiligen Legislaturperiode lagen. Die Wochen wurden dabei gezielt so ausgewählt, dass in allen Ländern Tage mit und ohne Parlamentstätigkeit etwa gleichermaßen vertreten waren. Dies folgt den Überlegungen, dass Zeiten der Parlamentstätigkeit verstärkt einen Einblick bieten, wie Medien nationale Politik verhandeln, solche ohne Parlamentstätigkeit gleichzeitig sicherstellen, dass die Akteur:innenvielfalt davon nicht übermäßig beeinflusst ist. Der Entscheidung für natürliche Wochen im Vergleich zu oftmals konstruierten künstlichen Wochen (für eine ausführliche Diskussion vgl. JANDURA et al. 2005) liegt die Prämisse zugrunde, dass damit zwar auf einen über die Untersuchungszeitpunkte hinausgehenden Repräsentationsschluss verzichtet werden muss, jedoch die Vergleichbarkeit der Berichterstattung in konkreten Nachrichtenlagen zwischen Medienangeboten mit verschiedenen strukturellen Bedingungen begünstigt wird (vgl. JANDURA/KÖSTERS 2022: 309ff.).

TABELLE 2

Sample der Inhaltsanalyse

Sektor	Outlet	n	Stichprobenfehler (1./2. UZ)
Tageszeitungen			
Nationale Tageszeitung (Informationsmedium)	Die Presse	396	3%
	Der Standard	362	3/5%
Nationale Tageszeitung (Boulevardmedium)	Kronen Zeitung	446	3/5%
Gratiszeitung	Heute	241	3%
	Österreich	537	3/5%
Regionalzeitung	Kleine Zeitung	467	3/5%
Fernsehen			
Öffentlich-rechtliches Nachrichtenformat	Zeit im Bild	234	Vollerhebung/3%
	ZIB 2	135	Vollerhebung/3%
	ZIB 20	35	Vollerhebung
Radio			
Öffentlich-rechtliches Nachrichtenformat	Ö3 Frühjournal	28	3%/Vollerhebung
	Ö3 Journal um fünf	53	3%/Vollerhebung
Online			
Nationale Tageszeitung (Informationsmedium)	derstandard.at	390	3%
Nationale Tageszeitung (Boulevardmedium)	krone.at	426	3%
Öffentlich-rechtliches Nachrichtenformat	orf.at	537	3/5%
	Gesamt	4.287	

Medienauswahl

Relevante Medienoutlets wurden nach einem Konzentrationsprinzip (vgl. BROSIUS et al. 2016: 74) anhand der reichweitenstärksten Angebote in theoretisch als relevant erachteten Sektoren ausgewählt. Im Sinne einer geschichteten Stichprobenbildung wurden innerhalb jedes Sektors – getrennt für die beiden Untersuchungszeiträume – aus der Grundgesamtheit eine Zufallsauswahl gezogen. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die untersuchten Medienoutlets, die Fallzahlen der Inhaltsanalyse und die jeweils angewandten Stichprobenfehler. In einigen Fällen konnte die vollständige Grundgesamtheit untersucht werden. Auch wenn Gratiszeitungen für die Medienauswahl aufgrund ihres unterschiedlichen Finanzierungsmodells getrennt einbezogen wurden, so werden sie im Folgenden (z. B. im Prozess des Samplings für die qualitative Teilstudie und in der Ergebnisdarlegung) aufgrund ihrer inhaltlichen Ausrichtung dem Boulevardsektor zugerechnet.²⁰

Codierung

Der Codierung gingen zwei Pre-Tests des Codebuchs anhand potenziellen Untersuchungsmaterials voraus, welche die Anwendbarkeit des Codebuchs überprüften und zu finalen Anpassungen führten. Die eigentlichen Codierarbeiten wurden zwischen Januar und Oktober 2019 von sieben Masterstudierenden bzw. -absolvent:innen aus der Kommunikationswissenschaft geleistet. Es erfolgte eine eingehende Codierschulung anhand von Beispielen vor Beginn der Codierarbeiten sowie wöchentliche Schulungen während des Codierprozesses. Die Codierung erfolgte anhand von in der verwendeten Datenbank abrufbaren unformatierten Texten bzw. im Fall von audio-

20 In einer späteren Phase des Projekts »Media Performance and Democracy« wurde das untersuchte österreichische Sample noch um Medienoutlets erweitert (z. B. *oe24.at*), die nicht mehr in die vorliegende Studie und ihr auf der Inhaltsanalyse aufbauendes mehrstufiges Untersuchungsdesign aufgenommen werden konnten. Die Zahl und Auswahl der untersuchten Outlets weicht demnach von jener in anderen Publikationen (BEAUFORT 2020) ab. Es gab zudem den Fall, dass bei Medienoutlets keine die Beiträge verantwortenden Journalist:innen eruiert werden konnten bzw. keine Journalist:innen an der der Inhaltsanalyse nachfolgenden quantitativen Befragung teilgenommen haben (z. B. *gmx.at*). Auch diese Beiträge wurden für die Analysen der vorliegenden Arbeit – auch jenen rein auf Basis inhaltsanalytischer Daten – ausgeschlossen.

visuellem Material anhand von Transkripten, wodurch aus Gründen der Vergleichbarkeit (Bewegt-)Bilder nicht in die Analyse einbezogen wurden.

6.1.2 *Operationalisierung*

Codiereinheiten

Im Sinne einer effizienten, aber exakten und validen Codierpraxis operiert das Codebuch mit drei Codiereinheiten:

1. Auf Ebene des *Beginns des Beitrags* – im Print- bzw. Online-Bereich Überschriften und Lead bzw., sofern kein Lead vorhanden, erster Absatz sowie im audiovisuellen Sektor die Anmoderation bzw., sofern keine Anmoderation vorhanden, der erste Absatz des Transkripts – wurden mehrere formale Variablen sowie das Themenfeld des Beitrags bestimmt.
2. Auf Ebene des *gesamten Beitrags* – der vollumfängliche Text bzw. das vollumfängliche Transkript inkl. einer möglichen An- und/oder Abmoderation – wurden die für die Erfassung der professionellen Standards relevanten Variablen erhoben. Aufgrund der Komplexität der Codierung der betreffenden Variablen wurden diese in den nachfolgenden Analysen nur für Beiträge mit mindestens 480 Zeichen herangezogen, was sich in der Codierpraxis als Untergrenze zur validen Erhebung der Variablen erwiesen hat.
3. Auf Ebene der *Akteur:innen* – eine detaillierte Beschreibung der Identifikation von relevanten Akteur:innen folgt in diesem Kapitel – wurden alle für die Messung der medialen Repräsentationsleistung relevanten Variablen erhoben.

Stilform

Die Einordnung der Nachrichtenbeiträge gemäß ihrer Stilform erfolgte entsprechend der Kennzeichnung oder Ausweisung durch die Redaktion, wie es auch der Wahrnehmung durch Rezipient:innen entspricht. Dies konnte aufgrund von Überschriften, dem Vorkommen in bestimmten Rubriken oder, im audiovisuellen Bereich, durch explizite Einblendung oder Anmoderation der Fall sein. Jeder Nachrichtenbeitrag wurde demnach als *Nachricht* bzw. *Bericht*, *Reportage*, *Feature* bzw. *Porträt*, *Kommentar*, *Kolumne*, *Glosse* bzw.

Leitartikel oder als *Interview* eingeordnet. Für die Analysen wurden alle vier Stilformen herangezogen. Lediglich für die Analyse der Unparteilichkeit wurden Kommentare, Kolumnen, Glossen bzw. Leitartikel ausgeschlossen, weil hier – entsprechend dem Trennungsgrundsatz zwischen Nachricht und Meinung (vgl. SCHWER 2006) – Meinungen und Wertungen seitens der Journalist:innen für Rezipient:innen erwartbar und transparent sind.

Urheber:in des Beitrags

Urheber:innen von Nachrichtenbeiträgen sind jene Journalist:innen, die redaktionell für den Inhalt des Beitrags verantwortlich sind. Sie können namentlich genannt oder durch ein Kürzel kenntlich gemacht werden. Die Urheber:innen wurden namentlich bzw. im Wortlaut festgehalten. Dies diente dazu, die Journalist:innen für die quantitative Befragung und die qualitativen Interviews kontaktieren zu können und die drei Datenquellen auf Ebene der einzelnen Nachrichtenbeiträge bzw. Autor:innen fusionieren zu können.

Themenfeld

Das Thema wurde anhand von 31 vordefinierten Themenfeldern (Codebuch der quantitativen Inhaltsanalyse in Anhang 11) eingeordnet. Für die Analysen dieser Studie wurde das Thema nicht herangezogen. Dessen Bestimmung ist aber insofern relevant, als dass die Einzelvariablen der Diskursivität relational zum thematischen Fokus des Beitrags sind und Akteur:innen einen Bezug zum zentralen Thema aufweisen mussten.

Unparteilichkeit

Für alle tatsachenbetonten Beiträge – also alle außer Kommentare, Kolumnen, Glossen bzw. Leitartikel – wurde erfasst, ob ein Beitrag Meinungen und Wertungen der ihn verantwortenden Journalist:innen enthält oder ob über einen Sachverhalt bzw. ein Ereignis distanziert und unparteiisch berichtet wird. Relevant für die Codierung ist die Intensität der Meinungen und Wertungen, d. h. ob subjektive Bewertungen nur unterschwellig vorhanden und sehr schwach sind oder ob sie im Vordergrund stehen und sehr stark sind. Die Codierung erfolgte äquivalent zu Seethaler (2015) anhand einer fünfstufigen, bipolaren Skala. Finden sich keinerlei Wertungen

und/oder Meinungen, wurde Code 5 *ausschließlich distanziert-unparteiisch* gewählt. Ist der Beitrag insgesamt distanziert-unparteiisch, enthält jedoch vereinzelte Bewertungen, wurde Code 4 *eher distanziert-unparteiisch* gewählt. Code 3 *ambivalent* bedeutet, dass distanziert-unparteiische und persönlich gefärbte Berichterstattung ungefähr gleichwertig stattfinden. Code 2 *eher persönlich gefärbt* wurde gewählt, wenn der Eindruck der persönlich gefärbten Berichterstattung im Vergleich zur distanziert-unparteiischen Berichterstattung überwiegt. Code 1 *explizit persönlich gefärbt* wurde gewählt, wenn die Berichterstattung (vgl. fast) ausschließlich bzw. sehr stark explizit persönlich gefärbt ist. Nachdem die Codierpraxis gezeigt hat, dass die Variable merklich schief in Richtung der höheren Codes verteilt ist – es demnach offenbar trennendes Merkmal der Berichterstattung ist, ob *überhaupt* Wertungen und Meinungen vorkommen und weniger, *in welchem Ausmaß* sie das tun – wurde die Variable für den Großteil der Analysen aus Gründen der Robustheit der Ergebnisse (wie jeweils ausgewiesen) zwischen den Codes 4 und 5 dichotomisiert.

Diskursivität

Die *Diskursivität* wurde, wie theoretisch argumentiert (vgl. Tab. 1 in Kap. 2), anhand von vier Framing-Elementen (vgl. ENTMAN 1993) – *Kontext, unterschiedliche Bewertungen, Gründe und Folgen* – operationalisiert, die nach Seethaler (2015) um *aktiv beteiligte Akteur:innen* und *betroffene Akteur:innen* erweitert wurden. Alle sechs Variablen sind dabei in Bezug zu dem als zentrales Thema codierten Berichterstattungsanlass zu bewerten.

Das Vorhandensein eines *Kontexts* zeigt sich daran, dass das Thema in längerfristige Prozesse oder übergeordnete Zusammenhänge eingeordnet und damit dessen Stellenwert verdeutlicht wird. Dies geschieht häufig durch Formen des Vergleichs. Dazu gehören zeitliche (z. B. Einordnung von Statistiken im Abgleich zur Vergangenheit), geografische (z. B. Gegenüberstellung eines Themas in unterschiedlichen Ländern) oder thematische (z. B. Relevanz eines Phänomens für mehrere gesellschaftliche Teilspähren) Vergleiche. Je nach Umfang und Stellenwert der Kontextualisierung konnte der Code 0 *keine kontextualisierende Darstellung* des Themas, Code 1 *Thema wird grundsätzlich kontextualisierend dargestellt* oder Code 2 *Thema wird ausführlich kontextualisierend dargestellt* gewählt werden.

Bei der Codierung *unterschiedlicher Bewertungen* wird erfasst, ob zwei oder mehr Bewertungen des zentralen Themas von unterschiedlichen

Akteur:innen vorliegen, die substanziell voneinander abweichen. In ihrer stärksten Ausprägung sind abweichende Bewertungen direkt konträre, oppositionelle Standpunkte. Die Maßgabe für die Einordnung der Bewertungen ist, ob vermittelt wird, dass das Thema des Beitrags als unterschiedlich aufzufassendes und standpunktabhängiges Thema zu sehen ist. Wird nur über den Sachverhalt bzw. das Ereignis berichtet, ohne dass Bewertungen vermittelt werden bzw. unterscheiden sich Bewertungen nicht, wurde der Code 0 *Bewertungen weichen nicht ab* verwendet. Finden sich abweichende Perspektiven von verschiedenen Akteur:innen, wurde Code 1 *Bewertungen weichen ab* gewählt.

Für die Variable *Gründe* wurde codiert, ob das Thema des Beitrags in einen Zusammenhang mit konkreten Gründen und Ursachen gestellt oder nur das aktuelle Geschehen dargestellt wird. Gründe und Ursachen für Sachverhalte oder Ereignisse können kurzfristige Auslöser aber auch Anliegen und (strategische) Motive von Akteur:innen sein. Wird nur über das Thema berichtet, ohne für dieses Gründe und Ursachen zu nennen, wurde der Code 0 *keine Begründung* gewählt. Wird zumindest eine Begründung für den berichteten Sachverhalt grundsätzlich angesprochen, aber nicht ausführlich erläutert, wurde der Code 1 *es wird zumindest eine Begründung grundsätzlich genannt* gewählt; wird hingegen der berichtete Sachverhalt tiefgehend begründet, wurde Code 2 *das Thema wird ausführlich begründet* gewählt.

Bei den *Folgen* wurde festgehalten, ob das berichtete Ereignis in einen Zusammenhang mit möglichen zukunftsgerichteten Auswirkungen und Konsequenzen bzw. Lösungen gestellt wird. Hierunter fallen sowohl die Folgen von Ereignissen als auch von intentionalen Entscheidungen. Auch konkrete Lösungsoptionen oder vorgeschlagene *konkrete* Maßnahmen fallen in diese Kategorie; unkonkrete Forderungen und Appelle jedoch nicht. Wird nur über einen Sachverhalt berichtet, ohne für diesen Sachverhalt Wirkungen, Folgen oder Lösungen zu nennen, wurde der Code 0 *keine Wirkungen, Folgen oder Lösungen dargestellt* gewählt. Wird zumindest eine Wirkung, Folge oder Lösung für den berichteten Sachverhalt angesprochen, aber nicht ausführlicher erläutert, wurde der Code 1 *zumindest eine Wirkung, Folge oder Lösung eines Sachverhalts/Ereignisses grundsätzlich genannt* gewählt. Werden Wirkungen, Folgen oder Lösungen für den berichteten Sachverhalt tiefgehend dargestellt, wurde der Code 2 *ausführlich Wirkungen, Folgen oder Lösungen eines Sachverhalts/Ereignisses dargestellt* gewählt.

Ergänzend wurde im Zuge der *aktiv beteiligten Akteur:innen* codiert, ob einerseits auf Makro-Ebene Akteur:innen der Legislative, Exekutive

und/oder der Judikative genannt sind, die *als Entscheidungsträger:innen* an Entscheidungs(findungs)prozessen um mögliche Lösungen und die Umsetzung von Maßnahmen auf gesellschaftlicher Ebene aktiv beteiligt sind, bzw. auf Meso-Ebene leitende Akteur:innen von politischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder anderen Organisationen in Bezug auf Folgen oder Lösungen auf Organisationsebene; andererseits, ob Akteur:innen *ohne Entscheidungsgewalt* genannt sind, die in an Entscheidungs(findungs)prozessen auf Makro- oder Meso-Ebene beteiligt sind. Je nachdem konnte Code 0 *keine aktiv beteiligten Akteur:innen*, Code 1 *nur Akteure mit Entscheidungsgewalt*, Code 2 *Akteure mit und ohne Entscheidungsgewalt* oder Code 3 *nur Akteure ohne Entscheidungsgewalt* gewählt werden. Für die vorliegende Studie, in der nur als konzeptionell relevant erachtet wird, ob aktiv beteiligte Akteur:innen thematisiert werden, wurde die Variable dichotomisiert, indem Code 1, 2 und 3 zusammengefasst wurden.

Zudem wurde codiert, ob *betroffene Akteur:innen* – Individuen, aber auch Organisationen oder (in-)formelle Gruppen – genannt sind, welche von den besagten Wirkungen, Folgen oder Lösungen betroffen sind, ohne dabei eine aktive Rolle in Entscheidungsprozessen zu spielen. Diese Variable wurde dichotom mit den Codes 0 *nein* und 1 *ja* codiert.

Diese sechs Komponenten der Diskursivität wurden additiv verrechnet, wobei die drei dreistufig von 0 bis 2 gemessenen Variablen zuvor auf eine Skala von 0 bis 1 umcodiert wurden, um sie mit den drei dichotomen Variablen gleichgewichtig zu verrechnen. Der so berechnete Index kann demnach Werte von 0 (keine Diskursivität) bis 6 (maximale Diskursivität) annehmen (vgl. BEAUFORT 2020; SEETHALER 2015). Die Diskursivität stellt demnach einen *formativen* Index dar. Formativen Indizes liegt als theoriebasierte Konstrukte die Annahme zugrunde, dass deren Komponenten definitorische Charakteristika des Konstrukts sind, wodurch diese weder zwingend stark korreliert noch austauschbar sein müssen. Letzteres ist vielmehr bei *reflexiven* Indizes der Fall, denen die Idee zugrunde liegt, dass deren Komponenten in Variationen ›dasselbe‹ messen (wie z. B. psychologische Merkmale) und demnach eine starke interne Konsistenz aufweisen müssen (vgl. LAUERER/HANITZSCH 2019: 63ff., basierend auf COLTMAN et al. 2008). Praktisch gesprochen: Selbstredend messen beispielsweise die Komponenten Kontext und unterschiedliche Bewertungen grundverschiedene Dinge und sind damit kein austauschbarer Ausdruck eines darunterliegenden Konstrukts – sie tragen aber beide entscheidende Ideenelemente zum formativen Konstrukt Diskursivität bei. In diesem Sinne ist für den

berechneten Index die interne Konsistenz kein entscheidendes Kriterium. Mit einem Cronbach's-Alpha-Wert von 0,67 liegt diese jedoch dennoch nah an der in der Literatur angeführten Grenze von 0,70 für akzeptable Werte (vgl. FIELD 2009: 675). Dementsprechend wurde die Intercoderreliabilität für die Diskursivität auch nur für diesen additiven Index berechnet, wo zufriedenstellende Werte erreicht werden konnten (vgl. Tab. 3 in Kap. 6.1.3).

Konstruktive Emotionalität

Die *konstruktive Emotionalität* von Nachrichtenbeiträgen wurde durch eine Kombination von drei Variablen – der *Emotionalität* von Beiträgen, deren *Inzivilität* und der *Korrektur der Inzivilität* – erfasst. Die Variable *Emotionalität* untersucht das Ausmaß des Emotionsgehalts der sprachlichen Darstellung eines journalistischen Nachrichtenbeitrags. Dabei wird der gesamte Beitrag inkl. etwaiger Zitate vorkommender Akteur:innen berücksichtigt. Ein emotionaler Sprachstil kann sich dabei durch gefühlsbetonte Begriffe, affektiven Wortschatz oder der Beschreibung von Emotionen, Bildlichkeit oder Metaphern mit affektiver Wirkungskraft, dem Einsatz von Superlativen oder Übertreibungen, attribuierende Spitznamen für Akteur:innen, expressiver Wortstellung, elliptischen Satzkonstruktionen, die direkte Adressierung, Einbeziehung oder Ansprache von Rezipient:innen sowie durch Präsenz als Zeitform für vergangene Ereignisse ausdrücken. Die Codierung erfolgte äquivalent zu Seethaler (2015) anhand einer fünfstufigen, bipolaren Skala. Ist der Beitrag sehr emotional aufbereitet, wird dem Thema also durch emotionale Gestaltungsmittel sehr stark bzw. häufig Nachdruck verliehen, wurde der Code 1 *emotional* vergeben. Werden zwar regelmäßig emotionale Stilmittel verwendet bzw. ist der größere Anteil des Textes emotional aufbereitet, gibt es jedoch auch sachlich-nüchterne Passagen, wurde der Code 2 *eher emotional* verwendet. Code 3 *ambivalent* bedeutet, dass der Beitrag weder eindeutig nüchtern noch eindeutig emotional aufbereitet ist, das Verhältnis an nüchternen und emotionalen Passagen also ausgeglichen ist. Wenn im Beitrag nur gelegentlich und insgesamt wenige emotionale Stilmittel eingesetzt werden, wurde Code 4 *eher sachlich-nüchtern* gewählt. Code 5 *sachlich-nüchtern* gibt an, dass das Thema ausschließlich sachlich-nüchtern aufbereitet ist, also keine emotionalen Gestaltungsmittel (bzw. maximal ein Mal) verwendet werden.

Im Sinne der Messung von Emotionalität wurde diese Skala für die vorliegenden Analysen invers umcodiert, sodass ein höherer Code entgegen der

ursprünglichen Codierung auch ein höheres Maß an Emotionalität (und nicht ein höheres Maß an Nüchternheit) ausdrückt. Nachdem die Codierpraxis zudem (ähnlich zur Variable *Unparteilichkeit*) gezeigt hat, dass die Variable merklich schief in Richtung der höheren Codes verteilt ist – es demnach offenbar trennendes Merkmal der Berichterstattung ist, ob überhaupt emotionale Elemente vorkommen und weniger, *in welchem Ausmaß* sie das tun – wurde die Variable für das Gros der Analysen aus Gründen der Robustheit der Ergebnisse (wie jeweils ausgewiesen) zwischen den Codes 4 und 5 (der ursprünglichen Skala) dichotomisiert.

Wie theoretisch argumentiert wird die Emotionalität dahingehend kontrolliert, ob sie *konstruktiv* ist, was über die Abwesenheit *inziviler Elemente* operationalisiert wurde. *Inzivilität* wurde in Anlehnung an Peters et al. (2004; vgl. KÖSTERS 2020; konzeptionell ähnlich: COE et al. 2014) über das Vorhandensein von folgenden kommunikativen Aspekten erfasst: persönliche Attacken in Form unsachlicher Angriffe oder herabsetzender und beleidigungsähnlicher Attribuierungen, diskreditierende Unterstellungen in Form des Verdachts gegenüber Akteur:innen, durch betrügerische, illegitime oder mindestens fragwürdige Ziele motiviert zu sein, exkludierende Moralisierungen in Form des Aberkennens von Akteur:innen als Diskurspartner:innen durch moralisierende, den thematischen Sachverhalt negierende Argumente sowie durch diskriminierende Feindbilder oder Eigen-Fremd-Stereotype in Form von expliziten, pauschalen Zuschreibungen negativer Eigenschaften gegenüber allen wie auch immer definierten Fremden als stereotypische Feindbilder. Dabei war es *zunächst* unerheblich, ob inzivile Äußerungen direkt zitiert oder indirekt wiedergegeben werden und ob sie von den Nachrichtenbeitrag verantwortenden Journalist:innen oder thematisierten Akteur:innen stammen. Wie angesprochen wurde argumentiert, dass Inzivilität auch eine aktivierende und damit partizipationsfördernde Wirkung haben kann. Sie wird aber demokratietheoretisch dann problematisch, wenn sie auf Ausgrenzung von Diskursteilnehmer:innen abzielt (vgl. Kap. 2.1.3). Der Fokus der Codierung lag demnach darauf, ob inzivile Elemente darauf abzielen, Akteur:innen und ihren Positionen die Teilnahme am Diskurs abzusprechen, sie vom Diskurs auszugrenzen bzw. ihre Positionen generell nicht anzuerkennen. Zeigte sich ein Nachrichtenbeitrag frei von so definierten inzivilen Elementen, wurde der Code 0 *inzivile Aussagen kommen nicht vor* vergeben. Bei wiederholtem bzw. häufigem Vorkommen wurde Code 1 *inzivile Aussagen kommen nur am Rande / vereinzelt vor* bzw. Code 2 *inzivile Aussagen sind zentraler*

Bestandteil des Beitrags, kommen öfter vor gewählt. Für robustere Analysen wurde diese Variable ebenfalls dichotomisiert, indem die Codes 1 und 2 zusammengefasst wurden.

In einem zweiten Codierschritt wurde für Beiträge, in denen inzivile Elemente identifiziert wurden im Zuge der *Korrektur der Inzivilität* erfasst, ob die den Beitrag verantwortenden Journalist:innen inzivile Aussagen unkommentiert lassen oder sie korrigieren bzw. die Inzivilität der Aussage thematisieren. Eine solche Korrektur kann dadurch erfolgen, dass Diskursverletzungen als solche bezeichnet werden, dass kritische Sichtweisen auf diese durch andere Akteur:innen thematisiert werden, dass auf die Problematik bestimmter Begrifflichkeiten aufmerksam gemacht wird oder dass inzivilen Äußerungen sachliche Argumente entgeggestellt werden. Bleiben solche Korrektur aus, wurde Code 0 *Journalist:in korrigiert inzivile Aussagen nicht* gewählt. Finden sie statt, jedoch nur bestimmte Teilaspekte adressierend oder vergleichsweise schwach, wurde Code 1 *Journalist:in korrigiert inzivile Aussagen teilweise* verwendet. Lässt die Korrektur der Inzivilität keine Zweifel am diskursverletzenden Charakter der Aussagen, wurde Code 2 *Journalist:in korrigiert inzivile Aussagen vollständig* codiert. Stammen inzivile Aussagen von den Journalist:innen selbst, wurde ebenfalls Code 0 gewählt. Auch diese Variable wurde durch das Zusammenfassen der Codes 1 und 2 dichotomisiert.

In einem dritten Schritt wurden die jeweils dichotomisierten Variablen *Inzivilität* und *Korrektur der Inzivilität* kombiniert, indem Beiträge mit vollständig ›korrigierten‹ Formen von Inzivilität jenen Beiträgen gleichgesetzt wurden, die keinerlei inzivile Elemente enthalten.²¹ So ergibt sich eine kombinierte Variable mit den beiden Ausprägungen *inzivile Aussagen kommen nicht vor oder werden vollständig korrigiert* und *inzivile Aussagen kommen jedenfalls am Rande vor und werden maximal teilweise korrigiert*. Diese Variable wurde verwendet, um destruktive Formen von Emotionalität von konstruktiven Formen abzugrenzen. Praktisch gesprochen wurde sie als ›Filter‹ verwendet, indem in die Analysen die – damit konstruktive – Emotionalität

21 Beispielsweise ereignete sich im Untersuchungszeitraum ein Vorfall, bei dem eine Politikerin massiv sexistisch beleidigt wurde. Diese definitiv inzivilen Beleidigungen wurden – einerseits mutmaßlich aufgrund von deren Nachrichtenwert, andererseits weil sie auch für die juristische Einschätzung des Vorfalls maßgeblich sind – von vielen Journalist:innen wörtlich zitiert, jedoch stets klar betont, dass es sich dabei potenziell um einen Straftatbestand handelt. Dies ist als Korrektur der Inzivilität anzusehen. Solche Nachrichtenbeiträge, wo über Inzivilität berichtet wird, Inzivilität jedoch nicht verwendet wird, wurden demnach als zivil behandelt.

von Nachrichtenbeiträgen nur dann ausgewiesen bzw. für Berechnungen herangezogen wurde, wenn der Beitrag das Kriterium der Zivilität erfüllt.

Identifikation von Akteur:innen

Um die Akteur:innenvielfalt zu erheben, wurden pro Nachrichtenbeitrag bis zu vier zentrale Akteur:innen codiert. Akteur:innen können sowohl Einzelpersonen (z. B. Politiker:innen) als auch Kollektive (z. B. Organisationen) sein. Ausschlaggebend ist, dass Meinungen – also Bewertungen, Argumente, Standpunkte oder Forderungen – und/oder Einschätzungen der Akteur:innen erkennbar sind, die ein Mindestmaß an potenziellem Einfluss auf den massenmedialen Diskurs zu einem bestimmten Thema sicherstellen. Akteur:innen wurden in der Reihenfolge ihrer *Nennung* codiert, auch wenn die für die Codierrelevanz entscheidenden Meinungen oder Einschätzungen erst später im Beitrag vorkommen. Für die vorliegenden Analysen wurde die Reihenfolge zwar nicht berücksichtigt, sie determiniert aber bei aus forschungsökonomischen Gründen maximal vier codierbaren Akteur:innen, welche Akteur:innen als zentral angesehen wurden. Kommen Kollektive und Individuen vor, die zueinander gehören, wurde überprüft, ob es sich bei den geäußerten Standpunkten um originäre Äußerungen handelt und damit, ob das Individuum unter dem Kollektiv subsumiert wurde oder umgekehrt. Kommen zueinander gehörige Individual- und Kollektivakteur:innen vor, deren Meinungen oder Einschätzungen sich decken, wurde nur der:die erstgenannte Akteur:in codiert und der:die andere Akteur:in subsumiert (z. B. Parteivertreter:in und Partei). Werden mehrere Individualakteur:innen als ein Kollektiv dargestellt, wurden sie unter diesem Kollektiv subsumiert, sofern dieses explizit genannt wird (ausführlicher in Anhang II).

Name bzw. Bezeichnung von Akteur:innen

In einem ersten Schritt wurden die Akteur:innen namentlich bzw. wörtlich festgehalten, wie es rein der Überprüfung dessen diente, dass die identischen Akteur:innen reliabel codiert werden konnten (vgl. Tab. 3 in Kap. 6.1.3), was anhand der nachfolgend codierten Attribute der Akteur:innen nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann (z. B. ist es denkbar, dass mehrere Codierer:innen übereinstimmend eine:n Parteivertreter:in codieren – damit aber eigentlich unterschiedliche Personen als zentrale Akteur:innen meinen).

Funktion von Akteur:innen

In einem zweiten Schritt wurde die politische bzw. gesellschaftliche Funktion bzw. Rolle der Akteur:innen näher bestimmt. Die Codierung erfolgte dabei anhand einer umfangreichen Liste von 137 Einzelcodes (vgl. Anhang 11), welche zwischen Akteur:innen der politischen Sphäre und ihrer zentralen Institutionen und Organisationen sowie Akteur:innen der gesellschaftlichen Sphäre unterscheidet. Anhand von spezifischen Zusammenfassungen dieser Codes wurden die drei abhängigen Variablen – die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen, von Akteur:innen der Zivilgesellschaft und von Bürger:innen und Marginalisierten – operationalisiert.

Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen

Der Gruppe der parteipolitischen Akteur:innen wurden sowohl *Parteien auf Bundesebene* als auch auf *Landes- und Kommunalebene* zugeordnet, wobei auch die jeweiligen *Vorsitzenden, Generalsekretär:innen und Jugendorganisationen* als Vertreter:innen der jeweiligen Parteien betrachtet wurden – einzelne Politiker:innen, welche ein darüber hinausgehendes Amt bekleiden und sich in dieser Rolle äußern, jedoch nicht. Im Codebuch (vgl. Anhang 11) entspricht dies den Codes 7101-7300, die 11 Subgruppen umfassen. *Parteien auf EU-Ebene* (Code 7400) sowie *ausländische Parteien* (Code 7500) wurden in Ermangelung eines unmittelbaren Einflusses auf nationale Politik nicht den Parteien zugerechnet.

Zudem wurde für *alle* Akteur:innen – unabhängig von ihrer Rolle bzw. Funktion –, sofern zutreffend, eine mögliche Parteizugehörigkeit erfasst. Bei Akteur:innen, die im Beitrag nicht in einer politischen Funktion bzw. als Vertreter:innen einer Partei auftreten, wurde nur dann eine Parteizugehörigkeit codiert, wenn diese explizit im Beitrag erwähnt wird. Dabei wurden Codes für die sieben in Österreich relevantesten Parteien, ein Einzelcode für andere Parteien sowie Codes für parteilose Akteur:innen, ausländische Akteur:innen und Akteur:innen, deren Parteizugehörigkeit nicht erkennbar ist, verwendet.

Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft

Als zivilgesellschaftliche Akteur:innen wurden alle Akteur:innen herangezogen, welche im Codebuch als *Interessenverbände, soziale Bewegungen,*

Lobby-Gruppen und NGOs (Codes 8101 bis 8299) definiert wurden. Sie umfassen 1.) *gesellschaftliche bzw. gesellschaftspolitische Akteur:innen* (z. B. Menschenrechtsorganisationen), 2.) *Akteur:innen* aus dem Bereich der *sozialen Sicherung* (z. B. Wohlfahrtsorganisationen), 3.) aus dem Bereich *Wirtschafts- und Arbeitswelt* (z. B. Gewerkschaften), 4.) *Freizeit und Erholung* (z. B. Interessenvertretungen im Bereich Sport) sowie 5.) *Kultur und Bildung* (z. B. Interessenverbände für Bildung, Wissenschaft und Forschung). Davon ausgeschlossen wurden lediglich *außenpolitische Organisationen* (Code 8101) und *Arbeitgeber:innenvertretungen, Wirtschafts- und Industrieverbände* (Code 8191), weil hier von »vermachteten Akteuren« (GERHARDS 1997: 6) im Habermas'schen Sinne (1992) auszugehen ist, welche durch die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen, Macht- und Sanktionspotenziale sowie Eigeninteressen deliberative Diskurse gefährden können. Außerdem wurden *rechtspopulistische und rechtsextreme* (Code 8141) und *linke und linksextreme soziale Bewegungen* (Code 8142) ausgeschlossen, weil Radikalismus und Populismus ebenfalls mangelndes Interesse an einem gleichberechtigten substanziellen öffentlichen Diskurs unterstellt werden kann.²² Auf Akteur:innen der Zivilgesellschaft entfallen demnach 24 Subgruppen.

Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten

Dieser Gruppe wurden anhand von 5 Subgruppen 1.) die nicht näher bestimmte *Allgemeinheit* bzw. *Bevölkerung*, 2.) nicht in Interessenverbänden organisierte *Bevölkerungsgruppen*, 3.) *Bürger:inneninitiativen, Demonstrant:innen und ehrenamtlich Tätige*, 4.) *Migrant:innen, »Flüchtlinge« und Asylwerber:innen* sowie 5.) *einzelne Bürger:innen* (Codes 8810 bis 8819 im Codebuch) zugerechnet.

6.1.3 *Intercoderreliabilität*

Die Intercoderreliabilität wurde gängigen Empfehlungen folgend (vgl. LACY et al. 2015) laufend während des Codierprozesses überprüft. Das Material dazu wurde aus dem tatsächlichen Korpus der Inhaltsanalyse je für Out-

²² Expert:innen wurden in Anlehnung an Ferree et al. (2002a), die den Stellenwert von Expert:innen in liberal-repräsentativen Demokratievorstellungen betonen, ebenfalls nicht der Zivilgesellschaft zugerechnet. Ähnlich siedeln Beckers und Van Aelst (2019) Expert:innen außerhalb der Zivilgesellschaft an.

lets und Untersuchungszeiträume zufallsbasiert ausgewählt (insgesamt: $n=135$ Nachrichtenbeiträge). Die Überprüfung der Intercoderreliabilität der Akteur:innen erfolgte dabei in einem zweistufigen Verfahren: In einem ersten Schritt wurde die identische Identifikation der Akteur:innen anhand von Namen bzw. anhand der Bezeichnung im Wortlaut überprüft. In einem zweiten Schritt wurden Funktion und Partei basierend auf namentlich identisch identifizierte Akteur:innen überprüft, wobei für die Funktion nur jene Codes der umfangreichen Liste herangezogen wurden, welche im Sample der Codierungen für die Intercoderreliabilität tatsächlich von mindestens einer der Codierer:innen verwendet wurden. Zur Bestimmung der Intercoderreliabilität wurde Brennan und Prediger's Kappa (vgl. BRENNAN/PREDIGER 1981) berechnet. Diese Variante des gängigen Kappa-Koeffizienten zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Zufallswahrscheinlichkeit (bezogen auf die Anzahl der mindestens einmal codierten Werte einer Variablen) einbezieht, nicht aber die tatsächliche Verteilung dieser Werte (vgl. VON EYE 2006). Damit reagiert der Koeffizient weniger empfindlich auf schief verteilte Variablen, die in dieser Studie mehrfach vorkommen. Für alle Variablen konnten angesichts des Umfangs und der Komplexität des Codebuchs zufriedenstellende Reliabilitätswerte von $\geq 0,66$ erreicht werden (vgl. Tab. 3).

TABELLE 3
Intercoderreliabilität

Variable	Codiereinheit	Skalenniveau	Brennan & Prediger's Kappa
Stilform	Beginn des Beitrags	nominal	0,93
Themenfeld	Beginn des Beitrags	nominal	0,66
Unparteilichkeit	Gesamter Beitrag	ordinal	0,88
Diskursivität	Gesamter Beitrag	ordinal	0,74
Emotionalität	Gesamter Beitrag	ordinal	0,81
Inzivilität	Gesamter Beitrag	nominal	0,87
Korrektur Inzivilität	Gesamter Beitrag	nominal	0,88
Akteur:innen: Name bzw. Bezeichnung im Wortlaut	Akteur:innen	nominal	0,67
Akteur:innen: Funktion	Akteur:innen	nominal	0,73
Akteur:innen: Partei	Akteur:innen	nominal	0,88

Anmerkung: $n=135$

6.2 Quantitative Befragung: Nachrichtenqualität erklären

Die Kernannahme des hier realisierten Forschungsdesigns ist es, dass sich Varianz in den Nachrichtenbeiträgen durch Varianz in der Arbeitsrealität der sie verantwortenden Journalist:innen erklären lässt. Für eine solche Absicht plädieren van Dalen et al. (2017) für Mixed-Methods-Designs, welche quantitative Inhaltsanalyse- und Befragungsdaten kombinieren und damit ein solches Vorhaben ermöglichen. Sie heben besonders die Bedeutung von Studien hervor, welche Selbstangaben und Performanz der *identischen* Journalist:innen mit unterschiedlichen Methoden empirisch zugänglich machen. Während in dieser Studie in einem ersten Schritt, um Nachrichtenqualität zu *messen*, relevante Dimensionen der Performanz durch eine quantitative Inhaltsanalyse erhoben wurden, wurden in einem zweiten Schritt – um die gemessene Nachrichtenqualität zu *erklären* – Arbeitsrealität und Ansichten der Beitragsurheber:innen erfasst. Dazu wurde eine quantitative Befragung der Journalist:innen durchgeführt.²³

6.2.1 *Sampling und Datenerhebung*

Van Dalen et al. (2017) diskutieren mehrere Mixed-Methods-Designs, die auf je unterschiedliche Weise Inhaltsanalyse- und Befragungsdaten kombinieren: Bei einem *Parallel Design* (vgl. z. B. VAN DALEN et al. 2012) werden zeitgleich zwei (möglichst) repräsentative Stichproben von Nachrichtenbeiträgen und Journalist:innen gezogen und untersucht. Wenngleich dieses Vorgehen die Aussagekraft der getrennten Analyse beider Samples erhöht, ermöglicht es ein Matching der gewonnenen Daten bestenfalls auf Outlet-, nicht jedoch auf der Individualebene einzelner Journalist:innen, was die Untersuchung individuell gemessener Einflussgrößen – einer der entscheidenden Stärken der besagten Methodenkombination – verunmöglicht. Bei einem *Sequential Design* kann einerseits in einem ersten Schritt ein repräsentatives Sample von Journalist:innen befragt werden, zu denen

23 Sowohl die quantitative Befragung als auch die nachfolgend beschriebene qualitative Befragung (vgl. Kap. 6.3) wurden 2020-2021 durch die Kulturabteilung der Stadt Wien im Rahmen des Projekts »Determinanten der demokratischen Qualität des Wiener Hauptstadjournalismus« (Leitung: Andreas Riedl) gefördert.

in einem zweiten Schritt von ihnen erstellte journalistische Beiträge recherchiert und inhaltsanalytisch untersucht werden (vgl. z. B. MCMILLIN/WEAVER 1996; STEINDL et al. 2019; TANDOC et al. 2013). Andererseits kann in einem ersten Schritt ein repräsentatives Inhaltsanalytesample gezogen und untersucht, die Kontaktdaten der die Beiträge verantwortenden Journalist:innen recherchiert und diese in einem zweiten Schritt befragt werden (vgl. z. B. MELLADO/VAN DALEN 2014).

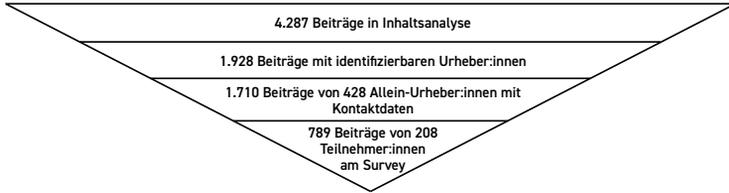
Während beide Arten von Sequential Designs die Möglichkeit der Datenfusion auf Individualebene bieten, limitiert die je erste Datenerhebung das Ausmaß der zweiten: So können im ersten Fall nur Nachrichtenbeiträge der bereits befragten Journalist:innen untersucht werden, deren Auffindbarkeit begrenzt ist. Im zweiten Fall können nur Personen befragt werden, die klar als Urheber:innen der Beiträge kenntlich sind, was nicht immer gegeben ist. Die Reihenfolge entscheidet zudem darüber, ob über das Befragungs- oder das Inhaltsanalytesample die repräsentativeren Aussagen getroffen werden können, weil bei der nachgelagerten Erhebung Samplingbiases auftreten. Weil in der vorliegenden Studie der Fokus auf der Nachrichtenqualität im österreichischen Journalismus liegt und über diese auch möglichst repräsentative deskriptive Aussagen getroffen werden sollen, wurde ein sequenzielles Design gewählt, das von der Inhaltsanalyse ausgehend die identifizierten Urheber:innen befragt.

Die Urheber:innen wurden einem vierstufigen Prozess identifiziert, kontaktiert und befragt (vgl. Abb. 3): Von den gut 4.000 Nachrichtenbeiträgen des Inhaltsanalytesamples konnten in rund 2.000 Fällen – Österreich weist damit eine massiv niedrigere Urheber:innen-Transparenz auf als Deutschland und die Schweiz (vgl. STARK et al. 2021: 443) – deren Urheber:innen nachvollzogen werden. Aus diesen wurden Beiträge mit mehreren Urheber:innen ausgeschlossen (vgl. STEINDL 2021); die Kontaktdaten der verbleibenden Allein-Urheber:innen wurden recherchiert, wobei einige der Journalist:innen zwischenzeitlich aus dem Journalismus ausgeschieden sind oder aus anderen Gründen nicht auffindbar waren. So ließen sich zu rund 1.700 Nachrichtenbeiträgen gut 400 kontaktierbare Urheber:innen recherchieren.

Diese Journalist:innen wurden im September 2019 per E-Mail kontaktiert und zur Befragung eingeladen. Die Einladungsmail wies darauf hin, dass tatsächliche Nachrichteninhalte mit den (Selbst-)Wahrnehmungen der befragten Journalist:innen verglichen werden sollten, vermied jedoch normativ aufgeladene Begriffe wie Medien- oder Nachrichtenqualität. Sie

ABBILDUNG 3

Schematische Darstellung des Samplingprozesses für die quantitative Befragung



machte zudem transparent, dass die Befragung nicht anonym ist, wie es das vorliegende Design verunmöglicht hätte, sondern die Befragten lediglich pseudonymisiert wurden. Durch drei schriftliche E-Mail-Reminder und (maximal) einem telefonischen Reminder nahmen bis November 2019 208 Journalist:innen an der Befragung teil, denen 789 Nachrichtenbeiträge zugeordnet werden können (vgl. Abb. 3). Dies entspricht einem Rücklauf von 48,6 Prozent, der damit erfreulich höher liegt als bei vergleichbaren Erhebungen in Österreich (vgl. PLASSER/LENGAUER 2010; STEINDL et al. 2019).²⁴

6.2.2 Operationalisierung

Im Sinne möglichst validierter und erprobter Instrumente orientiert sich die Befragung eng an bestehenden Befragungen von professionellen Journalist:innen. Sie stützt sich dabei vor allem auf den Fragebogen der zweiten Welle der *Worlds of Journalism Study* (vgl. HANITZSCH/HANUSCH et al. 2019; HANITZSCH/SEETHALER et al. 2019a). Der Fragebogen wurde einem Pretest mit drei Journalist:innen außerhalb des Befragungssamples mit unterschiedlichen Berufsrealitäten unterzogen. Dabei konnten kleinere Quellen möglicher Missverständnisse beseitigt werden. Er wurde zudem mit anderen Kommunikationswissenschaftler:innen diskutiert und von ihnen getestet, was ebenfalls zu letzten Anpassungen führte. Die folgende Beschreibung der Operationalisierung (sowie die Charakterisierung des

²⁴ Ich danke Alexandra Olszak herzlich für ihre großartige Unterstützung bei der Rekrutierung der Befragungsteilnehmer:innen.

Befragungssamples in Kap. 6.2.3) stellt nur jene Variablen und Items vor, die in den Analysen verwendet wurden. Der vollständige Fragebogen befindet sich in Anhang III.

Soziodemografie

Als soziodemografische Kontrollvariablen wurden *das* Alter (in Jahren) sowie die Selbstidentifikation mit einem *Geschlecht* (weiblich, männlich oder anderes) abgefragt. Zudem wurden einige Variablen zur beruflichen Position abgefragt, die der Charakterisierung des Samples im Vergleich zu Repräsentativdaten dienen (vgl. Tab. 4 in Kap. 6.2.3).

Journalistisches Rollenverständnis

Bei der Abfrage des *journalistischen Rollenverständnisses* ist zu beachten, dass schon leichte Variationen der Frageformulierung entscheiden, ob *normative Rollen*, also Vorstellungen von Journalist:innen, was in ihrem beruflichen Kontext wünschenswert ist, oder *kognitive Rollen*, also die eigene Selbstauffassung, abgefragt werden (vgl. HANITZSCH et al. 2019; HANITZSCH/VOS 2017; STANDAERT et al. 2021). Im Sinne der Abfrage kognitiver Rollen, wie sie im vorgestellten theoretischen Rahmen mit Schimanks (2016) Idee von *Deutungsstrukturen* kompatibel sind, wurde deshalb eine Frageformulierung gewählt, welche Normativität vermeidet und die konkrete Berufsrealität adressiert. Die Befragten sollten deshalb den Satz »In meinem Beruf geht es mir darum...« durch ihre Zustimmung zu einer Auswahl an Rollen vervollständigen.

Die Auswahl der Items orientiert sich an Hanitzsch und Vos (2018), die basierend auf einem Review einschlägiger Literatur eine Typologie von 18 journalistischen Rollen innerhalb der politischen Sphäre vorschlagen. Ergänzt wurden diese Aspekte um ausgewählte Items, welche sich in der zweiten Welle der *Worlds of Journalism Study* in Österreich als empirisch relevant herausgestellt haben (vgl. HANITZSCH/LAUERER 2019) sowie in Anlehnung an Köcher (1985, 1986) um ein Item zur Identifikation von Journalist:innen mit dezidiert demokratiepolitischen Zielen. So ergibt sich eine Auswahl von 25 Rollenitems. Das Wording der Items wurde ebenfalls maßgeblich dem deutschen Fragebogen der *Worlds of Journalism Study* entlehnt. In wenigen Fällen wurde auf Formulierungen von Weischenberg et al. (2006) und der *Austrian National Election Study* (vgl. RIEDL/EBERL 2022) zurück-

gegriffen bzw. eigene Adaptionen verwendet. Die Befragten sollten ihre Zustimmung auf einer fünfstufigen Skala von »stimme überhaupt nicht zu« bis »stimme stark zu« angeben.

Die Auswahl der Items war so konzipiert, dass sie aufgrund dahinterliegender Faktoren zu Dimensionen zusammengefasst werden können sollten, wie es seit Jahrzehnten Usus in der Analyse journalistischer Rollen ist (z. B. zuletzt für die USA seit den 1970ern: WEAVER et al. 2019). Eine solche Zusammenfassung scheiterte *deduktiv* sowohl basierend auf den sechs Kernfunktionen von Journalismus in der politischen Sphäre von Hanitzsch und Vos (2018) als auch basierend auf einer an anderer Stelle realisierten demokratietheoretisch fundierten Zuteilung (vgl. RIEDL 2019; ähnlich: LOHMANN/RIEDL 2019) an zu niedrigen oder inkonsistenten Faktorladungen. Auch wenn sich solche theoriebasierten Indizes zweifellos als *formative* Indizes argumentieren ließen, bei denen interne Konsistenz nicht das ausschlaggebende Kriterium ist (vgl. Kap. 6.1.2), so schmälert ein solches Vorgehen dennoch die Eignung der Indizes als statistische Prädiktoren. Auch eine *induktive* Zusammenfassung der Items führte zu keinen konsistenten Ergebnissen. Während ein solcher Befund methodische und methodologische Fragen für die Abfrage von journalistischen Rollen aufwirft (vgl. RAEMY/VOS 2021), führte die Erkenntnis zur Entscheidung, für die vorliegenden Analysen Einzelitems als Prädiktoren zu verwenden. In die letztlichen Analysen floss deshalb nur eine theoriebasierte Auswahl von neun der abgefragten Rollen-Items ein (vgl. Tab. 5 in Kap. 6.2.3). Dieses Vorgehen wird auch von neueren Erkenntnissen empirischer Sozialforschung gestützt, welche – entgegen Vorbehalten in der Vergangenheit – die Arbeit mit präzise gemessenen Einzelitems nicht per se kritisch sieht (vgl. ALLEN et al. 2022; MATTHEWS et al. 2022).

Demokratieverständnis

Das *Demokratieverständnis* sollte differenziert abfragen, welche Vorstellungen von der wünschenswerten Ausgestaltung demokratischer Prozesse Journalist:innen besitzen. Die Frageformulierung orientierte sich dabei an Wolfgang et al. (2019) und die Befragten sollten den Satz »Demokratie funktioniert am besten, wenn...« durch ihre Zustimmung zu einer theoretisch fundierten Auswahl an Items vervollständigen. Um die theoretisch verwendeten Demokratiemodelle abzudecken, wurde in Anlehnung an Ferree et al. (2002a) für jedes Modell ein Item zu normativen Vorstellung

zu *Diskursteilnehmer:innen*, zum demokratischen *Prozess* und dem *Ergebnis* dieses Prozesses sowie in Anlehnung an Seethaler und Beaufort (2017) zum *Stil* des Diskurses und der *Rolle von Bürger:innen* (vgl. PORTO 2007) formuliert. Durch diese fünf Subdimensionen für die drei demokratischen Prinzipien ergeben sich 15 Items; nachdem die (zentrale) Rolle von Bürger:innen im partizipatorischen Modell in allen Dimensionen präsent ist, wurde auf ein dezidiertes Item zur Rolle von Bürger:innen verzichtet und nur 14 Items (vgl. Tab. 6 in Kap. 6.2.3) formuliert. Auch im Falle der Demokratieverständnisse führte eine deduktive wie induktive Zusammenfassung zu Indizes zu keinen statistisch und theoretisch zufriedenstellenden und konsistenten Ergebnissen. Auch in diesem Fall wurden in die Analysen deshalb theoretisch ausgewählte Einzelitems einbezogen.

Politische Orientierung

Wenngleich die Abfrage der politischen Orientierung auf einer einfachen Skala von links bis rechts als (zu) wenig differenziert kritisiert wurde (vgl. BAUGUT/SCHERR 2013), stellt sie nach wie vor ein etabliertes Instrument der Sozialforschung dar und hat sich auch innerhalb der Journalismusforschung in verschiedenen Fragestellungen bewährt (vgl. z. B. HOPMANN et al. 2010; SCHERR/BAUGUT 2016). Es wurde eine elfstufige Skala mit einer ›neutralen‹ Mitte verwendet, da sie die valideste Form der Messung darstellt (vgl. KROH 2007).

Erwartungen

Erwartungen, *Einflüsse durch Akteur:innen* und *abstrakte Einflüsse* stellen im vorgestellten Theorierahmen vergleichbare mögliche Einflussgrößen dar. Deshalb wurden sie mit der gleich- bzw. ähnlich lautenden Frage abgefragt. Dem theoretischen Argument folgend, dass Einflüsse auch wahrgenommen werden müssen, um gemäß der Akteur:innen-Struktur-Dynamik handlungsleitende Größen darzustellen (vgl. SCHIMANK 2016: 226), wurde auch der explizite Begriff ›Einfluss‹ in der Frageformulierung verwendet. Konkret sollten die Befragten angeben, »wie stark die folgenden Aspekte Einfluss auf [i]hr journalistisches Arbeiten nehmen«. Neben der *Worlds of Journalism Study* lehnt sich das Wording der Items zu den Erwartungen (vgl. Tab. 7 in Kap. 6.2.3) an Kaltenbrunner et al. (2020) an. Es wurde eine fünfstufige Skala von »kein Einfluss« bis »Einfluss extrem stark« verwendet.

Einflüsse durch Akteur:innen

Analog dazu wurden die Befragten zur Messung des *Einflusses durch Akteur:innen* gebeten, den Einfluss »folgende[r] Personengruppen« auf der identen Skala einzuschätzen (vgl. Tab. 7 in Kap. 6.2.3). Das theoretische Argument, warum gezielt nach dem Einfluss gefragt wurde, liegt darin begründet, dass die gegenseitige Wahrnehmung, das Bemerkens einer Intensionsinterferenz und die Entscheidung zur Nicht-Bagatellisierung konstitutiv für Beobachtungskonstellationen als die niederschwelligste Form von Konstellationsstrukturen ist (vgl. SCHIMANK 2016: 226). Nehmen Akteur:innen andere Akteur:innen gar nicht als relevante Quellen von Intensionsinterferenzen wahr, kann auch von keinem relevanten Modus der Handlungsabstimmung ausgegangen werden.

Abstrakte Einflüsse

Äquivalent zu den empfundenen Erwartungen wurde die Wahrnehmung *abstrakter Einflüsse* (vgl. Tab. 7 in Kap. 6.2.3) abgefragt.

Autonomie

Autonomie wurde anhand der Frage »Wie viel Entscheidungsfreiheit haben Sie hinsichtlich der Aspekte einer Geschichte, die betont werden?« (LAUERER/KEEL 2019) auf einer fünfstufigen Skala von »überhaupt keine Autonomie« bis »volle Autonomie« abgefragt.

6.2.3 *Charakterisierung des Befragungssamples*

Wie dargelegt ermöglicht ein sequenzielles Design, bei dem eine Inhaltsanalyse einer Befragung vorausgeht, repräsentativere Aussagen über das Sample der Inhaltsanalyse – wie es mit der Frage nach Nachrichtenqualität auch im Fokus steht –, während das Sample der Befragung einem größeren Samplingbias unterliegt (vgl. VAN DALEN et al. 2017). Um einschätzen zu können, wie weit sich das Befragungssample von repräsentativen Daten unterscheidet, wird beides im Folgenden gegenübergestellt. Auch wenn die Befragungsdaten in der vorliegenden Studie primär eine prädiktive Funktion haben (vgl. Kap. 6.4.1), so ist das Wissen um die Verteilungen

wichtig: Erweist sich eine Variable als Prädiktor, wird aber beispielsweise nur auf niedrigem Niveau befürwortet, so ist von einer geringeren Relevanz des Zusammenhangs auszugehen, als wenn sie ein prägendes Charakteristikum darstellt. Der durchschnittliche Journalist in Österreich ist ein Mann, er ist in seinen 40ern und arbeitet Vollzeit in Wien – das ist Konsens der beiden letzten Repräsentativbefragungen in Österreich (vgl. HANITZSCH/SEETHALER et al. 2019a; KALTENBRUNNER et al. 2020) und das trifft auch auf das vorliegende Befragungssample (vgl. Tab. 4) zu. Das vorliegende Sample hat lediglich etwas mehr Berufserfahrung und einen etwas höheren Anteil an Akademiker:innen.

TABELLE 4

Soziodemografische Merkmale

		Vorliegende Befragung		Worlds of Journalism Study ^a
		n		
Frauenanteil	%	208	40,9	40,8
Alter (Jahre)	MW	180	45,0	43,0
Berufserfahrung (Jahre)	MW	192	21,5	17,9
Höchster Bildungsabschluss				
Promotion	%	20	10,2	9,0
Magister-/Master-Abschluss bzw. Diplom	%	103	52,3	46,2
Bachelor	%	18	9,1	8,1
Hochschulstudium nicht abgeschlossen	%	24	12,2	13,4
Matura	%	29	14,7	20,2
Keine Matura	%	3	1,5	3,1
Anstellung				
Vollzeit	%	140	67,3	77,0
Teilzeit	%	47	22,6	14,4
Freie Journalist:innen	%	-	-	3,4
Feste Freie	%	3	1,4	3,3
Pauschalist:innen	%	4	1,9	1,6
Sonstiges	%	4	1,9	0,2
				Journalismusreport ^b
Bundesland				
Wien	%	180	61,5	56

Anmerkung: ^aQuelle: Dietrich-Gsenger und Seethaler (2019: 54f.), Lauerer, Dingerkus und Steindl (2019: 82); ^bQuelle: Kaltenbrunner et al. (2020: 75).

In Übereinstimmung mit bestehendem Wissen über Journalist:innen in Österreich befürworten die Befragten innerhalb ihrer Rollenverständnisse (vgl. Tab. 5) in großem Ausmaß die Einordnung und Analyse des aktuellen Geschehens sowie das Bereitstellen von Erklärungen, Hintergründen und Kontext, was als Intention, diskursive Nachrichtenqualität zu realisieren, gesehen wird. Auch den Rollen, Informationen als Grundlage für politische Entscheidungen zu vermitteln, möglichst unparteiisch zu beobachten und das Funktionieren von Demokratie zu unterstützen, was als mögliche Erklärung für das Realisieren deskriptiver Nachrichtenqualität gesehen wird, stimmt die weite Mehrheit zu. Nur rund die Hälfte der Journalist:innen zielt jedoch darauf ab, Menschen zur Teilhabe am politischen Geschehen zu motivieren, was mit einer aktivierenden Nachrichtenqualität korrespondiert. Wenig Zustimmung erhalten auch die Rollen Unterhaltung und Entspannung zu bieten und dem Publikum eigene Ansichten zu präsentieren, die als alternative Erklärungen für der aktivierenden Nachrichtenqualität zuzuordnende Emotionalität der Berichterstattung begriffen werden. Im Vergleich zur zweiten Welle der *Worlds of Journalism Study* (vgl. HANITZSCH/LAUERER 2019) bilden die Antworten der Befragten weitgehend ein bekanntes Bild journalistischer Rollenverständnisse in Österreich ab. Deutlichere Unterschiede gibt es lediglich bei der Rolle, Informationen zu vermitteln, die Menschen zu politischen Entscheidungen befähigen, welche in der vorliegenden Studie stärkere Zustimmung erfährt, sowie bei der Rolle Unterhaltung und Entspannung zu bieten, der weniger stark zugestimmt wird. Beides lässt sich durch den Fokus der Studie auf politische Berichterstattung erklären, während der *Worlds of Journalism Study* ein universellerer Journalismusbegriff zugrunde liegt.

Hinsichtlich des Demokratieverständnisses der befragten Journalist:innen (vgl. Tab. 6), das erstmalig in enger Anlehnung an Ferree et al. (2002a) operationalisiert wurde und wo es deshalb keine Vergleichsdaten gibt, zeichnet sich ein sehr uneinheitliches Bild. Es ist nicht klar erkennbar, dass die Befragten den Items einer der drei Auffassungen von Demokratie – einer repräsentativen, deliberativen oder partizipatorischen Vorstellung – generell in stärkerem oder vermindertem Maße zustimmen. Einer repräsentativen Auffassung, wie sie immerhin am stärksten der demokratischen Verfasstheit der Republik Österreich entspricht, wird zwar mehrheitlich am stärksten zugestimmt. Der starken Elitenorientierung, laut der politische Entscheidungen einzig von gewählten Repräsentant:innen getroffen werden sollten, wird jedoch eine Absage erteilt. Hinsichtlich der

TABELLE 5

Journalistische Rollenverständnisse

	n	MW	SD	Top Box (stimme eher/stark zu)	Top Box Worlds of Journalism Study (sehr/extrem wichtig)
aktuelles Geschehen einzuordnen und zu analysieren	208	4,71	0,59	95,7%	89,6%
Erklärungen, Hintergründe und Kontext zu Themen zur Verfügung zu stellen*	208	4,65	0,60	95,7%	
Informationen zu vermitteln, die Menschen zu politischen Entschei- dungen befähigen	206	4,31	0,95	85,0%	63,1%
ein unparteiischer Beobachter zu sein	208	4,40	0,91	83,7%	88,3%
das Funktionieren von Demokratie zu unterstützen*	203	4,31	0,88	83,7%	
das Publikum zu bilden	208	3,77	0,98	62,0%	53,6%
Menschen zur Teilhabe am politi- schen Geschehen zu motivieren	204	3,55	1,09	53,9%	49,3%
Unterhaltung und Entspannung zu bieten	207	2,94	1,23	32,4%	46,7%
dem Publikum eigene Ansichten zu präsentieren*	206	2,34	1,19	18,0%	

Anmerkung: Frage »In meinem Beruf geht es mir darum...«; Mittelwerte auf einer Skala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 5 (»stimme stark zu«); Quelle Worlds of Journalism Study (2. Welle): Hanitzsch/Lauerer ; *kein Vergleichswert innerhalb der Worlds of Journalism Study (2. Welle) vorhanden.

unterschiedlichen Dimensionen des jeweiligen Demokratieverständnisses zeichnet sich kein klares Muster ab. Insgesamt prägt österreichische Journalist:innen deshalb ein inkohärentes bzw. durchmisches Demokratieverständnis. Es beinhaltet eine wenig elitenzentrierte Vorstellung ein-zubeziehender Diskursteilnehmer:innen, favorisiert einen repräsentativen und deliberativen Entscheidungsprozess und Diskursstil mit einer klaren Absage an Emotionen, betrachtet Mehrheitsentscheidungen als präferiertes Ergebnis des demokratischen Prozesses, spricht aber Bürger:innen eine durchaus aktive Rolle zu.

Das inkonsistente Antwortmuster widerspricht zwar der normativen Erwartung. Es fügt sich aber in bestehende Befunde ein, wobei Wolfgang, Vos und Kelling (2019) beispielsweise in einer quantitativen Befragung zu Erkenntnissen kommen, die einer qualitativen Vorgängerstudie (vgl. vos/WOLFGANG 2018) diametral widersprechen. Einer der Gründe dafür mag in

TABELLE 6

Demokratieverständnis

Dimension	Item	n	MW	SD	Top Box (stimme eher/ stark zu)
Repräsentativ					
Diskursteilnehmer:innen	politische Entscheidungen einzig von gewählten Repräsentant/innen getroffen werden	200	2,51	1,06	16,5%
Prozess	gewählte Repräsentant/innen ihre verschiedenen politischen Ideen und Positionen einbringen	207	4,20	0,76	83,6%
Stil	politische Anliegen nüchtern und sachorientiert diskutiert werden	205	4,32	0,77	85,9%
Ergebnis	Mehrheitsentscheidungen zu einem politisch verbindlichen Ergebnis führen	199	3,82	0,93	66,3%
Rolle von Bürger:innen	Bürger/innen bestmöglich über politische Prozesse, Parteien und Repräsentant/innen informiert sind	206	4,69	0,60	96,1%
Deliberativ					
Diskursteilnehmer:innen	zivilgesellschaftliche Gruppen wie Nichtregierungsorganisationen und Nonprofitorganisationen in politische Entscheidungen eingebunden werden	202	3,96	0,84	73,3%
Prozess	politischen Entscheidungen ein breiter Diskurs in der Öffentlichkeit vorausgeht	205	4,32	0,80	86,8%
Stil	politische Anliegen dialogorientiert und respektvoll diskutiert werden	206	4,61	0,67	92,7%
Ergebnis	bei politischen Entscheidungen größtmöglicher Konsens gesucht wird	204	3,52	0,96	53,4%
Rolle von Bürger:innen	Bürger/innen konsultiert und ihre Meinungen berücksichtigt werden	207	3,93	0,85	70,0%
Partizipatorisch					
Diskursteilnehmer:innen & Rolle von Bürger:innen	Bürger/innen in politische Gestaltungsprozesse eingebunden werden	204	3,99	0,83	71,6%
Prozess	bei politischen Entscheidungen Betroffene und involvierte Bürger/innen ihre persönliche Sichtweise einbringen	206	3,96	0,86	69,4%
Stil	politische Anliegen auch emotional diskutiert werden	204	2,98	1,03	29,4%
Ergebnis	politische Entscheidungen verhandelbar und potenziell reversibel sind	202	3,90	0,93	69,3%

Anmerkung: Frage »Demokratie funktioniert am besten, wenn...«; Mittelwerte auf einer Skala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 5 (»stimme stark zu«).

der sozialen Erwünschtheit liegen, wenn es Journalist:innen schwerfällt, klar normativ aufgeladenen Dimensionen wie demokratischen Prinzipien aktiv zu widersprechen bzw. niedrig zu bewerten. Ein ähnliches Muster wurde bereits bei journalistischen Rollenverständnissen beschrieben, wenngleich Demokratieverständnisse im Vergleich dazu nicht nur bzw. nicht primär einer professionellen Sphäre entstammen. Schließlich mag hier auch zum Tragen kommen, dass die unterschiedlichen Dimensionen der Demokratiemodelle unterschiedlich nah am Wirkungsbereich des Journalismus liegen – beispielsweise die Frage nach zu berücksichtigenden Diskursteilnehmer:innen näher als die nach dem Ergebnis demokratischer Prozesse –, was die Konsistenz der Ergebnisse beeinträchtigen kann.

Die politische Orientierung der befragten Journalist:innen im Sinne einer Selbstverortung auf einer Links-rechts-Skala belegt eine vergleichsweise linkere Einstellung der Befragten. Während sich die Journalist:innen in der letzten Welle der österreichischen *Worlds of Journalism Study* mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 4,7 (vgl. DIETRICH-GSENGER/SEETHALER 2019: 66) fast exakt in der Mitte einordnen, liegt das arithmetische Mittel der Befragten der vorliegenden Studie bei 3,9 (vgl. $n=160$ Journalist:innen, $SD=1,6$), wobei fast ein Drittel die Antwort hier verweigert hat (ohne Tabelle).²⁵ Obwohl es kein klares Indiz gibt, ob dies ein zeitlicher Effekt ist oder in der Medienauswahl begründet liegt, ordnet sich die Mehrheit der österreichischen Journalist:innen, die bereit waren, eine Angabe zu machen, dennoch nah an der Mitte ein, was eine im öffentlichen Diskurs vielfach artikuliert These einer Linkslastigkeit des Journalismus in Österreich nur bedingt stützt.

Innerhalb der empfundenen Erwartungen (vgl. Tab. 7) wird der Ehrenkodex des Österreichischen Presserats als einziges abgefragtes Instrument der Selbstkontrolle als am einflussreichsten gesehen. Gut die Hälfte der Befragten erachtet seinen Einfluss als »sehr« oder »extrem stark«. Medienrechtlichen Rahmenbedingungen spricht knapp die Hälfte der Befragten »sehr« oder »extrem großen« Einfluss zu, der redaktionellen Linie der eigenen Redaktion ein knappes Drittel und Publikumserwartungen rund ein Fünftel. Im Vergleich mit bestehenden Befragungen sticht einzig die

25 In der vorliegenden Studie wurde eine Skala von 1 bis 11 verwendet, in der *Worlds of Journalism Study* jedoch von 0 bis 10. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die vorliegenden Daten deshalb auf die Skala von 0 bis 10 umcodiert, auf der die ausgewiesenen Werte demnach basieren.

hohe Einschätzung des Einflusses medienrechtlicher Rahmenbedingungen in Österreich ins Auge. 2014/15 sprachen ihnen nur ein gutes Viertel »sehr« oder »extrem großen« Einfluss zu, in der vorliegenden Befragung (Ende 2019) jedoch fast die Hälfte. Dies mag eine Folge des »Ibizagate« (vgl. einleitend Kap. 1) sein, das eine starke Debatte darüber auslöste, wie Medien vor einem möglichen politischen Einfluss geschützt werden können, aber auch umgekehrt – in Folge der Veröffentlichung des Videos kündigte der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) die damalige Koalition mit der FPÖ auf.

Im Rahmen des empfundenen Einflusses durch Akteur:innen (vgl. Tab. 7) werden die internen Bezugsgruppen als deutlich einflussreicher wahrgenommen als die externen. Vorgesetzten und leitenden Redakteur:innen sprechen mehr als ein Viertel »sehr« oder »extrem starken« Einfluss zu und Kolleg:innen knapp ein Fünftel, den Eigentümer:innen jedoch nur weniger als jede:r Zehnte. Innerhalb der einflusssschwächeren Gruppe externer Akteur:innen wird den Politiker:innen mit knapp 5 Prozent noch der größte Einfluss zugesprochen. NGOs, NPOs und politische Bewegungen sowie Beamt:innen in Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen folgen mit 2 Prozent bzw. 1 Prozent danach. Trotz dieser niedrigen Werte werden externe Akteur:innen nicht als gänzlich einflusslos erachtet. Im Mittel liegen die Angaben auf der fünfstufigen Skala zwischen rund 1,5 und knapp 2, wobei 2 für einen »schwachen«, aber immerhin vorhandenen Einfluss steht. Im Vergleich des wahrgenommenen Einflusses durch Akteur:innen mit bestehenden Daten bildet sich die identische Rangfolge ab. Obwohl das Zustimmungsniveau in der vorliegenden Befragung auch hier tendenziell höher liegt, wird den Eigentümer:innen weniger Einfluss zugesprochen als einige Jahre. Dies kann jedoch mit dem höheren Anteil an öffentlich-rechtlichen Journalist:innen im vorliegenden Sample zusammenhängen. Auffällig ist zudem die wahrgenommene Einflusszunahme von Politiker:innen von nur 2 Prozent auf knapp 5 Prozent, wie sie ebenfalls mit den Ereignissen des »Ibizagate« im Verbindung stehen kann.

Hinsichtlich der empfundenen allgemeinen Einflüsse auf journalistisches Arbeiten (vgl. Tab. 7) spricht die Mehrheit zeitlichem Druck sowie der Verfügbarkeit von Ressourcen großen Einfluss zu. Profiterwartungen des jeweiligen Betriebes und Überlegungen in Bezug auf Werbung nimmt nur jeweils eine prozentual einstellige Minderheit als derart einflussreich war. Während im Vergleich zu bestehenden Daten Zeitdruck und Ressourcenknappheit auf ähnlichem Niveau liegen, werden Profiterwartungen und

TABELLE 7

Empfundene Einflüsse

	n	MW	SD	Top Box (Einfluss sehr/extrem stark)	Top Box Worlds of Journalism Study (Einfluss sehr/ extrem stark)
Erwartungen					
der Ehrenkodex für die österreichische Presse des Österreichischen Presserats*	186	3,26	1,27	51,6%	
medienrechtliche Rahmenbedingungen in Österreich, wie z.B. das ORF-Gesetz und der öffentlich-rechtliche Kernauftrag, das Medien-Gesetz, das Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz oder das Privatradiogesetz**	190	3,20	1,46	46,8%	26,5%
Blattlinie der Redaktion***	184	2,90	1,14	32,1%	34,1%
Publikuserwartungen****	194	2,66	1,05	20,6%	19,4%
Einflüsse durch Akteur:innen					
Vorgesetzte und leitende Redakteur:innen	199	2,92	0,97	28,6%	26,4%
Kolleg:innen im Unternehmen	198	2,62	0,92	17,7%	15,4%
Eigentümer:innen des Medienbetriebs	172	1,89	0,86	6,4%	9,8%
Politiker:innen	190	1,93	0,85	4,7%	2,0%
Interessengruppen wie Nichtregierungsorganisationen und Nonprofitorganisationen und politische Bewegungen	194	1,91	0,71	2,1%	2,2%
Beamten:innen in Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen*	187	1,53	0,68	1,1%	
Abstrakte Einflüsse					
Zeitlicher Druck	203	3,72	0,93	59,1%	61,5%
Verfügbarkeit von Ressourcen für die Berichterstattung	197	3,43	1,08	52,3%	52,8%
Profterwartungen ihres Betriebes	178	1,81	0,88	5,6%	10,4%
Überlegungen in Bezug auf Werbung	174	1,44	0,71	1,7%	9,3%

Anmerkung: Frage: »Bitte geben Sie an, wie stark die folgenden Aspekte Einfluss auf Ihr journalistisches Arbeiten nehmen.« Mittelwerte auf einer Skala von 1 (»kein Einfluss«) bis 5 (»Einfluss extrem stark«); Quelle Worlds of Journalism Study (2. Welle): Lauerer/Keel (2019: 113f.); *kein Vergleichswert innerhalb der Worlds of Journalism Study vorhanden; **abweichendes Wording: »Medienrecht und -regulierung«; ***abweichendes Wording: »die Blattlinie bzw. redaktionelle Leitlinie«; ****abweichendes Wording: »Rückmeldungen vom Publikum«.

werbliche Überlegungen schwächer eingeschätzt. Auch das fügt sich in das Muster der stärkeren Repräsentation öffentlich-rechtlicher Journalist:innen im Sample. Trotz des als durchaus stark eingeschätzten Einflusses von Akteur:innen bzw. von allgemeinen Parametern des journalistischen Arbeitens gibt mit 86 Prozent die deutliche Mehrheit der Befragten an, »große« oder »volle« Autonomie dahingehend zu besitzen, Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Betonung von Aspekten einer ›Geschichte‹ zu haben (ohne Tabelle). Das arithmetische Mittel liegt bei 4,0 ($n=206$ Journalist:innen, $SD=0,6$), was im Schnitt »große« empfundene Autonomie unter den befragten österreichischen Journalist:innen ausdrückt. Im Vergleich zur rund fünf Jahre zuvor erhobenen *Worlds of Journalism Study*, bei der 90 Prozent angaben, »große« oder »volle« Autonomie empfunden zu haben (vgl. LAUERER/KEEL 2019: 113f.; ohne Abbildung), ist die Autonomie damit um rund vier Prozentpunkte zurückgegangen.

Alles in allem zeigt die vergleichende Charakterisierung des Befragungssamples, dass trotz des primär auf die Repräsentativität der Inhaltsanalyse und nicht der Befragung abzielende Samplingprozedere Daten generiert werden konnten, die sich stark mit den Angaben aus bestehenden Repräsentativbefragungen decken. Vor allem hinsichtlich soziodemografischer Angaben lässt sich eine große Kongruenz feststellen. Es gibt lediglich einen leichten Überhang von ›Hauptstadtjournalist:innen‹ (vgl. EMUNDTS 2021; KEPPLINGER 2009), bei denen von einer größeren Nähe zum politischen Zentrum auszugehen ist. Auch die Selbstangaben bezüglich der abgefragten Einstellungskonstrukte decken sich weitgehend und spiegeln zum Teil (z. B. bei den professionellen Rollen) auf valide Weise den engeren Fokus der vorliegenden Studie auf politischen Journalismus wider.

6.2.4 Datenfusion

Nach Abschluss der quantitativen Inhaltsanalyse und der quantitativen Befragung wurden die erhobenen Daten in Anlehnung an vergleichbare Studien (vgl. MELLADO et al. 2020; STEINDL 2021) auf Ebene der Befragten bzw. der einzelnen Nachrichtenbeiträge fusioniert. Aus Gründen des Datenschutzes war ein mehrstufiges Prozedere unter Verwendung verschiedener Pseudonyme notwendig. Der finale Datensatz ist auf Ebene der Nachrichtenbeiträge strukturiert, wodurch die Selbstangaben von Journalist:innen, die mehrere Beitrag im Sample verantworten, mehrfach

vorkommen. Die Zahl der Beiträge pro Person variiert zwischen 1 und 57 Nachrichtenbeiträgen (Median: 2; MW: 3,8).

6.3 Qualitative Rekonstruktionen: Nachrichtenqualität verstehen

In der Kombination der quantitativen Inhaltsanalyse und der quantitativen Befragung sollen Faktoren aus der Arbeitsrealität von Journalist:innen identifiziert werden, die Nachrichtenqualität systematisch beeinflussen. Wie sich deren beeinflussender Charakter gestaltet und wie sie zusammenwirken, entzieht sich quantitativen Modellen jedoch weitgehend (vgl. Kap. 5). Deshalb soll laut Forschungsfragen auch untersucht werden, *wie* die quantitativ identifizierten Einflüsse *zum Tragen* kommen und wie Journalist:innen diese im Prozess der Nachrichtenproduktion *verhandeln*. Dies verlangt notwendigerweise nach einer explorativen Ergänzung des Forschungsdesigns, die hier durch *retrospektive Rekonstruktionen* (vgl. REICH 2006; 2009; REICH/BARNOY 2020) in Form von qualitativen leitfadengestützten Interviews mit Journalist:innen umgesetzt wird, in denen die Entstehungsgeschichte konkreter Arbeiten im Sinne des theoretischen Hintergrunds der Akteur:innen-Struktur-Dynamik rekonstruiert wird. Das Vorgehen verfolgt demnach eine ähnliche Stoßrichtung wie Krzeminski (1987), der – wenngleich durch die Kombination von Beobachtung und Befragung – »den Beitrag der Redaktionsarbeit zur Thematisierung von Ereignissen in der aktuellen Berichterstattung« in den Blick nimmt und eine qualitative »Analyse des redaktionellen Entscheidungsverhaltens« (KRZEMINSKI 1987: 28) in dessen strukturellen Rahmenbedingungen leistet.

In der empirischen Sozialforschung wurde problematisiert, dass ein »zu viel« an theoretischen Vorannahmen den explorativen Charakter eines qualitativen Forschungsprozesses gefährden kann. Das vorliegende Vorgehen schließt sich jedoch an Löblich (2016: 67) an, die basierend auf der »wissenssoziologischen Annahme, dass es kein voraussetzungsloses Wissen gibt«, für »Theorien als organisierendes Prinzip im qualitativen Forschungsprozess« plädiert, welche »Begriffe bereit[stellen], die die Wahrnehmung der Wirklichkeit organisieren«. Gerade normative Theorieannahmen besitzen im Kontext der Erforschung von Medienproduktion Implikationen für Forschungsdesigns und die Feldarbeit (vgl. LEE/ZOELLNER 2019). Die vorgestellten theoretischen Strukturen organisieren demnach

den Möglichkeitsrahmen, welche Einflüsse und Dynamiken den Prozess journalistischer Nachrichtenproduktion umreißen – deren letztliche Ausgestaltung ergibt sich jedoch induktiv aus dem gewonnenen qualitativen Datenmaterial (vgl. PFAFF-RÜDIGER et al. 2010; RIESMEYER 2014). Neben diesem theoriebasierten Argument betont die Journalismusforschung auch auf methodologischer Ebene den Bedarf nach nicht-standardisierten Methoden, um die Entstehung von Medieninhalten zu verstehen. So argumentieren Mellado et al. (2020: 18), dass die letztliche Bedeutung von Mustern, die standardisierte Messungen zu Tage fördern, nur durch den Einsatz kontextsensitiverer qualitativer Methoden verstanden werden kann, welche die Mechanismen hinter diesen Mustern beleuchten können. Ähnlich plädiert Singer (2017) für eine Triangulation quantitativer und qualitativer Methoden, um die Komplexität der Prozesse moderner Nachrichtenproduktion zu erfassen. Dem liegt die zunehmende Erkenntnis zugrunde, dass der Prozess, wie Einstellungsstrukture von Journalist:innen in tatsächliche Berichterstattung »übersetzt« werden, situativ und kontextsensitiv ist (vgl. HANITZSCH/VOS 2017; MELLADO et al. 2017; RAEMY/VOS 2021). Demnach braucht es (auch) Methoden, die eine solche Situativität und Spezifität in einer prozessorientierten Perspektive reflektieren können.

Mit dieser dritten, qualitativen Methode stellt das vorliegende Studiendesign ein dreiteiliges Mixed-Methods-Design dar. Mixed-Methods-Designs beschreiben »research that involves collecting, analyzing, and interpreting quantitative and qualitative data in a single study [...] that investigate the same underlying phenomenon« (LEECH/ONWUEGBUZIE 2009: 267). Die Kernidee ist, dass die Kombination verschiedener Methoden die Schwächen der jeweils anderen Methode ausgleicht. Dies ermöglicht ein valideres, tiefergehendes und spezifischeres Verständnis für ein untersuchtes Phänomen. Im Fall des vorliegenden Designs ergänzt die qualitative Teilstudie die quantitativen Erhebungen auf primär *komplementäre* Art und Weise. Dies ist dann der Fall, wenn eine zusätzliche Methode »in Erkenntnisbereiche vorstößt, die der anderen Methode verschlossen bleiben« (LOOSEN/SCHOLL 2012: 9). Das ist hier durch die Erforschung der Art der Einflussnahme sowie deren journalistische Verhandlung gegeben. Die qualitativen Interviews haben zumindest in Grundzügen jedoch auch eine *kompetitive* Rolle (vgl. LOOSEN/SCHOLL 2012: 21), da sie die quantitativen Befunde plausibilisieren und damit validieren. Durch die Kombination einer umfangreichen quantitativen Datenanalyse mit einer tiefergehenden qualitativen Exploration ausgewählter Fälle des identi-

schen Samples lässt sich das vorliegende Design zudem als *Nested Analysis* einordnen (vgl. LIEBERMAN 2005: 435f.). Ein solches Design ist besonders geeignet, tiefergehende und/oder alternative Erklärungen für die quantitativen Befunde zu entwickeln.

6.3.1 *Methode der retrospektiven Rekonstruktion*

Die retrospektive Rekonstruktion (»retrospective reconstructions«, HOXHA/HANITZSCH 2018, bzw. »newsmaking reconstructions«, REICH/BARNOY 2020) von journalistischen Inhalten ist eine Methode, welche die Entstehung von Nachrichten anhand der Selbstangaben, Reflexionen und Narrationen von Journalist:innen zu einer Auswahl von durch sie verfassten oder produzierten Arbeiten im Nachhinein beleuchtet. Dabei werden konkrete journalistische Arbeiten und deren Entstehungsgeschichte gemeinsam mit den Journalist:innen de- und rekonstruiert. Aufgrund des umfassenden Fokus auf den gesamten Prozess der Nachrichtenproduktionen können durch die Gespräche mit Journalist:innen mitunter abstrakte und latente Aspekte beleuchtet werden, die weder in den manifesten Inhalten noch in ihrem Handeln erkennbar sind, z. B. Rolle und Stellenwert verschiedener Quellen, Einflüsse und journalistischer Praktiken (vgl. REICH/BARNOY 2020: 967). In der Kommunikationswissenschaft wurde die Methode maßgeblich von Reich (2006, 2009) etabliert. Die Methode lässt sich quantitativ einsetzen (vgl. z. B. BRÜGGEMANN 2012, 2013), aber auch qualitativ (vgl. z. B. HOXHA/HANITZSCH 2018) sowie in einer Kombination aus beidem (vgl. z. B. MALLING 2019, 2021). In einer qualitativen Logik liegt die Stärke der Methode darin, so Reich und Barnoy (vgl. 2020: 973f.), den kontextspezifischen »Reichtum« von bestimmten journalistischen Arbeiten aufzudecken, der in spezifischen realen Umständen, Beschränkungen, Entscheidungen, Praktiken und Gedanken liegt, und so Verbindungen zwischen verschiedenen Faktoren im Prozess der Nachrichtenproduktion herstellen zu können.

Die Kernidee dieser Art der Interviews ist es, durch das retrospektive Nachvollziehen konkreter journalistischer Entscheidungen die *Spezifität* des Interviews zu erhöhen (vgl. NAWRATIL/SCHÖNHAGEN 2021: 307; PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 128), indem nicht abstrakt nach der Selbstwahrnehmung der eigenen journalistischen Praktiken gefragt wird, sondern spezifisch nach dem Einzelfall der jeweiligen rekonstruierten Arbeit. Weil journalistische Entscheidungen bis zu einem gewissen Grad auch den

Befragten nicht zugänglich sind, sondern eher aus einem professionellen ›Instinkt‹ heraus getroffen werden (vgl. SCHULTZ 2007), ermöglicht eine solche spezifische »retrospective introspection« (MERTON/KENDALL 1946: 550) weitaus spezifischere Erkenntnisse (vgl. RYFE 2020). Wenngleich soziale Erwünschtheit auch im Fall retrospektiver Rekonstruktionen ein Problem darstellt (vgl. REICH/BARNOY 2020), so bietet die Attribution auf den Einzelfall den Befragten die Möglichkeit, potenziell sozial nicht erwünschte Mechanismen oder Dimensionen anzusprechen, ohne sie vollumfänglich auf ihre professionelle Identität beziehen zu müssen und diese damit zu gefährden.

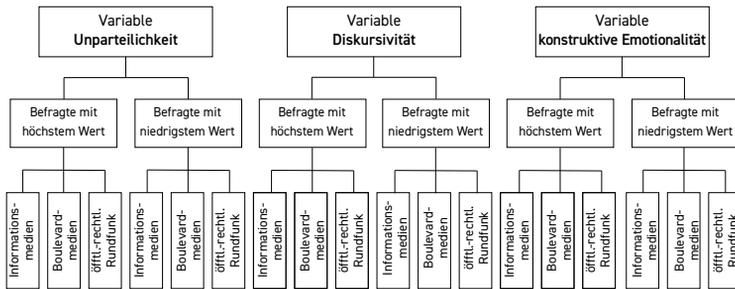
6.3.2 *Sampling und Datenerhebung*

Für möglichst aussagekräftige Ergebnisse aus qualitativen retrospektiven Rekonstruktionen empfehlen Reich und Barnoy (vgl. 2020: 972) eine gezielte Auswahl von einerseits für die Fragestellung qualifizierten und andererseits unterschiedlichen Befragten. Dies wurde in drei Schritten umgesetzt (vgl. Abb. 4). In einem ersten Schritt wurden die drei professionellen Nachrichtenqualitätsstandards der *Unparteilichkeit*, *Diskursivität* und *konstruktiven Emotionalität* als jene Dimensionen definiert, welche erkenntnistheoretisch leitend für die Logik des Sampling sein sollen. Eine Orientierung an der Performanz von Journalist:innen anhand dieser drei Achsen soll Varianz maximieren. Dieses Vorgehen folgt der Logik eines *Maximum Variation Samplings* (vgl. MILES/HUBERMAN 1994). Die Kernannahme ist hier, dass alle gemeinsam geteilten Muster, die sich aus der Analyse von sehr variantenreichen Fällen – also *trotz* ihrer Unterschiedlichkeit – ergeben, von besonderem Interesse und Wert sind (vgl. PATTON 2015: 283).

Auf diesen drei als relevant definierten Dimensionen wurden in einem zweiten Schritt *Extremfälle* ausgewählt. Dabei handelt es sich um eine Kombination aus Quotenplan und theoretischer Sättigung, »die vom Kontrast lebt« (MEYEN et al. 2011: 70). Sie zielt auf besonders starke bzw. schwache Ausprägungen ab, also auf solche Fälle, »die besonders problematisch oder ›gut‹ sind« (VON RIMSCHA/SOMMER 2016: 376). Auch dies dient der Maximierung von Varianz. Extremfälle können nur identifiziert werden, wenn es eine Vorstellung davon gibt, woran sich das Extreme bemisst (vgl. RIESMEYER 2011: 230). Deshalb wurden die Daten der Inhaltsanalyse herangezogen und auf den drei besagten Dimensionen jene Journalist:innen

ABBILDUNG 4

Schematische Darstellung der Fallauswahl für die qualitative Befragung



identifiziert, deren durchschnittliche Performanz die je höchsten und je niedrigsten Werte aufweist. Lieberman (2005) betont einen solchen Einsatz quantitativer Daten für das qualitative Sampling als eine der Stärken einer *Nested Analysis*.

In einem dritten Schritt wurde der organisationale Kontext berücksichtigt. Theoretisch betont die von einer *Hierarchy of Influences* (vgl. SHOEMAKER/REESE 2014) inspirierten Journalismusforschung den bedeutenden Einfluss von Medienorganisationen auf journalistische Nachrichtenproduktion (vgl. HANITZSCH et al. 2010). Praktisch ist schon allein deshalb von divergierenden Arbeitsrealitäten auszugehen, weil das Untersuchungssample primär textbasiert, aber auch audiovisuell produzierende Medienorganisationen enthält. Die theoretisch begründeten Extremfälle wurden deshalb in den drei Sektoren *Informationsmedien*, *Boulevardmedien* und *öffentlich-rechtlicher Rundfunk* gesondert ausgewählt. Aus dieser Orientierung an den drei professionellen Standards, deren je zwei Extremfälle getrennt in den drei Sektoren einbezogen werden sollten, ergeben sich 18 zu führende Interviews (vgl. Abb. 4). Aus forschungspraktischen Gründen wurde diese Maßgabe auf 24 durchgeführte Interviews, je acht pro Sektor, erweitert (vgl. Tab. 8). In rund einem Viertel der Fälle erklärte sich die nach dieser Samplinglogik »passendste« Person – also z. B. die Person mit dem höchsten Maß an Unparteilichkeit innerhalb des Boulevardsektors – auch zu einem Interview bereit. In den restlichen Fällen musste auf weitere Personen inner-

halb des jeweils sektorenspezifischen ›Rankings‹ (bis maximal Platz elf) zurückgegriffen werden.²⁶

TABELLE 8

Übersicht über Befragte der qualitativen Teilstudie

Kürzel	Medienoutlet	Gender-Selbstangabe	Altersgruppe
J2	Informationsmedium	Weiblich	40-49
J5	Informationsmedium	Männlich	40-49
J6	Informationsmedium	Weiblich	50-59
J8	Informationsmedium	Männlich	30-39
J9	Informationsmedium	Weiblich	50-59
J11	Informationsmedium	Männlich	50-59
J20	Informationsmedium	Weiblich	30-39
J21	Informationsmedium	Weiblich	40-49
J1	Boulevardmedium	Männlich	50-59
J10	Boulevardmedium	Weiblich	60-69
J12	Boulevardmedium	Männlich	40-49
J14	Boulevardmedium	Weiblich	20-29
J15	Boulevardmedium	Männlich	30-39
J16	Boulevardmedium	Männlich	30-39
J17	Boulevardmedium	Männlich	40-49
J22	Boulevardmedium	Männlich	50-59
J3	Öffentlich-rechtlich (TV)	Weiblich	50-59
J4	Öffentlich-rechtlich (TV)	Männlich	30-39
J13	Öffentlich-rechtlich (TV)	Weiblich	50-59
J18	Öffentlich-rechtlich (TV)	Weiblich	30-39
J23	Öffentlich-rechtlich (TV)	Weiblich	50-59
J7	Öffentlich-rechtlich (Radio)	Männlich	40-49
J19	Öffentlich-rechtlich (Radio)	Männlich	50-59
J24	Öffentlich-rechtlich (Radio)	Weiblich	40-49

Die Durchführung der Interviews erfolgte zwischen September und November 2020. Alle Interviews wurden vom Autor dieser Studie selbst durchgeführt. Unvermeidbare Interviewer:inneneffekte, wie sie mit individuellen Charakteristika der die Interviews durchführenden Personen

26 Durch die Erfordernisse einer separaten genderspezifischen Analyse des Datenmaterials (RIEDL et al. 2022) wurde zudem sichergestellt, dass männliche und weibliche Journalist:innen – keine Journalist:in hat sich in der quantitativen Befragung als nicht-binär verortet – paritätisch einbezogen wurden.

zusammenhängen (vgl. MEYEN et al. 2011), konnten dadurch jedenfalls konstant gehalten werden. Reich und Barnoys (2020) Empfehlung folgend wurden die (bzw. fast alle) Interviews in einem Face-to-Face-Setting durchgeführt, weil so einerseits eine größere Sensibilität für die Interviewsituation gegeben ist, die mitunter kritische Phasen (z. B. bei der Rekonstruktion wertender Passagen) enthielt. Andererseits erleichtert es den Einbezug des physischen Textmaterials in die Interviewsituation, vor allem beim Wechsel zwischen oder Vergleich von rekonstruierten Arbeiten (vgl. REICH/BARNOY 2020: 975). Die überwiegende Mehrheit der Interviews fand in Cafés statt, rund ein Drittel in den Redaktionsbüros der Befragten. In allen Fällen war eine ruhige und private Atmosphäre gegeben. 20 der 24 Interviews fanden in Wien statt, wo auch das Gros der untersuchten Medien ansässig ist, vier Interviews wurden in anderen Bundesländern durchgeführt.²⁷

Zur Auswahl der zu rekonstruierenden Nachrichtenbeiträge wurden den Befragten Ausdrücke ihrer Arbeiten – im Fall audiovisuellen Materials deren Transkripte, auf denen auch die quantitative Inhaltsanalyse basierte – vorgelegt. Einerseits handelte es sich dabei um bis zu drei Texte aus dem Korpus der quantitativen Inhaltsanalyse. Um dem Fall zu begegnen, dass sich Befragte an diese Arbeiten nicht mehr erinnerten – Reich und Barnoy (2020) erachten Arbeiten aus dem Monat vor dem Interview als optimal –, wurden ihnen drei bis vier neuere Arbeiten aus den Wochen vor dem Interview zusammen mit den älteren Arbeiten vorgelegt. Diese wurden vor den Interviews äquivalent nachcodiert, um auch zu ihnen Erkenntnisse über die realisierten Nachrichtenqualitätsstandards zu besitzen. In den 24 Interviews wurden 59 von 141 vorgelegten Arbeiten rekonstruiert, was durchschnittlich 2,5 Arbeiten (mindestens zwei, maximal drei) pro Interview entspricht. Die Interviewdauer lag zwischen 44 und 83 Minuten (MW: 61 Minuten), wie es sich mit den Erfahrungen einer (maximal zumutbaren) Interviewdauer von 60 bis 75 Minuten zur qualitativen Rekonstruktion von zwei Nachrichtenbeiträgen (vgl. REICH/BARNOY 2020: 974) deckt. Zur Vorbereitung der Interviews wurden auch die Selbstan-

27 Aufgrund von Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie fanden die letzten beiden Interviews via Zoom statt. Die zu rekonstruierenden Arbeiten wurden den Befragten über Google Docs bereitgestellt, wodurch ad hoc auf besondere Textstellen hingewiesen werden konnte. Trotz des unterschiedlichen Settings der Online-Interviews kann aufgrund einer hohen Technik- und Digitalkompetenz der Interviewten, wie sie oftmals als Kernproblematik videobasierter Online-Interviews genannt wird (PFAFF-RÜDIGER 2016: 194), von einer adäquaten Vergleichbarkeit der Online- und Offline-Interviews ausgegangen werden.

gaben aus der quantitativen Befragung aufbereitet. Dadurch bestand für die Interviewsituation ein breites und detailliertes Vorwissen zu den Befragten und ihren journalistischen Arbeiten, das einerseits entsprechende Nachfragen erübrigte und andererseits entscheidendes Kontextwissen für die Interviewführung darstellte.

6.3.3 Leitfaden

Auch wenn sich qualitative retrospektive Rekonstruktionen nah am jeweiligen Textmaterial orientieren, bedarf es eines Leitfadens, um systematische und vergleichbare Erkenntnisse zu generieren, die anknüpfungsfähig an theoretische Annahmen sind. Die vorgestellte Methode retrospektiver Rekonstruktionen hat bisher, vor allem in ihrer qualitativen Ausgestaltung, überschaubare Anwendung gefunden. Leitfadeninterviews, unter die qualitative retrospektive Rekonstruktionen subsumiert werden können, stellen jedoch eine etablierte kommunikationswissenschaftliche Methode (vgl. RIESMEYER 2011), eine der »Basismethoden« (LOOSEN 2016: 141) der Disziplin dar. Es ist auch ein etabliertes Vorgehen, Leitfadeninterviews ergänzend zu quantitativen Methoden einzusetzen (vgl. z. B. MEYEN/SPRINGER 2009). Während gängige Leitfadeninterviews als teilstandardisiert gelten, weil der Leitfaden die Interviewsituation strukturiert (vgl. DIAZ-BONE 2015: 243), liegt im Fall von qualitativen retrospektiven Rekonstruktionen durch den Leitfaden und durch die rekonstruierten Nachrichtenbeiträge eine »doppelte« Strukturierung vor. Das »Spannungsfeld von in Gesprächssituationen notwendiger Offenheit und Strukturiertheit« (LOOSEN 2016: 139) ist daher bei der Konzeption besonders zu beachten.

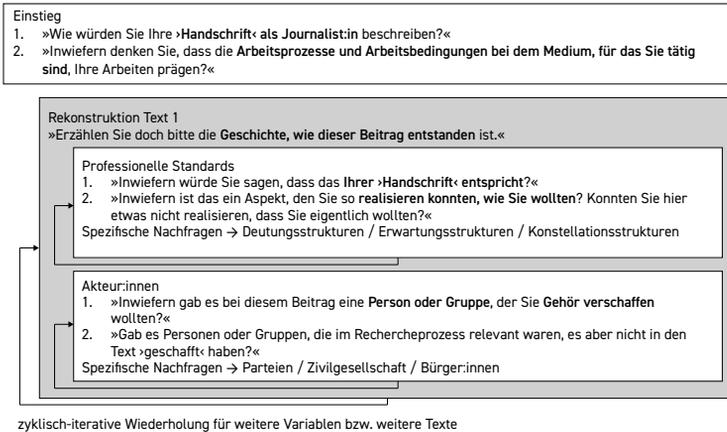
Der Leitfaden wurde deshalb so strukturiert, dass im Sinne des Kriteriums der *Offenheit* (vgl. PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 128) jede Phase des Leitfadens mit einer relativ offenen Frage eingeleitet wurde. Diese wurde dann, je nach Verlauf, gemäß dem Kriterium der *Spezifität* (vgl. NAWRATIL/SCHÖNHAGEN 2021: 307; PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 128), durch gezielte Nachfragen konkretisiert. So sollte erreicht werden, dass die Ergebnisse einerseits Einblick in die individuellen Relevanzstrukturen der Journalist:innen ermöglichen, was eine der Stärken der Methode ist (vgl. BRÜGGEMANN 2013: 405). Andererseits sollten sie jedoch anknüpfungsfähig an das theoretische und quantitative Vorwissen sein. Zudem wurde bei der Gestaltung des Leitfadens versucht, gemäß den Kriterien der

Kontextualität und der *Relevanz* Fragen zu formulieren, »auf die hin Sachverhalte in ihrer situativen Einbettung« offengelegt werden, um »Informationen über die Bedingungen des Zustandekommens [...] bestimmter Phänomene« (PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 129) zu sammeln. Der entstandene Leitfaden wurde einem Pretest an vier Journalist:innen mit unterschiedlichen Arbeitsrealitäten unterzogen. Dieser führte zu einigen Anpassung von Formulierungen.

Als Einstiegsfrage (vgl. Abb. 5) wurde eine »Eisbrecherfrage« gewählt, die thematisch einführen, Vertrauen aufbauen und zum Reden einladen sollte (vgl. RIESMEYER 2011: 227f.). Die Interviewten wurden – noch ohne Kenntnis des zu rekonstruierenden Textmaterials – gefragt, wie sie »ihre ›Handschrift‹ als Journalist:in beschreiben« würden (vgl. Abb. 5 bzw. den vollständigen Leitfaden in Anhang IV). Sie wurden damit eingeladen, über ihr konkretes und manifest nachvollziehbares Arbeiten zu reflektieren, ohne sich in abstrakten Zielen oder Selbstauffassungen zu verlieren. Die Antworten dienten gleichzeitig als Hinweis, um im Verlauf des Interviews Diskrepanzen zwischen dem Gesagten und den tatsächlichen Texten zu identifizieren, die als Anzeichen auf transintentionales Handeln bzw. auf Quellen der Transintentionalität zu werten sind. Um die Beschreibung der eigenen Handschrift von vornherein eng an die tatsächliche Arbeitsrealität rückzubinden, wurden die Journalist:innen gefragt, inwiefern sie annehmen, dass »die Arbeitsprozesse und Arbeitsbedingungen bei dem Medium, für das sie tätig sind, ihre Arbeiten prägen«. Erst nach diesem allgemeinen Einstieg wurden den Befragten die Texte vorgelegt und sie wurden gebeten, nach dem besten Erinnerungsvermögen den ersten zu rekonstruierenden Text auszuwählen. Auch wenn sie angaben, sich genau an den Text zu erinnern, wurden sie gebeten, den Text noch einmal zu lesen, da dieses Vorgehen die Rekonstruktion erfahrungsgemäß massiv verbessert (vgl. REICH/BARNOY 2020: 976). Als offene Einstiegsfrage zur tatsächlichen Rekonstruktion der ersten Arbeit wurden die Befragten gebeten, die »Geschichte« zu erzählen, »wie dieser Beitrag entstanden« ist. Dabei wurde von vornherein betont, dass vor allem die »Art, wie das Thema im Beitrag vermittelt wird«, die jeweilige »journalistische Schwerpunktsetzung« von Interesse ist. Diese Einladung zur Reflexion sollte eine möglichst detaillierte Narration anregen, die den Entstehungsprozess des jeweiligen Beitrags möglichst umfassend beleuchtet.

ABBILDUNG 5

Schematische Zusammenfassung des zyklisch-iterativen Leitfadens der qualitativen Befragung



Endete die Narration, wurde die Entstehungsgeschichte mit der Frage, inwiefern der Beitrag der eigenen ›Handschrift‹ entspricht bzw. inwiefern es sich dabei um einen »typischen [Nachname-]Text« handelt, an die journalistische Arbeitsrealität der befragten Person rückgebunden, um zur Reflexion über Einflüsse im Nachrichtenproduktionsprozess anzuregen. Damit wurde die Rekonstruktion der professionellen Standards eingeleitet. Antworteten Befragte mit einem Verweis auf eine der interessierenden Dimensionen (z. B., dass ein Text das Charakteristikum der eigenen Arbeiten zeigt, möglichst hintergründig zu berichten, als Ausdruck des Qualitätsstandards Diskursivität), so wurde auf diese Dimension fokussiert. Wurde kein Spezifikum genannt oder aber eines, das sich dem Erkenntnisinteresse der Studie entzieht (z. B. ein visuell ästhetischer Anspruch), wurde durch Nachfragen jener Aspekt rekonstruiert, durch den die befragte Person im Samplingprozess identifiziert wurde (z. B. wurde ein emotionaler Charakter des Textes angesprochen, wenn es sich bei der befragten Person um jene mit dem höchsten Maß konstruktiver Emotionalität im jeweiligen Sektor handelte). Zur Rekonstruktion der professionellen Standards wurde durch konkrete Verweise auf bestimmte Textstellen, wie sie auch entscheidend für die Codierentscheidungen der Inhaltsanalyse waren, angeregt. Die da-

rauffolgende Narration wurde – wenn möglich mit Bezug auf die offene Narration der Entstehungsgeschichte – bei Bedarf um Nachfragen nach dem empfundenen Einfluss von Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen sowie Interferenzen zwischen ihnen ergänzt. Für diesen Zweck enthielt der Leitfaden konkrete Formulierungen, die trotz der Offenheit des Leitfadens möglichst einheitlich verwendet wurden. Zudem wurde dezidiert gefragt, ob es sich bei einem angesprochenen Charakteristikum um einen Aspekt handelt, der *nicht* derart realisiert werden konnte, wie intendiert. Solche »kontrastierende[n] Fragen« (RIESMEYER 2011: 227) sollten helfen, das Phänomen noch umfassender in seinen Bedeutungsebenen zu verstehen. Ausgehend von dem ersten so rekonstruierten Berichterstattungsstandard wurde zum zweiten und zum Teil auch dritten Standard übergegangen, wobei nicht alle Arbeiten genügend Anlass zur Rekonstruktion aller drei Standards boten.

Anschließend wurde die Rekonstruktion der medialen Repräsentation von Akteur:innen eingeleitet. Die Interviewten wurden offen gefragt, inwiefern es im jeweiligen Beitrag »eine Person oder Gruppe« gab, »der Sie Gehör verschaffen wollten«. Die Logik der Rekonstruktion mit zunächst eigenen Relevanzsetzungen der Journalist:innen, Nachfragen hinsichtlich der interessierenden Akteur:innen, spezifischen Bezugnahmen zur offenen Narration der Entstehungsgeschichte sowie bei Bedarf Nachfragen nach der Rolle von Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen wurde ähnlich realisiert wie bei der Rekonstruktion der professionellen Standards. Besonderer Wert wurde hier auf die Nachfrage nach »Leerstellen«, also nach Akteur:innen, die im Rechercheprozess zwar eine Rolle gespielt haben, aber nicht im Text aufscheinen, gelegt (vgl. HAAPANEN 2020). Dies spielt bei statusschwachen Gruppen, wie dies mit Bürger:innen und Marginalisierten dezidiert der Fall war, eine besondere Rolle (vgl. REICH/BARNOY 2020: 978). So wurde nacheinander die »Geschichte« dahinter rekonstruiert, wie und warum den (nicht) vorkommenden Akteur:innen (k) eine Stimme gegeben wurde.

Durch diesen Ablauf weist der Leitfaden in doppelter Weise einen *zyklisch-iterativen Charakter* auf (vgl. Abb. 5). Einerseits wiederholte sich innerhalb der beiden Blöcke zur Rekonstruktion der professionellen Standards und der Akteur:innenvielfalt die Rekonstruktion der jeweiligen Variablen. Andererseits wiederholte sich dieses Prozedere für jeden der bis zu drei rekonstruierten Texte. Zwar bestand dadurch eine gewisse Gefahr der Redundanz, weshalb nicht immer alle Standards und Akteur:innen rekon-

struiert wurden. Dadurch bot sich aber auch die entscheidende Chance multipler Vergleiche zwischen Einflussfaktoren, Nachrichtenergebnissen und der Genese der interessierenden Konstrukte in verschiedenen Kontexten, wie es gerade das spezifische Zusammenwirken von Strukturen und Handlungsintentionen effektiv aufdecken kann. Nach jedem Interview wurden Feldnotizen angefertigt, die ebenfalls in die qualitative Datenanalyse einbezogen wurden.

6.4 Analysestrategie zur Beantwortung der Forschungsfragen

6.4.1 *Quantitative Auswertungsstrategie*

Datenimputation

Die Entwicklung einer adäquaten quantitativen Auswertungsstrategie zur Beantwortung der Forschungsfragen musste mehrere Spezifika der Daten berücksichtigen.²⁸ Wenngleich für die quantitative Befragung ein erfreulich hoher Rücklauf erzielt werden konnte, war die Befragung mit einer Herausforderung konfrontiert, die mutmaßlich aus dem nicht anonymisierten sondern lediglich pseudonymisierten Befragungsmodus hervorgeht: Bei einer Vielzahl an Variablen weist sie ein ungleich höheres Niveau an fehlenden Antworten auf als vergleichbare Befragungen (vgl. HANITZSCH/SEETHALER et al. 2019a). Die österreichische Medienlandschaft ist klein und hat eine überschaubare Zahl von Medienangeboten und professionellen Journalist:innen. Durch eine Kombination von nur wenigen Merkmalen kann so mitunter relativ zielsicher auf einzelne Personen geschlossen werden. Wenngleich den Befragten der vertrauliche Umgang mit deren personenbezogenen Daten zugesichert wurde, scheint ein Teil der Befragten dennoch zögerlich bei potenziell kritischen Informationen gewesen zu sein.

Die dargelegte Problematik, dass für die Befragungsdaten die Zusammenfassung von Variablen zu Indizes nicht gelang (vgl. Kap. 6.2.2), sondern

²⁸ Ich danke Patrick Kaiser und Dr. André Klima vom Statistischen Beratungslabor (StatLab) der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie Maximilian Diederich herzlich für ihre hilfreiche Beratung und Unterstützung bei der statistischen Datenanalyse.

Modelle auf Basis von Einzelvariablen berechnet werden mussten, forciert das Problem zusätzlich. Bei der Indexbildung kann im Falle fehlender Angaben der entsprechende Index für die jeweiligen Merkmalsträger:innen ohne die betreffende Variable gebildet werden. Jedoch scheiden in der gängigen Praxis, in statistischen Modellen alle Fälle auszuschließen, die bei nur einer einzelnen Prädiktorvariable fehlende Werte aufweisen, bei der Arbeit mit Einzelvariablen eine Vielzahl von Merkmalsträger:innen aus. Dies verkleinert das jeweilige Analysesample empfindlich oder verunmöglicht die Analyse gänzlich (vgl. PEPINSKY 2018). Neben dem Ausschluss von Befragten ist das Ersetzen von fehlenden Werten durch das arithmetische Mittel in der Kommunikationswissenschaft gängige Praxis. Trotz dessen einfacher Handhabbarkeit und Umsetzbarkeit ist der damit verlorene Varianzverlust jedoch ein gewichtiger Nachteil (vgl. MYERS 2011).

Deshalb wurde eine multiple Hot-Deck-Imputation angewendet. Bei einer Hot-Deck-Imputation wird ein fehlender Wert durch den Wert möglichst ähnlicher ›Donor:innen‹ ersetzt, welche mit den Merkmalsträger:innen mit fehlendem Wert eine statistische Ähnlichkeit in zuvor festgelegten Variablen aufweisen. Es wird demnach ein ›Deck‹ an Variablen festgelegt, anhand dessen diese Ähnlichkeit bestimmt wird, und die je ›ähnlichste‹ Person als ›Donor:in‹ ausgewählt. Merkmalsträger:innen mit fehlenden Werten erhalten den Wert der ›Spender:innen‹. Dieses Vorgehen hat den entscheidenden Vorteil, dass keine Fälle verloren gehen und die Varianz der Daten nicht nivelliert wird (vgl. ANDRIDGE/LITTLE 2010; MYERS 2011).

Für die Entscheidung, ob eine Hot-Deck-Imputation sinnvoll bzw. möglich ist, muss das Muster der fehlenden Werte charakterisiert werden (vgl. MYERS 2011; ROSENTHAL 2017). *Missing Completely at Random* meint, dass es kein systematisches Muster gibt, warum bestimmte Befragte bei bestimmten Variablen fehlende Werte aufweisen (MYERS [2011: 300] nennt das versehentliche Überspringen einer Fragebogenseite als Beispiel). *Missing at Random* meint, dass es zwar eine systematische Erklärung gibt, warum bestimmte Befragte bei bestimmten Variablen fehlende Werte aufweisen, diese jedoch in anderen Variablen begründet liegt als die Variable, deren fehlende Werte es zu ersetzen gilt. *Missing Not at Random* meint, dass die Erklärung, warum bestimmte Befragte bei bestimmten Variablen fehlende Werte aufweisen, in der Variable, deren fehlende Werte ersetzt werden sollen, selbst liegt (MYERS [2011: 300] nennt Einkommen als Beispiel, wo extrem einkommensschwache oder -starke Befragte eine systematisch erhöhte Wahrscheinlichkeit aufweisen, keine Angabe zu machen). Im Fall der vor-

liegenden Studie kann primär von *Missing at Random* ausgegangen werden: Der Vergleich mit anderen Befragungen professioneller Journalist:innen mit sehr ähnlichen Erhebungsdimensionen, aber weitaus niedrigeren fehlenden Antworten legt nahe, dass die fehlende Anonymisierung ausschlaggebend für das Nicht-Antworten war. Entscheidend sind damit Faktoren wie Sorge um Datensicherheit oder Vertrauen in wissenschaftliche Studien. Das Muster der fehlenden Antworten ist demnach zwar nicht komplett zufällig, liegt aber in anderen Variablen begründet, als in jenen, deren fehlende Werte ersetzt werden sollen. Myers (vgl. 2011: 303ff.) weist darauf hin, dass auch im Falle eines höheren Anteils fehlender Werte – er liegt in den vorliegenden Prädiktor-Variablen bei bis zu 23,1 Prozent (vgl. MW: 5,2%) – eine Hot-Deck-Imputation möglich ist, sofern kein *Missing Not at Random* vorliegt; liegt Letzteres vor und überschreitet der Anteil fehlender Werte einer Variable 10 Prozent, empfiehlt sie alternative Formen der Imputation wie beispielsweise multiple Imputation.

Wenngleich viele kommunikationswissenschaftlicher Studien nur eine einfache Hot-Deck-Imputation anwenden (vgl. FELDMAN et al. 2014, 2017; HAYES et al. 2013; YALE et al. 2015) und es laut Myers (2011) Schema im Fall der vorliegenden Studie nicht zwingend notwendig ist, wurde eine *multiple* Imputation durchgeführt. Jede einfache Imputation beinhaltet zufallsbasierte Unschärfen, die durch die zum Teil zufallsbedingte Auswahl der Donor:innen entstehen. Multiple Imputationen haben den Vorteil, dass sich diese Unschärfen mitteln und damit nivellieren. Die multiple Imputation wurde mit dem r-Package *mice* (vgl. BUUREN/GROOTHUIS-ODS-HOORN 2011; vgl. CRANMER/GILL 2013) durchgeführt. Als Deck wurden alle geeigneten Variablen außer der zu imputierenden – einschließlich von Variablen, die gar nicht in die Analyse einbezogen wurden – definiert. Die Imputation wurde zehnmal identisch wiederholt. Für die Imputation jedes Datenpunkts wurden die zehn ähnlichsten Donor:innen bestimmt und unter Anwendung von Bootstrapping (mit Zurücklegen) ein Wert bestimmt. Dadurch sind zehn vollständige, aber zufallsbedingt marginal variierende Datensätze entstanden.

Statistische Modellierung

Ein weiteres Spezifikum der quantitativen Daten ist deren Mehrebenenstruktur, die durch die Fusion aus Inhaltsanalyse und Befragung entstanden ist (vgl. Kap. 6.2.4). Solche hierarchischen Datenstrukturen sind gegeben,

wenn Merkmalsträger in Einheiten gruppiert sind, von denen anzunehmen ist, dass eine Zugehörigkeit einen untersuchten Zusammenhang beeinflusst. Ein klassisches Beispiel sind Schüler:innen, deren Schulleistung nicht nur von individuellen Parametern abhängt, sondern auch von der Schule, zu der sie gehen (vgl. LOIS 2018). In der Journalismusforschung sind solche Datenstrukturen üblich (z. B., wenn es um die Arbeitsrealität von Journalist:innen im internationalen Vergleich geht, die von nationalen, aber auch organisationalen Kontexten geprägt ist). In Auswertungsstrategien bilden sie jedoch einen »häufig unterschätzten Tatbestand« (HANITZSCH 2011: 318). Das trifft auch auf methodisch vergleichbare Studien zur Erklärung von Medienperformanz durch die Selbstangaben von Journalist:innen zu, die vielfach die Mehrebenenstruktur ihrer Daten negieren, auf die Ebene von Befragten aggregieren und auf Ordinary-Least-Squares basierende Regressionsanalysen berechnen (vgl. z. B. MELLADO/VAN DALEN 2014; RAEMY et al. 2019; TANDOC et al. 2013). Dies ist jedoch problematisch, weil die Modellparameter durch die Verletzung der Regressionsvoraussetzungen verfälscht werden (vgl. HANS 2006). Deshalb ist im Fall von auf Individualebene kombinierten Inhaltsanalyse- und Befragungsdaten die Berechnung von Mehrebenenmodellen notwendig (vgl. z. B. bei MELLADO et al. 2020; STEINDL 2021).

Um sowohl diese Mehrebenenstruktur als auch die schiefe Verteilung der abhängigen Variablen bzw. deren für robustere Ergebnisse angewandte Dichotomisierung (vgl. Kap. 6.1.2) zu berücksichtigen, wurden *generalisierte lineare gemischte Modelle* (auch GLMM für *Generalized Linear Mixed Models*) berechnet (vgl. FAHRMEIR et al. 2021). Durch den Einbezug zufälliger und fester Effekte sind diese in der Lage, die Modellparameter für die hierarchische Datenstruktur erwartungsgetreu bzw. unverzerrt zu schätzen. Diese Modelle wurden mit dem mit r-Package *mgcv* (vgl. WOOD 2017) berechnet. Die Modelle wurden als Zwei-Ebenen-Modelle so spezifiziert, dass *Random Intercepts* für die einzelnen Befragten möglich waren, die den Umstand der Autor:innenschaft der Befragten von mehreren Artikeln widerspiegeln, jedoch keine *Random Slopes*, welche die Modelle zusätzlich verkompliziert hätten. Eine zusätzliche Berücksichtigung des organisationalen Kontexts der Befragten als dritte Ebene in den Modellen – für welche es theoretisch starke Argumente gäbe (vgl. HANITZSCH 2011) – konnte ebenfalls nicht geleistet werden, weil sie die Modelle zu stark verkompliziert hätten. Durch die Erfordernisse der multiplen Datenimputation wurden die Modelle mit jedem der zehn imputierten Datensätze separat berechnet und diese Mo-

delle dann zusammengefasst, wobei die $\text{Exp}(\beta)$ - bzw. unstandardisierten β -Werte nach Rubins Regeln (vgl. RUBIN 1987) gemittelt sowie die p-Werte approximiert (vgl. FAHRMEIR et al. 2021) wurden. Alle Signifikanztests wurden zweiseitig berechnet. Die nicht gemittelten Einzelmodelle wurden zusätzlich mit dem r-Package *lme4* (vgl. BATES 2023) validiert. Wegen deren Dichotomisierung wurden für die abhängigen Variablen der Unparteilichkeit, der konstruktiven Emotionalität und der medialen Repräsentation bestimmter Akteur:innen GLMM mit einer Logit-Spezifikation (Logit-GLMM) berechnet. Die erklärte Varianz (R^2) und Devianz wurden als Range über die zehn Einzelmodelle angegeben.

Durch die Entscheidung für den Einbezug von Einzelvariablen (vgl. Kap. 6.1.2) und der durch das mehrstufige Untersuchungsdesign nur bedingt erweiterbaren Grundgesamtheit (vgl. Kap. 6.2.1) war die Zahl unabhängiger Variablen begrenzt. Das breite Erkenntnisinteresse, das nach Einflüssen auf den drei theoretisch argumentierten Ebenen (vgl. Kap. 3) fragt, interessiert sich jedoch für eine Reihe von Prädiktoren. Deshalb wurden in einem ersten Schritt für jede der drei theoretisch argumentierten Ebenen der Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen getrennte Modelle berechnet. Sie erlauben es, die jeweils einbezogenen Faktoren gegeneinander abzuwägen (z. B. journalistische Rollenverständnisse im Vergleich zu politischen Ansichten innerhalb der Deutungsstrukturen). Erst in einem letzten Schritt wurden alle Prädiktoren dieser je drei Einzelmodelle in ein Gesamtmodell aufgenommen. Da aufgrund der hohen Zahl an Prädiktoren Gefahr eines Overfits dieser Gesamtmodelle bestand (vgl. HAWKINS 2004), wurden an dieser Stelle nur die $\text{Exp}(\beta)$ - bzw. unstandardisierten β -Werte, nicht aber die p-Werte berichtet, weil letztere noch sensibler auf (zu) wenige Fälle im Modell reagieren. Die Ergebnisse der Gesamtmodelle sind demnach deutlich tentativer zu interpretieren, erlauben aber eine grundsätzliche Einschätzung, in welchem quantitativen Verhältnis die Effektstärken der in den Einzelmodellen als signifikant identifizierten Prädiktoren stehen.

Die Multikollinearität der Prädiktoren aller Modelle wurde durch bivariate Korrelationen der Prädiktoren überprüft (vgl. Tab. 34 in Anhang I), welche mit der stärksten Korrelation von 0,538 einen als Grenzwert für Multikollinearität anzunehmenden Wert von 0,8 (vgl. FIELD 2009: 224) deutlich unterschreiten. Als Kontrollvariablen fungieren die Gender-Selbstangabe, deren Einfluss auf bestimmte Medieninhalte empirisch nachgewiesen ist (vgl. RIEDL et al. 2022; ZERBACK 2013: 150ff.), sowie die Berufserfahrung, die einerseits mit dem Lebensalter korreliert und andererseits

Ausdruck professioneller Sozialisation ist (vgl. RODGERS/THORSON 2003). Auf den Einbezug weiterer, eigentlich sinnvoller Kontrollvariablen wie Alter, Bildung oder Bundesland wurde aufgrund des hohen Anteils fehlender Werte verzichtet.

6.4.2 *Qualitative Auswertungsstrategie*

Die qualitativen Interviews wurden anhand einfacher Transkribierregeln und leicht geglättet transkribiert. Austriazismen wurden beibehalten, wenn sie für ein inhaltliches Verständnis notwendig waren. Die Transkripte der qualitativen Interviews, die quantitativ analysierten journalistischen Beiträge und die quantitativen Selbstangaben der Journalist:innen wurden in einem MAXQDA-File zusammengeführt, um bei der qualitativen Analyse kontextualisierende Bezüge herstellen zu können. So wurden einerseits die konkreten journalistischen Arbeiten herangezogen, um die narrative Konstruktion ihrer Genese durch die Befragten einordnen zu können (z. B. zum Vergleich der Beschreibung, was eine Person als zulässige journalistische Wertung empfindet, mit der konkreten Wortwahl in einer journalistischen Arbeit). Andererseits wurden die quantitativen Selbstangaben herangezogen, um die empfundene Arbeitsrealität im Vergleich der Methoden und im Vergleich zum Gesamtsample einordnen zu können (z. B. die Narration rund um eine journalistische Rolle im Vergleich zur quantitativen Selbstangabe zu dieser Rolle bzw. den Selbstangaben der anderen Befragten). Die qualitative Analyse erfolgte primär anhand des Textmaterials, wenngleich in einem ersten Analyseschritt für ein stärkeres Kontextverständnis auch das Audiomaterial der Interviews herangezogen wurde.

Die Methode der retrospektiven Rekonstruktion stellt in ihrer qualitativen Ausprägung wenig Anhaltspunkte für konkrete Auswertungsstrategien bereit. Reich und Barnoy weisen in einer methodischen Reflexion (2020: 976) lediglich eher hermeneutisch darauf hin, »[a]fter months of decomposing hundreds of items, during which you could see only the tree level – sometimes even the single leaf level – you are about to see the entire forest«. Deshalb galt es eine qualitative Auswertungsstrategie zu entwickeln, die im Sinne einer *induktiven Logik* offen genug ist, um bisher nicht zugängliche Prozesse und Mechanismen der journalistischen Aushandlung von Nachrichtenqualitätsstandards offenzulegen. Im Sinne einer *deduktiven Logik* sollte sie aber gleichzeitig anknüpfungsfähig an den aufgestellten

theoretischen Rahmen sein. Deshalb wurde eine mehrstufige induktiv-deduktive Analysestrategie gewählt, welche die ersten induktiven Schritte der Methodologie des Grounded-Theory-Ansatzes (vgl. GLASER/STRAUSS 1967/2006) entlehnt, in weiterer Folge aber mit Schritten klassischer qualitativer Inhaltsanalyse (vgl. MAYRING/FENZL 2019; NAWRATIL/SCHÖNHAGEN 2021) kombiniert. Dies entspricht Schimanks (vgl. 2007a: 241) Plädoyer für die methodische Orientierung an Grounded-Theory-Ansätzen, wenngleich die gewählte Samplingstrategie dem Prinzip eines »Wechselprozess von Datenerhebung und Auswertung« (PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 200) in der Grounded Theory widerspricht. Die Analysestrategie wurde in ähnlicher Form bei der empirischen Analyse auf einer umfangreichen theoretischen Basis erprobt (vgl. MAURER/RIEDL 2021). Schimank umschreibt die Idee eines induktiv-deduktiven Vorgehens wie folgt:

»Vor diesem Hintergrund bietet es sich an, sowohl empirisch fundiertes Wissen über konkrete Fälle zu erarbeiten als auch dabei theoriegeleitet vorzugehen und dann keines von beidem gegeneinander auszuspielen, sondern Empirie und Theorie gleichsam ins Gespräch miteinander zu bringen: im wiederholten Wechselspiel empirische Befunde theoretisch aufzuschlüsseln und die theoretischen Konzepte und Modelle empirisch irritiert weiter zu entwickeln« (SCHIMANK 2007a: 242).

Dass Grounded-Theory-Ansätze lediglich für rein explorative Fragestellungen mit wenig theoretischem Vorwissen geeignet sind, ist ein methodologisches Missverständnis (vgl. THORNBERG 2012). Auch die Erarbeitung einer Grounded Theory besteht in einer »kontinuierliche[n] Abfolge induktiver und deduktiver Schritte« (PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 198), in der anhand des Untersuchungsmaterials (induktiv) theoretische Annahmen aufgestellt werden und diese dann anhand weiteren Materials (deduktiv) geprüft und die theoretischen Konzepte tiefergehend elaboriert werden. Durch diesen iterativen Prozess ist es möglich, an spezifischen Stellen des Analyseprozesses auch theoretische Annahmen einfließen zu lassen, die nicht dem Material entstammen, sondern bestehender Theorie entlehnt sind.

Offenes und axiales Codieren

Als erster Analyseschritt erfolgte ein *offenes Codieren* (vgl. CORBIN/STRAUSS 1990: 12) des gesamten Untersuchungsmaterials. Ziel dieses Schritts war es, anhand von Indikatoren im Analysematerial »erste, noch vorläufige Konzepte zu entwickeln, an die sich eine Fülle neuer Fragen und neuer vorläu-

figer Antworten anschließen« (PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 210), und ähnliche Indikatoren unter diesen Konzepten zu vereinen. Beispielsweise wurden bestimmte Strategien von Journalist:innen, um Berichterstattungsmerkmale zu realisieren, als Konzept codiert, aber noch in keinen weiteren kausalen Zusammenhang mit anderen gestellt. Dies erfolgte im zweiten Schritt, dem *axialen Codieren* (vgl. CORBIN/STRAUSS 1990: 13). Hier werden aus einzelnen Konzepten im Sinne eines Kausalzusammenhangs, der nur durch Interpretation erschlossen werden kann, Kategorien als »höherwertige, abstraktere Konzepte« gebildet, die »für einen Sinnzusammenhang stehen, der mehr beinhaltet als die ihm zugrunde liegenden Konzepte« (PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 201). Beispielsweise wurden journalistische Strategien der Zielerreichung danach konzeptionell vereint, wo die Quellen ihres Handlungsantriebs verortet waren.

In diesen beiden Schritten wurde versucht, eine Reihe von Prinzipien aufrechtzuerhalten, die der Grundidee einer Grounded Theory und dem Erkenntnisinteresse geschuldet sind: Erstens wurde versucht, in diesen Schritten noch möglichst »blind« gegenüber den theoretischen Vorannahmen der Untersuchung zu sein. Warum das grundsätzlich ein Ding der Unmöglichkeit ist, wurde in der Literatur vielfach und ausführlich erläutert (vgl. THORNBERG 2012: 243ff.). Dennoch stand das Bemühen im Zentrum, Konzepte und Kategorien zunächst aus dem Material heraus entlang der Relevanzstrukturen der Journalist:innen zu bilden. Zweitens wurde versucht, in diesen beiden Schritten die *Prozesshaftigkeit* des Phänomens herauszuarbeiten, die in den handlungstheoretischen Wurzeln der Grounded Theory begründet liegt, aber auch eng mit dem Erkenntnisinteresse der Studie korrespondiert. In diesem Sinne sollte sowohl »die Verlaufsförmigkeit bzw. Prozessstruktur von Phänomenen« als auch »die handlungsförmigen/interaktiven ›Antworten‹ auf sich verändernde Umstände« (PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 203) berücksichtigt werden. Drittens wurden in ständigen *Vergleichen* (vgl. GLASER/STRAUSS 2006: 101ff.) Teilphänomene verglichen – zwischen ihnen, aber auch zwischen Personen, den rekonstruierten Arbeiten und den Datenquellen –, um die codierten Konzepte und Kategorien und ihre Relationen zu verstehen. Dadurch sollten die »Bedingungen, unter denen die Fälle agieren« (PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 203), möglichst tiefgehend miteinbezogen werden. Viertens wurden diese beiden Codierschritte durch das *Schreiben theoretischer Memos* begleitet, die als notwendiges Mittel gesehen werden, um die theoretischen Bezüge schrittweise herauszuarbeiten (vgl. PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 206f.).

Deduktive und induktive Konsolidierung

Die Methodologie der Grounded Theory sieht als dritten Schritt das *selektive Codieren* (vgl. CORBIN/STRAUSS 1990: 14) vor. Dabei wird der Codierprozess »auf Phänomene und Konzepte begrenzt, die einen hinreichend signifikanten Bezug zur Schlüsselkategorie« aufweisen, und »stärker auf theoretische Integration ausgerichtet« (PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 211). Hier verlässt das Vorgehen der vorliegenden Studie die Schritte einer Grounded Theory. Anstatt selektiven Codierens wurde ein Schritt der *deduktiven Konsolidierung* (vgl. MAURER/RIEDL 2021: 2862) vorgenommen, in dem das theoretische Vorwissen in einem deduktiven Sinne einbezogen wurde. So wurden die induktiv gebildeten Konzepte und Kategorien auf ihre Anschlussfähigkeit an die Kernbegriffe der Akteur:innen-Struktur-Dynamik geprüft und bei Bedarf adjustiert – eine theoretische Integration wurde also nicht nur in Bezug auf aus dem Material gewonnene Erkenntnisse geleistet. Erst an dieser Stelle wurden Konzepte und Kategorien in das bestehende theoretische Vokabular überführt. Bei den Handlungsintentionen von Journalist:innen wurde z. B. reflektiert, ob sie dem entsprechen, was theoretisch als Deutungsstrukturen, also z. B. journalistische Rollenverständnisse oder eigene politische Einstellungen, begriffen wurde, oder ob sie darüberhinausgehende Dimensionen darstellen.

Als vierter und letzter Schritt wurde eine *induktive Konsolidierung* (vgl. MAURER/RIEDL 2021: 2863) vorgenommen. Was zunächst widersprüchlich klingt, wurde in Form eines erneuten Abgleichs am Untersuchungsmaterial realisiert und sollte sicherstellen, dass die Relevanzzuschreibungen der Journalist:innen im Prozess der deduktiven Theorieintegration nicht übermäßig überformt wurden. Einerseits ging es darum sicherzustellen, dass das Kategoriensystem eine hinreichende Entsprechung zum Material aufweist und die Konzepte und theoretischen Ideen wirklich im Material begründet sind (vgl. THORNBERG 2012: 252); andererseits sollte sichergestellt werden, dass alle relevanten induktiv gewonnenen Aspekte auch ihren Widerhall im Kategoriensystem finden. Für diesen Schritt waren insbesondere die angefertigten Memos wichtig, weil sie die frühen theoretischen Annahmen besser widerspiegeln als das eigentliche Untersuchungsmaterial, das in den Schritten der Analyse stets in einem unterschiedlichen Licht erscheint. Auch wenn die Grounded-Theory-Methodologie das Überprüfen gewonnener theoretischer Annahmen »auf ihre Robustheit hin« (PRZYBORSKI/WOHLRAB-SAHR 2014: 202) kennt, wurde in diesem letzten

Schritt nicht mehr die theoretische Offenheit der Grounded Theory beibehalten, sondern das Kategoriensystem im Sinne der einer qualitativen Inhaltsanalyse überarbeitet (vgl. MAYRING/FENZL 2019: 640; NAWRATIL/SCHÖNHAGEN 2021: 326).

Kategoriensystem

Das Resultat dieses vierstufigen induktiv-deduktiven Analyseprozesses, wie er der Grundidee einer »Informed Grounded Theory« (THORNBERG 2012: 243) entspricht, ist ein mehrstufiges, hierarchisches Kategoriensystem. Es ist in seiner letztlichsten Fassung entlang der unterschiedlichen Auffassungen von Nachrichtenqualität sowie nach den Kernkategorien der Akteur:innen-Struktur-Dynamik strukturiert. In den einzelnen Bezügen zwischen den Kategorien und den darunterliegenden Konzepten bzw. zwischen ihnen lässt es jedoch die Relevanzsetzungen der Journalist:innen zu, die sich in den retrospektiven Rekonstruktionen herauskristallisiert haben. Aufgrund der engen Verschränkung der drei empirischen Methoden wird die nachfolgende Ergebnisbeschreibung entlang der unterschiedlichen Vorstellungen von Nachrichtenqualität gegliedert, die quantitativen und qualitativen Befunde dabei jedoch ineinander verschränkt gemeinsam dargelegt.

7. JOURNALISTISCHE AUSHANDLUNG PROFESSIONELLER STANDARDS DER BERICHTERSTATTUNG

7.1 Unparteilichkeit

7.1.1 *Unparteilichkeit journalistischer Berichterstattung*

Welcher demokratietheoretisch fundierten Auffassung von Nachrichtenqualität entspricht die journalistische Nachrichtenberichterstattung in Österreich bzw. welchen Auffassungen kommt sie in welchem Maß nach? Das ist die grundsätzliche Frage, die den Forschungsfragen nach den Einflüssen auf Nachrichtenqualität vorgelagert ist. Zunächst wird deshalb analysiert, wie es um die *Unparteilichkeit* politischer Berichterstattung als Teil einer *deskriptiven Nachrichtenqualität* steht, die von den Erfordernissen eines repräsentativen Demokratiemodells abgeleitet wurde (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Für einen deskriptiven Überblick (vgl. Tab. 9) wurde zum einen der Anteil der Nachrichtenbeiträge pro Medienoutlet berechnet, der keinerlei wertende Elemente aufweist und damit vollständig unparteilich ist, bei denen also der höchste Code auf der fünfstufigen Skala der Unparteilichkeit vergeben wurde (vgl. Kap. 6.1.2 zur Operationalisierung der inhaltsanalytischen Variablen). Zum anderen wurde die fünfstufige Skala der Unparteilichkeit z-standardisiert, um sie mit den anderen professionellen Standards vergleichbar zu machen (vgl. STARK et al. 2021).²⁹

29 Für die z-Standardisierung wird das arithmetische Mittel einer Variable des Gesamtsamples vom jeweiligen Einzelwert eines Nachrichtenbeitrags subtrahiert und durch die jeweilige

Diese Auswertungen wurden anhand gewichteter Daten vorgenommen, um einen möglichen Bias durch die unterschiedlichen Stichprobenfehler der Zufallsauswahlen (vgl. Tab. 2 in Kap. 6.1.1) auszugleichen.³⁰ Für die Anteilswerte vollständig unparteilicher Nachrichtenbeiträge wurden Chi-Quadrat-Tests sowie Cramer's V berechnet, die zeigen, dass sich die Outlets signifikant unterscheiden und ein kleiner bis mittlerer Zusammenhang (vgl. COHEN 1988) besteht. Auch für die z-standardisierten Werte belegen einfaktorielle Varianzanalysen signifikante Unterschiede.

Insgesamt (vgl. Tab. 9) zeigt die Analyse der tatsachenbasierten Beiträge – klar als meinungsbasiert ausgewiesene Beiträge (wie z. B. Kommentare) wurden nicht einbezogen, weil an sie nicht das Kriterium der Unparteilichkeit anzulegen ist – ein relativ hohes Niveau der journalistischen Unparteilichkeit im österreichischen Journalismus: Die mit rund drei Viertel der analysierten Beiträge überwiegende Mehrheit weist keinerlei Passagen mit journalistischen Wertungen auf. Im Vergleich der einzelnen Outlets differenziert sich dieser Befund jedoch stark. *Orf.at* ist mit 92 Prozent Beiträgen, die als »ausschließlich distanziert-unparteiisch« codiert wurden, das unparteilichste Angebot. Die *Ö1 Journale* des ORF folgen mit 89 Prozent vor *derstandard.at* mit 83 Prozent. Am meisten journalistische Wertungen finden sich in der Berichterstattung der *Kronen Zeitung*, wo mit 62 Prozent die wenigsten Beiträge frei von persönlicher Wertung sind. Danach folgt *Heute* mit 64 Prozent und das Online-Pendant der *Kronen Zeitung*, *krone.at*, mit 67 Prozent.

Standardabweichung der Variable dividiert. Der damit gewonnene Wert – der sogenannte »z-Score« bzw. »z-standardisierte Wert« – drückt demnach aus, um wie viele Standardabweichungen sich ein Einzelwert vom arithmetischen Mittel entfernt und in welche Richtung. Positive Werte bedeuten, dass der Einzelwert größer als das arithmetische Mittel ist, und negative, dass der Einzelwert kleiner ist. Z-standardisierte Variablen haben damit ein arithmetisches Mittel von 0 und eine Standardabweichung von 1 (BANAS 2017: 1901).

30 Die Gewichtung erfolgte anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und der durch den Suchstring erhobenen Grundgesamtheit. Damit wird verhindert, dass die Nachrichtenangebote bestimmter Medienoutlets nur deshalb stärker in gemittelte Gesamtwerte einfließen (welche die Basis für die z-Standardisierung bilden), weil aus forschungsökonomischen Gründen ein strengerer Stichprobenfehler angewendet werden konnte, und nicht, weil sie tatsächlich einen größeren Umfang politischer Berichterstattung aufweisen (JANDURA/KÖSTERS 2022: 313).

TABELLE 9

Unparteilichkeit politischer Berichterstattung nach Medienoutlets

	Unparteilichkeit			
	MW z-std.	SD	% der Beiträge ¹	n
ORF Zeit im Bild	0,022	0,880	75,0%	344
ORF Ö1 Journale	0,313	0,510	88,8%	80
Die Presse	-0,050	0,905	70,8%	319
Der Standard	0,088	0,924	80,4%	281
Kronen Zeitung	-0,447	1,505	61,9%	370
Kleine Zeitung	-0,025	1,006	73,9%	356
Heute	-0,160	0,985	63,7%	135
Österreich	0,021	0,893	75,3%	489
orf.at	0,355	0,481	91,9%	534
derstandard.at	0,130	0,925	82,8%	331
krone.at	-0,185	1,117	66,6%	416
Gesamt	0,000	1,000	75,7%	3.655
<i>F (df1, df2)²</i>	<i>F (10, 1026) = 25,741***</i>			
<i>χ² (df)</i>	<i>χ² (10) = 169,312***</i>			
<i>Cramer's V</i>	<i>Cramer's V = 0,215***</i>			

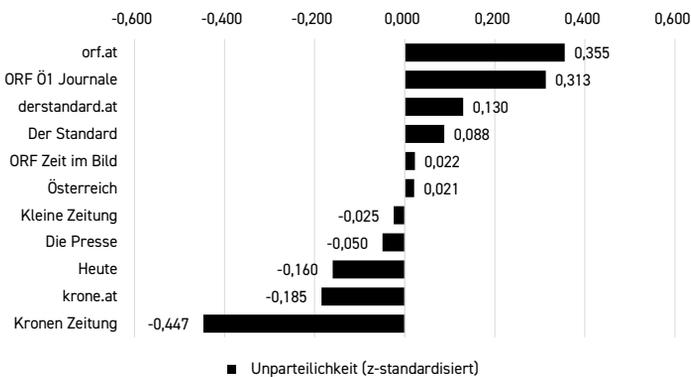
Anmerkung: Gesamt wurde auf Ebene der Medienoutlets anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und Grundgesamtheit gewichtet; ¹Die fünfstufige Skala wurde zwischen den Ausprägungen vier und fünf dichotomisiert; die dargestellten Prozentwerte weisen demnach jene Beiträge aus, die als »ausschließlich distanziert-unparteiisch« codiert wurden, also keinerlei persönliche Färbung aufweisen; ²Da aufgrund signifikanter Levene-Tests fehlende Varianzhomogenität angenommen werden musste, wurden Welch-Tests berechnet; *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001

Im Vergleich der Medientypen erweisen sich primär die öffentlich-rechtlichen Angebote als im Sinne der Unparteilichkeit qualitativ: Sowohl das Online-Angebot als auch die Radio- und TV-Angebote des ORF weisen im Vergleich der standardisierten Skala der Unparteilichkeit (vgl. Abb. 6) positive und damit überdurchschnittliche Werte auf. Der Befund einer rund fünf Jahre älteren Erhebung von Seethaler (2015) – wenngleich methodisch nicht direkt vergleichbar³¹ –, nach dem die »Objektivitätsnorm in besonderer Weise vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufrechter-

31 Seethaler (2015: 63) verrechnet die Unparteilichkeit und die Sachlichkeit der Berichterstattung zu einem »Objektivitätsindex«, während hier nur die Unparteilichkeit betrachtet wird.

halten wird« (SEETHALER 2015: 63), zeigt sich auch in den vorliegenden Daten. Vor allem *orf.at* und die *Ö1 Journale* weisen dabei zudem eine hohe Konsistenz der Unparteilichkeit auf, wie es die vergleichsweise niedrigen Standardabweichungen zeigen. Sie sind demnach nicht nur im Schnitt sehr wertneutral, sondern weisen dahingehend auch wenige »Ausschläge« auf. Dass sich die Angebote der *Krone* sowie *Heute* unterdurchschnittlich und die Angebote des *Standard* überdurchschnittlich positionieren, zeigt, dass es stark die Qualitätsdimension der Unparteilichkeit ist, welche die sogenannten »Qualitätsmedien« und »Boulevardmedien« abgrenzen. Lediglich *Die Presse* weicht mit leicht unterdurchschnittlichen Werten von diesem Muster ab. Vor allem bei den beiden Angeboten der *Krone* belegen vergleichsweise hohe Standardabweichungen relativ große Varianz in der Umsetzung der Unparteilichkeitsnorm. Dass die *Kleine Zeitung* im Mittelfeld landet, muss auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass Regionalmedien für politische Berichterstattung mit nationalem Bezug, wie hier untersucht, vergleichsweise wenige Ressourcen haben. Sie haben deshalb, wie Befunde aus Deutschland und der Schweiz nahelegen (vgl. STARK et al. 2021: 443), einen relativ hohen Anteil an Beiträgen basierend auf Nachrichtenagenturen, bei denen Unparteilichkeit gewissermaßen zum Geschäftsmodell gehört (vgl. LORENZ 2017: 77).

ABBILDUNG 6
Unparteilichkeit nach Medienoutlets



Anmerkung: n = 3.655 Nachrichtenbeiträge

Im Vergleich der Medienkanäle liegt bei der überdurchschnittlichen Performanz der *Ö1 Journale* als einziges untersuchtes Radioangebot die Vermutung nahe, dass die hohe Unparteilichkeit nicht nur der öffentlich-rechtlichen Organisationsform, sondern auch dem Kanal Radio geschuldet ist. Bei Radio als »Nebenbeimedium« (KUHLMANN/WOLLING 2004: 386) mit Nutzungsspeaks zu klassischen Pendelzeiten am Morgen und am frühen Abend (vgl. MAI/VON OEHSEN 2022: 445) ist, über die unterschiedlichen Formate innerhalb des Radioprogramms hinweg, von einer Publikumerwartung nach schneller und kompakter Information auszugehen. Nachdem die einzigen untersuchten audiovisuellen Formate auch die des ORF sind, sind hier jedoch nur begrenzt valide Rückschlüsse auf den Kanal möglich. Im Vergleich zwischen analogen Angeboten und ihren korrespondierenden Online-Angeboten widersprechen die vorliegenden Ergebnisse Seethalers (2015: 63) Befund, dass die »Objektivitätsnorm [...] bei den Online-Medien an Bedeutung« verliert – im Gegenteil: Die Online-Angebote von ORF, *Standard* und *Krone* weisen hier sogar eine mitunter markant höhere Unparteilichkeit auf als die analogen. Das entkräftet Befürchtungen eines Qualitätsverlustes mit Abnehmen der Nutzung analoger Medien jedenfalls bezüglich der Unparteilichkeit.

7.1.2 *Aushandlung von Unparteilichkeit entlang von Deutungsstrukturen*

Inwiefern lässt sich das Ausmaß der Unparteilichkeit der Berichterstattung durch die gegebenen Strukturen und die handelnden Akteur:innen im österreichischen Journalismus erklären? Das steht im Zentrum der Forschungsfragen FF1a, die nach den Faktoren fragt, welche die Unparteilichkeit der Berichterstattung beeinflussen, und FF3a, die fragt, wie diese Einflüsse zum Tragen kommen bzw. wie Journalist:innen sie verhandeln. Zur Beantwortung von FF1a wurden, wie beschrieben (vgl. Kap. 6.4.1), Mehrebenen-Regressionsmodelle berechnet. Als abhängige Variable fungiert die im Rahmen der Inhaltsanalyse auf einer fünfstufigen Skala gemessene Unparteilichkeit der Berichterstattung, welche für diesen Zweck (zwischen den Ausprägungen vier und fünf) dichotomisiert wurde (vgl. Kap. 6.1.2). Als Prädiktoren im Rahmen der Deutungsstrukturen (vgl. Tab. 10) fungieren die Selbstangaben aus der quantitativen Befragung. Die Modelle drücken demnach aus, welche Faktoren aus der Arbeitsrealität der Journalist:innen

die Chance, dass ihre journalistischen Arbeiten ohne Parteinahme auskommen (also gänzlich unparteilich bzw. wertneutral sind), erhöhen oder senken. Als Prädiktoren innerhalb journalistischer Rollenverständnisse fungieren eine unparteiische Beobachter:innenrolle, der Anspruch, Informationen zu vermitteln, die Menschen zu politischen Entscheidungen befähigen (vgl. HANITZSCH et al. 2019: 174; HANITZSCH/LAUERER 2019: 141) und das Ziel, das Funktionieren von Demokratie zu unterstützen (vgl. KÖCHER 1986: 55). Letzteres baut auf der Annahme, dass Journalist:innen in einer repräsentativen Demokratie ihren Beitrag zu Demokratie darin sehen könnten, unparteilich zu berichten, wie es normativ gefordert wird. Als Prädiktoren innerhalb politischer Einstellungen fungiert die Prozessdimension eines repräsentativen Demokratieverständnisses (vgl. FERREE et al. 2002a: 316) sowie die politische Orientierung (mit höheren Werten von links nach rechts). Nachdem Einflüsse auf Nachrichtenqualität nur in ihrer prozeduralen Aushandlung verstanden werden können, werden die Antworten auf FF1a (die anhand der quantitativen Daten zu beantworten ist) gemeinsam mit den Antworten auf FF3a (die anhand der qualitativen Daten zu beantworten ist) dargelegt.

Ermöglichung wohlinformierter (Wahl-)Entscheidungen von Bürger:innen

Wie Tabelle 10 zeigt, ist das journalistische Rollenverständnis, Informationen zu vermitteln, die Menschen zu politischen Entscheidungen befähigen, ein signifikanter Prädiktor für die Unparteilichkeit der Berichterstattung. Die anderen Prädiktoren zeigen keinen signifikanten Einfluss. Die Chance, dass Beiträge von Journalist:innen vollständig unparteilich sind, erhöht sich um den Faktor 1,4, wenn Befragte auf der fünfstufigen Skala dieser Rolle einen Skalenpunkt höher angeben. In der deskriptiven Betrachtung – welche natürlich nicht für andere Faktoren kontrolliert ist – bedeutet das, dass die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche diesem Rollenverständnis »eher« oder »stark« zustimmen, zu 71 Prozent vollständig unparteilich sind, während es bei den Journalist:innen, die dieser Rolle weniger stark zustimmen, nur 62 Prozent der Beiträge sind. Gleichzeitig stimmen dieser Rolle insgesamt 85 Prozent aller befragten Journalist:innen »eher« oder »stark« zu (vgl. Tab. 5 in Kap. 6.2.3), sie nimmt also einen zentralen Stellenwert in der journalistischen Kultur Österreichs ein. Dieser Befund bestätigt die normative Erwartung: Jour-

nalismus sollte in einem repräsentativen Verständnis eine Vermittlungsfunktion zwischen Bürger:innen und politischen Funktionseliten leisten und vor allem Erstere durch unparteiliche Berichterstattung zu einer möglichst wohlüberlegten Wahlentscheidung verhelfen – und exakt dieses Rollenverständnis der Ermöglichung politischer Entscheidungen ist es, welche die Unparteilichkeit journalistischer Nachrichtenbeiträge erklärt.

TABELLE 10

Einfluss von Deutungsstrukturen auf die Unparteilichkeit politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,750	0,220	0,192
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,985	0,010	0,125
Journalistisches Rollenverständnis			
ein unparteiischer Beobachter zu sein	1,008	0,103	0,937
Informationen zu vermitteln, die Menschen zu politischen Entscheidungen befähigen	1,377**	0,112	0,004
das Funktionieren von Demokratie zu unterstützen	0,941	0,120	0,611
Politische Einstellungen			
Repräsentatives Demokratieverständnis (Prozess): gewählte Repräsentant:innen ihre verschiedenen politischen Ideen und Positionen einbringen	1,021	0,138	0,881
Politische Orientierung (rechts)	1,075	0,073	0,326
R ² (korrigiert) ¹	7,2% - 7,4%		

Anmerkung: n=676 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; [†]p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

Analog bildet sich die Intention, fundierte politische Entscheidungen von Bürger:innen zu ermöglichen, auch in den qualitativen retrospektiven Rekonstruktionen ab. Bei der Rekonstruktion eines wertneutral verfassten Textes gibt beispielsweise eine Journalistin eines Informationsmediums (J21)³² an, diesen Text als »jetzt journalistisch nicht so wahnsinnig anspruchsvoll« zu begreifen. Sie begründet dessen deskriptive Qualität jedoch

32 Für einen Überblick über alle befragten Journalist:innen der qualitativen Teilstudie (J1-24) vgl. Tab. 8 in Kap. 6.3.2.

dezidiert mit einer Informationsfunktion gegenüber den Rezipient:innen bzw. Bürger:innen:

»[D]ie Aufgabe, die Journalismus hat, ist auch, den Leserinnen und Lesern eine Entscheidungsgrundlage vorzulegen, auf Basis derer sie sich eine Meinung zu einem bestimmten Thema, vielleicht auch zu bestimmten Personen bilden können. [...] [N]ormalerweise bemühe ich mich, [...] eine möglichst vollständige oder möglichst breite Information zu liefern, wo die Leute dann sagen können: Ja, eigentlich am besten gefällt mir, was die Neos dazu sagen. Oder der Minister hat eh recht.« (J21)

Das Ziel politischer Informiertheit wird hier klar auf das Wissen um parteipolitische Positionen bzw. parteipolitisches Personal bezogen, wie es der Idee des demokratischen Repräsentationsprinzips und der Rolle von Journalismus zu dessen Ermöglichung entspricht. Journalist:innen koppeln dies an ein Verantwortungsgefühl gegenüber den Bürger:innen rück, das aus ihrer zentralen Rolle für öffentliche Meinungsbildungsprozesse erwächst. So argumentiert eine Journalistin (J14), »wenn ich schon die Chance habe, [...] für so ein wichtiges Ressort zu schreiben, die Leute richtig zu informieren, [...] will [ich], dass diese sich eine Meinung bilden können aufgrund der Berichterstattung«. Ähnlich empfindet eine Journalistin (J18) eines reichweitenstarken Mediums, dass »auch mit der Reichweite [...] eine Verantwortung einhergeht«, von der sie denkt, dass Kolleg:innen anderer Medienhäuser ihr weniger verpflichtet sind, »[w]eil da nicht Millionen Zuseher dasitzen und sich informieren und möglicherweise ihre Entscheidungen jetzt durchaus [darauf] basieren, was sie sehen und hören und lesen«.

Unparteilichkeit als journalistische Rolle

Bezeichnend an dem dargelegten Befund ist, dass sich die empfundene Verantwortung gegenüber der Informiertheit von Bürger:innen als Prädiktor durchsetzt, was mit der Rolle von Journalismus als Vermittlungsinstanz im repräsentativen Demokratiemodell korrespondiert, während eine rein an einer innerjournalistischen Logik orientierte neutrale Beobachtungsleistung und eine rein an einer politischen Logik orientierte Unterstützung der Funktionsfähigkeit von Demokratie als Prädiktoren keinen Einfluss nehmen (vgl. Tab. 10). Dies betont die enge systemische Verschränkung der beiden Teilsysteme. Wie die qualitativen Rekonstruktionen zeigen, ist eine neutrale Vermittlungsleistung dennoch tief in der journalistischen Kultur verankert und wird als Teil der professionellen Identität begriffen. So erachtet

es ein Regionaljournalist (J16) als einen der »Grundpfeiler von der journalistischen Tätigkeit, dass man versucht, [...] eine Geschichte neutral einfach anzupacken«. Eine Kollegin (J18) sieht es als ihr »Ziel, eine [...] so objektiv wie mögliche Auseinandersetzung mit politischen Akteurinnen und Akteuren, deren Tun und den Menschen, auf die das Auswirkung hat«, zu realisieren. Journalist:innen verfolgen in ihrem Unparteilichkeitsstreben aber keinen »naiven Realismus« (vgl. STANDAERT et al. 2021: 928), sondern reflektieren die Grenzen der Erreichbarkeit eines intersubjektiven Verständnisses von Wertfreiheit und dessen diskursive Aufrechterhaltung mit:

»Von wem geht das aus, [...] das allgemeine Verständnis von objektivem Journalismus, von dem ich nicht mal weiß, ob es von innen oder von außen [kommt]? Also dieses seltsame irgendwie »Image« der Journalisten, als wären sie irgendwelche Übermenschen, die absolut frei von Haltung und von Meinung und von Filter, welcher Art auch immer, die Wirklichkeit übertragen in ihr Medium? [...] Das ist halt eine Jahrzehnte tradierte Erzählung von beiden Seiten, die sich gerade jetzt in den letzten fünf Jahren total gegen die Journalisten wendet eigentlich selbst, weil sie [...] selbst eingestehen müssen, dass es so was wie eine absolute Objektivität nicht gibt. Also ohne jetzt allzu philosophisch zu werden, sollte uns allen klar sein, dass das nicht sein kann« (J2).

Auch wenn die Grenze zwischen Wertfreiheit und -urteilen demnach als unscharf begriffen wird, ist sie spätestens dann erreicht, wenn Journalismus als Aktivismus empfunden wird. Dem wird – jedenfalls in der Breite – eine klare Absage erteilt. Ein leitender Redakteur (J15) gesteht zwar zu, »sicher wird die eigene politische Meinung eine gewisse Rolle spielen«, empfindet es aber als »ganz furchtbar, wenn Journalisten sozusagen fast irgendwie zu Aktivisten werden – in welcher Sache auch immer«. Der quantitativ ausbleibende Einfluss einer unparteilichen Beobachter:innenrolle auf die Unparteilichkeit der Berichterstattung mag also auch darin begründet sein, dass sie als tief in der journalistischen Kultur verankerte Rolle derart routiniert realisiert wird (und werden kann), dass sie deshalb auch kaum Varianz erklärt (vgl. SCHOLL/WEISCHENBERG 1998: 179). Theoretisch lässt sich dies durch die dargelegte »Austauschbarkeit des sozialen Personals« (SCHIMANK 2016: 51, Kursivsetzung weggelassen) bei rollenkonformem Handeln erklären. Empirisch spiegelt es sich darin wider, dass eine unparteiliche Berichterstattung als unhinterfragter Standard und als Ergebnis unhinterfragter Routinen wahrgenommen wird – »das hätte jeder so geschrieben«, wie eine befragte Regionaljournalistin (J6) in Bezug auf einen ihrer Texte vermutet.

Nachrangigkeit eigener politischer Haltungen

Im Umkehrschluss zeigen in den quantitativen Modellen beide Prädiktoren, die eigene politische Einstellungen von Journalist:innen widerspiegeln – ein repräsentatives Demokratieverständnis und die politische Orientierung –, keinen signifikanten Einfluss (vgl. Tab. 10). Die Unparteilichkeit der Berichterstattung hängt also in der Breite nicht systematisch davon ab, ob Journalist:innen eine bestimmte politische Haltung vertreten. Das entkräftet Befürchtungen, die vor allem im öffentlichen Diskurs dahingehend vielfach geäußert wurden (vgl. HOFFMANN 2021). Ihr professionelles Rollenverständnis und ihre private politische Einstellung konstruieren Journalist:innen auch in den Interviews als Gegensätze, die sie so gut wie möglich zu trennen versuchen. Die Nachrangigkeit ihrer politischen Haltungen gegenüber ihrer professionellen Rolle halten Journalist:innen mitunter für derart »natürlich« (J4), dass sie dies in den Interviews kaum für begründungswürdig erachten. »Ich glaube, die Stimme gibt man im Wahllokal oder per Briefwahl ab, die muss man jetzt nicht schreiben«, gibt ein Befragter (J17) an. Plastischer formuliert eine Kollegin (J10): »Meine politische Meinung ist nicht relevant. Es interessiert kein Schwein.« Andererseits verknüpfen sie diese Nachrangigkeit mit ihrer systemisch bedingten Rolle als Vermittler:innen, die unter journalistischen Wertungen leiden würde. So argumentiert ein Journalist (J15), »wenn sie jetzt da sich [...] sehr stark positionieren, [...] glaube [ich], dass man dann jemanden schwer diese Moderationsfunktion [...] abnimmt«.

Wenn in den rekonstruierten Texten eigene politische Einstellungen von Journalist:innen handlungsleitend wurden, dann – sofern das innerhalb des engen Rahmens kollektiver und routinierter journalistischer Nachrichtenproduktion möglich ist – primär als Einfluss auf die *Themenwahl*. So führt ein Boulevardjournalist (J12) den Umstand, dass er aufgrund seiner Unzufriedenheit mit dem Agieren einer politischen Institution »selber einen Schleim gehabt habe«,³³ als Grund an, warum er sich für eine Geschichte entschieden hat. Ein Kollege (J1) gibt an, das Agieren eines Politikers »stößt mir halt auf«, was er als Anlass für einen Text genommen hat. Ganz aktiv reflektiert eine andere Journalistin (J2) ihre thematische »Vorauswahl«: »Also natürlich gibt es objektive journalistische

33 Österreichisch umgangssprachlich für *verärgert sein*, *Groll hegen*.

Werte, [...] aber dann gibt es eben meine persönlichen Interessen und meine Meinung, [...] ob mein Leser so was erfahren soll oder nicht« (J2). Diese Fälle eint, dass die jeweiligen Journalist:innen große Handlungsfreiheit außerhalb des ›Tagesgeschäfts‹ genießen. Außerdem steht der thematische Fokus nicht im Zentrum des Erkenntnisinteresses. Dennoch verweist diese Beobachtung zum einen darauf, dass eigene politische Ansichten während des professionellen Agierens eine relevante Deutungsstruktur darstellen und dass die Aushandlung zwischen professionellen Rollen und der eigenen Haltung ein »Balanceakt« (J13) sein kann. Zum anderen zeigt der Befund, dass die qualitativen retrospektiven Rekonstruktionen als Methode entgegen der sozialen Erwünschtheit das Vermögen haben, derartige Dynamiken offenzulegen.

7.1.3 *Aushandlung von Unparteilichkeit entlang von Erwartungsstrukturen*

Um die Frage zu beantworten, inwiefern die Unparteilichkeit der Berichterstattung mit den Erwartungsstrukturen zusammenhängt, denen Journalist:innen ausgesetzt sind, wurden erneut generalisierte lineare gemischte Modelle berechnet (vgl. Tab. 11). Als Prädiktoren fungieren die theoretisch als interne und externe normative Erwartungen argumentierten Dimensionen. Das sind der wahrgenommene Einfluss medienrechtlicher Rahmenbedingungen, des Ehrenkodex des Österreichischen Presserats, der Blattlinie der eigenen Redaktion sowie von Publikumserwartungen.

Wie Tabelle 11 zeigt, fungieren medienrechtliche Rahmenbedingungen als signifikanter Prädiktor für die Unparteilichkeit der Berichterstattung, während die anderen Prädiktoren keinen signifikanten Einfluss zeigen. Die Chance, dass Beiträge von Journalist:innen vollständig unparteilich sind, erhöht sich um den Faktor 1,2, wenn Befragte auf der fünfstufigen Skala des Einflusses durch den rechtlichen Rahmen einen Skalenpunkt höher angeben. In der deskriptiven Betrachtung bedeutet das, dass die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche medienrechtliche Rahmenbedingungen in Österreich als »sehr« oder »extrem« einflussreich auf ihr journalistisches Arbeiten erachten, zu 75 Prozent vollständig unparteilich sind, während es bei den Journalist:innen, die diese als weniger einflussreich befinden, lediglich 64 Prozent der Beiträge sind. Gleichzeitig erachten mit 47 Prozent rund die Hälfte der Befragten Recht und Gesetz

TABELLE 11

Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die Unparteilichkeit politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,939	0,228	0,782
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,995	0,010	0,619
Erwartungen			
medienrechtliche Rahmenbedingungen in Österreich	1,243**	0,080	0,007
Ehrenkodex des Österreichischen Presserats	1,118	0,086	0,195
Blattlinie der Redaktion	0,895	0,099	0,264
Publikumerwartungen	1,038	0,100	0,706
R ² (korrigiert) ¹	7,7% - 8,3%		

Anmerkung: n=676 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

als »sehr« oder »extrem« einflussreich für ihr journalistisches Arbeiten (vgl. Tab. 7 in Kap. 6.2.3).

Unparteilichkeit als öffentlich-rechtlicher Auftrag

Medienrechtliche Rahmenbedingungen mit Relevanz für Nachrichtenqualität betreffen wie dargelegt in Österreich primär öffentlich-rechtliche Medien.³⁴ Das bildet sich auch in den quantitativen wie qualitativen Daten ab. Unter den öffentlich-rechtlichen Journalist:innen geben 79 Prozent an, rechtliche Vorgaben als »sehr« oder »extrem« einflussreich zu befinden, während dies bei ihren privaten Kolleg:innen lediglich 25 Pro-

34 Die vorliegenden quantitativen Analysen konnten aufgrund der dargelegten Herausforderungen bezüglich des Sampleumfangs, der Nutzung von Einzelvariablen anstatt von Indizes als Prädiktoren und der daraus resultierenden Begrenztheit der statistisch modellierbaren Komplexität (vgl. Kap. 6.4.1 zur quantitativen Auswertungsstrategie) Organisationen nicht so spezifisch berücksichtigen, wie es im Sinne des Erkenntnisinteresses wünschenswert wäre, beispielsweise im Sinne einer zusätzlichen dritten Ebene in den Mehrebenenmodellen (vgl. Kap. 9.2 zu den Limitationen der Studie). Bei Erwartungsstrukturen, die auf Organisationsebene sehr unterschiedlich gelagert sind, beispielsweise den rechtlichen Rahmenbedingungen oder den redaktionellen Linien, kommt dies besonders zum Tragen, weil hier ein pauschaler Einfluss (oder dessen Abwesenheit) diese unterschiedliche Ausgestaltung verschleiert. Sofern auf valide Art möglich, wird im Folgenden deshalb versucht, dies durch qualitative Befunde aufzufangen.

zent sind. »Keinen Einfluss« sprechen ihnen im Gegenzug mit 60 Prozent die weite Mehrheit der in privaten Medienunternehmen arbeitenden Journalist:innen zu, während dies beim ORF mit 1 Prozent eine kaum vorhandene Minderheit ist (vgl. WYSS 2002: 376).³⁵ Auch in den qualitativen Interviews kristallisiert sich heraus, inwiefern für öffentlich-rechtliche Journalist:innen der gesetzlich geregelte Rahmen »sozusagen im Hintergrund« mitschwingt bzw. »immer im Hinterkopf« (J24) ist. So beziehen sich die Journalist:innen des ORF – deren Berichterstattung signifikant unparteilicher ist, wie die Auswertung der Inhaltsanalyse ergeben hat (vgl. Kap. 7.1) – auf die gesetzlichen Grundlagen, wenn es um die Rahmenbedingungen der Genese ihrer Arbeiten geht: »[U]nsere Arbeit ist [...] durch sozusagen formale Niederschriften [geregelt], also es gibt das ORF-Gesetz, [...] im Rahmen dessen man sich natürlich bewegen kann« (J4). Dass dieser Rahmen »andere Spielarten« (J23) für die konkrete Berichterstattung impliziert, beziehen die befragten Journalist:innen konkret auf die Unparteilichkeit. So legt ein Radio-Journalist dar, er begreift sich »auch medienrechtlich [...] zur Objektivität verpflichtet, oder zum Bemühen um Objektivität«, und macht klar: »Das ORF-Gesetz verpflichtet uns zu unparteiischer Berichterstattung.« Auch eine TV-Kollegin (J3) meint, im Rahmen ihrer Arbeit für ein öffentlich-rechtliches Medienunternehmen kann es nicht darum gehen, »dass man gezielt schreibt gegen jemanden oder für ein bestimmtes Thema, ja, sondern dass man sozusagen die persönliche Betroffenheit da weglässt«.

Während der gesetzliche Rahmen für öffentlich-rechtliche Journalist:innen damit theoretisch *einschränkt*, was normativ möglich oder akzeptabel ist, wird er aber gleichzeitig auch als *ermöglichend* empfunden. Ein ORF-Redakteur (J4) begreift beispielsweise das Redakteursstatut des ORF, wie es auch gesetzlich geregelt ist (vgl. ORF-Gesetz 2022, § 33), als »eine Hilfe, weil dir niemand bei einem Beitrag reinreden darf«. Eine Kollegin (J18) sieht den Schlüssel zu Unabhängigkeit in der gesetzlich geregelten öffentlich-rechtlichen Finanzierung durch Gebühren, »weil es mir tatsächlich eine Unabhängigkeit nicht nur vorgaukelt, sondern die tatsächlich auch da ist«. Zudem schafft die marktunabhängige Finanzierung in der Wahrnehmung der öffentlich-rechtlichen Journalist:innen einen hand-

35 Ergänzende Auswertung, nicht in den Tabellen in Kapitel 6.2.3 zur Charakterisierung des Befragungssamples enthalten.

lungsprägenden Rahmen, weil die Arbeit für ein öffentlich-rechtliches Unternehmen »ein vergleichsweise sicherer Job [ist] und das macht in der Arbeit natürlich auch freier, das muss man ganz ehrlich sagen« (J23). *Normenorientiertes Handeln* im Einklang mit dem rechtlichen Rahmen und die »Erfüllung von Sollensvorgaben« – in diesem Fall die Realisierung einer unparteilicheren Berichterstattung als private Medien – erscheint den Journalist:innen damit auch erstrebenswert, weil sie im Gegenzug »in der sozialen Situation Erwartungssicherheit« (SCHIMANK 2016: 49) erlangen.

*Handlungsrelevanz des rechtlichen Rahmens in
Akteur:innenkonstellationen*

Der gesetzliche Rahmen ihres Handelns wird öffentlich-rechtlichen Journalist:innen einerseits in einem Prozess der professionellen Sozialisation in der Interaktion mit Vorgesetzten und Kolleg:innen vermittelt. Die Handlungsrelevanz von normativen Erwartungen kommt damit erst durch Akteur:innenkonstellationen zum Tragen. So gibt eine Journalistin (J3) an, »dass von Anfang an von den Vorgesetzten das gesagt wurde, man kann nicht [...] einfach nur eine Sicht transportieren«. Deshalb erscheint ihr es selbst »logisch, [...] dass man [...] versucht möglichst neutral zu sein, wenn es irgendwie geht«. Eine Kollegin (J18) denkt, dass es »völlig wurscht [ist], ob da ein Auftrag und der ORF-Stempel darunter ist oder sonst irgendwas – da geht's eigentlich mehr um die Menschen dahinter«. Auch wenn bzw. falls öffentlich-rechtliche Journalist:innen »nicht großartig das ORF-Gesetz kenne[n]« (J19), werden dessen handlungsrelevante Prinzipien »learning by doing« (J19) in das eigene professionelle Repertoire übernommen und so »gelebte Kultur« (J19). Durch den Prozess der Sozialisation werden der normative Zielhorizont und normenkonformes Handeln eng mit dem eigenen Selbstverständnis verschränkt. In direkter Konsequenz begreift beispielsweise eine TV-Redakteurin (J18), dass »mein persönlicher Auftrag, der ist sehr ähnlich dem, den man auch dem ORF auferlegt hat«. Ähnlich äußert sich ein Radiokollege, »mein persönliches Interesse, [...] deckt sich mit dem Interesse des ORF, [...] aber auch mit dem ORF-Gesetz« (J19). Durch die Vermittlung von Normen im Prozess professioneller Sozialisation kann normenkonformes Handeln damit auch zu *identitätsbehauptendem* Handeln werden.

Andererseits findet die Aushandlung des gesetzlichen Rahmens öffentlich-rechtlicher Medien auch mit externen Akteur:innen statt. Aufgrund der

zentralen Stellung des ORF in der Medienlandschaft und aufgrund seines öffentlich-rechtlichen Auftrags sehen sich dort tätige Journalist:innen mit besonderen Erwartungen konfrontiert. »Der ORF wird anders gesehen und bewertet oder kritischer gesehen und bewertet als jetzt andere Medien«, schließt beispielsweise ein Journalist (J4). Es sind unter anderem politische Parteien, die ihre Erwartungen nach medialer Aufmerksamkeit und einer unparteilichen Darstellung an öffentlich-rechtliche Medien richten und mit deren gesetzlichem Auftrag begründen. Gleichzeitig dient der gesetzliche Rahmen den Journalist:innen als Richtschnur, um sich in diesen Interaktionen abzusichern. So argumentiert ein öffentlich-rechtlicher Journalist (J7), »es wird Parteien geben, die den ORF dafür kritisieren, weil sie glauben, dass sie immer schlecht wegkommen. Wir [...] haben damit relativ wenig Probleme, wir versuchen das so zu machen, wie es, glaube ich, das Gesetz vorsieht«. Ähnlich äußert sich eine Kollegin (J24): »Kritik gibt es an unserer Arbeit natürlich von allen Seiten, aber wenn man dann im Hinterkopf hat, man hat diesen Auftrag und erfüllt den auch so gut es nur irgendwie geht, macht es das auch leichter seinen Kritikern und Kritikerinnen zu antworten.« Die abstrakte Struktur rechtlicher Rahmenbedingungen wird also nicht nur durch die interne Sozialisation handlungsleitend, sondern auch durch den Prozess der Aushandlung mit externen Akteur:innen, wo beide Seiten rechtliche Erwartungen als Untermauerung ihrer Position ins Feld führen können.

Entscheidend für die Handlungsrelevanz von normativen Erwartungen scheint weniger deren Kodifizierung, sondern der Modus der Aushandlung mit Bezugsgruppen zu sein. Im Umkehrschluss können Rechte und Gesetze nämlich auch *nicht* in ihrem intendierten normativen Sinne handlungsrelevant sein, *obwohl* formale Sanktionsmöglichkeiten bestehen. So legt ein Boulevardjournalist (J22) bezüglich einer seiner Arbeiten dar, es ist »wieder mal mit mir durchgegangen [...] und es ist auch eine Klage gekommen, die ich nicht gewinnen werde, weil das ist eindeutig ein Wertungsexzess gewesen«. Weil der rechtliche Rahmen für private Medienangebote wie dargelegt keine inhaltliche Einschränkung im engeren Sinne vorsieht, ist von Verletzungen von Persönlichkeitsrechten durch diese journalistischen Wertungen auszugehen. Obwohl hier eine formale Sanktion stattfinden kann bzw. wird, wird dies nicht zwingend als handlungsleitend empfunden: »Im Eifer des Gefechts schlägt man da natürlich manchmal über die Stränge, aber das war der gerechte Zorn, der mich da überkommen ist« (J22). Während der gesetzliche Rahmen des ORF nur durch den Möglichkeits-

raum seiner Durchsetzung als handlungsleitend empfunden wird, wird es die Übertretung des deutlich freieren gesetzlichen Rahmens im Boulevard nicht zwingend. Der Unterschied scheint darin begründet zu sein, welche Bedeutung interne und externe Bezugsgruppen Recht und Gesetz als Erwartungsstrukturen zuweisen. Auch wenn die Regressionsmodelle wie dargelegt nicht nach Medienorganisationen differenzieren, so steht dieser qualitative Befund in Einklang mit der wahrgenommenen Relevanz rechtlicher Rahmenbedingungen in der quantitativen Befragung und der inhaltsanalytisch dargelegten Unparteilichkeit der Berichterstattung.

Ähnlich lässt sich auch der ausbleibende Einfluss des Ehrenkodex des Österreichischen Presserats erklären, von dem wie theoretisch dargelegt ein die Unparteilichkeit sicherndes Potenzial ausgehen sollte. Einerseits stellt er eine relative Leerstelle in den retrospektiven Rekonstruktionen dar, die laut Leitfaden anhand der Relevanzsetzungen der Journalist:innen für den spezifischen Prozess der Genese des rekonstruierten Textes strukturiert waren und nicht nach den theoretischen Prämissen möglicherweise einflussreicher Strukturen. In diesen Relevanzzuschreibungen durch die Journalist:innen spielt der Presserat kaum eine Rolle. Ähnliches stellte Wyss (2002: 372) fest, in dessen Studie Journalist:innen die »Handlungsrelevanz dieser berufskulturellen Normen in Bezug auf die journalistische Qualitätssicherung in Frage« stellten. Andererseits deuten die wenigen Bezüge zum Presserat darauf hin, dass die Auslegungen, was die informellen Sanktionen durch den Presserat in Konstellationen mit anderen Akteur:innen bedeuten, stark divergieren. So erachtet eine Boulevardjournalistin (J14) eine Verurteilung durch den Presserat als »ein massives Problem«, denn »für meinen Namen und meinen Arbeitssinn bedeutet es einen Imageverlust und das stört mich« – gleichzeitig gibt sie aber an, »andere Kollegen tragen [...] sowas wie einen Orden vor sich her«. Im Fall des Presserats zeigt sich demnach eine klare Diskrepanz zwischen der starken abstrakten Zustimmung zu seiner Relevanz (vgl. Tab. 7 in Kap. 6.2.3) und seiner weitgehenden Bedeutungslosigkeit der der praktischen Aushandlung.

Journalistischer Interventionismus durch boulevardeske redaktionelle Linie

Abgesehen von rechtlichen Rahmenbedingungen hat in der quantitativen Analyse keine Erwartungsstruktur signifikanten Einfluss auf die Unparteilichkeit (vgl. Tab. 11). Dies muss jedoch kritisch reflektiert werden, da

wie dargelegt (vgl. Fußnote 33) quantitativ nur übergeordnete Einflüsse unabhängig von dem jeweiligen Medienoutlet berücksichtigt werden konnten, obwohl Erwartungsstrukturen gerade auf Organisationsebene divergieren. In der qualitativen Analyse kristallisieren sich demgegenüber redaktionelle Linien als klar handlungsleitende Strukturen für die Realisierung unparteilicher bzw. parteilicher Berichterstattung heraus. So sprechen sich die Boulevardjournalist:innen bei der Rekonstruktion ihrer Arbeiten konsistent für redaktionell begründete standpunktbezogene Praktiken aus, die zu einer kampagnenartigen Berichterstattung beitragen. So gibt eine Journalistin (J14) an, »wir haben schon ewig immer wieder Kampagnen mitgetragen«. Ein konkretes Beispiel dafür ist ein Volksbegehren, »wo wir als Zeitung von Vornhinein gesagt haben, das ist ein Volksbegehren, das wir unterstützen« (J14). Ein regional arbeitender Kollege (J12) legt bezüglich einer wirtschaftlichen Branche dar, »ja die [...] unterstützen wir momentan, wie soll ich sagen? Da sind wir momentan sehr stark auf der Seite dieser Gruppen«. Ein anderer Kollege (J15) pflichtet bei, es »gibt schon Themen, wo wir uns sicher klarer positionieren [...], sicher einen überwiegenden Anteil eher, also sozusagen positive Berichterstattung über die gehabt haben«. Je nach thematischem Fokus haben diese durch standpunktbezogene Berichterstattung realisierten ›Kampagnen‹ einen klaren gesellschaftspolitischen Impetus. Durch die Berichterstattung ist für Funktionsebenen »natürlich ein gewisser Druck da, weil wir natürlich groß blasen würden, wenn da nichts passiert. [...] Also das ist schon ein bisschen, wenn wir einen Schwerpunkt auf etwas legen, schon ein bisschen ein politisches Spiel« (J14). Ein solcher journalistischer Interventionismus kann dabei auch parteipolitische Logiken adressieren. So gibt eine Journalistin (J14) an, im Rahmen eines solchen Schwerpunkts »haben wir [eine Partei] dann natürlich auch hergewatscht«,³⁶ weil sie aus Sicht der Redaktion inkonsistent agiert hat.

Diese kampagnenartige Berichterstattung geht über den individuellen Handlungsspielraum der Boulevardjournalist:innen klar hinaus: »So eine Kampagne kann ich nicht selbst als Redakteurin starten« (J14). Vielmehr werden publizistisch-politische Ziele in internen Abstimmungsprozessen implizit vermittelt. So erklärt ein Journalist (J15), es »ist nicht so, dass jetzt sozusagen das E-Mail kommt, ›das ist zu machen‹, aber [...] es wird klar

36 Österreichisch umgangssprachlich für *eine Ohrfeige verpassen*.

vermittelt, welche Themen sind uns wichtig«. Ähnlich gibt eine Kollegin (J14) an, »man kriegt es irgendwie mit [...], das spürt man irgendwie einfach«. Trotz dieser eher diffusen Wahrnehmung, wie redaktionelle Linien für die Journalist:innen greifbar werden, werden von den Journalist:innen ihre Vorgesetzten und von leitenden Journalist:innen wiederum andere Führungskräfte als Quelle ausgemacht. Diese Vermittlung findet z. B. in Redaktionskonferenzen statt, je nach Medium »sehr oft auch mit unserem Herausgeber, der da dabei ist« (J17). Wenngleich die Journalist:innen keine explizite Handlungsaufforderung empfinden, ist ihnen der publizistische Zielhorizont klar und es gibt für sie wenig Anlass, diesen infrage zu stellen.

Um Interferenzen zwischen diesen redaktionellen publizistisch-politischen Zielen und den Deutungsstrukturen der Journalist:innen bzw. anderen normativen Erwartungsstrukturen zu vermeiden bzw. mit ihnen umzugehen, zeigen sich in den qualitativen Interviews verschiedene innerredaktionelle Strategien. Eine besteht darin, die von einzelnen Journalist:innen realisierte Berichterstattung so mit redaktionellen Zielen zu *koordinieren*, dass sie möglichst kongruent mit deren Deutungsstrukturen sind. Eine Abgrenzbarkeit zwischen professionellem und individuellem »Wollen« weicht dabei auf. So erklärt eine Journalistin (J14), dass sie gar nicht in die »Lage kommen würde, dass ich da jeden Monat über etwas berichte, hinter dem ich gar nicht stehe«, denn »der Chefredakteur kennt ja seine Redakteure, wie die ticken und [...] hat ja einen Riesenpool an Redakteuren zur Auswahl«, um eine möglichst starke Kongruenz zwischen redaktioneller Linie und dem »Wollen« der Journalist:innen herzustellen. Scheitert dies, so »wäre [das] ein Führungsfehler, von dem ich nicht wüsste, dass der schon jemals passiert ist«. Agieren Journalist:innen wiederum in Übereinstimmung mit organisationalen Erwartungen, so wird ihnen im Boulevard ein redaktioneller Freiraum gewährt, der sich hinsichtlich journalistischer Wertungen von anderen Mediensektoren unterscheidet. So sagt eine Boulevardjournalistin (J10) über einen Kollegen, »der darf auch Sachen schreiben, wo viele sagen, das geht jetzt überhaupt nicht [...], ich finde auch, dass er manchmal Grenzen überschreitet, aber [das Medienhaus] ist eben bekannt dafür, dass auch so was möglich sein muss«. Redaktionelle Linien werden hier also zu einer Handeln *ermöglichenden* Struktur – jedoch in Hinblick auf repräsentativ-demokratische Ideale im *anormativen* Sinne.

Darüber hinaus liefern diese Medienhäuser ihren Journalist:innen alternative normative Deutungsangebote, die sie als Beitrag zu einem gesellschaftlichen Gemeinwohl heranziehen können. Das kann beispielsweise

das soziale Engagement einer Medienorganisation sein – »kein Problem ist uns zu klein, dass es nicht gelöst werden könnte, also wir [...] helfen da wirklich ganz, ganz, ganz vielen Leuten« (J10) – oder eine andere Art des gesellschaftlichen Engagements, die »eine gute Sache ist, so wie Tierschutz« (J14), auf die sich die Journalist:innen in den Interview beziehen. Dabei stellt die redaktionelle Linie im Boulevard eine Struktur dar, die als Abgrenzungsmerkmal gegenüber anderen Medientypen herangezogen wird. Boulevardjournalist:innen streichen hervor, dass »natürlich ein ganz anderer Anspruch und ganz eine andere Herangehensweise« (J15) in boulevardesken Medien herrscht. Diese sind »auch bei einer politischen Berichterstattung ziemlich klar zu erkennen« (J17). Sie betonen dabei nicht nur die Unterschiede gegenüber anderen Medien, sondern auch die Gemeinsamkeiten untereinander. Eine Boulevardjournalistin (J10) gibt an, dass sie sich »ich würde nicht sagen [dieser] Familie, aber [...] diesem Team [...] so verbunden« fühlt. Ein anderer spricht explizit von einer »Familie« (J17). Zusammenfassend besteht also trotz des mit methodischen Problemen behafteten ausbleibenden quantitativen Einflusses von Blattlinien aufgrund der dargelegten qualitativen Befunde wenig Zweifel daran, dass die signifikant niedrigere Unparteilichkeit in den Boulevardmedien entscheidend durch deren redaktionelle Linie mitverursacht ist.

7.1.4 *Aushandlung von Unparteilichkeit in Konstellationsstrukturen*

Auch für den Einfluss aus Konstellationen mit den Bezugsgruppen von Journalist:innen auf Unparteilichkeit wurden generalisierte lineare gemischte Modelle berechnet (vgl. Tab. 12). Dabei wurde der empfundene Einfluss von Eigentümer:innen, Vorgesetzten und Kolleg:innen als interne sowie von Politiker:innen, Beamt:innen und Interessengruppen als externe Bezugsgruppen als Prädiktoren verwendet. Zusätzlich wurde der empfundene Einfluss abstrakter Einflussgrößen, die wie theoretisch argumentiert mehrheitlich aus Konstellationsstrukturen hervorgehen, diesen aber in der Wahrnehmung der Journalist:innen nicht mehr zwingend zugeordnet werden können, berücksichtigt. Als Prädiktoren fungieren hier werbliche Überlegungen, Profiterwartungen, Ressourcen und Zeit sowie die inhaltliche Autonomie. Wie Tabelle 12 zeigt, erweist sich jedoch keiner der untersuchten Prädiktoren als signifikant.

TABELLE 12

Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die Unparteilichkeit politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,828	0,224	0,401
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,981†	0,011	0,070
Einfluss von Akteur:innen			
Eigentümer:innen des Medienbetriebs	0,948	0,150	0,725
Vorgesetzte und leitende Redakteur:innen	1,009	0,144	0,950
Kolleg:innen im Unternehmen	1,028	0,145	0,849
Politiker:innen	0,883	0,180	0,491
Beamt:innen in Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen	0,717†	0,196	0,090
Interessengruppen wie NGOs und NPOs und politische Bewegungen	1,165	0,190	0,424
Abstrakte Einflüsse			
Überlegungen in Bezug auf Werbung	0,805	0,206	0,295
Profterwartungen ihres Betriebes	1,247	0,137	0,108
Verfügbarkeit von Ressourcen für die Berichterstattung	1,003	0,115	0,979
zeitlicher Druck	1,154	0,126	0,255
Autonomie			
Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Betonung von Aspekten einer Geschichte	1,367	0,198	0,115
R ² (korrigiert) ¹	8,3% - 9,2%		

Anmerkung: n=676 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹ Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

Als lediglich signifikant auf einem Signifikanzniveau von 10 Prozent erweist sich der empfundene Einfluss von Beamt:innen. Die Stärke des empfundenen Einflusses von Beamt:innen hängt negativ mit der Unparteilichkeit der Berichterstattung zusammen. Je stärker Journalist:innen denken, dass ihre journalistische Arbeit von Beamt:innen in Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen abhängt, desto höher ist die Chance, dass in ihren Arbeiten journalistische Wertungen vorkommen. Auch wenn dieser Zusammenhang das gängigen Konventionen entsprechende Signifikanzniveau verfehlt, lässt er sich deskriptiv nachzeichnen:

Die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, die »keinen Einfluss«³⁷ durch Beam:innen in Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen wahrnehmen, sind zu 76 Prozent vollständig unparteilich, während bei jenen Journalist:innen, die einen solchen Einfluss jedenfalls grundsätzlich wahrnehmen, 63 Prozent der Beiträge wertfrei sind. Gleichzeitig wird dem Einfluss von Beam:innen jedoch wenig Stellenwert beigemessen: 56 Prozent der Journalist:innen nehmen gar keinen Einfluss wahr – nur 1 Prozent halten die Beam:innen für »sehr« oder »extrem« einflussreich (vgl. Tab. 7 in Kap. 6.2.3). In den retrospektiven Rekonstruktionen finden sich lediglich vereinzelte Hinweise auf einen Einfluss von Beam:innen auf die Unparteilichkeit der Berichterstattung. So beschreibt ein Regionaljournalist (J15) den zentralen Stellenwert einer Quelle aus einem mit einem Landesamt verbundenen öffentlichen Unternehmen für den Rechercheprozess eines standpunktbezogenen Artikels. Diese Interaktion begründet er mit dem inhaltlichen Wissen seiner Quelle, dass dieser Ansprechpartner, »also [...] nicht politisch zuständig ist, aber das Operative macht und die Details kennt«. Ähnlich beschreibt eine Journalistin (J14), dass Beam:innen als Teil des eigenen Netzwerks mit entscheidend für die Bearbeitung bestimmter Themen sind: »Wenn du [...] einfach gute Kontakte in diesen Bereich oder in diesem Ministerium [hast] [...], dann ist es klar, dass du diejenige Redakteurin bist, die mehr zum Thema [...] schreibt«. Die quantitativen Daten deuten also eine Verbindung zwischen der Interaktion zwischen Journalist:innen und Beam:innen, beispielsweise in Ministerien, und der Tonalität der Berichterstattung an, wie sie durch die qualitativen Daten zumindest plausibel erscheint. Ein belastbarer Nachweis erfordert aber eine über diese Daten hinausgehende, tiefergehende Auseinandersetzung.

Routinierter Umgang mit politischen Interventionen

Politiker:innen stellen eine Bezugsgruppe von Journalist:innen dar, bei denen von einem klaren Interesse an Berichterstattung mit einer ihnen oder ihrer Partei gegenüber positiven Tonalität auszugehen ist. Dennoch zeigen die quantitativen Modelle keinen signifikanten Einfluss auf die Unparteilichkeit (vgl. Tab. 12) – obwohl in der vorliegenden Studie mit knapp

37 Aufgrund erwartbar deutlich unterschiedlicher Verteilungen (vgl. Kap. 6.2.3) mussten die Skalen der Befragung für die deskriptive Illustration unterschiedlich dichotomisiert werden.

5 Prozent der Journalist:innen, die Politiker:innen einen »extrem« oder »sehr starken« Einfluss zusprechen, ein stärkerer Einfluss wahrgenommen wird, als in früheren Befragungen (vgl. Tab. 7 in Kap. 6.2.3). Die qualitative Teilstudie liefert zwei mögliche Erklärungen für den ausbleibenden Einfluss. Zum einen legen Journalist:innen, je nach Medium, Position und thematischem Fokus, einen mitunter sehr routinierten Umgang mit Interventionen von Politiker:innen oder ihren Sprecher:innen an den Tag. Dass derartige Versuche unternommen werden, ist für die Journalist:innen Teil ihrer Berufspraxis. So bezeichnet es eine öffentlich-rechtliche Journalistin (J3) als »natürlich«, dass Pressesprecher:innen im direkten Kontakt mit Journalist:innen »versuchen ihren Spin halt auch rüberzubringen«. Ähnlich gibt eine Boulevardjournalistin (J14) an, »jede politische Partei hat ja so [ihre] Interessen« und es kommt vor, dass ihres Erachtens von Parteien lancierte Themen »reine Anpatzgeschichten³⁸ sind, aber einem ganz anders verkauft [werden], als eigentlich die echte Geschichte dahinter ist«.

Eben *weil* solche Versuche routiniert erlebt werden, wird es auch als Routine erlebt, sich diesen Praktiken entweder in der direkten Aushandlung oder in weiterer Folge beim Verfassen oder Produzieren der Berichterstattung zu verwehren. Dass sich Journalist:innen dabei auf ihren professionellen Hintergrund beziehen können, unterstützt diesen Prozess. So begründet es eine Journalistin (J3) mit ihrer professionellen Erfahrung, dass sie Versuche der Einflussnahme »schon seit echt fast [einer zweistelligen Zahl an] Jahren« kennt und deshalb, wenn nötig, sagt »Stopp, ich weiß eh, [...] ich kenne dann das, was dann kommen wird«. Das Wissen um Einflussversuche führt in diesem Sinne auch dazu, dass die Berichterstattung gezielt anders realisiert werden kann, als politische Akteur:innen in der Interaktion mit Journalist:innen dies implizieren. Aufgrund versuchter Einflussversuche lässt beispielsweise eine Journalistin (J14) nicht nur »Geschichten öfter ein bisschen liegen, damit ich sie gescheit ausrecherchieren kann«, sondern »oft schreibe ich das Thema ganz anders, als es mir eigentlich verkauft wurde«. Ähnlich erklärt ein Kollege (J17) in Bezug auf die Darstellungslogik eines rekonstruierten Textes, primär »Politiker mit Zitaten vorkommen lassen«, wäre für ihn nicht denkbar, denn »dann gibt's keine Facts mehr in der Geschichte, dann gibt's wieder nur einen Spin«.

38 Österreichisch umgangssprachlich für *beschmutzen*, *verleumden*. Gemeint sind »Geschichten«, die politische Gegner:innen in einem schlechten Licht erscheinen lassen.

Der zweite Grund, warum sich der Einfluss von Politiker:innen – zumindest systematisch und in der Breite – nicht auf die Unparteilichkeit auswirkt, kann in einem strategischen Kalkül im Umgang mit Politiker:innen begründet liegen. Journalist:innen realisieren eine möglichst unparteiliche Berichterstattung, um als Ansprechpersonen für Politiker:innen aller Parteien offenzubleiben. Eine Boulevardjournalistin bringt diese Idee auf den Punkt:

»Also ich denke mir, wenn man sehr stark meinungsgetrieben schreibt, gerade im Politikjournalismus, dann wird man vielleicht nur mehr von einer bestimmten Seite mit Informationen beliefert [...]. Wenn meine politische Haltung rechts wäre zum Beispiel und ich schreibe nur Geschichten, die sehr rechtslastig sind, dann werden nur Geschichten von der FPÖ zum Beispiel kommen, und das möchte ich halt nicht. Weil, warum sollten die Grünen mit mir reden oder die SPÖ, wenn ich punziert bin, dass ich halt eher rechts bin. Und umgekehrt, ich will auch nicht die Punzierung³⁹ haben, dass ich links bin, weil dann redet halt die ÖVP und die FPÖ nicht mehr mit mir. Also ich versuche so zu schreiben, dass alle Parteien mit mir reden und nicht so einen Stempel darauf haben, weil das bringt dann früher oder später eine Abhängigkeit von einer Richtung, die man vermeiden möchte. Also ich zumindest« (J14).

Ähnlich formuliert ein Kollege (J22) die Sorge, dass im Falle einer zu standpunktbezogenen Berichterstattung »Manche gleich dann gar nicht mehr mit mir reden«. Eine öffentlich-rechtliche Journalistin (J23) möchte durch die Unparteilichkeit ihrer Berichterstattung im Gegenzug auch »niemandem etwas schuldig« sein und durch diese Unabhängigkeit »eben dann auch da jemandem sagen zu können, ich kann oder möchte darüber nicht berichten«. Damit realisieren Journalist:innen unparteiliche Berichterstattung nicht nur in einem normenkonformen Sinne, wo sie im Sinne des Homo Sociologicus handeln, sondern auch nutzenkalkulierend, wie es dem Homo Oeconomicus entspricht. Die strategische Offenheit gegenüber Quellen verschiedenster politischer Couleur ist dabei ein Balanceakt, weil sie auch von der Befürchtung seitens der Journalist:innen begleitet ist, durch politische Akteur:innen illegitime Sanktionen zu erfahren. So begründet die zitierte öffentlich-rechtliche Journalistin (J23) einen wertneutralen journalistischen Beitrag damit, dass sie »besonders heikle Geschichten« auch besonders wertneutral anlegt, damit ihr nicht »nacher jemand einen Strick dreht [...] und meint, ich hätte einen politischen Bias

39 Österreichisch umgangssprachlich für *Vorurteil, Stigmatisierung*.

gehabt«. Obwohl eine solche Dynamik mitunter auch konstruktiv erlebt wird – »ich meine das wirklich positiv als Korrektiv, als wichtiges Korrektiv in der Qualität des Journalismus« (J5) –, so besteht dennoch die Gefahr, in Richtung einer Selbstzensur zu wirken.

Aufweichen der Unparteilichkeitsmaxime durch politische Kultur

Auch wenn Politiker:innen durch diese beiden skizzierten Dynamiken keinen direkten Einfluss auf die Standpunktbezogenheit der Berichterstattung zu nehmen scheinen, so stellen sie sich in den qualitativen Interviews nicht als einflusslose Größe dar. Es zeichnet sich hier vielmehr eine weitere Dynamik ab, wie Politiker:innen vor allem den Prozess der Umsetzung einer unparteilich intendierten Berichterstattung mitprägen. So stehen Journalist:innen vor Herausforderungen, wenn sie eine neutrale Vermittlungsrolle einnehmen sollen und/oder wollen, politische Akteur:innen jedoch demokratische Werte und Prozesse mitunter nicht oder nur unzureichend anerkennen. So erklärt beispielsweise ein Politikjournalist (J8) eine wertende Passage über Donald Trump damit, dass er in diesem Fall eine reine deskriptive Vermittlung der Geschehnisse für nicht mit seinem professionellen Selbstverständnis vereinbar hält. Er erkennt an, dass sein Text »sicher keine rein berichtende Form« aufweist, sondern »natürlich eine Bewertung« enthält, die er sich aber »erlaube in dem Fall«. Als Grund dafür ortet er »das Problem, wenn man das im >xy sagt und yz sagt«-Stil erklärt, dass man dann bei einem Mittelpunkt landet, der einfach [...] den Tatsachen so nicht entspricht«. Um eine derartige *False Balance* (vgl. PRINZING 2023) zu vermeiden, entscheidet er sich für eine journalistische Wertung, die dem Gesagten widerspricht. Nachdem das mit seinem professionellen Rollenverständnis eigentlich nicht zu vereinbaren ist, bezieht er sich als handlungsleitende Richtschnur auf das, was er als demokratischen Konsens empfindet: »Es wäre eine unfaire Art die Wahl zu gewinnen nach Sicht der us-Demokratie der letzten 150 Jahre wahrscheinlich«, führt er an. Er hält seinen im Text angedeuteten wertenden Standpunkt »vor dem Hintergrund, was Beobachter, die Trump nicht kennen, vor zehn Jahren mit Blick auf die us-Geschichte gesagt hätten, [für] ganz sicher eine Einordnung [...], die von 99 Prozent geteilt würde«. Wenn Journalist:innen die Umsetzung der Unparteilichkeitsnorm aufgrund der Verletzung von demokratischen Normen durch ihre Berichterstattungsobjekte nicht mehr möglich scheint, können sie in dieser Logik auf Suche nach als legitim

empfundenen Orientierungspunkten das heranziehen, was sie als demokratischen Konsens wahrnehmen.

Im österreichischen Kontext trifft dieses Dilemma auch auf den Umgang mit rechten Parteien wie der FPÖ zu, die zum Zeitpunkt der Inhaltsanalyse in einer Regierungskoalition mit der konservativen ÖVP war, und welche die politikwissenschaftliche Forschung als ›rechtspopulistisch‹ (vgl. HEINISCH 2004: 257) bis ›rechtsextrem‹ (vgl. WEIDINGER 2021: 261) bezeichnet. Im Fall der FPÖ argumentiert ein Regionaljournalist (J15), dass wenn es »ein Statement gibt, das nach meiner persönlichen Meinung, vielleicht grenzüberschreitend, vielleicht verhetzend oder so [ist], dass man das nicht nur neutral sagt ›FPÖ-Funktionär blablabla sagt‹, sondern das sozusagen irgendwie schon auch so [...] kritisiert«. Eine solche Grenze sieht er »zum Beispiel ganz klar da, wo es darum geht, [...] gegen Gruppen zu hetzen«. Ähnlich äußert sich eine öffentlich-rechtliche Journalistin (J18), die eine wertende Bezeichnung in einer ihrer Arbeiten als noch »im Rahmen« empfindet, weil es das Agieren der FPÖ in ihren Augen »ganz objektiv gesehen« treffend beschreibt. Wenn demokratische Grenzen überschritten werden, beispielsweise Äußerungen »ins Rassistische usw. gehen [...], etwa, wenn von einer rechten Partei irgendein Ruf rausgeht und drei, vier, fünf Pressemitteilungen nach einem Mord etwa kommen, ›Ausländer raus, die gehören abgeschoben!‹«, wie ein Journalist (J16) anführt, geben Journalist:innen an, vor der grundsätzlichen Frage zu stehen, »diesen Personen [...] eine Plattform bieten« zu wollen. Journalistische Wertungen werden hier als Mittel gesehen, einer journalistischen Vermittlungsfunktion nachzukommen und eine politische Öffentlichkeit herzustellen, gleichzeitig aber demokratische Grenzüberschreitungen und damit verbundene Verschiebungen politischer Kultur nicht als konsensual darzustellen. Die Frage, wann diese Grenzen überschritten sind, wird dabei als komplex und dilemmatisch empfunden. Exemplarisch eine Journalistin (J24): »Dieses viel zitierte, sich mit keiner Sache gemein zu machen«, ⁴⁰ da ist schon was dran [...]. Ich kann es nachvollziehen, aber ich kann auch die Kritik daran nachvollziehen, weil wer definiert, was eine gute Sache ist?«

40 Vgl. das Zitat »Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten Sache« des deutschen Journalisten Hanns Joachim Friedrichs, dessen Ursprung und Auslegung nicht unumstritten ist (JUNGBLUTH 2021).

Ein ähnliches Dilemma legt ein Journalist (J19) bezüglich einer Arbeit zum Thema Covid-19 offen, bei der er einerseits Öffentlichkeit für eine Vielfalt der Perspektiven herstellen möchte, aber bei der Berichterstattung über umstrittene Figuren des damaligen öffentlichen Geschehens leichte journalistische Wertungen einfließen lässt, um andererseits eine *False Balance* zu vermeiden: »Das ist nicht leicht natürlich, weil wenn ich nur wiedergebe, was die sagen dort, ist es viel leichter.« Als Richtschnur versucht er sich daran zu orientieren, »was in unserer Demokratie, in unserer westlichen Demokratie, sozusagen Norm ist – und da gibt’s halt bei Corona keine eindeutige Norm, aber es gibt sozusagen eine Bandbreite, in der wir uns irgendwie bewegen«. Auch wenn hier nicht demokratische Normen durch Politiker:innen *verschoben* werden, wie zuvor thematisiert, so verdeutlicht es doch, dass es Journalist:innen in einem Umfeld, wo noch keine kollektiv geteilten demokratischen Normen *existieren*, als unzureichend empfinden können, einer neutralen Vermittlungsleistung nachzukommen.

7.1.5 *Zwischenfazit: relative journalistische Resilienz bei anhaltender Verschiebung kulturell-professioneller Grenzen*

Journalistische Unparteilichkeit wird in der vorliegenden Studie als Nachrichtenqualitätsstandard in einem repräsentativen Demokratieverständnis verstanden, in dem Journalismus wertfrei zwischen politischen Funktionsebenen und Bürger:innen vermitteln und vor allem Letzteren zu einer wohlüberlegten Wahlentscheidung verhelfen sollte. Wie die Inhaltsanalysedaten zeigen, kommt der österreichische Journalismus dem vergleichsweise stark nach und die Mehrheit der Berichterstattung ist frei von journalistischen Wertungen. Im Vergleich der Medienangebote zeigen sich vor allem die Angebote des ORF als öffentlich-rechtlichem Anbieter in hohem Maße unparteilich, während die Berichterstattung der Boulevardmedien verstärkt journalistische Wertungen einfließen lässt. Zur Beantwortung der Forschungsfragen, welche gemäß FF1a nach Einflüssen auf Unparteilichkeit und, daran anschließend, gemäß FF3a nach Dynamiken von deren journalistischer Aushandlung fragen, wurden zunächst getrennte Regressionsmodelle für die Erklärung von Unparteilichkeit in der Berichterstattung durch journalistische Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen berechnet. Sie können insbesondere zeigen, wie sich die Faktoren

innerhalb einer Struktur als Prädiktoren gegenseitig kontrollieren. Werden alle Faktoren in ein gemeinsames Modell übernommen (vgl. Tab. 35 in Anhang I) – wo wie dargelegt aus statistischen Gründen die p-Werte nicht interpretiert werden (vgl. Kap. 6.4.1) –, bleiben die Effektstärken der in den Einzelmodellen identifizierten Prädiktoren relativ konstant. Es kann also davon ausgegangen werden, dass sie auch im Zusammenspiel systematischen Einfluss auf die Unparteilichkeit besitzen.

Hinsichtlich des ›Wollens‹ von Journalist:innen besteht ein signifikant positiver Zusammenhang zwischen dem Anspruch, Informationen zu vermitteln, die Menschen zu politischen Entscheidungen befähigen, und der Unparteilichkeit ihrer Berichterstattung. Auch in den Interviews bildet sich analog ein hohes Verantwortungsgefühl für öffentliche Meinungsbildungsprozesse, aber auch eine generell tiefe Verwurzelung eines Unparteilichkeitsstrebens in journalistischen Rollenorientierungen ab. Eigene politische Ansichten treten den professionellen Intentionen gegenüber weitgehend in den Hintergrund, was bisher vor allem bezüglich der politischen Orientierung von Journalist:innen nicht empirisch bestätigt wurde. Bezüglich des ›Sollens‹ lässt sich ein signifikant positiver Einfluss von rechtlichen Rahmenbedingungen zeigen, welche in Österreich primär den ORF als öffentlich-rechtliches Medium adressieren, der ungleich stärker gesetzlichen Anforderungen unterworfen ist. Das ORF-Gesetz wird einerseits durch interne Sozialisation vermittelt. Andererseits bleibt es deshalb keine ›tote‹ Struktur, sondern wird für Journalist:innen handlungsleitend, weil dessen Bezug zur Unparteilichkeitsnorm in der Interaktion mit externen Bezugsgruppen ausgehandelt wird. Der Ehrenkodex des Österreichischen Presserats besitzt keinen signifikanten Einfluss. Er spielt analog aber auch in den Aushandlungsprozessen zwischen Journalist:innen und ihren Bezugsgruppen kaum eine Rolle. Die quantitativen Befunde, welche die Organisationsebene statistisch nicht berücksichtigen (können), weisen zwar keinen Einfluss der Blattlinie nach. Angesichts des Umstands, dass Boulevardjournalist:innen offen über politische »Kampagnen« ihrer Medien sprechen – und Boulevardangebote signifikant parteilicher berichten – bleibt jedoch kein Zweifel an der Validität des qualitativen Befunds, dass boulevardeske Blattlinien die Unparteilichkeit der Berichterstattung beeinflussen.

Hinsichtlich des ›Könnens‹, also des expliziten Einflusses von internen und externen Bezugsgruppen, zeichnet sich lediglich ein annähernd signifikanter Einfluss von Beamt:innen auf die Unparteilichkeit ab. Durch

ihre sachliche Expertise sind sie relevante Ansprechpersonen für Hintergrundinformationen und es scheint die Gefahr zu bestehen, dass durch diese Kontakte auch Standpunkte in die Berichterstattung einfließen. Der Zusammenhang ist jedoch statistisch nicht abgesichert und bildet sich auch qualitativ nur in Andeutungen ab. Entgegen der Erwartung beeinflussen Politiker:innen die Unparteilichkeit der konkreten Berichterstattung jedenfalls unmittelbar nicht systematisch. Die qualitative Teilstudie macht zwei Gründe dafür aus. Zum einen existieren explizite Einflussversuche zwar, sie sind aber ein bekannter Teil der Aushandlungsprozesse zwischen Journalist:innen und Politiker:innen in Österreich geworden, sodass Journalist:innen sich diesen Versuchen routiniert und in Bezug auf ihre professionelle Rolle entziehen können. Sie weisen demnach eine relative Resilienz gegenüber expliziter Beeinflussung auf. Über dieses rollen- und normenkonforme Handeln hinaus gibt es für Journalist:innen jedoch auch eine nutzenmaximierende Motivation, unparteilich zu berichten. Sie sehen Unparteilichkeit als eine Strategie, um für Quellen verschiedener politischer Couleur als Ansprechpartner:innen relevant zu bleiben.

Damit bleiben politische Akteur:innen jedoch keinesfalls komplett einflusslos gegenüber der Unparteilichkeit journalistischer Berichterstattung. Österreichische Journalist:innen empfinden es als zunehmende Herausforderung, unparteilich über Funktionseiliten zu berichten, die sich selbst nicht an demokratische ›Spielregeln‹ halten. Dass dies der Fall ist, belegt der eingangs zitierte Abfall Österreichs von einer vollumfänglichen Demokratie zu einer ›Wahldemokratie‹, in der Bürger:innen nicht verlässlich mit der transparenten politischen Durchsetzung von Rechten und Gesetzen rechnen können (vgl. V-DEM INSTITUTE 2022). Journalist:innen sind in einem Dilemma, Öffentlichkeit für die Standpunkte demokratisch legitimierter Funktionseiliten herstellen zu wollen (und zu sollen), gleichzeitig aber über den Abbau demokratischer Prinzipien nicht wertneutral berichten zu wollen. Sie begegnen einer solchen Verschiebung kulturell-professioneller Grenzen – also dem Umstand, dass der »Social Contract Between Democracy and Journalism« (STRÖMBÄCK 2005: 332) teilweise einseitig von politischer Seite aufgekündigt wird –, indem sie journalistische Wertungen einfließen lassen, von denen sie glauben, dass sie einem demokratischen Konsens bzw. demokratischen Prinzipien entsprechen. Empirisch bleibt fraglich, inwiefern Journalist:innen unter diesen Umständen ihre auf Unparteilichkeit ausgelegten Deutungsstrukturen aufrechterhalten und Diskrepanzen zwischen professionellen Rollen und

tatsächlicher Performanz hinnehmen, oder ob und wann diese Dynamiken Rollenverständnisse an sich verändern.

Theoretisch bleibt die Frage, welche Rolle Journalismus in einem repräsentativen Verständnis einnehmen sollte, wenn gewählte Repräsentant:innen demokratische Prinzipien aushöhlen und die demokratische Gewaltenteilung nicht mehr ausreichend in der Lage ist, dies zu kontrollieren. Zwar wird auch in einem repräsentativen Verständnis die Legitimität eines kontrollierenden Watchdog-Journalismus angeführt (vgl. STRÖMBÄCK 2005: 341). Fraglich ist aber, ob dies punktuell in einer ›Ära des Postfaktischen‹ (vgl. MCNAIR 2017) ausreichend ist. Darauf gibt es keine abschließende Antwort. Die Journalist:innen dieser Studie versuchen sich auf ihren demokratischen ›Kompass‹ zu verlassen und demokratische Prinzipien als Richtschnur heranzuziehen, deren konsequente Umsetzung auch Wertungen in der Berichterstattung notwendig macht. Ähnlich plädieren Carlson, Robinson und Lewis (2021: 177) für eine »Moral Voice« im Journalismus, und dafür, dass Journalismus seine enge Kopplung an ein Objektivitätsideal aufgeben und andere Wege einschlagen muss, um gesellschaftliche Relevanz zu behalten. Einerseits sollte dabei die soziale Konstruktionsleistung hinter der Berichterstattung stärker offengelegt und andererseits die erkenntnistheoretische Perspektive des Journalismus stärker in einer gesellschaftlich geteilten als in einer begrenzten professionellen Moral begründet werden (vgl. CARLSON et al. 2021: 177ff.). Ob Bürger:innen in der Lage dazu sind, dies bei der Rezeption von journalistischer Berichterstattung entsprechend zu reflektieren – wie es allen demokratiefördernden Effekten vorausgeht –, bleibt jedoch eine offene Frage.

7.2 Diskursivität

7.2.1 *Diskursivität journalistischer Berichterstattung*

Bevor beantwortet wird, wie analog zur Unparteilichkeit der Berichterstattung deren *Diskursivität* journalistisch verhandelt wird, wird ein Überblick darüber gegeben, wie stark der österreichische Journalismus einer solchen, vom Ideal demokratischer Deliberation abgeleiteten Einordnungsleistung als Teil einer *diskursiven Nachrichtenqualität* (vgl. Tab. 1 in Kap. 2) überhaupt nachkommt. Für diesen Zweck wurde die durchschnittliche Diskursivität, die durch einen additiven Index mit Werten zwischen null

und sechs ausgedrückt wird (vgl. Kap. 6.1.2 zur Operationalisierung der inhaltsanalytischen Variablen), pro Medienoutlet berechnet (vgl. Tab. 13). Außerdem wurde der Index aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den anderen normativen professionellen Standards z-standardisiert (vgl. Kap. 7.1.1 für eine ausführlichere Erklärung). Wie für alle deskriptiven Analysen der Inhaltanalyse- und Daten wurden sie auch für diese Berechnungen gewichtet (vgl. Fußnote 30). Einfaktorielle Varianzanalysen zeigen, dass sich diese Mittelwerte zwischen den Outlets signifikant unterscheiden.

TABELLE 13

Diskursivität politischer Berichterstattung nach Medienoutlets

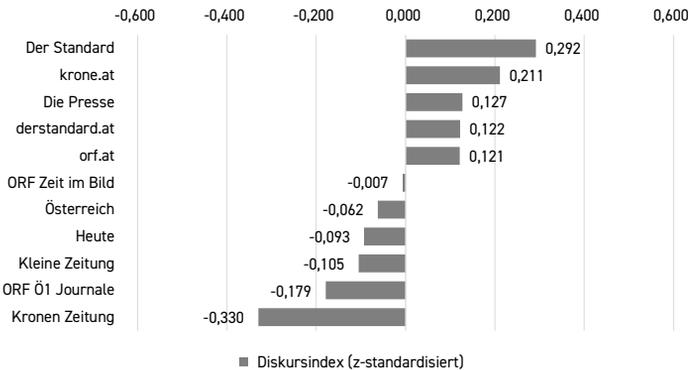
	Diskursivität			
	MW z-std.	SD	MW unstd.	n
ORF Zeit im Bild	-0,007	0,977	1,98	359
ORF Ö1 Journale	-0,179	0,906	1,73	80
Die Presse	0,127	1,043	2,18	381
Der Standard	0,292	1,072	2,42	356
Kronen Zeitung	-0,330	0,862	1,50	426
Kleine Zeitung	-0,105	1,028	1,83	407
Heute	-0,093	0,932	1,85	136
Österreich	-0,062	0,935	1,90	500
orf.at	0,121	1,033	2,17	535
derstandard.at	0,122	1,014	2,17	390
krone.at	0,211	1,046	2,30	426
Gesamt	0,000	1,000	1,99	3.996
<i>F (df1, df2)¹</i>	<i>F (10, 1094) = 13,467***</i>			

Anmerkung: Gesamt wurde auf Ebene der Medienoutlets anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und Grundgesamtheit gewichtet; ¹ Da aufgrund signifikanter Levene-Tests fehlende Varianzhomogenität angenommen werden musste, wurden basierend auf den z-standardisierten Mittelwerten Welch-Tests berechnet; *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001

Allgemein weist die journalistische Berichterstattung in Österreich nur ein niedriges Niveau der Diskursivität auf. Im Durchschnitt werden pro Beitrag lediglich zwei der sechs möglichen Diskurskomponenten, also z. B. das Aufzeigen von Gründen oder Folgen eines Nachrichtenereignisses, auch wirklich realisiert. Das Vermögen des österreichischen Journalismus, deliberative Diskurse multiperspektivisch zu begleiten, ist damit limitiert. Trotz der signifikanten Unterschiede zwischen den Outlets besteht im Vergleich nur relativ wenig Varianz. Das deckt sich mit einer rund

fünf Jahre älteren und methodisch weitgehend vergleichbaren Erhebung von Seethaler (2015: 65), der feststellt, dass in Österreich »die analytische Qualität eher schwach ausgeprägt ist« und die meisten Angebote Werte unter der Skalenmitte aufweisen. Die am stärksten diskursfördernden Nachrichtenangebote in der vorliegenden Studie (vgl. auch Abb. 7) stellen *Der Standard* mit durchschnittlich 2,4 Diskurskomponenten pro Beitrag, *krone.at* mit im Schnitt 2,3 Komponenten sowie *Die Presse*, *derstandard.at* und *orf.at* mit je einem Wert von 2,2 dar. Das Ende des Rankings bildet die *Kronen Zeitung* mit im Schnitt 1,5, die *Kleine Zeitung* mit 1,8 und die *Ö1 Journale* mit 1,7 Diskurskomponenten. Die *Zeit im Bild*-Formate des ORF ordnen sich in der Mitte ein.

ABBILDUNG 7
Diskursivität nach Medienoutlets



Anmerkung: n=3.996 Nachrichtenbeiträge

Im Vergleich der Medientypen weisen die überregionalen Tageszeitungen, im Einzelnen *Der Standard*, *derstandard.at* und *Die Presse*, analog wie digital die stärkste diskursive Einordnungsleistung auf. Das belegt deren Rolle als »Diskursforen« (SEETHALER 2015: 76; vgl. MAGIN et al. 2023: 11), repliziert Seethalers (2015: 66) Befund von »stärker diskursorientierten Prestigezeitungen« und bildet sich auch in einer (mit geringen Einschränkungen) vergleichbaren Analyse deutscher und Schweizer Nachrichtenangebote ab (vgl. STARK et al. 2021: 440). Insbesondere die führende Performanz von *krone.at* und die gleichzeitig schwächste Performanz der redaktionell getrennten *Kronen Zeitung* betonen jedoch, dass innerhalb desselben Ange-

botstyps, in diesem Fall der Boulevardpresse, offenbar redaktionspezifische Strukturen und Aushandlungsprozesse einflussreich sind, wenn es um diskursive Nachrichtenqualität geht. Innerhalb der öffentlich-rechtlichen Angebote weist *orf.at* als Online-Angebot ein deutlich stärker diskursförderndes Potenzial auf als die untersuchten Nachrichtenformate aus Radio und Fernsehen. Auch wenn dies durch das Ziel der audiovisuellen Angebote, in begrenzter Zeit einen kompakten Nachrichtenüberblick zu geben, erklärbar scheint (vgl. UDRIS et al. 2023: 78), unterstreicht es, »wie wichtig ergänzende Onlineangebote sind, die [...] tiefergehende Einordnung leisten können«, wie an anderer Stelle (vgl. STARK et al. 2021: 439) argumentiert. Im weiteren Vergleich der Medienkanäle besitzen die Online-Angebote, von *derstandard.at* abgesehen, eine höhere diskursive Qualität als ihre analogen Pendanten. Auch das repliziert Seethalers Diagnose einige Jahre zuvor (2015: 66), nach der die jeweilige »Internetversion stets eine etwas höhere Diskursqualität als die Print-Version aufweist«. Hier mag auch das online theoretisch unlimitierte Platzangebot eine Rolle spielen, das einer breiten Einordnungsleistung entgegenkommt. Ob diese Textmengen auch rezipiert werden, wie es selbstredend entscheidend für die möglichen positiven Effekte demokratiethoretisch fundierter Nachrichtenqualität ist, bleibt jedoch offen.

7.2.2 *Aushandlung von Diskursivität entlang von Deutungsstrukturen*

Welche Einflüsse und Dynamiken prägen die Diskursivität der Berichterstattung im österreichischen Journalismus? Darauf zielen die Forschungsfragen FF1b, welche systematisch einflussreiche Faktoren adressiert, und FF3b, welche die Formen der Einflussnahme und deren journalistische Aushandlung in den Blick nimmt, ab. In die zur Beantwortung aufgestellten Regressionsmodelle wurden zunächst die Items einbezogen, welche die für die Erklärung der Diskursivität relevanten Deutungsstrukturen von Journalist:innen abbilden (vgl. Tab. 14). Unter den journalistischen Rollenverständnissen wurden der Anspruch, Erklärungen, Hintergründe und Kontext zu Themen zur Verfügung zu stellen (vgl. HANITZSCH/VOS 2018: 153; KELLING/THOMAS 2018: 406), sowie das Ziel, aktuelles Geschehen einzuordnen und zu analysieren (vgl. HANITZSCH et al. 2019: 174; HANITZSCH/LAUERER 2019: 141), berücksichtigt. Zudem wurde aufgrund

der vergleichsweise hohen Bildungsbarriere für die Teilnahme an deliberativen Diskursen (vgl. EISENEGGER/UDRIS 2021: 96; MARTINSEN 2009: 51; SEETHALER/BEAUFORT 2017: 180), die Absicht, das Publikum zu bilden (vgl. HANITZSCH et al. 2019: 174; HANITZSCH/LAUERER 2019: 142) mit einbezogen. Innerhalb der politischen Einstellungen von Journalist:innen fungieren ein deliberatives Demokratieverständnis (Prozessdimension) und die politische Orientierung (von links nach rechts) als Prädiktoren.

Einordnungsleistung als journalistischer Anspruch

Wie Tabelle 14 zeigt, wirkt sich unter diesen Prädiktoren die Absicht von Journalist:innen, Erklärungen, Hintergründe und Kontext zu Themen zur Verfügung zu stellen – wie sie eng mit der inhaltsanalytischen Messung der Diskursivität korrespondiert –, signifikant positiv auf die diskursive Einordnungsleistung aus. Geben Journalist:innen beim Stellenwert dieser Rolle einen Skalenpunkt höher an, erwartet man eine positive Veränderung der Diskursivität von 0,5. Praktisch gesprochen bedeutet diese Veränderung – vergegenwärtigt man sich, dass die Diskursivität aus bis zu sechs kontextualisierenden Elementen besteht –, dass jeder zweite Beitrag eine Diskurskomponente mehr aufweist, also z. B. dass Journalist:innen auf die Folgen eines Ereignisses hinweisen, dessen kausale Ursachen offenlegen oder Entscheidungsbetroffene benennen. In der deskriptiven Betrachtung bedeutet das, dass die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche dieser Rolle »stark«⁴¹ zustimmen, im Schnitt eine Diskursivität von 2,3 aufweisen, während es bei den Journalist:innen, die dieser Rolle nur »eher« oder weniger stark zustimmen, ein Wert von 1,9 ist. Dem Rollenverständnis, Erklärungen, Hintergründe und Kontext zu Themen zur Verfügung zu stellen, stimmen insgesamt 96 Prozent aller befragten Journalist:innen »eher« oder »stark« zu. Sie nimmt unter den abgefragten Rollen damit mit den höchsten Stellenwert ein (vgl. Tab. 5 in Kap. 6.2.3).

41 Aufgrund erwartbar deutlich unterschiedlicher Verteilungen (vgl. Kap. 6.2.3) mussten die Skalen der Befragung für die deskriptive Illustration unterschiedlich dichotomisiert werden.

TABELLE 14

Einfluss von Deutungsstrukturen auf die Diskursivität politischer Berichterstattung

	β (unstd.)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,304	0,311	0,330
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	-0,018	0,014	0,188
Journalistisches Rollenverständnis			
Erklärungen, Hintergründe und Kontext zu Themen zur Verfügung zu stellen	0,503*	0,232	0,031
aktuelles Geschehen einzuordnen und zu analysieren	0,088	0,276	0,751
das Publikum zu bilden	0,031	0,143	0,830
Politische Einstellungen			
Deliberatives Demokratieverständnis (Prozess): politischen Entscheidungen ein breiter Diskurs in der Öffentlichkeit vorausgeht	-0,162	0,194	0,405
Politische Orientierung (rechts)	-0,080	0,110	0,470
R ² (korrigiert) ¹	12,8% - 13,1%		

Anmerkung: n=785 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

Dies spiegelt sich auch in den qualitativen retrospektiven Rekonstruktionen wider. Auch wenn die Diskursivität von Journalist:innen nicht zwingend als ein konsistentes Konstrukt mit spezifischen Teildimensionen aufgefasst wird, wie in der vorliegenden Studie konzipiert, so betonen die Befragten den Stellenwert der einzelnen Dimensionen als Ziel ihrer journalistischen Arbeit. Journalist:innen erkennen an, dass »keine politische Entscheidung ohne Kontext« (J23) geschieht, und zielen darauf ab, dies in ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen. Eine Art einer solchen *Kontextualisierung* ist das Aufzeigen nationalstaatlicher Kontexte. So argumentiert eine Journalistin (J10), »wenn Österreich sagt, das hat die Vorreiterrolle, dann bin ich natürlich gezwungen zu recherchieren«, wie der Vergleich zu anderen Ländern ausfällt, denn »diese Vergleiche und diese ja, die Einordnung ist wahnsinnig wichtig auch für die Leser«. Es kann aber auch ein geschichtlicher bzw. zeitgeschichtlicher Kontext sein, von dessen Berücksichtigung ein Printjournalist (J11) sagt, »ich weiß, das klingt jetzt etwas hochtrabend, [...] [aber] das gehört einfach zu einer tagesaktuellen Berichterstattung dazu«. Schließlich kann darunter auch ein organisationaler Kontext fallen, wobei ein Politikredakteur (J1) hinsichtlich eines

parteilich-politischen Themas argumentiert, die Frage »in welcher Verfassung die Partei ist [...] [kann] nicht losgelöst von Vorgeschichte, Nachgeschichte und dem, was hinter den Kulissen sich abspielt, sein«. Diese Beispiele eint, dass Journalist:innen Kontexte aufzeigen und Themen »in Relation setzen« (J15) wollen, um Berichterstattungsanlässe aus ihrer Sicht so zu vermitteln, dass sie möglichst umfassend verstanden werden können. In ähnlicher Weise begründen Journalist:innen die Wichtigkeit des Aufzeigens kausaler *Gründe* bzw. Ursachen. So legt z. B. eine Regionaljournalistin (J6) dar, »es geht ja nicht nur darum was ist, sondern auch warum es ist« – »nicht immer beschreibst du eine Genese in Form einer Chronologie, sondern oft beschreibst du sie anhand eines Zustandes und der Dinge, die dazu geführt haben«. Diese Logik beinhaltet auch das Aufzeigen von *Folgen*, denn es geht darum, »Ereignisse einzubinden in das Gesamtgeschehen: früher, jetzt und künftig« (J6). Auch von Folgen betroffene oder daran beteiligte Akteur:innen werden hier mitgedacht, denn es sollen »möglichst alle betroffenen Seiten, die irgendwie unter Auswirkungen zu leiden haben oder an Erfolgen beteiligt sind« (J5), in der Berichterstattung abgebildet werden.

Unter den in der vorliegenden Studie als Komponenten einer diskursiven Einordnungsleistung verstandenen Dimensionen nimmt das Aufzeigen *unterschiedlicher Bewertungen* einen besonderen Stellenwert in den Sinnstrukturen der Journalist:innen ein. Der Anspruch, »natürlich auch die Gegenseite zu Wort kommen zu lassen« (J4), erscheint in den qualitativen Rekonstruktionen als tief internalisierte Dimension und wird als »essenziell« (J13) begriffen. Begründet wird dies damit, dass die Berichterstattung »sonst [...] unausgewogen« (J7) wahrgenommen wird, »das ganze Bild« (J5) gezeigt werden soll und Journalist:innen »der Wahrheit, wenn man es so nennen kann, ein bisschen näher zu kommen« (J16) versuchen. Teilweise wird das Aufzeigen von unterschiedlichen Positionen als derart selbstverständlicher »journalistischer Grundsatz« (J22) verstanden, dass er in sich nicht subjektiv begründungswürdig erscheint. Dies hat Implikationen für den Rechercheprozess, wo Journalist:innen stark darauf abzielen, Akteur:innen mit unterschiedlichen Positionen zu einem Thema zu finden. Insbesondere die jeweilige Gegenseite soll »auch die Möglichkeit bekommen, sich dazu zu äußern« (J18). Scheitert dieser Versuch, die divergierenden Standpunkte konkreter Personen darzulegen, versuchen Journalist:innen vielfach jedenfalls »die Argumente, die dagegen oder dafür« (J3) sprechen, gegenüberzustellen. Trotz dieser tiefen Internalisierung des Aufzeigens unterschiedlicher Bewertungen werden auch Ar-

gumente dagegen angeführt. So werden die divergierenden Standpunkte konkreter Quellen als rhetorisches Konstrukt identifiziert, denn für eine mögliche »Gegenposition [...] wird sich sicher jemand finden« (J9), der sie vertritt. Das zwangsläufige Gegenüberstellen von mindestens zwei Seiten wird deshalb teilweise als Praxis, um »einen künstlichen Widerspruch aufzubauen [...] nach dieser alten Schule« (J2) bezeichnet. Insbesondere bei Themen mit empirischer Evidenz – bei denen die Gefahr einer *False Balance* besteht – wird dies problematisiert, wenn ein automatisches »Pro und Contra [...] inhaltlich keinen Sinn« (J21) macht.

Kontexte, Gründe, abweichende Bewertungen und Folgen zu Themen zur Verfügung zu stellen wird von den Journalist:innen als relevantes Ziel ihrer journalistischen Arbeit erachtet, weil sie damit versuchen, die Komplexität der sozialen und politischen Realität an ihr Publikum zu vermitteln. Das professionelle Ziel wird darin gesehen, »Kompliziertes und Komplexes verständlich zu machen« (J24), »Zusammenhänge zu erklären« (J20) und »dort, wo es komplex und kompliziert wird, [zu] übersetze[n]« (J5). Damit entsteht ein direkter Konnex zwischen einer diskursiven Einordnungsleistung und der *Verständlichkeit* der Berichterstattung, weshalb sie als eigene Qualitätsdimension begriffen wird (vgl. ARNOLD 2016; PÖTTKER 2000; VOIGT 2016). In diesem Sinne legt eine Journalistin (J24) dar, »je komplexer das Thema, desto stärker stelle ich mir die Frage, ist das, wüber ich berichte, auch verständlich«. Ähnlich begreift es eine Kollegin (J20) als Ziel ihrer Arbeit, »dass ich das so überbringe, dass etwas besser verständlich ist, auch komplexe Zusammenhänge«.

Initiierung von öffentlichen Diskursen über Einzelbeiträge hinweg

Über das Vermitteln komplexer Sachverhalte auf der Mikroebene hinaus zielen die Intentionen der Journalist:innen auch auf die Initiierung öffentlicher Diskurse über Themenkomplexe auf der Makroebene ab. Einzelne journalistische Beiträge werden als ein Teil eines breiteren Diskurses gesehen, der wiederum durch neue Berichterstattung erweitert und ergänzt wird. So argumentiert ein Journalist (J7), »also irgendjemand muss als erstes eine politische Idee mal ins Gespräch bringen – über das berichten wir«. Davon ausgehend begreift er die daran anknüpfende Berichterstattung als einen »permanenten Strom von Beiträgen, Geschichten und Informationen«. Diskurse können aber auch eigeninitiativ journalistisch angestoßen werden, indem Journalist:innen »mal so ein bisschen was in

die Diskussion werfen« (J9) und ein journalistischer Beitrag »einen Geschichtenkorridor öffnet« (J21), der mit weiteren Beiträgen fortgeführt wird. Diese Intentionen entsprechen sehr eng der Erwartung nach der Initiierung und Aufrechterhaltung öffentlicher Diskurse, welche ein deliberatives Demokratiemodell an Journalismus stellt. Ein Grund, warum die diskursive Einordnungsleistung in der Berichterstattung relativ niedrig ausfällt, obwohl Journalist:innen die dahinterstehenden Intentionen stark verfolgen, kann im Aggregations- bzw. Abstraktionsniveau begründet sein, auf das Journalist:innen dabei abzielen: Während sich die Konzeptualisierung von Nachrichtenqualität – nah an der Realität der Rezeption – auf Ebene der Einzelbeiträge bezieht und dementsprechend dort eine unmittelbare diskursive Einordnungsleistung erwartet, beziehen sich die Journalist:innen eher auf die *Gesamtheit* der Berichterstattung. Diese Gesamtheit der Berichterstattung kann sich beispielsweise auf Nachrichtensendungen beziehen, wo eine multiperspektivische Sicht auf ein Thema durch mehrere Beiträge, die »sozusagen aufbauend« (J4) aufeinander gestaltet werden, erreicht werden soll. Im Printbereich kann es sich z. B. auf die Gestaltung einer Blattseite als »eine Gesamtkomposition« (J21) beziehen, wo »ein Element in das andere übergreift« (J21). Zudem wird auf Ebene der Ausgaben von Tageszeitungen davon ausgegangen, dass sich unterschiedliche Perspektiven in verschiedenen Artikeln und anderen journalistischen Texten gegenseitig ergänzen (J1, J5).

Auf dem höchsten Aggregations- bzw. Abstraktionsniveau sehen Journalist:innen einzelne Beiträge »in der Gesamtzusammenschau« als Teil eines »Big Picture« (J20) der Gesamtberichterstattung zu einem Thema und erachten es damit auch nicht als zwingend notwendig, möglichst viele Komponenten der Diskursivität in einem einzelnen journalistischen Beitrag zu berücksichtigen. Einem solchen »Anspruch kann man glaube ich nicht gerecht werden, dass man immer alle Facetten in eine Geschichte reinbringt, das ist nicht machbar«, legt beispielsweise eine Print- und Online-Journalistin (J20) dar. Ähnlich argumentiert ein Radiojournalist (J7): »Man muss die Gesamtberichterstattung betrachten, also nicht nur einen einzelnen Beitrag am Tag X, sondern auch die folgenden Wochen oder vielleicht auch die Wochen davor« (J7). Eine solche Metaperspektive auf die Gesamtberichterstattung ist aber insofern problematisch, als dass kaum davon auszugehen ist, dass sie mit einer Rezeptionsrealität korrespondiert und Rezipient:innen tatsächlich derart intensiv die Berichterstattung eines Medienangebots verfolgen, dass sie tatsächlich mit den

auf einzelne Beiträge verteilten diskursiven Elementen konfrontiert sind. Auch wenn Journalist:innen offensichtlich sowohl die Intention aufweisen, durch diskursive Elemente komplexe Sachverhalte einordnend vermitteln zu wollen, als auch gesamtgesellschaftliche Diskurse als einen »permanenten Informationsstrom in der Öffentlichkeit« (J7) anstoßen zu wollen, so ist fraglich, ob diese Multiperspektivität auch als solche rezipiert wird.

7.2.3 *Aushandlung von Diskursivität entlang von Erwartungsstrukturen*

Um herauszufinden, inwiefern sich die realisierte Diskursivität der Berichterstattung durch die Erwartungsstrukturen erklären lässt, mit denen Journalist:innen in ihrer Arbeit konfrontiert sind, wurden in einer weiteren Serie generalisierter linearer gemischter Modelle, äquivalent zu den Modellen zur Unparteilichkeit, als Prädiktoren rechtliche Rahmenbedingungen sowie die Erwartungen durch den Presserat, redaktionelle Linie und das Publikum einbezogen (vgl. Tab. 15). Als alleiniger signifikanter Prädiktor erweisen sich von Journalist:innen empfundene Publikumserwartungen, welche die diskursive Einordnungsleistung der Berichterstattung *negativ* beeinflussen. Je stärker Journalist:innen Einflüsse durch Publikumserwartungen wahrnehmen, desto weniger diskursiv ist die von ihnen realisierte Berichterstattung. Geben Journalistinnen beim Stellenwert von Publikumserwartungen einen Skalenpunkt höher an, erwartet man eine negative Veränderung der Diskursivität von 0,4. Praktisch gesprochen drückt diese Veränderung knapp ein Diskurselement, also z. B. Gründe oder Folgen eines Ereignisses, *weniger* in jedem zweiten Beitrag aus. In der deskriptiven Betrachtung bedeutet das, dass die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche es als »sehr« oder »extrem« einflussreich erachten, was das Publikum von ihnen erwartet, im Schnitt eine Diskursivität von 1,9 aufweisen, während es bei den Journalist:innen, welche den Einfluss von Publikumserwartungen nur als »relativ stark« oder schwächer empfinden, ein Durchschnittswert von 2,3 ist. Publikumserwartungen erachten 21 Prozent aller befragten Journalist:innen als »sehr« oder »extrem« einflussreich. Sie werden also als durchaus relevante Einflussgröße im journalistischen Arbeitsalltag empfunden (vgl. Tab. 7 in Kap. 6.2.3) – und besitzen, wie die Regressionsmodelle zeigen, offenbar auch eine handlungsleitende Relevanz.

TABELLE 15

Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die Diskursivität politischer Berichterstattung

	β (unstd.)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,219	0,314	0,486
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	-0,022	0,013	0,107
Erwartungen			
medienrechtliche Rahmenbedingungen in Österreich	-0,095	0,102	0,355
Ehrenkodex des Österreichischen Presserats	-0,012	0,120	0,918
Blattlinie der Redaktion	0,077	0,129	0,551
Publikumserwartungen	-0,448	0,134	0,001***
R ² (korrigiert) ¹	12,7% - 13,0%		

Anmerkung: n=785 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

Ambivalentes Verhältnis zu Publikumserwartungen

Während eine diskursive Einordnungsleistung für das Publikum also durchaus im ›Wollen‹ der Journalist:innen angelegt ist, steht eine Orientierung von Publikumserwartungen als Vorgabe des ›Sollens‹ in einem negativen Zusammenhang mit der Diskursivität. Die qualitative Analyse legt offen, dass Journalist:innen ein ambivalentes Bild von ihrem Publikum haben, das diesen vermeintlichen Widerspruch erklärt. Auch wenn es der Intention von Journalist:innen entspricht, ihrem Publikum komplexe Sachverhalte multiperspektivisch zu vermitteln, so gehen sie von einem begrenzten Auffassungsvermögen und/oder einer begrenzten Aufmerksamkeit ihres Publikums als Rezipient:innen aus, wie es als limitierender Faktor erlebt wird. Ersteres wird zum einen dahingehend antizipiert, dass Journalist:innen von keinen inhaltlichen Vorkenntnissen ihres Publikums ausgehen. So führt sich ein Journalist (J1) bei der Rekonstruktion eines wenig diskursiven Textes sein Publikum als »Menschen, die keine Ahnung haben von einem Thema« vor Augen und versucht deshalb, »dieses Thema in möglichst einfachen Sätzen und Worten zu erklären«. Ähnlich gibt eine Kollegin (J3) an, ihr journalistisches Arbeiten wird vom Anspruch begleitet, »es müsste jetzt auch meine 80-jährige Mutter verstehen können«. Damit geht mitunter auch ein abwertendes Publikumsbild einher. Ein Printjour-

nalist (J11) geht beispielsweise davon aus, »dass es natürlich viele Ignoranten gibt, [...] die mit der Information nicht umgehen wollen«, die er ihnen offeriert. Eine TV-Journalistin (J13) hat ebenfalls »das Gefühl, dass immer weniger erwartet wird«, wobei das Publikum in ihrer Wahrnehmung einerseits zum Teil »grundsätzlich kein Interesse« an politischer Berichterstattung hat oder andererseits »die Leute [davon] möglicherweise überfordert sein könnten«. Ein zumindest antizipiert begrenztes Auffassungsvermögen wird zudem an bestimmten Teilpublika festgemacht. Ein Beispiel dafür sind junge Rezipient:innen, bei denen ein Journalist (J22) annimmt, dass er »keine Texte machen [kann], die länger als ein durchschnittlicher Facebookeintrag sind« – gleichzeitig aber den Anspruch verfolgt, »dass ich Leute, die sonst teilweise gar keine Medien konsumieren würden, ein bisschen in den Medienkonsum hineinhole«. Andererseits wird von den Journalist:innen angenommen, dass ihr Publikum begrenzte Aufmerksamkeitsressourcen besitzt. In Bezug auf die diskursive Einordnungsleistung ihrer Arbeiten legt eine Radiojournalistin dar:

»Kompliziertes und Komplexes verständlich zu machen, das ist so mein Hauptfokus, und ich habe [...] de[n] Leitsatz: Unterschätze nie die Intelligenz deines Zuhörers, deiner Zuhölerin und überschätze nie deren Aufmerksamkeit. Ich glaube, das ist etwas ganz Wichtiges, sozusagen sein Publikum jetzt nicht für dumm zu halten, sondern auch immer daran zu denken: In welcher Situation hören die das?« (J24)

Ähnlich erwartet auch ein Printjournalist (J22) von seinem Publikum eine nur oberflächliche Auseinandersetzung mit seinen Arbeiten und geht davon aus, dass »einfach das Zeitbudget für eine großartige lange Lektüre eher die Ausnahme ist als die Regel«. Auch wenn das Publikumbild zwischen der Antizipation eines begrenzten *Auffassungsvermögens* und der Antizipation einer begrenzten *Aufmerksamkeit* divergiert, so eint beide, dass Journalist:innen annehmen, »dort wo es komplex wird im Politischen, müssen wir das auf eine Formel herunterbrechen, [...] was möglicherweise komplexer strukturiert ist« (J5). Unter diesem »Herunterbrechen« scheint die diskursive Einordnungsleistung der Berichterstattung zu leiden. Ob diese Wahrnehmungen der Journalist:innen in Einklang mit der empirischen Realität stehen, ist wie dargelegt nicht die entscheidende Frage dafür, ob Publikumserwartungen als abstrahierte und simplifizierte Erwartung handlungsleitend werden. Sie decken sich jedoch mit dem Publikumbild von US-Journalist:innen, die ihr Publikum auch als dem öffentlichen Leben gegenüber unbeteiligt und uninteressiert wahrnehmen (vgl. VOS/WOLFGANG 2018: 774). Zudem entspricht der Befund eines negativen Einflusses

ses von Publikumserwartungen auf die Diskursivität exakt dem Befund aus einem Vergleich von journalistischen Rollenorientierungen und Publikumserwartungen, wonach ein analytischer Anspruch gegenüber dem aktuellen Geschehen von Journalist:innen als wichtiger befunden wird, als er vom Publikum erwartet wird (vgl. RIEDL/EBERL 2022: 1690).

*Hintergründige Berichterstattung als Abgrenzungsmerkmal
niedrigfrequenter Medienangebote*

Neben den Publikumserwartungen wurden auch redaktionelle Linien als Ausdruck organisationsspezifischer Erwartungen innerhalb der Erwartungsstrukturen verortet. In den quantitativen Modellen zeigt sich hier kein signifikanter Effekt auf Diskursivität (vgl. Tab. 15). Dies mag jedoch der unzureichenden Berücksichtigung der organisationalen Ebene in den Regressionsmodellen geschuldet sein (vgl. Fußnote 33). In der qualitativen Analyse zeigen sich dennoch Hinweise auf ein Diskursivität ermöglichendes Potenzial von redaktionellen Linien. So argumentieren die qualitativ befragten Journalist:innen – primär aus dem Printsektor –, dass die von ihnen realisierte Berichterstattung deshalb unter der Erwartung einer tiefergehenden, hintergründigen Einordnungsleistung steht, weil die Kerninformationen eines Nachrichtenereignisses »die Leute vorher schon 27-mal über alle möglichen digitalen Kanäle« (J6) oder aber im tagesaktuellen Fernsehen (J22) rezipiert haben. »Langsamere« Medien können oder müssen daran anknüpfend nun »Hintergründe, Erklärstücke liefern« (J6), denn aufgrund der »Veränderung der Medien und der Plattformen und der Kanäle auch in der Taktung [...], wird das erwartet«. Ähnlich argumentiert ein Tageszeitungsjournalist (J11): »Ich bin keine Nachrichtenagentur, ich verstehe mich als Vertreter eines Erklärmediums.« Dem schließt sich ein Kollege (J22) an, der meint »das bloße Herunterbeten von APA⁴²-Texten wird einfach zu wenig sein«. Auch wenn diese Erwartungen auf Organisationsebene divergieren, so zeigt dieser Befund, dass die mehrheitlich als negativer Einfluss auf einen diskursiven Journalismus verhandelte Beschleunigung des Journalismus (vgl. Kap. 4.3) für niedrigfrequenter Medienangebote auch ein Segment eröffnen kann, wo kontextualisierende Berichterstattung ein Abgrenzungsmerkmal darstellt.

42 Austria Presse Agentur, die größte und bedeutendste Nachrichtenagentur Österreichs.

7.2.4 *Aushandlung von Diskursivität in Konstellationsstrukturen*

Zur Beantwortung der Teilfrage, inwiefern sich die Diskursivität der Berichterstattung durch den Einfluss der Bezugsgruppen von Journalist:innen bzw. abstrakten, damit verbundenen Einflüssen erklären lässt, wurden wiederum generalisierte lineare gemischte Modelle berechnet. Wie Tabelle 16 zeigt, besitzt keiner der Prädiktoren einen signifikanten Einfluss. In welchem Ausmaß Journalist:innen eine diskursive Berichterstattung realisieren, hängt demnach nicht systematisch und unmittelbar davon ab, wie einflussreich sie ihre Bezugsgruppen empfinden. Als lediglich signifikant auf einem Signifikanzniveau von 10 Prozent erweist sich der Einfluss von Politiker:innen, der sich *positiv* auf eine diskursive Einordnungsleistung auswirkt. In der deskriptiven Betrachtung bedeutet das, dass die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche Politiker:innen als »sehr« oder »extrem« einflussreich auf ihr eigenes journalistisches Arbeiten erachten, im Schnitt eine Diskursivität von 2,4 aufweisen, während es bei den Journalist:innen, welche den Einfluss von Politiker:innen nur als »relativ stark« oder schwächer empfinden, ein Durchschnittswert von 2,2 ist. Den Einfluss von Politiker:innen schätzen knapp 5 Prozent der befragten Journalist:innen als mindestens »sehr stark« ein (vgl. Tab. 7 in Kap. 6.2.3). Theoretisch ist ein solcher Einfluss damit zu erklären, dass Politiker:innen eine zentrale Quelle von für die Diskursivität nötigen (Hintergrund-)Informationen sind. Durch jedenfalls schwach ausgeprägten Klientelismus kann sich in Summe das argumentative Repertoire der Berichterstattung erhöhen, weil dadurch auch divergierende Argumente und Perspektiven Eingang in den Diskurs finden (vgl. WESSLER 2008a: 7). In den qualitativen Interviews bildet sich ein solcher Zusammenhang ansatzweise ab, wenn Politiker:innen erwartungsgemäß als wichtige Quelle von (Exklusiv-)Informationen erachtet werden. »Es geht ja oft auch nicht so sehr um das direkte Zitat, das man hat, sondern es geht ja um die Information, die dahintersteckt, [...] also das Off-Records Gespräch ist natürlich [...] ein sehr wichtiges Instrument, unverzichtbar«, legt beispielsweise ein Journalist (J22) dar. Der positive Einfluss von Politiker:innen auf die Diskursivität der Berichterstattung lässt sich jedoch nicht als gesichert betrachten.

TABELLE 16

Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die Diskursivität politischer Berichterstattung

	β (unstd.)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,263	0,314	0,404
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	-0,028*	0,014	0,049
Einfluss von Akteur:innen			
Eigentümer:innen des Medienbetriebs	-0,056	0,209	0,790
Vorgesetzte und leitende Redakteur:innen	-0,022	0,210	0,915
Kolleg:innen im Unternehmen	-0,295	0,210	0,162
Politiker:innen	0,404†	0,235	0,087
Beamnt:innen in Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen	0,121	0,263	0,645
Interessengruppen wie NGOs und NPOs und politische Bewegungen	-0,125	0,270	0,644
Abstrakte Einflüsse			
Überlegungen in Bezug auf Werbung	-0,262	0,260	0,313
Profterwartungen ihres Betriebes	0,040	0,192	0,836
Verfügbarkeit von Ressourcen für die Berichterstattung	0,008	0,149	0,956
zeitlicher Druck	-0,118	0,170	0,486
Autonomie			
Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Betonung von Aspekten einer Geschichte	-0,056	0,266	0,833
R ² (korrigiert) ¹	12,7% - 13,2%		

Anmerkung: n=785 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze.

Wahrnehmung von Zeit als hemmenden Faktor

Obwohl sich die Verfügbarkeit von Ressourcen und Zeit für die Berichterstattung – von denen anzunehmen ist, dass sie sich stark aus den Konstellationsstrukturen ergeben – in den quantitativen Modellen nicht als signifikanter Prädiktor erweist (vgl. Tab. 16), werden aktiv erlebte Interferenzen zwischen dem Ziel einer diskursiven Berichterstattung und den praktischen Möglichkeiten ihrer Realisierung in den qualitativen Interviews artikuliert. Vor allem Zeit erscheint den Journalist:innen dabei als begrenzende Ressource. Die Wahrnehmung von Zeitdruck, unter dem die Berichterstattung produziert wird, stellt dabei eher die Regel als die Aus-

nahme dar. »Wir sind wirklich Sklaven der Zeit bei diesen Dingen und es bestimmt mitunter auch [...], was auf Sendung geht«, legt beispielsweise eine TV-Journalistin (J13) dar. Unter diesem Zeitdruck wird das Potenzial, diskursive Berichterstattung zu leisten, als beschränkt erlebt. So beschreibt ein Radiojournalist (J7) in Bezug auf eine seiner Arbeiten, eine »Geschichte, die sämtliche Aspekte einbringt«, wäre in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen. Im Umkehrschluss erachtet ein TV-Journalist (J4) einen stark diskursiven Beitrag als »jetzt vielleicht nicht unbedingt das Paradebeispiel, weil ich für das natürlich wahnsinnig viel Zeit hatte«. Ähnlich argumentiert eine Printjournalistin (J2) in Bezug auf einen diskursiven Text: »Und damit ein Text so [...] breit erfassbar ist [...], muss viel mehr Vorarbeit geleistet werden, finde ich, und das geht nicht jedes Mal und das geht nicht bei allen und das ist auch wieder diese Frage von Zeit«.

Konkret beziehen die Journalist:innen einen die Diskursivität einschränkenden Zeitdruck stark auf die ihnen zur Verfügung stehende *Recherchezeit*. Einerseits wird diese als knappe Ressource erlebt, die jedoch entscheidenden Einfluss darauf hat, wie stark Journalist:innen die Kontexte und kausalen Einbettungen von Nachrichteneignissen in Erfahrung bringen können. So argumentiert eine Journalistin (J23), mehr Recherchezeit eröffnet »viel mehr Möglichkeiten, dich mit Leuten zu treffen, Hintergrundgespräche zu führen, viel mehr aufzusaugen an Geschichten, besser einzuordnen [...] und [ermöglicht, dass] dieses Hintergrundwissen auch dann in die Arbeit einfließt«. In dieser Einordnung liegt in ihren Augen der »Unterschied, ob du eine Woche recherchieren kannst oder jetzt zum Beispiel nur einen Tag«. Ähnlich gibt ein Printjournalist (J11) an, »ich schreibe ganz gern analytisch ja und ich bin auch jemand, der eher viel recherchiert, nur beklage ich, dass ich als Tageszeitungsjournalist einfach weniger Zeit zu recherchieren habe, als ich eigentlich gerne hätte, weil wir natürlich immer den tagesaktuellen Produktionszwängen unterliegen«. Die begrenzte Recherchezeit ist »natürlich ein Handicap, wenn man dabei ist, auf der anderen Seite gerade Hintergründe herauszuarbeiten«. Als besonders problematisch wird dies von Journalist:innen erlebt, wenn der Aufwand hinter zeitintensiv zu recherchierenden Kontextinformationen am journalistischen Produkt selbst kaum nachzuvollziehen und damit zu legitimieren ist. »Vielleicht hätte nicht jemand anderer einen halben Tag dafür telefoniert für so einen kurzen Text«, mutmaßt beispielsweise eine Printjournalistin (J2). Eine Kollegin (J10) beschreibt: »Das sind 1400 Anschläge, ich recherchiere [aber] [...] zwei Stunden, um einfach die Fakten zu haben.«

Eine Dimension von Diskursivität, die von den Journalist:innen als besonders zeitkritisch bewertet wird, sind unterschiedliche Positionen zu einem Thema und die dahinterstehenden Akteur:innen bzw. Quellen. Hier kommen insbesondere interne Deadlines bzw. ein möglicher Redaktionsschluss und die Schnelligkeit des Nachrichtenflusses zum Tragen. So argumentiert ein Journalist (J5), insbesondere »bei Geschichten, die nicht warten können, weil sie halt [...] überall rausgehen«, kann es vorkommen, dass die Rückmeldung von Gegenpositionen nicht abgewartet wird, obwohl »man dringend noch jemanden [...] zu Wort kommen lassen will«, und im Zweifelsfall eine Position erst später veröffentlicht wird. Ähnlich hält es eine TV-Journalistin (J3) für unrealistisch, »dass man immer eine zusätzliche Person hat, weil in der Realität [...] hat man dann auch nicht die Zeit sofort jemanden aufzutreiben«. Das setzt auch die angefragten Quellen unter Zeitdruck, denn »wenn ich jetzt da anrufe und sage, ich möchte von euch auch noch Stellungnahmen, [...] müssen die zuerst mal recherchieren und blablabla« (J12). Dies bestimmt mit, welche Quellen unter diesen Bedingungen ihre (Gegen-)Positionen in der Berichterstattung darlegen können. Damit erweist sich das allgemeine, aber vor allem für Recherchen zur Verfügung stehende Zeitbudget als Einflussdimension auf die diskursive Einordnungsleistung, die von den Journalist:innen als entscheidend wahrgenommen wird. Dass der empfundene Zeitdruck in den quantitativen Modellen keinen Einfluss hat, legt die Interpretation nahe, dass Zeit eine *notwendige*, aber keine *hinreichende* Voraussetzung für die Realisierung einer diskursiven Berichterstattung ist.

Stellenwert von eigener Informiertheit und (Vor-)Wissen

Eine mit der Verfügbarkeit von Zeitressourcen verbundene Dimension, die sich in den retrospektiven Rekonstruktionen als wichtig für die Realisierung einer diskursiven Berichterstattung erweist, ist der themen- und sachspezifische Informationsstand und das Vorwissen, welches Journalist:innen besitzen bzw. sich unter den realen Bedingungen journalistischer Nachrichtenproduktion aneignen (können). Die journalistisch vermittelte Einbettung eines Themas wird dabei zwingend als nur ein Teilausschnitt des Wissensstands der Journalist:innen begriffen, die es bearbeiten. Eine regionale Printjournalistin erläutert:

»Da ist bei mir das oberste Gebot: Ich muss es erst mal selbst verstehen, sonst kann man es nicht vermitteln, meiner Meinung nach. [...] Also, ich [...] lasse mir die Sachen

erklären, hintergründig und das ist eigentlich der Hauptteil meiner Arbeit. Und dann, wenn ich selbst das zusammengetragen habe, dass ich sage, das ist für mich selbstverständlich, versuche ich das dann im Text zu vermitteln« (J20).

Ähnlich äußert sich ein Kollege (J11): »[I]ch blicke ganz gern hinter die Kulissen, möchte ganz gerne möglichst viel wissen – also viel mehr als ich dann wirklich niederschreibe –, will ganz gern die Zusammenhänge verstehen«. Wissen erscheint hier als zentrale Ressource, die mitbestimmt, wie stark diskursiv einordnend die Berichterstattung ist, die Journalist:innen umsetzen können. Dies wird auch darauf bezogen, dass es den Journalist:innen erst ein breites Kontextwissen ermöglicht, spezifische Schwerpunkte zu setzen und eine für die Vermittlung notwendige Verknappung zu leisten. So bezeichnet es eine tv-Journalistin (J13), als »eine unserer größten Künste, [...] zu wissen, [...] was kann ich weglassen, ohne, dass es etwas Essentielles ist«. Dabei gilt in ihren Augen: »Bei allen Dingen muss ich möglichst viel wissen, damit ich weiß, was ich weglassen kann.« Die Bedingungen, unter denen sich Journalist:innen derartiges Kontextwissen aneignen können, werden damit als entscheidende Voraussetzung gesehen. Sie sind besonders günstig, wenn Journalist:innen die Möglichkeit haben, sich einen sachspezifischen Erfahrungsschatz anzueignen: »[D]amit man einfacher jemandem ein Thema vermitteln kann, muss man viel Wissen über das Thema haben. [...] Journalismus ist ja keine irgendwie Kunst oder da braucht man keine große Begabung, [...] das ist Handwerk und für das Handwerk braucht man Übung« (J2). Vielmehr nehmen die Befragten an »dieses Hintergrundwissen, das eignet man sich natürlich mit Erfahrung an« (J20). In den Rekonstruktionen stellen die Autor:innen diskursive Nachrichtenbeiträge in dieser Logik vielfach in eine Reihe mit thematisch verwandter Berichterstattung, welche sie geschrieben oder produziert haben. Ein Journalist (J4) begründet den einordnenden Hintergrund einer Arbeit damit, dass er »schon wahnsinnig viele Asylgeschichten gemacht« hat. Ein anderer (J5) gibt an, ein Thema »begleiten wir als Redaktion und ich als Journalist jetzt seit Jahren« und folgert daraus die realisierte tiefgehende Einordnungsleistung. Ähnlich argumentiert eine Journalistin (J24): »[I]ch beschäftige mich seit fünf Jahren damit ausschließlich [...], also für mich ist das ganz klar – ich glaube aber, dass es für die Mehrheit der Menschen einfach nicht so klar ist«.

Nur durch die anhaltende bzw. wiederholte Beschäftigung mit einem Thema »weißt du auch vieles, was vorher geschah, was nachher geschah und [...] kannst du bewerten, in welcher Weise [...] [die jeweiligen Umstände] Einfluss auf das Geschehen genommen haben« (J6). Damit sehen

sich Journalist:innen, die Themenkomplexe länger und/oder intensiver begleiten, hinsichtlich der Diskursivität im Vorteil gegenüber Kolleg:innen, denen »die Zeit fehlt, dass man sich ein bisschen umfassender einarbeitet« (J15). Vor diesem Hintergrund erscheint die eigene Informiertheit und das eigene (Vor-)Wissen von Journalist:innen – wozu es wiederum Zeitressourcen für dessen Aneignung braucht (vgl. PICARD 2000: 102) –, als günstige Voraussetzung für die Realisierung von diskursiver Berichterstattung. Ähnlich stellt dies Lorenz (2017: 53) in Bezug auf den »Wissensvorrat« von EU-Journalist:innen fest. Als inhärent themen- bzw. anlassbezogene Ressource ist Informiertheit und Wissen jedoch schwer theoretisierbar und auf einer abstrakten Ebene kaum valide operationalisierbar.

Wahrnehmung von Platz als hemmenden Faktor

Eine starke Interferenz mit ihrer Intention, Nachrichtereignisse kontextsensitiv und kausal einzuordnen, erleben Journalist:innen in textbasierten Medien zudem mit dem Platz, der ihnen für ihre Berichterstattung zur Verfügung steht, bzw. in audiovisuellen Medien mit der Sendezeit. Dieser Raum für die Berichterstattung spielt eine entsprechend große Rolle bei der Rekonstruktion der ›Leerstellen‹, also jenen Aspekten einer ›Geschichte‹, welche die Journalist:innen in ihren Arbeiten *nicht* realisieren konnten. »Also was mich schmerzt, ist das Weglassen vieler Aspekte«, betont beispielsweise eine Journalistin (J9). Die Journalist:innen problematisieren, dass sie der begrenzte Raum von der Realisierung einer diskursiven Einordnungsleistung abhält. Ein Regionaljournalist (J5) vergleicht beispielsweise das Kleinformat, für das er tätig ist, mit »Großformat-Qualitätszeitungen«, welche »ganz andere Textlängen und Wegstrecken für den Leser« bereithalten, welche »dort natürlich eine andere Tiefe im Text« erlauben. In dieser Logik stehen der Umfang der journalistischen Arbeiten und deren diskursive Qualität in einem direkten Verhältnis. Ein Tageszeitungsjournalist betont:

»Weil Platz ist nicht nur Quantität. Platz ist auch Qualität. Klingt jetzt eigenartig, aber es ist so. Sie können auf ganz wenig Raum [...] keine Qualität machen. Das heißt, um Qualität zu produzieren, brauchen Sie Quantität. Sie müssen Räume haben, um Dinge zu erklären. Wir kämpfen [...] jeden Tag mit dem Platz. [...] [L]esen Sie um 40 Zeilen mehr und ich verspreche Ihnen, das sind nicht nur Füllsätze. Da gibt es immer noch Infos, Infos, Infos die man da reinlaufen [lassen] kann« (J11).

In Medientypen, welche umfangreichere Nachrichtenbeiträge zulassen, wird dies demnach als günstige Bedingung für eine diskursive Be-

richterstattung wahrgenommen. Eine Printjournalistin eines Informationsmediums (J20) vergleicht ihre Rahmenbedingungen mit jenen des Boulevardjournalismus und stellt fest, »die haben viel weniger Platz, wo sie Sachen transportieren können – das heißt, ich kann Geschichten auch anders denken«. Im Radiojournalismus wird die Sendezeit als besonders herausfordernd erlebt. Ein Journalist (J7) betont beispielsweise die Schwierigkeit, ein Nachrichtenereignis »so rüber[zu]bringen, dass das Ganze in 40 Sekunden auch noch [...] den Kern der dort transportierten Aussagen übermitteln kann«. Darüber hinaus problematisieren die Journalist:innen, dass sie Nachrichtenereignisse durch ihre Recherchen zwar als multidimensional einzuordnende Phänomene erleben, sie verschiedene Kontexte aber nicht in ihrer Berichterstattung unterbringen können. So gibt eine Journalistin (J9) in Bezug auf einen ihrer Texte an, »ich hätte ganz klar mehr Platz gebraucht [...], da gab es noch ganz andere Aspekte, [...] aber man muss sich immer aus Platzgründen auf ein oder zwei Aspekte beschränken.« Ähnlich stellt ein Journalist (J8) fest, »nachdem der Platz nicht vorhanden sein würde«, sei es von Anfang an schwierig gewesen, einen Text wie intendiert »ein bisschen historisch aufzuziehen«.

Im Online-Sektor wird der Platz als limitierender Faktor im Umkehrschluss weniger einflussreich empfunden, »weil der Platz unendlich ist erstens mal – das heißt, alles kann vorkommen, was vorkommen möchte« (J6). Online-Berichterstattung wird als Raum gesehen, »wo wir uns leichter tun auch längere Texte zu schreiben« (J5). Einerseits kann analoge Berichterstattung online ergänzt werden, um in diesem Sinne »online weiter die Geschichte auch auszubauen und auf diesem Weg auch Leser zu erreichen« (J16). Andererseits werden komplexe Themen von vornherein online geplant. So gibt eine Regionaljournalistin an: »Es gibt viele Geschichten, wo ich weiß, die mache ich nur online, da ist der Platz de facto unendlich« (J20). Dies kann als Erklärung dafür gesehen werden, warum die Diskursivität der untersuchten Online-Beiträge durchgehend überdurchschnittlich ist (vgl. Kap. 7.2.1). Fraglich ist jedoch, ob die Wahrnehmung der Journalist:innen, dass das faktische Platzangebot die Einordnungsleistung ihrer Berichterstattung beschneidet, nicht die Realität der Rezeption verkennt. So geben zwar rund drei Viertel der Zeitungsleser:innen an, mindestens die Hälfte einer Zeitungsausgabe zu lesen (vgl. ZMG 2022) – eine Rezeptionsstudie zeigt jedoch, dass im Schnitt nur knapp 90 Sekunden in die Lektüre einer Zeitungssseite investiert wird (vgl. BUCHER/SCHUMACHER 2012: 193). Bei Fernsehen und Radio als klassische »Nebenbeimедien« (vgl. KUHLE-

MANN/WOLLING 2004) ist zudem von einer geringen konzentrierten bzw. sinnerfassenden Rezeption auszugehen. Ob das ›Mehr‹ an Platz, das sich Journalist:innen für eine umfassend diskursiv einordnende Berichterstattung in analogen Medien wünschen bzw. in digitalen Medien begrüßen, auch tatsächlich rezipiert wird – wie es natürlich die Grundlage für einen tiefgehenden Informationsstand der Bürger:innen als argumentative Basis zur Teilnahme an deliberativen Diskursen ist –, bleibt demnach offen.

7.2.5 *Zwischenfazit: Streben nach diskursiver Einordnung
trotz ambivalenter Publikumsrolle und empfundener
Ressourcenknappheit*

Die Diskursivität der Berichterstattung wurde theoretisch als Nachrichtenqualitätsstandard in einem deliberativen Demokratiemodell argumentiert. Eine multiperspektivische Einordnungsleistung durch Kontexte, Gründe und Folgen sowie davon betroffenen bzw. in sie aktiv involvierte Akteur:innen soll Bürger:innen zu einem tiefergehenden Verständnis und größerem argumentativen Repertoire verhelfen und sie zur Teilnahme an deliberativen Diskursen befähigen. In der Inhaltsanalyse zeigt sich – übereinstimmend mit Vorgängerstudien (vgl. SEETHALER 2015) –, dass der österreichische Journalismus dem in nur relativ geringem Umfang nachkommt und im Schnitt pro Nachrichtenbeitrag rund zwei der sechs Diskurskomponenten realisiert werden. Um Forschungsfrage FF1b, welche nach systematischen Einflüssen auf Diskursivität fragt, sowie FF3b, welche darauf aufbauend nach deren journalistischer Aushandlung fragt, zu beantworten, wurden analog zur Frage nach der Unparteilichkeit der Berichterstattung für die Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen zunächst getrennte Modelle berechnet. Der Einbezug aller Faktoren in ein gemeinsames Modell (vgl. Tab. 36 in Anhang I) zeigt keine drastisch verminderten Effektstärken. Deshalb ist davon auszugehen, dass die identifizierten Prädiktoren auch im Zusammenspiel Relevanz besitzen.

Hinsichtlich des ›Wollens‹ der Journalist:innen besteht ein signifikant positiver Einfluss des journalistischen Rollenverständnisses, Erklärungen, Hintergründe und Kontext zu Themen zur Verfügung zu stellen, auf die Diskursivität. Journalist:innen in Österreich erachten diese Rolle nicht nur als fast durchgehend sehr wichtig. Sie schaffen es offenbar auch, einen ihr entsprechenden Handlungsimpetus in Form einer diskursiv einordnenden

Berichterstattung zu realisieren. In den qualitativen Interviews bestätigt sich der wichtige Stellenwert der einzelnen Diskurskomponenten. Vor allem das Aufzeigen unterschiedlicher Bewertungen zeigt sich als tief internalisierter Anspruch – der aber als Automatismus auch die Gefahr einer *False Balance* birgt und in diesem Sinne kritisch reflektiert wird. In den Sinnstrukturen der Journalist:innen wird das Aufzeigen von Kontexten, Gründen und Folgen mit dem Ziel verknüpft, Bürger:innen die Komplexität der sozialen und politischen Realität verständlich zu machen. Darüber hinaus besteht in Bezug auf eine gesellschaftliche Ebene auch die Intention, durch journalistische Berichterstattung öffentliche Diskurse anzustoßen und zu begleiten. Dieser Anspruch wird jedoch ungleich stärker auf die Gesamtheit der Berichterstattung bezogen als auf die multiperspektivische Einordnung innerhalb einzelner journalistischer Beiträge. Darin mag eine Erklärung liegen, warum die Diskursivität auf Ebene einzelner Beiträge relativ niedrig ausgeprägt ist, obwohl die Intention dazu stark im Journalismus verankert ist und als Rollenverständnis auch signifikant Varianz erklärt. Mit Blick auf die Rezeptionsrealität von Rezipient:innen ist jedoch kaum davon auszugehen, dass diese eine sich erst durch die Gesamtheit der Berichterstattung erschließende Multiperspektivität auch wahrnehmen.

Während das Publikum also als Adressat einer diskursiven Berichterstattung – die damit, mit dem Vokabular von Loosen (vgl. 2023: 281) gesprochen, eine einseitige Kommunikationsofferte in und für die Gesellschaft darstellt – mitgedacht wird, haben konkrete Publikumserwartungen als Ausdruck des ›Sollens‹ einen negativen Einfluss auf die Diskursivität. Je einflussreicher Journalist:innen die Erwartungen ihres Publikums erleben, desto *niedriger* ist die diskursive Einordnungsleistung ihrer Berichterstattung. In den qualitativen Interviews legen die Journalist:innen offen, dass sie Grenzen des Auffassungsvermögens oder/und der Aufmerksamkeit ihres Publikums oder jedenfalls von Teilpublika erleben, dem sie vor diesem Hintergrund ein nur niedriges Maß an Komplexität zumuten wollen oder glauben zu können. Auch wenn diese abstrahierten und simplifizierten Publikumserwartungen nicht zwingend mit der empirischen Realität übereinstimmen müssen, werden sie damit handlungsleitend. Dieser Befund hat auch Implikationen für die normative Theoriebildung an sich. Wenn Journalist:innen in ihrer Berufsrealität erleben, kommunikative Angebote zur Teilnahme an deliberativen Diskursen an die Breite ihres Publikums nicht stellen zu sollen oder zu können, so stellt dies konsequent weitergedacht die grundlegende Idee von möglichst gleichberechtigten und ega-

litären Diskursen abseits des politischen Zentrums infrage. Schon früh wurde am deliberativen Demokratiemodell kritisiert, dass diesem durch dessen kommunikative Ideale und der Idealisierung auf Konsens abzielender Diskurse ein exkludierender Mechanismus gegenüber beträchtlichen Teilen der Bevölkerung inhärent ist (vgl. FRASER 1990; YOUNG 1997). Der Befund, dass Journalist:innen die Komplexität der sozialen Realität als Teilen ihres Publikums nicht vermittelbar erachten, wirft die Frage auf, inwiefern journalistisch initiierte öffentliche Diskurse tatsächlich politische Entscheidungen generieren können, die den Interessen und Bedürfnissen unterschiedlichster Gesellschaftsmitglieder entsprechen.

Auf Ebene des ›Könnens‹ zeigen die quantitativen Modelle keine signifikanten Einflüsse auf die Diskursivität. Qualitativ artikulieren die Journalist:innen jedoch aktiv erlebte Interferenzen zwischen ihren Handlungsintentionen und den Möglichkeiten ihres Handelns auf einer operativen Ebene. Vor allem die für die Nachrichtenproduktion zur Verfügung stehende Zeit wird als hemmender Faktor erlebt. Dies betrifft vor allem die Recherchezeit, wo insbesondere die Darlegung unterschiedlicher Positionen beschnitten werden kann, weil Zeitdruck hier auch die Responsivität möglicher Quellen betrifft. Nachdem sich der empfundene Zeitdruck nicht in den quantitativen Modellen niederschlägt, erscheint Zeit als *notwendige*, aber nicht *hinreichende* Voraussetzung für die Realisierung einer diskursiven Berichterstattung – was wiederum die Notwendigkeit entsprechender Handlungsintentionen betont. Die Beschleunigung des Journalismus kann jedoch nicht nur negative Effekte für die Diskursivität haben. In den Interviews artikulieren die Journalist:innen auch, dass die Schnelligkeit des (digitalen) tagesaktuellen Journalismus ein Segment für hintergründige Berichterstattung eröffnet, wo eine diskursive Einordnungsleistung mit entsprechenden Erwartungsstrukturen resonieren kann. Als ähnlich notwendige Ressource wie Zeit kristallisiert sich in den retrospektiven Rekonstruktionen die Verfügbarkeit von Platz bzw. Sendezeit für die Berichterstattung heraus, die vor allem in den analogen Medien im Vergleich zu digitalem Journalismus als begrenzend wahrgenommen wird. Auch hier muss jedoch ein grundlegendes Spannungsverhältnis mit dem Rezeptionsverhalten des Publikums problematisiert werden, das die Frage aufwirft, inwiefern ein ›Mehr‹ an Berichterstattung auch tatsächlich rezipiert würde – und damit demokratiefördernde Effekte bewirken könnte.

Als abschließende Dimension des ›Könnens‹, bei der sich in den retrospektiven Rekonstruktionen ein Konnex zur Diskursivität herausstellt,

ist die eigene Informiertheit und das (Vor-)Wissen von Journalist:innen. Journalist:innen begreifen die Einordnungsleistung ihrer Berichterstattung nur als Teilausschnitt des Kontextwissens, das sie sich während der Recherche aneignen. Breites Wissen erscheint zudem als wichtige Voraussetzung dafür, eine notwendige Verknappung leisten zu können. Ein Zusammenhang zur Verfügbarkeit von Zeitressourcen besteht insofern, als dass ein sachspezifischer Wissensvorrat das Ergebnis der anhaltenden bzw. wiederholten Beschäftigung mit einem Thema darstellt. Wissen erscheint damit als für die Realisierung diskursiver Nachrichtenqualität notwendige Ressource, wie sie jedoch von Journalismus- und Qualitätsforschung wenig beachtet wird. In Zeiten, in denen die Infragestellung von gesicherter Evidenz zunimmt und ein Verständnis gesellschaftlicher Dynamiken immer stärkeres Kontextwissen voraussetzt, erscheint das Wissen von Journalist:innen und dessen nachvollziehbare Weitergabe jedoch eine wichtige Dimension, damit Journalismus gesellschaftliche Relevanz behält (vgl. DONSBACH 2014; GESUALDO et al. 2020). In diesem Sinne gilt es aber auch die Rahmenbedingungen zu verstehen und zu sichern, unter denen Journalist:innen sich ein solches aneignen können.

7.3 Konstruktive Emotionalität

7.3.1 *Konstruktive Emotionalität journalistischer Berichterstattung*

Der dritte professionelle Standard journalistischer Berichterstattung, dessen Aushandlung im österreichischen Journalismus gemäß den Forschungsfragen beleuchtet werden soll, ist die vom Ideal einer partizipatorischen Demokratie abgeleitete *konstruktive Emotionalität* der Berichterstattung als Teil einer *aktivierenden Nachrichtenqualität* (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Vor der Beantwortung der Forschungsfragen soll auch hier dargelegt werden, inwiefern der österreichische Journalismus diesem Anspruch gerecht wird. Für einen deskriptiven Überblick wurde zum einen der Anteil der Nachrichtenbeiträge pro Medienoutlet berechnet, der überhaupt konstruktiv-emotionale Elemente aufweist (vgl. Tab. 17). Das bedeutet, dass nicht der niedrigste Code auf der fünfstufigen Skala der Emotionalität vergeben wurde, wonach Beiträge nicht vollständig sachlich-nüchtern sind, sondern eine erkennbare emotionale Darstellung aufweisen. Gleichzeitig durften die Beiträge

keine Inzivilität beinhalten (vgl. Kap. 6.1.2 zur Operationalisierung der inhaltsanalytischen Variablen). Zum anderen wurde die fünfstufige Skala der Emotionalität für die nicht inzivilen Beiträge z-standardisiert (vgl. Kap. 7.1.1 für eine ausführlichere Erklärung). Wie für alle deskriptiven Analysen der Inhaltsanalysedaten wurden sie auch für diese Berechnungen gewichtet (vgl. Fußnote 30). Ein Chi-Quadrat-Test zeigt, dass sich die Outlets hinsichtlich des Anteils konstruktiv-emotionaler Beiträge signifikant unterscheiden, wobei Cramer's V einen kleinen bis mittleren Zusammenhang (vgl. COHEN 1988) nachweist. Auch einfaktorielle Varianzanalysen zeigen, dass sich die Mittelwerte zwischen den Outlets signifikant unterscheiden.

TABELLE 17

Konstruktive Emotionalität politischer Berichterstattung nach Medienoutlets

	Konstruktive Emotionalität			
	MW z-std.	SD	% der Beiträge ¹	n
ORF Zeit im Bild	-0,283	0,704	27,1%	354
ORF Ö1 Journale	-0,415	0,626	17,9%	78
Die Presse	-0,059	0,846	39,2%	365
Der Standard	-0,141	0,905	31,3%	342
Kronen Zeitung	0,199	1,230	44,6%	397
Kleine Zeitung	-0,054	0,964	36,4%	385
Heute	0,241	1,255	46,9%	128
Österreich	0,030	0,934	43,1%	471
orf.at	-0,242	0,810	26,9%	521
derstandard.at	-0,001	1,050	37,0%	370
krone.at	0,507	1,193	61,9%	383
Gesamt	0,000	1,000	39,0%	3.794
F (df1, df2) ²	F (10, 1051) = 20,350***			
χ^2 (df)	χ^2 (10) = 174,582***			
Cramer's V	Cramer's V = 0,215***			

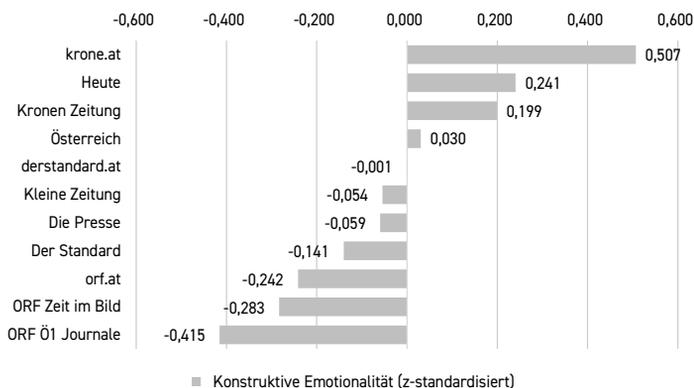
Anmerkung: Gesamt wurde auf Ebene der Medienoutlets anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und Grundgesamtheit gewichtet; ¹Die fünfstufige Skala wurde zwischen den Ausprägungen vier und fünf (der ursprünglich codierten Skala der Sachlichkeit) dichotomisiert; die dargestellten Prozentwerte weisen demnach jene Beiträge aus, die nicht als »sachlich-nüchtern« codiert wurden, also eine erkennbare emotionale Darstellung aufweisen; ²Da aufgrund signifikanter Levene-Tests fehlende Varianzhomogenität angenommen werden musste, wurden basierend auf den z-standardisierten Mittelwerten Welch-Tests berechnet; *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001

Insgesamt weist die analysierte Berichterstattung ein niedriges Maß an konstruktiven Formen von Emotionalität auf. Nur 39 Prozent, also ein gutes Drittel der Beiträge, beinhaltet zumindest gelegentlich emotionale Stilmittel und ist dabei gleichzeitig frei von inzivilen Elementen. Oder anders formuliert: Mit 61 Prozent verzichten fast zwei Drittel der Beiträge gänzlich auf emotionale Elemente als aktivierendes Moment bzw. lassen nicht zu, dass medial repräsentierte Akteur:innen von der sozial anerkannten Diskursregel der Sachlichkeit abweichen und z. B. ihre Betroffenheit auch emotional artikulieren. Ähnlich diagnostiziert Beaufort (2020: 192, Kursivsetzung weggelassen), dass im österreichischen Journalismus das »Zulassen eines emotional gefärbten Stils als partizipatorischen Gegenpol zur Sachlichkeit [...] kaum beobachtbar« ist. Im Vergleich der Outlets variiert das Niveau – ähnlich wie beim professionellen Standard der *Unparteilichkeit*, aber im Gegensatz zur *Diskursivität* – jedoch deutlich. *kron.at* weist mit 62 Prozent der Beiträge mit emotionaler Färbung das mit Abstand höchste Niveau auf und stellt damit das einzige Angebot dar, bei dem dies die Mehrheit der Beiträge betrifft. Danach folgen *Heute* mit 47 Prozent konstruktiv-emotionalen Beiträgen und die redaktionell eigenständige *Kronen Zeitung* in ihrer Printversion mit 45 Prozent. Das niedrigste Maß an Emotionalität – aus partizipatorischer Perspektive problematisch, umgekehrt im Sinne einer hohen *Sachlichkeit* aus Werte des repräsentativen Demokratiemodells jedoch wünschenswert – weisen die öffentlich-rechtlichen Angebote auf: am stärksten die *Ö1 Journale* mit 18 Prozent der Beiträge, die emotionale Elemente beinhalten, gefolgt von *orf.at* sowie den *Zeit im Bild*-Formaten mit je 27 Prozent.

Hinsichtlich der Medientypen ist der professionelle Standard der konstruktiven Emotionalität das trennschärfste Kriterium zwischen Informations- und Boulevardmedien: Die Performanz aller untersuchten Boulevardzeitungen und ihrer Online-Pendants liegt über dem Durchschnitt (vgl. auch Abb. 8), während alle analogen und digitalen Angebote der sogenannten »Qualitätspresse« sowie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hier unterdurchschnittlich rangieren. Dies bildet sich ähnlich auch in Deutschland und der Schweiz ab, wo in einer vergleichbaren Untersuchung, jedoch mit einer demokratiethoretisch dezidiert anderen Fundierung, die »Sachlichkeit als ein Indikator der Professionalität journalistischer Berichterstattung« (STARK et al. 2021: 44) herangezogen wurde. Der partizipatorisch erwünschten Forderung nach konstruktiven Formen von Emotionalität kommt in Österreich also einzig der Boulevard nach. Es scheint

ABBILDUNG 8

Konstruktive Emotionalität nach Medienoutlets



Anmerkung: n=3.794 Nachrichtenbeiträge

in Einklang mit Friedrich und Jandura (2012: 415) so zu sein, dass auch in Österreich die »normativ [aus partizipativen Demokratietheorien] begründeten Leistungsanforderungen an Boulevardjournalismus in der Realität tatsächlich umgesetzt« werden. Im Vergleich der Medienkanäle zeigt sich gemäß der These, dass im digitalen Wettbewerb einer Aufmerksamkeitsökonomie im Online-Journalismus stärker emotionale Elemente verwendet werden (vgl. KARLSSON 2016: 150), eine Kluft zwischen digitalen und analogen Angeboten. Im direkten Vergleich weisen die Online-Angebote konstant und mitunter beträchtlich eine emotionalere Färbung auf als ihre analogen Pendanten.

7.3.2 Aushandlung von konstruktiver Emotionalität entlang von Deutungsstrukturen

Zur Beantwortung von Forschungsfrage FF1c, die nach den Faktoren fragt, welche die konstruktive Emotionalität von Nachrichtenbeiträgen systematisch beeinflussen, sowie von FF3c, die daran anschließend fragt, wie Journalist:innen diese Einflüsse verhandeln, wurden zunächst analog zu den anderen abhängigen Variablen Regressionsmodelle berechnet, welche die Deutungsstrukturen von Journalist:innen beinhalten (vgl. Tab. 18). Als

abhängige Variable fungiert die auf einer fünfstufigen Skala gemessene Emotionalität der Berichterstattung, welche für diesen Zweck dichotomisiert wurde. Zudem wurden Beiträge ausgeschlossen, die Formen von Inzivilität enthalten (vgl. Kap. 6.4.1 zur Operationalisierung der inhaltsanalytischen Variablen). Die Modelle können demnach Faktoren identifizieren, welche die Chance erhöhen oder senken, dass Nachrichtenbeiträge eine erkennbare Form konstruktiver Emotionalität aufweisen. Als Prädiktoren fungiert das Rollenverständnis, Menschen zur Teilhabe am politischen Geschehen zu motivieren, wie es der normativen Erwartung entspricht. Zudem wurde die Rolle, Unterhaltung und Entspannung zu bieten, einbezogen, welche einen möglichen Konnex zwischen Emotionalität und alltagsweltlichen Funktionen von Journalismus (vgl. HANITZSCH/VOS 2018: 158) adressiert (vgl. HANITZSCH et al. 2019: 174; HANITZSCH/LAUERER 2019: 142). Die Rolle, dem Publikum eigene Ansichten zu präsentieren (vgl. WEISCHENBERG/MALIK et al. 2006: 111), trägt dem Befund Rechnung, dass Emotionalität mit Standpunktjournalismus in Verbindung gebracht wird (vgl. PANTTI 2010). Innerhalb der politischen Einstellungen von Journalist:innen wird ein partizipatorisches Demokratieverständnis (Prozessdimension) und die politische Orientierung (von links nach rechts) berücksichtigt.

Emotionalität als journalistische Wertung

Wie Tabelle 18 zeigt, hat innerhalb der Deutungsstrukturen der Journalist:innen alleinig das Rollenverständnis, dem Publikum eigene Ansichten zu präsentieren, signifikant positiven Einfluss auf konstruktive Formen von Emotionalität. Die Chance, dass Beiträge von Journalist:innen Formen konstruktiver Emotionalität enthalten, erhöht sich um den Faktor 1,3, wenn Befragte auf der fünfstufigen Skala dieser Rolle einen Skalenpunkt höher angeben. In der deskriptiven Betrachtung bedeutet dies, dass die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche dieser Rolle der Vermittlung eigener Standpunkte »eher« oder »stark« zustimmen, zu 53 Prozent emotionale Elemente enthalten, während es bei den Journalist:innen, die dieser Rolle weniger stark zustimmen, nur 36 Prozent der Beiträge sind. Gleichzeitig stimmen dieser Rolle 18 Prozent aller befragten Journalist:innen »eher« oder »stark« zu. Von der überwiegenden Mehrheit wird sie also klar abgelehnt (vgl. Tab. 5 in Kap. 6.2.3). Die konstruktive Emotionalität der Berichterstattung zeigt sich also in den Sinnstrukturen österreichischer Journalist:innen – entgegen der normativen Erwartung – nicht als Möglichkeit, Menschen zur

Partizipation zu bewegen, sondern vielmehr als Phänomen, das journalistische Standpunkte begleitet.

TABELLE 18

Einfluss von Deutungsstrukturen auf die konstruktive Emotionalität politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	1,137	0,234	0,584
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	1,003	0,010	0,799
Journalistisches Rollenverständnis			
Menschen zur Teilhabe am politischen Geschehen zu motivieren	0,990	0,094	0,912
Unterhaltung und Entspannung zu bieten	1,130	0,089	0,170
dem Publikum eigene Ansichten zu präsentieren	1,282**	0,090	0,006
Politische Einstellungen			
Partizipatorisches Demokratieverständnis (Prozess): bei politischen Entscheidungen Betroffene und involvierte Bürger:innen ihre persönliche Sichtweise einbringen	1,078	0,119	0,528
Politische Orientierung (rechts)	1,034	0,073	0,651
R ² (korrigiert) ¹	12,5% - 12,7%		

Anmerkung: n=746 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

Die qualitativen retrospektiven Rekonstruktionen lassen dabei zwei Richtungen der Interpretation dieses Zusammenhangs zu: Einerseits, dass Journalist:innen emotionale Elemente heranziehen, um ihren Standpunkt zu *unterstreichen*. Andererseits, dass Journalist:innen, welche eigene Ansichten in ihrer Berichterstattung *vermeiden* wollen, auch Emotionalität vermeiden wollen. In ersterem Sinne beschreibt beispielsweise ein Boulevardjournalist (J12) einen stark wertenden Text, den er wie bereits thematisiert aus einem Ungerechtigkeitsempfinden heraus verfasst hat – »weil ich selber einen Schleim⁴³ gehabt habe« –, in für ihn logischer Konsequenz auch als »sehr emotional natürlich geschrieben, ist eh klar«, denn »da steckt ein Herzblut dahinter«. Dies lenkt den Fokus insbesondere auf negative Emotionen im Journalismus (vgl. STUPART 2022). Ähnlich nutzt ein Boule-

43 Österreichisch umgangssprachlich für *verärgert sein*, *Groll hegen*.

vardkollege (J22) emotionale Elemente in einem rekonstruierten Text »um einen [Standpunkt] zu ergreifen, natürlich ja – also standpunktlosen Journalismus halte ich für erstens schlecht und zweitens unmöglich«. Dabei wird nicht nur deutlich, dass Emotionen durchaus als Handlungsantrieb im Sinne des Akteur:innenmodells der *Emotional Person* wirken können. Sie zeigen auch auf, dass emotionale Stilmittel damit als notwendigerweise subjektives Moment begriffen werden. So legt eine Journalistin (J10) dar, sie wende solche Stilmittel an, »weil es meiner Persönlichkeit entspricht und weil es halt meine, ja, meine Marke geworden ist« (J10).

Aufgrund der engen Kopplung zwischen Emotion und Standpunktbezogenheit – und der gleichzeitigen Unparteilichkeitsnorm im österreichischen Journalismus (vgl. Kap. 7.1.2) –, wird Emotionalität teilweise nur bzw. zumindest besonders im dezidiert als solchen ausgewiesenen Meinungsjournalismus als angemessen erachtet. So legt eine Journalistin (J2) aus einem Informationsmedium offen, dass sie in kommentierenden Formaten »versuch[t], die Leser auf einer persönlichen, eher vielleicht emotionaleren Seite anzusprechen« – diesen Modus aber auch nur dort als legitim erachtet. Sie führt aus:

»Wut, Empörung, Betroffenheit, glaube ich, sind [...] für mich eine gute Inspiration für Texte und eine Möglichkeit die Menschen zu erreichen, sei es nur, dass sie es nicht gut finden, aber dann haben sie trotzdem darüber nachgedacht, ob sie sich doch nicht auch empören sollten wie ich oder weil ich eben Leute anspreche, die genauso fühlen wie ich. [...] [I]ch habe kein Problem mit Emotionen – in Kommentaren oder in Kolumnen« (J2).

Dass Emotionen in solchen Text- und Darstellungsformen dargelegt werden (dürfen), wird als transparent nachvollziehbarer und damit auch sozial akzeptierter Umstand erachtet. So legt eine Regionaljournalistin (J9) dar, »in der Analyse ist sozusagen auch dieser Zugang gewünscht, dieser emotionale Zugang«. Im ausgewiesenen Meinungsjournalismus begreifen die Journalist:innen Emotionen als Mittel, ihren Aussagen Nachdruck zu verleihen. So reflektiert eine Printjournalistin aus einem Informationsmedium (J21), durch ihre in einem rekonstruierten Meinungsstück emotionale »Schreibform kann ich klarer machen, was ich denke, als wenn ich sehr nüchtern heruntergeschrieben hätte – das hätte, glaube ich, den Kommentar weniger prägnant gemacht«.

Gleichzeitig konstruieren die Journalist:innen in den qualitativen Interviews den Konnex zwischen Emotionen und Wertungen, in Übereinstimmung mit dem quantitativen Befund, auch dahingehend, dass

durch die *Vermeidung* von Emotionen auch Subjektivität vermieden werden soll. »Nüchternheit [und] der Versuch, objektiv zu sein« (J7), werden dabei als tiefgehend miteinander verwobene Prinzipien begriffen, wie sie Journalist:innen stark internalisiert haben. Eine Vermeidung von Emotionalität bzw. eine Nüchternheit als dominanter Modus der Vermittlung von journalistischen Inhalten wird dabei insbesondere als Ausdruck von Professionalität gesehen. So erklärt eine Journalistin (J14), »das ist wie in jedem anderen Job: Ich glaube, man muss da nüchterner an die Sache rangehen, das muss ein OP-Arzt wie ein Journalist.« Ähnlich betont ein Journalist den Stellenwert von Sachlichkeit:

»Weil ich grundsätzlich schon das Gefühl habe, dass der Journalist zu einem Thema sozusagen einen Schritt zurückgehen sollte. Sollte es nicht zu nahe an sich heranlassen. Sicher gibt's Themen, die einen mehr bewegen als andere. Und sich vielleicht schwerer tut, nüchtern oder sachlich zu berichten. Aber ich glaube, das sollte der Anspruch noch sein, dass man das macht« (J15).

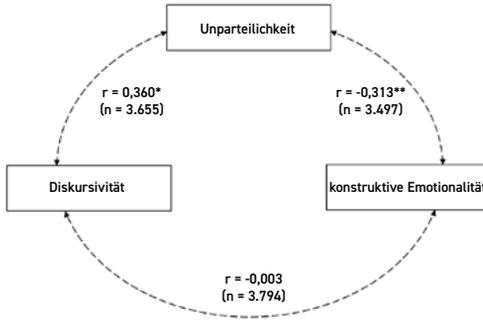
Emotionalität würde im Umkehrschluss die notwendige Distanz zwischen Berichtenden und Berichterstattung aufgeben. Eine Radiojournalistin (J24) nimmt an, mit emotionaleren Anklängen in ihren Arbeiten wäre sie »vielleicht [...] dann mehr der Talkabout, aber das will ich nicht sein. Also ich will, dass es um meine Geschichten geht und nicht um mich als Person.« Die enge Verknüpfung zwischen Emotion und Standpunktbezogenheit geht so weit, dass in den retrospektiven Rekonstruktionen mitunter (Nach-)Fragen in Richtung der einen Dimension mit Ausführungen zur anderen beantwortet wurden (z. B. J20, J22).

Eben weil Nüchternheit ein derart kollektiv geteiltes Deutungsmuster darstellt, können in der Interaktion zwischen Journalist:innen und internen Bezugsgruppen Dynamiken der *Abweichungsdämpfung* (vgl. SCHIMANK 2016: 235) beobachtet werden. So berichtet eine Journalistin, in Bezug auf die Emotionalität ihrer Texte »hat mal jemand gesagt, ein Kollege, [...] ob ich nicht mit ein bisschen weniger Schaum vor dem Mund schreiben kann« (J2). Ähnlich berichtet ein leitender Redakteur (J15), »wenn ich das Gefühl habe, dass ein Kollege oder eine Kollegin zu sehr in einem Thema schon ihre eigenen Emotionen reinpackt, dann versuche ich dann halt mit ihnen zu sprechen«. Zwar gehen diese Dynamiken nicht so weit, dass die Analyse sie als nennenswerten Einfluss innerhalb von Konstellationsstrukturen identifizieren könnte. Sie verdeutlichen jedoch, dass das Ideal einer nüchternen Berichterstattung im Journalismus derart internalisiert ist, dass im Kontext von Emotionalität eine Erinnerung an professionelle Identitätsbehauptung

als möglicher Ansatzpunkt für soziale Beeinflussung (vgl. SCHIMANK 2016: 272) im Sinne einer nüchternen Berichterstattung erachtet wird.

ABBILDUNG 9

Zusammenhänge zwischen Unparteilichkeit, Diskursivität und konstruktiver Emotionalität der Berichterstattung



Anmerkung: Korrelationskoeffizient nach Pearson basierend auf bivariaten Korrelationen; gewichtet anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und der durch den Suchstring erhobenen Grundgesamtheit; * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$

Der enge Konnex zwischen Emotionalität und journalistischer Parteilichkeit in den Sinnstrukturen der Journalist:innen spiegelt dabei auch den wissenschaftlichen Diskurs über Journalismus wider. Auch hier werden Nüchternheit als die Abwesenheit von Emotionen und Unparteilichkeit als die Abwesenheit von Wertungen eng verschränkt. So ordnet McQuail (vgl. 2010: 357; vgl. MCQUAIL/DEUZE 2020: 385) der Unparteilichkeit der Berichterstattung auch den Aspekt zu, emotionale Sprache oder Bilder zu vermeiden. Auch in einer Analyse journalistischer Lehrbücher (vgl. HOPPER/HUXFORD 2017) zeigt sich, dass »das Streben nach Objektivität auch den Versuch, Emotionen möglichst aus der journalistischen Arbeit auszuschließen« (LÜNENBORG/MEDEIROS 2023: 314) bedeutet. In den Deutungsstrukturen von Journalist:innen als Ausdruck teilsystemischer Orientierungen findet damit ein Konnex zwischen Emotionalität und Wertungen Wiederhall, der auch in anderen Sphären der Aushandlung journalistischer Logiken perpetuiert wird – obwohl beides theoretisch unterschiedliche Konzepte darstellt. Schließlich bildet sich dieser Zusammenhang nicht nur in den Relevanzsetzungen der Journalist:innen als Handelnde ab, sondern auch in der

Berichterstattung als das Ergebnis ihres Handelns. Auf Ebene der einzelnen Artikel korreliert die Unparteilichkeit und die konstruktive Emotionalität der Berichterstattung signifikant negativ (vgl. Abb. 9). Emotionalität und Standpunktbezogenheit werden demnach nicht nur nicht unabhängig voneinander gedacht, sondern auch nicht unabhängig voneinander realisiert.

*Marginale Anerkennung des aktivierenden Potenzials von
Emotionalität*

Wie dargelegt hat das Rollenverständnis, Menschen zur Teilhabe am politischen Geschehen zu motivieren, keinen Einfluss auf die konstruktive Emotionalität der Berichterstattung (vgl. Tab. 18). Ob und wie stark Journalist:innen diesen Anspruch verfolgen – 54 Prozent stimmen dieser Rolle immerhin »eher« oder »stark« zu (vgl. Tab. 5 in Kap. 6.2.3) –, steht also in keiner systematischen Beziehung dazu, wie stark die Journalist:innen konstruktiv-emotionale Elemente in ihren Arbeiten realisieren. Die Anerkennung des aktivierenden Potenzials von Emotionalität, wie sie der partizipatorisch-demokratischen Idee entspricht, ist innerhalb der retrospektiven Rekonstruktionen in den Sinnstrukturen der Journalist:innen jedoch nicht gänzlich abwesend. So gibt ein Journalist (J17) an, durch emotionale Anklänge in seinen Texten nicht »nur informieren, sondern auch vielleicht bewegen, zum Nachdenken anregen« bzw. »einfach mitreißen, sage ich jetzt mal, und zu einer Reaktion animieren« möchte, wie es der partizipatorischen Erwartung entspricht. Auch eine Kollegin (J2) hat das aktivierende Potenzial von Emotionen vor Augen, wenn sie angibt, »dass es so Themen gibt, die wir eigentlich mit noch viel mehr Schaum vor dem Mund behandeln müssen – sonst bewegt sich überhaupt nichts weiter«. Dies wird damit begründet, dass Emotionen und Emotionalität als ein grundlegender Antrieb sozialen Handelns begriffen wird und damit auch politischem Handeln zugrunde liegt. Eine Printjournalistin führt in diesem Kontext aus:

»Weil letztlich ist alles eine Sache der Emotion. Weil wenn mich etwas emotional überhaupt nicht anspricht, das beginnt beim Wählen und hört auf keine Ahnung beim Einkauf, dann werde ich es nicht kaufen und dann werde ich nicht wählen und letztlich sind wir gefühlvolle Wesen und nicht Roboter, die nur Fakten wollen« (J10).

Die Anerkennung des aktivierenden Potenzials von Emotionalität ist dabei aber im doppelten Wortsinne marginal: Der quantitative Befund zeigt, dass die durchaus vorhandene Intention, Bürger:innen zur Partizipation zu bewegen, in der überwiegenden Mehrheit offenbar nicht in Form einer

Berichterstattung umgesetzt wird, die auch Emotionalität zulässt. Die dargelegten Beispiele eint zudem, dass sie von Journalist:innen artikuliert werden, die sich in ihren Wirkungsbereichen am Rande des Nachrichtenjournalismus auf unterschiedliche Weise weitgehend vom tagesaktuellen Geschehen emanzipiert haben. Dies verschafft ihnen überdurchschnittlichen Freiraum, in ihrem Arbeiten eigenen Maximen zu folgen.

Emotionen als Teil der erlebten Realität

Auch wenn die überwiegende Mehrheit der Berichterstattung auf Emotionen verzichtet, so finden sich in einem guten Drittel der analysierten Arbeiten dennoch Formen konstruktiver Emotionalität. Deren Rekonstruktion mit ihren Urheber:innen fördert zu Tage, unter welchen Umständen – trotz der Rahmenbedingungen, die gegen sie sprechen – Intentionen für die Realisierung von Emotionalität in der Berichterstattung handlungsleitend umgesetzt werden. Gemäß den Sinnstrukturen der Journalist:innen versuchen sie Emotionen dann in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen, wann sie als integraler Bestandteil der erlebten sozialen Realität angesehen werden, über die sie berichten. »Wenn ein politisches Thema daher kommt, das mit Emotionen verbunden ist, finde ich, ist es schon logisch, dass man das auch beschreibt«, legt beispielsweise eine Regionaljournalistin (J6) offen. Eine andere Journalistin erklärt die Verwendung emotionaler Anklänge damit, dass »es Dinge gibt, die uns emotional bewegen – und die uns bewegen sollten, also man sollte [z. B.] bei Rassismus ruhig Gefühle haben, das kann man nicht rationalisieren« (J2). In diesem Sinne verfolgen die Journalist:innen mit Emotionalität keine konkreten *Absichten* (vgl. SCHIMANK [2016: 33] nennt dies »Um-zu-Motive«, also Handlungsmotive, die auf einen bestimmten Zweck abzielen), wie dies beim Versuch der Fall wäre, Bürger:innen durch Emotionen zur Partizipation zu motivieren. Das Transportieren von Emotionen erscheint ihnen vielmehr als logische *Folge* des Anspruchs, die von ihnen erlebte Realität angemessen abzubilden (wie es analog einem »Weil-Motiv« entspricht). Eine Regionaljournalistin führt dies plastisch anhand der Berichterstattung über eine Demonstration aus:

»Das [...] war ein emotional behaftetes Ereignis und zwar in jeder Hinsicht. Also die Leute, die dort runtergezogen sind, waren glücklich, dass sie dabei sein durften, beflügelt von der eigenen Kraft, sind zum Teil mit ihren Familien da Fähnchen schwenkend und sonst was durch die Lande gezogen, Transparente selbst gemalte und gebastelte, es war eine unglaublich positive Stimmung von dem her, [...] das hat diese

Leute ja tatsächlich auch emotional bewegt. Das heißt, so eine Veranstaltung ohne Emotionen zu schreiben, ja, das wäre eher widernatürlich, sage ich jetzt mal« (J6).

Dieses Abbilden von Emotionen als Teil der Realität bezieht sich primär auf Emotionen, welche die Quellen der Berichterstattung an den Tag legen. Ein Journalist (J5) begründet die emotionale Darstellung einer Quelle damit, dass »das seine wichtigste Grundaussage war, in der Not, in der er steckt, und die Emotion ist in dem Fall durchgehend seine, nicht meine«. Ähnlich erklärt eine Journalistin (J18), in einer ihrer Arbeiten »transportieren Emotionen mehr die anderen Menschen, die zu Wort kommen«. Für sie bedeutet das, »da kann ich mich zurücknehmen, quasi, wenn das eh andere transportieren«. Einem Teilaspekt, dem Journalist:innen in diesem Kontext besondere Bedeutung beimessen, sind Emotionen, die in ihrer Sicht wichtig für ein Verständnis des Handelns von Politiker:innen sind. So betont eine Journalistin (J10), nur durch das Darlegen von Emotionen wird »verständlich, warum ein Politiker so handelt, wie er handelt«, was letztlich die Grundlage dafür ist, dass Rezipient:innen diesen »Politiker besser einordnen und besser verstehen«. Ähnlich argumentiert eine Kollegin (J13), sie wollte in einem Beitrag herausarbeiten wie »sich Trump und Putin vertragen« und muss dazu »ein bisschen was herausfühlen«. Die Journalist:innen nehmen an, im politischen Geschehen »spielen Emotionen schon eine große Rolle« (J6) und werden »sehr oft dann handlungsleitend [...] für diese Personen« (J6). Dadurch, dass Emotionen damit als entscheidend für die »Bewältigung auch von dann ganz objektiven Sachverhalten« (J6) innerhalb der politischen Sphäre werden, werden sie zu einem integralen Teil der zu berichtenden Realität. Durch diese Externalisierung der Quelle von Emotion können Journalist:innen wiederum Konformität mit dem Repertoire ihrer professionellen Rollen herstellen, ist doch der Anspruch »die Realität genauso abzubilden, wie sie ist« (KALTENBRUNNER et al. 2020: 162; vgl. WEISCHENBERG/MALIK et al. 2006: 102) integraler Bestandteil einer hiesigen Journalismuskultur. Dieses Rollenverständnis wird aber üblicherweise als Ausdruck einer »erkenntnistheoretisch durchaus etwas naiven Idee« interpretiert (vgl. HANITZSCH/LAUERER 2019: 140) und in die Nähe von distanzierter und möglichst uninvolvierter Beobachtung gerückt (vgl. HANITZSCH/VOS 2018: 153). Der qualitative Befund, dass Journalist:innen Emotionen dann abbilden, wenn es ihnen als Ausdruck des Abbildens der Realität erscheint, erklärt damit nicht nur das rollenkonforme und interferenzfreie Realisieren einer emotionalen Berichterstattung. Es zeigt auch plastisch auf, inwiefern ein *Role Making*

als »spezifische und situative Rollenaushandlung« (SCHIMANK 2016: 67) ein komplexer und durchaus kreativer Prozess sein kann.

7.3.3 *Aushandlung von konstruktiver Emotionalität entlang von Erwartungsstrukturen*

Um zu beantworten, inwiefern Formen von konstruktiver Emotionalität von den Erwartungsstrukturen im Journalismus abhängen, wurde eine weitere Serie generalisierter linearer gemischter Modelle berechnet. Wie Tabelle 19 zeigt, haben rechtliche Rahmenbedingungen einen signifikant negativen Einfluss auf den Emotionalisierungsgrad der Berichterstattung. Geben die Befragten auf der fünfstufigen Skala des empfundenen Einflusses des rechtlichen Rahmens einen Skalenpunkt höher an, so vermindert sich die Chance, dass ein Nachrichtenbeitrag emotionale Anklänge enthält, um den Faktor 0,9. Deskriptiv gesprochen weisen die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche medienrechtliche Rahmenbedingungen in Österreich als »sehr« oder »extrem« einflussreich auf ihr journalistisches Arbeiten erachten, zu lediglich 36 Prozent emotionale Elemente auf, während es bei den Journalist:innen, die diese als weniger einflussreich befinden, 43 Prozent der Beiträge sind. Umgekehrt gedacht wirkt sich die Wahrnehmung rechtlicher Erwartungen signifikant positiv auf die Sachlichkeit bzw. Nüchternheit der Berichterstattung aus – wie sie aus partizipatorischer Warte zwar die normativ wünschenswerte Breite der journalistischen Darstellungslogiken beschneidet, aus repräsentativer Warte aber der normative Anspruch ist.

Sachlichkeit als rechtlich kodifizierte Erwartung

Obwohl die quantitativen Modelle wie dargelegt nicht angemessen zwischen den unterschiedlichen organisationalen Kontexten differenzieren können, in denen Journalist:innen arbeiten (vgl. Fußnote 33), zeigt die qualitative Analyse, dass sich ein Konnex zwischen der Vermeidung von Emotionalität und rechtlichen Erwartungen primär bei Journalist:innen öffentlich-rechtlicher Medien abbildet. Wie angesprochen verpflichtet das ORF-Gesetz dort tätige Journalist:innen nicht nur zur Unparteilichkeit, sondern gemäß den gesetzlich geregelten Programmgrundsätzen haben öffentlich-rechtliche Medieninhalte auch »sachlich zu sein« (ORF-Gesetz 2022, § 10, Abs. 7). Sachlichkeit als die Abwesenheit von Emotionen und

TABELLE 19

Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die konstruktive Emotionalität politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	1,185	0,248	0,496
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	1,004	0,010	0,698
Erwartungen			
medienrechtliche Rahmenbedingungen in Österreich	0,851*	0,075	0,033
Ehrenkodex des Österreichischen Presserats	0,895	0,091	0,226
Blattlinie der Redaktion	1,208†	0,097	0,051
Publikumserwartungen	0,953	0,098	0,622
R ² (korrigiert) ¹	11,6% - 12,0%		

Anmerkung: n=746 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze.

Unparteilichkeit als die Abwesenheit von Wertungen werden sowohl in den rechtlichen Rahmenbedingungen als auch in den Sinnstrukturen österreichischer Journalist:innen eng miteinander verknüpft (vgl. Kap. 7.1.2). Vor diesem Hintergrund scheint der Prozess, in dem öffentlich-rechtliche Rahmenbedingungen an Journalist:innen handlungsrelevant vermittelt werden (wie in Kap. 7.1.3 bzgl. der Unparteilichkeit eingehend dargelegt), auch auf beide dieser Dimensionen abzielen. In diesem Sinne orientieren sich die Sinnstrukturen öffentlich-rechtlicher Journalist:innen in den qualitativen Rekonstruktionen stark an einer Erwartungshaltung der »Nüchternheit«, wie es ein öffentlich-rechtlicher Radiojournalist (J7) bezeichnet. Ähnlich befindet eine öffentlich-rechtliche TV-Journalistin (J13), »Sachlichkeit ist, glaube ich, ein Anspruch, den wir an uns gesunderweise stellen«.

Emotionalität durch boulevardeske redaktionelle Linien

Ein ähnlicher Befund lässt sich für den Einfluss von redaktionellen Linien auf die Emotionalität feststellen. Hier verpasst in den quantitativen Modellen ein positiver Einfluss der redaktionellen Linie auf die konstruktive Emotionalität das übliche Signifikanzniveau und ist nur auf einem Niveau von 10 Prozent signifikant (vgl. Tab. 19). In der deskriptiven Betrachtung zeigt sich dennoch, dass sich die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche die

redaktionelle Linie ihrer Redaktion als »sehr« oder »extrem« einflussreich wahrnehmen, zu 46 Prozent emotionaler Stilmittel bedienen, während es bei den restlichen Journalist:innen, die diese als weniger einflussreich empfinden, 38 Prozent der Beiträge sind. Die qualitative Analyse legt nahe, dass dies – analog zur Unparteilichkeit (vgl. Kap. 7.1.3) – auf die als vergleichsweise prägnant empfundenen redaktionellen Linien der Boulevardmedien zurückzuführen ist. »Der Boulevard arbeitet mehr mit Emotionen insgesamt« (J10), das erscheint für die Boulevardjournalist:innen in den qualitativen Interviews ein kaum hinterfragenswerter Umstand. »Ich glaube, wenn man sich diese Marke aufgebaut hat oder diese Nische bedient, dann gibt es natürlich die Erwartung« in Richtung emotionalisierender Berichterstattung, wie eine Boulevardjournalistin (J10) ausführt. Dies wird auch als Abgrenzungsmerkmal gegenüber anderen Medien angeführt. »[W]ir sind jetzt nicht ›Der Standard‹ oder keine Ahnung«, führt ein leitender Boulevardjournalist (J12) bei der Rekonstruktion eines emotionalen Textes aus, und führt den Umstand, »dass man schon Emotionen reinbringen sollte«, als Abgrenzungsmerkmal an. Vor dem Hintergrund, dass die Emotionalität in der inhaltsanalytischen Betrachtung eine klar trennende Achse zwischen den Boulevardmedien und den Informationsmedien bzw. dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk darstellt (vgl. Kap. 7.3.1) und Boulevardjournalist:innen aktiv eine derartige Erwartungshaltung artikulieren, erscheint dieser Zusammenhang auch ohne den quantitativen Nachweis der (die Organisationsebene nicht explizit berücksichtigenden) statistischen Modelle valide.

Ob boulevardeske Blattlinien jedoch *konstruktive* Formen von Emotionalität evozieren, kann die Analyse nicht abschließend beantworten – es finden sich Hinweise in beide Richtungen. Einerseits bezeichnet sich beispielsweise eine Journalistin (J10) als die »gefühlvolle Stimme« eines boulevardesken Medienangebots und möchte – nah an der normativ-partizipatorischen Erwartung – »die Themen fühlbar und auch verständlicher« vermitteln und so »quasi Themen ins Leben der Menschen hinein[holen], die sonst vielleicht gar keine Beachtung finden würden«. Andererseits begreift eine Kollegin (J14) ihren »unaufgeregt[en]« Schreibstil in ihrem Boulevardumfeld nahezu als Mangel und führt aus: »Ich kann das nicht so gut, so reißerisch schreiben [...], obwohl ich da Kollegen teilweise darum beneide, die das teilweise so richtig gut können«. Auch wenn sie glaubt, dies kompensieren zu können – »die Geschichten funktionieren so auch« –, betont sie die Bandbreite der Stilstiken ihres Medienangebots, bei dem manche »halt eher nüchterner, andere eher emotionaler und reißerischer« schrei-

ben, was kaum für konstruktive Formen von Emotionalität spricht. Ähnlich erklärt ein Boulevardjournalist (J22), dass es ein »Korrektiv [braucht], um zum Beispiel jetzt beleidigende Untergriffe zu vermeiden, die einem vielleicht sonst aus der Feder fließen würden«. Auch wenn er angibt, dass es »der Zeitung auch guttut, wenn man nicht gar zu aggressiv wird«, so betont es, wie normalisiert inzivile Formen von Emotionalität im Boulevard begriffen werden. Boulevardeske redaktionelle Linien lassen sich zusammenfassend also als ermöglichende Erwartungsstruktur beschreiben, welche Emotionalität in der Berichterstattung zulassen, wie sie in anderen Medientypen kaum interferenzlos realisiert werden könnte. Gleichzeitig lassen sie eine Bandbreite von emotionalen Anklängen zu, welche dem Kriterium der Konstruktivität bzw. Zivilität nicht nur keinen expliziten Wert beimisst, sondern dieses mitunter eklatant verletzt.

7.3.4 *Aushandlung von konstruktiver Emotionalität in Konstellationsstrukturen*

Eine letzte Serie generalisierter linearer gemischter Modelle spannt den Rahmen für die Frage auf, wie konstruktive Emotionalität in der Berichterstattung in Konstellationsstrukturen verhandelt wird. Wie Tabelle 20 zeigt, erweist sich zwar keiner der von konkreten Akteur:innen ausgehenden Einflüsse als signifikanter Prädiktor. Unter den davon abgeleiteten abstrakten Einflussgrößen besitzen jedoch Überlegungen in Bezug auf Werbung als Ausdruck einer ökonomischen Maxime einen signifikant positiven Einfluss auf die Emotionalität. Je stärker Journalist:innen werbliche Überlegungen wahrnehmen, desto stärker realisieren sie emotionale Elemente in ihrer Berichterstattung. Geben Journalist:innen auf der fünfstufigen Skala des empfundenen Werbeeinflusses einen Skalenpunkt höher an, so erhöht sich die Chance auf emotionale Anklänge in einer journalistischen Arbeit um den Faktor 1,6. In der deskriptiven Betrachtung bedeutet das, dass die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche »keinen Einfluss«⁴⁴ durch Überlegungen in Bezug auf Werbung wahrnehmen, zu 30 Prozent emotionale Elemente enthalten, während es bei den verblei-

44 Aufgrund erwartbar deutlich unterschiedlicher Verteilungen (vgl. Kap. 6.2.3) mussten die Skalen der Befragung für die deskriptive Illustration unterschiedlich dichotomisiert werden.

benden Journalist:innen, welche einen solchen Werbeinfluss zumindest grundsätzlich wahrnehmen, 49 Prozent der Beiträge sind. Werblischen Überlegungen sprechen 64 Prozent aller Befragten gar »keinen Einfluss« zu, und weitere 30 Prozent bezeichnen einen solchen als »relativ gering«, während in Summe nur 2 Prozent einen »relativ starken« bis »extremen« Werbeinfluss verspüren (vgl. Tabelle 7 in Kap. 6.2.3). Sie nehmen also in der Wahrnehmung der Journalist:innen einen im Vergleich zu anderen Einflüssen nachrangigen Stellenwert ein. Dennoch besitzen sie offenbar handlungsleitende Relevanz und schlagen sich in der manifesten Berichterstattung nieder.

TABELLE 20

Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die konstruktive Emotionalität politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	1,311	0,230	0,240
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	1,013	0,010	0,224
Einfluss von Akteur:innen			
Eigentümer:innen des Medienbetriebs	1,035	0,171	0,842
Vorgesetzte und leitende Redakteur:innen	1,081	0,139	0,578
Kolleg:innen im Unternehmen	1,076	0,141	0,602
Politiker:innen	1,216	0,188	0,301
Beamten:innen in Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen	0,906	0,217	0,650
Interessengruppen wie NGOs und NPOs und politische Bewegungen	0,771	0,191	0,177
Abstrakte Einflüsse			
Überlegungen in Bezug auf Werbung	1,571*	0,225	0,049
Profterwartungen ihres Betriebes	0,955	0,136	0,734
Verfügbarkeit von Ressourcen für die Berichterstattung	0,989	0,109	0,917
zeitlicher Druck	0,907	0,123	0,428
Autonomie			
Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Betonung von Aspekten einer Geschichte	1,143	0,185	0,471
R ² (korrigiert) ¹	11,9% - 13,1%		

Anmerkung: n=746 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

Emotionalität und ökonomisches Kalkül

In den qualitativ zugänglich gemachten Relevanzstrukturen der Journalist:innen kommen werbliche Überlegungen auf explizite Art nicht vor, sondern stellen in den Interviews eine Leerstelle dar; schließlich waren die Rekonstruktionen, wie dargelegt, so aufgebaut, dass sie für bestimmte Formen von journalistischer Qualität konstitutive Sinnstrukturen identifizieren und nicht zwingend alle theoretisch in Betracht kommenden Einflüsse abdecken sollten. In den Rekonstruktionen wird von den Journalist:innen jedoch ein Konnex zwischen generellen ökonomischen Maximen und Emotionalität hergestellt. Emotionalität wird als probates Mittel gesehen, Aufmerksamkeit und Interesse für die Berichterstattung zu generieren. So gibt ein Printjournalist (J₁) an, ein emotionaler Anklang in seinen Texten »findet sich sicher öfters, weil das ganz wichtig ist meiner Meinung nach, weil das den Leser in die Geschichte hineinzieht«. Eine TV-Journalistin (J₃) meint in Bezug auf den Emotionalisierungsgrad eines Beitrags, »es geht schon auch drum, dass [...] man die Zuschauer auch ein bisschen reinzieht«, denn »dass die sich nicht ein Bier holen während der Geschichte natürlich, wäre halt gut«. Dass Emotionalität dafür sorgt, dass die Berichterstattung »das Publikum interessiert« (J₆), »animieren [soll], dass sie [einen] Text lesen« (J₁₅) und dabei hilft, »die Leute dran zu halten« (J₈), ist dabei jedoch kein Selbstzweck. Das aufmerksamkeitsgenerierende Moment von Emotionalität wird – über die Medientypen hinweg – vielmehr an ökonomische Überlegungen geknüpft. So legt ein leitender Redakteur (J₁₂) offen, »in Zeiten wie diesen, wo die Leserzahlen [...] zurückgehen, glaube ich sehr wohl, dass man mit Emotionen arbeiten kann und soll«. Ähnlich argumentiert ein Regionaljournalist (J₅), »wenn ich ihn nicht in der Geschichte halte, werde ich ihn auf Sicht nicht als Leser halten können – also wenn ein Leser [...] das Gefühl hat, das interessiert mich gar nicht, dann würde ich das für existenzgefährdend für einen Journalisten halten«. Ein Kollege aus dem Informationsjournalismus bringt dies anhand einer seiner Arbeiten besonders plastisch auf den Punkt:

»Ein Rieseninteresse an dieser menschlich emotional berührenden, aber [...] völlig belanglosen Kleinigkeit. [...] Ein durchschlagender Erfolg so ein Artikel. [...] Es ist vollkommen klar, wenn man die Leute emotional abholt und ja, ich habe es da auch versucht, weil ich es irgendwie im Hinterkopf immer habe, dass das auch sein muss [...]. Wir brauchen Leser und Leserinnen. Selbstverständlich. [...] Wir brauchen einfach die Aufmerksamkeit. Sie verstehen mich vollkommen richtig, [...] das tue ich,

weil wir einfach Aufmerksamkeit erzeugen wollen. Also man darf nicht glauben, sozusagen, die Weitergabe purer Nachrichten kann eine Zeitung am Leben halten, das ist ein Unsinn, das wird nicht gehen. [...] [W]enn du die Leute emotional erreichst, hast du gewonnen« (J11).

Ähnlich wie mit dem Generieren von Aufmerksamkeit wird Emotionalität auch mit anderen Dimensionen von Journalismus in Verbindung gebracht, von denen angenommen wird, dass sie zu einer hohen Reichweite beitragen können. So wird beispielsweise ein Zusammenhang zwischen »Emotion und Spannung« (J9) angenommen. Außerdem führt beispielsweise ein Journalist (J12) aus, »ich bin ja [...] zu einem gewissen Teil bin ich auch ein Unterhalter und unterhalten kann man eben mit Emotionen«. Obwohl der instrumentelle Charakter von Emotionen in der Berichterstattung als Mittel zur Reichweitensteigerung wie dargelegt vielfach aktiv reflektiert und auch im ökonomischen Sinne unterstützt wird, kommt es dabei auch zu Interferenzen mit professionellen Selbstbildern, welche einer ökonomischen Maxime widersprechen. So führt eine überregionale Informationsjournalistin aus:

»Es gibt schon so Kämpfe manchmal, wo unsere Online-CvDs⁴⁵ Titel verändern, zuspitzen, irgendwas – ich sage oft, böseartig ein bisschen, ich kenne das Spiel: Gib dem Affen Zucker! Ich weiß ja, mit welchen Wörtern im Titel ich die Leute online ködern kann. [...] Also das ist, da kannst du dein Vermögen verwetten und das ist eine Dynamik, die ich eigentlich von meinem journalistischen Verständnis her nicht so goutiere, dieses zuspitzen Müssen, eben weil es online dann auf die Zugriffe so ankommt« (J21).

Ob diese durch ökonomische Maxime motivierten Formen von Emotionalität in einem konstruktiven Sinne gedacht werden, erschließt sich in der qualitativen Teilstudie ebenfalls nicht und bleibt eine Leerstelle.

7.3.5 *Zwischenfazit: Absage an partizipatorische Potenziale unter dem Primat der Aufmerksamkeitsökonomie*

Konstruktive Emotionalität stellt in der vorliegenden Studie einen Nachrichtenqualitätsstandard gemäß einer partizipatorischen Vorstellung von Demokratie dar. Einerseits sollen Bürger:innen durch eine emotionale

45 Chef:innen vom Dienst, also leitende Journalist:innen.

Ansprache aktiviert und zur Partizipation motiviert werden. Andererseits sollen emotional dargebrachte Perspektiven in der Berichterstattung zugelassen werden, um nicht auf eine hegemoniale Weise Gesellschaftsmitglieder, die in Sachverhalte emotional involviert sind, von öffentlichen Diskursen auszuschließen. In der Inhaltsanalyse zeigt sich, dass österreichische Medien konstruktive Formen von Emotionalität nur in einem vergleichsweise geringen Umfang realisieren und nur etwas mehr als ein Drittel der Beiträge solche aufweisen. Die Emotionalität stellt dabei eine trennende Achse zwischen den Boulevardmedien, die unisono überdurchschnittlich emotional berichten, und den Informationsmedien bzw. dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk dar. Außerdem finden sich in Online-Medien mehr emotionale Elemente als in ihren analogen Pendanten. Aus partizipatorischer Perspektive ist die geringe Ausprägung einer solchen aktivierenden Nachrichtenqualität als kritisch zu bewerten – aus repräsentativer Perspektive im Sinne eines hohen Maßes an sachlich-nüchternen Berichterstattung jedoch als positiv. Um gemäß den Forschungsfragen FF1c und FF3c die Entstehungsbedingungen konstruktiver Emotionalität in der Berichterstattung zu verstehen, wurden zunächst getrennt für die Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen Regressionsmodelle berechnet und Prädiktoren identifiziert. Werden alle Faktoren in einem gemeinsamen Modell berücksichtigt (vgl. Tab. 37 in Anhang I), so zeigt sich, dass die Effektstärken der einzeln identifizierten signifikanten Prädiktoren stabil bleiben. Sie besitzen also auch im Zusammenspiel Relevanz.

Hinsichtlich des ›Wollens‹ von Journalist:innen hat alleinig das Rollenverständnis, dem Publikum eigene Ansichten zu präsentieren, signifikanten Einfluss auf die Emotionalität der Berichterstattung. Die Absicht, Menschen zur Teilhabe am politischen Geschehen zu motivieren, besitzt – entgegen der normativen Erwartung – keinen systematischen Einfluss. Die qualitative Analyse differenziert den quantitativen Befund dahingehend, dass Journalist:innen einerseits emotionale Elemente verwenden, um ihren Standpunkt zu unterstreichen und deshalb vielfach nur in dezidierten Meinungsformaten als angemessen erachten. Andererseits versuchen Journalist:innen, durch die Vermeidung von Emotionen auch Subjektivität zu vermeiden, wie es insbesondere als Maßgabe der Professionalität begriffen wird. Der negative Zusammenhang zwischen Emotionalität und Unparteilichkeit bildet sich nicht nur in den Sinnstrukturen der Journalist:innen ab, sondern auch in ihrer Berichterstattung als Ergebnis journalistischen Handelns. Ein aktivierendes Potenzial von Emotionali-

tät gemäß eines partizipatorischen Demokratieverständnisses wird unter österreichischen Journalist:innen nur marginal anerkannt – und wenn dann von Journalist:innen reflektiert, welche abseits des tagesaktuellen Informationsjournalismus tätig sind. Qualitativ zeigt sich zudem, dass Emotionen in der Berichterstattung dann realisiert werden, wenn sie als integraler Teil der erlebten Realität betrachtet werden, die es zu berichten gilt. Durch eine solche Externalisierung der Quellen von Emotionalität stellen die Journalist:innen wiederum Konformität mit ihrem Repertoire professioneller Rollen her. Gleichzeitig betont der Befund den kreativen und situativen Prozess der Rollenaushandlung. In den Sinnstrukturen von Journalist:innen ist zusammenfassend die *Anwendung* von Emotionalität als aktivierendes Moment nur schwach angelegt und interferiert mit einem der Mehrheitskultur entsprechenden Unparteilichkeitsstreben, das eng an Nüchternheit geknüpft begriffen wird. Das *Zulassen* von emotionalen Perspektiven durch in der Berichterstattung zu Wort kommende Akteur:innen lässt sich für die Journalist:innen leichter in Übereinstimmung mit ihren Deutungsstrukturen bringen. Letzteres wird jedoch primär auf Akteur:innen des politischen Zentrums bezogen, wo Emotionalität als handlungsleitendes Moment als wichtig für ein Verständnis für deren Handeln begriffen wird, wie es einem partizipatorisch-demokratischen Ideal wiederum zuwiderläuft.

Hinsichtlich des ›Sollens‹, also der normativen Erwartungen, die an Journalismus gestellt werden, erweisen sich rechtliche Rahmenbedingungen als negativer Prädiktor für die konstruktive Emotionalität bzw., invers formuliert, als positiver Prädiktor für die Sachlichkeit der Berichterstattung. Die qualitative Analyse zeigt, dass sich dieser Einfluss primär auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bezieht, wo – wie im Rahmen der Unparteilichkeit dargelegt – rechtliche Rahmenbedingungen durch Aushandlungsprozesse mit internen und externen Bezugsgruppen handlungsleitend werden. Der rechtlich kodifizierte gesellschaftliche Auftrag an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in dem Unparteilichkeit und Sachlichkeit miteinander verknüpft sind, erklärt als handlungsleitende Dimension damit auch beide Dimensionen in der manifesten Berichterstattung. Quantitativ besitzen innerhalb der Erwartungsstrukturen zudem redaktionelle Linien keinen signifikanten Einfluss. Qualitativ erweisen sich boulevardeske redaktionelle Linien jedoch als klar handlungsleitende Struktur und Journalist:innen artikulieren Emotionalität als dezidiertes Abgrenzungsmerkmal gegenüber anderen Medientypen, was

zudem eng mit den inhaltsanalytischen Befunden korrespondiert. Dabei finden sich qualitative Hinweise auf konstruktive und damit potenziell partizipationsfördernde Formen emotionaler Bezüge, aber auch auf klar destruktive und inzivile Formen von Emotionalität in der Berichterstattungslogik des Boulevards.

Auf Ebene des ›Könnens‹ zeigen sich Überlegungen in Bezug auf Werbung als Ausdruck einer ökonomischen Maxime als signifikanter Prädiktor für die Emotionalität der Berichterstattung. Werbevermarktung scheint zwar in den Sinnstrukturen der Journalist:innen nicht als explizite Dimension auf. Dennoch knüpfen die Journalist:innen Emotionalität als aufmerksamkeitsgenerierendes und damit reichweitensteigerndes Element – über die Medientypen hinweg – dezidiert an ökonomische Erwägungen. Auch wenn das dem normativ wünschenswerten konstruktiven Charakter von emotionaler Adressierung nicht zwingend zuwiderläuft, so kann nicht davon ausgegangen werden, dass Konstruktivität in dieser nutzenkalkulierenden Perspektive aktiv angestrebt wird. Die Aushandlung der konstruktiven Emotionalität der Berichterstattung erscheint zusammenfassend als differenzierter Prozess, in dem alle drei der theoretisch argumentierten Strukturebenen handlungsleitende Relevanz besitzen. Alle quantitativ wie qualitativ identifizierten Einflussfaktoren – das Rollenverständnis, eigene Standpunkte zu transportieren, werbliche Überlegungen und boulevardeske Blattlinien als positive Einflüsse sowie rechtliche Rahmenbedingungen als negativer Einfluss – zeigen jedoch, dass der österreichische Journalismus dem partizipatorischen, aktivierenden Potenzial emotionaler Formen von Journalismus eine weitgehende Absage erteilt. Emotionalität wird vielmehr unter dem Primat einer Aufmerksamkeitsökonomie als Mittel eingesetzt, um Aufmerksamkeit zu erregen und in kommerziell nutzbare Reichweiten zu übersetzen.

8. JOURNALISTISCHE AUSHANDLUNG DER MEDIALEN REPRÄSENTATION VON AKTEUR:INNEN

8.1 Parteipolitische Akteur:innen

8.1.1 *Mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen*

Wem wird im politischen Journalismus eine Stimme gegeben und wessen Perspektiven prägen damit die durch Journalismus hergestellte Öffentlichkeit? Das ist die Kernfrage hinter der Analyse der Vielfalt medialer Repräsentation. Bevor gemäß den Forschungsfragen die journalistische Aushandlung medialer Repräsentation analysiert wird, wird deshalb aufgezeigt, wer im österreichischen Journalismus überhaupt in welchem Umfang zu Wort kommt. Den Anfang macht die Vielfalt von *parteipolitischen Akteur:innen*, deren mediale Repräsentation aus Sicht des repräsentativen Demokratiemodells normativ gefordert wird und einer *deskriptiven Nachrichtenqualität* zugeordnet wurde (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Für diesen Zweck wurde der Anteil der Beiträge, in denen parteipolitische Akteur:innen mindestens einmal codiert wurden (vgl. Kap. 6.1.2 zur Operationalisierung der inhaltsanalytischen Variablen) pro Outlet berechnet (vgl. Tab. 21). Wie für alle deskriptiven Analysen wurden die Inhaltanalysedaten auch für diese Berechnungen gewichtet (vgl. Fußnote 30). Ein Chi-Quadrat-Test zeigt, dass sich die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen signifikant zwischen den Outlets unterscheidet, jedoch laut Cramer's V nur ein schwacher Zusammenhang (vgl. COHEN 1988) vorliegt. Die Artikulationschancen von parteipolitischen Akteur:innen im Generellen hängen also nur mäßig stark vom jeweiligen Medienoutlet ab.

Um zu überprüfen, inwiefern die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen einem *Proporzgedanken* entspricht, laut dem die mediale Repräsentation proportional den durch Wahlen ausgedrückten Bevölkerungspräferenzen entsprechen sollte, wurden pro Outlet die jeweiligen Abweichungen zwischen den Parteien aller medial repräsentierten Akteur:innen und dem Ergebnis der im Vergleich zur analysierten Berichterstattung letzten Nationalratswahl 2017 (vgl. BUNDESWAHLBEHÖRDE 2017) aufsummiert. Ein niedriger Wert gibt demnach eine enge Entsprechung zum Proporzgedanken an. Um zu überprüfen, inwiefern die mediale Repräsentationsleistung dem Gedanken der *Chancengleichheit* entspricht, laut dem alle Parteien etwa im gleichen Umfang vorkommen sollten, wurden pro Outlet die jeweiligen Abweichungen zwischen den Parteien aller medial repräsentierten parteipolitischen Akteur:innen und einer Gleichverteilung der Parteien aufsummiert. Auch hier drückt ein niedriger Wert eine enge Entsprechung zum Prinzip der Chancengleichheit aus.⁴⁶

Insgesamt lassen im Durchschnitt 23 Prozent der analysierten Nachrichtenbeiträge parteipolitische Akteur:innen im engeren Sinne zu Wort kommen (vgl. Tab. 21 und Abb. 10). Politische Funktionseliten im weiteren Sinne kommen in der überwiegenden Mehrheit von 76 Prozent der Beiträge als zentrale Akteur:innen vor.⁴⁷ Im Gegensatz dazu kommen im Schnitt in lediglich 13 Prozent der Beiträge Akteur:innen der Zivilgesellschaft (vgl. Tab. 25 in Kap. 8.2.1) und nur in 7 Prozent der Beiträge Bürger:innen und Marginalisierte (vgl. Tab. 29 in Kap. 8.3.1) zu Wort. Journalismus in Österreich schafft also eine klar elitenzentrierte Diskurssphäre mit stark höheren Artikulationschancen für Akteur:innen des politischen Zentrums. Aus Perspektive des repräsentativen Modells ist dies wünschenswert, weil damit davon auszugehen ist, dass sich Bürger:innen adäquat über das Handeln ihrer Repräsentant:innen informieren können und ihnen genügend Informationen für ihre Wahlentscheidungen zur Verfügung stehen. Unter deliberativen und partizipatorischen Gesichtspunkten ist ein derart starker Fokus auf Akteur:innen des politischen Zentrums jedoch kritisch

46 Für diese beiden Berechnungen wurden im Sinne größerer Fallzahlen die Parteizugehörigkeit aller medial repräsentierten Akteur:innen herangezogen, nicht nur der im engeren Sinne in dieser Funktionsrolle codierten Akteur:innen.

47 Wert nicht in Tabellen enthalten. »Funktionseliten« meint Akteur:innen der Legislative, Judikative oder Exekutive auf Kommunal-, Landes-, Bundes- oder EU-Ebene (Codes 1001-4300 laut Codebuch, vgl. im Anhang) sowie Parteien auf diesen Ebenen (Codes 7101-7400).

zu bewerten. Der Vergleich der Medienangebote (vgl. auch Abb. 10) weist zwar einige Varianz in der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen auf – den höchsten Anteil liefert *Die Presse* mit 28 Prozent an Beiträgen mit parteipolitischen Positionen, den niedrigsten die *Zeit im Bild*-Formate des ORF mit 18 Prozent –, es zeigt sich jedoch kein stringentes Muster nach Medientyp oder -kanal.⁴⁸

Im Vergleich der Logiken der medialen Repräsentation von Parteien zeigt sich, dass die beiden Online-Angebote *derstandard.at* und *orf.at* die stärkste Orientierung am Proporzgedanken aufweisen, also allen Parteien am ehesten gleich viel Platz einräumen. Im Gegensatz dazu weisen die Gratiszeitung *Heute* sowie die Nachrichtenformate des ORF in Radio und TV die stärkste Abweichung vom Proporzgedanken auf. Gleichzeitig weist *Heute* die im Schnitt kürzesten Beiträge auf und auch die ORF-Nachrichtenformate setzen auf vergleichsweise kompakte Information. Deshalb liegt die Interpretation nahe, dass der Proporzgedanke stark durch eine journalistische Priorisierung von Parteien angesichts begrenzten Raums der Berichterstattung eingeschränkt wird. Er wird rein rechnerisch schon dann beschnitten, wenn nicht alle Parlamentsparteien medial abgebildet werden, sondern beispielsweise nur über die Regierungsparteien und deren Positionen informiert wird. Dies deckt sich mit Befunden zu Wahlkampfzeiten in Österreich, wonach Parteien online, wo der Beitragsumfang weitgehend unlimitiert ist, höhere mediale Aufmerksamkeit bekommen (vgl. JACOBI et al. 2016: 731).

48 An dieser Stelle muss kritisch angemerkt werden, dass die Samplinglogik der Studie institutionalisierten Akteur:innen tendenziell eine höhere Wahrscheinlichkeit einräumt, codiert zu werden. Die Operationalisierung von politischer Berichterstattung erfolgte über einen Suchstring, dem mit Begriffen zu Institutionen, Organisationen und dem politischen System ein etabliertes Politikverständnis zugrunde liegt. Obwohl er auch Suchbegriffe im Sinne eines partizipatorischen Demokratieverständnisses (wie z. B. Bürgerinitiativen) enthält, sind alternative Auffassungen von politischer Ausgestaltung, die in einem partizipatorischen Verständnis beispielsweise flüchtiger in vermeintlich private Themen übergehen, weniger klar adressierbar. Der absolute Vergleich zwischen parteipolitischen Akteur:innen, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Bürger:innen unterliegt dieser Einschränkung – der im Zentrum der Analyse stehende *relative* Vergleich innerhalb dieser Gruppen zwischen den Medienangeboten bzw. in den weiteren Auswertungen zwischen Journalist:innen mit unterschiedlichen Berufsrealitäten wird hiervon jedoch nicht tangiert.

TABELLE 21

Mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen nach Medienoutlets

	% der Beiträge	n (Beiträge)	Entsprechung Proporzgedanke ^{1,2}	Entsprechung Chancengleichheit ^{1,3}	n (Akteur:innen)
ORF Zeit im Bild	18,3%	404	26,9%-Pt.	79,5%-Pt.	880
ORF Ö1 Journale	24,7%	81	26,8%-Pt.	67,0%-Pt.	171
Die Presse	28,0%	396	23,7%-Pt.	69,9%-Pt.	986
Der Standard	20,9%	362	19,3%-Pt.	70,5%-Pt.	858
Kronen Zeitung	18,6%	446	17,3%-Pt.	82,9%-Pt.	755
Kleine Zeitung	22,7%	467	20,5%-Pt.	88,9%-Pt.	976
Heute	25,4%	241	35,2%-Pt.	70,5%-Pt.	369
Österreich	21,8%	537	23,0%-Pt.	81,4%-Pt.	1.053
orf.at	20,9%	537	12,9%-Pt.	73,5%-Pt.	1.290
derstandard.at	27,5%	390	15,2%-Pt.	76,0%-Pt.	907
krone.at	26,5%	426	17,6%-Pt.	91,0%-Pt.	994
Gesamt	22,6%	4.287	15,7%-Pt.	79,3%-Pt.	9.239
χ^2 (df)	χ^2 (10) = 26,447**		---	---	---
Cramer's V	Cramer's V = 0,079**		---	---	---

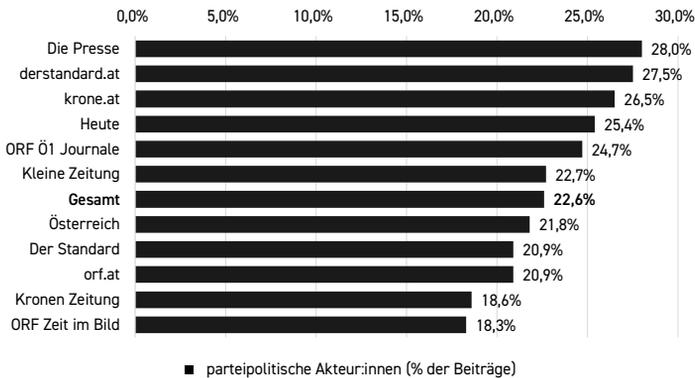
Anmerkung: Gesamt wurde auf Ebene der Medienoutlets anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und Grundgesamtheit gewichtet; *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001; ¹Basierend auf der Parteizugehörigkeit aller medial repräsentierten Akteur:innen, nicht nur der parteipolitischen Akteur:innen im engeren Sinne; ²Summe der jeweiligen Abweichungen zwischen den Parteien aller medial repräsentierten parteipolitischen Akteur:innen und dem Ergebnis der Nationalratswahl 2017 (Abweichung bzgl. ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne, Liste Pilz, NEOS, KPÖ und, als Gruppe, anderer Parteien; Quelle Bundeswahlbehörde, 2017); ³Summe der jeweiligen Abweichungen zwischen den Parteien aller medial repräsentierten parteipolitischen Akteur:innen und einer Gleichverteilung der Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne, Liste Pilz, NEOS und KPÖ; andere Parteien nicht berücksichtigt)

Im Gegensatz dazu orientieren sich *Der Standard*, *Die Presse*, die *Ö1 Journale* des ORF sowie *Heute* am stärksten am Prinzip der Chancengleichheit, lassen also alle Parteien am ehesten gleichberechtigt vorkommen. Das Online-Angebot des ORF, *orf.at*, nimmt gewissermaßen eine Sonderstellung ein, weil es am stärksten den Proporzgedanken widerspiegelt, aber gleichzeitig eines der Angebote ist, das auch vergleichsweise stark dem Anspruch der Chancengleichheit genügt. Es bestreitet also einen Mittelweg einer proportionalen Abbildung der parteipolitischen Positionen bei gleichzeitiger Abschwächung der absoluten Unterschiede, wie es mit der Idee *abgestufter* Chancengleichheit korrespondiert. Am stärksten von der Chancengleichheit weichen *krone.at* und die regionale *Kleine Zeitung* ab. Nicht nur beim

Ausmaß der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen, sondern auch beim Verhältnis der Positionen der einzelnen Parteien findet sich kein konsistentes Muster nach Medientypen oder -kanälen. Ob, wann und welchen Parteien und ihren Positionen Raum in der Berichterstattung gegeben wird, scheint also das Ergebnis redaktioneller und journalistischer Entscheidungen zu sein, die der genaueren Analyse bedürfen.

ABBILDUNG 10

Mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen nach Medienoutlets



Anmerkung: n=4.287 Nachrichtenbeiträge; Gesamt wurde auf Ebene der Medienoutlets anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und Grundgesamtheit gewichtet.

8.1.2 *Aushandlung der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen*

Um gemäß Forschungsfrage FF2a die Frage zu beantworten, welche Faktoren die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen in politischen Nachrichtenbeiträgen beeinflussen, bzw. gemäß Forschungsfrage FF4a zu beleuchten, wie diese Einflüsse journalistisch verhandelt werden, wurde in einem ersten Schritt wiederum eine Serie generalisierter linearer gemischter Modelle berechnet (vgl. Tab. 22). Als abhängige Variable fungiert die dichotome Unterscheidung, ob parteipolitische Akteur:innen in einem Nachrichtenbeitrag zu Wort kommen oder nicht. Als unabhängige Variablen wurden zunächst die Deutungsstrukturen einbezogen. Inner-

halb der journalistischen Rollenverständnisse sind dies die identischen Variablen wie für die Modellierung von Einflüssen auf die Unparteilichkeit (vgl. Kap. 7.1.2), die zusammen mit der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen eine deskriptive Nachrichtenqualität ausdrücken. Unter den politischen Einstellungen von Journalist:innen wurde ebenfalls ein repräsentatives Demokratieverständnis berücksichtigt, hier jedoch in Bezug auf die Diskursteilnehmer:innen, die normativerweise prägend für die Öffentlichkeit sein sollten (vgl. Kap. 6.2.2 zur Operationalisierung der erklärenden Variablen). Außerdem wurde auch hier die politische Orientierung von Journalist:innen (von links nach rechts) als möglicher Prädiktor einbezogen.

Befähigung von Bürger:innen zu politischen Entscheidungen

Wie Tabelle 22 verdeutlicht, zeigt sich hier nur ein Zusammenhang lediglich auf einem Signifikanzniveau von 10 Prozent, nämlich die Rolle, Informationen zu vermitteln, die Menschen zu politischen Entscheidungen befähigen, wie sie sich als signifikanter Prädiktor für die Unparteilichkeit der Berichterstattung erwiesen hat (vgl. Kap. 7.1.2). Gemäß diesem Zusammenhang erhöht sich die Chance, dass ein Beitrag parteipolitische Positionen enthält, um den Faktor 1,3, wenn die Befragten bei dieser Rolle auf der fünfstufigen Skala einen Skalenpunkt höher angeben. In der deskriptiven Betrachtung bedeutet das, dass die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche diesem Rollenverständnis »eher« oder »stark« zustimmen, zu 23 Prozent die Perspektiven von parteipolitischen Akteur:innen auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene abbilden. Bei den Journalist:innen, die dieser Rolle weniger stark zustimmen, sind es nur 11 Prozent der Beiträge. Der Rolle einer Informationsvermittlung als Basis für politische Entscheidungen an sich stimmen, wie bereits dargelegt, eine klare Mehrheit von 85 Prozent aller befragten Journalist:innen »eher« oder »stark« zu (vgl. Tab. 5 in Kap. 6.2.3).

Auch wenn der Zusammenhang nicht auf einem üblichen Signifikanzniveau signifikant ist, zeigt die qualitative Analyse, dass eine journalistische Informationsfunktion in der repräsentativen Demokratie Österreichs eng an parteipolitische Positionen geknüpft wird. So gibt ein leitender Regionaljournalist (J5) an, dass »unser Anspruch ist, dass alle auch zu Wort kommen, die dann auf einer Wahlliste stehen werden und die zur Wahl stehen«. Durch deren mediale Repräsentation soll »greifbar sein, wofür sie stehen

TABELLE 22

Einfluss von Deutungsstrukturen auf die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen in politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,699	0,248	0,149
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,992	0,011	0,480
Journalistisches Rollenverständnis			
ein unparteiischer Beobachter zu sein	1,005	0,116	0,965
Informationen zu vermitteln, die Menschen zu politischen Entscheidungen befähigen	1,289†	0,143	0,076
das Funktionieren von Demokratie zu unterstützen	1,042	0,143	0,773
Politische Einstellungen			
Repräsentatives Demokratieverständnis (Diskursteilnehmer:innen): politische Entscheidungen einzig von gewählten Repräsentant:innen getroffen werden	0,948	0,102	0,601
Politische Orientierung (rechts)	1,073	0,095	0,460
R ² (korrigiert) ¹	8,5% - 9,1%		

Anmerkung: n=786 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

und was sie sagen und was sie denken und wohin sie gehen wollen, wenn sie das Mandat bekommen«. In eine ähnliche Richtung argumentiert – wie bereits im Kontext der Unparteilichkeit zitiert – eine Tageszeitungsjournalistin (J₂₁), dass sie es als ihr Ziel begreift, »möglichst vollständige oder möglichst breite Information zu liefern, wo die Leute dann sagen können: Ja, eigentlich am besten gefällt mir, was die Neos dazu sagen. Oder der Minister hat eh recht«. Ein solches Denken spiegelt exakt die normative Erwartungshaltung im repräsentativen Denken wider, wonach Journalismus durch eine Informationsfunktion wohlüberlegte Wahlentscheidungen von Bürger:innen ermöglichen soll. Einen Konnex zwischen der Identifikation mit einer Informationsfunktion durch Journalist:innen und den Positionen parteipolitischer Funktionsebenen in der Berichterstattung zeigt die qualitative Analyse klar. Ob eine stärkere Identifikation auch zu einer stärkeren medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen führt, kann die Analyse in Ermangelung eines signifikanten quantitativen Befunds aber nicht eindeutig zeigen.

Vage Vorstellungen der Ausgestaltung von Parteienvielfalt

Darüber, wie parteipolitische Positionen journalistisch abgebildet werden sollen, also welche Arten von Parteienvielfalt realisiert werden sollen, herrscht unter den qualitativ befragten Journalist:innen keine prägnante und/oder einheitliche Vorstellung. Einerseits orientieren sich Journalist:innen an einem Proporzgedanken, demgemäß politische Parteien nach der Stärke ihres durch das Wahlergebnis ausgedrückten Rückhalts in der Bevölkerung Zugang zur journalistischen Agenda finden sollten. So meint ein leitender Regionaljournalist (J15), eine solche »Quote ist natürlich extrem wichtig«. Ein Boulevardjournalist begründet eine solche proportionale mediale Repräsentation mit einer empfundenen Fairness gegenüber seinem Publikum, deren (partei-)politische Präferenzen er als breit gestreut einschätzt:

»Das [...] muss man glaube ich schon auch machen, fairerweise. Weil sozusagen, es verteilt sich ja auch meine Leserschaft ungefähr, schätze ich jetzt, proportional so, wie sich die Parteien verteilen, das heißt, ich werde auch sozusagen ein gerüttelt Maß an türkisen Lesern⁴⁹ haben [...]. Das ist sich heute nicht ausgegangen, aber muss man normalerweise schon machen und das wollen glaube ich auch die Leser. Weil [...] wenn der ein Anhänger vom Blümel⁵⁰ ist, dann will er ja wissen, was Blümel gesagt hat. Und das sollte man, wenn es irgendwie geht, versuchen zu bringen« (J22).

Andererseits orientieren sich Journalist:innen aber auch an der Idee der Chancengleichheit, gemäß der politische Parteien die gleiche bzw. ähnliche mediale Aufmerksamkeit bekommen sollten, um auch gleiche Chancen zur Darlegung ihrer Standpunkte zu haben. So erklärt in einer der Rekonstruktionen ein TV-Journalist (J4), »deswegen war es mir auch wichtig sozusagen, zu jeder Partei irgendwie ein Satz drin zu haben«. Ähnlich argumentiert ein Boulevardjournalist (J16), wie wichtig es ist, »dass man [...] alle Parteien irgendwo abbildet, um [...] auch keinen auszuschließen und auszugrenzen, sondern jeder die Berechtigung hat, auch vorzukommen«. Im Besonderen wird dies im Kontext von Wahlen betont. So begründet eine TV-Journalistin (J18) den Aufbau eines rekonstruierten Beitrags damit, dass er als Teil einer Wahlserie »immer eine recht ähnliche« Struktur

49 Gemeint sind Anhänger:innen der ÖVP, die mit Sebastian Kurz anstatt traditionellerweise Schwarz die Farbe Türkis in ihr Corporate Design integriert hat.

50 Gernot Blümel (ÖVP), Minister in beiden Regierungen unter Sebastian Kurz.

zu Beiträgen zu anderen Parteien aufweisen sollte, um über die Parteien chancengleich zu berichten. Auch ein Regionaljournalist (J5) betont die Wichtigkeit dessen, dass »alle auch zu Wort kommen, die dann auf einer Wahlliste stehen«. Ein Grund, warum, wie in der Inhaltsanalyse gezeigt, die Art und Weise der Realisierung von Parteienvielfalt relativ unsystematisch divergiert, kann also in den sehr unterschiedlichen Auffassungen einer adäquaten medialen Repräsentation von politischen Parteien unter den Journalist:innen liegen. Ein weiterer Grund, der sich in den qualitativen Rekonstruktionen offenbart, ist der, dass die letztliche Ausgestaltung von Parteienvielfalt als primär themen- und anlassbezogene Frage begriffen wird und weniger als grundlegender Zielhorizont. So gibt eine Journalistin (J23) an, »wir müssen nicht jedes Mal das Farbenradl⁵¹ machen« (J23). Eine Kollegin (J18) pflichtet ihr bei, »nur um des Vorkommens Willen kommt niemand vor – es muss schon eine Relevanz zum Thema haben«. Ähnlich äußert sich ein leitender Regionaljournalist:

»Das ergibt sich. Also [...] ich würde jetzt nicht sozusagen zu einem Thema automatisch alle – wir haben mittlerweile sechs Landtagsparteien in [Bundesland] –, ich muss jetzt nicht sozusagen jeder der Parteien ihr Statement abgeben. Sondern es muss schon eine Relevanz für das Thema haben sozusagen.« (J15)

Eine Dimension von Parteienvielfalt, die dennoch abstrakt und explizit in den Wollensstrukturen von Journalist:innen angelegt ist, ist ein hoher Stellenwert der Perspektive der parlamentarischen Opposition. Ihr Vorkommen im Zuge von themenbezogenen Diskursen wird als klares demokratisches Ideal empfunden. So bezeichnet es ein tv-Journalist (J4) als »prinzipiell [...] natürlich auch wichtig, die Opposition vorkommen zu lassen«. Ein Radiojournalist (J7) legt dar, auch wenn dies nicht immer in der direkten Gegenüberstellung möglich ist, möchte er grundsätzlich im Laufe einer anhaltenden Berichterstattung »irgendwann die Oppositionsparteien fragen, was die dazu sagen«. Ähnlich betont eine öffentlich-rechtliche Journalistin (J18) die Wichtigkeit der ausgewogenen Darlegung der Perspektiven von Regierung und Opposition: »wenn jetzt eine Oppositionspartei Kritik an der Bundesregierung übt oder an einer Regierungspartei, dann [...] lasse [ich] Kritik vorkommen, und ich lasse die Kritisierten vorkommen, das ist mal die Ausgewogenheit«. Auch wenn das Abbilden

51 Mit ›Farben‹ sind die Parteien gemeint. Gemeint ist also, dass nicht in jedem Beitrag die Positionen von allen Parteien dargelegt werden müssen.

der Perspektive der Opposition teilweise mehr als tiefgehend routinierter ›Automatismus‹ denn als inhaltliche Erfordernis betrachtet wird – eine Printjournalistin (J21) nennt es »so dieses klassische ›Politiker/Politikerin spricht – Opposition sagt was dazu« –, so wird damit doch einer der grundlegenden Voraussetzungen einer demokratischen Öffentlichkeit in einem parlamentarischen System gedient.

TABELLE 23

Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen in politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,705	0,252	0,166
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,994	0,011	0,563
Erwartungen			
medienrechtliche Rahmenbedingungen in Österreich	1,018	0,084	0,829
Ehrenkodex des Österreichischen Presserats	1,004	0,098	0,965
Blattlinie der Redaktion	1,027	0,106	0,799
Publikumserwartungen	0,968	0,111	0,771
R ² (korrigiert) ¹	8,5% - 9,0%		

Anmerkung: n=786 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

Während das Ausmaß und die Art der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen damit in Beziehung mit den Deutungsstrukturen von Journalist:innen stehen, lässt sich deren mediale Repräsentation nicht durch die Erwartungsstrukturen an Journalismus erklären. Wie Tabelle 23 zeigt, können die entsprechenden Regressionsmodelle, die äquivalent zu den Modellen zur Erklärung der professionellen Standards durch Erwartungsstrukturen aufgebaut sind (vgl. Kap. 7.1.3, Kap. 7.2.3 und Kap. 7.3.3), keine signifikanten Einflüsse identifizieren. Auch in der qualitativen Analyse bleibt ein solcher Zusammenhang eine grundlegende Leerstelle. Dies ist insofern verwunderlich, als dass Erwartungsstrukturen entscheidend durch Medienorganisationen operationalisiert werden und diese wiederum in Österreich, aber auch darüber hinaus, bestimmten politischen Milieus zuzuordnen sind (vgl. HASELMAYER et al. 2017: 367). Es steht aber im Einklang mit dem inhaltsanalytischen Befund, dass die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen und die

Parteienvielfalt wenig systematisch entlang von Medienorganisationen und -typen divergieren.

Berichterstattungsanlässe durch politische Eliten

Innerhalb der Modelle zur Erklärung der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen durch die Konstellationsstrukturen von Journalist:innen, wie sie ebenfalls äquivalent zu den Modellen zur Erklärung der professionellen Standards aufgebaut wurden (vgl. Kap. 7.1.4, Kap. 7.2.4 und Kap. 7.3.4), erweist sich zunächst keine der Akteur:innen-Gruppen als signifikanter Prädiktor (vgl. Tab. 24). Als wie einflussreich Journalist:innen beispielsweise Politiker:innen auf ihre Arbeit erachten, steht in keinem systematischen Zusammenhang mit dem Umfang der medialen Repräsentation von parteipolitischen Funktionseleiten in der letztlichen Berichterstattung. Dieser Befund steht im klaren Kontrast zu den qualitativen Rekonstruktionen der Nachrichtenbeiträge. Erwartungsgemäß zeigen sich die Nachrichtenbeiträge rund um parteipolitische Funktionseleiten (auch) als das Ergebnis von deren Agenda-Building-Bemühungen (vgl. PFETSCH et al. 2016). Für einen Artikel und die darin repräsentierten Akteur:innen war »der Anlass [...] ganz einfach«, dass ein Politiker »eine Pressekonferenz abgehalten« (J1) hat. Akteur:innen kommen in der Berichterstattung über eine politische Veranstaltung vor, »weil sie auf der Bühne gesprochen haben« (J9). In anderen Fällen kommt »die Idee zu dem konkreten Artikel [...] [durch] eine Presseaussendung« (J15), wird durch »das Hintergrundgespräch« (J20) einer Partei angestoßen oder Politiker:innen bekommen mediale Aufmerksamkeit, »weil der Informationsfluss einfach vom Finanzministerium ausgegangen ist« (J17). Davon ausgehend, dass sich die Kommunikationsaktivitäten von parteipolitischen Funktionseleiten danach bemessen, ob Themen auch relevant für demokratische Lösungsfindungsprozesse sind, ist dies aus repräsentativer Perspektive nicht per se problematisch, versorgt Journalismus durch die Berichterstattung über diese Anlässe die Bürger:innen doch mit gesellschaftsrelevanten Informationen. Problematisch wird eine (zu) starke Orientierung an den Kommunikationsaktivitäten von parteipolitischen Funktionseleiten dann, wenn der Elitenstatus als *hinreichendes* Argument für deren mediale Repräsentation erscheint. Darauf finden sich in den qualitativen Rekonstruktionen verschiedene Hinweise.

TABELLE 24

Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen in politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,735	0,227	0,174
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,994	0,011	0,601
Einfluss von Akteur:innen			
Eigentümer:innen des Medienbetriebs	1,090	0,148	0,561
Vorgesetzte und leitende Redakteur:innen	0,963	0,152	0,802
Kolleg:innen im Unternehmen	1,043	0,152	0,783
Politiker:innen	1,065	0,193	0,743
Beamt:innen in Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen	0,925	0,231	0,737
Interessengruppen wie NGOs und NPOs und politische Bewegungen	0,742	0,190	0,116
Abstrakte Einflüsse			
Überlegungen in Bezug auf Werbung	0,997	0,204	0,989
Profterwartungen ihres Betriebes	1,153	0,132	0,283
Verfügbarkeit von Ressourcen für die Berichterstattung	1,004	0,116	0,970
zeitlicher Druck	0,903	0,130	0,433
Autonomie			
Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Betonung von Aspekten einer Geschichte	0,612*	0,200	0,014
R ² (korrigiert) ¹	8,2% - 8,9%		

Anmerkung: n=786 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹ Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

Einerseits entsteht in der qualitativen Analyse das Bild von journalistischer Berichterstattung über von politischen Funktionseleiten angestoßenen Berichterstattungsanlässen als Automatismus. Eine Journalistin (J3) gibt beispielsweise an, »wenn [...] Minister auftreten, wird zumindest meistens ein Journalist hingeschickt [...], also bei Regierungsmitgliedern ist es sowieso so«. »[R]outinemäßig nehmen wir eigentlich die meisten Parteipressekonferenzen wahr«, ergänzt ein Kollege (J7). Das kann auch dazu führen, dass die dort dargelegten Perspektiven kaum um andere politische Sichtweisen ergänzt werden. »Grundsätzlich ist es bei Pressekonferenzen eigentlich so, [...] dass man [...] nicht gezwungen ist, eine Reaktion einzuholen«, betont beispielsweise ein Journalist (J19). Journalist:innen erleben

diese Orientierung an politisch initiierten Berichterstattungsereignissen mitunter in einem Ausmaß, das wenig Raum für die Recherche alternativer Deutungsangebote lässt. So kritisiert eine erfahrene Journalistin (J23), ihre (vgl. jüngeren) »Kollegen kommen mitunter einfach gar nicht dazu, neben Pressekonferenzen was anderes zu machen, weil sie einfach in einer Dauerschleife drinnen sind«. Das macht ein Beitrag plastisch, dessen Anlass eine Pressekonferenz der Regierung zu einem ungewöhnlichen Zeitpunkt war, deren inhaltlichen Anlass ein Journalist (J4) nicht nachvollziehen konnte: »uns [war] nicht wirklich ersichtlich, warum es diese Pressekonferenz gegeben hat«. Obwohl die journalistische Relevanz nicht erkannt wird, findet dennoch Berichterstattung statt – denn, »wenn die Regierung [...] [zu diesem Zeitpunkt] eine Pressekonferenz gibt, glaube ich, ist es schwierig zu argumentieren, warum man die Geschichte nicht macht [...] und man halt nicht nein sagt, wenn man gefragt wird, ob man bei so einer Pressekonferenz dabei sein will«. Mitunter wird diese routinisierte Berichterstattung trotz des empfundenen Fehlens journalistischer Relevanz aktiv als Problem reflektiert. So gibt ein öffentlich-rechtlicher Journalist (J19) an, dass konkret beim Thema Covid-19 »schon viel Staatsfernsehen gemacht wird und staatstragend agiert wird und das finde ich nicht unbedingt journalistisch«, weil seines Erachtens Kolleg:innen »meinen, okay, wir müssen jetzt die Message so, wie es die Regierung transportiert, weitertransportieren, auch, wenn wir vielleicht da oder dort Zweifel haben könnten«.

Nicht nur durch Automatismen der Berichterstattung über die Kommunikationsanlässe von Funktionseliten werden deren mediale Artikulationschancen erhöht, sondern auch durch die teilweise Entkopplung eines Elitenstatus von sachpolitischen Inhalten. So gibt ein Printjournalist (J11) an, »entscheidend« für die Berichterstattung über ein gesellschaftspolitisch relevantes Thema wäre der politische Status einer der zentralen Akteur:innen gewesen: »Die Prominenten haben da einfach Vorrang, das ist so.« Ähnlich äußert sich eine Printkollegin (J21) in Bezug auf einen ihrer Texte, »aufgewertet wurde diese Geschichte einzig und allein, einfach auch dadurch, dass [ein:e Minister:in] etwas dazu gesagt hat«. Dies kann so weit gehen, dass politische Funktionseliten von sachpolitischen Anlässen vollkommen entkoppelt mediale Aufmerksamkeit genießen. So erklärt ein Boulevardjournalist (J12), »wir machen zweimal im Jahr ein Interview mit dem Landeshauptmann«, denn »das hat der alte Chefredakteur noch eingefädelt«. Die damit »gesetzten« Interviews »bekommt [...] er zur Frei-

gabe«, obwohl dies keinen Usus darstellt (»bei anderen gibt es das nicht, nein«). Ein solches »Privileg« (J12) erhöht damit die Artikulationschancen von Funktionseliten auf eine Art und Weise, wie sie weniger statusstarken Gruppen grundsätzlich verwehrt bleibt. Forciert wird dieser Umstand dadurch, dass die Journalist:innen von routinierten Interventionen durch Politiker:innen nach der Berichterstattung – oder nach deren Ausbleiben – berichten. Als »am kritischsten« bezeichnet ein Journalist (J15) »die politischen Parteien an sich«, denn »die fühlen sich gleich einmal zu wenig, dass ihnen zu wenig Platz eingeräumt wird«. Ähnlich berichtet eine Journalistin (J20), dass einer ihrer Texte »im Nachhinein kritisiert wurde, weil [sich] die [Politikerin] bei mir beschwert hat, dass ich sie nicht vorkommen lassen habe [...] und in dem Fall war die [Politikerin] sehr grantig«. ⁵² Während das Abbilden der Positionen von parteipolitischen Akteur:innen der Aufgabe von Journalismus im repräsentativen Demokratiemodell klar entspricht, können dennoch durch die aufgezeigten Dynamiken Automatismen der von sachpolitischen Fragen entkoppelten journalistischen Orientierung an Eliten entstehen, wie sie in letzter Konsequenz die Eigenständigkeit und Autonomie von Journalismus bedrohen.

Mediale Repräsentation von politischen Eliten durch verminderten Handlungsspielraum im Journalismus

Exakt dieser Zusammenhang bildet sich in den quantitativen Modellen ab. Unter den Konstellationsstrukturen als Prädiktoren für die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen (vgl. Tab. 24) erweist sich einzig die Autonomie von Journalist:innen als signifikant *negativer* Prädiktor. Je weniger Entscheidungsfreiheit Journalist:innen für ihre Arbeit empfinden, desto stärker kommen parteipolitische Akteur:innen in ihren Beiträgen zu Wort. Geben die Befragten einen Skalenpunkt höher auf der fünfstufigen Skala der Autonomie an, sinkt die Chance, dass parteipolitische Funktionseliten vorkommen, um den Faktor 0,6. In der deskriptiven Betrachtung bedeutet das, dass die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche »große« oder »volle Autonomie« hinsichtlich der journalistischen Schwerpunktsetzung empfinden, zu 20 Prozent parteipolitische Positionen enthalten, während es bei Medienschaffenden mit maxi-

52 Österreichisch umgangssprachlich für *verärgert, schlecht gelaunt*.

mal »etwas Autonomie« 37 Prozent der Beiträge sind. Insgesamt empfinden mit 86 Prozent der Befragten die weitaus meisten Journalist:innen »große« oder »volle Autonomie« (vgl. Kap. 6.2.3). Auch wenn Berichterstattung über die Positionen von Gewählten und Kandidat:innen und ihre Parteien ein integraler Bestandteil der Rolle von Journalismus in einem repräsentativen Demokratiemodell ist und die weite Mehrheit der Journalist:innen sich als autonom empfindet, so lässt dieser Zusammenhang auf eine dysfunktionale Beziehung zwischen Journalismus und institutionalisierter Politik in Österreich schließen. Journalist:innen berichten von verschiedenen Dynamiken, die Teile der Berichterstattung über Funktionsebenen als wenig beeinflussbare Automatismen identifizieren. Gleichzeitig führt eine eingeschränkte Handlungsfreiheit von Journalist:innen dazu, dass Akteur:innen des politischen Zentrums stärker zu Wort kommen, was wiederum automatisch zu verringerten Artikulationschancen für Stimmen abseits des politischen Zentrums führt.

Erklären lässt sich dieser Umstand teilweise durch die Unterscheidung zwischen einem *aktiven* und einem *passiven* Zugang zu Informationen (vgl. NEUBERGER 2020). Während Journalist:innen passiv Informationen erhalten, eben beispielsweise durch politische PR-Arbeit, bedürften aktiv einzuholende Informationen der eigenständigen journalistischen Recherche. Der dargelegte negative Zusammenhang zwischen Autonomie und der medialen Repräsentation von parteipolitischen Funktionsebenen kann damit insofern erklärt werden, als dass diese durch eigene Kommunikationsaktivitäten in großem Umfang Informationen an Journalismus herantragen. Akteur:innen der gesellschaftlichen Peripherie sind in Ermangelung solcher Ressourcen jedoch darauf angewiesen, dass Journalist:innen aktiv auf sie zukommen. Rational nutzenkalkulierend können journalistische Routinen in diesem Sinne darauf ausgelegt werden, möglichst einfach politische Informationen in Erfahrung zu bringen, was automatisch etablierte und institutionalisierte politische Quellen strukturell bevorzugt (vgl. REICH/BARNOY 2020: 978). Es muss jedoch kritisch reflektiert werden, wann solche Dynamiken noch im Sinne des repräsentativ erwünschten Informationstransfers zwischen Eliten und Bevölkerung zu sehen sind und wann sie in einen »Verlautbarungsjournalismus« abgleiten, wo grundsätzlich »offizielle Standpunkte und Ereignisse, die von einflussreichen Institutionen kontrolliert und inszeniert werden« (NEUBERGER 2016: 303), bevorzugt werden. Besonders problematisch an diesem Zusammenhang ist auch, dass (partei-)politische Versuche, die Freiheit von Journalismus

einzuschränken – in Österreich und darüber hinaus beispielsweise in Form von Angriffen auf öffentlich-rechtliche Medien durch rechte Parteien (vgl. UDRIS et al. 2023: 62) –, für diese rational nutzenkalkulierend ›sinnvoll‹ sind, weil sie ihnen offenbar erhöhte bzw. erleichterte mediale Aufmerksamkeit bescherten.

Entgegen des negativen Zusammenhangs zwischen journalistischer Handlungsfreiheit und medialer Repräsentation des politischen Zentrums empfinden sich die Journalist:innen nicht nur quantitativ befragt, sondern auch in den qualitativen Interviews als sehr autonom in ihrem professionellen Handeln. Sie geben relativ unisono an, »einen sehr großen Freiheitsgrad« (J21) zu genießen, »echt relativ freie Hand« (J15) zu haben, »in unserer Beitragsgestaltung relativ frei« (J4) zu sein, oder betonen: »[D]as ist meine Angelegenheit und da redet mir keiner rein« (J6). Dieses Empfinden, große Handlungsfreiheit zu genießen, steht im Kontrast zu den Befunden der Automatismen bei der medialen Abbildung von politischen Eliten. Diese Diskrepanz mag darin begründet sein, dass solche Dynamiken derart internalisiert sind, dass sie als ›normale‹ Rahmenbedingung journalistischer Arbeit begriffen werden (vgl. SJØVAAG 2013: 159). Zudem muss bedacht werden, dass journalistische Autonomie zu einem gewissen Grad eine narrative Konstruktionsleistung (vgl. HANITZSCH et al. 2019: 106; ÖRNEBRING/KARLSSON 2019: 2) und damit ein Akt der professionellen Identitätsbehauptung ist, eben weil ein gewisses Maß an Autonomie konstitutiv für professionellen Journalismus ist (vgl. LAUERER et al., im Erscheinen).

8.2 Akteur:innen der Zivilgesellschaft

8.2.1 *Mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft*

Der Frage, wie die mediale Repräsentation *zivilgesellschaftlicher Akteur:innen* in Österreich journalistisch ausgehandelt wird, geht die Frage voraus, wie medial präsent diese Gruppe im politischen Journalismus überhaupt ist. Ihr Stellenwert in öffentlichen Diskursen wird im Sinne einer deliberativen Vorstellung von Demokratie gefordert und stellt in der vorliegenden Studie einen Teil einer *diskursiven Nachrichtenqualität* dar (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Um einen solchen Überblick zu leisten, wurde der Anteil an Nachrich-

tenbeiträgen pro Outlet berechnet, in denen die Perspektive von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen (vgl. Kap. 6.1.2 zur Operationalisierung der inhaltsanalytischen Variablen) medial abgebildet wird (vgl. Tab. 25). Wie für alle deskriptiven Analysen der Inhaltsanalyse- und Daten wurden sie auch für diese Berechnungen gewichtet (vgl. Fußnote 30). Ein Chi-Quadrat-Test zeigt, dass sich die mediale Repräsentation der Zivilgesellschaft signifikant zwischen den Outlets unterscheidet, jedoch laut Cramer's V nur ein schwacher Zusammenhang (vgl. COHEN 1988) vorliegt.

TABELLE 25

Mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft nach Medienoutlets

	% der Beiträge	n (Beiträge)	Bandbreite ^{1,2}	Ausgewogenheit ^{1,3}	n (Akteur:innen)
ORF Zeit im Bild	15,6%	404	54,2%	0,28	880
ORF Ö1 Journale ⁴	13,6%	81	---	---	171
Die Presse	14,1%	396	45,8%	0,33	986
Der Standard	16,7%	362	54,2%	0,21	857
Kronen Zeitung	12,8%	446	58,3%	0,21	755
Kleine Zeitung	10,9%	467	54,2%	0,19	976
Heute ⁴	4,0%	241	---	---	369
Österreich	10,6%	537	54,2%	0,16	1.053
orf.at	16,4%	537	66,7%	0,21	1.290
derstandard.at	14,4%	390	79,2%	0,21	906
krone.at	12,2%	426	54,2%	0,22	994
Gesamt	12,8%	4.287	95,8%	0,20	9.237
χ^2 (df)	χ^2 (10) = 34,272***		---	---	---
Cramer's V	Cramer's V = 0,089***		---	---	---

Anmerkung: Gesamt wurde auf Ebene der Medienoutlets anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und Grundgesamtheit gewichtet; * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$; ¹Basierend auf allen medial repräsentierten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen; ²Anteil der 24 der Zivilgesellschaft zugeordneten Subgruppen, welche jedenfalls einmal medial repräsentiert werden; ³Herfindahl-Hirschman-Index (Wertebereich: 0-1) anhand der Subgruppen innerhalb der medial repräsentierten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen; ⁴Wert aufgrund zu kleiner Fallzahlen <50 (zivilgesellschaftliche Akteur:innen) nicht ausgewiesen.

Ergänzend wurde die *Bandbreite* zivilgesellschaftlicher Akteur:innen pro Outlet berechnet. Dazu wurde berechnet, wie viele der den zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zugeordneten Subgruppen im Verhältnis zur Zahl aller Subgruppen im Untersuchungszeitraum pro Outlet min-

destens einmal zu Wort kommen (vgl. MAGIN et al. 2023: 17f.).⁵³ Außerdem wurde die *Ausgewogenheit* zivilgesellschaftlicher Akteur:innen pro Outlet berechnet. Für die Messung von Ausgewogenheit werden in kommunikationswissenschaftlichen Studien oftmals Vielfaltsmaße herangezogen, die statistisch auf der Entropie basieren (wie z. B. Shannon's H oder Simpson's D, vgl. LOECHERBACH et al. 2020: 621). Diese wurden kritisiert, weil sie eine Gleichverteilung zugrunde legen, die theoretisch nicht immer begründbar ist. Wenn ein solches Vielfaltsmaß beispielsweise über verschiedenste gesellschaftliche und politische Akteur:innen hinweg berechnet wird, drückt es aus, inwiefern alle *gleichberechtigt* zu Wort kommen – obwohl je nach theoretischer Perspektive spezifische Gruppen ein stärkeres Gewicht haben sollten. Noch greifbarer wird diese Problematik, wenn ein solches Vielfaltsmaß auf Themenvielfalt angewendet wird, wo sich eine normativ wünschenswerte Medienagenda zweifelsfrei nach Nachrichtenereignissen bestimmen sollte und nicht automatisch nach einem möglichst gleichverteilten Nebeneinander von Themen (vgl. ZALLER 2003). Aus diesem Grund wird ein solches statistisches Maß nur *innerhalb* der Gruppe zivilgesellschaftlicher Akteur:innen berechnet, wo öffentlichkeitstheoretisch tatsächlich eine (relative) Ausgewogenheit von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen normativ wünschenswert ist. Außerdem wird mit dem standardisierten Herfindahl-Hirschman-Index (vgl. HHI; vgl. BRELL et al. 2014) ein Konzentrationsmaß berechnet, das rechnerisch zwar den diskutierten Vielfaltsmaßen ähnelt, konzeptionell aber nicht eine Gleichverteilung überprüft, sondern Konzentration – in diesem Fall der mediale Fokus auf eine oder wenige Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft – identifiziert. Der HHI kann in seiner standardisierten Variante Werte von 0 bis 1 annehmen, wobei unter 0,15 von keiner relevanten Konzentration, zwischen 0,15 und 0,25 von moderater Konzentration und über 0,25 von starker Konzentration (vgl. MAGIN et al. 2023: 14; NALDI/FLAMINI 2014: 3) auszugehen ist.

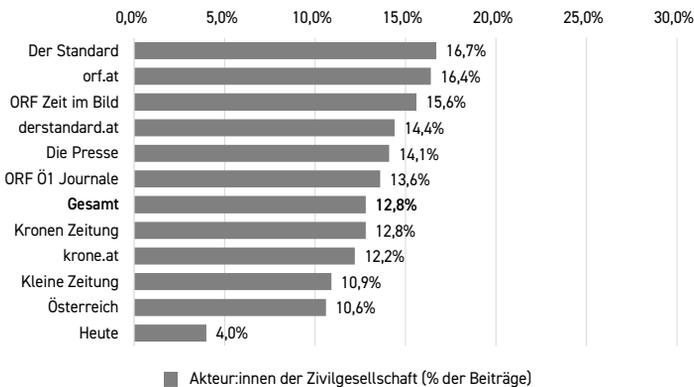
Insgesamt sind zivilgesellschaftliche Akteur:innen im österreichischen Journalismus schwach medial repräsentiert – mit knapp 13 Prozent der Beiträge bildet nur rund jeder achte Beitrag die Sichtweise mindestens einer zivilgesellschaftlichen Gruppe oder Organisation bzw. ihrer Vertreter:innen

53 Insgesamt wurden die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen über 24 Subgruppen operationalisiert (vgl. Kap. 6.1.2). Wenn z. B. ein Outlet die Hälfte, also zwölf der Subgruppen im Untersuchungszeitraum mindestens einmal zu Wort kommen lässt, weist es eine Bandbreite von 50 Prozent auf.

ab. Das ist aus deliberativer Sicht die Kehrseite des diagnostizierten elitenzentrierten Diskurses und bedeutet eine schwierige Ausgangsbasis für gleichberechtigte öffentliche Deliberationsprozesse. Davon, dass der mediale Diskurs das politische Zentrum verlässt und auch Akteur:innen der Peripherie angemessen einbindet, kann in Österreich deshalb kaum die Rede sein. Im Vergleich der Medienangebote (vgl. auch Abb. 11) stellt die mediale Repräsentation von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen eine trennscharfe Achse zwischen den Informationsmedien bzw. dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den Boulevard- bzw. Regionalmedien dar: Erstere weisen konsistent überdurchschnittliche Werte auf, wobei *Der Standard* mit 16 Prozent sowie *orf.at* und die *ORF Zeit im Bild*-Sendungen mit je 15 Prozent der Zivilgesellschaft den größten medialen Raum eröffnen. Boulevardangebote haben durchgehend Prozentwerte unter dem Durchschnitt, wobei am stärksten die Gratiszeitung *Heute* mit abgeschlagenen 4 Prozent zivilgesellschaftliche Akteur:innen nahezu vollständig ignoriert.

ABBILDUNG 11

Mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft nach Medienoutlets



Anmerkung: n=4.287 Nachrichtenbeiträge; Gesamt wurde auf Ebene der Medienoutlets anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und Grundgesamtheit gewichtet.

Hinsichtlich der Bandbreite decken die untersuchten Medienangebote in Summe die Vielfalt der nach theoretischen Überlegungen ausgewählten 24 zivilgesellschaftlichen Gruppen innerhalb des rund zweimonatigen Untersuchungszeitraums fast vollständig ab, sie bekommen je also zu-

mindest punktuell mediale Aufmerksamkeit. Im Vergleich der Angebote differenziert sich das Bild jedoch: *derstandard.at* weist mit rund 80 Prozent die klar höchste Bandbreite auf, danach folgt *orf.at* mit 67 Prozent. Dies kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass der im Schnitt online größere Artikelumfang Akteur:innen der Peripherie zu mehr Aufmerksamkeit verhilft. Während das Gros der restlichen Medienangebote etwas über der 50 Prozent-Marke rangiert, weist *Die Presse* mit 46 Prozent die niedrigste Bandbreite auf. Sie lässt also im Untersuchungszeitraum weniger als die Hälfte der definierten zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen zu Wort kommen und blendet Gruppen wie Interessenvertretungen im Bereich Kultur oder im Bereich Medien gänzlich aus.⁵⁴

Auch die Ausgewogenheit der Vielfalt zivilgesellschaftlicher Akteur:innen muss kritisch gesehen werden: Insgesamt drückt der durchschnittliche HHI von 0,20 eine moderate Konzentration aus. Keines der Angebote berücksichtigt die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen in einem so gleichberechtigten Verhältnis, dass ein Wert von 0,15 erreicht wird, wie er für keine nennenswerte Konzentration steht. Die höchste Ausgewogenheit weist die Berichterstattung der Gratiszeitung *Österreich* und der regionalen *Kleinen Zeitung* auf; dass beide gleichzeitig mit am wenigsten zivilgesellschaftliche Akteur:innen zu Wort kommen lassen, relativiert diesen Befund aber klar. Die niedrigste Ausgewogenheit – aber immerhin auf einem hohem Niveau der generellen Repräsentation zivilgesellschaftlicher Akteur:innen – weisen *Die Presse* und die *Zeit im Bild*-Formate des ORF auf. Bei beiden ist dies aufgrund einer überdurchschnittlichen medialen Repräsentation der Gewerkschaften der Fall.⁵⁵ Auch wenn das quantitative Ausmaß der medialen Repräsentation von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zusammenfassend klar zwischen den jeweiligen Medientypen divergiert, scheinen der Bandbreite und Ausgewogenheit von deren Vielfalt journalistische Entscheidungen zugrunde zu liegen, die der genaueren Analyse bedürfen.

54 Zusatzauswertung, Werte nicht in Tabellen enthalten.

55 Zusatzauswertung, Werte nicht in Tabellen enthalten.

8.2.2 Aushandlung der medialen Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft

TABELLE 26

Einfluss von Deutungsstrukturen auf die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,935	0,287	0,816
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,991	0,014	0,520
Journalistisches Rollenverständnis			
Erklärungen, Hintergründe und Kontext zu Themen zur Verfügung zu stellen	0,998	0,221	0,992
aktuelles Geschehen einzuordnen und zu analysieren	1,208	0,277	0,496
das Publikum zu bilden	0,926	0,138	0,578
Politische Einstellungen			
Deliberatives Demokratieverständnis (Diskursteilnehmer:innen): zivilgesellschaftliche Gruppen wie NGOs und NPOs in politische Entscheidungen eingebunden werden	0,851	0,177	0,361
Politische Orientierung (rechts)	0,932	0,110	0,522
R ² (korrigiert) ¹	9,8% - 10,2%		

Anmerkung: n=786 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

Welche Faktoren die mediale Repräsentation von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in politischen Nachrichtenbeiträgen vor diesem Hintergrund begünstigen oder gefährden, fragt Forschungsfrage FF2b. Darauf aufbauend fragt Forschungsfrage FF4b, wie diese Einflüsse journalistisch verhandelt werden. Zu ihrer gemeinsamen Beantwortung wurden zunächst wieder Regressionsmodelle berechnet, die zeigen, inwiefern journalistische Deutungsstrukturen die Wahrscheinlichkeit, zivilgesellschaftliche Akteur:innen journalistisch zu Wort kommen zu lassen, beeinflussen. Analog zu den Modellen zur Erforschung der Diskursivität der Berichterstattung (vgl. Kap. 7.2.1), der ebenfalls deliberativ-demokratische Überlegungen zugrunde liegen, wurden mehrere diskursive journalistische Rollenverständnisse einbezogen. Zudem wurden ein deliberatives Demokratieverständnis (Dimension der Diskursteilnehmer:innen) sowie die politische Orientierung (von links nach rechts) als Prädiktoren berücksichtigt. Wie

Tabelle 26 zeigt, besitzt keine dieser Variablen systematischen Einfluss auf die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft. Auch die qualitativen Rekonstruktionen bieten kaum Anhaltspunkte, dass die Abbildung von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen *im Allgemeinen* den Wollensstrukturen der Journalist:innen in besonderer Weise entspricht.

Wichtiger Status von Gewerkschaften

Eine Gruppe wird vom niedrigen Stellenwert zivilgesellschaftlicher Akteur:innen ausgenommen, nämlich Sozialpartner:innen und dabei vor allem Gewerkschaften, deren medialer Abbildung Journalist:innen höhere Relevanz beimessen. »Also das ist mir schon wichtig, dass jetzt Interessenvertretungen vorkommen [...] [und die/eine] Gewerkschaft«, gibt beispielsweise eine Journalistin (J14) an. Ähnlich meint eine Kollegin (J9), »dass die Sozialpartnerschaft im Zuge einer Krise ernsthaft gebraucht wird«. Das spiegelt sich auch in der Inhaltsanalyse wider, wo 41 Prozent der medial repräsentierten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen Gewerkschaften bzw. deren Vertreter:innen als eine einzige von 24 untersuchten zivilgesellschaftlichen Gruppen sind.⁵⁶ Dieser inhaltsanalytische Befund deckt sich wiederum mit Befunden aus der Schweiz (vgl. HÄUSSLER 2018: 89). Sozialpartner:innen und Gewerkschaften werden dabei aber – und das ist aus deliberativ-demokratischer Perspektive problematisch – von den Journalist:innen als Eliten begriffen oder jedenfalls in deren Nähe gerückt. So nennt eine Boulevardjournalistin (J14) »Gewerkschaft[en] und auch die Opposition« in einem Atemzug. Ein Regionaljournalist (J12) begreift »Sozialpartner [und] Landesregierung« auf einer »Ebene«. Ganz dezidiert mit dem politisch prägenden Stellenwert von Gewerkschaften als Sozialpartner:innen begründet eine Journalistin deren Relevanz in einer ihrer Arbeiten:

»Ja ich finde, dass Sozialpartnerschaft wichtig ist und zwar, weil die österreichische Politik davon geprägt war, dass sehr viele Lösungen für Probleme auf Basis der Betroffenen erörtert wurden und die Betroffenen haben eine Stimme, das sind eben die Sozialpartner [...]. Und die haben in der österreichischen Geschichte sehr maßgeblich vorbereitet alles das, was später Gesetz geworden ist und der Gesetzgeber, also das Parlament hat sich auf Basis dessen, was an lösungsorientierten Vorschlägen gekommen ist, damit befasst [...] aber das Entstehen kam von dort, wo die Probleme

56 Zusatzauswertung, Werte nicht in Tabellen enthalten.

entstanden sind. Und das war im Vorfeld dieser Veranstaltung war das ja ein breites Thema [...]. Das war nach langer Zeit eigentlich wieder so ein Ereignis, wo die Sozialpartnerschaft in ihrer alten Stärke wieder sichtbar geworden ist und zwar über die Parteigrenzen hinweg, also da hat es eben auch kein Löschblatt zwischen roten und schwarzen Sozialpartnern gegeben« (J6).

Neben politischen Funktionseleiten sind Gewerkschaften in den retrospektiven Rekonstruktionen auch die einzige Gruppe, die qua ihres politischen Gewichts in der Lage sind, durch eigene Kommunikationsaktivitäten Berichterstattungsanlässe zu schaffen. So erklärt eben zitierte Journalistin (J6) beispielsweise, ein Gewerkschaftler, »einer der mächtigsten Gewerkschafter überhaupt«, genießt besondere journalistische Aufmerksamkeit, denn »er ist sehr wortgewaltig, also da warten wir dann immer schon, was sagt er [...], weil der hat immer ein zitables Zitat«. Vor diesem Hintergrund scheint fraglich, ob Gewerkschaften, die in die Nähe von politischen Funktionseleiten gerückt werden und deren damit verbundener Elitenstatus per se ihre Artikulationschance erhöht, noch der politischen Peripherie zuzuordnen sind. Aufgrund ihres Institutionalisierungsgrads und ihrer Verhandlungsmacht in Österreich als eine Demokratie mit starken korporatistischen Zügen (vgl. CZADA 2000; KARLHOFER 2012) ist die Frage, ob sie nicht vielmehr dem entsprechen, was Habermas (1992) als *vermachtete Akteur:innen* bezeichnet. Auch der Umstand, dass Gewerkschaften deshalb Aufmerksamkeit genießen, weil sie als formal »zivilgesellschaftlich[e] Akteure ihr politisches Anliegen mediengerecht zu inszenieren vermögen« (MARTINSEN 2009: 53), stellt infrage, inwiefern ihre mediale Abbildung tatsächlich mit dem normativen Ziel korrespondiert, möglichst gleichberechtigte und sachpolitische öffentliche Diskurse zu ermöglichen.

Expertise von zivilgesellschaftlichen Organisationen

Ein konkreter Grund, warum Journalist:innen gezielt zivilgesellschaftliche Organisationen zu Wort kommen lassen, der sich in den retrospektiven Rekonstruktionen offenbart, ist der, dass ihnen eine spezifische Expertise für bestimmte Themen zugesprochen wird. In diesem Sinne legt beispielsweise ein Printjournalist (J12) dar, die »hohe Informationsdichte« einer seiner Arbeiten bzw. »ganz viele Einordnungen, das kommt alles, die Infos kommen von [einer Umweltschutzorganisation]«. Ein TV-Kollege (J4) gibt an, eine NGO aus dem Bereich Menschenrechte »habe ich interviewt einfach, weil sie sozusagen von diesem Einzelschicksal weg ein bisschen auch die Situation

in Österreich beleuchten kann [...] und die haben natürlich auch die Expertise«. Eine andere Journalistin (J14) sieht den Umstand, dass »das so die Experten sind meistens« als entscheidend für die mediale Repräsentation von Interessenverbänden und NGOs. Die Auswahl eines Community-Vertreters als Interviewpartner begründet eine Journalistin (J3) damit, dass dieser als »Experte das auch ein bisschen einordnet«. Einerseits können zivilgesellschaftliche Organisationen damit auch dazu beitragen, dass Journalist:innen das benötigte Sachwissen und die nötige Expertise in Erfahrung bringen, wie es sich auch als Voraussetzung für die Realisierung einer diskursiven Berichterstattung erwiesen hat (vgl. Kap. 7.2.4). Andererseits wird Expertise klassischerweise aber als Maßstab des repräsentativen Demokratiemodells betrachtet, wonach Expert:innen einen hierarchischen Status genießen und primär Funktionseleiten zu klugen Entscheidungen befähigen sollten (vgl. FERREE et al. 2002a: 292f.; POWERS 2017: 107of.), wodurch eben *kein* gleichberechtigter öffentlicher Diskurs intendiert ist.

*Interaktionen mit Vorgesetzten als prägende
Konstellationsstruktur*

Wie im Falle der Deutungsstrukturen zeigen auch die Regressionsmodelle unter Einbezug der bekannten Prädiktoren aus der Gruppe der Erwartungsstrukturen keinen signifikanten Effekt (vgl. Tab. 27). Die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft hängt damit nicht systematisch davon ab, mit welchen abstrakten Erwartungen Journalist:innen in ihrem Arbeitsalltag konfrontiert sind. In den Modellen zum Einfluss von Konstellationsstrukturen (vgl. Tab. 28) zeigt sich ein signifikant positiver Einfluss von Vorgesetzten und leitenden Redakteur:innen. Wenn die befragten Journalist:innen ihren Vorgesetzten auf der fünfstufigen Skala des empfundenen Einflusses einen Skalenpunkt mehr zusprechen, so erhöht sich die Chance, dass ein journalistischer Beitrag zivilgesellschaftliche Akteur:innen zu Wort kommen lässt, um den Faktor 1,6. Deskriptiv gesprochen finden sich unter Nachrichtenbeiträgen von Journalist:innen, welche einen »sehr« oder »extrem starken« Einfluss durch ihre Vorgesetzten und leitenden Redakteur:innen angeben, in 17 Prozent der Fälle Akteur:innen der Zivilgesellschaft, während es bei den Journalist:innen, welche sie als maximal »relativ stark« einflussreich erachten, nur 12 Prozent der Beiträge sind. Mit 29 Prozent empfindet gut ein Fünftel der Journalist:innen ihre Vorgesetzten als »sehr« oder »extrem« einflussreich auf ihr journalistisches Arbeiten (vgl.

Tab. 7 in Kap. 6.2.3). Sie stellen damit die mit Abstand einflussstärkste Gruppe dar. Obwohl sich dieser Zusammenhang inferenzstatistisch und deskriptiv klar abbildet, erschließt sich nicht intuitiv, wodurch er begründet sein könnte.

TABELLE 27

Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,968	0,302	0,913
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,992	0,013	0,563
Erwartungen			
medienrechtliche Rahmenbedingungen in Österreich	1,027	0,098	0,783
Ehrenkodex des Österreichischen Presserats	1,034	0,121	0,780
Blattlinie der Redaktion	0,979	0,135	0,875
Publikumserwartungen	1,057	0,137	0,684
R ² (korrigiert) ¹	9,9% - 10,2%		

Anmerkung: n=786 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

Auch die qualitative Teilstudie kann hier nur bedingt Aufklärung leisten. Primär repliziert diese den quantitativen Befund, dass die Konstellation mit Vorgesetzten die für das journalistische Produkt prägendste Akteur:innenkonstellation darstellt bzw. vielfach die Abstimmung mit Vorgesetzten die einzige ist, die im Prozess der Produktion eines journalistischen Beitrags stattfindet. So spricht ein Journalist (J16) von einem »pausenlosen Austausch über Geschichten [...] mit dem Chef vom Dienst [und] mit dem [Ressort-]Chef«. Ein Journalist (J7) gibt an, der Prozess hinter einer »Geschichte« »konnte aber nur stattfinden, nachdem ich [...] mit meinem Chef Rücksprache halte«. Ein selbst leitender Redakteur (J15) berichtet, er hat »natürlich besprochen, dass ich das Thema mache und der [Name], der Chef vom Dienst ist, der liest natürlich darüber« (J15). Als zentrale Ansprechpersonen für den journalistischen Produktionsprozess sind Vorgesetzte damit mitunter auch in die Entscheidungen involviert, zivilgesellschaftliche Akteur:innen als Akteur:innen der Peripherie zu Wort

TABELLE 28

Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	0,851	0,302	0,592
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,996	0,014	0,778
Einfluss von Akteur:innen			
Eigentümer:innen des Medienbetriebs	1,031	0,198	0,877
Vorgesetzte und leitende Redakteur:innen	1,584*	0,188	0,015
Kolleg:innen im Unternehmen	0,796	0,204	0,267
Politiker:innen	0,930	0,234	0,755
Beamt:innen in Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen	1,091	0,269	0,748
Interessengruppen wie NGOs und NPOs und politische Bewegungen	1,155	0,251	0,567
Abstrakte Einflüsse			
Überlegungen in Bezug auf Werbung	0,943	0,280	0,835
Profterwartungen ihres Betriebes	0,782	0,184	0,182
Verfügbarkeit von Ressourcen für die Berichterstattung	0,878	0,145	0,367
zeitlicher Druck	1,150	0,170	0,409
Autonomie			
Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Betonung von Aspekten einer Geschichte	1,709*	0,252	0,034
R ² (korrigiert) ¹	10,6% - 11,3%		

Anmerkung: n=786 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹ Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

kommen zu lassen. In diesem Sinn berichtet beispielsweise eine Journalistin (J3), »da habe ich mit der stellvertretenden Chefredakteurin darüber geredet, weil sie hat gesagt, sie will [...] [dass es] jemand [...] auch ein bisschen einordnet, der aus der Community kommt«. Warum der Einfluss von Vorgesetzten Stimmen aus der Zivilgesellschaft im Besonderen begünstigen sollte, kann aber auch die qualitative Analyse nicht beantworten. Es drängt sich vielmehr die Frage auf, ob Vorgesetzte hier als ›Gefäß‹ für weitere, nicht berücksichtigte Einflüsse stehen. Demgemäß argumentiert Neuberger (2020: 9), dass manche Einflüsse »die Journalist/innen oft nur auf Umwegen erreichen, etwa über Vorgesetzte, sodass sie nicht mehr leicht

als solche erkennbar sind«. Welche Rahmenbedingungen es konkret sind, welche die Artikulationschancen von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen erhöhen und offenbar von Vorgesetzten an Journalist:innen herangetragen werden, kann die vorliegende Analyse nicht abschließend beantworten.

Autonomie als Grundlage für Perspektiven jenseits des politischen Zentrums

Innerhalb der Modelle zur Identifikation von Einflüssen auf die mediale Repräsentation der Zivilgesellschaft durch Konstellationsstrukturen (vgl. Tab. 28) zeichnet sich ein weiterer signifikanter Zusammenhang ab: Die Autonomie im Sinne der Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Betonung von Aspekten einer Geschichte, welche Journalist:innen empfinden, wirkt sich signifikant positiv auf die Artikulationschancen von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen aus. Wenn Journalist:innen auf der fünfstufigen Skala einen Skalenpunkt höher angeben, erhöht sich die Chance, dass in einem Beitrag mindestens eine Person oder ein Kollektiv aus der Zivilgesellschaft zu Wort kommt, um den Faktor 1,7. Deskriptiv enthalten die Nachrichtenbeiträge von Journalist:innen, welche »große« oder »volle Autonomie« genießen, zu 15 Prozent Akteur:innen der Zivilgesellschaft, während es bei Urheber:innen mit maximal »etwas« Autonomie 13 Prozent der Beiträge sind. Insgesamt empfindet, wie dargelegt, mit 86 Prozent die weite Mehrheit der Journalist:innen »große« oder »volle Autonomie« (Kap. 6.2.3).

Autonomie erscheint damit als die entscheidende Dimension für die Frage, ob Journalist:innen Akteur:innen des politischen Zentrums oder der Peripherie zu Wort kommen lassen. Während sich, wie im Kapitel zuvor (vgl. Kap. 8.1.2) dargelegt, die Stärke des Autonomieempfindens *negativ* auf die Artikulationschancen von parteipolitischen Funktionseleiten auswirkt, wirkt sie sich *positiv* auf die Chancen aus, dass Journalist:innen der Zivilgesellschaft eine Stimme geben. Österreichische Journalist:innen »nutzen« einen größeren professionellen Handlungsspielraum also offenbar dazu, Perspektiven jenseits des politischen Machtzentrums aufzuzeigen. Oder invers formuliert: Ein geringer Handlungsspielraum hält sie davon ab, zivilgesellschaftlichen Deutungen der politischen Realität medialen Raum zuzugestehen. Dass dies nämlich in nur relativ geringem Umfang gelingt, belegt der inhaltsanalytisch gezeigte vergleichsweise niedrige Umfang der medialen Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft. Die qualitativen retrospektiven Rekonstruktionen zeigen, dass Akteur:innen des

politischen Zentrums auch deshalb medialer Raum gegeben wird, weil sich deren journalistische Abbildung zu tiefgehenden Routinen verfestigt hat. Führt man sich Routinen als »Reflexionsverzicht durch Kontingenzausblendung« (SCHIMANK 2016: 167) vor Augen, so muss problematisiert werden, dass dieser Reflexionsverzicht offenbar auf Kosten der Akteur:innen außerhalb des politischen Zentrums geht und damit auch das Gelingen deliberativer demokratischer Aushandlungsprozesse gefährden kann.

Während sich verschiedene gesellschaftliche Akteur:innen grundsätzlich in einem Wettbewerb um mediale Aufmerksamkeit befinden, zeigt die qualitative Analyse auch, dass der Zugang zu bestimmten Gruppen in einem referentiellen hierarchischen Prozess geschehen kann. Konkret offenbart sich, dass der journalistische Zugang zu zivilgesellschaftlichen Organisationen teilweise durch politische Funktionsebenen eröffnet wird bzw. wiederum zivilgesellschaftliche Akteur:innen den Zugang zu individuellen Gesellschaftsmitgliedern und Marginalisierten gewährleisten. So zeigt sich beispielsweise in einer Rekonstruktion, dass eine Wohlfahrtsorganisation nur durch die Pressearbeit einer Partei journalistische Aufmerksamkeit bekommen hat. »Das war eine Pressekonferenz, [...] da hat die [Partei] eingeladen [...] und haben auch gleich die [Leitung der Organisation] [...] eingeladen gehabt, dass sie auch berichtet«, gibt eine Journalistin (J20) an. Mitunter wird eine mögliche Selektivität einer solchen Auswahl aktiv reflektiert. So problematisiert eine Journalistin (J3), »die Leute, die das Ministerium einlädt, sind oft auch Menschen, die halt dann eher für das Ministerium oder für die Regierung sprechen«. Eine solche Dynamik erhöht zwar die realen Artikulationschancen von zivilgesellschaftlichen Gruppen. Ob es sich dabei durch die Vorselektion durch Funktionsebenen aber um Akteur:innen handelt, die wirklich eigenständige und potenziell gegenhegemoniale Sichtweisen in den öffentlichen Diskurs bringen, ist jedoch fraglich. Eine ähnliche Dynamik findet sich bei der sehr wenig routinisierten (vgl. nachfolgendes Kap. 8.3.2) Recherche von Bürger:innen, wo zivilgesellschaftliche Organisationen für einen Zugang sorgen können. So legt eine Journalistin (J24) beispielsweise offen, »gerade bei Sozialthemen ist das [der Zugang] schwierig [...], das funktioniert in der Praxis dann am ehesten sozusagen ›über Bande‹, also das funktioniert über Organisationen«. Auch wenn sie in diesem Beispiel selbst reflektiert, dass ein solches Vorgehen »natürlich schon einen gewissen Filter bedeutet«, so findet auch hier ein hegemonial hierarchisch abgestufter Selektionsprozess statt, der die Wahrscheinlichkeit, dass Bürger:innen für sich selbst sprechen (können), vermindert.

8.3 Bürger:innen und Marginalisierte

8.3.1 *Mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten*

Inwiefern kommt im österreichischen Journalismus auch die Bevölkerung, ›einfache‹ *Bürger:innen und marginalisierte Gruppen und Menschen* zu Wort? Das ist die Frage, die an mediale Repräsentation aus Perspektive partizipatorischer Demokratietheorien zu stellen ist und die einer *aktivierenden Nachrichtenqualität* zugeordnet wurde (vgl. Tab. 1 in Kap. 2). Bevor analysiert wird, wie diese Frage im Journalismus ausgehandelt wird, soll ein Überblick über die mediale Repräsentation dieser Gruppe gegeben werden. Für diesen Zweck wurde der Anteil an Beiträgen, in denen Bürger:innen und Marginalisierte mindestens einmal codiert wurden (vgl. Kap. 6.1.2 zur Operationalisierung der inhaltsanalytischen Variablen) pro Outlet berechnet (vgl. Tab. 29). Wie für alle deskriptiven Analysen der Inhaltanalysedaten wurden sie auch für diese Berechnungen gewichtet (vgl. Fußnote 30). Ein Chi-Quadrat-Test zeigt, dass sich die mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten signifikant zwischen den Outlets unterscheidet, jedoch laut Cramer's V nur ein schwacher Zusammenhang (vgl. COHEN 1988) vorliegt.

Die mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten – also von einzelnen Bürger:innen oder der Allgemeinheit, bestimmten Bevölkerungsgruppen, nur lose organisierten Bürger:inneninitiativen, Demonstrant:innen, ehrenamtlich Tätigen oder Migrant:innen, die aktiv zu Wort kommen – ist in der österreichischen Berichterstattung sehr gering (vgl. Tab. 29): Mit rund 7 Prozent lässt nicht einmal jeder zehnte Beitrag eine der genannten Gruppen als Sprechende vorkommen. Insbesondere hinsichtlich der Akteur:innenvielfalt in der Berichterstattung ist Beaufort (2020: 191) demnach zuzustimmen, die »unter partizipatorischer Perspektive [...] in Österreich ein Generalversagen« diagnostiziert. Im Vergleich der Medienangebote (vgl. auch Abb. 12) finden sich klare Unterschiede zwischen den Informationsmedien sowie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dem Boulevard: Alle untersuchten Boulevardangebote (mit Ausnahme von *Heute*) repräsentieren Bürger:innen überdurchschnittlich stark. Führend ist dabei die Tageszeitung *Österreich* mit 10 Prozent der Beiträge. In der ›Qualitätspresse‹ und in öffentlich-rechtlichen Angeboten werden Bürger:innen als statusschwache Akteur:innen kaum medial abgebildet. *Derstandard.at* markiert mit rund 3 Prozent der Beiträge das Schlusslicht.

TABELLE 29

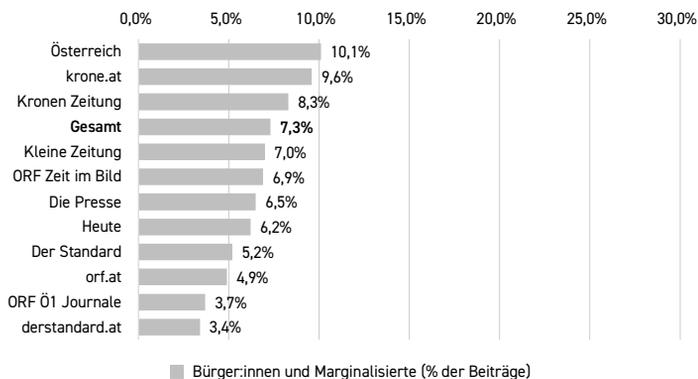
Mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten nach Medienoutlets

	% der Beiträge	n (Beiträge)
ORF Zeit im Bild	6,9%	404
ORF Ö1 Journale	3,7%	81
Die Presse	6,5%	396
Der Standard	5,2%	362
Kronen Zeitung	8,3%	446
Kleine Zeitung	7,0%	467
Heute	6,2%	241
Österreich	10,1%	537
orf.at	4,9%	537
derstandard.at	3,4%	390
krone.at	9,6%	426
Gesamt	7,3%	4.287
χ^2 (df)	χ^2 (10) = 29,022**	
Cramer's V	Cramer's V = 0,082**	

Anmerkung: Gesamt wurde auf Ebene der Medienoutlets anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und Grundgesamtheit gewichtet; *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001.

ABBILDUNG 12

Mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten nach Medienoutlets



Anmerkung: n=4.287 Nachrichtenbeiträge; Gesamt wurde auf Ebene der Medienoutlets anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und Grundgesamtheit gewichtet.

Auch wenn der Boulevard mit der engeren Bindung der Berichterstattung an die Lebensrealität der Bürger:innen (vgl. FRIEDRICH/JANDURA 2012) auch größere Potenziale für die Einbeziehung von Bürger:innen hat, muss das Marginalisieren ihrer Perspektiven in den anderen Medienangeboten demokratietheoretisch problematisiert werden. Während Online-Medien erhöhte partizipatorische Potenziale zugesprochen werden und das dort größere Platzangebot marginalisierten Perspektiven zugutekommen könnte, zeigt sich dies hier nicht: Die jeweiligen Online-Angebote geben Bürger:innen Outlet-abhängig mal mehr (*krone.at* im Vergleich zur *Kronen Zeitung* sowie *orf.at* im Vergleich zu den *Ö1 Journalen*), mal weniger (vgl. *derstandard.at* im Vergleich zur *Der Standard* sowie *orf.at* im Vergleich zu den *Zeit im Bild*-Formaten) Raum, sie zeigen also kein einheitliches Muster.

8.3.2 *Aushandlung der medialen Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten*

Um die Frage zu beantworten, welche Faktoren die mediale Repräsentation von Bürger:innen in politischen Nachrichtenbeiträgen begünstigen oder verhindern (Forschungsfrage FF2c) bzw. zu beleuchten, wie diese Faktoren im journalistischen Produktionsprozess verhandelt werden (Forschungsfrage FF4c), wurde zunächst wiederum eine Serie generalisierter linearer gemischter Modelle berechnet, welche die Deutungsstrukturen von Journalist:innen beinhalten. Die entsprechenden journalistischen Rollenverständnisse wurden gemäß den Modellen zur Erklärung von konstruktiver Emotionalität ausgewählt (vgl. Kap. 7.3.2), die ebenfalls einer aktivierenden Nachrichtenqualität im partizipatorischen Demokratieverständnis zugeordnet wurde. Analog zu den bereits vorgestellten Modellen zur Erklärung der medialen Repräsentation der anderen Akteur:innen-Gruppen wurden im Rahmen der politischen Einstellungen ein partizipatorisches Demokratieverständnis (Dimension der Diskursteilnehmer:innen) sowie die politische Orientierung (von links nach rechts) als Prädiktoren einbezogen.

Wie Tabelle 30 zeigt, können die so aufgestellten Modelle mit einem R^2 von unter einem Prozent quasi keine Varianz in der medialen Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten erklären, obwohl die analogen Modelle zu den anderen Dimensionen von Nachrichtenqualität dazu sehr wohl in der Lage sind. Dies mag zum einen daran liegen, dass aufgrund

TABELLE 30

**Einfluss von Deutungsstrukturen auf die mediale
Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten in
politischer Berichterstattung**

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	1,449	0,327	0,258
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,978	0,015	0,143
Journalistisches Rollenverständnis			
Menschen zur Teilhabe am politischen Geschehen zu motivieren	0,932	0,136	0,605
Unterhaltung und Entspannung zu bieten	0,989	0,137	0,937
dem Publikum eigene Ansichten zu präsentieren	0,788†	0,138	0,085
Politische Einstellungen			
Partizipatorisches Demokratieverständnis (Diskursteilnehmer:innen): Bürger:innen in politische Gestaltungsprozesse eingebunden werden	1,146	0,179	0,446
Politische Orientierung (rechts)	0,995	0,115	0,967
R ² (korrigiert) ¹	0,4% - 0,6%		

Anmerkung: n=786 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

der niedrigen medialen Berücksichtigung von Bürger:innen eine stark verminderte Datenbasis für die Erklärung ihrer medialen Repräsentation vorliegt. Zum anderen zeigt der (ausbleibende) Befund jedoch auch, dass die Frage, ob, wann und wie Bürger:innen in der Berichterstattung zu Wort kommen, offenbar stärker eine situative Frage ist als eine, die unmittelbar vom generellen ›Wollen‹ der Journalist:innen abhängt.

›Sprachrohr‹ für Bürger:innen und Marginalisierte als Aufgabe von Journalismus

In den qualitativen Rekonstruktionen journalistischer Nachrichtenbeiträge zeigt sich zwar zunächst, dass die mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten durchaus in den professionellen Intentionen der Journalist:innen angelegt ist. So gibt ein tv-Journalist (J4) bei der Rekonstruktion eines Beitrags über Menschen auf der Flucht an, sein professionelles Ziel sei es, »nicht über die Leute zu reden, sondern mit den Leuten

zu reden und die Leute auch zu Wort kommen zu lassen«. Er möchte so »Leuten, die sonst auch in der medialen Berichterstattung keine Stimme haben, denen sozusagen zumindest in meinen Beiträgen eine Stimme [...] geben«, wie es der partizipatorischen Erwartung an Journalismus entspricht. In den qualitativen Interviews erkennen die Journalist:innen an, dass die Perspektive von Bürger:innen und insbesondere Marginalisierten eine andere ist, als jene von politischen Akteur:innen. In diesem Sinne versucht eine TV-Journalistin (J3), betroffene Bürger:innen selbst aktiv zu Wort kommen zu lassen, weil sie reflektiert, dass »mein Blickwinkel oder der Blickwinkel jetzt auch der Politiker nicht der ist der Betroffenen«. Ähnlich möchte eine Printkollegin (J10) für »die Menschen« schreiben, denn »es gibt nichts Wichtigeres als die Menschen«. Sie argumentiert, »jeder einzelne Mensch ist immer stellvertretend für ganz, ganz viele« und empfindet es als »unsere urreigenste Aufgabe«, einer Multiperspektivität der Gesellschaftsmitglieder journalistisch Rechnung zu tragen.

Die mediale Repräsentation von »einfachen« Bürger:innen wird dabei teilweise mit dem Zielhorizont eines anwaltschaftlichen Journalismus (vgl. THOMAS 2018) begründet. In diesem Sinne geht es Journalist:innen um das Aufzeigen von Ungerechtigkeiten und einer öffentlichen Vertretung jener, die von Ungerechtigkeit betroffen sind. So bekennt sich eine Journalistin (J2) dezidiert zu einer »Anwaltschaft für die Betroffenen«. Sie relativiert, »das klingt so romantisierend«, gibt als Kern ihrer journalistischen Arbeit aber an, »dass ich einfach schaue, okay wer ist jetzt am meisten eigentlich betroffen und wer leidet am meisten unter der Situation, unter dem Phänomen und wer ist die Leidtragende, und dann versuche ich diese Seite der Geschichte zu beleuchten«. In ähnlicher Weise geben andere Journalist:innen an, »wir hören denen zu, die sonst nicht gehört werden [...] und bei uns schauen wir halt noch auf die, die gerade wieder unter die Räder [...] kommen« (J12) oder dass es der »Anspruch ist, dass man sozusagen auch »dem kleinen Mann« Gehör gibt« (J15). Ein solcher anwaltschaftlicher Journalismus entspricht der normativen Erwartung des partizipatorischen Demokratiemodells zwar dahingehend, dass die Anliegen aller Gesellschaftsmitglieder unabhängig von ihrem sozialen Status öffentlich Gehör bekommen. Im Einzelfall ist jedoch fraglich, ob sie auf partizipatorische Art und Weise für sich selbst sprechen können, oder ob Journalist:innen mitunter paternalistisch für sie sprechen, wie es insbesondere bei auf komplexe Art und Weise marginalisierten Gruppen problematisch ist (vgl. SCHUBERT 2022).

Skepsis gegenüber ›einfachen‹ Bürger:innen

Obwohl damit ein Bekenntnis zum normativen Stellenwert der Perspektive aller Gesellschaftsmitglieder im österreichischen Journalismus vertreten ist, findet sich in der praktischen Auseinandersetzung auch eine Skepsis gegenüber ›einfachen‹ Bürger:innen. So wird die mediale Repräsentation von Bürger:innen vielfach alleinig mit Straßenumfragen in Verbindung gebracht, von denen sich Journalist:innen – vor allem jene mit Seniorität und einem höheren professionellen Status im journalistischen Feld – distanzieren. So gibt ein erfahrener öffentlich-rechtlicher Journalist (J7) an, »ich mache keine Straßenumfragen oder so, [...] deswegen könnte ich es Ihnen jetzt nicht sagen, wie jemand reagiert, auf den ich einfach mit dem Mikro zugehe, das habe ich schon seit, weiß nicht, 15 Jahren nicht mehr gemacht«. Auch ein leitender Regionaljournalist (J15) sieht die Perspektiven von Bürger:innen »bei drei Seiten Leserbriefe« aufgehoben oder »über Straßenumfragen« realisiert, »über deren Sinnhaftigkeit man schon diskutieren kann«. Ein Printjournalist (J22) findet es »in der Politik schwierig«, die Perspektiven von Bürger:innen einfließen zu lassen, und nennt ebenfalls Straßenbefragungen als (einzig) Ausweg. Plastischer gibt eine Boulevardjournalistin (J14) an, »unsere Politikseiten sind jetzt sicher keine Plattform, dass ich jetzt rausgehe und eine Person xy frage«. Vielmehr betont sie, für »jetzt ganz einfache Bürger da haben wir andere Ressorts und unsere Leserbriefseiten«. Dem vorgeblichen abstrakten Anspruch, Bürger:innen auf partizipatorische Weise zu Wort kommen zu lassen bzw. zumindest anwaltschaftlich ihre Anliegen journalistisch zu begleiten, steht also eine weitgehende Skepsis gegenüber Bürger:innen gegenüber, zu denen Journalist:innen eine Distanz wahren wollen und deren Artikulation auf Formate außerhalb der eigentlichen Berichterstattung ausgelagert wird. Wie die quantitativen Daten zeigen, scheint es auch in der Breite die Realität zu sein, dass Journalist:innen formal zwar den Anspruch begrüßen, Menschen zur Teilhabe am politischen Geschehen zu motivieren, dies jedoch nicht mit einer erhöhten Repräsentation in der realisierten Berichterstattung korrespondiert.

Stimmen von Bürger:innen als stilistisches Mittel

TABELLE 31

Einfluss von Erwartungsstrukturen auf die mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten in politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	1,474	0,334	0,246
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,974	0,014	0,067
Erwartungen			
medienrechtliche Rahmenbedingungen in Österreich	1,035	0,116	0,765
Ehrenkodex des Österreichischen Presserats	1,110	0,132	0,428
Blattlinie der Redaktion	1,010	0,139	0,945
Publikumserwartungen	1,076	0,154	0,635
R ² (korrigiert) ¹	0,5% - 1,0%		

Anmerkung: n=786 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

Ein weiteres Argument, das sich in den qualitativen Rekonstruktionen offenbart und das gegen das Ausschöpfen partizipatorischer Potenziale im Journalismus spricht, ist, dass »einfache« Bürger:innen in der Berichterstattung als stilistisches Mittel und als Gestaltungselement begriffen werden. Die »Stimme des Volkes einzufangen«, bezeichnet eine Journalistin (J18) beispielsweise zwar als »wichtig«. Gleichzeitig legt sie aber offen, dass sie diese in einem rekonstruierten Beitrag primär als »Gestaltungselement«, als »einfach ein probates und stilistisch gutes Mittel« begreift. Als solches sind die Standpunkte von Bürger:innen inhaltlich stark im Hintergrund, denn »die qualifizierten Meinungen hole ich mir dann eben bei Leuten, die sich tatsächlich sehr mit dem Thema beschäftigen«. Ganz ähnlich äußert sich eine Regionaljournalistin (J6). In einem Text über ein politisches Event hat sie deshalb auch Bürger:innen vorkommen lassen, weil diese »wirklich Stimmung gemacht« und die Berichterstattung »sehr lebendig gemacht« haben. Vor allem im Bereich von Bewegtbildern argumentieren die Journalist:innen, dass betroffene Bürger:innen »Farbe in die Geschichte« bringen und sie »anschaulicher« machen (J3). Ein TV-Redakteur (J4) betont beispielsweise, »so eine Geschichte, um sie gut zu erzählen, braucht [...] einen Protagonisten, eine Protagonistin«, was letztlich die

ausschlaggebende Motivation für eine zu Wort kommende marginalisierte Person in einer seiner Arbeiten gewesen ist. Die mediale Repräsentation von Bürger:innen ist damit zu Teilen dadurch motiviert, die Berichterstattung auf einer stilistischen Ebene greifbarer und anschaulicher zu gestalten. Vom partizipatorischen Ideal der selbstbestimmten und eigenständigen öffentlichen Artikulation entfernen sich diese Praktiken weit.

*Hoher Zeit- und Ressourcenaufwand und Fehlen
institutionalisierter Zugänge*

Wie bereits bei den Deutungsstrukturen diagnostiziert, erklären auch die Modelle zu einem möglichen Einfluss von Erwartungsstrukturen, wie sie äquivalent zu den bereits dargelegten abhängigen Variablen aufgebaut wurden, nicht systematisch Varianz in der medialen Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten (vgl. Tab. 31). Auch in den Modellen zur Identifikation von möglichen Einflüssen innerhalb der Konstellationsstrukturen (vgl. Tab. 32) kann lediglich empfundener Zeitdruck als auf einem Signifikanzniveau von 10 Prozent signifikanter Zusammenhang identifiziert werden. Geben Journalist:innen auf der fünfstufigen Skala des zeitlichen Drucks einen Zahlenpunkt höher an, so vermindert sich die Chance, dass in einem Beitrag Bürger:innen oder Marginalisierte zu Wort kommen, um den Faktor 0,7. In der deskriptiven Betrachtung bedeutet das, dass Journalist:innen, welche »sehr« oder »extrem« starken Zeitdruck wahrnehmen, in nur 7 Prozent ihrer Nachrichtenbeiträge Bürger:innen oder Marginalisierten eine Stimme geben, während es bei den (wenigen) Journalist:innen, die maximal »relativ starken« Einfluss durch Zeitressourcen verspüren, 12 Prozent der Beiträge sind. Insgesamt ist zeitlicher Druck der am stärksten empfundene unter den abgefragten Einflüssen: Mit 59 Prozent gibt die klare Mehrheit an, Zeitdruck »sehr« oder »extrem großen« Einfluss zuzuschreiben (vgl. Tab. 7 in Kap. 6.2.3). Auch wenn dieser Zusammenhang nicht auf dem konventionellen Signifikanzniveau von 5 Prozent signifikant ist, so korrespondiert er mit den Befunden der qualitativen Teilstudie. Bei der Rekonstruktion eines Textes mit Stimmen aus der Bevölkerung betont eine Journalistin (J3), dass sie »lang, lang, lang gesucht habe« und das üblich bei solchen Arbeiten sei. Sie konkretisiert dies am Beispiel eines gesundheitspolitischen Themas, wo sie angibt, »es ist wahnsinnig schwer natürlich, Klienten zu finden, Patienten zu finden, die sprechen«. Ähnlich berichtet ein Regionaljournalist (J16) von einem

»riesigen Rechercheaufwand von zwei, drei, vier Stunden« für das Einholen einer Perspektive aus der breiten Gesellschaft, welchen er vor allem dann vermeidet, »wenn das [dann lediglich] ein Satz in der Zeitung ist«.

TABELLE 32

Einfluss von Konstellationsstrukturen auf die mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten in politischer Berichterstattung

	Exp(β)	SE	p
Kontrollvariablen			
Gender (männlich)	1,371	0,354	0,373
Berufserfahrung im Journalismus (in Jahren)	0,968	0,016	0,045
Einfluss von Akteur:innen			
Eigentümer:innen des Medienbetriebs	1,123	0,235	0,622
Vorgesetzte und leitende Redakteur:innen	1,143	0,222	0,549
Kolleg:innen im Unternehmen	1,274	0,242	0,319
Politiker:innen	1,104	0,276	0,721
Beamt:innen in Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen	0,754	0,362	0,438
Interessengruppen wie NGOs und NPOs und politische Bewegungen	0,751	0,279	0,304
Abstrakte Einflüsse			
Überlegungen in Bezug auf Werbung	1,011	0,304	0,972
Profterwartungen ihres Betriebes	1,177	0,227	0,476
Verfügbarkeit von Ressourcen für die Berichterstattung	0,980	0,168	0,903
zeitlicher Druck	0,712†	0,194	0,080
Autonomie			
Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Betonung von Aspekten einer Geschichte	1,267	0,294	0,422
R ² (korrigiert) ¹	2,2% - 4,1%		

Anmerkung: n=786 Nachrichtenbeiträge; Zusammenfassung von 10 Logit-GLMM nach Rubins (1987) Regeln; †p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001 (p-Werte approximiert); ¹Range über die 10 Einzelmodelle aller Imputationsdatensätze

In dieses Bild fügt sich auch der qualitative Befund, dass die Repräsentation von Bürger:innen von anderen Ressourcen abhängt und durch das Fehlen institutionalisierter Zugänge geprägt ist, was beides ebenfalls mit Zeitressourcen zusammenhängt. Insbesondere personelle Ressourcen bzw. ein professionelles Netzwerk werden in diesem Kontext genannt. So argumentiert ein Printjournalist (J22), dass die Recherche der Standpunkte von Bürger:innen »auch eine Personalressourcenfrage ist, weil da muss man doch

jemanden zwei, drei Stunden außer Haus schicken, bis er das zustande hat, und das dauert halt dann«. In Bezug auf einen TV-Beitrag zu einem gesellschaftspolitischen Thema begründet eine öffentlich-rechtliche Journalistin (J3), die Perspektive eines persönlich Involvierten hätte sie nur deshalb einbeziehen können, weil dieser »zufällig« verfügbar, aber nicht vor Ort war, und sie »dann eine Kollegin aus [einem Bundesland] gebeten [hat], mit ihm das Interview zu führen«. Sie erklärt, »das geht ja auch nicht immer so easy, dass man jemanden bei der Hand hat, der dann sofort Zeit hat, das muss ja innerhalb weniger Stunden realisiert werden«. Ähnlich führt eine ORF-Kollegin (J18) die Perspektiven von Bürger:innen in einem ihrer Beiträge auf den Umstand zurück, dass »die Kolleginnen, dankenswerterweise, in [Bundesland] [...] vor Ort waren und dort Stimmen eingefangen haben, für die Menschen«. Während auf ein solches regionales Netzwerk, vom ORF abgesehen, nur wenige Medien zurückgreifen können, erweist sich in den retrospektiven Rekonstruktionen auch die – ressourcen- und zeitabhängige – eigene lokale Mobilität als Voraussetzung für die mediale Repräsentation von statusschwachen Gesellschaftsmitgliedern (vgl. USHER 2021). »Ich bin da hingefahren und habe mit Leuten gesprochen«, rekapituliert eine Journalistin (J18) lapidar in Bezug auf einen ihrer Beiträge – betont aber gleichzeitig, dass solche Freiräume im journalistischen Alltag selten sind. Ähnlich gibt ein Printjournalist an, dass in einem seiner Beiträge deshalb Bürger:innen ihre Perspektiven darlegen und ihre eigenen Problemwahrnehmungen ausführen können, weil er das Ergebnis einer regionalen Recherche ist:

»Also wir haben zum Beispiel im Vorfeld der Landtagswahl, also da sind wir wirklich durch die Regionen gefahren, haben mit Menschen gesprochen, was sie bewegt und so. Und das habe ich schon interessant gefunden, weil man dort auch merkt, welch interessanten Menschen es sozusagen gibt, die aber vielleicht sehr leise sind und jetzt nicht so a la PR-Berater in die Medien drängen. Und die auch viel zu sagen haben, einen Standpunkt haben, eine Meinung zu etwas haben« (J15).

Vor dem Hintergrund des Ausbleibens statistisch abgesicherter quantitativer Zusammenhänge (vgl. Tab. 32), aber gleichzeitigen qualitativen Befunden, erscheinen Zeit und Ressourcen für Recherche und Produktion als notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung, um Bürger:innen und Marginalisierten durch Journalismus eine Stimme zu geben.

Darüber hinaus erweist sich das Fehlen institutionalisierter Zugänge als im Bereich des ›Könnens‹ anzusiedelnder Grund, warum die mediale Repräsentation von ›einfachen‹ Bürger:innen scheitert. Dies zeigt sich dadurch, dass die Rekonstruktion der Genese von Arbeiten mit Perspektiven

individueller Gesellschaftsmitglieder von persönlichen und/oder zufallsbedingten Zugängen der Journalist:innen geprägt ist. Eine Journalistin (J₃) gibt an, auf der Suche nach in ein gesellschaftspolitisches Thema persönlich Involvierten »habe ich Kollegen gefragt, ob jemand einen [...] kennt, ehrlicherweise, ja, und dann hat mir eine Kollegin gesagt, ja sie kennt einen«. Ähnlich erklärt ein Journalist (J₄), bezüglich der Recherche nach Betroffenen, »da fragt man natürlich im Bekanntenkreis, [...], also es kann manchmal mühsam sein, solche Menschen zu finden, aber die Suche lohnt sich meistens«. Auch der Zugang zu einer marginalisierten Person in einer seiner rekonstruierten Arbeiten hat sich durch einen persönlichen Kontakt ergeben, der »mir die Geschichte herangetragen hat, die hat quasi gesagt, hier es gibt ihn, das und das ist ihm passiert, magst du ihn mal anrufen und redet mal darüber«. Diese Beispiele zeigen, dass die mediale Repräsentation von individuellen Gesellschaftsmitgliedern stärker das Ergebnis situativer kontingenter Umstände als ein Ausdruck professioneller Intentionen ist, für deren Erreichung ausreichende Routinen existieren. Sie besitzen damit kaum das Vermögen, die eigene Artikulation von Bürger:innen als integralen Bestandteil von Demokratie in einem partizipatorischen Verständnis auf Dauer und verlässlich sicherzustellen.

8.4 Zwischenfazit: hegemoniale Hierarchie politischer Quellen zulasten weniger institutionalisierter Akteur:innen

Eine Vielfalt von unterschiedlichen Akteur:innen in der Berichterstattung wurde in der vorliegenden Studie als Nachrichtenstandard argumentiert, weil in verschiedenen Vorstellungen von Demokratie aufgrund ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen Verortung von Macht und ihren unterschiedlichen Arten von Entscheidungsfindung normativ auch verschiedene Gruppen die durch Journalismus hergestellte Öffentlichkeit prägen sollten. Die Inhaltsanalyse zeigt einen klar elitenzentrierten Diskurs in Österreich, in dem die Artikulationschancen von parteipolitischen Funktionseleiten gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur:innen drastisch erhöht sind und vor allem die Perspektiven von Bürger:innen und gesellschaftlich ohnehin marginalisierten Gruppen und Gesellschaftsmitgliedern journalistisch weitgehend ausgeblendet werden. Während die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen zwischen den Medienangeboten eher

unsystematisch variiert, findet die mediale Artikulation von zivilgesellschaftlichen Gruppen und ihrer Vertreter:innen primär in Informationsmedien und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk statt. Die Artikulationschancen von ›einfachen‹ Bürger:innen sind umgekehrt in den analogen und digitalen Boulevardmedien auf niedrigem Niveau signifikant höher. Wem warum und wie im politischen Journalismus eine Stimme gegeben wird, wird durch Dynamiken und Muster mitbestimmt, die für die mediale Repräsentation von parteipolitischen Funktionseliten, Akteur:innen der Zivilgesellschaft sowie Bürger:innen und Marginalisierte gleichermaßen von Bedeutung sind. Deshalb wird nach einem Fazit zu den drei untersuchten Gruppen ein gemeinsames Zwischenfazit für die journalistische Aushandlung der medialen Repräsentation von Akteur:innen gezogen.

Um Forschungsfrage FF2a, welche nach systematischen Einflüssen auf die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen fragt, sowie FF4a, welche nach deren journalistischer Aushandlung fragt, zu beantworten, wurden analog zur Erklärung der professionellen Standards der Berichterstattung für die Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen zunächst getrennte Modelle berechnet. In ein gemeinsames Modell übernommen (vgl. Tab. 38 in Anhang I) verlieren die (wenigen) signifikanten Prädiktoren kaum an Effektstärke. Sie besitzen also auch im Zusammenspiel weiterhin Relevanz. Innerhalb des ›Wollens‹ der Journalist:innen verpasst das journalistische Rollenverständnis, Bürger:innen zu Entscheidungen zu befähigen, knapp einen signifikanten Zusammenhang mit der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen. Der Konnex zwischen einer journalistischen Informationsfunktion und der Darlegung parteipolitischer Standpunkte in der Berichterstattung bildet sich qualitativ aber klar ab. Darüber hinaus weisen die Journalist:innen in den qualitativen Rekonstruktionen unterschiedliche Konzeptionen von Parteienvielfalt auf. Sie bewegen sich sowohl in die Nähe eines Proporzgedankens als auch der Chancengleichheit, wie es das unklare Muster in den inhaltsanalytischen Daten erklären kann. Ein weiterer Grund dafür liegt darin, dass Journalist:innen abstrakte Vorstellungen von Parteienvielfalt gegenüber dem jeweiligen Berichterstattungsanlass in den Hintergrund stellen. Einzig der Stellenwert der Sichtweise der parlamentarischen Opposition wird als idealtypischer Ankerpunkt betrachtet. Innerhalb des ›Sollens‹, also der Einflüsse aus normativen Erwartungsstrukturen, kann die empirische Analyse keine relevanten Einflüsse identifizieren. Innerhalb der Konstellationsstrukturen, die das ›Können‹ von Journalist:innen umreißen, legen

die retrospektiven Rekonstruktionen offen, dass die mediale Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen stark eine Folge davon ist, dass politische Eliten im Sinne eines Agenda Building Berichterstattungsanlässe selbst schaffen (können). Problematisch ist dabei, dass sich qualitativ Automatismen der medialen Abbildung von politischen Funktionseleiten und eine teilweise Entkopplung eines Elitenstatus von sachpolitischen Inhalten zeigen. Dies korrespondiert mit dem quantitativen Befund, dass ein negativer Zusammenhang zwischen der Autonomie von Journalist:innen und der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen in ihrer Berichterstattung besteht. Auch wenn sich dieser Zusammenhang durch die im Vergleich zu anderen Gruppen ungleich größeren Kommunikationsaktivitäten plausibilisieren lässt, lässt er dennoch auf ein teils dysfunktionales Verhältnis zwischen Journalismus und (institutionalisierter) Politik in Österreich schließen, wo offenbar auch der eingeschränkte Handlungsspielraum von Journalist:innen die Artikulationschancen von politischen Funktionseleiten erhöht. Die journalistische Aushandlung der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen zeigt sich zusammenfassend als von einer intentionalen Elitenorientierung geprägt, wobei gleichzeitig ein begrenzter Handlungsspielraum für demgegenüber alternative Deutungsangebote besteht.

Äquivalent zur journalistischen Aushandlung der medialen Abbildung von parteipolitischen Akteur:innen fragen die Forschungsfragen FF2b und FF4b danach, welche Faktoren sich auf die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft auswirken und wie sie im Spannungsfeld zwischen Strukturen und Handlungsmacht journalistisch verhandelt werden. Auch hier wurden getrennt für die Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen Regressionsmodelle berechnet, wobei lediglich signifikante Prädiktoren innerhalb der Konstellationsstrukturen ermittelt werden konnten. Deren Effektstärken bleiben auch in einem Gesamtmodell aller Einflussdimensionen relativ stabil (vgl. Tab. 39 in Anhang I). Korrespondierend mit den quantitativen Modellen mit den Deutungsstrukturen als Prädiktoren, die keinen systematischen Einfluss identifizieren können, zeigt sich auch qualitativ, dass die mediale Abbildung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Allgemeinen keine explizite Rolle im professionellen ›Wollen‹ österreichischer Journalist:innen einnimmt. Eine Ausnahme davon machen sozialpartner:innenschaftliche Verbände und Gewerkschaften, denen die Journalist:innen einen höheren Stellenwert zuschreiben und die, wie die Inhaltsanalyse belegt, massiv

höhere Artikulationschancen besitzen als andere zivilgesellschaftliche Kollektive und Personen. Zudem kristallisiert sich qualitativ die Expertise von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen als Grund heraus, warum Journalist:innen ihnen eine Stimme geben, auch wenn die Expertise-Norm eher einer repräsentativen Vorstellung von Demokratie zuzuordnen ist. Innerhalb der Erwartungsstrukturen, wie sie das ›Sollen‹ ausdrücken, mit dem Journalist:innen konfrontiert sind, konnte kein entscheidender Einfluss identifiziert werden. Innerhalb der Konstellationsstrukturen, die das ›Können‹ konturieren, zeigen die quantitativen Modelle einen positiven Zusammenhang zwischen dem empfundenen Einfluss von Vorgesetzten und leitenden Journalist:innen und der medialen Repräsentation von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, wie ihn die qualitative Analyse jedoch nicht plausibilisieren kann. Die quantitative Analyse zeigt zudem, dass die empfundene Autonomie von Journalist:innen signifikant positiv dazu beiträgt, dass Journalist:innen Akteur:innen der Zivilgesellschaft in ihrer Berichterstattung Raum geben. Dies belegt eindrücklich den Stellenwert journalistischer Handlungsfreiheit als Voraussetzung dafür, dass öffentliche Diskurse das politische Zentrum verlassen und auf deliberative Weise Akteur:innen der Peripherie inkludieren.

Im partizipatorischen Sinne fragen die Forschungsfragen FF2c und FF4c, welche Faktoren aus der journalistischen Arbeitsrealität die mediale Repräsentation von Bürger:innen und Marginalisierten erklären und wie diese im journalistischen Arbeitsprozess verhandelt werden. Die quantitativen Modelle zu Deutungs- und Erwartungsstrukturen können dabei – nicht zuletzt aufgrund der durch die niedrige mediale Sichtbarkeit von individuellen Gesellschaftsmitgliedern stark verminderte Datenbasis – keine Varianz erklären. Auch die Modelle zu den Konstellationsstrukturen können nur einen assoziativ signifikanten und damit nicht statistisch abgesicherten Zusammenhang nachweisen. Dies macht die Überprüfung der Effektstärken in einem gemeinsamen Modell (vgl. Tab. 40 in Anhang I) gegenstandslos. Die qualitative Analyse zeigt, dass die mediale Repräsentation von Bürger:innen durchaus als abstrakte Handlungsintention im ›Wollen‹ der Journalist:innen angelegt ist und insbesondere als anwaltschaftlicher Impetus begriffen wird. Dem steht praktisch aber auf ambivalente Weise eine Distanz und Skepsis gegenüber ›einfachen‹ Bürger:innen in politischer Berichterstattung gegenüber. Zudem werden die Stimmen von individuellen Gesellschaftsmitgliedern als rein stilistisches Mittel begriffen, wie es mit dem normativen Ideal einer partizipatorischen Selbst-

ermächtigung von Bürger:innen durch öffentliche Sprechakte in Konflikt steht. Während auch die qualitative Analyse im Bereich des ›Sollens‹ keine relevanten Einflüsse aufdecken kann, zeigt sich im Bereich des ›Könnens‹, dass ein Mangel an Zeit und Ressourcen die Perspektiven von Bürger:innen beschneiden kann. Nachdem sich dies quantitativ bestenfalls assoziativ abzeichnet, scheinen Zeit und Ressourcen eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung zu sein. Zudem erweist sich die mediale Repräsentation von individuellen Gesellschaftsmitgliedern als das Ergebnis situativer kontingenter Umstände, was auf das Fehlen institutionalisierter und routinisierter Zugänge zu Bürger:innen verweist.

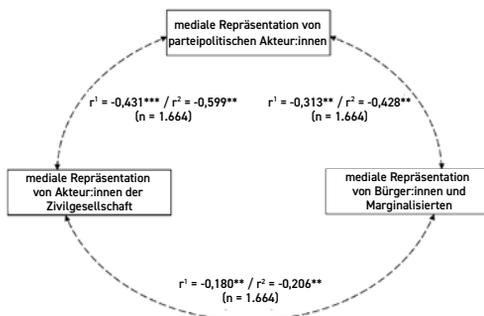
Im Vergleich der drei untersuchten Gruppen zeigt sich vor allem qualitativ, dass der höhere soziale Status und Institutionalisierungsgrad von parteipolitischen Funktionseliten im Vergleich zu zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und vor allem ›einfachen‹ Bürger:innen deren mediale Repräsentation erklärt. Dies bestätigt bisherige Studien, die zeigen, dass Journalist:innen versuchen, vor allem die »big get« im Sinne von statusstarken politischen Akteur:innen mit realpolitischer Entscheidungsmacht zu bekommen (vgl. VOS/WOLFGANG 2018: 771), zivilgesellschaftliche Gruppen nur als optionale zusätzliche Quellen neben diesen erachten (vgl. HERTZUM 2022: 6) und statusstarke Quellen vor allem gegenüber Bürger:innen vorziehen (vgl. REICH/BARNOY 2020: 978). Dies lässt zwar den Schluss zu, dass die Nachrichtenentscheidungen hinter der Frage nach der medialen Repräsentation von Akteur:innen stärker durch Charakteristika des Berichterstattungsanlasses – in diesem Fall dem sozialen Status der politischen Quellen – als durch generelle Strukturen und Handelnde im Journalismus geprägt werden (vgl. REINEMANN/BAUGUT 2014b: 328). Im Umkehrschluss braucht es aber auch Strukturen, die eine solche Elitenorientierung möglich machen bzw. Handelnde, die sie konkret umsetzen. Die vorliegende Studie zeigt dabei, dass die Handlungsfreiheit von Journalist:innen die entscheidende Dimension dafür ist, die Berichterstattung (bei niedriger Autonomie) eng an das politische Zentrum zu knüpfen oder aber (bei hoher Autonomie) auch stärker Perspektiven aus der politischen Peripherie zu berücksichtigen. Der vergleichsweise starke Fokus auf das politische Zentrum im österreichischen Journalismus wird dabei aus repräsentativ-demokratischer Perspektive positiv bewertet, weil hier davon ausgegangen wird, dass mit der Vielfalt parteipolitischer Positionen ohnehin die Vielfalt gesellschaftlicher Positionen weitgehend abgedeckt wird (vgl. VOS/WOLFGANG 2018: 774f.). Aus deliberativer und vor allem partizipatorischer

Perspektive erscheint eine solche Elitenzentrierung und die Faktoren und Dynamiken, aus welchen sie sich speist, jedoch defizitär.

Die Analyse offenbart dabei auch, dass sich verschiedene Akteur:innen aus Zentrum und Peripherie der Gesellschaft in einer Konkurrenzsituation um die begrenzte Ressource journalistischer Aufmerksamkeit befinden. Einerseits offenbart die Rekonstruktion der Genese der Berichterstattung, dass Journalist:innen routiniert jenen Akteur:innen den Vorzug geben, die ihnen ihre Kommunikationsanliegen möglichst niederschwellig und konform mit dem journalistischen Produktionsprozess aufbereiten, was zulasten der medialen Sichtbarkeit wenig organisierter und institutionalisierter Quellen geht. Darüber hinaus bildet sich dieses Konkurrenzverhältnis auch alleine in den inhaltsanalytischen Daten ab, wo die mediale Repräsentation der drei Gruppen je signifikant negativ miteinander korreliert (vgl. Abb. 13). Zwischen der Repräsentation von parteipolitischen Funktionseleiten und organisierten Akteur:innen der Zivilgesellschaft besteht der stärkste negative Zusammenhang, zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Bürger:innen der schwächste.

ABBILDUNG 13

Zusammenhänge zwischen der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen, Akteur:innen der Zivilgesellschaft und Bürger:innen in der Berichterstattung



Anmerkung: Korrelationskoeffizient nach Pearson basierend auf bivariaten Korrelationen; gewichtet anhand des Verhältnisses zwischen jeweiliger Stichprobengröße und der durch den Suchstring erhobenen Grundgesamtheit; *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001; Basis: Beiträge mit mindestens einer der Gruppen als zentrale Akteur:innen; ¹basierend auf Zahl der Akteur:innen pro Beitrag (1-4), ²basierend auf dem dichotomen Vorkommen pro Beitrag

Der Grundkonflikt scheint in diesem Sinne also zu sein, ob Journalist:innen ihre Recherche für die gesellschaftliche Peripherie öffnen oder ob sie sie auf das politische Zentrum beschränken. Wie die vorliegende Analyse zeigt, ist im österreichischen Journalismus weitgehend Letzteres der Fall. Vor allem für die öffentliche Sichtbarkeit der Perspektiven von Bürger:innen ist dies problematisch. Aufgrund von »hohen massenmedialen Zugangshürden« fordert beispielsweise Martinsen (2009: 57), sollten Medien »die strukturellen Voraussetzungen schaffen, um auf vielfältige Weise die Handlungsfähigkeit von Bürgern zu stärken«. Dies ist im österreichischen Journalismus kaum der Fall – eher im Gegenteil. Vielmehr werden partizipatorische Chancen der Teilhabe nicht genutzt, sondern gesellschaftliche Asymmetrien durch Journalismus eher perpetuiert. Soziale Ungleichheit wird in der Regel durch eine Vielzahl von sozialen, politischen und kulturellen Praktiken reproduziert, problematisieren Ferree et al. (vgl. 2002a: 297). Die vorliegende Analyse zeigt, dass journalistische Nachrichtenproduktion in Österreich zumindest teilweise eine solche Praktik darstellt und sich – jedenfalls aus deliberativer und partizipatorischer Sicht problematischerweise – an einer hegemonialen Hierarchie politischer Quellen orientiert.

9. CONCLUSIO: NACHRICHTENQUALITÄT ALS HERAUSFORDERUNG FÜR JOURNALISMUS, POLITIK UND GESELLSCHAFT

9.1 Fazit

Ziel und Vorgehen der Studie

Demokratie ist nichts »Fertiges oder Abgeschlossenes«, sondern beschreibt vielmehr »die Art und Weise, in der die Bürgerinnen und Bürger – ihrem Anspruch nach gleichberechtigt und selbstbestimmt – ihre ungewisse Zukunft gemeinsam gestalten« (RASEMANN/KNEIP 2022: 9). Was Demokratie ist und sein soll, ist demnach Gegenstand ständiger gesellschaftlicher Aushandlung. Dies bedarf einer demokratischen Öffentlichkeit, die insbesondere sicherstellt, dass der Anspruch der Gleichberechtigung und Selbstbestimmtheit der Gesellschaftsmitglieder umgesetzt wird. Journalismus ist nach wie vor die zentrale Instanz, die eine solche Öffentlichkeit herstellt. Er ist damit konstitutiv dafür, ob eine Gesellschaft – gegenwärtig konfrontiert mit massiven Herausforderungen (vgl. einleitend Kap. 1) – Wege findet, eine solche ungewisse Zukunft erfolgreich gemeinsam zu gestalten. Die Unterschiedlichkeit demokratischer Ideen und Prinzipien war der Ausgangspunkt dieser Studie, um Nachrichtenqualität im Sinne einer demokratietheoretischen Neubewertung systematisch auf verschiedene Demokratietheorien als normative Basis zu beziehen (vgl. Kap. 2). In diesem Sinne erarbeitet sie eine Definition von Nachrichtenqualität als *Ausdruck differenzierter demokratiefördernder Potenziale von journalistischen Inhalten* und argumentiert, welchen Ansprüchen journalistische Nachrichtenme-

dien in drei verschiedenen Demokratiemodellen gerecht werden sollten. Unter Bezug auf öffentlichkeitstheoretische Arbeiten (vgl. FERREE et al. 2002a; MARTINSEN 2009; STRÖMBÄCK 2005) und bestehende theoretische Arbeiten zu Nachrichtenqualität (vgl. EISENEGGER/UDRIS 2021; JANDURA/FRIEDRICH 2014) schlägt sie eine Konzeptualisierung von Nachrichtenqualität vor, die unterschiedliche demokratiethoretische Erfordernisse von Demokratie vergleichbar theoretisiert und damit vergleichend empirisch zugänglich macht. Nachrichtenqualität wird dabei auf zwei Achsen differenziert. *Professionelle Standards* adressieren das »Wie?« der Berichterstattung und drücken normativ erwünschte Kommunikationsstile aus. Die *Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen* adressiert das »Wer?« in der Berichterstattung und drückt aus, welche Akteur:innen und Gruppen in unterschiedlichen Vorstellungen von Demokratie die Öffentlichkeit prägen sollten. Damit ergibt sich eine mehrdimensionale demokratiethoretisch fundierte Konzeption von Nachrichtenqualität (vgl. Tab. 1 in Kap. 2).

Im Sinne des repräsentativen Demokratiemodells betont eine *deskriptive Nachrichtenqualität* den hohen Stellenwert der *Unparteilichkeit* der Berichterstattung, die Bürger:innen eine wohlüberlegte Wahlentscheidung ermöglichen soll. Dazu soll die durch Journalismus geschaffene Öffentlichkeit als »Markplatz der Ideen« von einer *Vielfalt parteipolitischer Funktionseleiten* geprägt sein, die dort ihre Standpunkte publik machen können. Als Ausdruck einer deliberativen Vorstellung von Demokratie steht im Sinne einer *diskursiven Nachrichtenqualität* die *Diskursivität* der Berichterstattung im Fokus, die durch eine kontextualisierende Einordnungsleistung das argumentative Repertoire von Bürger:innen vergrößern und sie damit zur Teilnahme an deliberativen Diskursen befähigen soll. Eine *Vielfalt von Akteur:innen der Zivilgesellschaft* soll sicherstellen, dass öffentliche Diskurse das politische Zentrum verlassen und vor allem zivilgesellschaftlichen Kollektiven Zugang zur Öffentlichkeit eröffnen. Von einem partizipatorischen Demokratiemodell lässt sich eine *aktivierende Nachrichtenqualität* ableiten. Journalismus sollte hier Formen *konstruktiver Emotionalität* in der Berichterstattung anwenden, um Bürger:innen zur direkten Partizipation zu motivieren, und diese zulassen, um nicht von gesellschaftspolitischen Umständen emotional Betroffene von Diskursen auszuschließen. Eine *Vielfalt von Bürger:innen und Marginalisierten* sollte in journalistischer Berichterstattung selbst aktiv zu Wort kommen und Identifikationsangebote für andere Gesellschaftsmitglieder schaffen. Diese drei Formen von Nachrichtenqualität betonen, dass, je nach eingenommener demokratiethoretischer

Perspektive, die Performanz von Journalismus unterschiedlich beurteilt wird. Sie weisen zudem unterschiedlichen Medien und Medientypen auch unterschiedliche Funktionen zu, wodurch sie zu Demokratie beitragen können (vgl. CURRAN 2002: 239).

Um ein hochwertiges journalistisches Informationsangebot zu sichern, ist ein Verständnis des Zustandekommens verschiedener Formen von Nachrichtenqualität essenziell. Dem wird die gegenwärtige, primär deskriptive Qualitätsforschung kaum gerecht. Forschung, die sich in einem weiteren Sinne mit demokratietheoretisch relevanter journalistischer Performanz beschäftigt, stützt sich dagegen – unter weitgehender Ausblendung der jeweils anderen Perspektive – auf mediensystemische Strukturen oder aber auf Journalist:innen als Handelnde als Erklärung für diese Performanz. Um beides angemessen zu berücksichtigen, zieht die vorliegende Studie die *Akteur:innen-Struktur-Dynamik* von Schimank (2005, 2007a, 2016) heran, die system-, handlungs- und institutionentheoretische Annahmen integrativ verbindet. Indem *Journalismus als systembezogene Akteur:innenkonstellation* (vgl. NEUBERGER 2004, 2016, 2022a) betrachtet wird, können systematisch Faktoren und Dynamiken innerhalb des Journalismus identifiziert werden, die journalistische Performanz beeinflussen – und damit auch für das Zustandekommen von Nachrichtenqualität konstitutiv sind. Nachrichtenqualität erscheint so betrachtet als das Ergebnis handelnden Zusammenwirkens im Journalismus (vgl. Kap. 3). Indem Nachrichtenqualität gleichzeitig als demokratisches Erfordernis mit erwartbaren gesellschaftlichen Effekten und als Ergebnis des journalistischen Produktionsprozesses betrachtet wird, verbindet diese Studie eine normative und eine analytische Forschungstradition.

Konkret argumentiert die Betrachtung von Journalismus als Akteur:innen-Struktur-Dynamik, dass *Deutungsstrukturen* als Ausdruck der Orientierungshorizonte im Teilsystem Journalismus das professionelle und individuelle ›Wollen‹ von Journalist:innen als zentral Handelnde darstellen. *Erwartungsstrukturen*, die jedenfalls zum Teil von Medienorganisationen in ihrer ›Scharnierfunktion‹ zwischen systemischen Orientierungshorizonten und den Konstellationen handelnder Akteur:innen operationalisiert werden, geben als institutionelle Ordnungen das ›Sollen‹ vor. *Konstellationsstrukturen* als relativ stabile Interaktionen von Journalist:innen mit ihren Bezugsgruppen begrenzen ihr ›Können‹. Auf diesen drei Strukturebenen werden interne und externe Faktoren verortet, von denen anzunehmen ist, dass sie einerseits konstitutiv für den gegenwärtigen Journalismus sind,

und andererseits das Potenzial haben, Nachrichtenqualität zu beeinflussen (vgl. Abb. 2 in Kap. 3.2). Zusammen drücken diese Strukturen eine spezifische *Logik der Situation* aus, in der bestimmtes Handeln für Journalist:innen gemäß ihren jeweiligen Handlungsantrieben sinnvoll erscheint und damit wahrscheinlicher ist, als anderes Handeln. Aufgrund des Zusammenwirkens der Strukturdimensionen können Journalist:innen nur teilweise erreichen, was sie ›wollen‹, weshalb Handeln meist transintentional ist. Mit Blick auf den prozeduralen Charakter der Nachrichtenproduktion erscheint die Genese von Nachrichtenqualität als *Verkettung* strukturell überformter Logiken der Situation, wobei die Ergebnisse der vorgelagerten Situationen die nachgelagerten mitprägen. Zusammenfassend erscheint Nachrichtenqualität damit als das *Ergebnis (trans-)intentionalen journalistischen Handelns* bzw. als das *Ergebnis strukturell überformten, (trans-)intentionalen handelnden Zusammenwirkens zwischen Journalist:innen und ihren internen wie externen Bezugsgruppen*. Dies stellt die zweite innerhalb der Studie erarbeitete Definition von Nachrichtenqualität dar. Sie betont, dass Interferenzen zwischen den Strukturen eine *Aushandlung* zwischen ›Wollen‹, ›Sollen‹ und ›Können‹ im Prozess der Nachrichtenproduktion notwendig machen.

Daran anschließend wird dargelegt, welche empirischen Befunde zu den jeweiligen Einflussgrößen in Österreich im Sinne von *Potenzialen für Nachrichtenqualität* vorliegen (vgl. Kap. 4). So werden Erwartungen formuliert, welche Interferenzen zwischen möglichen Einflüssen im spezifischen Kontext des österreichischen Journalismus zu erwarten sind, die die Realisierung bestimmter Formen von Nachrichtenqualität komplikationsloser und damit wahrscheinlicher machen. Einer theoretischen Formulierung von Annahmen sind jedoch Grenzen gesetzt, weil zwar wahrscheinliche Einflussfaktoren benannt werden können, zu deren Zusammenspiel jedoch nur begrenzt valide Vermutungen formuliert werden können. Deshalb arbeitet die Studie mit explorativen Forschungsfragen (vgl. Kap. 5). Diese fragen einerseits danach, welche Faktoren aus der Arbeitsrealität von Journalist:innen auf den drei theoretisch argumentierten Strukturdimensionen die jeweiligen Formen demokratietheoretisch fundierter Nachrichtenqualität beeinflussen. Im Sinne eines holistischen Verständnisses für die Genese von Nachrichtenqualität fragen sie zudem, wie Journalist:innen diese Einflüsse verhandeln. Um die Forschungsfragen zu beantworten, arbeitet die Studie mit einem dreiteiligen Mixed-Methods-Design (vgl. Kap. 6). Eine quantitative Inhaltsanalyse politischer Nachrichtenbeiträge aus den reichweitenstärksten Informations-, Boulevard- und Regionalmedien und

dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (je analog und digital) zielt darauf ab, Nachrichtenqualität zu *messen*. Eine nachgelagerte quantitative Befragung der Urheber:innen der Beiträge dient dazu, durch Kombination der beiden Datenquellen auf Ebene der einzelnen Beiträge Nachrichtenqualität zu *erklären*. Qualitative retrospektive Rekonstruktionen, in denen die Entstehungsgeschichte von ausgewählten journalistischen Beiträgen aus dem Sample zusammen mit ihren Urheber:innen diskursiv de- und rekonstruiert wurde, dienen dazu, die Genese von Nachrichtenqualität tiefergehend zu *verstehen*.

Zentrale Befunde der Untersuchung

Die Ergebnisse zeigen, dass die Berichterstattung in Österreich hinsichtlich der *professionellen Standards* (vgl. Kap. 7) in hohem Maße dem Anspruch der Unparteilichkeit gerecht wird und die große Mehrheit der Nachrichtenbeiträge frei von journalistischen Wertungen ist. Schwächen offenbaren sich bei der Diskursivität der Berichterstattung, die nur auf niedrigem Niveau umgesetzt wird. Konstruktive Formen von Emotionalität werden nur in der Minderheit der Beiträge realisiert, die Mehrheit ist rein oder vorwiegend sachlich-nüchtern. Der österreichische Journalismus stützt damit primär ein repräsentatives Demokratieverständnis und leistet einen funktionalen Beitrag für die demokratische Willensbildung der Bevölkerung. Dem Anspruch, durch eine diskursive Einordnungsleistung deliberative Diskurse zu unterstützen und durch konstruktive Formen von Emotionalität aktivierend Bürger:innen zur Partizipation zu motivieren, wird er dagegen nur schwach gerecht. Im Vergleich der Medientypen zeigt sich, dass der professionelle Berichterstattungsstandard der Unparteilichkeit maßgeblich durch den ORF als Rückgrat eines wertneutralen und distanzierten Journalismus aufrechterhalten wird. Die Diskursivität der Berichterstattung wird zudem maßgeblich, analog wie digital, durch die Informationsmedien geleistet. Die oft als ›Qualitätsmedien‹ bezeichneten, hier als ›Informationsmedien‹ benannten Angebote begründen ihren Qualitätsanspruch also in einer deliberativen und repräsentativen Logik. Eine konstruktive Emotionalität findet dagegen fast ausschließlich im Boulevard statt.

Die Analyse von Einflüssen auf die *Unparteilichkeit* belegt einen positiven Zusammenhang zwischen dem Rollenverständnis von Journalist:innen, Menschen durch Informationen zu politischen Entscheidungen zu befähigen

higen, und der Wertneutralität ihrer Berichterstattung. Ihre eigene politische Einstellung gefährdet die Unparteilichkeit der journalistischen Arbeiten dagegen nicht. Die statistischen Modelle belegen zudem einen positiven Einfluss der Orientierung an rechtlichen Rahmenbedingungen auf die Unparteilichkeit von Nachrichten. Nicht nur treffen rechtlich kodifizierte inhaltliche Vorgaben in Österreich nahezu ausschließlich auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu. Auch die qualitative Analyse zeigt, dass die Erwartung einer unparteilichen Berichterstattung primär den ORF betrifft. Sie wird intern durch Sozialisation und extern durch Aushandlungsprozesse mit Bezugsgruppen handlungsleitend an Journalist:innen vermittelt – und in Folge offenbar auch erfolgreich realisiert. Die qualitative Analyse fördert zudem zutage, dass die überdurchschnittlich wertende Berichterstattung des Boulevards durch redaktionelle Linien erklärt werden kann, die von Journalist:innen entweder derart stark internalisiert werden, dass kaum Interferenzen mit ihren Rollenverständnissen auftreten, oder mögliche Interferenzen organisationsintern koordiniert werden. Explizite Einflussversuche durch externe Akteur:innen auf die Unparteilichkeit, beispielsweise durch Politiker:innen, bleiben statistisch einflusslos und der österreichische Journalismus weist dahingehend – jedenfalls im unteren bis mittleren Hierarchiesegment, dem das Gros der Befragten zuzuordnen ist – eine relative Resilienz auf. Die Journalist:innen empfinden jedoch insofern eine Verschiebung kulturell-professioneller Grenzen, als dass sie die Umsetzung einer Unparteilichkeitsnorm aufweichen, wenn politische Funktionseliten selbst entgegen demokratischer Prinzipien handeln und sie dies ihrem Empfinden nach nicht unkommentiert lassen »können«.

Hinsichtlich der *Diskursivität* zeigt die Analyse, dass das Rollenverständnis von Journalist:innen, Erklärungen, Hintergründe und Kontext zu Themen zur Verfügung zu stellen, die diskursive Einordnungsleistung ihrer Berichterstattung positiv beeinflusst. Den einzelnen Komponenten der Diskursivität – also beispielsweise dem Aufzeigen von Gründen, Folgen oder unterschiedlichen Bewertungen – wird auch qualitativ ein hoher Stellenwert beigemessen. Bei divergierenden Bewertungen wird aber auch die Gefahr einer *False Balance* reflektiert. Dabei haben Journalist:innen eher die gesamte mediale Berichterstattung als Einzelbeiträge im Blick, was die Diskrepanz einer starken Zustimmung zu deliberativen Ansprüchen bei gleichzeitig nur moderater diskursiver Performanz erklären kann – wahrscheinlich aber eine eher fragmentierte Nutzungsrealität überschätzt. Negativen Einfluss auf die Diskursivität besitzen die von Journalist:innen

empfundene Publikumserwartungen. Je stärker Journalist:innen sich an diesen orientieren, desto weniger diskursiv einordnend ist ihre Berichterstattung. Die qualitative Analyse macht als Erklärung dafür ein von den Journalist:innen wahrgenommenes begrenztes Auffassungsvermögen und/oder eine begrenzte Aufmerksamkeit des Publikums aus. Sie muss nicht zwingend mit der empirischen Realität korrespondieren, fügt sich aber schlüssig in die hohen intellektuellen Anforderungen des deliberativen Demokratiemodells ein. Für die Theoriebildung wirft das die Frage auf, wie realistisch die Einbindung des Publikums in komplexe deliberative Aushandlungsprozesse vor diesem Hintergrund ist. Innerhalb der Konstellationen von Journalist:innen mit ihren Bezugsgruppen und ihnen zuzuordnenden abstrakten Einflüssen kann die Analyse keine quantitativen Einflüsse ausmachen. Qualitativ kristallisieren sich jedoch Interferenzen zwischen dem Ziel einer diskursiven Berichterstattung und der Verfügbarkeit von (Recherche-)Zeit und Platz zum Darlegen kontextualisierender Information heraus. Zudem bildet sich ein Konnex zwischen der eigenen Informiertheit der Journalist:innen bzw. ihrem thematischen (Vor-)Wissen und der Diskursivität ab. Dies wurde theoretisch nicht berücksichtigt, lässt sich aber als (auch) durch organisationale Strukturen überformte Ressource begreifen. In Hinblick auf eine diskursive Nachrichtenqualität lenkt dies den Blick auf Arbeits- und Produktionsbedingungen, unter denen sich Journalist:innen solches Wissen aneignen können.

Die *konstruktive Emotionalität* der Berichterstattung lässt sich ebenfalls systematisch durch ein journalistisches Rollenverständnis von Journalist:innen erklären – hier ist es jedoch keines, das einer normativen Erwartung entspricht, sondern die Rolle, dem Publikum eigene Ansichten zu präsentieren, die signifikant die Emotionalität der Beiträge erklärt. Die qualitative Analyse zeigt, dass Journalist:innen einerseits durch emotionale Elemente ihre Standpunkte unterstreichen. Andererseits wollen Journalist:innen durch die Vermeidung von emotionalen Elementen in ihren Arbeiten auch Subjektivität vermeiden. Das in den Rollenverständnissen durchaus vorhandene Ziel, Bürger:innen zu motivieren und zu aktivieren, wird nicht systematisch mit Emotionalität in der Berichterstattung in Verbindung gebracht. Den aktivierenden Potenzialen von konstruktiver Emotionalität wird damit weitgehend eine Absage erteilt. Gemäß den Sinnstrukturen von Journalist:innen werden Emotionen in der Berichterstattung jedoch dann realisiert, wenn sie als integraler Bestandteil der erlebten Realität begriffen werden. In diesem Fall können Journalist:innen

Kongruenz mit ihrem Repertoire professioneller Rollenverständnisse herstellen. Dies betont die Wichtigkeit der Analyse des durchaus kreativen und komplexen Prozesses der praktischen Umsetzung von Einstellungs-konstrukten. Die quantitativen Modelle zeigen zudem, dass ein negativer Zusammenhang zwischen rechtlichen Rahmenbedingungen des Journalismus in Österreich und der Emotionalität der Berichterstattung besteht. Wenn sich Journalist:innen stark am rechtlichen Rahmen orientieren, sind ihre Arbeiten weniger emotional – oder, invers formuliert, eher sachlich-nüchtern. Qualitativ lässt sich das, eng verbunden mit den Befunden zur Unparteilichkeit, primär durch die in Konstellationen vermittelten Erwartungen an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erklären. Im Umkehrschluss zeigt sich qualitativ, dass redaktionelle Linien im Boulevard einen Möglichkeitsraum für emotionale Arten der Berichterstattung schaffen, der in anderen Mediensektoren verschlossen bleibt. Dies kann – in enger Entsprechung mit dem partizipatorischen Kerngedanken – durchaus mit der Intention geschehen, Bürger:innen in ihrer subjektiven Lebensrealität ›abzuholen‹. Andererseits werden auch inzivile Praktiken gebilligt, die dem Inklusionsgedanken des partizipatorischen Modells eklatant zuwiderlaufen. Abschließend zeigt sich quantitativ, dass sich die Emotionalität in den journalistischen Arbeiten durch werbliche Überlegungen erklären lässt, die organisational an Journalist:innen vermittelt werden. Die konstruktive Emotionalität der Berichterstattung ist zusammenfassend damit stärker Ausdruck einer Aufmerksamkeitsökonomie als des Versuchs, Gesellschaftsmitglieder zu aktivieren und zu mobilisieren.

Hinsichtlich der *Vielfalt medialer Repräsentation* (vgl. Kap. 8) belegen die Inhaltsanalysedaten einen klar auf parteipolitische Funktionsebenen zentrierten Diskurs, der verminderte Artikulationschancen für zivilgesellschaftliche Akteur:innen bedeutet und die Perspektiven von Bürger:innen und Marginalisierten weitgehend ausblendet. Damit entspricht die journalistische Performanz – wie auch im Fall der professionellen Standards der Berichterstattung – am stärksten einem repräsentativen Verständnis von Demokratie vor einem deliberativen und insbesondere vor einem partizipatorischen Verständnis. Die Qualität politischer Nachrichten im österreichischen Journalismus korrespondiert damit wiederum mit der realpolitischen Verfasstheit von Demokratie in Österreich, wo repräsentative Instrumente im Zentrum stehen, um deliberative Entscheidungsfindungsprozesse ergänzt werden und partizipatorische Formen des Einbezugs von Bürger:innen primär auf kleinräumige Kontexte beschränkt bleiben (vgl.

ROSENBERGER/STADLMAIR 2014). Im Vergleich von Medien und Medientypen variiert der vergleichsweise hohe Anteil von parteipolitischen Funktionseleiten kaum systematisch. Die Artikulationschancen von Akteur:innen der Zivilgesellschaft sind dagegen in den Informationsmedien und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk höher. »Einfache« Bürger:innen kommen primär im Boulevard zu Wort. Die mediale Repräsentation dieser drei Gruppen korreliert dabei negativ, wie es deren Konkurrenzverhältnis – vor allem zwischen dem politischen Zentrum und Peripherie – um die Ressource journalistischer Aufmerksamkeit ausdrückt.

In Bezug auf *parteipolitische Funktionseleiten* weist die quantitative Analyse einen lediglich auf einem Signifikanzniveau von 10 Prozent signifikanten Zusammenhang zwischen dem Rollenverständnis von Journalist:innen, durch Information Menschen zu politischen Entscheidungen zu befähigen – wie es auch die Unparteilichkeit erklärt –, und der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen nach. Er zeichnet sich jedoch qualitativ ab. Journalist:innen in Österreich weisen dabei aber eine unklare bzw. inkonsistente Vorstellung von einer angemessenen Art der Vielfalt bzw. einem angemessenen Verhältnis auf, in dem politische Parteien medial abgebildet werden sollen. Einzig die Perspektiven der parlamentarischen Opposition werden als grundsätzlicher Ankerpunkt betrachtet. Während die Erwartungen, die an Journalist:innen gestellt werden, in keinem systematischen Verhältnis zum Ausmaß der medialen Repräsentation von parteipolitischen Akteur:innen stehen, erklärt die Autonomie von Journalist:innen deren mediale Abbildung *negativ*. Je weniger Handlungsfreiheit Journalist:innen besitzen, desto wahrscheinlicher bilden sie politische Eliten ab. Die qualitative Analyse legt zudem teilweise Automatismen der medialen Abbildung von Funktionseleiten und eine damit einhergehenden Entkopplung von sachpolitischer Relevanz offen. Diese Befunde deuten auf ein teils dysfunktionales Verhältnis zwischen parteipolitischen Funktionseleiten und Journalist:innen in Österreich hin, das auch aus Perspektive eines repräsentativen Demokratiemodells – das eine grundsätzliche Elitenzentrierung begrüßt – demokratischen Ansprüchen zuwiderläuft.

Die mediale Abbildung von *Akteur:innen der Zivilgesellschaft* ist wenig explizit in den Sinnstrukturen österreichischer Journalist:innen verankert und deren mediale Repräsentation lässt sich quantitativ auch nicht durch die professionellen Intentionen von Journalist:innen erklären. Eine Ausnahme davon machen Gewerkschaften als wichtiger Bestandteil der in

Österreich historisch tief verankerten Sozialpartner:innenschaft, die einen Löwenanteil der medialen Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft ausmachen und denen die Journalist:innen in den Rekonstruktionen ihrer Arbeiten besondere Bedeutung beimessen. Ob sie aufgrund ihrer Gestaltungsmacht und ihres Institutionalierungsgrads jedoch nicht im Habermas'schen (1992) Sinne vermachtete Akteur:innen darstellen, muss kritisch hinterfragt werden. Qualitativ offenbart sich zudem, dass Akteur:innen der Zivilgesellschaft aufgrund ihres Expert:innenstatus mediale Aufmerksamkeit bekommen, was jedoch eher eine Norm in einem repräsentativen Demokratieverständnis darstellt. Der stärkste quantitativ nachweisbare Einfluss auf die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft ist die empfundene Autonomie von Journalist:innen. Sie erklärt – umgekehrt zu den parteipolitischen Funktionseliten – *positiv*, ob Journalist:innen in ihrer Berichterstattung zivilgesellschaftliche Organisationen und deren Vertreter:innen zu Wort kommen lassen. Journalist:innen in Österreich ›nutzen‹ also einen möglichen professionellen Handlungsspielraum dafür, die Perspektiven von Akteur:innen abseits des politischen Zentrums zu gegenwärtigen Themen der Berichterstattung aufzuzeigen.

Beim Versuch der Erklärung der medialen Repräsentation von *Bürger:innen und Marginalisierten* kommt das quantitative Untersuchungsdesign aufgrund zu kleiner Fallzahlen – was wiederum eine direkte Folge von deren geringer Repräsentation ist – an seine Grenzen. Die quantitativen Modelle können hier nicht signifikant Varianz erklären. Die qualitative Analyse zeigt, dass es durchaus den professionellen Intentionen von Journalist:innen entspricht, Bürger:innen zu Wort kommen zu lassen, insbesondere aus einem anwaltschaftlichen Impetus heraus – ihnen als statusschwache Gruppe im Kontext politischer Berichterstattung jedoch auch Skepsis entgegengebracht wird. Zudem wird die Abbildung von Bürger:innen als Stilmittel begriffen bzw. auf solche reduziert. Dies wird dem partizipatorischen Anspruch eines aktiven zu Wort Kommens als kommunikativer Akt der Selbstermächtigung kaum gerecht. Es zeigt sich darüber hinaus, dass die mediale Repräsentation von Bürger:innen eine Ressourcen- und Zeitfrage ist, wobei beides im redaktionellen Alltag einen Mangel darstellt. Die retrospektiven Rekonstruktionen legen offen, dass die mediale Repräsentation von ›einfachen‹ Gesellschaftsmitgliedern vielfach das Ergebnis situativer kontingenter Umstände ist und durch das Fehlen institutionalisierter und routinierter Zugänge im österreichischen Journalismus kaum zuverlässig und auf Dauer gestellt geleistet wird. Im

Vergleich der Dynamiken, die der medialen Repräsentation der drei Gruppen zugrunde liegen, zeigt sich eine hegemoniale Hierarchie politischer Quellen zulasten weniger institutionalisierter Akteur:innen, welche Vielfalt in einem deliberativen und partizipatorischen Verständnis beschneidet.

Systematische Gegenüberstellung von Nachrichtenqualität und Einflussfaktoren

Stellt man alle erarbeiteten Dimensionen normativ fundierter Nachrichtenqualität und alle erarbeiteten (potenziellen) Einflussfaktoren im Sinne der Akteur:innen-Struktur-Dynamik schematisch gegenüber (vgl. Tab. 33), weitet sich der Blick für Kernbefunde über die journalistische Aushandlung der einzelnen Qualitätsdimensionen hinaus. So lassen sich einige Kernaussagen der vorliegenden Studie formulieren. *Ein multidirektional komplexes Phänomen wie Nachrichtenqualität verunmöglicht einfache Kausalitäten.* So kann ein Gesamtfazit lauten, das den auf komplexe Art und Weise zusammenwirkenden Einflüssen auf verschiedene Formen von Nachrichtenqualität gerecht wird. Multidirektional komplex ist das Konstrukt Nachrichtenqualität insofern, als dass einerseits von komplexen Wirkungen auf Rezipient:innen und damit auf Gesellschaft ausgegangen werden kann (vgl. ALBÆK et al. 2017: 2) und andererseits ein komplexes Zusammenspiel von Einflüssen zu ihrer Entstehung beiträgt (vgl. SAXER 2009: 25). Was wie eine theoretische Mutmaßung klingen mag, stellt die vorliegende Studie auf eine empirische Basis: Wie die schematische Zusammenfassung der quantitativen Befunde in Tabelle 33 zeigt, besitzen Faktoren auf allen drei theoretisch argumentierten Strukturebenen systematischen Einfluss auf bestimmte Formen journalistischer Performanz. Nachrichtenqualität ist damit *gleichzeitig* Ausdruck des ›Wollens‹, ›Sollens‹ und ›Könnens‹ von Journalist:innen in den strukturellen Kontexten ihres Arbeitens. Sowohl die professionellen Orientierungshorizonte des Journalismus als auch dessen institutionelle Ordnungen sowie die Konstellationen zwischen Journalist:innen und ihren Bezugsgruppen bedürfen der Berücksichtigung, um die Genese von Nachrichtenqualität holistisch zu verstehen. Dass empirisch systematische Einflüsse auf journalistische Qualität auf allen vorgeschlagenen Einflussebenen identifiziert werden konnten, validiert den theoretischen Rahmen. Es betont, wie essenziell integrative Sozialtheorien für ein umfassendes Verständnis journalistischer Nachrichtenqualität sind (vgl. ARNOLD 2023: 98ff.).

TABELLE 33

Schematische Zusammenfassung der Einflüsse auf professionelle Standards der Berichterstattung und mediale Repräsentation

	Professionelle Standards der Berichterstattung			Mediale Repräsentation	
	Unparteilichkeit	Diskursivität	Konstruktive Emotionalität	Parteilpolitische Akteur:innen	Bürger:innen und Marginalisierte
Deutungsstrukturen: Was Journalist:innen ›Wollen‹					
Intern: Journalistisches Rollenverständnis	+	+	+	(+)	(-)
Extern: Politische Einstellungen					
Erwartungsstrukturen: Was Journalist:innen ›Sollen‹					
Intern: Blattlinie			(+)		
Intern: Ehrenkodex des Presserats					
Extern: medienrechtliche Rahmenbedingungen	+		-		
Extern: Publikuserwartungen					
Konstellationsstrukturen: Was Journalist:innen ›Können‹					
Intern: Eigentümer:innen					
Intern: Vorgesetzte / leitende Redakteur:innen				+	
Intern: Kolleg:innen					
Extern: Politiker:innen		(+)			
Extern: Beamte:innen	(-)				
Extern: Interessengruppen					
Daraus resultierend:					
Werbeförderungen			+		
Profiterwartungen					
Ressourcen					
Zeitdruck					
Autonomie				-	+

Anmerkung: Schematische Zusammenfassung basierend auf den jeweiligen Regressionsmodellen für die einzelnen abhängigen Variablen (vgl. Kap. 7 und Kap. 8); »+« = positive, »-« = negative signifikante Zusammenhänge in den Einzelmodellen pro theoretischer Strukturebene; »(+)« = lediglich auf dem Signifikanzniveau 10% signifikant.

Wie die Analyse zeigt, inkludieren diese komplexen Kausalitäten sowohl journalismusinterne als auch -externe Dimensionen als systematische Einflüsse auf Nachrichtenqualität, Letztere vor allem im Sinne normativer Erwartungsstrukturen, die an Journalismus herangetragen werden. Dieser Befund korrespondiert mit der Frage, die Serong (2015: 143) aufwirft, nämlich ob nicht »Medienqualität eigentlich kein Problem des publizistischen Systems [...], sondern ein Problem der Systemumwelt« ist. Im Licht der vorliegenden Studie trifft beides zu. Einerseits sind es journalismusinterne Strukturen und Dynamiken, die die Qualität der Berichterstattung entscheidend prägen. Journalistische Medien sind demnach »in die Pflicht genommen angesichts des Wandels, in dem sich demokratische Gesellschaften gegenwärtig befinden, ihren Platz in der Gesellschaft (und nicht nur am Markt) selbst zu bestimmen und ihre Rolle gemäß den akzeptierten demokratischen Erfordernissen zu gestalten«, wie dies Seethaler (2015: 3) einfordert. Andererseits interagieren journalismusinterne Dimensionen vielfach mit externen Strukturen bzw. handeln Journalist:innen interdependent mit externen Akteur:innen, was Konsequenzen für die Qualität von journalistischen Inhalten hat. Deshalb liegt die Sicherung von hochwertigem Journalismus nicht alleine in den Händen von journalistischen Akteur:innen, etwa Medienmanager:innen, Entscheidungsträger:innen in öffentlich-rechtlichen Medien oder Journalist:innen selbst.

»Journalism cannot solve journalism's problems«, stellt Örnebring (2019: 226) fest und argumentiert, dass gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, mit denen Journalismus konfrontiert ist, auch nur gesamtgesellschaftlich gelöst werden können. Vor dem Hintergrund der empirischen Befunde der vorliegenden Studie ist beim Thema Nachrichtenqualität konkret die Gesetzgebung in Österreich in der Pflicht. Denn sie umreißt die Rahmenbedingungen öffentlich-rechtlicher Medien, wobei sich deren Kernauftrag als handlungsleitende Maßgabe für Nachrichtenqualität erweist. Die politische Realität in Österreich ist derzeit jedoch mehr eine politische Schwächung als eine Stärkung der Qualitätsfähigkeit und Relevanz des gemeinwohlorientierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks (vgl. Kap. 9.3). Vor dem Hintergrund der handlungsleitenden journalistischen Aushandlung von Nachrichtenqualität unter Einbezug von Erwartungen des Publikums muss auch das »reflexiv[e] Verhältnis« (LOOSEN 2023: 375) zwischen Journalismus und Publikum in Überlegungen einbezogen werden, wie ein hochwertiges journalistisches Informationsangebot sichergestellt werden kann. Journalismusseitig kann ein erster Schritt ein

engerer Abgleich simplifizierter Publikumserwartungen – die sich in der vorliegenden Studie negativ auf eine diskursive Qualität auswirken – und realen Publikumsbedürfnissen sein. Publikumsseitig kann die Förderung von Medienkompetenz dabei unterstützen, konstruktive Erwartungen an Journalismus zu entwickeln und zu fördern, die von Journalist:innen nicht als inkompatibel mit Qualitätszielen erlebt werden (vgl. BEAUFORT 2020: 248; VOIGT 2016: 274f.). Auch wenn Journalismus eben nicht alle Probleme des Journalismus (selbst) lösen kann, so kann er auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene Metakommunikation über Qualität im Journalismus betreiben und so Reflexionsprozesse anstoßen (vgl. REINECK 2018). Nachdem Medienjournalismus in Österreich kaum existiert (vgl. EBERWEIN et al. 2022: 12), ist eine solche Metareflexion jedoch unwahrscheinlich.

Wer Nachrichtenqualität fördern will, muss journalistische Kultur fördern. So kann ein Gesamtfazit lauten, das insbesondere die journalistische Auseinandersetzung der professionellen Standards – also das »Wie?« der Berichterstattung – in den Blick nimmt. In allen drei Fällen erweisen sich journalistische Rollenverständnisse, die integraler Bestandteil journalistischer Kultur sind (vgl. HANITZSCH 2007b), als signifikante Prädiktoren für die professionellen Standards von Nachrichtenqualität (vgl. Tab. 33). Im Fall des repräsentativen und deliberativen Modells sind sie das exakt im normativen Sinne, im Falle des partizipatorischen Modells entgegen einer normativen Erwartung. Die Qualität journalistischer Berichterstattung lässt sich also systematisch auf das professionelle »Wollen« von Journalist:innen zurückführen. Journalistische Kultur spielt damit eine integrale Rolle für die Gewährleistung von Nachrichtenqualität im professionellen Journalismus. Theoretisch ist das insofern konsistent, als das von einem »Primat des Wollens« (LORENZ 2017: 35) auszugehen ist. »Handlungen konstituieren sich im Zusammenspiel von Wollen, Sollen und Können«, legt Schimank (2005: 41) dar und argumentiert, dass das »Wollen und Können sich überhaupt erst daran abschätzen lassen, was gewollt wird«. Das zeigt auch die vorliegende Studie, nachdem Deutungsstrukturen durchgehend systematischen Einfluss auf Nachrichtenqualität besitzen, während andere Einflüsse nur punktuell handlungsleitend werden.

Dieses Ergebnis steht damit aber im Kontrast zu anderen Befunden der Journalismusforschung, die ihrer These einer »assumed linear relationship between role conception and role enactment« (TANDOC et al. 2013: 552), also eines linearen Zusammenhangs zwischen journalistischen Rollen und Inhalten, eine Absage erteilen und damit das handlungsleitende Potenzial von

Rollen generell infrage stellen (vgl. z. B. MELLADO/VAN DALEN 2014; RAEMY et al. 2019). Neben methodischen Einwänden, etwa einer angemessenen Analysestrategie für kombinierte Befragungs- und Inhaltsanalysedaten, die immer eine Mehrebenenstruktur aufweisen (vgl. Kap. 6.4.1), lassen diese konträren Befunde zwei Schlussfolgerungen zu, die sich beide auf die *Linearität* eines Zusammenhangs zwischen Einstellungskonstrukten und Parametern der realisierten Performanz beziehen. Zum einen muss die konzeptionell unterschiedliche Natur von kognitiven Einstellungskonstrukten und manifester Berichterstattung berücksichtigt werden; inwiefern hier von einem *linearen* Zusammenhang ausgegangen werden kann, ist fraglich. Erkennt man beides in ihren unterschiedlichen konzeptionellen Kontexten theoretisch und empirisch an – journalistische Rollenverständnisse als Ausdruck einer teilsystemischen Logik (vgl. Kap. 3.2.1) und journalistische Performanz als Ausgangspunkt demokratierelevanter gesellschaftlicher Effekte (vgl. Kap. 2), wie in dieser Studie vorgeschlagen –, so lassen sich systematische Verbindungen zwischen beidem nachweisen. Zum anderen zeigt die qualitative Analyse, dass die praktischen Prozesse einer Rollenaushandlung und -umsetzung komplex und mitunter kreativ sind – ihr Ergebnis aber dennoch in den in Rollenverständnissen angelegten Handlungslogiken begründet ist. Journalistische Performanz ist damit nicht zwingend *analog* zu journalistischen Rollen, aber dennoch *relational*.

Während Nachrichtenqualität systematischer Ausdruck journalistischer Kultur ist, bleiben individuelle politische Einstellungen von Journalist:innen durchgehend einflusslos. Im Prozess professioneller Sozialisation erworbene Werte und Normen wiegen als handlungsleitende Deutungsstrukturen offenbar schwerer, als eigene politische Ansichten. Dass, die »Entscheidungen, die Journalisten im Rahmen ihrer täglichen Arbeit treffen, [...] weniger von ihren persönlichen Werten und sozialen Dispositionen bestimmt [werden] als von Annahmen und Erwartungen hinsichtlich dessen, was als angemessene oder legitime Praxis gilt« (HANTZSCH/SEETHALER et al. 2019b: 5), ist natürlich eine Hypothese, die in der Forschung seit geraumer Zeit vertreten wird. Ein valider empirischer Nachweis im Vergleich von Einstellungskonstrukten und tatsächlicher Berichterstattung war dennoch ausständig. Bei der politischen Orientierung von Journalist:innen im Sinne einer Selbstverortung von links nach rechts mag der Einwand gelten gemacht werden, dass politische Werthaltungen »ein weitaus differenzierteres Bild« (VOLTMER 1998: 186) darstellen, als eine solche eindimensionale Verortung nachzeichnen kann (vgl. KEPPLINGER

2011a: 129f.). Beim Demokratieverständnis war ein ausbleibender Einfluss weniger abzusehen, liefern qualitative Studien doch durchaus Anhaltspunkte für dessen handlungsleitende Rolle im Journalismus (vgl. vos/WOLFGANG 2018; WOLFGANG et al. 2021).

Der dargelegte Konnex zwischen journalistischer Kultur und Nachrichtenqualität wirft die Frage auf, was eine fortschreitende »Entgrenzung des Journalismus« (LOOSEN 2007: 63; vgl. CARLSON/LEWIS 2015 2019) für die Gewährleistung eines hochwertigen Nachrichtenangebots bedeutet. Dies ist insbesondere der Fall, weil diese stark mit einer Entgrenzung von journalistischen Organisationsformen und -strukturen einhergeht (vgl. HEPP et al. 2021). Einerseits kann die vorliegende Studie zur Genese von Nachrichtenqualität im professionellen Journalismus methodisch nicht zweifelsfrei beantworten, inwiefern das professionelle »Wollen« von Journalist:innen an den organisationalen Kontext rückgebunden ist (vgl. Kap. 9.2). Damit kann auch nicht abschließend geklärt werden, in welchem Ausmaß »Professionalität und Professionalitätsnormen als korrektive Gegengewichte« (HELD/RUSS-MOHL 2005: 51) gegenüber Gefährdungen von Nachrichtenqualität organisational oder teilsystemisch bedingt sind – und damit, ob journalistische Deutungsstrukturen weiterhin entscheidend Nachrichtenqualität beeinflussen, wenn ein solcher organisationaler Rahmen teilweise wegfällt. Empirische Befunde zeigen, dass Journalist:innen im Social Web, wo sie weniger organisationalen Einflüssen unterworfen sind, stärker ihren Rollenverständnissen folgen (vgl. TANDOC et al. 2019). Daraus lässt sich folgern, dass auch bei einer fortschreitenden Entgrenzung des Journalismus im Sinne der Qualität der Berichterstattung weiterhin die Frage zentral ist, welche Kommunikationsabsichten (semi-)professionelle Kommunikator:innen verfolgen. Der handlungsleitende Charakter journalistischer Kultur lenkt den Blick auch darauf, wie künftige Herausforderungen für den Journalismus vor dem Hintergrund bestehender journalistischer Werte ausgehandelt werden. Dies ist beispielsweise bei der Frage der Fall, inwiefern die Adaption von Technologien wie künstlicher Intelligenz durch bestehende journalistische Kultur geprägt wird (vgl. DANZON-CHAMBAUD/CORNIA 2023).

Normative Erwartungen an den Journalismus können Nachrichtenqualität sichern, wenn sie an die aktive Aushandlung mit Bezugsgruppen rückgebunden sind. Ein solches Fazit lässt sich aus dem Vergleich der unterschiedlichen Einflüsse folgern, die normative Erwartungsstrukturen auf die unterschiedlichen Formen journalistische Performanz ausüben (vgl. Tab. 33). So besitzt

der rechtliche Rahmen, innerhalb dessen Journalist:innen in Österreich agieren, systematischen Einfluss auf Nachrichtenqualität, während sich im Falle des Österreichischen Presserats kein qualitätsrelevanter Einfluss nachzeichnen lässt. Die qualitative Analyse liefert Hinweise darauf, dass die unterschiedlichen Effekte weniger in der verbindlichen Durchsetzbarkeit begründet liegen als in der Relevanz in Aushandlungsprozessen mit den Bezugsgruppen von Journalist:innen. Beim rechtlichen Rahmen ist Letzteres klar gegeben. Vor allem bei öffentlich-rechtlichen Journalist:innen – wie sie ungleich stärker rechtlichen Vorgaben unterworfen sind – kristallisiert sich heraus, dass die Bezugnahme auf Rechtsnormen sowohl ihnen als auch ihren Bezugsgruppen sozialen Einfluss verleiht (vgl. SCHIMANK 2016: 268). Ihnen selbst, weil sie journalistische Praktiken durch Bezug auf ihre öffentliche Aufgabe ausschlagen oder durchsetzen können. Ihren Bezugsgruppen wiederum, weil diese unter Verweis auf den öffentlich-rechtlichen Kernauftrag bestimmte journalistische Leistungen einfordern können. Dies ist der Fall, obwohl die formalen Sanktionsmöglichkeiten des rechtlichen Rahmens bei weitem nicht ausgereizt werden. Bei Privatmedien finden sich qualitativ dagegen Hinweise, dass der rechtliche Rahmen selbst dann nicht handlungsleitend wird, wenn er durch formale Sanktionen durchgesetzt wird – beispielsweise wenn geklagt wird –, weil dies in journalistischen Teilmilieus sozial akzeptiert ist (vgl. Kap. 7.1.3). Beim Österreichischen Presserat kann die quantitative Analyse keine systematischen Einflüsse auf journalistische Performanz nachweisen – er spielt jedoch, wie sich qualitativ offenbart und mit bestehenden Daten deckt (vgl. LAUK et al. 2014: 90), auch keine nennenswerte Rolle in den Interaktionen zwischen Journalist:innen und ihren Bezugsgruppen.

Diese Befunde deuten darauf hin, dass der handlungsleitende Charakter von normativen Strukturen weniger von deren formalen Sanktionsmöglichkeiten abhängt als von den sozialen Bedeutungszuschreibungen, die sie in Aushandlungsprozessen erfahren. Theoretisch betont dieser Umstand, dass Einflüsse keine universale Größe sind, sondern es von den jeweiligen Konstellationen zwischen Akteur:innen abhängt, was, warum und wie als Einfluss geltend gemacht werden kann (vgl. SCHIMANK 2016: 279). Er verweist auf das klassische Argument, dass Strukturen erst durch Handlungen reproduziert werden (vgl. GIDDENS 1984/2009), und betont damit wiederum die Notwendigkeit sozialintegrativer Theorien für ein Verständnis der Genese journalistischer Performanz, weil Annahmen über die Wirkung von Strukturen offenbar handlungstheoretisch ergänzt wer-

den müssen (vgl. SCHOLL 2023ff.). Praktisch gesprochen bedeutet das, dass im Sinne der Sicherung von Nachrichtenqualität Mittel und Wege gefunden werden sollten, interne wie externe normative Erwartungen an Journalismus möglichst eng an die Sinnstrukturen und an das Handeln von Journalist:innen rückzubinden. Das betrifft existierende Strukturen wie den Österreichischen Presserat als Instrument der Medienselbstkontrolle, wo eine formale rechtliche Durchsetzbarkeit im Sinne einer liberalen Demokratie bedenklich wäre (vgl. PÖTTKER 2003: 382). Hier könnte die Handlungsrelevanz vielmehr ausgebaut werden, indem beispielsweise die staatliche Medienförderung an eine Mitgliedschaft im Presserat gebunden wird, wie es dessen branchenweiten Stellenwert erhöhen kann (vgl. PRESSECLUB CONCORDIA 2021). Die Notwendigkeit der Rückbindung von normativen Strukturen an konkrete Interaktions- und Aushandlungsprozesse betrifft aber auch zukünftige qualitätsbezogene Regulierungsfragen, bei denen aus demokratiepolitischen Gründen effektive Selbstregulierung staatlicher vorzuziehen ist, wie etwa beim Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus (vgl. PIERSON et al. 2023).

Journalismus besitzt eine relative Resilienz gegenüber dem unmittelbaren Einfluss von externen Akteur:innen – sie können aber mittelbar auf inhaltsprägende Strukturen einwirken. So lassen sich die quantitativen (vgl. Tab. 33) und qualitativen Kernbefunde zur Rolle von Akteur:innen aus benachbarten Teilsystemen für die Aushandlung von Nachrichtenqualität zusammenfassen. Quantitativ wirkt sich der empfundene Einfluss durch journalismusexterne Akteur:innen in keinem der Fälle systematisch auf Nachrichtenqualität aus. Damit mag auf den ersten Blick der Eindruck entstehen, die Genese der Qualität journalistischer Berichterstattung wäre nicht vom Einfluss durch beispielsweise Politiker:innen, Beamte:innen oder Interessengruppen abhängig. Die qualitative Teilstudie widerspricht dem. Zwar bestätigt auch sie, dass der österreichische Journalismus insofern eine relative Resilienz gegenüber direkten Interventionen aufweist, als dass Journalist:innen Routinen entwickelt haben, um diesen Versuchen unter Bezug auf ihre professionellen Ziele und Normen entgegenzutreten. Gleichzeitig empfinden die Journalist:innen es aber als zunehmende Herausforderung, insbesondere hinsichtlich der Unparteilichkeit rollen- und normenkonform zu handeln, wenn politische Funktionseliten selbst demokratische Normen und Konventionen nicht respektieren. Dass dies geschieht, dokumentiert die Herabstufung Österreichs von einer liberalen zu einer reinen ›Wahl-demokratie‹ (vgl. V-DEM INSTITUTE 2022: 14). Die Interaktionen zwischen

Journalist:innen und Politiker:innen finden vor diesem Hintergrund auf einem »uncharted territory« (MCNAIR 2017: 1330) statt, in dem professionelle Rollen und Normen teils neu ausgehandelt werden.

Dass sich insbesondere Rollenverständnisse dabei verändern, ist deshalb anzunehmen, weil Journalist:innen schon jetzt von einer relativen Diskrepanz zwischen ihrem »Wollen« und dem »Können« in Konstellationen berichten. Fraglich ist, wie lange sie eine solche Dissonanz akzeptieren oder wann sie zu einer Veränderung von Deutungsstrukturen führt. Politiker:innen können damit zu einer Verschiebung von professionell-kulturellen Grenzen beitragen – wobei sich journalistische Kultur in der vorliegenden Studie als integraler Einfluss auf Nachrichtenqualität erwiesen hat. Auch wenn externe Akteur:innen, zumindest in der Breite, nicht unmittelbar auf journalistische Inhalte einwirken, so treiben sie doch einen Wandel voran, der in letzter Konsequenz auch die Qualität des Journalismus verändern kann. In welche Richtung sich journalistische Kultur wandelt, müssen letztlich empirische Daten im Zeitvergleich beantworten. Der Wandel journalistischer Kultur verlagert zudem den Blick weg von der Frage, wie Strukturen das Handeln prägen – die im Zentrum der vorliegenden Studie steht – hin zur Frage, wie durch Handeln Strukturen aufrechterhalten, verändert oder geschaffen werden (vgl. SCHIMANK 2016: 22; vgl. Kap. 9.3), was im Kontext von Journalismus und seiner Qualität ebenso hochrelevant ist (vgl. ARNOLD 2009; DONGES 2002; LAUERER 2021; WEHMEIER 1998).

Von einem vergleichenden Blick auf systematische Einflüsse auf verschiedene Formen der Vielfalt medialer Repräsentation (vgl. Tab. 33) – also dem »Wie?« der Berichterstattung – lässt sich ein abschließendes Fazit ableiten: *Wer eine Vielfalt von Stimmen abseits des politischen Zentrums sicherstellen will, muss die Autonomie von Journalismus sicherstellen.* Generell lässt sich die Vielfalt medialer Repräsentation als Dimension von Nachrichtenqualität schlechter durch die Strukturen und Handelnden im Journalismus erklären als die professionellen Standards der Berichterstattung. Das zeigt sich zum einen an der niedrigeren erklärten Varianz der entsprechenden Regressionsmodelle, zum anderen daran, dass sich hier weniger signifikante Prädiktoren identifizieren lassen. Theoretisch lässt sich dies durch die Komplexität von Logiken der Situation als Ursprung des Handelns erklären. So argumentiert Schimank (2016: 25), dass diese »nur in geringem Maße theoretisierbar« sind, weil dem Versuch zu erklären, »wie spezifische Ausprägungen bestimmter sozialer Strukturen spezifische Ausprägungen des

Handelns verursachen«, durch die »Menge und Verschiedenartigkeit von strukturellen Bedingungen, die auf einen Handelnden in einer Situation einwirken«, Grenzen gesetzt sind. Dass das »Wie?« der Berichterstattung besser erklärbar ist, lässt sich damit auf den Umstand zurückführen, dass bestimmte Kommunikationsstile eher unabhängig von den spezifischen Rahmenbedingungen eines Nachrichtenereignisses umgesetzt werden können als das »Wer?« der Berichterstattung, wo situative Faktoren wie Nachrichtenereignisse oder die temporäre Verfügbarkeit von Quellen stärker zum Tragen kommen. Die schlechtere quantitative Erklärbarkeit der Vielfalt medialer Repräsentation validiert durch diese theoretische Erklärung das empirische Vorgehen der Studie.

Wenn sich die Vielfalt medialer Repräsentation durch Strukturen erklären lässt, so sind die relevanten Einflüsse ungleich stärker im Bereich des »Könnens« zu verorten, während die professionellen Standards der Berichterstattung primär durch das »Wollen« und »Sollen« erklärt werden (vgl. Tab. 33). Dabei ist es die empfundene Autonomie von Journalist:innen, welche sich signifikant positiv auf die mediale Repräsentation von parteipolitischen Funktionseleiten und signifikant negativ auf die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft auswirkt – und damit entscheidend mitbestimmt, ob öffentliche Diskurse auf das politische Zentrum beschränkt bleiben oder auch die Peripherie beinhalten. Insbesondere aus einer deliberativen Perspektive ist die Sicherung eines autonomen und freien Journalismus damit unerlässlich. Das wiederum lenkt den Blick auf journalismusinterne und -externe Faktoren, welche die Autonomie von Journalist:innen begünstigen oder gefährden. Deren Identifikation sprengt den Rahmen der vorliegenden Studie, sie sind aber üblicherweise in den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des Journalismus zu verorten (vgl. VAN DALEN 2019; MILLS/SARIKAKIS 2019; SJØVAAG 2013). Dabei muss beachtet werden, dass dieser Befund in Zeiten einer konservativ-rechten Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ entstanden ist, die insbesondere auf Informationsmedien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk politischen und ökonomischen Druck ausübte (vgl. KALTENBRUNNER 2021). Die Pressefreiheit in Österreich ist seitdem im freien Fall. Sie ist vom globalen Rang 11 im Jahr 2017 (vgl. RSF 2017), dem Jahr des Beginns der ersten Regierung unter Sebastian Kurz, auf Rang 31 im Jahr 2022 bzw. Rang 29 im Jahr 2023 abgerutscht (vgl. RSF 2023). Deshalb ist dieser Befund insbesondere als Gefahr zu interpretieren, dass Journalismus in einen »[c]onservative advocacy journalism« (FIELDING 2022: 1)

abrutscht, der gegenüber der Regierungslinie alternative Deutungsangebote ausblendet und so zur impliziten oder expliziten Führsprache für die Regierenden übergeht. Zudem macht dieses Ergebnis plastisch, dass Autonomie im Journalismus kein normativer Selbstzweck ist (vgl. ÖRNEBRING/KARLSSON 2019: 2) – ein Eindruck, der in der Journalismusforschung entstehen kann, wo Autonomie mehrheitlich als ›Unabhängigkeit von‹ bestimmten Einflussgrößen begriffen wird und weniger als ›Unabhängigkeit für‹ nachgelagerte Ziele (vgl. ÖRNEBRING/KARLSSON 2022: 9). Der dargelegte Befund macht jedoch deutlich, dass journalistische Autonomie eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass Journalismus der Sicherstellung einer Vielfalt von Perspektiven im öffentlichen Diskurs nachkommen kann.

9.2 Limitationen

Theoretische Limitationen

Wie jede Studie hat auch die vorliegende Limitationen, unter denen die Ergebnisse betrachtet werden müssen. Einerseits lassen sich theoretische Limitationen benennen. So wäre zunächst die Wahl der Demokratiemodelle erweiterbar und/oder spezifizierbar. Das repräsentative und das partizipatorische Modell stellen zwar zwei »Basisform[en]« (BEAUFORT 2020: 63) von Demokratie und das deliberative Modell eine der wichtigsten Denkschulen für den zentraleuropäischen Kontext dar – sie vereinen unter dem gemeinsamen Dach eines Modells jedoch durchaus divergierende Vorstellungen. So problematisiert Warren (vgl. 2017: 39), dass Demokratiemodelle dazu einladen, idealtypische Merkmale von Demokratie zu übergeneralisieren und auch Bennett und Pfetsch (2018: 246f.) warnen vor einem »continued use of concepts based on poorly specified assumptions about textbook democracies«. Für die erstmalige Verbindung einer normativ-demokratiethoretischen Tradition zur Ableitung von Nachrichtenqualitätsstandards und einer analytischen Tradition zum Verstehen der Genese von journalistischer Performanz schien der Anspruch, grundlegend unterschiedliche demokratische Ideen heranzuziehen, gerechtfertigt. Die demokratischen Erfordernisse unterschiedlicher Vorstellungen von Demokratie ließen sich jedoch in allen Fällen weiter spezifizieren. Das muss bei der Interpretation der Ergebnisse bedacht werden, die damit nicht für alle Demokratievorstellungen, die gemeinhin unter einem Modell subsumiert werden, gleichermaßen gelten.

Auch die Wahl der von den Demokratiemodellen abgeleiteten Qualitätsstandards kann kritisch reflektiert werden. Die professionellen Standards und die Vielfalt der medialen Repräsentation von Akteur:innen decken nicht erschöpfend alle Anforderungen an Journalismus ab, welche die ihnen zugrunde liegenden Demokratiemodelle stellen. Ferree et al. (vgl. 2002a: 317) unterscheiden etwa zusätzlich nach der Art des öffentlichen demokratischen Aushandlungsprozesses und seinem Ergebnis; Eisenegger und Udriš (vgl. 2021: 95) ziehen zusätzlich normativ wünschenswerte Themensetzungen heran, um nur zwei Beispiele zu nennen. Auch innerhalb der gewählten Qualitätsdimensionen ließen sich die jeweiligen Standards kritisch diskutieren, beispielsweise im repräsentativen Modell, ob Sachlichkeit nicht ebenso wichtig wäre wie Unparteilichkeit (vgl. SEETHALER 2015), oder im partizipatorischen Modell, ob eine Interaktivität (vgl. ENGESSER 2013) nicht Priorität gegenüber der Erweiterung der Diskurspalette um emotionale Komponenten haben sollte. Dennoch stellen die beiden gewählten die trennschärfsten sowie am besten vergleichbare Dimensionen dar. Zudem wurden damit Qualitätsstandards gewählt, die empirisch auf Produktebene operationalisiert werden können, denn nur dadurch können sie mit den journalistischen Rahmenbedingungen ihrer Entstehung systematisch in Beziehung gesetzt werden. Andere Untersuchungskontexte können es aber erfordern oder erlauben, spezifischere, andere oder weitere Standards heranzuziehen.

Zudem kann limitierend eingewandt werden, dass sie sich die vorliegende Definition demokratietheoretisch fundierter Nachrichtenqualität rein auf politische Nachrichten im engeren Sinne bezieht (vgl. Kap. 2) – obwohl Journalismus selbstredend über die enge Nachrichtenberichterstattung hinaus elementare demokratische Funktionen erfüllt (vgl. z. B. FÖG 2022). Problematisch wird das vor allem in einem partizipatorischen Demokratieverständnis, wo die Grenzen zwischen dem Politischem und dem Privaten und deren Stellenwert in öffentlichen Aushandlungsprozessen besonders schwer zu ziehen sind (vgl. KLAUS 2001). In diesem Sinne kann die vergleichsweise schwache partizipatorische Performanz des österreichischen Journalismus auch darin begründet liegen, dass sie eher in Bereichen des Journalismus stattfinden, die sich der vorliegenden Studie entziehen.

Auch die Theoretisierung von Journalismus als Akteur:innen-Struktur-Dynamik, welche die Grundlage der Erklärung von journalistischer Performanz darstellt, unterliegt Einschränkungen. Der theoretische Zugang lässt dabei weitere Dimensionen im Dunkeln, die potenziell konstitutiv

für Nachrichtenqualität sein können. Das trifft auf Technologien zu, die transformativ für den Journalismus sein können (vgl. HANUSCH et al. 2019), in der Akteur:innen-Struktur-Dynamik aber schwer zu verorten sind (vgl. KARIDI 2017: 201). In ihrer basalsten Form sind dies unterschiedliche Distributionskanäle, die, wie die Inhaltsanalyse zeigt, die Qualität der Berichterstattung mitprägen und, wie die qualitative Analyse zeigt, Teil der journalistischen Aushandlungsprozesse von Qualität sind. In komplexeren Formen sind dies Technologien, die Recherche- und Produktionsprozesse automatisieren und damit unmittelbar auf Inhalte einwirken (vgl. HAIM 2019: 29ff.). Künftige Qualitätsforschung steht hier vor der Herausforderung, Technologien handlungs- und strukturtheoretisch rückzubinden. Gleichzeitig gibt es in der Komplexität und Vielschichtigkeit der Bezüge innerhalb des Journalismus und zu angrenzenden Systemen bekannte Akteur:innen, die in der vorliegenden Studie nicht betrachtet werden konnten – wie beispielsweise andere Medien und ihre Handlungsabsichten (vgl. REINEMANN/BAUGUT 2014a) –, sowie ›neue‹ Akteur:innen, die das journalistische Feld betreten und transformativ auf dieses einwirken können, wie etwa ›periphere‹ Journalist:innen (vgl. MAARES/HANUSCH 2022b).

Limitierend wirkt zudem die übergeordnete Frage, inwieweit Dynamiken zwischen Strukturen und Handelnden überhaupt theoretisierbar sind. Schimank (2016: 220) spricht in diesem Kontext einerseits von *geschlossenen Strukturdynamiken*, bei denen eine »fortdauernde kausale Wechselwirkung« zwischen Strukturen und Handeln besteht, wie es sich »zu einem *abstrakten* Modell [...] verallgemeinern« (SCHIMANK 2016: 220f., Kursivsetzung im Original) lässt. Ihnen stehen *offene Strukturdynamiken* gegenüber, bei denen nur retrospektiv festgestellt werden kann, »dass die kausalen Determinanten der strukturellen Effekte unabhängig voneinander wirkten, ihr Zusammenwirken also koinzidenziellen Charakter besaß« (SCHIMANK 2016: 217). Empirisch sind offene und geschlossene Dynamiken ineinander verwoben und können sich konsekutiv abwechseln (vgl. SCHIMANK 2007a: 230). Auf den Untersuchungsgegenstand der Erklärung von Nachrichtenqualität übertragen bedeutet das, dass das vorliegende Modell niemals alle relevanten Einflüsse auf Nachrichtenqualität theoretisch erfassen kann, weil das kein Modell kann. Ein Beispiel für koinzidenzielle Einflüsse sind die in einem bisher ungekannten Ausmaß – mutmaßlich – erfolgten Einflussversuche auf Medien durch politische Akteur:innen in Österreich, die aktuell Gegenstand von Ermittlungen sind. So wird gegenwärtig (im Mai 2023) gegen die Herausgeber:innen oder Eigentümer:innen *aller* untersuchten Bou-

levard- bzw. Gratismedien wegen Bestechung oder Untreue ermittelt (vgl. THALHAMMER/MELICHAR 2023). Je ein Chefredakteur eines untersuchten Informationsmediums und des ORF sind zudem aufgrund von belastenden Chats mit politischen Eliten zurückgetreten (vgl. RSF ÖSTERREICH 2023). Solche Vorkommnisse waren zwar nicht zwingend zu erwarten – unter den strukturellen Bedingungen aber gleichsam offenbar möglich. Der theoretischen Auseinandersetzung bleibt daher nur die Analyse der Bedingungen, die einen solchen »Cournot-Effekt« (SCHIMANK 2016: 218) zufallsbedingter Dynamiken (un-)wahrscheinlicher machen. Im Beispiel sind dies rechtliche Rahmenbedingungen der Inseratenpolitik, die ökonomisch-politische Zugriffe auf Medien zulassen (vgl. KALTENBRUNNER 2021).

Eine abschließende theoretische Limitation liegt in der nur impliziten Berücksichtigung von Nachrichtenthemen und -ereignissen. Theoretisch ist davon auszugehen, dass sowohl Charakteristika der journalistischen Produktionsrealität als auch die jeweiligen Nachrichtenansätze in die Ausgestaltung der Berichterstattung einfließen (vgl. REINEMANN/BAUGUT 2014b: 328) – gleichzeitig sind Letztere durch eine Situativität geprägt, die einer abstrakten Charakterisierung Grenzen setzen. Eine explikative Qualitätsforschung steht hier vor einem Dilemma. Einerseits möchte sie eben gerade innerhalb der »uncontrollable environment« (SJØVAAG 2013: 164), mit der Journalist:innen konfrontiert sind, »vereinfachende und genau dadurch auch verallgemeinerbare Kausalzusammenhänge und Ablaufmuster« (SCHIMANK 2016: 345) herausarbeiten. Andererseits prägt die Nachrichtenlage selbst journalistische Qualität entscheidend mit (vgl. FAHR 2001; ZERBACK 2013: 213–224). Die vorliegende Studie bestreitet hier einen Mittelweg. Theoretisch berücksichtigt sie zwar nur die journalistische Arbeitsrealität ungeachtet der jeweiligen Nachrichtenereignisse. Sie verknüpft den theoretischen Rahmen aber mit einem empirischen Zugang, der durch sein exploratives Moment die Grenzen abstrakter Theoretisierbarkeit aufzeigen kann (wie dies beispielsweise bei der Parteienvielfalt der Fall war). Nichtsdestotrotz führt diese theoretische Limitation dazu, dass die identifizierten Zusammenhänge für verschiedene Nachrichtenthemen unterschiedlich starke Gültigkeit besitzen.

Methodische und methodologische Limitationen

Methodische Limitationen der Studie sind zunächst in der Messung von Nachrichtenqualität zu verorten. So wurde die Inhaltsanalyse rein anhand

von Texten durchgeführt, bei audiovisuellen Inhalten anhand von Transkripten. Dies trägt dem Anspruch Rechnung, dass verschiedene Medienangebote vergleichbar analysiert werden sollten (vgl. LACY/ROSENSTIEL 2015: 53). Dem entgegen steht das Argument, dass bestimmte Qualitätsdimensionen in besonderer Weise durch visuelle Komponenten ausgedrückt werden, wie etwa Emotionalität (vgl. STEINER 2020: 247), die aber nicht untersucht wurden. Einschränkend muss zudem an dieser Stelle betont werden, dass mehrere Variablen der Inhaltsanalysedaten stark schief verteilt sind und deutlich weniger Varianz aufweisen (vgl. Kap. 6.1.2) als vergleichbare Daten (vgl. FÖG 2022; KÖSTERS 2020; SEETHALER 2015). Dies kann die Folge eines breit angelegten Erkenntnisinteresses eines ländervergleichenden Verbundprojekts und eines entsprechend komplexen Codebuchs mit mehreren Codierebenen und Variablen verschiedenster Codierlogiken (vgl. RIFFE et al. 2005) sein. Auch wenn durch die Berechnung von logistischen Modellen diesem Problem jedenfalls teilweise begegnet worden konnte, so ist dies für das Vorhaben, Varianz in der Performanz systematisch zu erklären, dennoch eine schwierige Ausgangsbasis.

Die Erklärung journalistischer Performanz durch die Arbeitsrealität von Journalist:innen ist zudem mit Limitationen verbunden, die in der Wahrnehmbarkeit von relevanten Einflussgrößen im Journalismus liegen. Einerseits gehen Studien davon aus, dass Journalist:innen in der Lage sein sollten, Einflüsse auf ihre Arbeit auch adäquat wahrzunehmen, und erforschen auf Basis dieser Wahrnehmungen die Einflussstärken verschiedener Dimensionen bzw. Ebenen (vgl. HANITZSCH et al. 2010 2019; HANITZSCH/MELLADO 2011; HUGHES et al. 2017; LAUERER/KEEL 2019). Ob sich diese Einflüsse aber letztlich systematisch auf journalistische Inhalte auswirken, können sie nicht beantworten. Die vorliegende Studie kann dies, indem sie die wahrgenommenen Einflüsse systematisch mit der tatsächlichen Performanz verknüpft, worin eine ihrer entscheidenden Stärken liegt. Dennoch ist die Messung von Einflüssen nach wie vor an die Perzeption von Journalist:innen gekoppelt – zwar nicht zwingend in eine bestimmte *Einflussrichtung*, in einer *grundsätzliche Wahrnehmung* als generelle Einflussquelle jedoch schon. Theoretisch lässt sich das damit argumentieren, dass es über bestimmte Strukturen die »knowledgeability of the relevant agents« (GIDDENS 1984/2009: 368) – also die Kenntnis seitens der Akteur:innen – braucht, damit Strukturen handlungsleitend werden. Mit Schimank (vgl. 2016: 226) gesprochen braucht es die Wahrnehmung von Interferenzen, damit Akteur:innen ihr intendiertes Handeln relatio-

nal zu Strukturen anpassen. Dennoch können Einflüsse so stark internalisiert werden, dass sie als derart »natürlicher« Teil journalistischer Arbeit wahrgenommen werden (vgl. SJØVAAG 2013: 159), dass sie nicht mehr als expliziter Einfluss befunden werden. Solche Einflüsse können in der vorliegenden Studie empirisch unterschätzt werden.

Die statistischen Modelle unterliegen, wie bereits angesprochen (vgl. Kap. 7.1.3), Limitationen, die der Datenstruktur geschuldet sind. Die Zahl jener Beiträge der Inhaltsanalyse, deren Urheber:innen transparent gekennzeichnet sind, war (trotz vorheriger Überprüfung an bestehendem Datenmaterial, vgl. SEETHALER 2015) kleiner als erhofft. Zudem ließen sich die abgefragten Einstellungs- und Wahrnehmungskonstrukte (trotz der Verwendung erprobter Skalen, vgl. HANITZSCH/HANUSCH et al. 2019; HANITZSCH/SEETHALER et al. 2019a) kaum zu konsistenten Indizes zusammenfassen. Deshalb musste mit Einzelvariablen gerechnet werden, was die realisierbare Komplexität der Mehrebenenmodelle zusätzlich begrenzt (vgl. Kap. 6.4.1). Eine Folge davon ist, dass journalistische Organisationen – trotz ihres theoretischen Primats in einer »Organisationsgesellschaft« (SCHIMANK 2010: 33) – nicht derart spezifisch berücksichtigt werden konnten, wie dies erstrebenswert wäre. Wünschenswert wäre eine zusätzliche dritte Ebene in den Mehrebenenmodellen gewesen. So könnte differenziert werden, inwiefern Zusammenhänge nur für bestimmte Medien bzw. Sektoren gültig sind, was besonders bei teilweise durch Organisationen operationalisierten Deutungsstrukturen wichtig wäre. Beim vorliegenden Design ist die Frage der Kausalität hinter den Zusammenhängen weniger fraglich als bei Analysen basierend auf nur einer Datenquelle, weil kaum zu erwarten ist, dass sich die von Journalist:innen realisierte Performanz (unmittelbar) auf ihre Wahrnehmungen auswirkt. Die unzureichende Berücksichtigung der Organisationsebene kann aber einen Kausalzusammenhang verunklarern. So ist es denkbar, dass beispielsweise ein bestimmtes journalistisches Rollenverständnis nicht kausal die Performanz beeinflusst, sondern dass Journalist:innen in bestimmten organisationalen Kontexten *gleichzeitig* ähnliche Rollen aufweisen und eine ähnliche Berichterstattung realisieren. Performanz und Einstellungen bzw. Wahrnehmungen können damit eher gleichermaßen Ausdruck eines organisationalen Einflusses sein als kausal verbundene Dimensionen. Wann immer möglich wurde versucht, solche organisationalen Dynamiken anhand der qualitativen Daten einzuordnen.

Als Ergebnis der theoretischen wie methodischen Limitationen können die Regressionsmodelle mit maximal 13 Prozent vergleichsweise wenig

Varianz erklären. Dies ist die Folge der komplexen Datenkombination von Inhaltsanalyse- und Befragungsdaten. Hier ist kaum mit einer ähnlich hohen Varianzerklärung wie etwa in reinen Befragungsstudien zu rechnen und sie unterscheidet sich kaum von methodisch vergleichbaren Studien (vgl. RAEMY et al. 2019; STEINDL 2021; TANDOC et al. 2019). Positiv interpretiert kann argumentiert werden, dass die Studie trotz des hochkomplexen Prozesses der Genese von Nachrichtenqualität signifikante Einflüsse identifizieren konnte, welche die Qualität der Berichterstattung systematisch mitprägen. Negativ interpretiert bleibt auch trotz des aufwendigen Designs das Gros der Varianz unerklärt.

9.3 Ausblick

Wissenschaftlicher Ausblick

Die vorliegende Studie besitzt zahlreiche Implikationen für die weitere wissenschaftliche Beschäftigung mit Nachrichtenqualität. Ein Anknüpfungspunkt ergibt sich aus dem rekursiven Verhältnis zwischen Handeln und Strukturen im Journalismus. Im Zentrum der vorliegenden Studie stand im Sinne der Erklärung von Nachrichtenqualität durch die Arbeitsrealität von Journalist:innen »die Erklärung von Handlungswahlen« bzw. deren Ergebnis in Form journalistischer Performanz. Das Gegenstück, nämlich »die Erklärung von strukturellen Effekten des handelnden Zusammenwirkens« (SCHIMANK 2016: 27) ist aber ebenso relevant, ist beides doch zirkulär verbunden (vgl. Abb. 1 in Kap. 2). Konkret verweist das einerseits auf Forschungsbedarf der Wirkungen, die Nachrichtenqualität auf die sie rezipierenden Bürger:innen und in weiterer Folge auf die Gesellschaft hat. Trotz vereinzelter Studien (vgl. z. B. VAN DER WURFF et al. 2016) braucht es die systematische Verschränkung angebotsseitiger Parameter und publikumsseitiger Dimensionen, um zu verstehen, ob die normativen Forderungen an die Berichterstattung auch zu demokratiefördernden Effekten führen (vgl. BEAUFORT 2020; HASEBRINK et al. 2021; VOGLER et al. 2022). Ein solches Forschungsprogramm muss den komplexen Wirkungen von hoch- oder niedrigqualitativem Journalismus unter Einbezug von Publikumserwartungen, Mediennutzung und Medienkompetenz gerecht werden und insbesondere das Verhältnis zwischen einer Mikro- und Makroebene theoretisieren und erforschen, wie dies auch der

Anspruch der vorliegenden produktionsseitigen Studie war. In hybriden Mediumumgebungen steht die Forschung zudem vor der Herausforderung, die unterschiedlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Rezeption journalistischer Inhalte erfolgt, zu berücksichtigen, beispielsweise deren Ergänzung um Publikumsfeedback im Social Web (vgl. z. B. LU et al. 2023).

Das rekursive Verhältnis zwischen Handeln und Strukturen wirft auch die Frage auf, inwiefern die für die Erklärung von Nachrichtenqualität herangezogenen Einflussdimensionen in journalistischen Aushandlungsprozessen selbst verändert oder aufrechterhalten werden bzw. neue Strukturen geschaffen werden. Dies ist für alle Arten von Strukturen denkbar und kann sowohl eine Folge von Interferenzen im Prozess der Produktion journalistischer Inhalte als auch eine Folge dieser Inhalte sein, wie dies im theoretischen Rahmen der vorliegenden Studie nur angedeutet wurde (vgl. die gestrichelte Linie in Abb. 2 in Kap. 2). Angesprochen wurde dies bereits für den Wandel journalistischer Rollenverständnisse, wo die Aushandlung als adäquat empfundener Berichterstattungsstandards Aushandlungsprozesse anstößt, die in letzter Konsequenz Rollenverständnisse selbst verändern können. Aufschlussreich ist aber auch die Veränderung normativer Erwartungsstrukturen, etwa rechtlicher Rahmenbedingungen, die auf die Ausgestaltung konkreter Berichterstattung – beispielsweise auf neue Formen der Normenverletzung, wie z. B. Hate Speech im Internet (vgl. HONG 2018) – reagieren (müssen) und dabei adaptiert werden. Schließlich betreten durch veränderte journalistische Performanz neue Akteur:innen das Feld, etwa Fact Checker:innen als Reaktion auf Desinformation (vgl. GRAVES 2016), was Konstellationsstrukturen transformiert. Während die vorliegende Studie untersucht hat, welche Einflüsse auf journalistische Performanz zu einem singulären Zeitpunkt im *Querschnitt* wirken, benötigt es einen *Längsschnitt* über die Zeit, wenn man solche zirkulären und iterativen Zusammenhänge konsequent zu Ende denkt. Die Arbeitsrealität von Journalist:innen wird vergleichsweise gut im Zeitverlauf erforscht (vgl. JOHNSTONE et al. 1976; KALTENBRUNNER et al. 2008 2020; KARMASIN 1996, 2005; SCHOLL/WEISCHENBERG 1998; SEETHALER et al. 2019; WEAVER et al. 2019; WEISCHENBERG/MALIK et al. 2006). In der Qualitätsforschung wird ein kontinuierliches Monitoring im deutschsprachigen Raum jedoch nur in der Schweiz geleistet wird (vgl. FÖG 2010, 2022).

In Hinblick auf künftige Forschung versteht sich die vorliegende Studie zudem als Plädoyer, normative und analytische Zugänge zur Untersuchung von journalistischer Performanz in beiderseitigem Interesse eng zu ver-

schränken. An bestehender Forschung wurde einerseits ein »Theoriemangel« (SERONG 2015: 132) kritisiert, insbesondere hinsichtlich der konsistenten theoretischen Herleitung von Qualitätsstandards. So arbeitet beispielsweise ein Gutteil der Vielfaltsforschung mit rein operationalen Definitionen oder beschränkt sich auf metaphorische Referenzen (vgl. LOECHERBACH et al. 2020: 616), obwohl Vielfalt ohne eine Theoretisierung, wer oder was denn (wie) vielfältig sein sollte, aussagelos ist. Andererseits wurde an normativer Forschung ein »konterfaktischer Idealismus« kritisiert, wie es beispielsweise Nielsen (2017) tut. Aufbauend auf Schudsons (vgl. 2008: 11ff.) Liste von »[s]ix or seven things news can do for democracy« argumentiert er, dass zu hohe normative Anforderungen an den Journalismus nicht nur unrealistisch sind, sondern den Blick auf die empirische Realität verstellen. Er plädiert für einen »demokratischen Realismus« und identifiziert »one thing journalism just might do for democracy« (NIELSEN 2017: 1251) – nämlich die Bevölkerung mit korrekter, verständlicher, vielfältiger, relevanter und aktueller Information über das öffentliche Geschehen zu versorgen.

Im Licht der vorliegenden Studie ist das zu verkürzt. Nielsen ist sicherlich zuzustimmen, wenn er (2017: 1251) argumentiert »[w]e do not get more from journalism simply by wishing for more« – das ist aber auch nicht der Fall, wenn normative Standards, die an den Journalismus zu stellen sind, von Anfang an niedrig sind. Zum einen ist die Frage, von wem Journalismus welche Informationen bezieht und wie er sie seinem Publikum vermittelt, schon mit Annahmen verbunden, die konsequent zu Ende gedacht immer auch normativ sind. Eine solche Normativität muss reflektiert, offengelegt und vor allem differenziert werden. Zum anderen gehen Herausforderungen, mit denen Demokratie derzeit konfrontiert ist, vielfach mit Beschneidungen der Rechte und Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen einher, wie es den eingangs zitierten Anspruch an Demokratie, dass alle Gesellschaftsmitglieder »gleichberechtigt und selbstbestimmt« (RASEMANN/KNEIP 2022: 9) agieren können müssen, verletzt. Öffentlichkeit für diese Gruppen herzustellen ist eine Aufgabe, die primär in den Händen des Journalismus liegt. Um – und hier trifft sich die Argumentation wieder mit Nielsen – nicht irrelevant zu werden, muss die Forschung ihre normativen Annahmen jedoch systematisch an die Realität journalistischer Nachrichtenproduktion rückbinden. In diesem Sinne ist zukünftige Qualitätsforschung in der Pflicht, normative Standards präzise und differenziert zu argumentieren, sie aber gleichzeitig eng mit der empirischen Realität abzugleichen.

Ein Forschungsfeld, auf das die notwendige enge Verschränkung normativer Annahmen und empirischer Zugriffe im Besonderen zutrifft, ist die Automatisierung der Analyse journalistischer Performanz, der sich auch die Qualitätsforschung stellen muss bzw. teilweise bereits stellt (vgl. UDRIS et al. 2022). Sie ermöglicht die schnelle und vergleichbare Untersuchung großer Medienkorpora, wie es im besonderen Interesse der Qualitätsforschung liegt. Gleichzeitig besteht die Gefahr, in eine »theoretische Sackgasse« (BOCZEK/HASE 2020: 119) zu geraten, wenn theoretisch-normative Fragen zugunsten methodischer zu stark in den Hintergrund rücken. Ähnliches trifft auf die wissenschaftliche Untersuchung der Automatisierung von Nachrichtenproduktion zu (vgl. CARLSON 2018), wo beispielsweise die automatisierte Distribution von Nachrichten anhand inhaltlicher Parameter (vgl. MOELLER et al. 2023) direkte Konsequenzen für das demokratische Potenzial von Journalismus hat.

Praxisbezogener Ausblick

Auch wenn sich die Qualitätsforschung im Grad ihres »Steuerungsoptimismus« (WYSS 2016c: 265) unterscheidet, steht sie stets unter der übergeordneten Frage, wie Qualität verbessert oder zumindest gesichert werden kann. In diesem Sinne werden abschließend Implikationen für die Praxis formuliert. Sie können als Folge des Befunds, dass journalismusinterne wie -externe Strukturen und Akteur:innen Nachrichtenqualität entscheidend mitprägen, nicht nur den Journalismus betreffen. Die Sicherung und Förderung von Nachrichtenqualität stellen – wie der Titel des abschließenden Fazits der vorliegenden Studie ausdrückt – vielmehr eine gemeinsame Herausforderung für den Journalismus, die Politik und die ganze Gesellschaft dar. Die Verantwortung für Qualität im Journalismus kann, wie Meier (2019: 5) es formuliert, nicht alleine »auf den Schultern« des Journalismus lasten, sondern es bedarf der praktischen Zusammenarbeit verschiedener gesellschaftlicher Akteur:innen und Institutionen.

Eine konkrete Implikation hat die vorliegende Forschung für die Sicherung öffentlich-rechtlicher Medien. Der ORF, das zeigt die Inhaltsanalyse, ist ein Rückgrat des österreichischen Journalismus, was das repräsentative und deliberative Verständnis von Nachrichtenqualität angeht. Er sichert nicht nur die Unparteilichkeit und diskursive Einordnungsleistung der Berichterstattung, sondern ermöglicht die mediale Repräsentation von Akteur:innen der Zivilgesellschaft. Das ist, wie die quantitative und quali-

tative Analyse zeigen, maßgeblich auf seinen Funktionsauftrag zurückzuführen, der in der Aushandlung mit internen und externen Bezugsgruppen für Journalist:innen handlungsleitend wird. Thomaß' (2023: 100) eindringliches Plädoyer in Bezug auf öffentlich-rechtliche Medien, »Verteidigt die Institutionen!«, ist deshalb – nicht aus einem rein normativen Impetus heraus, sondern basierend auf den empirischen Befunden der vorliegenden Studie – zuzustimmen.

Öffentlich-rechtliche Medien als qualitätsfördernde Strukturen gilt es in diesem Sinne zu erhalten und zu fördern. Dem kommt die österreichische Politik derzeit in eingeschränktem Maße nach. Einerseits erweitert sie in gegenwärtigen Reformplänen die Möglichkeiten des ORF, Online-Formate zu betreiben – schränkt aber gleichzeitig *orf.at* als meistgenutzte Nachrichtenseite (vgl. ÖWA 2023) durch eine Obergrenze wöchentlicher Nachrichtenbeiträge ein (vgl. FIDLER 2023). Damit schafft sie eine Kluft zur Nutzungsrealität, sind doch analoge Medien nur noch für die über 45-Jährigen eine zentrale Anlaufstelle, während fast zwei Drittel der 18- bis 24-Jährigen und rund die Hälfte der 25- bis 44-Jährigen Online-Medien (inklusive Social Media) als Hauptnachrichtenquelle nutzen (vgl. GADRINGER et al. 2022: 45). Aus einer Qualitätsperspektive ist das fatal, kann ein noch so hochwertiges Angebot doch nur dann Demokratie fördern, wenn es auch rezipiert wird (vgl. WEISS et al. 2016: 34).

Eine abschließende praxisbezogene Implikation hat die Studie für die Sicherung journalistischer Kultur. »Qualitätskulturen sind kontinuierlich hege- und pflegebedürftig« (HELD/RUSS-MOHL 2005: 51), das zeigen auch die vorliegenden Ergebnisse, wo professionelle Standards der Berichterstattung durchgehend in einem systematischen Verhältnis zu journalistischer Kultur stehen. In Österreich kann davon derzeit jedoch keine Rede sein – das Gegenteil ist der Fall. Vom rechten Rand des Parteienspektrums finden gezielte Attacken auf einzelne Journalist:innen statt (vgl. UDRIS et al. 2023: 62). Die aktuelle Regierung plant eine politikferne Sozialisation von Journalist:innen zu untergraben, indem sie eine staatlich betriebene – und der parlamentarischen Kontrolle entzogene – Journalist:innen-Ausbildung etablieren möchte, deren budgetäre Ausstattung eine schnelle Monopolstellung wahrscheinlich macht (vgl. MARK 2023). Die dargelegten Ermittlungen gegen Medieneigentümer:innen und Herausgeber:innen wegen ihrer mutmaßlichen Verstrickung in Absprachen mit der Politik stellen deren Interesse an einer Demokratie im Wortsinne infrage (vgl. THALHAMMER/MELICHAR 2023).

Es ist unwahrscheinlich, dass dies an der journalistischen Kultur in Österreich spurlos vorübergeht – wodurch in letzter Konsequenz ein hochwertiges journalistisches Nachrichtenangebot zur Disposition steht. Dem gilt es deshalb entschieden entgegen zu lenken. Dazu braucht es Anstrengungen des *Journalismus* und insbesondere journalistische Medienorganisationen, die sich ihrer demokratischen Verantwortung bewusst sein müssen, der *Politik*, die Journalismus den dazu notwendigen Freiraum zugestehen muss, und der *Gesellschaft*, die ihren demokratischen Pflichten nachkommt, aber auch ihre Rechte einfordert. Es bleibt zu hoffen, dass dies gelingen kann.

QUELLEN

- AELST, P. VAN ; STRÖMBÄCK, J.; AALBERG, T.; ESSER, F.; DE VREESE, C. H.; MATTHES, J. et al. (2017): Political communication in a high-choice media environment: a challenge for democracy? In: *Annals of the International Communication Association*, 41 (1), S. 3–27. DOI: 10.1080/23808985.2017.1288551
- ALBÆK, E.; VAN DALEN, A.; JEBRIL, N.; DE VREESE, C. (2014): *Political Journalism in Comparative Perspective*. New York [Cambridge University Press]. DOI: 10.1017/CBO9781139567367
- ALBÆK, E.; SKOVGAARD, M.; DE VREESE, C. H. (2017): Journalism and Explaining News Content. In: J. NUSSBAUM (Hrsg.): *Oxford Research Encyclopedia of Communication*. Oxford University Press. DOI: 10.1093/acrefore/9780190228613.013.85
- ALI, C. (2016): The Merits of Merit Goods: Local Journalism and Public Policy in a Time of Austerity. In: *Journal of Information Policy*, 6, S. 105–128. DOI: 10.5325/jinfopoli.6.2016.0105
- ALLEN, M. S.; ILIESCU, D.; GREIFF, S. (2022): Single Item Measures in Psychological Science: A Call to Action. In: *European Journal of Psychological Assessment*, 38 (1), S. 1–5. DOI: 10.1027/1015-5759/a000699
- ALSUS, S.; MODRÍGUEZ-MARTÍNEZ, R.; MAURI DE LOS RIOS, M. (2014): Little Impact? Journalists' Perceptions of Traditional Instruments of Media Self-Regulation. In: FENGLER, S.; T. EBERWEIN; G. MAZZOLENI; C. PORLEZZA; S. RUSS-MOHL (Hrsg.): *Journalists and Media Accountability. An International Study of News People in the Digital Age* (S. 99–114). Peter Lang.
- ALTHEIDE, D. L.; SNOW, R. P. (1979): *Media logic*. Beverly Hills, Calif. [SAGE].
- ALTMEPPE, K.-D. (2003): Ist der Journalismus strukturell qualitätsfähig? Der Stellenwert journalistischer Organisationen, journalistischer Produkte und journalistischer Medien für die

- Qualität. In: BUCHER, H.-J.; K.-D. ALTMPEPPEN (Hrsg.): *Qualität im Journalismus: Grundlagen, Dimensionen, Praxismodelle* (S. 113–128). Wiesbaden [Westdeutscher Verlag].
- ALTMPEPPEN, K.-D. (2006): *Journalismus und Medien als Organisationen*. Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
DOI: 10.1007/978-3-531-90090-2
- ALTMPEPPEN, K.-D. (2012): Einseitige Tauschgeschäfte: Kriterien der Beschränkung journalistischer Autonomie durch kommerziellen Druck. In: JARREN, O.; M. KÜNZLER; M. PUPPIS (Hrsg.): *Medienwandel oder Medienkrise?* (S. 35–53). Baden-Baden [Nomos].
DOI: 10.5771/9783845236735-35
- ALTMPEPPEN, K.-D.; GRECK, R.; KÖSSLER, T. (2016): Journalismus und Medien. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 603–618). Wiesbaden [Springer vs].
DOI: 10.1007/978-3-531-18966-6_37
- ANDRIDGE, R. R.; LITTLE, R. J. A. (2010): A Review of Hot Deck Imputation for Survey Non-response. In: *International Statistical Review*, 78 (1), S. 40–64. DOI: 10.1111/j.1751-5823.2010.00103.x
- ANTER, L. (2021): Mein Text, meine Meinung, meine Wissenschaftlerin? Eine qualitative Untersuchung zur Nutzung von Wissenschaftler*innen als opportune Zeugen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 69 (3), S. 397–415.
DOI: 10.5771/1615-634X-2021-3-397
- ARBEITSGEMEINSCHAFT MEDIA-ANALYSEN (2023): *MA 2022 Presse*. Wien. Verfügbar unter: <https://www.media-analyse.at/table/3809>
- ARENDE, F.; BRANTNER, C. (2017): Enttäuscht gemachte WählerInnen? Eine Untersuchung des Kausalen ›Krone-Effekts‹ bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2014. In: *MedienJournal*, 39 (4), S. 52–67.
DOI: 10.24989/medienjournal.v39i4.83
- ARNOLD, K. (2008): Qualität im Journalismus – ein integratives Konzept. In: *Publizistik*, 53 (4), S. 488–508. DOI: 10.1007/PL00022233
- ARNOLD, K. (2009): *Qualitätsjournalismus: die Zeitung und ihr Publikum* (Forschungsfeld Kommunikation). Konstanz [UVK].
- ARNOLD, K. (2016): Qualität des Journalismus. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 551–563). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-531-18966-6_34

- ARNOLD, K. (2023): Qualität im Journalismus. In: MEIER, K.; C. NEUBERGER (Hrsg.): *Journalismusforschung* (S. 93–110). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783748928522-93
- ARSENAULT, A.; CASTELLS, M. (2008): Switching Power: Rupert Murdoch and the Global Business of Media Politics. A Sociological Analysis. In: *International Sociology*, 23 (4), S. 488–513. DOI: 10.1177/0268580908090725
- AUDIOVISUELLE MEDIENDIENSTE-GESETZ (2022): *Bundesgesetz über audiovisuelle Mediendienste* (Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz – AMD-G) StF: BGBl. I Nr. 84/2001 (NR: GP XXI RV 635 AB 720 S. 75. BR: AB 6421 S. 679.) [CELEX-Nr.: 389Lo552 idF 397Loo36 sowie 398Loo27]. Verfügbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20001412>
- BACHL, M.; VÖGELE, C. (2012): *Guttenbergs Zeugen? Eine Replikation und Erweiterung von Hagens (1992) »Die opportunen Zeugen« anhand der Berichterstattung über Karl-Theodor zu Guttenberg im Kontext der Plagiatsaffäre*. 57. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Berlin. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20220710015333/https://komm.uni-hohenheim.de/fileadmin/einrichtungen/komm/Docs/Guttenbergs_Zeugen_DGPuK_2012.pdf
- BACHL, M.; VÖGELE, C. (2013): Guttenbergs Zeugen? Eine Replikation und Erweiterung von Hagens (1992) »Die opportunen Zeugen« anhand der Berichterstattung über Karl-Theodor zu Guttenberg im Kontext der Plagiatsaffäre. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 61 (3), S. 345–367. DOI: 10.5771/1615-634x-2013-3-345
- BACHMANN, P.; EISENEGGER, M.; INGENHOFF, D. (2022): Defining and Measuring News Media Quality: Comparing the Content Perspective and the Audience Perspective. In: *The International Journal of Press/Politics*, 27 (1), S. 9–37. DOI: 10.1177/1940161221999666
- BADEN, C.; SPRINGER, N. (2017): Conceptualizing viewpoint diversity in news discourse. In: *Journalism*, 18 (2), S. 176–194. DOI: 10.1177/1464884915605028
- BAISNÉE, O. (2003): Can political journalism exist at the EU level? In: KUHN, R.; E. NEVEU (Hrsg.): *Political Journalism* (S. 108–128). London [Routledge].
- BAKER, C. E. (2001): *Media, markets, and democracy*. Cambridge [Cambridge University Press].

- BAKKER, P. (2014): Mr. Gates Returns: Curation, community management and other new roles for journalists. In: *Journalism Studies*, 15 (5), S. 596–606. DOI: 10.1080/1461670X.2014.901783
- BANAS, J. (2017): Z Transformation. In: ALLEN, M. (Hrsg.): *The SAGE encyclopedia of communication research methods*. Los Angeles [SAGE].
- BARBER, B. R. (2003) [1984]: *Strong democracy: participatory politics for a new age* (20. Auflage). Berkeley [University of California Press].
- BATES, D. (2023): *The lme4 Package*. Verfügbar unter: <https://cran.r-project.org/web/packages/lme4/lme4.pdf>
- BAUGUT, P.; REINEMANN, C. (2022): Journalismus als subjektiv rationales Handeln im sozialen Kontext. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 1–15). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-32153-6_19-1
- BAUGUT, P.; SCHERR, S. (2013): Der Einfluss politischer Einstellungen auf Rollenverständnis und Arbeitszufriedenheit von Journalisten. In: *Studies in Communication | Media*, 2 (4), S. 437–468. DOI: 10.5771/2192-4007-2013-4-437
- BAUM, A. (2010): Deutscher Presserat. In: SCHICHA, C.; C. BROSDA (Hrsg.): *Handbuch Medienethik* (S. 186–216). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-92248-5_12
- BAUM, M. A.; ZHUKOV, Y. M. (2019): Media Ownership and News Coverage of International Conflict. In: *Political Communication*, 36 (1), S. 36–63. DOI: 10.1080/10584609.2018.1483606
- BEAM, R. A. (2003): Content Differences between Daily Newspapers with Strong and Weak Market Orientations. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 80 (2), S. 368–390. DOI: 10.1177/107769900308000209
- BEAM, R. A. (2006): Organizational Goals and Priorities and the Job Satisfaction of US Journalists. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 83 (1), S. 169–185. DOI: 10.1177/107769900608300111
- BEAUFORT, M. B. M. (2020): *Medien in der Demokratie – Demokratie in den Medien. Ein demokratietheoretisch fundierter Ansatz zur Erforschung der demokratischen Qualität von Medienrepertoires unterschiedlicher Nutzungsklassen, dargelegt am Beispiel einer zeitvergleichenden Analyse des politischen Informationsangebots in den österreichischen Medien*. Dissertation an der Universität Hamburg. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20220308194405/https://ediss.sub.uni-hamburg.de/bitstream/ediss/8998/1/Dissertation_Beaufort_Publ_f.pdf

- BECK, K.; REINECK, D.; SCHUBERT, C. (2010): *Journalistische Qualität in der Wirtschaftskrise. Eine Studie im Auftrag des Deutschen Fachjournalisten-Verbandes (DFJV)*. Verfügbar unter: http://www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/arbeitsstellen/kommunikationspolitik/media/Studie_Journalistische_Qualitaet_03_2010.pdf
- BECKERS, K.; VAN AELST, P. (2019): Look who's talking: An analysis of actors in television news (2003–2016). In: *Journalism Studies*, 20 (6), S. 872–890. DOI: 10.1080/1461670X.2018.1463169
- BEILER, M.; MAURER, P.; GERSTNER, J. (2019): Komplexitätsreduzierende Faktoren im Politikjournalismus: Quantitative und qualitative Befragung zu den Interaktionsbeziehungen von Journalisten und Politikern. In: DERNBACH, B.; A. GODULLA; A. SEHL (Hrsg.): *Komplexität im Journalismus* (S. 163–170). Wiesbaden [Springer]. DOI: 10.1007/978-3-658-22860-6_15
- BENNETT, W. L.; PFETSCH, B. (2018): Rethinking Political Communication in a Time of Disrupted Public Spheres. In: *Journal of Communication*, 68 (2), S. 243–253. DOI: 10.1093/joc/jqx017
- BENSON, R. (2017): Maybe Things Aren't So Bad, or Are They? Michael Schudson's ambivalent critique of commercialism. In: *Journalism Studies*, 18 (10), S. 1210–1223. DOI: 10.1080/1461670X.2017.1335608
- BENSON, R.; NEVEU, E. (Hrsg.) (2005): *Bourdieu and the journalistic field*. Cambridge [Polity Press].
- BEUTHNER, M.; WEICHERT, S. A. (2005): Zur Einführung: Internal Affairs – oder: die Kunst und die Fallen medialer Selbstbeobachtung. In: BEUTHNER, M.; S. A. WEICHERT (Hrsg.): *Die Selbstbeobachtungsfälle: Grenzen und Grenzgänge des Medienjournalismus* (S. 13–41). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- BLÖBAUM, B. (1994): *Journalismus als soziales System. Geschichte, Ausdifferenzierung und Verselbständigung*. Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-94206-7>
- BLUM, R.; BONFADELLI, H.; IMHOF, K.; JARREN, O. (Hrsg.) (2011): *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation*. Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-93084-8
- BLUMER, H. (1969): *Symbolic interactionism: Perspective and method*. Englewood Cliffs, N.J. [Prentice-Hall].
- BMI – BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (2014): *Überholte Regeln: Alkoholverbot am Wahltag, Wahlpflicht, hohes Wahlalter*. Verfügbar

- unter: <https://web.archive.org/web/20141207103945/https://www.parlament.gv.at/PERK/HIS/WAHL/REGEL/index.shtml>
- BMI – BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (2019): *Nationalratswahlen. Historischer Rückblick*. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20191218190408/https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Historischer_Rueckblick.aspx
- BOCZEK, K.; HASE, V. (2020): Technische Innovation, theoretische Sackgasse? Chancen und Grenzen der automatisierten Inhaltsanalyse in Lehre und Forschung. In: SCHÜTZENEDER, J.; K. MEIER; N. SPRINGER (Hrsg.): *Neujustierung der Journalistik/ Journalismusforschung in der digitalen Gesellschaft: Proceedings zur Jahrestagung der Fachgruppe Journalistik/Journalismusforschung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 2019*, SSOAR - GESIS Leibniz Institute for the Social Sciences. DOI: 10.21241/SSOAR.70828
- BOZL, L.; CHARBONNEAUX, J. (2018): Die Aushandlung journalistischer Freiheit im politischen Interview. In: CZEPEK, A.; M. HELLWIG; B. ILLG; E. NOWAK (Hrsg.): *Freiheit und Journalismus* (S. 51–66). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783845280851-51
- BOUDANA, S. (2016): Impartiality is not fair: Toward an alternative approach to the evaluation of content bias in news stories. In: *Journalism*, 17 (5), S. 600–618. DOI: 10.1177/1464884915571295
- BOUKES, M. (2022): Episodic and Thematic Framing Effects on the Attribution of Responsibility: The Effects of Personalized and Contextualized News on Perceptions of Individual and Political Responsibility for Causing the Economic Crisis. In: *The International Journal of Press/Politics*, 27 (2), S. 374–395. DOI: 10.1177/1940161220985241
- BOURDIEU, P. (1987): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt/M. [Suhrkamp].
- BOURDIEU, P. (1998): *Practical reason: on the theory of action*. Stanford, Calif. [Stanford University Press].
- BOURDIEU, P. (2005): The Political Field, the Social Science Field, and the Journalistic Field. In: BENSON, R.; E. NEVEU (Hrsg.): *Bourdieu and the journalistic field* (S. 29–47). Cambridge [Polity Press].
- BRELL, C.; BRELL, J.; KIRSCH, S. (2014): Konzentrationsparameter. In: BRELL, C.; J. BRELL; S. KIRSCH (Hrsg.): *Statistik von Null auf Hundert:*

- Mit Kochrezepten schnell zum Statistik-Grundwissen* (S. 47–55). Berlin, Heidelberg [Springer Spektrum]. DOI: 10.1007/978-3-642-41977-5_6
- BRENNAN, R. L.; PREDIGER, D. J. (1981): Coefficient Kappa: Some Uses, Misuses, and Alternatives. In: *Educational and Psychological Measurement*, 41 (3), S. 687–699. DOI: 10.1177/001316448104100307
- BROSDA, C. (2008): Normative Maßstäbe deliberativer Öffentlichkeit. Zur ethischen Verantwortung eines diskursiven Journalismus in der Politikvermittlung. In: *zfm: Zeitschrift für Kommunikationsökologie und Medienethik*, 10 (1), S. 14–19.
- BROSIUS, H.-B.; HAAS, A.; KOSCHEL, F. (2016): *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung*. Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-19996-2
- BRÜGGEMANN, M. (2012): Transnationale Kulturen des Journalismus. Praktiken journalistischer Themenfindung im Vergleich. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 60 (2), S. 76–92.
- BRÜGGEMANN, M. (2013): Transnational trigger constellations: Reconstructing the story behind the story. In: *Journalism: Theory, Practice & Criticism*, 14 (3), S. 401–418. DOI: 10.1177/1464884912453284
- BRÜGGEMANN, M.; ENGESESSER, S. (2017): Beyond false balance: How interpretive journalism shapes media coverage of climate change. In: *Global Environmental Change*, 42, S. 58–67. DOI: 10.1016/j.gloenvcha.2016.11.004
- BRÜGGEMANN, M.; ENGESESSER, S.; BÜCHEL, F.; HUMPRECHT, E.; CASTRO, L. (2014): Hallin and Mancini Revisited: Four Empirical Types of Western Media Systems. In: *Journal of Communication*, 64 (6), S. 1037–1065. DOI: 10.1111/jcom.12127
- BUCHER, H.-J. (2003): Journalistische Qualität und Theorien des Journalismus. In: BUCHER, H.-J.; K.-D. ALTMEPPEN (Hrsg.): *Qualität im Journalismus: Grundlagen, Dimensionen, Praxismodelle* (S. 11–34). Wiesbaden [Westdeutscher Verlag].
- BUCHER, H.-J.; SCHUMACHER, P. (2012): Zeitungformate aus Lesersicht: Eine vergleichende Rezeptionsstudie zur Leser-Blatt-Interaktion in Tabloids und Broadsheets. In: BUCHER, H.-J.; P. SCHUMACHER (Hrsg.): *Interaktionale Rezeptionsforschung* (S. 177–204). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-531-93166-1_7
- BUCHSTEIN, H. (2016): *Typen moderner Demokratietheorien* (essentials). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-13331-3

- BUNDESWAHLBEHÖRDE (2017): *Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017. Verlautbarung der Bundeswahlbehörde gemäß § 108 Abs. 6 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 – NRW über das Ergebnis der Feststellungen im dritten Ermittlungsverfahren*. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20171107030141/https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/files/Verlautbarung_BWB_endgErg_inkl_3_Ermittlungsverfahren_NRW17.pdf
- BUUREN, S. VAN; GROOTHUIS-OUDSHOORN, K. (2011): mice: Multivariate Imputation by Chained Equations in R. In: *Journal of Statistical Software*, 45 (3). DOI: 10.18637/jss.v045.i03
- CAMPBELL, A.; GURIN, G.; MILLER, W. E. (1954): *The voter decides*. Evanston, Ill. [Row, Peterson].
- CARLSON, M. (2018): Automating judgment? Algorithmic judgment, news knowledge, and journalistic professionalism. In: *New Media & Society*, 20 (5), S. 1755–1772. DOI: 10.1177/1461444817706684
- CARLSON, M.; LEWIS, S. C. (Hrsg.) (2015): *Boundaries of Journalism: Professionalism, Practices and Participation*. London [Routledge]. DOI: 10.4324/9781315727684
- CARLSON, M.; LEWIS, S. C. (2019): Boundary Work (International Communication Association (ICA) handbook series). In: WAHL-JORGENSEN, K.; T. HANITZSCH (Hrsg.): *The Handbook of Journalism Studies* (2. Auflage, S. 123–135). New York [Routledge].
- CARLSON, M.; ROBINSON, S.; LEWIS, S. C. (2021): *News after Trump: journalism's crisis of relevance in a changed media culture* (Journalism and political communication unbound). New York [Oxford University Press].
- CHERUIYOT, D. (2018): Popular Criticism that Matters: Journalists' perspectives of »quality« media critique. In: *Journalism Practice*, 12 (8), S. 1008–1018. DOI: 10.1080/17512786.2018.1494511
- CHRISTIANS, C. G.; GLASSER, T.; MCQUAIL, D.; NORDENSTRENG, K.; WHITE, R. A. (2009): *Normative Theories of the Media: Journalism in Democratic Societies*. Urbana and Chicago [University of Illinois Press].
- COE, K.; KENSKI, K.; RAINS, S. A. (2014): Online and Uncivil? Patterns and Determinants of Incivility in Newspaper Website Comments. In: *Journal of Communication*, 64 (4), S. 658–679. DOI: 10.1111/jcom.12104
- COHEN, J. (1988): *Statistical power analysis for the behavioral sciences* (2. Auflage). Hillsdale, N.J. [Lawrence Erlbaum Associates].

- COLEMAN, S.; MORRISON, D. E.; SVENNEVIG, M. (2008): New Media and Political Efficacy. In: *International Journal of Communication*, (2), S. 771–791.
- COLTMAN, T.; DEVINNEY, T. M.; MIDGLEY, D. F.; VENAİK, S. (2008): Formative versus reflective measurement models: Two applications of formative measurement. In: *Journal of Business Research*, 61 (12), S. 1250–1262. DOI: 10.1016/j.jbusres.2008.01.013
- CORBIN, J. M.; STRAUSS, A. L. (1990): Grounded Theory Research: Procedures, Canons, and Evaluative Criteria. In: *Qualitative Sociology*, 13 (1), S. 3–21.
- CORNIA, A.; SEHL, A.; NIELSEN, R. K. (2020): >We no longer live in a time of separation<: A comparative analysis of how editorial and commercial integration became a norm. In: *Journalism*, 21 (2), S. 172–190. DOI: 10.1177/1464884918779919
- COSTERA MEIJER, I. (2020): Understanding the Audience Turn in Journalism: From Quality Discourse to Innovation Discourse as Anchoring Practices 1995–2020. In: *Journalism Studies*, 21 (16), S. 2326–2342. DOI: 10.1080/1461670X.2020.1847681
- COTTLE, S. (2007): Ethnography and News Production: New(s) Developments in the Field. In: *Sociology Compass*, 1 (1), S. 1–16. DOI: 10.1111/j.1751-9020.2007.00002.x
- CRANMER, S. J.; GILL, J. (2013): We Have to Be Discrete About This: A Non-Parametric Imputation Technique for Missing Categorical Data. In: *British Journal of Political Science*, 43 (2), S. 425–449. DOI: 10.1017/S0007123412000312
- CUILENBURG, J. VAN (1999): On Competition, Access and Diversity in Media, Old and New. Some Remarks for Communications Policy in the Information Age. In: *New Media & Society*, 1 (2), S. 183–207. DOI: 10.1177/14614449922225555
- CURRAN, J. (2002): *Media and power* (Communication and society). London [Routledge].
- CURRAN, J.; IYENGAR, S.; BRINK LUND, A.; SALOVAARA-MORING, I. (2009): Media System, Public Knowledge and Democracy: A Comparative Study. In: *European Journal of Communication*, 24 (1), S. 5–26. DOI: 10.1177/0267323108098943
- CUSHION, S.; THOMAS, R. (2019): From quantitative precision to qualitative judgements: Professional perspectives about the impartiality of television news during the 2015 UK General Election. In: *Journalism*, 20 (3), S. 392–409. DOI: 10.1177/1464884916685909

- CZADA, R. (2000): Konkordanz, Korporatismus und Politikverflechtung: Dimensionen der Verhandlungsdemokratie. In: HOLTSMANN, E.; H. VOELZKOW (Hrsg.): *Zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie* (S. 23–49). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-663-07791-6_2
- DALEN, A. VAN (2019): Autonomy: Independence from Government. In: VOS, T.P.; F. HANUSCH; D. DIMITRAKOPOULOU; M. GEERTSEMA-SLIGH; A. SEHL (Hrsg.): *The International Encyclopedia of Journalism Studies*. Hoboken, NJ. [Wiley Blackwell]. DOI: 10.1002/9781118841570. iejs0080
- DALEN, A. VAN; DE VREESE, C. H.; ALBÆK, E. (2012): Different roles, different content? A four-country comparison of the role conceptions and reporting style of political journalists. In: *Journalism: Theory, Practice & Criticism*, 13 (7), S. 903–922. DOI: 10.1177/1464884911431538
- VAN DALEN, A.; DE VREESE, C. H.; ALBÆK, E. (2017): Mixed Quantitative Methods Approach to Journalistic Role Performance (Routledge research in journalism). In: MELLADO, C.; L. HELLMUELLER; W. DONSBACH (Hrsg.): *Journalistic role performance: concepts, contexts, and methods* (S. 189–205). New York [Routledge].
- DANZON-CHAMBAUD, S.; CORNIA, A. (2023): Changing or Reinforcing the »Rules of the Game«: A Field Theory Perspective on the Impacts of Automated Journalism on Media Practitioners. In: *Journalism Practice*, 17 (2), S. 174–188. DOI: 10.1080/17512786.2021.1919179
- DASCHMANN, G. (2009): Qualität von Fernsehnachrichten: Dimensionen und Befunde. In: *Media Perspektiven*, (5), S. 257–266.
- DECKER, F. (2016): Das demokratische System als Parteiensystem. In: LEMBCKE, O.W.; C. RITZI; G.S. SCHAAL (Hrsg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 2: Empirische Demokratietheorien* (S. 59–77). Wiesbaden [Springer vs].
- DER STANDARD (2022): *Blattlinie*. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20221202053610/https://about.derstandard.at/redaktion/blattlinie/>
- DIAZ-BONE, R. (2015): Leitfadeninterview. In: DIAZ-BONE, R.; C. WEISCHER (Hrsg.): *Methoden-Lexikon für die Sozialwissenschaften* (S. 243). Wiesbaden [Springer vs].
- DIE PRESSE (2010): »Die Presse«-Blattlinie. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20200807132315/https://www.diepresse.com/613276/die-presse-blattlinie>

- DIETRICH-GSENGER, M.; SEETHALER, J. (2019): Soziodemografische Merkmale (Studies in International, Transnational and Global Communications). In: HANITZSCH, T.; J. SEETHALER; V. WYSS (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (S. 51–70). Wiesbaden [Springer vs].
- DOMINGO, D.; QUANDT, T.; HEINONEN, A.; PAULUSSEN, S.; SINGER, J. B.; VUJNOVIC, M. (2008): Participatory Journalism Practices in the Media and Beyond: An international comparative study of initiatives in online newspapers. In: *Journalism Practice*, 2 (3), S. 326–342. DOI: 10.1080/17512780802281065
- DONGES, P. (2002): *Rundfunkpolitik zwischen Sollen, Wollen und Können: eine theoretische und komparative Analyse der politischen Steuerung des Rundfunks*. Wiesbaden [Westdeutscher Verlag].
- DONGES, P. (2008): Medien als Strukturen und Akteure: Kommunikationswissenschaftliche Theoriediskussion zwischen System- und Handlungstheorie. In: WINTER, C.; A. HEPP; F. KROTZ (Hrsg.): *Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft: Grundlegende Diskussionen, Forschungsfelder und Theorieentwicklungen* (S. 329–344). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-90778-9_17
- DONGES, P. (2020): Die Rolle der Medien in der Ermöglichung oder Behinderung politischer Partizipation. In: LORENZ, A.; C.P. HOFFMANN; U. HITSCHFELD (Hrsg.): *Partizipation für alle und alles? Fallstricke, Grenzen und Möglichkeiten* (S. 283–298). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-27898-4_16
- DONGES, P.; JARREN, O. (2022): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung* (Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-37079-4
- DONSBACH, W. (2004): Psychology of News Decisions: Factors behind Journalists' Professional Behavior. In: *Journalism: Theory, Practice & Criticism*, 5 (2), S. 131–157. DOI: 10.1177/146488490452002
- DONSBACH, W. (2007): Journalistische Kompetenz für eine pluralistische Demokratie. In: OBERREUTER, H.; W.J. PATZELT; M. SEBALDT; U. KRANENPOHL (Hrsg.): *Res publica semper reformanda: Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls: Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag* (S. 193–206). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].

- DONSBACH, W. (2008): Im Bermuda-Dreieck. Paradoxien im journalistischen Selbstverständnis. In: PÖRKSEN, B.; W. LOOSEN; A. SCHOLL (Hrsg.): *Paradoxien des Journalismus: Theorie – Empirie – Praxis. Festschrift für Siegfried Weischenberg* (S. 147–164). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-91816-7_8
- DONSBACH, W. (2014): Journalism as the new knowledge profession and consequences for journalism education. In: *Journalism*, 15 (6), S. 661–677. DOI: 10.1177/1464884913491347
- DONSBACH, W.; PATTERSON, T. E. (2004): Political News Journalists: Partisanship, Professionalism, and Political Roles in Five Countries. In: ESSER, F.; B. PFETSCH (Hrsg.): *Comparing Political Communication* (S. 251–270). Cambridge [Cambridge University Press]. DOI: 10.1017/CBO9780511606991.012
- EBERL, J.-M.; HUBER, L. M.; PLESCIA, C. (2020): A tale of firsts: the 2019 Austrian snap election. In: *West European Politics*, 43 (6), S. 1350–1363. DOI: 10.1080/01402382.2020.1717836
- EBERWEIN, T. (2019): Press Councils. In: T. P. VOS; F. HANUSCH; D. DIMITRAKOPOULOU; M. GEERTSEMA-SLIGH; A. SEHL (Hrsg.): *The International Encyclopedia of Journalism Studies*. [Wiley]. DOI: 10.1002/9781118841570.iejs0103
- EBERWEIN, T.; FENGLER, S.; KAUFMANN, K.; BRINKMANN, J.; KARMASIN, M. (2018): Summary: Measuring media accountability in Europe – and beyond (Routledge International Handbooks). In: EBERWEIN, T.; S. FENGLER; M. KARMASIN (Hrsg.): *The European handbook of media accountability* (S. 285–300). London; New York [Routledge].
- EBERWEIN, T.; KRAKOVSKY, C.; OGGOLDER, C.; ROZGONYI, K. (2022): AUSTRIA. *Critical junctures in the media transformation process. Country case studies on critical junctures in the media transformation process in Four Domains of Potential ROs (2000–2020). Approaching deliberative communication: Studies on monitoring capability and on critical junctures of media development in 14 EU countries*, CS2, D-2.1 (S. 2–36). Mediadecom. Verfügbar unter: <https://www.mediadelcom.eu/publications/dz1-case-study-1/aut/>
- EBERWEIN, T.; PORLEZZA, C. (2016): Both Sides of the Story: Communication Ethics in Mediatized Worlds: Communication Ethics in Mediatized Worlds. In: *Journal of Communication*, 66 (2), S. 328–342. DOI: 10.1111/jcom.12216

- EDER, M. (2023): *Politische Journalistinnen und Journalisten auf Twitter: eine Framing-Analyse der Ibiza-Affäre im deutsch-österreichischen Vergleich* (Nomos Universitätschriften Medien und Kommunikation). Baden-Baden [Nomos].
- EGELHOFER, J. L.; LECHERER, S. (2019): Fake news as a two-dimensional phenomenon: a framework and research agenda. In: *Annals of the International Communication Association*, 43 (2), S. 97–116.
DOI: 10.1080/23808985.2019.1602782
- EILDERS, C. (2006): News factors and news decisions. Theoretical and methodological advances in Germany. In: *Communications*, 31 (1).
DOI: 10.1515/COMMUN.2006.002
- EIMEREN, B. VAN; SIMON, E.; RIEDL, A. (2017): Medienvertrauen und Informationsverhalten von politischen Zweiflern und Entfremdeten. In: *Media Perspektiven*, (11), S. 438–454.
- EISENEGGER, M. (2021): Dem digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit auf der Spur – Zur Einführung. In: EISENEGGER, M.; M. PRINZING; P. ETTINGER; R. BLUM (Hrsg.): *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit* (S. 1–14). Wiesbaden [Springer vs].
DOI: 10.1007/978-3-658-32133-8_1
- EISENEGGER, M.; UDRIS, L. (2021): Medienqualität in der digitalen Ära. Konzeptuelle Herausforderungen und erste Antworten. In: MAGIN, M.; U. RUSSMANN; B. STARK (Hrsg.): *Demokratie braucht Medien* (S. 91–113). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-34633-1_6
- EKSTRÖM, M.; WESTLUND, O. (2019): Epistemology and Journalism. In: *Oxford Research Encyclopedia of Communication*. Oxford [Oxford University Press]. DOI: 10.1093/acrefore/9780190228613.013.806
- EMUNDS, C. (2021): Hauptstadtberichterstattung. In: PRINZING, M.; R. BLUM (Hrsg.): *Handbuch politischer Journalismus* (S. 168–171). Köln [Herbert von Halem].
- ENGELMANN, I. (2010): Journalistische Instrumentalisierung von Nachrichtenfaktoren. Einflüsse journalistischer Einstellungen auf simulierte Issue-, Quellen- und Statement-Entscheidungen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 58 (4), S. 525–543.
DOI: 10.5771/1615-634X-2010-4-525
- ENGELMANN, I. (2016): Journalismus und alltagsrationale Nachrichtenauswahl. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 457–471). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-531-18966-6_28

- ENGESSER, S. (2013): *Die Qualität des Partizipativen Journalismus im Web: Bausteine für ein integratives theoretisches Konzept und eine explanative empirische Analyse*. Wiesbaden [Springer vs].
DOI: 10.1007/978-3-658-00584-9
- ENTMAN, R. M. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: *Journal of Communication*, 43 (4), S. 51–58. DOI: 10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x
- ESSER, F. (1998): *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen: englischer und deutscher Journalismus im Vergleich* (Alber-Reihe Kommunikation). Freiburg [Karl Alber].
- ESSER, F.; UMBRICH, A. (2014): The Evolution of Objective and Interpretative Journalism in the Western Press: Comparing Six News Systems since the 1960s. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 91 (2), S. 229–249. DOI: 10.1177/1077699014527459
- ESSER, F.; DE VREESE, C.; HOPMANN, D. N. (2017): The explanatory logic: Factors that shape political news. In: DE VREESE, C. H.; F. ESSER; D.N. HOPMANN (Hrsg.): *Comparing political journalism* (S. 22–32). London New York [Routledge].
- ESSER, H. (1996): Die Definition der Situation. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48 (1), S. 1–34.
- ESSER, H. (1997): Die »Definition« der Situation und die Rationalität des Handelns. In: MELEGHY, T.; H.-J. NIEDENZU; M. PREGLAU; F. TRAXLER; B. SCHMEIKAL (Hrsg.): *Soziologie im Konzert der Wissenschaften* (S. 69–90). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-322-83248-1_8
- EYE, A. VON (2006): An Alternative to Cohen's κ . In: *European Psychologist*, 11 (1), S. 12–24. DOI: 10.1027/1016-9040.11.1.12
- FAHR, A. (2001): *Katastrophale Nachrichten? Eine Analyse der Qualität von Fernsehnachrichten* (Angewandte Medienforschung). München [R. Fischer].
- FAHRMEIR, L.; KNEIB, T.; LANG, S.; MARX, B. D. (2021): *Regression: Models, Methods and Applications*. Berlin, Heidelberg [Springer].
DOI: 10.1007/978-3-662-63882-8
- FAHY, D. (2017): Objectivity, False Balance, and Advocacy in News Coverage of Climate Change. In: *Oxford Research Encyclopedia of Climate Science*. Oxford [Oxford University Press]. DOI: 10.1093/acrefore/9780190228620.013.345

- FALOMIR-PICHAstor, J. M.; STAERKLÉ, C.; DEPUISSET, M.-A.; BUTERA, F. (2005): Democracy Justifies the Means: Political Group Structure Moderates the Perceived Legitimacy of Intergroup Aggression. In: *Personality and Social Psychology Bulletin*, 31 (12), S. 1683–1695. DOI: 10.1177/0146167205278260
- FALOMIR-PICHAstor, J. M.; STAERKLÉ, C.; PEREIRA, A.; BUTERA, F. (2012): Democracy as Justification for Waging War: The Role of Public Support. In: *Social Psychological and Personality Science*, 3 (3), S. 324–332. DOI: 10.1177/1948550611420172
- FARKAS, J.; SCHOU, J. (2018): Fake News as a Floating Signifier: Hegemony, Antagonism and the Politics of Falsehood. In: *Javnost - The Public*, 25 (3), S. 298–314. DOI: 10.1080/13183222.2018.1463047
- FAWZI, N. (2020): Objektive Informationsquelle, Watchdog und Sprachrohr der Bürger? Die Bewertung der gesellschaftlichen Leistungen von Medien durch die Bevölkerung. In: *Publizistik*, 65 (2), S. 187–207. DOI: 10.1007/s11616-020-00572-w
- FELDMAN, L.; HART, P. S.; LEISEROWITZ, A.; MAIBACH, E.; ROSER-RENOUF, C. (2017): Do Hostile Media Perceptions Lead to Action? The Role of Hostile Media Perceptions, Political Efficacy, and Ideology in Predicting Climate Change Activism. In: *Communication Research*, 44 (8), S. 1099–1124. DOI: 10.1177/0093650214565914
- FELDMAN, L.; MYERS, T. A.; HMIELOWSKI, J. D.; LEISEROWITZ, A. (2014): The Mutual Reinforcement of Media Selectivity and Effects: Testing the Reinforcing Spirals Framework in the Context of Global Warming. In: *Journal of Communication*, 64 (4), S. 590–611. DOI: 10.1111/jcom.12108
- FENGLER, S. (2022): Journalismus als rationales Handeln. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 1–13). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-32153-6_14-1
- FENGLER, S. (2023): Verantwortung und Selbstkontrolle im Journalismus. In: MEIER, K.; C. NEUBERGER (Hrsg.): *Journalismusforschung* (S. 135–154). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783748928522-135
- FENGLER, S.; EBERWEIN, T.; ALSIUS, S.; BAISNÉE, O.; BICHLER, K.; DOBEK-OSTROWSKA, B. et al. (2015): How effective is media self-regulation? Results from a comparative survey of European journalists. In: *European Journal of Communication*, 30 (3), S. 249–266. DOI: 10.1177/0267323114561009

- FENGLER, S.; EBERWEIN, T.; LEPPIK-BORK, T.; LÖNNENDONKER, J.; PIES, J. (2014): Introduction: Media Accountability – Basic Concepts and Theoretical Foundations. In: FENGLER, S.; T. EBERWEIN; G. MAZZOLENI; C. PORLEZZA; S. RUSS-MOHL (Hrsg.): *Journalists and Media Accountability. An International Study of News People in the Digital Age* (S. 7–29). New York [Peter Lang].
- FENGLER, S.; RUSS-MOHL, S. (2003): Der Journalist als aufgeklärter Homo oeconomicus. In: ALTMEEPEN, K.-D.; M. KARMAŠIN (Hrsg.): *Medien und Ökonomie* (S. 209–234). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-322-80395-5_10
- FENGLER, S.; RUSS-MOHL, S. (2005): *Der Journalist als »Homo oeconomicus«* (Kommunikationswissenschaft). Konstanz [UVK].
- FERREE, M. M.; GAMSON, W.; GERHARDS, J.; RUCHT, D. (2002a): Four models of the public sphere in modern democracies. In: *Theory and Society*, 31 (3), S. 289–324. DOI: 10.1023/A:1016284431021
- FERREE, M. M.; GAMSON, W.; GERHARDS, J.; RUCHT, D. (2002b): *Shaping abortion discourse: democracy and the public sphere in Germany and the United States* (Communication, society, and politics). Cambridge [Cambridge University Press].
- FIDLER, H. (2008): *Österreichs Medienwelt von A bis Z: das komplette Lexikon mit 1000 Stichwörtern von »Abzockfernsehen« bis »Zeitungssterben«*. Wien [Falter-Verlag].
- FIDLER, H. (2009). *Österreichs manischer Medienmacher: die Welt des Wolfgang Fellner*. Wien, Graz, Klagenfurt [Styria Verlag].
- FIDLER, H. (19.04.2023): Was ist neu am ORF-Gesetz? In: [derstandard.at](https://www.derstandard.at/story/2000145992385/was-ist-neu-am-orf-gesetz). Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000145992385/was-ist-neu-am-orf-gesetz>
- FIELD, A. P. (2009): *Discovering statistics using SPSS* (3. Auflage). Los Angeles [SAGE].
- FIELDING, V. (2022): Conservative advocacy journalism: Explored with a model of journalists' influence on democracy. In: *Journalism*, 146488492110727. DOI: 10.1177/14648849211072717
- FLAM, H. (1990). Emotional »Man«: I. The Emotional »Man« and the Problem of Collective Action. In: *International Sociology*, 5 (1), S. 39–56. DOI: 10.1177/026858090005001004
- FOA, R. S.; MOUNK, Y. (2016): The Danger of Deconsolidation: The Democratic Disconnect. In: *Journal of Democracy*, 27 (3), S. 5–17.

- FÖG – FORSCHUNGSZENTRUM ÖFFENTLICHKEIT UND GESELLSCHAFT (Hrsg.) (2010): *Qualität der Medien. Jahrbuch 2010*. Basel [Schwabe].
- FÖG – FORSCHUNGSZENTRUM ÖFFENTLICHKEIT UND GESELLSCHAFT (Hrsg.) (2022): *Jahrbuch Qualität der Medien 2022*. Basel [Schwabe].
- FRASER, N. (1990): Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. In: *Social Text*, (25/26), S. 56–80. DOI: 10.2307/466240
- FRIEDRICH, K.; JANDURA, O. (2012): Politikvermittlung durch Boulevardjournalismus: Eine öffentlichkeitstheoretische Neubewertung. In: *Publizistik*, 57 (4), S. 403–417. DOI: 10.1007/s11616-012-0158-5
- FÜRST, S. (2020): In the Service of Good Journalism and Audience Interests? How Audience Metrics Affect News Quality. In: *Media and Communication*, 8 (3), S. 270–280. DOI: 10.17645/mac.v8i3.3228
- GADRINGER, S.; HOLZINGER, R.; SPARVIERO, S.; TRAPPEL, J.; KUMANOV, K. (2022): *Digital News Report 2022. Detailergebnisse für Österreich*. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.5281/zenodo.6644995>
- GALTUNG, J.; RUGE, M. H. (1965): The Structure of Foreign News: The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers. In: *Journal of Peace Research*, 2 (1), S. 64–91.
- GANDY, O. H.; KOPP, K.; HANDS, T.; FRAZER, K.; PHILLIPS, D. (1997): Race and Risk: Factors Affecting the Framing of Stories About Inequality, Discrimination, and Just Plain Bad Luck. In: *Public Opinion Quarterly*, 61 (1), S. 158–182. DOI: 10.1086/297791
- GEISE, S.; KLINGER, U.; MAGIN, M.; MÜLLER, K. F.; NITSCH, C.; RIESMEYER, C. et al. (2022): The Normativity of Communication Research: A Content Analysis of Normative Claims in Peer-Reviewed Journal Articles (1970–2014). In: *Mass Communication and Society*, 25 (4), S. 528–553. DOI: 10.1080/15205436.2021.1987474
- GEISS, S.; SCHÄFER, S. (2017): Any Publicity or Good Publicity? A Competitive Test of Visibility- and Tonality-Based Media Effects on Voting Behavior. In: *Political Communication*, 34 (3), S. 444–467. DOI: 10.1080/10584609.2016.1271068
- GERHARDS, J. (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft). In: NEIDHARDT, F. (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (S. 77–105). Opladen [Westdeutscher Verlag].

- GERHARDS, J. (1997): Diskursive versus liberale Öffentlichkeit. Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49 (1), S. 1–34.
- GESUALDO, N.; WEBER, M. S.; YANOVITZKY, I. (2020): Journalists as Knowledge Brokers. In: *Journalism Studies*, 21 (1), S. 127–143. DOI: 10.1080/1461670X.2019.1632734
- GEUSS, A. (2018): *Qualität im Journalismus. Eine Synopse zum aktuellen Forschungsstand*. Bamberger Beiträge zur Kommunikationswissenschaft No. 8. University of Bamberg Press.
- GIDDENS, A. (2009) [1984]: *The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration*. Cambridge, Maiden [Polity Press].
- GLASER, B. G.; STRAUSS, A. L. (2006) [1967]: *The discovery of grounded theory: strategies for qualitative research* (4. Auflage). New Brunswick [Aldine].
- GOODMAN, G.; BOUDANA, S. (2019): The language of objectivity: Reuters' internal editorial discussions on terminology in the Arab–Israeli conflict, 1967–1982. In: *Journalism*, 20 (3), S. 410–426. DOI: 10.1177/1464884916674230
- GOOT, E. S. VAN DER; MEER, T. G. L. A. VAN DER; Vliegenthart, R. (2021): Reporting on Political Acquaintances: Personal Interactions Between Political Journalists and Politicians as a Determinant of Media Coverage. In: *International Journal of Communication*, 15, S. 229–251.
- GRAVES, L. (2016): Deciding What's True: *The Rise of Political Fact-Checking in American Journalism*. Columbia University Press. DOI: 10.7312/grav17506
- GRECK, R. (2017): *Elitäre Verhältnisse*. Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-15268-0
- GREYER, J.; FEHR, A.; FIECHTNER, S.; TREBBE, J. (2015): Fernsehnachrichten in Deutschland und der Schweiz: Der Einfluss medien-systemischer Kontextfaktoren auf Nachrichteninhalte. In: *Publizistik*, 60 (4), S. 423–442. DOI: 10.1007/s11616-015-0245-5
- HAAPANEN, L. (2020): Modelling Quoting in Newswriting: A Framework for Studies on the Production of News. In: *Journalism Practice*, 14 (3), S. 374–394. DOI: 10.1080/17512786.2019.1618199
- HAARKÖTTER, H. (2018): Verweile doch, du bist so schön: Qualitäten und Dysqualitäten im Journalismus. In: HAARKÖTTER, H.; J.-U. NIELAND (Hrsg.): *Nachrichten und Aufklärung: Medien- und Journalismuskritik heute: 20 Jahre Initiative Nachrichtenaufklärung* (S. 39–65). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-18099-7_3

- HAAS, T. (1999): What's »Public« About Public Journalism? Public Journalism and the Lack of a Coherent Public Philosophy. In: *Communication Theory*, 9 (3), S. 346–364. DOI: 10.1111/j.1468-2885.1999.tb00174.x
- HABERMAS, J. (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied [Luchterhand].
- HABERMAS, J. (1981a): *Theorie des kommunikativen Handelns. 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Frankfurt/M. [Suhrkamp].
- HABERMAS, J. (1981b): *Theorie des kommunikativen Handelns. 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt/M. [Suhrkamp].
- HABERMAS, J. (1983): *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt/M. [Suhrkamp].
- HABERMAS, J. (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt/M. [Suhrkamp].
- HABERMAS, J. (2008): Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In: SOZIALWISSENSCHAFTLICHER FACHINFORMATIONSDIENST & SOZIALWISSENSCHAFTLICHER FACHINFORMATIONSDIENST SOFID (Hrsg.): *Politische Soziologie* (Band 2, S. 9–38). Bonn.
- HABERMAS, J. (2021): Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit (Leviathan Sonderband). In: SEELIGER, M.; S. SEVIGNANI (Hrsg.): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?* (S. 470–500). Baden-Baden [Nomos].
- HAGEN, L. M. (1992): Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. In: *Publizistik*, 37 (4), S. 444–460.
- HAGEN, L. M. (1995): *Informationsqualität von Nachrichten*. Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-322-97054-1
- HAGEN, L. M.; FLÄMIG, A.; IN DER AU, A.-M. (2014): Synchronisation von Nachricht und Werbung: Wie das Anzeigenaufkommen von Unternehmen mit ihrer Darstellung in Spiegel und Focus korreliert. In: *Publizistik*, 59 (4), S. 367–386. DOI: 10.1007/s11616-014-0217-1
- HAIM, M. (2019): *Die Orientierung von Online-Journalismus an seinen Publika: Anforderung, Antizipation, Anspruch*. Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-25546-6

- HAIM, M.; KARLSSON, M.; FERRER-CONILL, R.; KAMMER, A.; ELGESEM, D.; SJØVAAG, H. (2021): You Should Read This Study! It Investigates Scandinavian Social Media Logics. In: *Digital Journalism*, 9 (4), S. 406–426. DOI: 10.1080/21670811.2021.1886861
- HÅKANSSON, N.; MAYERHÖFFER, E. (2014): Democratic Demands on the Media. In: PFETSCH, B. (Hrsg.): *Political Communication Cultures in Western Europe* (S. 126–147). Houndmills [Palgrave Macmillan].
- HALLER, M. (2003): Qualität und Benchmarking im Printjournalismus. In: BUCHER, H.-J.; K.-D. ALTMPEPEN (Hrsg.): *Qualität im Journalismus: Grundlagen, Dimensionen, Praxismodelle* (S. 181–202). Wiesbaden [Westdeutscher Verlag].
- HALLIN, D. C.; MANCINI, P. (2004): *Comparing media systems: three models of media and politics* (Communication, society, and politics). Cambridge [Cambridge University Press].
- HAMADA, B.; HUGHES, S.; HANITZSCH, T.; HOLLINGS, J.; LAUERER, C.; ARROYAVE, J. et al. (2019): Editorial Autonomy: Journalists' Perceptions of Their Freedom. In: HANITZSCH, T.; F. HANUSCH; J. RAMAPRASAD; A. S. DE BEER (Hrsg.): *Worlds of journalism: journalistic cultures around the globe* (S. 133–159). New York [Columbia University Press]. DOI: 10.7312/hani18642-007
- HANITZSCH, T. (2007a): Deconstructing Journalism Culture: Toward a Universal Theory. In: *Communication Theory*, 17 (4), S. 367–385. DOI: 10.1111/j.1468-2885.2007.00303.x
- HANITZSCH, T. (2007b): Journalismuskultur: Zur Dimensionierung eines zentralen Konstrukts der kulturvergleichenden Journalismusforschung. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 55 (3), S. 372–389. DOI: 10.5771/1615-634x-2007-3-372
- HANITZSCH, T. (2011): Die Modellierung hierarchischer Datenstrukturen in der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Ein Vergleich von OLS-Regression und Mehrebenenanalyse an einem Beispiel aus der Journalismusforschung. In: JANDURA, O.; T. QUANDT; J. VOGELGESANG (Hrsg.): *Methoden der Journalismusforschung* (S. 317–334). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-93131-9_18
- HANITZSCH, T. (2022): Das journalistische Feld. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 1–14). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-32153-6_17-1

- HANITZSCH, T.; AHVA, L.; OLLER ALONSO, M.; ARROYAVE, J.; HERMANS, L.; HOVDEN, J. F. et al. (2019): Journalistic Culture in a Global Context: A Conceptual Roadmap (Reuters Institute global journalism series). In: HANITZSCH, T.; F. HANUSCH; J. RAMAPRASAD; A.S. DE BEER (Hrsg.): *Worlds of journalism: journalistic cultures around the globe* (S. 23–45). New York [Columbia University Press]. DOI: 10.7312/hani18642-003
- HANITZSCH, T.; ANIKINA, M.; BERGANZA, R.; CANGOZ, I.; COMAN, M.; HAMADA, B. et al. (2010): Modeling Perceived Influences on Journalism: Evidence from a Cross-National Survey of Journalists. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 87 (1), S. 5–22. DOI: 10.1177/107769901008700101
- HANITZSCH, T.; HANUSCH, F.; LAUERER, C. (2016): Setting the Agenda, Influencing Public Opinion, and Advocating for Social Change: Determinants of journalistic interventionism in 21 countries. In: *Journalism Studies*, 17 (1), S. 1–20. DOI: 10.1080/1461670X.2014.959815
- HANITZSCH, T.; HANUSCH, F.; RAMAPRASAD, J.; DE BEER, A. S. (Hrsg.) (2019): *Worlds of journalism: journalistic cultures around the globe* (Reuters Institute global journalism series). New York [Columbia University Press].
- HANITZSCH, T.; HOXHA, A. (2018): Journalism of War and Conflict. Generic and Conflict-Related Influences on News Production (Routledge research in communication studies). In: FRÖHLICH, R. (Hrsg.): *Media in war and armed conflict: the dynamics of conflict news production and dissemination* (S. 169–190). London, New York, NY [Routledge].
- HANITZSCH, T.; LAUERER, C. (2019): Berufliches Rollenverständnis (Studies in International, Transnational and Global Communications). In: HANITZSCH, T.; J. SEETHALER; V. WYSS (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (S. 135–161). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-27910-3_6
- HANITZSCH, T.; MELLADO, C. (2011): What Shapes the News around the World? How Journalists in Eighteen Countries Perceive Influences on Their Work. In: *The International Journal of Press/Politics*, 16 (3), S. 404–426. DOI: 10.1177/1940161211407334
- HANITZSCH, T.; RAMAPRASAD, J.; BERGANZA, R.; HERMANS, L.; HOVDEN, J. F.; LÁB, F. et al. (2019): Perceived Influences: Journalists' Awareness

- of Pressures on Their Work (Reuters Institute global journalism series). In: HANITZSCH, T.; F. HANUSCH; J. RAMAPRASAD; A.S. DE BEER (Hrsg.): *Worlds of journalism: journalistic cultures around the globe* (S. 103–132). New York [Columbia University Press]. DOI: 10.7312/hani18642-006
- HANITZSCH, T.; RICK, J. (2021): *Prekarisierung im Journalismus. Erster Ergebnisbericht März 2021*. München [Ludwig-Maximilians-Universität München]. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20210305130821/https://survey.ifkw.lmu.de/Journalismus_und_Prekarisierung/Prekarisierung_im_Journalismus_erster_Ergebnisbericht.pdf
- HANITZSCH, T.; SEETHALER, J.; WYSS, V. (Hrsg.) (2019a): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (Studies in International, Transnational and Global Communications). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-27910-3
- HANITZSCH, T.; SEETHALER, J.; WYSS, V. (2019b): Zur Einleitung: Journalismus in schwierigen Zeiten (Studies in International, Transnational and Global Communications). In: HANITZSCH, T.; J. SEETHALER; V. WYSS (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (S. 1–24). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-27910-3_1
- HANITZSCH, T.; VOS, T. P. (2017): Journalistic Roles and the Struggle Over Institutional Identity: The Discursive Constitution of Journalism. In: *Communication Theory*, 27 (2), S. 115–135. DOI: 10.1111/comt.12112
- HANITZSCH, T.; VOS, T. P. (2018): Journalism beyond democracy: A new look into journalistic roles in political and everyday life. In: *Journalism: Theory, Practice & Criticism*, 19 (2), S. 146–164. DOI: 10.1177/1464884916673386
- HANITZSCH, T.; VOS, T. P.; STANDAERT, O.; HANUSCH, F.; HOVDEN, J. F.; HERMANS, L. et al. (2019): Role Orientations: Journalists' Views on Their Place in Society (Reuters Institute global journalism series). In: HANITZSCH, T.; F. HANUSCH; J. RAMAPRASAD; A. S. DE BEER (Hrsg.): *Worlds of journalism: journalistic cultures around the globe* (S. 161–198). New York [Columbia University Press]. DOI: 10.7312/hani18642-008
- HANITZSCH, T.; WAHL-JORGENSEN, K. (2019): Journalism Studies. Developments, Challenges, and Future Directions (International Communication Association (ICA) handbook series). In: WAHL-

- JORGENSEN, K.; T. HANITZSCH (Hrsg.): *The Handbook of Journalism Studies* (2. Auflage, S. 3–20). New York [Routledge].
- HANS, S. (2006): *Die Analyse gepoolter Daten mit Mehrebenenmodellen. Einstellungen zu Zuwanderern im europäischen Vergleich*. Berliner Studien zur Soziologie Europas / Berlin Studies on the Sociology of Europe (BSSE) No. 6. Berlin [Freie Universität Berlin]. Verfügbar unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-114074>
- HANUSCH, F.; BANJAC, S. (2018): Studying Role Conceptions in the Digital Age. A critical appraisal. In: S.A. ELDRIDGE; B. FRANKLIN (Hrsg.): *The Routledge Handbook of Developments in Digital Journalism Studies*. London [Routledge].
- HANUSCH, F.; MAARES, P. (2021): News production. In: JENSEN, K.B. (Hrsg.): *A Handbook of Media and Communication Research: Qualitative and Quantitative Methodologies* (3. Auflage, S. 93–111). New York [Routledge]. DOI: 10.4324/9781138492905
- HANUSCH, F.; MELLADO, C.; BOSHOF, P.; HUMANES, M. L.; DE LEÓN, S.; PEREIRA, F. et al. (2015): Journalism Students' Motivations and Expectations of Their Work in Comparative Perspective. In: *Journalism & Mass Communication Educator*, 70 (2), S. 141–160. DOI: 10.1177/1077695814554295
- HANUSCH, F.; TANDOC, E. C.; DIMITRAKOPOULOU, D.; MUCHTAR, N.; RAFTER, K.; MÁRQUEZ RAMÍREZ, M. et al. (2019): Transformations: Journalists' Reflections on Changes in News Work (Reuters Institute global journalism series). In: HANITZSCH, T.; F. HANUSCH, J. RAMAPRASAD; A.S. DE BEER (Hrsg.): *Worlds of journalism: journalistic cultures around the globe* (S. 259–281). New York [Columbia University Press]. DOI: 10.7312/hani18642-011
- HARRO-LOIT, H.; JOSEPHI, B. (2020): Journalists' Perception of Time Pressure: A Global Perspective. In: *Journalism Practice*, 14 (4), S. 395–411. Routledge. DOI: 10.1080/17512786.2019.1623710
- HASEBRINK, U.; BEAUFORT, M.; OEHMER-PEDRAZZI, F. (2021): Qualität von Nachrichtenmedien im Dreiländervergleich. Zusammenhänge nutzungs- und angebotsbezogener Kriterien. In: *Media Perspektiven*, (9), S. 450–460.
- HASELMAYER, M.; WAGNER, M.; MEYER, T. M. (2017): Partisan Bias in Message Selection: Media Gatekeeping of Party Press Releases. In: *Political Communication*, 34 (3), S. 367–384. DOI: 10.1080/10584609.2016.1265619

- HASSELL, H. J. G.; MILES, M. R.; REUNING, K. (2022): Does the Ideology of the Newsroom Affect the Provision of Media Slant? In: *Political Communication*, 39 (2), S. 184–201. DOI: 10.1080/10584609.2021.19866613
- HÄUSSLER, T. (2018): *The media and the public sphere: a deliberative model of democracy* (Routledge studies in global information, politics and society). New York [Routledge].
- HAWKINS, D. M. (2004): The Problem of Overfitting. In: *Journal of Chemical Information and Computer Sciences*, 44 (1), S. 1–12. DOI: 10.1021/ci0342472
- HAYEK, L.; MAYRL, M.; RUSSMANN, U. (2020): The Citizen as Contributor-Letters to the Editor in the Austrian Tabloid Paper Kronen Zeitung (2008-2017). In: *Journalism Studies*, 21 (8), S. 1127–1145. DOI: 10.1080/1461670X.2019.1702476
- HAYES, A. F.; MATTHES, J.; EVELAND, W. P. (2013): Stimulating the Quasi-statistical Organ: Fear of Social Isolation Motivates the Quest for Knowledge of the Opinion Climate. In: *Communication Research*, 40 (4), S. 439–462. DOI: 10.1177/0093650211428608
- HEIMPRECHT, C. (2017): *Determinanten der Auslandsberichterstattung*. Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-14820-1
- HEINISCH, R. (2004): Die FPÖ – Ein Phänomen im Internationalen Vergleich. Erfolg und Misserfolg des Identitären Rechtspopulismus. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33 (3), S. 247–261.
- HELD, B.; RUSS-MOHL, S. (2005): Qualitätsmanagement als Mittel der Erfolgssicherung. Erfahrungen – Probleme – Perspektiven. In: HALLER, M.; C. FASEL (Hrsg.): *Qualität und Erfolg im Journalismus* (S. 49–63). Konstanz [UVK].
- HELD, D. (2006): *Models of democracy* (3. Auflage). Cambridge (UK), Malden (MA) [Polity].
- HELLMUELLER, L.; MELLADO, C. (2015): Professional roles and news construction: a media sociology conceptualization of journalists' role conception and performance. In: *Communication & Society*, 28 (3), S. 1–11. DOI: 10.15581/003.28.3.1-11
- HEPP, A.; LOOSEN, W.; KÜHN, H.; SOLBACH, P.; KRAMP, L. (2021): Die Figuration des Pionierjournalismus in Deutschland: Akteure und Experimentierbereiche. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 69 (4), S. 551–577. DOI: 10.5771/1615-634X-2021-4-551
- HERTZUM, M. (2022): How do journalists seek information from sources? A systematic review. In: *Information Processing & Management*, 59 (6), S. 103087. DOI: 10.1016/j.ipm.2022.103087

- HOFFMANN, C. (11. Februar 2021): Das Herz des Journalismus schlägt links – so what? In: *EJO - European Journalism Observatory*. <https://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/das-herz-des-journalismus-schlaegt-links-so-what>
- HOFSTETTER, B.; SCHÖNHAGEN, P. (2015): Wandel redaktioneller Strukturen und journalistischen Handelns. In: *Studies in Communication | Media*, 3 (2), S. 228–252. DOI: 10.5771/2192-4007-2014-2-228
- HOHLFELD, R. (2023): Journalistische Beobachtungen des Publikums. In: MEIER; K.; C. NEUBERGER (Hrsg.): *Journalismusforschung* (S. 243–268). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783748928522-243
- HONG, M. (2018): Hate Speech im Internet – Grundrechtliche Rahmenbedingungen ihrer Regulierung. In: ALBERS, M.; I. KATSIVELAS (Hrsg.): *Recht & Netz* (S. 59–88). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783845293288-59
- HOOFFACKER, G.; MEIER, K. (2017): *La Roches Einführung in den praktischen Journalismus: Mit genauer Beschreibung aller Ausbildungswege Deutschland · Österreich · Schweiz*. Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-16658-8
- HOOGHE, M.; KERN, A. (2017): The tipping point between stability and decline: trends in voter turnout, 1950–1980–2012. In: *European Political Science*, 16 (4), S. 535–552. DOI: 10.1057/s41304-016-0021-7
- HOPMANN, D. N.; ELMELUND-PRÆSTEKÆR, C.; LEVINSØN, K. (2010): Journalism students: Left-wing and politically motivated? In: *Journalism*, 11 (6), S. 661–674. DOI: 10.1177/1464884910379706
- HOPPER, K. M.; HUXFORD, J. (2017): Emotion instruction in journalism courses: an analysis of introductory news writing textbooks. In: *Communication Education*, 66 (1), S. 90–108. DOI: 10.1080/03634523.2016.1210815
- HOXHA, A.; HANITZSCH, T. (2018): How conflict news comes into being: Reconstructing ›reality‹ through telling stories. In: *Media, War & Conflict*, 11 (1), S. 46–64. DOI: 10.1177/1750635217727313
- HUGHES, S.; MELLADO, C.; ARROYAVE, J.; BENITEZ, J. L.; DE BEER, A.; GARCÉS, M. et al. (2017): Expanding Influences Research to Insecure Democracies: How violence, public insecurity, economic inequality and uneven democratic performance shape journalists’ perceived work environments. In: *Journalism Studies*, 18 (5), S. 645–665. DOI: 10.1080/1461670X.2016.1266278

- HUMPRECHT, E.; ESSER, F. (2018): Diversity in Online News: On the importance of ownership types and media system types. In: *Journalism Studies*, 19 (12), S. 1825–1847. DOI: 10.1080/1461670X.2017.1308229
- INGLEHART, R. (2018): *Cultural evolution: people's motivations are changing, and reshaping the world* (American political thought). Cambridge (UK), New York (USA) [Cambridge University Press].
- ISHIYAMA, J. T.; KELMAN, T.; PECHENINA, A. (2011): Models of Democracy. In: *21st Century Political Science: A Reference Handbook* (S. 267–274). Thousand Oaks (CA) [SAGE]. DOI: 10.4135/9781412979351.n32
- IYENGAR, S. (1991): *Is anyone responsible? How television frames political issues*. Chicago [University of Chicago Press].
- JACOBI, C.; KLEINEN-VON KÖNIGSLÖW, K.; RUIGROK, N. (2016): Political News in Online and Print Newspapers: Are online editions better by electoral democratic standards? In: *Digital Journalism*, 4 (6), S. 723–742. DOI: 10.1080/21670811.2015.1087810
- JANDURA, G.; JANDURA, O.; KUHLMANN, C. (2005): Stichprobenziehung in der Inhaltsanalyse. Gegen den Mythos der künstlichen Woche. In: GEHRAU, V.; B. FRETWURST; B. KRAUSE; G. DASCHMANN (Hrsg.): *Auswahlverfahren in der Kommunikationswissenschaft* (S. 71–116). Köln: [Herbert von Halem].
- JANDURA, O.; FRIEDRICH, K. (2014): The quality of political media coverage (Handbooks of Communication Science). In: REINEMANN, C. (Hrsg.): *Political Communication* (S. 351–374). Berlin [De Gruyter Mouton].
- JANDURA, O.; KÖSTERS, R. (2018): Mediale Repräsentationslücken. In: MEISSELBACH, C.; J. LEMPP; S. DREISCHER (Hrsg.): *Politikwissenschaft als Beruf: Perspektiven aus Wissenschaft und Gesellschaft* (S. 111–118). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-21557-6_9
- JANDURA, O.; KÖSTERS, R. (2022): Stichprobenbildung bei Medienqualitätsanalysen – ein Projektbericht aus dem länderübergreifenden DACH-Projekt ›Media Performance and Democracy‹ (Methoden und Forschungslogik der Kommunikationswissenschaft). In: JÜNGER, J.; U. GOCHERMANN; C. PETER; M. BACHL (Hrsg.): *Grenzen, Probleme und Lösungen bei der Stichprobenziehung* (S. 301–319). Köln [Herbert von Halem].
- JANDURA, O.; UDRIS, L.; EISENEGGER, M. (2019): Die Medienpräsenz politischer Akteure in Deutschland und der Schweiz. In: *UFITA*, 83 (1), S. 170–195. DOI: 10.5771/2568-9185-2019-1-170

- JARREN, O. (2015): Journalismus – unverzichtbar?! In: *Publizistik*, 60 (2), S. 113–122. DOI: 10.1007/s11616-015-0228-6
- JARREN, O.; FISCHER, R. (2021): Die Plattformisierung von Öffentlichkeit und der Relevanzverlust des Journalismus als demokratische Herausforderung (Leviathan Sonderband). In: SEELIGER, M.; S. SEVIGNANI (Hrsg.): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?* (S. 365–382). Baden-Baden [Nomos].
- JOHNSTONE, J. W. C.; SLAWSKI, E. J.; BOWMAN, W. W. (1976): *The news people: a sociological portrait of American journalists and their work*. Urbana [University of Illinois Press].
- JORIS, G.; DE GROVE, F.; VAN DAMME, K.; DE MAREZ, L. (2020): News Diversity Reconsidered: A Systematic Literature Review Unraveling the Diversity in Conceptualizations. In: *Journalism Studies*, 21 (13), S. 1893–1912. DOI: 10.1080/1461670X.2020.1797527
- JOSEPHI, B. (2013): How much democracy does journalism need? In: *Journalism: Theory, Practice & Criticism*, 14 (4), S. 474–489. DOI: 10.1177/1464884912464172
- JUNGBLUTH, R. (11.02.2021): Umstrittenes Vermächtnis: Mit keiner Sache gemein? Die Wahrheit über das Hanns-Joachim-Friedrichs-Zitat. In: *Übermedien*. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20211102120019/https://uebermedien.de/64851/mit-keiner-sache-gemein-die-wahrheit-ueber-das-hanns-joachim-friedrichs-zitat/>
- JUNGNICKEL, K. (2011): Nachrichtenqualität aus Nutzersicht. Ein Vergleich zwischen Leserurteilen und wissenschaftlich-normativen Qualitätsansprüchen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 59 (3), S. 360–378. DOI: 10.5771/1615-634X-2011-3-360
- KALTENBRUNNER, A. (2019): Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In: KARMASIN, M.; C. OGGOLDER (Hrsg.): *Österreichische Mediengeschichte: Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute)* (S. 175–197). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-23421-8_9
- KALTENBRUNNER, A. (2021): *Scheinbar transparent. Inserate und Presseförderung der österreichischen Bundesregierung*. Wien [Delta x].
- KALTENBRUNNER, A.; KARMASIN, M.; KRAUS, D.; ZIMMERMANN, A. (2008): *Der Journalisten-Report II: Österreichs Medienmacher und ihre Motive. Eine repräsentative Befragung*. Wien [Facultas].

- KALTENBRUNNER, A.; KRAUS, D. (2021): In Bedrängnis: Journalismus in Österreich. In: MAGIN, M.; U. RUSSMANN; B. STARK (Hrsg.): *Demokratie braucht Medien* (S. 143–158). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-34633-1_8
- KALTENBRUNNER, A.; LUGSCHITZ, R.; KARMASIN, M.; LUEF, S. C.; KRAUS, D. (2020): *Der österreichische Journalismus-Report: eine empirische Erhebung und eine repräsentative Befragung*. Wien [Facultas].
- KARIDI, M. (2017): *Medienlogik im Wandel*. Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-15781-4
- KARLHOFER, F. (2012): Österreich. Zwischen Korporatismus und Zivilgesellschaft. In: REUTTER, W. (Hrsg.): *Verbände und Interessengruppen in den Ländern der Europäischen Union* (S. 521–549). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-19183-6_18
- KARLSSON, M. B. (2016): Goodbye politics, hello lifestyle. Changing news topics in tabloid, quality and local newspaper websites in the U.K. and Sweden from 2002 to 2012. In: *Observatorio (OBS*)*, 10 (4), S. 150–165. DOI: 10.15847/obsOBS1042016940
- KARLSSON, M.; CLERWALL, C. (2019): Cornerstones in Journalism: According to citizens. In: *Journalism Studies*, 20 (8), S. 1184–1199. DOI: 10.1080/1461670X.2018.1499436
- KARMASIN, M. (1996): *Journalismus: Beruf ohne Moral? Journalistisches Berufshandeln in Österreich*. Wien [Linde].
- KARMASIN, M. (2005): *Journalismus: Beruf ohne Moral? Von der Berufung zur Profession* (FH-Studiengang Journalismus Wien). Wien [WUV].
- KARMASIN, M.; BICHLER, K.; KALTENBRUNNER, A. (2018): Austria: Back on the democratic corporatist road? (Routledge International Handbooks). In: EBERWEIN, T.; S. FENGLER; M. KARMASIN (Hrsg.): *The European handbook of media accountability* (S. 7–13). London, New York [Routledge].
- KARMASIN, M.; KRAUS, D. (2010). Cultures Consequences: Journalismuskulturen in Österreich und Deutschland im Spiegel der Berufsrollenselbstbilder (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft). In: HEPP, A.; M. HÖHN; J. WIMMER (Hrsg.): *Medienkultur im Wandel* (S. 213–229). Konstanz [UVK].
- KEEL, G.; DINGERKUS, F.; WYSS, V. (2018): Journalistische Autonomie und Qualitätsmanagement – ein Widerspruch? In: CZEPEK, A.; M.

- HELLWIG; B. ILLG; E. NOWAK (Hrsg.): *Freiheit und Journalismus* (S. 67–78). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783845280851-67
- KELDENICH, F. (2019): *Lokaler Journalismus und Wirtschafts-PR: Wahrnehmung und Wirkung der Pressearbeit lokaler Wirtschaftsakteure* (Aktuell. Studien zum Journalismus). Baden-Baden [Nomos].
- KELLING, K.; THOMAS, R. J. (2018): The roles and functions of opinion journalists. In: *Newspaper Research Journal*, 39 (4), S. 398–419. DOI: 10.1177/0739532918806899
- KEPPLINGER, H. M. (2009): Rivalen um Macht und Moral: Bundestagsabgeordnete und Hauptstadtjournalisten. In: KASPAR, H.; H. SCHOEN; S. SCHUMANN; J.R. WINKLER (Hrsg.): *Politik – Wissenschaft – Medien* (S. 307–321). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-91219-6_17
- KEPPLINGER, H. M. (2011a): *Journalismus als Beruf*. Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- KEPPLINGER, H. M. (2011b): *Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität* (Theorie und Praxis öffentlicher Kommunikation). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-92780-0_3
- KEPPLINGER, H. M.; BROSIUS, H.-B.; STAAB, J. F. (1991): Instrumental Actualization: A Theory of Mediated Conflicts. In: *European Journal of Communication*, 6 (3), S. 263–290. DOI: 10.1177/0267323191006003002
- KEPPLINGER, H. M.; MAURER, M.; GERHARDT, R. (2004): *Gefahren für die Innere Pressefreiheit. Befragung von Zeitungsredakteuren. Grundausswertung*. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20220623193318/https://www.kepplinger.de/files/Innere_Pressefreiheit.pdf
- KIEFER, M. L. (2011): Die schwierige Finanzierung des Journalismus. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 59 (1), S. 5–22. DOI: 10.5771/1615-634X-2011-1-5
- KIEFER, M. L.; STEININGER, C. (2014): *Medienökonomik* (3., aktualisierte und erweiterte Aufl.). München [Oldenbourg].
- KIENZL, S.; MATZENBERGER, M. (07.10.2021): So änderten sich die Umfragewerte in den Fellner-Medien nach Kurz' Machtübernahme In: *derstandard.at*. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20211008000339/https://www.derstandard.at/consent/tcf/story/2000130231271/so-aenderten-sich-die-umfragewerte-in-den-fellner-medien-nach>

- KLAUS, E. (2001): Das Öffentliche im Privaten – Das Private im Öffentlichen. In: HERRMANN, F.; M. LÜNENBORG (Hrsg.): *Tabubruch als Programm* (S. 15–35). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-322-97503-4_2
- KLEEMANS, M.; SCHAAP, G.; HERMANS, L. (2017): Citizen sources in the news: Above and beyond the vox pop? In: *Journalism*, 18 (4), S. 464–481. DOI: 10.1177/1464884915620206
- KLEIN, M.; MAGIN, M.; RIEDL, A. A.; UDRIS, L.; STARK, B. (2023): From news softening to social news softening. Comparing patterns of political news coverage on different (social) media channels in Germany and Switzerland. In: *Digital Journalism*. DOI: 10.1080/21670811.2023.2278044
- KLEINE ZEITUNG (2023): *Impressum & Offenlegung*. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20230128142531/https://www.kleinezeitung.at/service/unternehmen/6081468/> Impressum-Offenlegung
- KNOCHE, M. (1996): Konzentrationsboom und Forschungsdefizite. Von der Presse- zur Medienkonzentrationsforschung. In: ALTMEPPE, K.-D. (Hrsg.): *Ökonomie der Medien und des Mediensystems Grundlagen, Ergebnisse und Perspektiven medienökonomischer Forschung* (S. 101–120). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- KÖCHER, R. (1985): *Spürhund und Missionar. Eine vergleichende Untersuchung über Berufsethik und Aufgabenverständnis britischer und deutscher Journalisten*. München [Ludwig-Maximilians-Universität München].
- KÖCHER, R. (1986): Bloodhounds or Missionaries: Role Definitions of German and British Journalists. In: *European Journal of Communication*, 1 (1), S. 43–64. DOI: 10.1177/0267323186001001004
- KOHRING, M.; ZIMMERMANN, F. (2022): Journalismus als Leistungssystem der Öffentlichkeit. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 1–12). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-32153-6_8-1
- KÖSTER, J.; WOLLING, J. (2006): Nachrichtenqualität im internationalen Vergleich: Operationalisierungen und empirische Ergebnisse (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft). In: WEISCHENBERG, S.; W. LOOSEN; M. BEUTHNER (Hrsg.): *Medien-Qualitäten: öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung* (S. 75–49). Konstanz [UVK].

- KÖSTERS, R. (2020): *Medien als Mittler im Konflikt? Der Streit um die Migration im Spiegel der Berichterstattung*. Düsseldorf: Dissertation an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Verfügbar unter: <https://d-nb.info/1203369883/34>
- KÖSTERS, R.; FRIEDRICH, K. (2017): Doch mehr als Klatsch und Tratsch? Politikberichterstattung in Boulevardmagazinen des Fernsehens. In: JANDURA, O.; M. WENDELIN; M. ADOLF; J. WIMMER (Hrsg.): *Zwischen Integration und Diversifikation* (S. 245–261). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-15031-0_15
- KRITZINGER, S.; FOUCAULT, M.; LACHAT, R.; PARTHEYMÜLLER, J.; PLESCIA, C.; BROUARD, S. (2021): ›Rally round the flag‹: the COVID-19 crisis and trust in the national government. In: *West European Politics*, 44 (5–6), S. 1205–1231. DOI: 10.1080/01402382.2021.1925017
- KROH, M. (2007): Measuring Left-Right Political Orientation: The Choice of Response Format. In: *Public Opinion Quarterly*, 71 (2), S. 204–220. DOI: 10.1093/poq/nfm009
- KRONE.AT (2023): *krone.at: Impressum und Offenlegung*. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20230127075111/https://www.krone.at/37371>
- KRONEN ZEITUNG (2023): *Kronen Zeitung/Krone Bunt – Offenlegung Printausgabe*. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20230130192424/https://www.krone.at/324550>
- KRZEMINSKI, M. (1987): *Thematisierung im Hörfunk. Eine empirische Untersuchung der Redaktionsarbeit für die aktuelle Berichterstattung in den Hörfunkprogrammen des Westdeutschen Rundfunks* (Europäische Hochschulschriften). Frankfurt/M. [Lang].
- KUHLMANN, C.; WOLLING, J. (2004): Fernsehen als Nebenbeimedium. Befragungsdaten und Tagebuchdaten im Vergleich. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 52 (3), S. 386–411.
- LACY, S.; ROSENSTIEL, T. (2015): *Defining and Measuring Quality Journalism*. New Brunswick, New Jersey: Rutgers School of Communication and Information. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20171013110139/http://mpii.rutgers.edu/wp-content/uploads/sites/129/2015/04/Defining-and-Measuring-Quality-Journalism.pdf>
- LACY, S.; WATSON, B. R.; RIFFE, D.; LOVEJOY, J. (2015): Issues and Best Practices in Content Analysis. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 92 (4), S. 791–811. DOI: 10.1177/1077699015607338

- LANDWEHR, C.; STEINER, N. D. (2017): Where Democrats Disagree: Citizens' Normative Conceptions of Democracy. In: *Political Studies*, 65 (4), S. 786–804. DOI: 10.1177/0032321717715398
- LAUERER, C. (2021): *Zaungespräche statt Brandschutzmauer: Die Beziehung von Werbung & Journalismus in Verlagen*. Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-34976-9
- LAUERER, C.; ALTMEPPEN, K.-D.; RIEDL, A. A. (im Erscheinen): Autonomie und Einflüsse im Journalismus. In: HANITZSCH, T.; W. LOOSEN; A. SEHL (Hrsg.): *Handbuch Journalismusforschung*. Baden-Baden [Nomos].
- LAUERER, C.; DINGERKUS, F.; STEINDL, N. (2019): Journalisten in ihrem Arbeitsumfeld (Studies in International, Transnational and Global Communications). In: HANITZSCH, T.; J. SEETHALER; V. WYSS (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (S. 71–101). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-27910-3_4
- LAUERER, C.; HANITZSCH, T. (2019): Surveying Journalists Around the World: A Methodological Framework (Reuters Institute global journalism series). In: HANITZSCH, T.; F. HANUSCH; J. RAMAPRASAD; A.S. DE BEER (Hrsg.): *Worlds of journalism: journalistic cultures around the globe* (S. 47–66). New York [Columbia University Press]. DOI: 10.7312/hani18642-004
- LAUERER, C.; KEEL, G. (2019): Journalismus zwischen Unabhängigkeit und Einfluss (Studies in International, Transnational and Global Communications). In: HANITZSCH, T.; J. SEETHALER; V. WYSS (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (S. 103–134). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-27910-3_5
- LAUK, E.; HARRO-LOI, H. (2016): Journalistic Autonomy as a Professional Value and Element of Journalism Culture: The European Perspective. In: *International Journal of Communication*, 11, S. 1956–1974.
- LAUK, E.; HARRO-LOI, H.; VÄLIVERRONEN, J. (2014): Media Accountability through the Eyes of Journalists: Feedback, Responsiveness, Interaction. In: FENGLER, S.; T. EBERWEIN; G. MAZZOLENI; C. PORLEZZA; S. RUSS-MOHL (Hrsg.): *Journalists and Media Accountability. An International Study of News People in the Digital Age* (S. 83–97). New York [Peter Lang].
- LAWRENCE, R. G.; NAPOLI, P. M. (Hrsg.) (2023): *News Quality in the Digital Age*. New York [Routledge]. DOI: 10.4324/9781003257998

- LEE, D.; ZOELLNER, A. (2019): Media Production Research and the Challenge of Normativity. In: DEUZE, M.; M. PRENGER (Hrsg.): *Making Media: Production, Practices, and Professions* (S. 45–60). Amsterdam [Amsterdam University Press].
DOI: 10.1515/9789048540150-003
- LEECH, N. L.; ONWUEGBUZIE, A. J. (2009): A typology of mixed methods research designs. In: *Quality & Quantity*, 43 (2), S. 265–275.
DOI: 10.1007/s11135-007-9105-3
- LEUVEN, S. VAN; JOYE, S. (2014): Civil Society Organizations at the Gates? A Gatekeeping Study of News Making Efforts by NGOs and Government Institutions. In: *The International Journal of Press/Politics*, 19 (2), S. 160–180. DOI: 10.1177/1940161213514615
- LEWIS, S. C.; WESTLUND, O. (2015): Actors, Actants, Audiences, and Activities in Cross-Media News Work: A matrix and a research agenda. In: *Digital Journalism*, 3 (1), S. 19–37.
DOI: 10.1080/21670811.2014.927986
- LIEBERMAN, E. S. (2005): Nested Analysis as a Mixed-Method Strategy for Comparative Research. In: *American Political Science Review*, 99 (3), S. 435–452. DOI: 10.1017/S0003055405051762
- LÖBLICH, M. (2016): Theoriegeleitete Forschung in der Kommunikationswissenschaft. In: AVERBECK-LIETZ, S.; M. MEYEN (Hrsg.): *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft* (S. 67–79). Wiesbaden [Springer vs].
DOI: 10.1007/978-3-658-01656-2_5
- LOECHERBACH, F.; MOELLER, J.; TRILLING, D.; VAN ATTEVELDT, W. (2020): The Unified Framework of Media Diversity: A Systematic Literature Review. In: *Digital Journalism*, 8 (5), S. 605–642.
DOI: 10.1080/21670811.2020.1764374
- LOHMANN, M.-I.; RIEDL, A. (2019): Public nuisance or an asset to democracy? Does the free press aim to provide a public service? An empirical study examining journalistic functions within the normative framework of the EU. In: *SComS: Studies in Communication Sciences*, 18 (2), S. 215–229. DOI: 10.24434/j.scoms.2018.02.002
- LOIS, D. (2018): *Mehrebenenanalyse mit SPSS: Grundlagen und Erweiterungen* (V2.0). München: Fakultät für Humanwissenschaften der Bundeswehr Universität München, Sozialwissenschaftliche Methodenlehre. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20190825080424/https://www.unibw.de/hum->

- bildungswissenschaft/professuren/swm/forschung/
mehrebenenanalyse-mit-spss-grundlagen-und-erweiterungen.pdf
- LOOSEN, W. (2007): Entgrenzung des Journalismus: empirische Evidenzen ohne theoretische Basis? In: *Publizistik*, 52 (1), S. 63–79. DOI: 10.1007/s11616-007-0006-1
- LOOSEN, W. (2016): Das Leitfadeninterview – eine unterschätzte Methode. In: AVERBECK-LIETZ, S.; M. MEYEN (Hrsg.): *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft* (S. 139–158). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 978-3-658-01656-2_9
- LOOSEN, W. (2023): Journalismus | Publikum: Eine soziale Beziehung zwischen Interaktion, Organisation und Funktion. In: MEIER, K.; C. NEUBERGER (Hrsg.): *Journalismusforschung* (S. 269–290). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783748928522-269
- LOOSEN, W.; REIMER, J.; HÖLIG, S. (2020): What Journalists Want and What They Ought to Do (In)Congruences Between Journalists' Role Conceptions and Audiences' Expectations. In: *Journalism Studies*, 21 (12), S. 1744–1774. DOI: 10.1080/1461670X.2020.1790026
- LOOSEN, W.; SCHOLL, A. (2012): Theorie und Praxis von Mehrmethodendesigns in der Kommunikationswissenschaft (Methoden und Forschungslogik der Kommunikationswissenschaft). In: LOOSEN, W.; A. SCHOLL (Hrsg.): *Methodenkombinationen in der Kommunikationswissenschaft: methodologische Herausforderungen und empirische Praxis* (S. 9–25). Köln [Herbert von Halem].
- LOOSEN, W.; SCHOLL, A. (2017): Journalismus und (algorithmische) Wirklichkeitskonstruktion. Epistemologische Beobachtungen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 65 (2), S. 348–366. DOI: 10.5771/1615-634X-2017-2-348
- LORENZ, A.; HOFFMANN, C. P.; HITSCHFELD, U. (2020): Dynamik und Herausforderungen der Ausweitung von Angeboten politischer Partizipation in Deutschland. Einleitung. In: LORENZ, A.; C. P. HOFFMANN; U. HITSCHFELD (Hrsg.): *Partizipation für alle und alles? Fallstricke, Grenzen und Möglichkeiten* (S. 1–21). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-27898-4_1
- LORENZ, H. (2017): *Im Spannungsfeld von Wollen, Sollen und Können: Brüsseler Agenturjournalisten als Nachrichtendienstleister*. Baden-Baden [Nomos].
- LU, S.; LIANG, H.; MASULLO, G. M. (2023): User comments as news quality. In: LAWRENCE, R. G.; P. M. NAPOLI (Hrsg.): *News Quality in the Digital Age* (S. 67–83). New York [Routledge]. DOI: 10.4324/9781003257998-7

- LÜCK, J.; WESSLER, H.; MAIA, R.; WOZNIAC, A. (2018): Journalist–source relations and the deliberative system: A network performance approach to investigating journalism’s contribution to facilitating public deliberation in a globalized world. In: *International Communication Gazette*, 80 (6), S. 509–531. DOI: 10.1177/1748048518754378
- LÜCK, J.; WOZNIAC, A.; WESSLER, H. (2016): Networks of Coproduction: How Journalists and Environmental NGOs Create Common Interpretations of the UN Climate Change Conferences. In: *The International Journal of Press/Politics*, 21 (1), S. 25–47. DOI: 10.1177/1940161215612204
- LÜDEMANN, C. (1998): Die Befolgung von Gesetzen. Eine theoriegeleitete Erklärung von Verhaltensbereitschaften und Verhalten auf der Grundlage einer Bevölkerungsumfrage. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 19 (2), S. 116–135. DOI: 10.1515/zfrs-1998-0201
- LUHMANN, N. (1984): *Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt/M. [Suhrkamp].
- LUHMANN, N. (1996): *Die Realität der Massenmedien*. Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-663-01103-3
- LÜNENBORG, M. (2012a): »Get it first, but ...« Zum Verhältnis von Zeit und Mobilität im Journalismus. In: *medien & zeit*, 27 (2), S. 15–24.
- LÜNENBORG, M. (2012b): Die Krise des Journalismus? Die Zukunft der Journalistik! Ein Diskussionsbeitrag zur Reflexivität und Praxisrelevanz von Wissenschaft. In: *Publizistik*, 57 (4), S. 445–461. DOI: 10.1007/s11616-012-0161-x
- LÜNENBORG, M.; BERGHOFER, S. (2010): *Politikjournalistinnen und -journalisten. Aktuelle Befunde zu Merkmalen und Einstellungen vor dem Hintergrund ökonomischer und technologischer Wandlungsprozesse im deutschen Journalismus*. Berlin [Deutscher Fachjournalisten-Verband (DFJV)]. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20201026163243/https://www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/arbeitsstellen/kommunikationspolitik/mitarbeiterinnen/sberghofer1/DFJV_Studie_Politikjournalistinnen_und_Journalisten-1.pdf
- LÜNENBORG, M.; MEDEIROS, D. (2023): Zur Bedeutung von Emotionen im Journalismus. In: MEIER, K.; C. NEUBERGER (Hrsg.): *Journalismusforschung* (S. 311–336). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783748928522-311

- MAARES, P.; HANUSCH, F. (2022a): Interpretations of the journalistic field: A systematic analysis of how journalism scholarship appropriates Bourdieusian thought. In: *Journalism*, 23 (4), S. 736–754. DOI: 10.1177/1464884920959552
- MAARES, P.; HANUSCH, F. (2022b): Understanding Peripheral Journalism from the Boundary: A Conceptual Framework. In: *Digital Journalism*, 1–22. DOI: 10.1080/21670811.2022.2134045
- MAGIN, M. (2019): Attention, please! Structural influences on tabloidization of campaign coverage in German and Austrian elite newspapers (1949–2009). In: *Journalism*, 20 (12), S. 1704–1724. DOI: 10.1177/1464884917707843
- MAGIN, M.; STARK, B. (2011): Österreich – Land ohne Leuchttürme? Qualitätszeitungen im Spannungsfeld zwischen publizistischer Leistung und strukturellen Zwängen. In: BLUM, R.; H. BONFADELLI; K. IMHOF; O. JARREN (Hrsg.): *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation* (S. 97–114). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-93084-8_7
- MAGIN, M.; STARK, B. (2015): Explaining National Differences of Tabloidisation Between Germany and Austria: Structure, conduct and performance. In: *Journalism Studies*, 16 (4), S. 577–595. DOI: 10.1080/1461670X.2014.921398
- MAGIN, M.; STARK, B.; JANDURA, O.; UDRIS, L.; RIEDL, A.; KLEIN, M. et al. (2023): Seeing the Whole Picture. Towards a Multi-perspective Approach to News Content Diversity based on Liberal and Deliberative Models of Democracy. In: *Journalism Studies*, 1–28. DOI: 10.1080/1461670X.2023.2178248
- MAGIN, M.; STEINER, M.; HÄUPTLI, A.; STARK, B.; UDRIS, L. (2021): Is Facebook driving tabloidization?: A cross-channel comparison of two German newspapers. In: CONBOY, M.; S.A. ELDRIDGE (Hrsg.): *Global Tabloid. Culture and Technology* (S. 56–74). London [Routledge].
- MAI, L.; VON OEHSEN, D. (2022): Audionutzung weiterhin auf hohem Niveau. Ergebnisse der ARD/ZDF-Massenkommunikation Trends 2022. In: *Media Perspektiven*, (9), S. 439–445.
- MALIK, M. (2008): Selbstverliebte Fremdbeobachter. Zum Dilemma der journalistischen Selbstbezüglichkeit. In: PÖRKSEN, B.; W. LOOSEN; A. SCHOLL (Hrsg.): *Paradoxien des Journalismus. Theorie, Empirie, Praxis* (S. 429–446). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].

- MALLING, M. (2019): Power and exchange in formal and informal interaction between journalists and their sources. In: JOHANSSON, K.M.; G. NYGREN (Hrsg.): *Close and distant: political executive-media relations in four countries* (S. 175–195). Gothenburg [Nordicom].
- MALLING, M. (2021): Reconstructing the Informal and Invisible: Interactions Between Journalists and Political Sources in Two Countries. In: *Journalism Practice*, S. 1–21. DOI: 10.1080/17512786.2021.1930571
- MARCINKOWSKI, F.; DONK, A. (2012): The Deliberative Quality of Referendum Coverage in Direct Democracy: Findings from a Longitudinal Analysis of Swiss Media. In: *Javnost – The Public*, 19 (4), S. 93–109. DOI: 10.1080/13183222.2012.11009098
- MARK, O. (20.04.2023): Die Demontage der »Wiener Zeitung« ist Sinnbild verfehlter Medienpolitik. In: *derstandard.at*. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20230420180416/https://www.derstandard.at/consent/tcf/story/2000145709715/die-demontage-der-wiener-zeitung-ist-sinnbild-verfehlter-medienpolitik>
- MARQUARDT, J. (2020): Fridays for Future’s Disruptive Potential: An Inconvenient Youth Between Moderate and Radical Ideas. In: *Frontiers in Communication*, 5, S. 1–18. DOI: 10.3389/fcomm.2020.00048
- MARTINSEN, R. (2009): Öffentlichkeit in der »Mediendemokratie« aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In: MARCINKOWSKI, F.; B. PFETSCH (Hrsg.): *Politik in der Mediendemokratie* (S. 37–69). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- MASINI, A.; VAN AELST, P. (2017): Actor diversity and viewpoint diversity: Two of a kind? In: *Communications*, 42 (2), S. 107–126. DOI: 10.1515/commun-2017-0017
- MASINI, A.; VAN AELST, P.; ZERBACK, T.; REINEMANN, C.; MANCINI, P.; MAZZONI, M. et al. (2018): Measuring and Explaining the Diversity of Voices and Viewpoints in the News: A comparative study on the determinants of content diversity of immigration news. In: *Journalism Studies*, 19 (15), S. 2324–2343. DOI: 10.1080/1461670X.2017.1343650
- MATTHES, J. (2009): What’s in a Frame? A Content Analysis of Media Framing Studies in the World’s Leading Communication Journals, 1990–2005. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 86 (2), S. 349–367. DOI: 10.1177/107769900908600206

- MATTHEWS, R. A.; PINEAULT, L.; HONG, Y.-H. (2022): Normalizing the Use of Single-Item Measures: Validation of the Single-Item Compendium for Organizational Psychology. In: *Journal of Business and Psychology*. DOI: 10.1007/s10869-022-09813-3
- MAURER, M.; REINEMANN, C. (2006): *Medieninhalte: eine Einführung* (Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- MAURER, M.; REINEMANN, C.; KRUSCHINSKI, S. (2021): *Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie*. Rudolf Augstein Stiftung/ Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20211108103429/https://rudolf-augstein-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/11/Studie-einseitig-unkritisch-regierungsnah-reinemann-rudolf-augstein-stiftung.pdf>
- MAURER, P.; BEILER, M. (2018): Networking and Political Alignment as Strategies to Control the News: Interaction between journalists and politicians. In: *Journalism Studies*, 19 (14), S. 2024–2041. DOI: 10.1080/1461670X.2017.1310627
- MAURER, P.; RIEDL, A. (2020): Why bite the hand that feeds you? Politicians' and journalists' perceptions of common conflicts. In: *Journalism: Theory, Practice & Criticism*, 1–18. DOI: 10.1177/1464884919899304
- MAURER, P.; RIEDL, A. (2021): Why bite the hand that feeds you? Politicians' and journalists' perceptions of common conflicts. In: *Journalism*, 22 (11), S. 2855–2872. DOI: 10.1177/1464884919899304
- MAURER, T.; TREBBE, J. (2006): Fernsehqualität aus der Perspektive des Rundfunkprogrammrechts (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft). In: WEISCHENBERG, S.; W. LOOSEN; M. BEUTHNER (Hrsg.): *Medien-Qualitäten: öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung* (S. 37–52). Konstanz [UVK].
- MAYRING, P.; FENZL, T. (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: BAUR, N.; J. BLASIUS (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 633–648). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-21308-4_42
- MCMANUS, J. H. (2009): The Commercialization of News (International Communication Association (ICA) handbook series). In: WAHL-

- JORGENSEN, K.; T. HANITZSCH (Hrsg.): *The handbook of journalism studies* (S. 218–233). New York [Routledge].
- MCMILLIN, D. C.; WEAVER, D. H. (1996): Journalists' Best Work (LEA's communication series). In: WEAVER, D.H.; G.C. WILHOIT (Hrsg.): *The American journalist in the 1990s: U.S. news people at the end of an era* (S. 217–230). Mahwah, N.J. [Erlbaum].
- MCNAIR, B. (2005): What is journalism? In: DE BURGH, H. (Hrsg.): *Making Journalists: Diverse Models, Global Issues* (S. 25–43). London, New York [Routledge].
- MCNAIR, B. (2009): Journalism and Democracy (International Communication Association (ICA) handbook series). In: WAHL-JORGENSEN, K.; T. HANITZSCH (Hrsg.): *The handbook of journalism studies* (S. 237–249). New York [Routledge].
- MCNAIR, B. (2017): After Objectivity? Schudson's sociology of journalism in the era of post-factuality. In: *Journalism Studies*, 18 (10), S. 1318–1333. DOI: 10.1080/1461670X.2017.1347893
- MCQUAIL, D. (1992): *Media performance: mass communication and the public interest*. London, Newbury Park (CA) [SAGE].
- MCQUAIL, D. (2008): Media Performance. In: W. DONSBACH (Hrsg.): *The International Encyclopedia of Communication*. Chichester (UK) [John Wiley & Sons]. DOI: 10.1002/9781405186407.wbiecm045
- MCQUAIL, D. (2010): *Mcquail's mass communication theory* (6. Auflage). London, Thousand Oaks (CA) [SAGE].
- MCQUAIL, D.; DEUZE, M. (2020): *Mcquail's media and mass communication theory* (7. Auflage). Thousand Oaks [SAGE].
- MEAD, G. H. (1934): *Mind, Self and Society. From the standpoint of a social behaviorist*. (C.W. MORRIS, Hrsg.). Chicago, London [University of Chicago Press].
- MEDIENGESETZ (2022): Bundesgesetz vom 12. Juni 1981 über die Presse und andere publizistische Medien (Mediengesetz – MedienG) StF: BGBl. Nr. 314/1981 (NR: GP XV RV 2 AB 743 S. 79. BR: 2350 AB 2351 S. 412.). Verfügbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000719>
- MEDIENGRUPPE »ÖSTERREICH« (2022): *Impressum Tageszeitung ÖSTERREICH und Offenlegung der Mediengruppe »Österreich« GmbH*. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20211107213826/> <https://www.oe24.at/service/impressum/impressum-tageszeitung->

oesterreich-und-offenlegung-der-mediengruppe-oesterreich-
gmbh/128865961

- MEEHAN, J. (2013): *Feminists read Habermas: gendering the subject of discourse* (Routledge library editions: Feminist theory) (2. Auflage). London [Routledge].
- MEIER, K. (2018): *Journalistik* (4., überarbeitete Auflage.). Konstanz [UVK].
- MEIER, K. (2019): Quality in Journalism. In: T.P. VOS; F. HANUSCH; D. DIMITRAKOPOULOU; M. GEERTSEMA-SLIGH; A. SEHL (Hrsg.): *The International Encyclopedia of Journalism Studies*. Hoboken, NJ. [Wiley Blackwell]. DOI: 10.1002/9781118841570.iejs0041
- MEIER, K.; KRAUS, D.; MICHAELER, E. (2018): Audience Engagement in a Post-Truth Age: What it means and how to learn the activities connected with it. In: *Digital Journalism*, 6 (8), S. 1052–1063. DOI: 10.1080/21670811.2018.1498295
- MELISCHEK, G.; SEETHALER, J.; SKODACSEK, K. (2005): Der österreichische Zeitungsmarkt 2004: hoch konzentriert. Strukturen, Marktpotenziale, Anbieterkonzentration. In: *Media Perspektiven*, (5), S. 243–252.
- MELISCHEK, G.; SEETHALER, J.; WILKE, J. (2008): Einführung. In: MELISCHEK, G.; J. SEETHALER; J. WILKE (Hrsg.): *Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich: Grundlagen, Gegenstandsbereiche, Verfahrensweisen* (S. 9–16). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- MELLADO, C. (2015): Professional Roles in News Content. In: *Journalism Studies*, 16 (4), S. 596–614. DOI: 10.1080/1461670X.2014.922276
- MELLADO, C.; VAN DALEN, A. (2014): Between Rhetoric and Practice: Explaining the gap between role conception and performance in journalism. In: *Journalism Studies*, 15 (6), S. 859–878. DOI: 10.1080/1461670X.2013.838046
- MELLADO, C.; HELLMUELLER, L.; DONSBACH, W. (2017): Journalistic Role Performance. A New Research Agenda in a Digital and Global Media Environment (Routledge research in journalism). In: MELLADO, C.; L. HELLMUELLER; W. DONSBACH (Hrsg.): *Journalistic role performance: concepts, contexts, and methods* (S. 1–20). New York [Routledge].
- MELLADO, C.; MOTHES, C.; HALLIN, D. C.; HUMANES, M. L.; LAUBER, M.; MICK, J. et al. (2020): Investigating the Gap between Newspaper Journalists' Role Conceptions and Role Performance in Nine European, Asian, and Latin American Countries.

- In: *The International Journal of Press/Politics*, 25 (4), S. 552–575.
 DOI: 10.1177/1940161220910106
- MERTON, R. K.; KENDALL, P. L. (1946): The Focused Interview. In: *American Journal of Sociology*, 51 (6), S. 541–557. DOI: 10.1086/219886
- MEYEN, M.; LÖBLICH, M.; PFAFF-RÜDIGER, S.; RIESMEYER, C. (2011): *Qualitative Forschung in der Kommunikationswissenschaft: eine praxisorientierte Einführung* (Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- MEYEN, M.; RIESMEYER, C. (2012): Service Providers, Sentinels, and Traders. In: *Journalism Studies*, 13 (3), S. 386–401.
 DOI: 10.1080/1461670X.2011.602909
- MEYEN, M.; SPRINGER, N. (2009): *Freie Journalisten in Deutschland* (Kommunikationswissenschaft). Konstanz [UVK].
- MEYERS, C. (2020): Partisan News, the Myth of Objectivity, and the Standards of Responsible Journalism. In: *Journal of Media Ethics*, 35 (3), S. 180–194. DOI: 10.1080/23736992.2020.1780131
- MILES, M. B.; HUBERMAN, A. M. (1994): *Qualitative data analysis: an expanded sourcebook* (2. Auflage). Thousand Oaks [SAGE].
- MILLS, A.; SARIKAKIS, K. (2019): Autonomy: Independence from Market Forces. In: T.P. VOS; F. HANUSCH; D. DIMITRAKOPOULOU; M. GEERTSEMA-SLIGH; A. SEHL (Hrsg.): *The International Encyclopedia of Journalism Studies*. Hoboken, NJ. [Wiley Blackwell].
 DOI: 10.1002/9781118841570.iejs0079
- MITCHELL, P.; STEWART, J. (2017): Who are We? Language and impartiality in BBC radio journalism. In: *Journalism Practice*, 11 (4), S. 417–437. DOI: 10.1080/17512786.2015.1123111
- MOELLER, J.; LÖECHERBACH, F.; MÖLLER, J.; HELBERGER, N. (2023): Out of control? In: LAWRENCE, R.G.; P.M. NAPOLI (Hrsg.): *News Quality in the Digital Age* (S. 117–133). New York [Routledge].
 DOI: 10.4324/9781003257998-11
- MÜLLER, D.; DONSBACH, W. (2006): Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen als Qualitätsindikator im Journalismus. Wie Medien beteiligter und unbeteiligter Verlage über den Konflikt auf dem Berliner Zeitungsmarkt berichteten (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft). In: WEISCHENBERG, S.; W. LOOSEN; M. BEUTHNER (Hrsg.): *Medien-*

- Qualitäten: öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung* (S. 129–147). Konstanz [UVK].
- MÜLLER, P.; HOHLFELD, R. (2013): Journalistische Vorstellungen von Medienwirkungen. Dimensionen – Entstehungsbedingungen – Folgen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 61 (2), S. 166–182.
DOI: 10.5771/1615-634X-2013-2-166
- MURCOTT, T. H. L.; WILLIAMS, A. (2013): The challenges for science journalism in the UK. In: *Progress in Physical Geography: Earth and Environment*, 37 (2), S. 152–160. DOI: 10.1177/0309133312471285
- MYERS, T. A. (2011): Goodbye, Listwise Deletion: Presenting Hot Deck Imputation as an Easy and Effective Tool for Handling Missing Data. In: *Communication Methods and Measures*, 5 (4), S. 297–310.
DOI: 10.1080/19312458.2011.624490
- NALDI, M.; FLAMINI, M. (2014): The CR4 index and the interval estimation of the Herfindahl-Hirschman Index: an empirical comparison. 2014. In: *Hyper articles en ligne (HAL)*. Verfügbar unter: <https://hal.archives-ouvertes.fr/hal-01008144/document>
- NAPOLI, P. M. (1999): Deconstructing the diversity principle. In: *Journal of Communication*, 49 (4), S. 7–34.
- NAWRATIL, U.; SCHÖNHAGEN, P. (2021): Die qualitative Inhaltsanalyse: Rekonstruktion der Kommunikationswirklichkeit.
In: WAGNER, H.; P. SCHÖNHAGEN (Hrsg.): *Qualitative Methoden der Kommunikationswissenschaft* (S. 315–327). Baden-Baden [Nomos].
- NEGUS, K. (2002): Produktionskultur und die soziale Aushandlung symbolischer Formen. In: HEPP, A.; M. LÖFFELHOLZ (Hrsg.): *Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation* (S. 249–271). Stuttgart [utb].
- NEUBERGER, C. (2004): Journalismus als systembezogene Akteurkonstellation. Grundlagen einer integrativen Journalismustheorie. In: LÖFFELHOLZ, M. (Hrsg.): *Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch* (2., vollst. überarb. und erw. Aufl., S. 287–303). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
DOI: 10.1007/978-3-663-01620-5_13
- NEUBERGER, C. (2007): Beobachten, Beeinflussen und Verhandeln via Öffentlichkeit: Journalismus und gesellschaftliche Struktur­dynamik (Lehrbuch). In: ALTMIPPEN, K.-D.; T. HANITZSCH; C. SCHLÜTER (Hrsg.): *Journalismustheorie: Next Generation. Soziologische Grundlegung*

- und theoretische Innovation* (S. 139–164). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- NEUBERGER, C. (2011): *Definition und Messung publizistischer Qualität im Internet: herausforderungen des Drei-Stufen-Tests*. Berlin [Vistas].
- NEUBERGER, C. (2016): Journalismus als systembezogene Akteurkonstellation. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 443–465). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-531-18966-6_17
- NEUBERGER, C. (2020): Journalistische Produktion und Auswahl. In: BORUCKI, I.; K. KLEINEN-VON KÖNIGSLÖW; S. MARSCHALL; T. ZERBACK (Hrsg.): *Handbuch Politische Kommunikation* (S. 1–17). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-26242-6_19-1
- NEUBERGER, C. (2022a): Journalismus als systembezogene Akteurskonstellation. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 1–12). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-32153-6_18-1
- NEUBERGER, C. (2022b): Journalismus und Plattformen als vermittelnde Dritte in der digitalen Öffentlichkeit. In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 74 (S1), S. 159–181. DOI: 10.1007/s11577-022-00832-9
- NEWMAN, N.; FLETCHER, R.; ROBERTSON, C. T.; EDDY, K.; NIELSEN, R. K. (2022): *Reuters Institute Digital News Report 2022*. Reuters Institute for the Study of Journalism. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20220614235826/https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2022-06/Digital_News-Report_2022.pdf
- NIELSEN, R. K. (2017): The One Thing Journalism Just Might do for Democracy: Counterfactual idealism, liberal optimism, democratic realism. In: *Journalism Studies*, 18 (10), S. 1251–1262. DOI: 10.1080/1461670X.2017.1338152
- NIELSEN, R. K. (2019): Economic Contexts of Journalism (International Communication Association (ICA) handbook series). In: WAHL-JORGENSEN, K.; T. HANITZSCH (Hrsg.): *The Handbook of Journalism Studies* (2. Auflage, S. 324–340). New York [Routledge].
- NITSCH, C.; JANDURA, O.; BIENHAUS, P. (2021): The democratic quality of political depictions in fictional TV entertainment. A comparative content analysis of the political drama *Borgen* and the journalistic magazine *Berlin direkt*. In: *Communications*, 46 (1), S. 74–94. DOI: 10.1515/commun-2019-2076

- NIVEN, D. (2001): Bias in the News: Partisanship and Negativity in Media Coverage of Presidents George Bush and Bill Clinton. In: *Harvard International Journal of Press/Politics*, 6 (3), S. 31–46. DOI: 10.1177/108118001129172215
- NYGREN, G. (2012): *Autonomy: A crucial element of professionalization*. In: *Journalism in Russia, Poland and Sweden: Traditions, cultures and research* (S. 73–95). Stockholm [Södertörn University Press].
- OBERMAIER, M. (2020): *Vertrauen in journalistische Medien aus Sicht der Rezipienten: Zum Einfluss von soziopolitischen und performanzbezogenen Erklärgrößen*. Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-31154-4
- OEHMER, F. (2016): Was das Publikum nicht kennt, liest es nicht. Die redaktionelle Linie als institutionalisierte Regel zwischen Kommunikator und Rezipient. In: JARREN, O.; C. STEININGER (Hrsg.): *Journalismus jenseits von Markt und Staat* (S. 259–266). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783845272290-259
- OJALA, M. (2021): Is the Age of Impartial Journalism Over? The Neutrality Principle and Audience (Dis)trust in Mainstream News. In: *Journalism Studies*, 22 (15), S. 2042–2060. DOI: 10.1080/1461670X.2021.1942150
- ÖREBRO, L. L. (2002): Journalists and Politicians: a relationship requiring manoeuvring space. In: *Journalism Studies*, 3 (1), S. 21–33. DOI: 10.1080/14616700120107310
- ORF-GESETZ (2022): Bundesgesetz über den Österreichischen Rundfunk (ORF-Gesetz, ORF-G) StF: BGBl. Nr. 379/1984 (wv) idF BGBl. Nr. 612/1986 (DFB) und BGBl. I Nr. 194/1999 (DFB). Verfügbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000785>
- ÖRNEBRING, H. (2012): Clientelism, Elites, and the Media in Central and Eastern Europe. In: *The International Journal of Press/Politics*, 17 (4), S. 497–515. DOI: 10.1177/1940161212454329
- ÖRNEBRING, H. (2018): Journalism and Change. In: VOS, T. P. (Hrsg.): *Journalism* (S. 555–574). [De Gruyter]. DOI: 10.1515/9781501500084-028
- ÖRNEBRING, H. (2019): Journalism cannot solve journalism's problems. In: *Journalism*, 20 (1), S. 226–228. DOI: 10.1177/1464884918808690
- ÖRNEBRING, H.; JÖNSSON, A. M. (2004): Tabloid journalism and the public sphere: a historical perspective on tabloid journalism. In: *Journalism Studies*, 5 (3), S. 283–295. DOI: 10.1080/1461670042000246052

- ÖRNEBRING, H.; KARLSSON, M. (2019): Journalistic Autonomy. In: *Oxford Research Encyclopedia of Communication*. Oxford [Oxford University Press]. DOI: 10.1093/acrefore/9780190228613.013.829
- ÖRNEBRING, H.; KARLSSON, M. (2022): *Journalistic autonomy: the genealogy of a concept* (Journalism in perspective: continuities and disruptions). Columbia [University of Missouri Press].
- OSCHATZ, C.; STIER, S.; MAIER, J. (2022): Twitter in the News: An Analysis of Embedded Tweets in Political News Coverage. In: *Digital Journalism*, 10 (9), S. 1526–1545. DOI: 10.1080/21670811.2021.1912624
- ÖSTERREICHISCHER PRESSERAT (2019): *Grundsätze für die publizistische Arbeit* (Ehrenkodex für die österreichische Presse) [Fassung vom 07.03.2019]. Wien. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20230211065212/https://presserat.at/rte/upload/pdfs/grundsaeetze_fuer_die_publizistische_arbeit_ehrenkodex_fuer_die_oesterreichische_presse_idf_vom_07.03.2019.pdf
- ÖSTERREICHISCHER PRESSERAT (2021a): *Verfahrensordnung der Beschwerdesenate des Österreichischen Presserates idF vom 10.11.2021*. Wien. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20220127062559/https://presserat.at/show_content.php?sid=78
- ÖSTERREICHISCHER PRESSERAT (29.04.2021b): *Tageszeitung »Heute« und »heute.at« treten Presserat bei*. APA OTS. Verfügbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210429_OTS0150/tageszeitung-heute-und-heuteat-treten-presserat-bei
- ÖSTERREICHISCHER RUNDFAK (2023): *Offenlegung des Österreichischen Rundfunks*. Offenlegung und Informationen gem. § 5 ECG, § 14 UGB, § 18a ORF-G des Österreichischen Rundfunks. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20230127020639/https://orf.at/stories/orfimpresum/>
- ÖWA – ÖSTERREICHISCHE WEBANALYSE (2023): *Jahresschnitte 2022*. Verfügbar unter: https://oewa.at/wp-content/uploads/2023/01/Jahresschnitte-2022_JS.xlsx
- PANTTI, M. (2010): The value of emotion: An examination of television journalists' notions on emotionality. In: *European Journal of Communication*, 25 (2), S. 168–181. DOI: 10.1177/0267323110363653
- PARLAMENTSDIREKTION DER REPUBLIK ÖSTERREICH (2022): Nationalrat stellt Medienförderung auf neue Basis. In: *Parlamentsskorrespondenz*, Nr. 312.
- PARSONS, T. (2005) [1951]: *The Social System*. Abingdon [Routledge].

- PATTON, M. Q. (2015): *Qualitative research & evaluation methods: integrating theory and practice* (4. Auflage). Thousand Oaks (CA) [SAGE].
- PEPINSKY, T. B. (2018): A Note on Listwise Deletion versus Multiple Imputation. In: *Political Analysis*, 26 (4), S. 480–488. DOI: 10.1017/pan.2018.18
- PETER, C.; ZERBACK, T. (2020): Ordinary Citizens in the News: A Conceptual Framework. In: *Journalism Studies*, 21 (8), S. 1003–1016. DOI: 10.1080/1461670X.2020.1758190
- PETER, C.; ZERBACK, T. (2021): Bürger/innen als Akteure in der politischen Kommunikation. In: BORUCKI, I.; K. KLEINEN-VON KÖNIGSLÖW; S. MARSCHALL; T. ZERBACK (Hrsg.): *Handbuch Politische Kommunikation* (S. 1–16). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-26242-6_14-1
- PETERS, B. (2005): Public discourse, identity, and the problem of democratic legitimacy (Routledge studies on democratising Europe). In: ERIKSEN, E.O. (Hrsg.): *Making the European polity: reflexive integration in the EU* (S. 84–123). New York (NY) [Routledge].
- PETERS, B.; SCHULTZ, T.; WIMMEL, A. (2004): *Publizistische Beiträge zu einer diskursiven Öffentlichkeit: eine themenübergreifende Inhaltsanalyse deutscher Zeitungen und Zeitschriften*. No. 30. Bremen: Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS). Verfügbar unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67356-7>
- PFÄFF-RÜDIGER, S. (2016): Qualitative Online-Befragungen in der Kommunikationswissenschaft. In: AVERBECK-LIETZ, S.; M. MEYEN (Hrsg.): *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft* (S. 191–207). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-01656-2_12
- PFÄFF-RÜDIGER, S.; RIESMEYER, C.; MEYEN, M. (2010): Deutungsmacht des Fernsehens? Das Selbstverständnis von Geschichtsjournalisten zwischen normativen Ansprüchen und Publikumswünschen (Kommunikationsgeschichte). In: ARNOLD, K.; W. HÖMBERG; S. KINNEBROCK (Hrsg.): *Geschichtsjournalismus: zwischen Information und Inszenierung* (S. 109–126). Münster [Lit].
- PFETSCH, B.; MAYERHÖFFER, E. (2011): Vordergründige Nähe. Zur Kommunikationskultur von Politik- und Medieneliten in Deutschland. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 59 (1), S. 40–59. DOI: 10.5771/1615-634X-2011-1-40

- PFETSCH, B.; MAYERHÖFFER, E.; MORING, T. (2014): National or Professional? Types of Political Communication Cultures across Europe. In: PFETSCH, B. (Hrsg.): *Political Communication Cultures in Western Europe* (S. 77–102). Houndmills [Palgrave Macmillan].
- PFETSCH, B.; MILTNER, P.; MAIER, D. (2016): Old and New Dynamics of Agenda Building in a Hybrid Media System. In: VOWE, G.; P. HENN (Hrsg.): *Political communication in the online world: theoretical approaches and research designs* (S. 45–58). New York [Routledge].
- PICARD, R. G. (2000): Measuring Quality by Journalistic Activity. In: PICARD, R.G. (Hrsg.): *Measuring media content, quality, and diversity. Approaches and issues in content research* (S. 97–103). Turku [Turku School of Economics and Business Administration].
- PICARD, R. G. (2004): Commercialism and Newspaper Quality. In: *Newspaper Research Journal*, 25 (1), S. 54–65.
DOI: 10.1177/073953290402500105
- PICKARD, V. (2019): The violence of the market. In: *Journalism*, 20 (1), S. 154–158. DOI: 10.1177/1464884918808955
- PIERSON, J.; KERR, A.; ROBINSON, S. C.; FANNI, R.; STEINKOGLER, V. E.; MILAN, S. et al. (2023): Governing artificial intelligence in the media and communications sector. In: *Internet Policy Review*, 12 (1). DOI: 10.14763/2023.1.1683
- PIHL-THINGVAD, S. (2015): Professional ideals and daily practice in journalism. In: *Journalism*, 16 (3), S. 392–411.
DOI: 10.1177/1464884913517658
- PLASSER, F.; LENGAUER, G. (2010): Politik vor Redaktionsschluss: Kommunikationsorientierungen von Macht- und Medieneliten in Österreich (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung). In: PLASSER, F. (Hrsg.): *Politik in der Medienarena: Praxis politischer Kommunikation in Österreich* (S. 19–52). Wien [Facultas].
- PORTO, M. P. (2007): Frame Diversity and Citizen Competence: Towards a Critical Approach to News Quality. In: *Critical Studies in Media Communication*, 24 (4), S. 303–321. DOI: 10.1080/07393180701560864
- POST, R. (2009): Hate Speech. In: HARE, I.; J. WEINSTEIN (Hrsg.): *Extreme speech and democracy* (S. 123–138). Oxford, New York [Oxford University Press].
- PÖTTKER, H. (2000): Kompensation von Komplexität. Journalismustheorie als Begründung journalistischer Qualitätsmaßstäbe. In: LÖFFELHOLZ, M. (Hrsg.): *Theorien des*

- Journalismus. Ein diskursives Handbuch* (S. 375–390). Wiesbaden [Westdeutscher Verlag]. DOI: 10.1007/978-3-322-97091-6_19
- PÖTTKER, H. (2003): Zahnloser Tiger? In: LANGENBUCHER, W.R. (Hrsg.): *Die Kommunikationsfreiheit der Gesellschaft* (S. 379–384). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-322-80449-5_18
- PÖTTKER, H. (2007): Recherche – chronisches Defizit des Journalismus. Die INA bemüht sich um Ausgleich. In: PÖTTKER, H.; C. SCHULZKI-HADDOUTI (Hrsg.): *Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt?* (S. 15–23). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-90561-7_2
- POWERS, M. (2016): The new boots on the ground: NGOs in the changing landscape of international news. In: *Journalism*, 17 (4), S. 401–416. DOI: 10.1177/1464884914568077
- POWERS, M. (2017): Beyond Boon or Bane: Using normative theories to evaluate the newsmaking efforts of NGOs. In: *Journalism Studies*, 18 (9), S. 1070–1086. DOI: 10.1080/1461670X.2015.1124733
- PRESSECLUB CONCORDIA (2021): *Stellungnahme des Presseclub Concordia zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das KommAustria-Gesetz geändert wird*. Wien. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20210309000407/https://concordia.at/wp-content/uploads/2021/03/KommAustria-G_Stellungnahme_Presseclub-Concordia.pdf
- PRINZING, M. (2016): Qualität im Journalismus. In: HEESEN, J. (Hrsg.): *Handbuch Medien- und Informationsethik* (S. 106–113). Stuttgart [J.B. Metzler]. DOI: 10.1007/978-3-476-05394-7_14
- PRINZING, M. (2023): Wirklich ausgewogen oder False Balance? Einschätzungen zu Journalismus und Wissenschaftlichkeit. In: PAGANINI, C.; M. PRINZING; J. SERONG (Hrsg.): *Wissen kommunizieren* (S. 57–72). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783748934066-57
- PRIVATRADIOGESETZ (2020, Dezember 23): *Bundesgesetz, mit dem Bestimmungen für privaten Hörfunk erlassen werden* (Privatradiogesetz – PrR-G) StF: BGBl. I Nr. 20/2001 (NR: GP XXI RV 401 AB 470 S. 55. BR: AB 6299 S. 672.). Verfügbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20001215>
- PROCHAZKA, F.; WEBER, P.; SCHWEIGER, W. (2018): Effects of Civility and Reasoning in User Comments on Perceived

- Journalistic Quality. In: *Journalism Studies*, 19 (1), S. 62–78.
 DOI: 10.1080/1461670X.2016.1161497
- PRZYBORSKI, A.; WOHLRAB-SAHR, M. (2014): *Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch* (Band 4., erweiterte Aufl.). München [de Gruyter].
 DOI: 10.1524/9783486719550
- RAEMY, P.; BECK, D.; HELLMUELLER, L. (2019): Swiss Journalists' Role Performance: The relationship between conceptualized, narrated, and practiced roles. In: *Journalism Studies*, 20 (6), S. 765–782.
 DOI: 10.1080/1461670X.2018.1423631
- RAEMY, P.; VOS, T. P. (2021): A Negotiative Theory of Journalistic Roles. In: *Communication Theory*, 31 (1), S. 107–126. DOI: 10.1093/ct/qttaa030
- RAGER, G. (1994): Dimensionen der Qualität. Weg aus den allseitig offenen Richter-Skalen. In: HESSE, K.R.; G. BENTELE (Hrsg.): *Publizistik in der Gesellschaft* (S. 189–209). Konstanz [UVK].
- RASEMANN, C.; KNEIP, S. (2022). Editorial: Repräsentation – Identität – Beteiligung. Zum Zustand und Wandel der Demokratie (Aus Politik und Zeitgeschichte Schriftenreihe). In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): *Repräsentation – Identität – Beteiligung: Zum Zustand und Wandel der Demokratie* (S. 8–9).
- REESE, S. D. (2016): Theories of Journalism. In: *Oxford Research Encyclopedia of Communication*. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228613.013.83>
- REESE, S. D.; SHOEMAKER, P. J. (2016): A Media Sociology for the Networked Public Sphere: The Hierarchy of Influences Model. In: *Mass Communication and Society*, 19 (4), S. 389–410.
 DOI: 10.1080/15205436.2016.1174268
- REESE-SCHÄFER, W. (2007): Benjamin Barber, Strong Democracy, Participatory Politics for a New Age (Berkeley, Los Angeles, London 1984). In: KAILITZ, S. (Hrsg.): *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft* (S. 31–35). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- REICH, Z. (2006): The process model of news initiative: Sources lead first, reporters thereafter. In: *Journalism Studies*, 7 (4), S. 497–514.
 DOI: 10.1080/14616700600757928
- REICH, Z. (2009): *Sourcing the news: key issues in journalism – an innovative study of the Israeli press* (Hampton Press communication series. Mass communication and journalism). Cresskill, New Jersey [Hampton Press].

- REICH, Z.; BARNOY, A. (2020): How News Become »News« in Increasingly Complex Ecosystems: Summarizing Almost Two Decades of Newsmaking Reconstructions. In: *Journalism Studies*, 21 (7), S. 966–983. DOI: 10.1080/1461670X.2020.1716830
- REICH, Z.; GODLER, Y. (2014): A Time of Uncertainty: The effects of reporters' time schedule on their work. In: *Journalism Studies*, 15 (5), S. 607–618. DOI: 10.1080/1461670X.2014.882484
- REICH, Z.; HANITZSCH, T. (2013): Determinants of Journalists' Professional Autonomy: Individual and National Level Factors Matter More Than Organizational Ones. In: *Mass Communication and Society*, 16 (1), S. 133–156. DOI: 10.1080/15205436.2012.669002
- REINARDY, S. (2010): Need for Speed onto Internet Clashes with Journalistic Values. In: *Newspaper Research Journal*, 31 (1), S. 69–83. DOI: 10.1177/073953291003100106
- REINECK, D. (2018): *Die soziale Konstruktion journalistischer Qualität: Fachdiskurs, Theorie und Empirie* (Forschungsfeld Kommunikation). Köln [Herbert von Halem].
- REINECK, D. (2022): Qualität des Journalismus. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 1–13). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-32153-6_38-1
- REINEMANN, C. (2003): *Medienmacher als Mediennutzer: Kommunikations- und Einflussstrukturen im politischen Journalismus der Gegenwart* (Medien in Geschichte und Gegenwart). Köln, Weimar, Wien [Böhlau].
- REINEMANN, C. (2008): »Guter Boulevard ist immer auch außerparlamentarische Opposition« – Das Handeln von Bild am Beispiel der Berichterstattung über Hartz IV. In: PFETSCH, B.; S. ADAM (Hrsg.): *Massenmedien als politische Akteure* (S. 196–224). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-90843-4_9
- REINEMANN, C. (2010): Medialisierung ohne Ende? Zum Stand der Debatte um Medieneinflüsse auf die Politik. In: *Zeitschrift für Politik*, 57 (3), S. 278–293. DOI: 10.5771/0044-3360-2010-3-278
- REINEMANN, C.; BAUGUT, P. (2014a): Alter Streit unter neuen Bedingungen. Einflüsse politischer Einstellungen von Journalisten auf ihre Arbeit. In: *Zeitschrift für Politik*, 61 (4), S. 480–505. DOI: 10.5771/0044-3360-2014-4-480
- REINEMANN, C.; BAUGUT, P. (2014b): Political journalists as communicators. The impact of individual characteristics on their

- work (Handbooks of Communication Science). In: REINEMANN, C. (Hrsg.): *Political Communication* (S. 325–348). Berlin [De Gruyter Mouton].
- REINEMANN, C.; BAUGUT, P. (2016): Journalismus als subjektiv rationales Handeln im sozialen Kontext. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 309–321). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-531-18966-6_18
- REINEMANN, C.; SCHERR, S.; STANYER, J. (2017). Cross-conceptual architecture of news. In: DE VREESE, C. H.; F. ESSER; D. N. HOPMANN (Hrsg.): *Comparing political journalism* (S. 150–167). London, New York [Routledge].
- REINEMANN, C.; STANYER, J.; SCHERR, S. (2017): Hard and Soft News. In: DE VREESE, C.H.; F. ESSER; D.N. HOPMANN (Hrsg.): *Comparing political journalism* (S. 131–149). London, New York [Routledge].
- REINEMANN, C.; STANYER, J.; SCHERR, S.; LEGNANTE, G. (2012): Hard and soft news: A review of concepts, operationalizations and key findings. In: *Journalism: Theory, Practice & Criticism*, 13 (2), S. 221–239. DOI: 10.1177/1464884911427803
- RIEDL, A. (2019): Which Journalists for Which Democracy? Liberal-representative, deliberative and participatory roles among Austrian journalists. In: *Journalism Studies*, 20 (10), S. 1377–1399. DOI: 10.1080/1461670X.2018.1519638
- RIEDL, A. (2020): Political TV interviews in Austria 1981–2016 – Structures and strategies through times of substantial change in media and politics. In: *Communications: The European Journal of Communication Research*, 45 (2), S. 131–155. DOI: 10.1515/commun-2018-2023
- RIEDL, A. A.; ROHRBACH, T.; KRAKOVSKY, C. (2022): »I Can’t Just Pull a Woman Out of a Hat«: A Mixed-Methods Study on Journalistic Drivers of Women’s Representation in Political News. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*. DOI: 10.1177/10776990211073454
- RIEDL, A.; EBERL, J.-M. (2022): Audience expectations of journalism: What’s politics got to do with it? In: *Journalism*, 23 (8), S. 1682–1699. DOI: 10.1177/1464884920976422
- RIEDL, A.; MAURER, P.; MÜHL, B. (2018): Anpassung an die Medienlogik? Eine Untersuchung politischer Kommunikationsstrategien von AkteurInnen aus Deutschland und Österreich. In: *ÖZP: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 47 (1), S. 1–16. DOI: <https://doi.org/10.15203/ozp.2387.vol47iss1>

- RIESMEYER, C. (2011): Das Leitfadenterview. Königsweg der qualitativen Journalismusforschung? In: JANDURA, O.; T. QUANDT; J. VOGELGESANG (Hrsg.): *Methoden der Journalismusforschung* (S. 223–236). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-93131-9_13
- RIESMEYER, C. (2014): Von Macht und Ohnmacht. Das Verhältnis zwischen Journalisten und Pressesprechern aus akteurstheoretischer Perspektive (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft). In: STARK, B.; O. QUIRING; N. JACKOB (Hrsg.): *Von der Gutenberg-Galaxis zur Google-Galaxis. Alte und neue Grenzvermessungen nach 50 Jahren DGPK* (S. 289–308). Konstanz, München [UVK].
- RIESMEYER, C. (2015): Handeln und Zusammenwirken von MedienmanagerInnen. Zum Erklärungspotential der Akteur-Struktur-Dynamiken (Critical media studies). In: KLAUS, E.; R. DRÜEKE; S. KIRCHHOFF; T. STEINMAURER; M. THIELE (Hrsg.): *Zwischen Gegebenem und Möglichem: kritische Perspektiven auf Medien und Kommunikation: Festschrift für Elisabeth Klaus* (S. 78–91). Bielefeld [Transcript].
- RIESMEYER, C.; PFAFF-RÜDIGER, S.; MEYEN, M. (2012): *The interaction of journalists and recipients. Uwe Schimank's theoretical approach and its potential for journalism research*. Gehalten auf der 62nd Annual Conference of the International Communication Association, Phoenix, USA.
- RIFFE, D.; LACY, S.; FICO, F. (2005). *Analyzing media messages: using quantitative content analysis in research*. Mahwah, N.J. [Lawrence Erlbaum].
- RIMSCHA, M. B. VON; SOMMER, C. (2016): Fallstudien in der Kommunikationswissenschaft. In: AVERBECK-LIETZ, S.; M. MEYEN (Hrsg.): *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft* (S. 369–384). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-01656-2_23
- RINKE, E. M.; WESSLER, H.; LÖB, C.; WEINMANN, C. (2013): Deliberative Qualities of Generic News Frames: Assessing the Democratic Value of Strategic Game and Contestation Framing in Election Campaign Coverage. In: *Political Communication*, 30 (3), S. 474–494. DOI: 10.1080/10584609.2012.737432
- RITZI, C. (2012): Politische Gerechtigkeit durch (Un-)Gleichheit? Zur feministischen Demokratietheorie. In: LEMBCKE, O.W.; C. RITZI;

- G. S. SCHAAL (Hrsg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien* (S. 63–96). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-94161-5_3
- RITZI, C. (2021): Aus dem Gleichgewicht. Zum Zustand demokratischer Öffentlichkeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71 (26–27), S. 18–23.
- RITZI, C.; SCHAAL, G. S. (2013): Iris Marion Youngs Communicative Democracy. Normative Theorie im Spiegel empirischer Deliberationsforschung. In: NIESEN, P. (Hrsg.): *Zwischen Demokratie und globaler Verantwortung* (S. 167–187). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783845242958-167
- ROBINSON, S. (2011): Convergence Crises: News Work and News Space in the Digitally Transforming Newsroom. In: *Journal of Communication*, 61 (6), S. 1122–1141. DOI: 10.1111/j.1460-2466.2011.01603.x
- RODGERS, S.; THORSON, E. (2003): A Socialization Perspective on Male and Female Reporting. In: *Journal of Communication*, 53 (4), S. 658–675. DOI: 10.1111/j.1460-2466.2003.tb02916.x
- ROHLINGER, D.; PROFFITT, J. M. (2017): How much does ownership matter? Deliberative discourse in local media coverage of the Terri Schiavo case. In: *Journalism*, 18 (10), S. 1274–1291. DOI: 10.1177/1464884916665404
- ROSENBERGER, S.; SEEBER, G. (2011): Kritische Einstellungen: BürgerInnen zu Demokratie, Politik, Migration. In: POLAK, R. (Hrsg.): *Zukunft. Werte. Europa. Die Europäische Wertestudie 1990–2010: Österreich im Vergleich* (S. 165–190). Wien [Böhlau].
- ROSENBERGER, S.; STADLMAIR, J. (2014): Partizipation in Österreich. In: BERTELSMANN STIFTUNG & STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG (Hrsg.): *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden* (S. 454–488). Gütersloh [Verlag Bertelsmann Stiftung].
- ROSENTHAL, S. (2017): Data Imputation. In: J. MATTHES; C.S. DAVIS; R.F. POTTER (Hrsg.): *The International Encyclopedia of Communication Research Methods*. Hoboken, NJ [Wiley].
- RÖSSLER, P. (2007): Media Content Diversity: Conceptual Issues and Future Directions for Communication Research. In: *Annals of the International Communication Association*, 31 (1), S. 464–520. DOI: 10.1080/23808985.2007.11679073
- ROTHENBERGER, L.; AUER, C. (2013): Normativität in der Kommunikatorforschung: Journalistik. In: KARMASIN, M.; M. RATH;

- B. THOMASS (Hrsg.): *Normativität in der Kommunikationswissenschaft* (S. 19–48). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-531-19015-0_1
- RSF – REPORTER OHNE GRENZEN (2017): *Rangliste der Pressefreiheit 2017*. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20201024034012/https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2017/Rangliste_der_Pressefreiheit_2017_-_Reporter_ohne_Grenzen.pdf
- RSF – REPORTER OHNE GRENZEN (2023): *Rangliste der Pressefreiheit 2023*. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20230503142508/https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2023/RSF_Rangliste_der_Pressefreiheit_2023.pdf
- RSF ÖSTERREICH – REPORTER OHNE GRENZEN ÖSTERREICH (2023): *Pressemitteilung zur Rangliste der Pressefreiheit 2023: Österreich erreicht Platz 29 und ist mit einem Plus von 0,56 Punkten praktisch gleichgeblieben – der Absturz vom Vorjahr hat sich »verfestigt«*. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20230503084213/https://www.rsf.at/pm/oesterreich-erreicht-platz-29-und-ist-mit-einem-plus-von-056-punkten-praktisch-gleichgeblieben-der-absturz-vom-vorjahr-hat-sich-verfestigt/>
- RUBIN, D. B. (Hrsg.) (1987): *Multiple Imputation for Nonresponse in Surveys* (Wiley Series in Probability and Statistics). Hoboken, New Jersey [John Wiley & Sons]. DOI: 10.1002/9780470316696
- RUSS-MOHL, S. (1992): Am eigenen Schopfe... Qualitätssicherung im Journalismus – Grundfragen, Ansätze, Näherungsversuche. In: *Publizistik*, 37 (1), S. 83–96.
- RYFE, D. M. (2020). The role of self-reports in the study of news production. In: *Journalism*, 21 (3), S. 349–364. DOI: 10.1177/1464884918800076
- SALGADO, S.; STRÖMBÄCK, J.; AALBERG, T.; ESSER, F. (2017): Interpretive Journalism. In: DE VREESE, C. H.; F. ESSER; D. N. HOPMANN (Hrsg.): *Comparing political journalism* (S. 50–70). London, New York [Routledge].
- SAXER, U. (2009): Wie konstitutiv ist die »journalistische Persönlichkeit«? (Öffentlichkeit und Geschichte). In: DUCHKOWITSCH, W.; F. HAUSJELL; H. PÖTTKER; B. SEMRAD (Hrsg.): *Journalistische Persönlichkeit. Fall und Aufstieg eines Phänomens* (S. 22–42). Köln [Herbert von Halem].

- SCHAAL, G. S.; HEIDENREICH, F. (2013): Politik der Gefühle: Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 63 (32–33), S. 3–19.
- SCHÄFER, M. S. (2012): Online communication on climate change and climate politics: a literature review. In: *WIREs Climate Change*, 3 (6), S. 527–543. DOI: 10.1002/wcc.191
- SCHATZ, H.; SCHULZ, W. (1992): Qualität von Fernsehprogrammen. Kriterien und Methoden zu, Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem. In: *Media Perspektiven*, (11), S. 690–712.
- SCHERR, S.; BAUGUT, P. (2016): The meaning of leaning: The impact of journalists political leaning on active role perception and satisfaction with audiences and editorial policy. In: *Journalism and Mass Communication Quarterly*, 93 (1), S. 142–163. DOI: 10.1177/1077699015606678
- SCHEU, A. M.; VOLPERS, A.-M.; SUMM, A.; BLÖBAUM, B. (2014): Medialization of Research Policy: Anticipation of and Adaptation to Journalistic Logic. In: *Science Communication*, 36 (6), S. 706–734. DOI: 10.1177/1075547014552727
- SCHEUFELE, B.; ENGELMANN, I. (2016): Journalismus und Framing. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 443–456). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-531-18966-6_27
- SCHEVE, C. VON; SLABY, J. (2019): Emotion, emotion concept. In: SLABY, J.; C. VON SCHEVE (Hrsg.): *Affective Societies: Key Concepts* (S. 42–51). [Routledge]. DOI: 10.4324/9781351039260
- SCHIMANK, U. (1992): Determinanten politischer Steuerung – akteurtheoretisch betrachtet. Ein Themenkatalog. In: BUSSHOFF, H. (Hrsg.): *Politische Steuerung: Steuerbarkeit und Steuerungsfähigkeit. Beiträge zur Grundlagendiskussion* (S. 165–191). Baden-Baden [Nomos].
- SCHIMANK, U. (2005): *Differenzierung und Integration der modernen Gesellschaft* (Beiträge zur akteurzentrierten Differenzierungstheorie). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- SCHIMANK, U. (2007a): *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung* (3. Auflage). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- SCHIMANK, U. (2007b): Handeln in Konstellationen: Die reflexive Konstitution von handelndem Zusammenwirken und sozialen Strukturen (Lehrbuch). In: ALTMEPPE, K.-D.; T. HANITZSCH; C. SCHLÜTER (Hrsg.): *Journalismustheorie: Next Generation. Soziologische*

- Grundlegung und theoretische Innovation* (S. 121–138). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- SCHIMANK, U. (2010): Die funktional differenzierte kapitalistische Gesellschaft als Organisationsgesellschaft – eine theoretische Skizze. In: ENDRESS, M.; T. MATYS (Hrsg.): *Die Ökonomie der Organisation – die Organisation der Ökonomie* (S. 33–61). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-92119-8_3
- SCHIMANK, U. (2016): *Handeln und Strukturen: Einführung in die akteurtheoretische Soziologie* (Grundlagentexte Soziologie) (5., durchgesehene Aufl.). Weinheim, Basel [Beltz Juventa].
- SCHIMANK, U.; VOLKMANN, U. (2015): Ökonomisierter Journalismus: Erodieren funktionale Differenzierung zur ›Unterhaltungsgesellschaft‹? In: ALTMIPPEN, K.-D.; P. DONGES; M. KÜNZLER; M. PUPPIS; U. RÖTTGER; H. WESSLER (Hrsg.): *Soziale Ordnung durch Kommunikation?* (S. 117–136). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783845248035-117
- SCHMIDT, M. G. (2019): *Demokratietheorien: Eine Einführung*. Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-25839-9
- SCHMIDT, M. G.; GESSNER, F.; BADURA, L. (2017): Die Publikumsnorm. Eine Studie zur Leserbeurteilung der Qualität journalistischer Online-Artikel unter Berücksichtigung des Einflussfaktors Medienreputation. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 65 (1), S. 45–63. DOI: 10.5771/1615-634X-2017-1-45
- SCHMIDT, T. R. (2021): »It's OK to feel«: The emotionality norm and its evolution in US print journalism. In: *Journalism*, 22 (5), S. 1173–1189. DOI: 10.1177/1464884920985722
- SCHMIDT, V. A. (2008): Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse. In: *Annual Review of Political Science*, 11 (1), S. 303–326. DOI: 10.1146/annurev.polisci.11.060606.135342
- SCHOLL, A. (2023): Theorien des Journalismus im Vergleich. In: MEIER, K.; C. NEUBERGER (Hrsg.): *Journalismusforschung* (S. 375–412). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783748928522-375
- SCHOLL, A.; WEISCHENBERG, S. (1998): *Journalismus in der Gesellschaft: Theorie, Methodologie und Empirie*. Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
- SCHÖNHAGEN, P. (2012): Zur Tradition der Unparteilichkeitsnorm im deutschen Journalismus (ex libris kommunikation. Klassische Texte über Medien und Kommunikation). In: WAGNER, H. (Hrsg.):

- Objektivität im Journalismus* (S. 63–137). Baden-Baden [Nomos].
DOI: 10.5771/9783845236919
- SCHUBERT, K. (2022): Eine Sache der Eliten? Identitätspolitik zwischen demokratischer Repräsentation und elite capture (Aus Politik und Zeitgeschichte Schriftenreihe). In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): *Repräsentation – Identität – Beteiligung: Zum Zustand und Wandel der Demokratie* (S. 292–303).
- SCHUDSON, M. (2001): The objectivity norm in American journalism. In: *Journalism*, 2 (2), S. 149–170. DOI: 10.1177/146488490100200201
- SCHUDSON, M. (2008): *Why democracies need an unlovable press*. Cambridge, Malden [Polity].
- SCHUDSON, M. (2011): *The sociology of news* (Contemporary societies) (2. Auflage). New York [W.W. Norton & Company].
- SCHUDSON, M. (2018): News. In: T.P. VOS; F. HANUSCH; D. DIMITRAKOPOULOU; M. GEERTSEMA-SLIGH; A. SEHL (Hrsg.): *The International Encyclopedia of Journalism Studies*. Hoboken, NJ. [Wiley Blackwell]. DOI: 10.1002/9781118841570.iejs0005
- SCHULTZ, I. (2007): The journalistic gut feeling: Journalistic doxa, news habitus and orthodox news values. In: *Journalism Practice*, 1 (2), S. 190–207. DOI: 10.1080/17512780701275507
- SCHWAB CAMMARANO, S.; MEDRANO, J. D. (2014): Distant North-Conflicting South: Patterns of Interaction and Conflict. In: PFETSCH, B. (Hrsg.): *Political Communication Cultures in Western Europe* (S. 271–286). Houndmills [Palgrave Macmillan].
- SCHWER, K. (2006): ›Problemzonen‹ der Qualitätsforschung. Zur Messung von journalistischer Objektivität (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft). In: WEISCHENBERG, S.; W. LOOSEN; M. BEUTHNER (Hrsg.): *Medien-Qualitäten: öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung* (S. 347–365). Konstanz [UVK].
- SEETHALER, J. (2015): *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien*. Wien [RTR].
- SEETHALER, J. (2019): Journalismus im Wandel (Studies in International, Transnational and Global Communications). In: HANITZSCH, T.; J. SEETHALER; V. WYSS (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (S. 213–236). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-27910-3_9

- SEETHALER, J.; BEAUFORT, M. (2017): Community media and broadcast journalism in Austria: Legal and funding provisions as indicators for the perception of the media's societal roles. In: *Radio Journal: International Studies in Broadcast & Audio Media*, 15 (2), S. 173–194. DOI: 10.1386/rja0.15.2.173_1
- SEETHALER, J.; HANITZSCH, T.; KEEL, G.; LAUERER, C.; STEINDL, N.; WYSS, V. (2019): Zwischen Kontinuität und Wandel: Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Studies in International, Transnational and Global Communications). In: HANITZSCH, T.; J. SEETHALER; V. WYSS (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (S. 237–255). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-27910-3_10
- SEHL, A. (2018): Journalism, Audiences and Community Engagement. In: VOS, T. P. (Hrsg.): *Journalism* (S. 531–552). Boston, Berlin [De Gruyter]. DOI: 10.1515/9781501500084-027
- SERONG, J. (2015): *Medienqualität und Publikum. Zur Entwicklung einer integrativen Qualitätsforschung*. Konstanz [UVK].
- SEUFERT, W.; GUNDLACH, H. (2017): *Medienregulierung in Deutschland: Ziele, Konzepte, Maßnahmen*. [Nomos]. DOI: 10.5771/9783845262437
- SHOEMAKER, P. J.; REESE, S. D. (1996): *Mediating the message: theories of influences on mass media content* (2. Auflage). White Plains, New York [Longman].
- SHOEMAKER, P. J.; REESE, S. D. (2014): *Mediating the message in the 21st century* (3. Auflage). New York [Routledge].
- SHOEMAKER, P. J.; VOS, T. P. (2009): *Gatekeeping theory*. New York [Routledge].
- SHULTZINER, D.; STUKALIN, Y. (2021): Politicizing What's News: How Partisan Media Bias Occurs in News Production. In: *Mass Communication and Society*, 24 (3) S. 372–393. [Routledge]. DOI: 10.1080/15205436.2020.1812083
- SINGER, J. B. (2017): Triangulating Methods in the Study of Journalistic Role Performance (Routledge research in journalism). In: MELLADO, C.; L. HELLMUELLER; W. DONSBACH (Hrsg.): *Journalistic role performance: concepts, contexts, and methods* (S. 206–220). New York [Routledge].
- SJØVAAG, H. (2013): Journalistic Autonomy: Between Structure, Agency and Institution. In: *Nordicom Review*, 34 (s1), S. 155–166. DOI: 10.2478/nor-2013-0111

- SKOVSGAARD, M. (2014): Watchdogs on a leash? The impact of organisational constraints on journalists' perceived professional autonomy and their relationship with superiors. In: *Journalism: Theory, Practice & Criticism*, 15 (3), S. 344–363. DOI: 10.1177/1464884913483494
- SKOVSGAARD, M.; ALBÆK, E.; BRO, P.; DE VREESE, C. (2013): A reality check: How journalists' role perceptions impact their implementation of the objectivity norm. In: *Journalism*, 14 (1), S. 22–42. DOI: 10.1177/1464884912442286
- STANDAERT, O.; HANITZSCH, T.; DEDONDER, J. (2021): In their own words: A normative-empirical approach to journalistic roles around the world. In: *Journalism*, 22 (4), S. 919–936. DOI: 10.1177/1464884919853183
- STAPF, I. (2010): Selbstkontrolle. In: SCHICHA, C.; C. BROSDA (Hrsg.): *Handbuch Medienethik* (S. 164–185). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-531-92248-5_11
- STARK, B. (2019): Messung von Medienqualität. Das länderübergreifende Projekt »Media Performance and Democracy« als Fallbeispiel. In: DIE MEDIENANSTALTEN (Hrsg.): *Vielfaltsbericht 2019 der Medienanstalten* (S. 74–81). Berlin. https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/die_medienanstalten/Publikationen/Vielfaltsbericht/Vielfaltsbericht_2019.pdf
- STARK, B.; MAGIN, M. (2009): Willkommen im »neuen Österreich«! Wolfgang Fellners Vision einer Zeitung für die »moderne gebildete Mitte« (Relation). In: STARK, B.; M. MAGIN (Hrsg.): *Die österreichische Medienlandschaft im Umbruch* (S. 41–66). Wien [Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften].
- STARK, B.; MAGIN, M. (2019): Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit durch Informationsintermediäre: Wie Facebook, Google & Co. die Medien und den Journalismus verändern. In: EISENEGGER, M.; L. UDRIS; P. ETTINGER (Hrsg.): *Wandel der Öffentlichkeit und der Gesellschaft: Gedenkschrift für Kurt Imhof* (S. 377–406). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-27711-6_18
- STARK, B.; RIEDL, A.; EISENEGGER, M.; UDRIS, L.; SCHNEIDER, J.; JANDURA, O. (2021): Qualität des Nachrichtenangebots in Deutschland. Empirische Kernbefunde aus dem ländervergleichenden Projekt »Media Performance and Democracy«. In: *Media Perspektiven*, (9), S. 430–449.

- STARK, B.; STEGMANN, D. (2021): *Vielfaltssicherung im Zeitalter von Medienintermediären. Modelle zur Messung und normative Maßstäbe*. No. 3. bidt – Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20210608123340/https://www.bidt.digital/wp-content/uploads/2021/04/bidt_Working-Paper_Vielfaltssicherung.pdf
- STEENSEN, S. (2009): What's stopping them? Towards a grounded theory of innovation in online journalism. In: *Journalism Studies*, 10 (6), S. 821–836. DOI: 10.1080/14616700902975087
- STEENSEN, S. (2017): Subjectivity as a Journalistic Ideal. In: KJOS FONN, B.; H. HORNMOEN; N. HYDE-CLARK; Y. BENESTAD HÅGVAR (Hrsg.): *Putting a Face on It* (S. 25–47). [Cappelen Damm Akademisk/NOASP]. DOI: 10.23865/noasp.28
- STEINDL, N. E. (2021): *Geleitet von Vertrauen? Determinanten und Konsequenzen des Vertrauens von JournalistInnen in Deutschland*. Köln [Herbert von Halem].
- STEINDL, N. E.; LAUERER, C.; HANITZSCH, T. (2019): Die methodische Anlage der Studie (Studies in International, Transnational and Global Communications). In: HANITZSCH, T.; J. SEETHALER; V. WYSS (Hrsg.): *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (S. 25–50). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-27910-3_2
- STEINDL, N.; HANITZSCH, T.; LAUERER, C. (2021): Kumpanei oder Disziplinierung? Zur Wahrnehmung politischer und wirtschaftlicher Einflüsse durch österreichische PolitikjournalistInnen im internationalen Vergleich. In: MAGIN, M.; U. RUSSMANN; B. STARK (Hrsg.): *Demokratie braucht Medien* (S. 159–174). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-34633-1_9
- STEINER, M. (2020): Soft Presentation of Hard News? A Content Analysis of Political Facebook Posts. In: *Media and Communication*, 8 (3), S. 244–257. DOI: 10.17645/mac.v8i3.3152
- STEINMAURER, T. (2010): Austria: Media System. In: W. DONSBACH (Hrsg.): *The International Encyclopedia of Communication*. Chichester (UK) [John Wiley & Sons]. DOI: 10.1002/9781405186407.wbieca072
- STRÖMBÄCK, J. (2004): *Den medialiserade demokratin: om journalistikens ideal, verklighet och makt*. Stockholm [SNS].
- STRÖMBÄCK, J. (2005): In Search of a Standard: four models of democracy and their normative implications for journalism. In: *Journalism Studies*, 6 (3), S. 331–345. DOI: 10.1080/14616700500131950

- STRÖMBÄCK, J. (2008): Four Phases of Mediatization: An Analysis of the Mediatization of Politics. In: *The International Journal of Press/Politics*, 13 (3), S. 228–246. DOI: 10.1177/1940161208319097
- STRÖMBÄCK, J.; NORD, L. W. (2006): Do Politicians Lead the Tango? A Study of the Relationship between Swedish Journalists and their Political Sources in the Context of Election Campaigns. In: *European Journal of Communication*, 21 (2), S. 147–164. [SAGE]. DOI: 10.1177/0267323105064043
- STUPART, R. (2022): Anger and the investigative journalist. In: *Journalism*. DOI: 10.1177/14648849221125980
- SU, Y.; BORAH, P. (2019): Who is the agenda setter? Examining the intermedia agenda-setting effect between Twitter and newspapers. In: *Journal of Information Technology & Politics*, 16 (3), S. 236–249. DOI: 10.1080/19331681.2019.1641451
- SWERT, K. DE; KUYPERS, I. (2020): Ordinary People Regularly Reported? Looking for Patterns in the Presence of Ordinary Citizens in Television News in 20 European Countries. In: *Journalism Studies*, 21 (8), S. 1037–1054. DOI: 10.1080/1461670X.2020.1745664
- TAGESZEITUNG HEUTE (2021): *Impressum Print*. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20230207182140/https://www.heute.at/s/impressum-print-100127293>
- TANDOC, E. C. (2014): Journalism is twerking? How web analytics is changing the process of gatekeeping. In: *New Media & Society*, 16 (4), S. 559–575. DOI: 10.1177/1461444814530541
- TANDOC, E. C.; CABAÑES, J. V. A.; CAYABYAB, Y. M. (2019): Bridging the Gap: Journalists' role orientation and role performance on Twitter. In: *Journalism Studies*, 20 (6), S. 857–871. DOI: 10.1080/1461670X.2018.1463168
- TANDOC, E. C.; HELLMUELLER, L.; VOS, T. P. (2013): Mind the gap: Between journalistic role conception and role enactment. In: *Journalism Practice*, 7 (5), S. 539–554. DOI: 10.1080/17512786.2012.726503
- TANDOC, E. C.; THOMAS, R. J. (2015): The Ethics of Web Analytics: Implications of using audience metrics in news construction. In: *Digital Journalism*, 3 (2), S. 243–258. DOI: 10.1080/21670811.2014.909122
- TENENBOIM-WEINBLATT, K. (2014): Counting Time: Journalism and the Temporal Resource. In: ZELIZER, B.; K. TENENBOIM-WEINBLATT (Hrsg.): *Journalism and Memory* (S. 97–112). London [Palgrave Macmillan]. DOI: 10.1057/9781137263940_7

- TENENBOIM-WEINBLATT, K.; NEIGER, M. (2018): Temporal affordances in the news. In: *Journalism*, 19 (1), S. 37–55.
DOI: 10.1177/1464884916689152
- THALHAMMER, A.; MELICHAR, S. (22.04.2023): Türkis-blaue Ermittlungen: Der Staats-Akt. In: profil.at. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20230422203643/https://www.profil.at/oesterreich/ermittlungen-gegen-die-oevp-wer-wegen-was-beschuldigt-wird/402420902>
- THOMAS, R. J. (2018): Advocacy Journalism. In: VOS, T. P. (Hrsg.): *Journalism* (S. 391–414). Boston, Berlin [De Gruyter].
DOI: 10.1515/9781501500084-020
- THOMAS, B. (2023): »Verteidigt die Institutionen!«. In: *Journalistik*, 6 (1), S. 100–109. DOI: 10.1453/2569-152X-12023-12962-de
- THORNBERG, R. (2012): Informed Grounded Theory. In: *Scandinavian Journal of Educational Research*, 56 (3), S. 243–259.
DOI: 10.1080/00313831.2011.581686
- TRAPPEL, J. (2007): The Austrian Media Landscape. In: TERZIS, G. (Hrsg.): *European Media Governance. National and Regional Dimensions* (S. 63–72). Bristol [intellect].
- TRAPPEL, J. (2019): Medienkonzentration – trotz Internet kein Ende in Sicht. In: KARMASIN, M.; C. OGGOLDER (Hrsg.): *Österreichische Mediengeschichte. Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute)* (S. 199–226). Wiesbaden [Springer vs].
DOI: 10.1007/978-3-658-23421-8_10
- TROXLER, R.; GONSER, N. (2011): Qualitätsjournalismus revisited. In: KARMASIN, M.; D. SÜSSENBACHER; N. GONSER (Hrsg.): *Public Value: Theorie und Praxis im internationalen Vergleich* (S. 209–227). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
DOI: 10.1007/978-3-531-92618-6_14
- TSFATI, Y.; MEYERS, O.; PERI, Y. (2006): What is good journalism? comparing Israeli public and journalists' perspectives. In: *Journalism: Theory, Practice & Criticism*, 7 (2), S. 152–173.
DOI: 10.1177/1464884906062603
- TUCHMAN, G. (1972): Objectivity as Strategic Ritual: An Examination of Newsmen's Notions of Objectivity. In: *American Journal of Sociology*, 77 (4), S. 660–679. Chicago [University of Chicago Press].
- UDRIS, L.; EISENEGGER, M.; SIEGEN, D.; WESTON, M.; SCHÄFER, S. (2022): Die Qualität der Berichterstattung über den Ukrainekrieg. In:

- FÖG – FORSCHUNGSZENTRUM ÖFFENTLICHKEIT UND GESELLSCHAFT (Hrsg.): *Jahrbuch Qualität der Medien 2022* (S. 53–67). Basel [Schwabe]. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20221024082744/https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:e38abaob-4d51-4b89-a087-ec7d346ed317/JB_2022_online_gesamt_20220923.pdf
- UDRIS, L.; STARK, B.; MAGIN, M.; JANDURA, O.; RIEDL, A.; KLEIN, M. et al. (2023): Vielfalt in den Nachrichten. Ein Vergleich digitaler und analoger Angebote von öffentlich-rechtlichen Medien und Tageszeitungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 71 (1–2), S. 61–84. DOI: 10.5771/1615-634X-2023-1-2-61
- URBAN, J.; SCHWEIGER, W. (2014): News Quality from the Recipients’ Perspective: Investigating recipients’ ability to judge the normative quality of news. In: *Journalism Studies*, 15 (6), S. 821–840. DOI: 10.1080/1461670X.2013.856670
- USHER, N. (2021): *News for the rich, white, and blue: how place and power distort American journalism*. New York [Columbia University Press].
- UTH, B. (2021): *Hochwertig, transparent, publikumsnah: Eine qualitative Analyse redaktioneller Strategien der Vertrauensbildung im Journalismus* (Aktuell. Studien zum Journalismus). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783748928362
- VAHRNER, A. (2022): (Um-)Brüche und Überraschungen. In: KHOL, A.; S. KARNER; W. SOBOTKA; B. RAUSCH; G. OFNER (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2021* (S. 289–294). Wien [Böhlau]. DOI: 10.7767/9783205215165.289
- VÄLIVERRONEN, J. (2022): Boundaries in Motion? Finnish Political Journalists’ External and Internal Boundary Work in a Time of Change. In: *Journalism Studies*, 23 (9), S. 1037–1055. DOI: 10.1080/1461670X.2022.2065340
- V-DEM INSTITUTE AT THE UNIVERSITY OF GOTHENBURG (2022): *Democracy Report 2022. Autocratization Changing Nature?* Göteborg. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20220302141653/https://v-dem.net/media/publications/dr_2022.pdf
- VOAKES, P. S. (1997): Social influences on journalists’ decision making in ethical situations. In: *Journal of Mass Media Ethics*, 12 (1), S. 18–35. DOI: 10.1207/s15327728jmm1201_2
- VOGLER, D.; WESTON, M.; RYFFEL, Q.; RAUCHFLEISCH, A.; JÜRGENS, P.; EISENEGGER, M. et al. (2022): Mobile Mediennutzung und

- politisches Wissen von jungen Erwachsenen. In: *Jahrbuch Qualität der Medien Studie 1/2022*. Zürich [fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft]. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20230320151611/https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:e5fe8dcc-c4cc-47fb-a33e-29ee52do7133/JB_2022_Studie_1_Mobile_Mediennutzung_20220926.pdf
- VOIGT, J. (2016): *Nachrichtenqualität aus Sicht der Mediennutzer*. Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-658-12041-2
- VOLTMER, K. (1998): *Medienqualität und Demokratie. Eine empirische Analyse publizistischer Informations- und Orientierungsleistungen in der Wahlkampfkommunikation*. Baden-Baden [Nomos].
- VOS, T. P.; EICHHOLZ, M.; KARALIOVA, T. (2019): Audiences and Journalistic Capital: Roles of journalism. In: *Journalism Studies*, 20 (7), S. 1009–1027. DOI: 10.1080/1461670X.2018.1477551
- VOS, T. P.; WOLFGANG, J. D. (2018): Journalists' Normative Constructions of Political Viewpoint Diversity. In: *Journalism Studies*, 19 (6), S. 764–781. DOI: 10.1080/1461670X.2016.1240015
- VOWE, G. (2008): Politics, Policy, Polity. In: *Encyclopedia of Political Communication*. Los Angeles [SAGE]. DOI: 10.4135/9781412953993.n524
- VREESE, C. H. DE; ESSER, F.; HOPMANN, D. N. (2017): Our goal: Comparing news performance. In: DE VREESE, C. H.; F. ESSER; D. N. HOPMANN (Hrsg.): *Comparing political journalism* (S. 1–9). London, New York [Routledge].
- WAHL-JORGENSEN, K. (2019a): *Emotions, media and politics* (Contemporary political communication). Cambridge (UK), Medford, (MA) [Polity Press].
- WAHL-JORGENSEN, K. (2019b): Questioning the Ideal of the Public Sphere: The Emotional Turn. In: *Social Media + Society*, 5 (3), S. 1–3. DOI: 10.1177/2056305119852175
- WAHL-JORGENSEN, K. (2020): An Emotional Turn in Journalism Studies? In: *Digital Journalism*, 8 (2), S. 175–194. DOI: 10.1080/21670811.2019.1697626
- WAISBORD, S. (2011): Can NGOs Change the News? In: *International Journal of Communication*, (5), S. 142–165.
- WALLNER, C.; GRUBER, O.; HERCZEG, P. (2012): Kommunikative Partizipation als Sprecher: zum Standing unterschiedlicher Akteure in mediatisierten öffentlichen Diskursen. In: STEGBAUER, C. (Hrsg.): *Ungleichheit: Medien- und kommunikationssoziologische Perspektiven*

- (S. 37–56). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften].
 DOI: 10.1007/978-3-531-94213-1_3
- WARD, S. J. A. (2005): *The invention of journalism ethics: the path to objectivity and beyond* (McGill-Queen's studies in the history of ideas). Montreal, Ithaca [McGill-Queen's University Press].
- WARREN, M. E. (2017): A Problem-Based Approach to Democratic Theory. In: *American Political Science Review*, 111 (1), S. 39–53. DOI: 10.1017/S0003055416000605
- WATSON, B. R. (2014): Assessing Ideological, Professional, and Structural Biases in Journalists' Coverage of the 2010 BP Oil Spill. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 91 (4), S. 792–810. DOI: 10.1177/1077699014550091
- WATZLAWICK, P.; BAVELAS, J. B.; JACKSON, D. D. (2017): *Menschliche Kommunikation: Formen, Störungen, Paradoxien* (Klassiker der Psychologie) (13. Auflage). Bern [Hogrefe].
- WEAVER, D. H.; BEAM, R. A.; BROWNLEE, B. J.; VOAKES, P. S.; WILHOIT, G. C. (2007): *The American journalist in the 21st century: u.s. news people at the dawn of a new millennium*. Mahwah, N.J. [Erlbaum].
- WEAVER, D. H.; WILHOIT, G. C. (1996): *The American journalist in the 1990s: u.s. news people at the end of an era* (LEA's communication series). Mahwah, N.J. [Erlbaum].
- WEAVER, D. H.; WILLNAT, L. (Hrsg.) (2012): *The global journalist in the 21st century* (Routledge communication series). New York [Routledge].
- WEAVER, D. H.; WILLNAT, L.; WILHOIT, G. C. (2019): The American Journalist in the Digital Age: Another Look at U.S. News People. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 96 (1), S. 101–130. DOI: 10.1177/1077699018778242
- WEHMEIER, S. (1998): *Fernsehen im Wandel: Differenzierung und Ökonomisierung eines Mediums* (Forschungsfeld Kommunikation). Konstanz [UVK].
- WEHMEIER, S. (2001): Ökonomisierung des Fernsehens. Ein Beitrag zur Verbindung von System und Akteur. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 49 (3), S. 306–324. DOI: 10.5771/1615-634X-2001-3-306
- WEIDINGER, B. (2021): Medien von heute für eine Zukunft von gestern. Ein publizistisches Panorama des österreichischen Rechtsextremismus (Jahrbuch des DÖW). In: SCHINDLER, C. (Hrsg.):

- Verfolgung und Ahndung* (S. 255–267). Wien [Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes].
- WEINMANN, C.; VORDERER, P. (2018): A Normative Perspective for Political Entertainment Research: Connecting Deliberative Democracy and Entertainment Theory. In: *Communication Theory*, 28 (4), S. 466–486. DOI: 10.1093/ct/qty018
- WEISCHENBERG, S. (1994): Journalismus als soziales System. In: MERTEN, K.; S. J. SCHMIDT; S. WEISCHENBERG (Hrsg.): *Die Wirklichkeit der Medien* (S. 427–454). Wiesbaden [vs Verlag für Sozialwissenschaften]. DOI: 10.1007/978-3-663-09784-6_20
- WEISCHENBERG, S. (1998): *Journalistik. Band 1: Mediensysteme, Medienethik, Medieninstitutionen* (2., überarbeitete und aktualisierte Aufl.). Opladen, Wiesbaden [Westdeutscher Verlag].
- WEISCHENBERG, S. (2003): Leistung und journalistisches Bewusstsein. Zur ›subjektiven Dimension‹ der Qualitätsdebatte. In: BUCHER, H.-J.; K.-D. ALTMIPPEN (Hrsg.): *Qualität im Journalismus: Grundlagen, Dimensionen, Praxismodelle* (S. 163–178). Wiesbaden [Westdeutscher Verlag].
- WEISCHENBERG, S. (2006): Medienqualitäten. Zur Einführung in den kommunikationswissenschaftlichen Diskurs über Maßstäbe und Methoden zur Bewertung öffentlicher Kommunikation (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft). In: WEISCHENBERG, S.; W. LOOSEN; M. BEUTHNER (Hrsg.): *Medien-Qualitäten: öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung* (S. 9–34). Konstanz [UVK].
- WEISCHENBERG, S.; ALTMIPPEN, K.-D.; LÖFFELHOLZ, M. (1994): *Die Zukunft des Journalismus: technologische, ökonomische und redaktionelle Trends*. Opladen [Westdeutscher Verlag].
- WEISCHENBERG, S.; LOOSEN, W.; BEUTHNER, M. (Hrsg.) (2006): *Medien-Qualitäten: öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung* (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft). Konstanz [UVK].
- WEISCHENBERG, S.; MALIK, M.; SCHOLL, A. (2006): *Die Souffleure der Mediengesellschaft: Report über die Journalisten in Deutschland*. Konstanz [UVK].
- WEISS, R.; MAGIN, M.; HASEBRINK, U.; JANDURA, O.; SEETHALER, J.; STARK, B. (2016): Publizistische Qualität im medialen

- Wandel – eine normativ begründete Standortbestimmung (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft). In: WERNER, P.; L. RINSDORF; T. PLEIL; K.-D. ALTMEPPEN (Hrsg.): *Verantwortung – Gerechtigkeit – Öffentlichkeit: Normative Perspektiven auf Kommunikation* (S. 27–50). Konstanz, München [UVK].
- WELLBROCK, C.-M.; BUSCHOW, C. (Hrsg.) (2020): *Money for Nothing and Content for Free? Paid Content, Plattformen und Zahlungsbereitschaft im digitalen Journalismus*. Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783748907251
- WELLBROCK, C.-M.; KLEIN, K. (2014): Journalistische Qualität – eine empirische Untersuchung des Konstrukts mithilfe der Concept Map Methode. In: *Publizistik*, 59 (4), S. 387–410. DOI: 10.1007/s11616-014-0212-6
- WENDELIN, M.; LÖBLICH, M. (2013): Netzpolitik-Aktivismus in Deutschland. Deutungen, Erwartungen und Konstellationen zivilgesellschaftlicher Akteure in der Internetpolitik. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 61 (1), S. 58–75. DOI: 10.5771/1615-634x-2013-1-58
- WESSLER, H. (2008a): Investigating Deliberativeness Comparatively. In: *Political Communication*, 25 (1), S. 1–22. DOI: 10.1080/10584600701807752
- WESSLER, H. (2008b): Deliberativeness in Political Communication. In: W. DONSBACH (Hrsg.): *The International Encyclopedia of Communication*. Chichester (UK) [John Wiley & Sons]. DOI: 10.1002/9781405186407.wbiecd011
- WESSLER, H.; RINKE, E. M. (2014): Deliberative Performance of Television News in Three Types of Democracy: Insights from the United States, Germany, and Russia. In: *Journal of Communication*, 64 (5), S. 827–851. DOI: 10.1111/jcom.12115
- WHITE, D. M. (1950): The »Gate Keeper«: A Case Study in the Selection of News. In: *Journalism Quarterly*, 27 (4), S. 383–390. DOI: 10.1177/107769905002700403
- WILKE, J. (2003): Zur Geschichte der journalistischen Qualität. In: BUCHER, H.-J.; K.-D. ALTMEPPEN (Hrsg.): *Qualität im Journalismus: Grundlagen, Dimensionen, Praxismodelle* (S. 35–54). Wiesbaden [Westdeutscher Verlag].

- WLADARSCH, J. (2020): *Metakommunikation und die Qualität des Journalismus: Einfluss von Metakommunikation auf Qualitätserwartungen und -bewertungen bei Nachrichtennutzern im Internet*. Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783748923480
- WODAK, R.; CULPEPER, J.; SEMINO, E. (2021): Shameless normalisation of impoliteness: Berlusconi's and Trump's press conferences. In: *Discourse & Society*, 32 (3), S. 369–393. DOI: 10.1177/0957926520977217
- WOLFGANG, J. D.; VOS, T. P.; KELLING, K. (2019): Journalism's Relationship to Democracy: Roles, Attitudes, and Practices. In: *Journalism Studies*, 20 (14), S. 1977–1994. DOI: 10.1080/1461670X.2018.1547123
- WOLFGANG, J. D.; VOS, T. P.; KELLING, K.; SHIN, S. (2021): Political Journalism and Democracy: How Journalists Reflect Political Viewpoint Diversity in Their Reporting. In: *Journalism Studies*, 22 (10), S. 1339–1357. DOI: 10.1080/1461670X.2021.1952473
- WOOD, S. N. (2017): *Generalized Additive Models: An Introduction with R* (2. Auflage). New York [Chapman and Hall/CRC]. DOI: 10.1201/9781315370279
- WURFF, R. VAN DER (2005): Media markets and media diversity. In: *Communications*, 30 (3), S. 293–301.
- WURFF, R. VAN DER; DE SWERT, K.; LECHELER, S. (2016): News Quality and Public Opinion: The Impact of Deliberative Quality of News Media on Citizens' Argument Repertoire. In: *International Journal of Public Opinion Research*, S. 233–256. DOI: 10.1093/ijpor/edwo24
- WYSS, V. (2002): *Redaktionelles Qualitätsmanagement: Ziele, Normen, Ressourcen* (Forschungsfeld Kommunikation). Konstanz [UVK].
- WYSS, V. (2016a): Journalismus als duale Struktur. In: LÖFFELHOLZ, M.; L. ROTHENBERGER (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien* (S. 265–281). Wiesbaden [Springer vs]. DOI: 10.1007/978-3-531-18966-6_15
- WYSS, V. (2016b): Qualitätsmanagement in Redaktionen. In: MEIER, K.; C. NEUBERGER (Hrsg.): *Journalismusforschung* (S. 159–182). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783845271422-159
- WYSS, V. (2016c): Institutionelle Ordnung durch Qualitätsmanagement sichern. In: JARREN, O.; C. STEININGER (Hrsg.): *Journalismus jenseits von Markt und Staat* (S. 265–274). Baden-Baden [Nomos]. DOI: 10.5771/9783845272290-265
- YALE, R. N.; JENSEN, J. D.; CARCIOPPOLO, N.; SUN, Y.; LIU, M. (2015): Examining First- and Second-Order Factor Structures for News

- Credibility. In: *Communication Methods and Measures*, 9 (3), S. 152–169.
 DOI: 10.1080/19312458.2015.1061652
- YOUNG, I. M. (1997): *Intersecting Voices: Dilemmas of Gender, Political Philosophy, and Policy*. Princeton, NJ [Princeton University Press].
- ZALLER, J. (2003): A New Standard of News Quality: Burglar Alarms for the Monitorial Citizen. In: *Political Communication*, 20 (2), S. 109–130.
 DOI: 10.1080/10584600390211136
- ZANDONELLA, M. (2022): *Österreichischer Demokratie Monitor*. Wien.
 Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20230203110909/https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2022/11/2022_SORA_Praesentation_Demokratiemonitor.pdf
- ZELIZER, B. (2013): On the shelf life of democracy in journalism scholarship. In: *Journalism*, 14 (4), S. 459–473.
 DOI: 10.1177/1464884912464179
- ZERBACK, T. (2013): *Publizistische Vielfalt: demokratischer Nutzen und Einflussfaktoren* (Kommunikationswissenschaft). Konstanz [UVK].
- ZERBACK, T. (2021): Qualität politischer Kommunikation. In: BORUCKI, I.; K. KLEINEN-VON KÖNIGSLÖW; S. MARSCHALL; T. ZERBACK (Hrsg.): *Handbuch Politische Kommunikation* (S. 1–14). Wiesbaden [Springer vs].
 DOI: 10.1007/978-3-658-26242-6_31-1
- ZMG - ZEITUNGSMARKTFORSCHUNG GESELLSCHAFT (2022): *Zeitungsqualitäten 2022*. Frankfurt/M. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20220329143540/https://www.bdzv.de/fileadmin/content/6_Service/6-1_Presse/6-1-2_Pressemitteilungen/2022/PDFs/ZMG_Zeitungsqualitaeten2022.pdf
- ZUKIN, C. (Hrsg.) (2006): *A new engagement? Political participation, civic life, and the changing American citizen*. Oxford, New York [Oxford University Press].

Kommunikationswissenschaft



Wilfried Köpke / Ulrike Brenning (Hrsg.)

**Und täglich grüßt die Tagesschau.
Vom linearen zum digitalen
Nachrichtenformat**

2023, 180 S., 30 Abb., 1 Tab., Broschur,
213 x 142 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-86962-663-5

ISBN (PDF) 978-3-86962-664-2

In der deutschen Medienlandschaft steht die *Tagesschau* als Synonym für Nachrichten im Fernsehen. Seit 1952 ist sie ein Bindeglied für Millionen Zuschauer:innen, die sich über Weltereignisse, internationale und nationale Politik, Kultur, Wirtschaft, Sport – und Wetter – informieren möchten, um anschließend darüber zu diskutieren und politisch relevante Entscheidungen zu treffen.

Autor:innen aus Wissenschaft und Praxis zeigen in diesem Band die kommunikationswissenschaftliche, kultursoziologische und gesellschaftliche Relevanz der *Tagesschau* auf. Sie untersuchen die Entwicklung des Nachrichtenformats, das den gesellschaftlichen Alltag der Bundesrepublik mit prägte, sowie die Rolle der Sprecher:innen und der Eröffnungsfanfare als gesellschaftliches Vexierbild bzw. Grundmelodie. Zudem wird gezeigt, welchen Einfluss die Bilder (z. B. das Afrikabild) auf die Zuschauer:innen haben und wie erfolgreich die Versuche der *Tagesschau*-Redaktion sind, auch die Generationen Z und Alpha im Internet mit nachrichtenjournalistischen Inhalten zu erreichen. Und am Ende steht die Frage: Werden Jens Riewa und Kolleg:innen demnächst durch einen Avatar ersetzt?



HERBERT VON HALEM VERLAG

Boisseréestr. 9-11 · 50674 Köln
<http://www.halem-verlag.de>
info@halem-verlag.de

Kommunikationswissenschaft



Nina Elvira Steindl

**Geleitet von Vertrauen?
Determinanten und Konsequenzen
des Vertrauens von JournalistInnen in
Deutschland**

2021, 364 S., 6 Abb., 45 Tab., Broschur,
213 x 142 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-86962-490-7

ISBN (PDF) 978-3-86962-489-1

Bereits seit vielen Jahren lauten die Vorwürfe: JournalistInnen stünden der Politik zu nahe – oder sie denunzierten PolitikerInnen und würden durch eine sensationalisierende Berichterstattung für eine vermeintliche Erosion des Vertrauens in der Gesellschaft sorgen. Doch was konstituiert eigentlich das politische Vertrauen von JournalistInnen? Und welche Rolle kommt dem Vertrauen bei der Ausgestaltung der Politikberichterstattung zu?

Diesen Fragen widmet sich das vorliegende Werk. Basierend auf einer JournalistInnen-Befragung, repräsentativ für Deutschland, und einer Inhaltsanalyse der politischen Zeitungsberichterstattung wird untersucht, ob und inwiefern das Vertrauen einen Effekt auf die inhaltliche Ausgestaltung von Medienbeiträgen hat.

Das Buch richtet sich an Forschende, Lehrende und Studierende im Fach der Medien- und Kommunikationswissenschaft und benachbarter Fächer, besonders der Politikwissenschaft.



HERBERT VON HALEM VERLAG

Boisseréestr. 9-11 · 50674 Köln
<http://www.halem-verlag.de>
info@halem-verlag.de

Journalismus



Marlis Prinzing / Roger Blum (Hrsg.)

Handbuch Politischer Journalismus

2021, 912 S., Hardcover (Klebung),
240 x 170 mm, dt./engl.

ISBN (Print) 978-3-86962-240-8

ISBN (PDF) 978-3-86962-239-2

Was kennzeichnet den politischen Journalismus? Er ist gewissermaßen die ›Mutter aller Journalisten‹. Er bestreicht ein breites Feld – vom Lokal- und Regionaljournalismus über die Parlaments-, Parteien-, Regierungs- und Wahlberichterstattung aus den Hauptstädten bis zur europäischen und globalen Diplomatie-Berichterstattung und zur Konflikt- und Kriegsberichterstattung. Er steht unter Druck: Der Vorwurf der ›Lügenpresse‹ trifft vor allem ihn und er wird bedrängt durch die Herausforderungen des im Netz mitdiskutierenden Publikums, der politischen Akteure und der PR. Neue Kommunikatoren zwingen ihn zum Wandel. Das Handbuch will das Wissen über den politischen Journalismus erweitern und ihn – auch international vergleichend – ergründen und erläutern.



HERBERT VON HALEM VERLAG

Boisseréstr. 9-11 · 50674 Köln
<http://www.halem-verlag.de>
info@halem-verlag.de

Was soll Journalismus in einer Demokratie leisten und unter welchen Bedingungen kann er das? Diese beiden Fragen stehen im Zentrum der vorliegenden Studie. Der Autor legt eine mehrdimensionale Konzeptualisierung von Nachrichtenqualität aus Perspektive unterschiedlicher Demokratievorstellungen vor und argumentiert, was ›guten‹ Journalismus in den jeweiligen Modellen ausmacht.

Um Einflüsse auf Nachrichtenqualität zu identifizieren, wird ein sozialintegrativer Theorierahmen entworfen, der Journalist:innen als Handelnde mit den Strukturen des Journalismus verstrickt. In einem dreiteiligen Mixed-Methods-Design werden diese Einflüsse innerhalb des Prozesses journalistischer Nachrichtenproduktion beispielhaft in Österreich empirisch ausgelotet. Die Ergebnisse führen Nachrichtenqualität systematisch auf journalistische Kultur zurück und belegen den prägenden Charakter von strukturellen Rahmenbedingungen. Sie unterstreichen gleichzeitig, dass insbesondere vielfältige Berichterstattung entscheidend von der Autonomie im Journalismus abhängt.

Das Buch richtet sich an Forscher:innen in den Bereichen Journalismusforschung, politische Kommunikationsforschung und Mediensoziologie; Praktiker:innen im Bereich des Redaktions- und Qualitätsmanagements und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

